

WERNER DREIER

ZWISCHEN KAISER



UND 'FÜHRER'

VORARLBERG IM UMBRUCH 1918–1938



fink's verlag

BEITRÄGE ZU GESCHICHTE
UND GESELLSCHAFT
VORARLBERGS

Werner Dreier
Zwischen Kaiser und "Führer"
Vorarlberg im Umbruch 1918 - 1938

GEDRUCKT MIT UNTERSTÜTZUNG DES BUNDESMINISTERIUMS
FÜR WISSENSCHAFT UND FORSCHUNG IN WIEN,
DES AMTES DER VORARLBERGER LANDESREGIERUNG IN BREGENZ,
DER LANDESHAUPTSTADT BREGENZ
UND DER KAMMER FÜR ARBEITER UND ANGESTELLTE FÜR VORARLBERG

Waren die Jahre 1934 - die Errichtung des austrofaschistischen Staates - und 1938 - die Etablierung der nationalsozialistischen Diktatur - Brüche in der Vorarlberger Geschichte, von außen Herangetragenenes, Aufgezwungenes? Oder kamen hier Entwicklungen zum Durchbruch, die im Lande nach dem Ersten Weltkrieg längerfristig schon angelegt waren?

Das Buch behandelt die konfliktreiche Geschichte Vorarlbergs vom Anfang der Ersten Republik 1918 bis zum Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft 1938. Es schildert - gestützt auf reichhaltiges Archivmaterial - die politische Bewegung von Arbeitern und Bauern nach dem Zusammenbruch der Monarchie, die Formierung der konservativen Kräfte, die Zurückdrängung der Arbeiterbewegung, die Bemühungen Vorarlberger Landespolitiker um die Errichtung eines autoritären Staates und schließlich die Vernichtung des Traums vom "christlichen Ständestaat" durch die Machtergreifung der Nationalsozialisten.

In knapp zehn Jahren nach Errichtung der Republik wurden in Vorarlberg politisch und kulturell die Weichen gestellt für die Entwicklung zum autoritären Staat. Bei vielen solcher Weichenstellungen hat Gewalt eine Rolle gespielt: offene, angedrohte, strukturelle Gewalt. Eine besondere Form dieser strukturellen Gewalt waren Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit in den dreißiger Jahren. Sie schufen ein Klima, das den zunehmenden Abbau demokratischer Verhältnisse sehr förderte.

Wie wenig schließlich das austrofaschistische Regime 1934 bis 1938 auch auf Länderebene dem vorwärtsdrängenden Nationalsozialismus entgegenzusetzen hatte - Vorarlberg ist hierfür ein einprägsames Beispiel.

WERNER DREIER, geb. 1956, Studium der Geschichte an der Universität Innsbruck, lebt als Lehrer in Bregenz.

ZWISCHEN KAISER UND 'FÜHRER'

VORARLBERG IM UMBRUCH 1918–1938

WERNER DREIER



fink's verlag

BEITRÄGE ZU GESCHICHTE
UND GESELLSCHAFT
VORARLBERGS

© fink's verlag, Bregenz 1986

Alle Rechte vorbehalten

Umschlaggestaltung: Luger-Grafik, Dornbirn

Lektorat: Kurt Greussing, Dornbirn

Titelmotiv: Großdemonstration der SDAP, Dornbirn 29.9.1929

Druck und Bindung: J. N. Teutsch, Bregenz

Printed in Austria

ISBN 3-900438-18-8

Inhalt

Abkürzungen	7
Einleitung	8
BEWEGTER ANFANG:	
AUF DER STRASSE UND IM LANDHAUS	11
Die Demonstranten	16
Die wirtschaftliche Lage	19
Zusammenbruch - Umbruch - Aufbrüche:	
Der schwierige Weg in die Republik	24
Demonstrationen - Politik auf der Straße	32
(Unruhe im Haus und vor der Tür die Revolution: Die Rätebewegung 33 / "Kindische Bübereien" und ernste Kundgebungen 45 / Der 1. Mai und die Viererreihen an Fronleichnam 55)	
Von Aufläufen und Tumulten	63
POLITIK UND REVOLTE: DIE BAUERN	67
Die Lage der Bauern in Vorarlberg	68
Die Bauernrevolte	70
Von den "Unabhängigen" zum Bauernbund	74
SOZIALE LAGE UND SOZIALE MACHT	78
Löhne und Lebenshaltungskosten	78
Zur sozialen Situation: Gesundheit, Ernährung, Wohnverhältnisse und Bildungsmöglichkeiten	87
Arbeitsrecht und Unternehmermacht	94
(Kinder- und Jugendschutz 97 / Die "Schwabenkinder" 99 / Sonderschutz für Arbeiterinnen 101 / Gesetz über den achtstündigen Arbeitstag - Wunschvorstellung Achtstundentag 102)	
Muskelschwund im starken Arm:	
Gewerkschaften und Arbeitskämpfe	105
(Die Christlichen Gewerkschaften 107 / Die Freien Gewerkschaften 111 / Die nationalen Gewerkschaften 113 / Kurzer Aufschwung, lange Krise 114 / Die Arbeiterkammer 118 / Die Betriebsräte 120 / Streiks in Vorarlberg 122 / Bauarbeiterstreiks 126)	
WIRTSCHAFTSKRISE, BESCHÄFTIGUNGSKRISE UND KRISE DER WIRTSCHAFTSPOLITIK:	
DIE GROSSE ARBEITSLOSIGKEIT AM ENDE DER REPUBLIK	133

Wirtschaftskrise	133
(Die Vorarlberger Kraftwerke AG 139 / Die Vorarlberger Illwerke 140)	
Beschäftigungskrise	142
Krise der Wirtschafts- und Sozialpolitik	146
PARTEIEN - WELTANSCHAUUNGEN - KULTURKAMPF	154
Der politische Katholizismus - Die CVP	155
Die laizistischen Parteien	158
(Der rechte Laizismus 161 / Der linke Laizismus: SDAP und KP 163)	
Wahlkämpfe und Wahlergebnisse	171
Der Kulturkampf	178
"Über das Judentum feststehende Wahrheiten": Antisemitismus als politisches Kalkül	190
("... zum Ärger der gesitteten Welt": Zigeuner/Roma 197)	
DER VORARLBERGER WEG IN DEN AUSTROFASCHISMUS	200
Vom Start in die demokratische Republik bis zum Juli 1927: Die Ordnung der Macht	200
(Die als Entpolitisierung getarnte Umpolitisierung des Heeres 202 / Der Vorarlberger Heimatdienst 207 / Der Republikanische Schutzbund 212 / Der Juli 1927 216)	
Vom Juli 1927 bis zur Kanzlerschaft Enders 1931: Das Vorarlberger Modell eines autoritären Staates läßt sich in der Bundespolitik nicht verwirklichen	220
Vom Rücktritt Enders im Juli 1931 zur Etablierung des austrofaschistischen Systems 1934: Autoritärer Staat versus Austrofaschismus	226
(Vom März 1933 zum Februar 1934 235)	
"JETZT HABEN WIR'S GESCHAFFT...": AUSTROFASCHISMUS UND NATIONALSOZIALISMUS	244
Vorarlberg im Austrofaschismus	246
(Lage der Arbeiterschaft 249 / Die Vaterländische Front 253 / Der "deutsche Weg" 254)	
Der Triumph des Nationalsozialismus	259
Tabellen	270
Anmerkungen	279
Literatur	300
Bildnachweis	312
Personen- und Firmenregister	313
Ortsregister	317

Abkürzungen

ATSV	Arbeiter-Turn- und Sport-Verein
AVA	Allgemeines Verwaltungsarchiv Wien
AZ	Arbeiter-Zeitung, Wien
BH	Bezirkshauptmannschaft
BKA	Bundeskanzleramt
CVP	Christlichsoziale Volkspartei
DÖW	Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands, Wien
DVP	Deutsche Volkspartei
FAD	Freiwilliger Arbeitsdienst
HJ	Hitlerjugend
KP(Ö)	Kommunistische Partei (Österreichs)
LReg.	Landesregierung
NS, ns	Nationalsozialismus, nationalsozialistisch
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NSKK	Nationalsozialistisches Kraftfahrerkorps
Paf	Produktive Arbeitslosenfürsorge
SA	Sturmabteilung
SDAP	Sozialdemokratische Arbeiterpartei
SS	Schutzstaffel
Sta	Stadtarchiv
VIW	Vorarlberger Illwerke
VKW	Vorarlberger Kraftwerke
VLa	Vorarlberger Landesarchiv
VLb	Vorarlberger Landesbibliothek
VLReg.	(Prs., Abt. I, II etc.) Vorarlberger Landesregierung (Präsidium, Abteilung I, II etc.)
VLSS	Vorarlberger Landtag, Stenographische Sitzungsberichte
VLZ	Vorarlberger Landeszeitung
VN	Vorarlberger Nachrichten
VT	Vorarlberger Tagblatt
VV	Vorarlberger Volksblatt
VW	Vorarlberger Wacht
VWSSt	Vorarlberger Wirtschafts- und Sozialstatistik

Einleitung

Dieses Buch ist gemeint als Einladung zur Kontroverse über die Zeit der Ersten Republik und des Austrofaschismus. Es behandelt eine "heiße" Phase der Vorarlberger Landesgeschichte, wohl die heißeste seit den Jahren um 1848. Es ist eine Zeit großer ökonomischer, sozialer und politischer Umbrüche. Das Vermögen allein schon die politischen Eckdaten zu verdeutlichen: 1918 - Beginn der Republik, 1933/34 - Beginn des Austrofaschismus, 1938 - Anschluß an Nazi-Deutschland. In der Republik können sich Arbeiter erstmals gleichberechtigt am öffentlichen Leben beteiligen - diese formale Gleichberechtigung steht in krassem Widerspruch zur sozialen Lage der Vorarlberger Arbeiterschaft, Erstmals können Frauen wählen - allerdings ist das nur ein sehr kleiner Schritt zur Emanzipation. Solche Widersprüche sind durchaus kennzeichnend für die Jahre der Ersten Republik. Doch manche dieser Klüfte wurden bald wieder geschlossen, allerdings anders, als es sich die um politische Teilhabe ringenden Gruppen vorstellten. Im "christlichen deutschen Bundesstaat auf ständischer Grundlage", so der verfassungsoffizielle Titel des faschistischen Systems, im 1933/34 von den Christlichsozialen erkämpften Staat, dem Gegenstück zur demokratischen Republik der ersten Verfassung, änderte sich die Rechtslage wieder: kein allgemeines und gleiches Wahlrecht mehr, Einheitspartei statt Parteienkonkurrenz, Allmacht des Staates statt Schutz der Bürgerrechte.

Die Analyse der 15 Jahre der Republik (1918-1933/34) wurde vor allem von einem Erkenntnisinteresse gesteuert: Wie war es bestellt um Vorarlberg, um die Wirtschaft, die Gesellschaft, die Politik, daß der Übergang zum Austrofaschismus und dann wieder zum Nationalsozialismus so glatt, auf den ersten Blick geradezu unverstündlich reibungslos vonstatten ging? Die Bemühungen Vorarlberger Landespolitiker um die Errichtung eines autoritären Staates und ihre wesentlichen Beiträge zum österreichischen Faschismus - Otto Ender etwa hat die Verfassung des Jahres 1934 zu verantworten - werden dargestellt.

Wichtige Lernprozesse liefen in diesen Jahren. Möglichkeiten für Politik wurden erprobt, Herrschaft ohne Rücksicht auf Rechtsstaatlichkeit und Schutz der Interessen der jeweiligen Minderheiten ausgeübt. Diese Lernprozesse resultierten im politischen System

der Zweiten Republik, das auf Interessenausgleich und Beschränkung von Macht ausgelegt ist.

Der Aufbau des Buchs läßt sich abweichend vom Inhaltsverzeichnis auch an folgenden Punkten aufzeigen:

- Verläufe und Typik politischer Artikulation; wie und mit welchen Mitteln äußerten sich Interessen, Hoffnungen, Ängste; was für Folgen hatte das für die politische Landschaft?
- Welchen institutionellen Ausdruck fanden die Interessen, Hoffnungen und Ängste? Wie wandelten sich diese Institutionen?
- Wie gestaltete sich die Spannung zwischen großen Weltbildern und konkreter Politik?
- Warum versagte die Möglichkeit einer demokratischen Politik?

Es sollte jedoch bei aller notwendigen Abstraktion das Einzelschicksal, das konkrete Leben der Menschen in diesen Jahren nachvollziehbar werden. Dieses Buch machte keinen Sinn, wenn nicht ein wenig von den Mühen und Nöten, den Ängsten, Hoffnungen und Freuden vorstellbar würde. Es soll ungleichgewichtig sein, Platz soll der Ernährung, den Bildungs- und Arbeitsverhältnissen der Bevölkerung gewährt sein, auf Kosten der Darstellung möglicher anderer Aspekte der Geschichte, etwa des Straßenbaus, der Verkehrsentwicklung, der Vereine, des Sports, der Würdigung von Architektur und bildender Kunst, Musik und Literatur. "Die" Landesgeschichte von 1918 bis 1938 wurde hier nicht zu schreiben versucht, nur einzelne Aspekte werden geschildert und untersucht.

Der wesentlichste diesen Ausführungen zugrundeliegende Quellenbestand waren für die Jahre 1918 bis 1934 die im Vorarlberger Landesarchiv liegenden Akten des Präsidiums der Vorarlberger Landesregierung und der einzelnen Abteilungen sowie der Bezirkshauptmannschaften. Die in Vorarlberg praktizierte Archivsperrung verhinderte die Einsicht in Aktenbestände aus den Jahren 1934-38. Gedruckte Quellen, Tageszeitungen usw., die noch überwiegend im Landesarchiv eingesehen wurden, liegen heute bereits in der neuen Landesbibliothek. Sie werden allerdings noch teilweise unter Vorarlberger Landesarchiv zitiert. Einzelne Bestände einiger anderer Archive wurden zusätzlich herangezogen, auch waren einige Menschen bereit, in Interviews das in der Arbeit mit Archivalien gewonnene Bild zurechtzurücken. Diese Interviews waren sehr wesentlich für das Verständnis dieser Jahre, sind allerdings nur selten in Form von Zitaten direkt in den Text eingeflossen. Mein Dank gilt diesen Mitbürgern, die noch einer heute antiquiert anmutenden Tugend anhängen, dem Erinnern.

Mein Dank gilt auch denen, die um den Fortschritt meiner Arbeit

bemüht waren: An erster Stelle ist hier der rastlose Herr Albert Felizeter zu nennen; das Vorarlberger Landesarchiv verlor mit seiner Pensionierung jemanden, dem seine Arbeit ein persönliches Anliegen war und der nicht eher ruhte, bis der verschollen geglaubte Akt gefunden war oder gesichert als verschollen gewertet werden durfte. In der Landesbibliothek stand Herr Walter Fink mir immer ebenso kenntnis- und hilfreich beiseite, wenn es galt, gedruckte Quellen zu finden; Birgitt Humpeler besorgte großzügig die Literatur.

Ganz besonders danke ich Kurt Greussing.

Sabine ist das Buch zugeeignet.

Bregenz, im Juli 1986

Werner Dreier

Bewegter Anfang: Auf der Straße und im Landhaus

Am 15. Juni 1920 setzte sich Michael Hensler, Vorsteher der kleinen, am Rande des Vorarlberger Rheintals gelegenen Gemeinde Weiler, an seinen Schreibtisch und verfaßte den folgenden Brief an die Vorarlberger Landesregierung:

"Die Gemeindevertretung von Weiler fühlt sich, durch die in letzter Zeit stattgefundenen Auftritte des Terrors der Straße, gezwungen, an die Landesregierung mit nachstehendem Proteste heranzutreten:

Die vom Volke gewählten Gemeindevertreter erachten es als ihre Pflicht, die Landesregierung darauf aufmerksam zu machen, daß sie auf das energischste dagegen protestieren, daß unberufene, volks- und landfremde Elemente zweifelhafter Herkunft unsere heutige wirtschaftliche Notlage dazu verwenden, um die ordnungs- und freiheitsliebende Bevölkerung von Vorarlberg maß- und gewissenlos aufhetzen und verführen zu können, um so auf Umwegen jene Zustände zu schaffen, die ganze Staaten und Reiche in unsagbares Unheil gestürzt haben.

So zum Beispiel Rußland, Ungarn und danach Bayern. Wir hoffen von der Landesregierung, daß sie solche und ähnliche Vorkommnisse in Hinkunft zu verhindern weiß und solche Elemente, die kein Verständnis für unser Volk und Land haben, entweder über die Grenze abschiebt oder in sicheren Gewahrsam bringen läßt, damit Ruhe und Ordnung im Lande, die wir zum beginnenden Wiederaufbau so dringend benötigen, nicht gestört werden können.

Die vom Volke gewählte Landesregierung lasse kein Mittel unversucht, um ihre und die Autorität ihrer untergebenen Behörden aufrecht zu erhalten; sie kann der Unterstützung des weit-aus größten Teils der Bevölkerung sicher sein."

Im Vorarlberger Landesarchiv befinden sich in den Aktenbeständen des Präsidiums der Landesregierung noch viele ähnlich lautende Briefe Vorarlberger Gemeinden, die in der zweiten Junihälfte des Jahres 1920 geschrieben wurden (1). Was war geschehen? Die Geschichte ist rasch erzählt.

Am Mittwoch, dem 2. Juni 1920, gingen in Bregenz ungefähr 500 Menschen gegen eine von der Landeskommission für Vieh und Fett genehmigte Erhöhung des Milchpreises auf die Straße. Eine

Abordnung der Demonstranten wurde von den beiden Landeshauptmannstellvertretern Dr. Ferdinand Redler von der Christlichsozialen Volkspartei und Fritz Preiß von der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei empfangen. Redler und Preiß versicherten der Abordnung, sie könne an der nächsten Sitzung der Landeskommission für Vieh und Fett teilnehmen und dort ihre Argumente geltend machen. Diese Zusage wurde der Menge vom Balkon des Regierungsgebäudes aus bekanntgegeben. Dann sprach der Sozialdemokrat Ferdinand Otto Nansen, der mit 40 weiteren Demonstranten unbehindert in das Gebäude der Landesregierung gelangt war und an der Besprechung teilgenommen hatte. Nansen forderte die Versammelten auf, am Tage der Sitzung der Kommission für Vieh und Fett wieder vor dem Gebäude der Landesregierung zu erscheinen.

Diese Aufforderung nahm Landeshauptmann Dr. Otto Ender zwei Tage später zum Anlaß, die Zusage von Preiß und Redler zurückzunehmen, da er die Kommission nicht dem "Terror der Straße" ausliefern könne. Ender erklärte sich jedoch bereit, eine Besprechung zwischen Vertretern von Frauenorganisationen und dem Bauernbund herbeizuführen. Denn er nahm an, die Demonstration sei von Frauen ausgegangen, die eine Verbilligung der Milch für ihre Kinder erreichen wollten.

Eine Woche später, am 9. Juni 1920, riefen in Bregenz angeschlagene Zettel die Bevölkerung auf, sich um 20 Uhr vor der Landesregierung zu versammeln. Der Landeshauptmann ließ, kaum hatte er davon erfahren, den Bregenzern durch Ausschellen kundtun, Versammlungen unter freiem Himmel seien während der "Landtagssession" in Bregenz verboten und die Behörden seien verpflichtet, dieses gesetzliche Verbot auch durchzusetzen. Trotzdem standen am Abend zwischen 600 und 800 Menschen auf dem Platz zwischen Bahnhof und Landesregierungsgelände.

Doch die Versammlung fand nicht statt. Ferdinand Nansen forderte die Leute auf, sich in den Forstersaal zu begeben, dort werde man die Lage diskutieren. Der größte Teil ging darauf, von sozialdemokratischen Ordnern begleitet, zum Forstersaal. Ungefähr 200 blieben zurück, die - wie es im Polizeibericht heißt - von einem Sozialdemokraten namens Weissmann neuerlich aufgefordert wurden, in den Forstersaal zu gehen: "Wem es um die gute Sache zu tun sei, der solle Folge leisten; wer nicht mittut, zeige, daß er nur gekommen sei, um Krawalle zu provozieren." Die eine Hälfte der noch in losen Gruppen auf dem Platz Stehenden entfernte sich, die andere Hälfte wurde von Gendarmen mit aufgeflepptem Bajonett vertrieben. Es kam zu keinerlei Zwi-

schenfällen, einzig ein Kaufmann aus Feldkirch wurde von der städtischen Sicherheitswache abgeführt, weil er zu sehr auf den Landeshauptmann geschimpft hatte.

In den Straßen von Bregenz war es an jenem Abend um Viertel nach neun Uhr ruhig; die Versammlung im Forstersaal verlief vollkommen diszipliniert. Zuerst sprach Landeshauptmannstellvertreter Fritz Preiß von den ungeheuer teuren Lebensmitteln und den niedrigen Arbeiterlöhnen. Er selbst befinde sich in einer unangenehmen Zwangslage, sei er doch sowohl Vertreter der Arbeiterschaft und "Vertreter der Konsumenten in der Kommission für Fett und Fleischaufbringung" als auch Mitglied der christlich-sozial beherrschten Landesregierung.

Nach ihm sprach Nansen. Der redete anders: Die Regierung stütze sich gegenüber der Arbeiterschaft auf die Macht der Bajonette, was sie gegenüber der Bauernschaft nicht tun könne, weil die Regierung selbst die bäuerliche Bevölkerung mit Waffen ausgestattet habe. Nansen ließ ein sechsköpfiges Verhandlungskomitee wählen, das der Landesregierung die Forderungen der Versammelten überbringen sollte. Diese Forderungen waren:

1. Das versammelte Volk fordert, daß die im Inlande erzeugten Lebensmittel (Milch, Butter, Käse, Fleisch, Holz, Schollen) in ihrem Preise nicht mehr steigen dürfen, als die Steigerung der Löhne der geistigen und manuellen Arbeiter beträgt, da der Abbau der Preise nur von der besitzenden produzierenden Klasse begonnen werden kann.

2. Das versammelte Volk fordert, daß die Landesregierung mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln das im Punkt 1 Geforderte zur Durchführung bringt, da eine Regierung verpflichtet ist, den wirtschaftlich Schwachen zu helfen.

3. Das versammelte Volk fordert, daß die Landesregierung die von ihr ausgegebenen Waffen zurückverlangt; denn es ist eine Ungerechtigkeit, durch brutale Gewalt die hungernde Bevölkerung nieder zu halten.

4. Das versammelte Volk fordert, daß der Landeshauptmann den Ausdruck 'zusammengelaufener Haufen' zurücknimmt.

5. Das versammelte Volk fordert, daß bei den mit den Obmännern der Bauernbünde stattzufindenden Verhandlungen nicht allein die Frauen verhandeln, sondern von jeder Partei je eine Frau und ein Mann als Abgesandte der konsumierenden Bevölkerung anwesend zu sein haben."

Zum Abschluß fragte Nansen, was zu geschehen habe, wenn der Landeshauptmann weder die Abordnung empfangen noch die Kommission für Fett und Vieh einberufe. Aus der Menge kamen Rufe wie:

"Generalstreik", "Abzug der Regierung", "Roter Hahn aufs Dach der Bauern". Nansen schlug vor, dann den Rücktritt des Landeshauptmanns zu fordern; der Vorschlag wurde angenommen, die Forderungen wurden dem Landeshauptmann überbracht.

Der tat zweierlei. Zum einen verlangte er vom Staatsamt des Inneren in Wien telegrafisch und chiffriert 80 Gendarmen aus einem anderen Bundesland zur Verstärkung der bereits in Bregenz konzentrierten 100 Vorarlberger Gendarmen. Zum anderen nahm er zwar die ersten drei Punkte des Forderungskatalogs als Wünsche der Versammlung zur Kenntnis, die beiden anderen Punkte jedoch lehnte er ab. Zum vierten Punkt meinte er, da gebe es nichts zurückzunehmen, denn er stehe immer noch zu dem Satze: "Die Landesregierung ist dem Landtage verantwortlich, aber nicht irgend einem Haufen Menschen, der auf der Straße zusammenläuft."

Am 15. Juni, als der Vorsteher von Weiler den eingangs erwähnten Brief schrieb, hatten die Bregenzer Vorfälle noch ein Nachspiel im Vorarlberger Landtag (2). Landeshauptmann Ender bekundete da Verständnis für die Erregung, die durch die schmerzhaft, sachlich jedoch gerechtfertigte Preiserhöhung entstanden sei. Gegen Angriffe der fünf sozialdemokratischen Abgeordneten - die dominierenden Christlichsozialen stellten 22 - verteidigte er seine Maßnahmen, insbesondere die Räumung des Bahnhofsplatzes durch die Gendarmerie. Die Waffen hätten sich nicht gegen das Volk und gegen Frauen gerichtet, sondern gegen Elemente, "die keine Frauen sind und für die es mir um die Bezeichnung Volk schad ist". Die Waffen hätten auch nicht der Sozialdemokratie gegolten - seinem Stellvertreter Preiß attestierte er, beruhigend auf die Menge eingewirkt zu haben -, sondern "jener Bewohnerschaft von Bregenz, die ich nicht zum Volke rechne".

Die Sozialdemokraten nahmen die Vorgänge von Bregenz zum Vorwand, sich aus der Landesregierung zurückzuziehen. Eine Ursache für den Rücktritt der beiden sozialdemokratischen Landesräte Preiß und Rauscher war sicher die von Preiß im Forstersaal angesprochene Zwangslage, in der er sich als Arbeitervertreter befinde. In der "Vorarlberger Wacht" vom 19. Juni 1920, der sozialdemokratischen Parteizeitung, wurde Fritz Preiß dann deutlicher. Er habe in der Landesregierung immer parteipolitische Überlegungen zurückgestellt und Verantwortung getragen, "ohne Rücksicht, daß dadurch die ganze Popularität verloren gegangen ist". Andererseits seien die Sozialdemokraten bei wichtigen Entscheidungen immer wieder übergangen worden. Ein weiterer Grund für den Rückzug aus der Verantwortung dürften die

Ereignisse in Wien gewesen sein, wo am 10. Juni 1920 die SDAP die Koalition gekündigt und die Bundesregierung verlassen hatte. Für die sozialdemokratischen Politiker waren die beiden Bregenzer Demonstrationen ein spontaner Ausbruch der in der Bevölkerung angestauten Erbitterung, keinesfalls aber von der Sozialdemokratie bewußt herbeigeführte Ereignisse. In der "Vorarlberger Wacht" wurde dem radikaleren Ferdinand Nansen zwar die Möglichkeit geboten, seine Position darzulegen, die Partei übernahm sie jedoch nicht (3).

Aus dem trockenen Befund, der sich aus den Akten ergibt, kann man wohl kaum nachvollziehen, warum sich der Vorsteher von Weiler und mit ihm viele andere Gemeindevorsteher in diesen Junitagen des Jahres 1920 hinsetzten und - größtenteils in einer Handschrift, der man die Mühe des Schreibens ansieht - einen so besorgten Brief an die Landesregierung formulierten. Warum taten sie es dann? Versuchen wir, die politische Atmosphäre jener ersten Jahre nach dem Weltkrieg zu beschreiben - Hoffnungen, Befürchtungen, Pläne, materielle Probleme, die die Menschen in Vorarlberg bewegten. Bevor wir uns dem zuwenden, sei hier zur Orientierung ein kurzer Überblick vorangestellt (4).

Am 3. November 1918 endete der Erste Weltkrieg für Österreich durch einen allgemeinen Waffenstillstand; ungefähr 5.000 Vorarlberger waren dem massenhaften Morden zum Opfer gefallen. Am selben 3. November trat in Bregenz im Gebäude des heutigen Landesarchivs, in der Kirchstraße, die provisorische Landesversammlung zusammen. Sie setzte sich - entsprechend dem Ergebnis der letzten Reichsratswahl von 1911 - aus 19 Christlichsozialen, 6 Deutschnationalen und 5 Sozialdemokraten zusammen. Diese Versammlung erklärte Vorarlberg zu einem selbständigen Land, und der neugewählte neunköpfige Landesrat - die Landesregierung - unter dem Vorsitz des Landespräsidenten (ab 1919 Landeshauptmann) Dr. Otto Ender übernahm die Zivil- und Militärgewalt. Am 12. November 1918 wurde in Wien die demokratische Republik Deutschösterreich ausgerufen, in der erstmals die gesamte Bevölkerung - nämlich auch die Frauen - am politischen Leben beteiligt sein konnte.

Die ersten Jahre der jungen Republik waren sehr turbulent. Man wußte nicht, ob es weiterhin ein Österreich geben oder ob sich Vorarlberg mit Österreich an Deutschland anschließen werde, ob eine Alpenrepublik unter Beteiligung der westlichen Bundesländer entstehen, oder ob Vorarlberg gar ein Kanton der Schweiz werden würde. In Vorarlberg herrschte nicht nur Unsicherheit über die staatliche Zukunft; vor allem fehlten Lebensmittel: viele Vorarl-

berger hungerten. Zugleich war mit dem Zusammenbruch des alten Großreiches und dem Ende der Monarchie der Eindruck entstanden, die staatliche Ordnung und die Autorität der Behörden seien ins Wanken geraten. Dieser Eindruck verband sich bei der Arbeiterschaft mit einem gehobenen Selbstvertrauen, glaubte doch vor allem die sozialdemokratische Bewegung mit der Ausrufung der demokratischen Republik endlich die schon lange erstrebte gleichberechtigte Teilhabe an der politischen Macht erreicht zu haben.

Die Arbeiterschaft und ihre politische Organisation, die Sozialdemokratie, hatte jedoch keine Ahnung, wie in dieser Situation Politik zu machen wäre. Sie mußte – auch in Vorarlberg – in einem ungefähr zweijährigen Lernprozeß erst die Spielräume für politisches Handeln erkunden. Da in den Behörden, im Verwaltungsapparat und an den Schalthebeln der wirtschaftlichen Macht sich kaum etwas geändert hatte, merkten die politisch bewegten Teile der Arbeiterschaft, daß sie zwar de jure gleichberechtigte Staatsbürger waren, de facto jedoch die Verwaltung und die eindeutig dominierenden Christlichsozialen die Interessen der Arbeiterschaft nicht wie erwartet wahrnahmen.

Bedingt durch diese Erfahrung und durch die Entwicklung im nahen Bayern, in Ungarn und Italien, wo Arbeiterräte politische und wirtschaftliche Machtpositionen zu besetzen und zu halten versuchten, entdeckten und probierten die bewegten Teile der Arbeiterschaft außerparlamentarische Möglichkeiten politischer Einflußnahme. Arbeiter gingen auf die Straße, wo immer sie ihre wirtschaftlichen oder politischen Interessen von der Obrigkeit mißachtet sahen: Sie demonstrierten gegen die Verteuerung der an sich sehr knappen Milch, gegen die Ausfuhr von Vieh aus dem hungernden Land und gegen eine Beschlagnahme des Parteiorgans der Vorarlberger Sozialdemokratie, der "Vorarlberger Wacht". Sie gingen aber auch auf die Straße, um dem politischen Gegner einfach ihre schiere körperliche Macht vorzuführen. Politisches Wollen sollte durch die physische Präsenz auf der Straße sichtbar gemacht werden.

DIE DEMONSTRANTEN

Dem Landeshauptmann war vollkommen klar, mit wem er es bei den Milchdemonstrationen 1920 zu tun hatte: mit "jener Be-

wohnerschaft von Bregenz, die ich nicht zum Volke rechne". Der Vorsteher von Weiler schrieb von "Auftritten des Terrors der Straße", hervorgerufen durch "unberufene, volks- und landfremde Elemente zweifelhafter Herkunft". In den Akten ist freilich nur ein Demonstrant vermerkt - nämlich jener Kaufmann aus Feldkirch, der besonders ausfällig geworden war. Als Anführer wird Ferdinand Otto Nansen genannt, "aus dessen Reden klar zu ersehen war, daß er und seine Anhänger mit der heutigen Form der Demokratie unzufrieden sind und die 'Diktatur des Proletariats' anstreben. Für Nansen ist die zweifelsohne unpopuläre Erhöhung des Milchpreises der willkommene Anlaß, um für diese seine Ideen Propaganda zu machen und die großen Massen für sich zu gewinnen (Nansen: früher Rypacek: ist am 1. September 1893 in Wien geboren und dorthin zuständig.)" (vgl. Anm. 1). Der Vorsteher von Weiler dürfte mit "unberufenen, volks- und landfremden Elementen zweifelhafter Herkunft" sicher auch Nansen gemeint haben, der sich seit Dezember 1919 in Bregenz aufhielt. Nansen werden wir noch öfters begegnen, wurde er doch 1932/33 nach einem mehrjährigen Aufenthalt in Brasilien und einem kürzeren in Rußland der führende Kopf der Vorarlberger Kommunisten.

Aber der Vorsteher von Weiler könnte auch Fritz Preiß gemeint haben. Der sozialdemokratische Landesrat und Landeshauptmannstellvertreter war nämlich 1877 in Hüttenberg, Bezirk St. Veit an der Glan in Kärnten, geboren worden. Von Beruf Lokomotivführer, wurde er 1908 nach Feldkirch und 1916 nach Bregenz versetzt. Zwischen 1919 und 1932 war er sozialdemokratischer Stadtvertreter in Bregenz. Dem Landtag gehörte er 1918 bis 1932 an. 1918 wurde er zum Leiter der Industriellen Bezirkskommission in Bregenz bestellt, jener Behörde, aus der dann das Landesarbeitsamt hervorging.

Er könnte aber auch jenen Teil der Demonstranten gemeint haben, der aus anderen Bundesländern oder aus dem weiten Bereich der Monarchie stammte und entweder auf der Suche nach Arbeit direkt nach Vorarlberg gezogen oder hier auf der Wanderschaft in die gut zahlende Schweiz, nach Deutschland oder Frankreich einfach "hängen" geblieben war.

Vor dem Ersten Weltkrieg war fast die Hälfte der Vorarlberger Industriearbeiterschaft zugewandert, zu gleichen Teilen aus anderen deutschsprachigen Gebieten der Monarchie und aus "Italienisch-Tirol", dem Trentino. Die Hälfte der sieben- bis zehntausend Italiener kehrte nach dem Ersten Weltkrieg und mit dem Anschluß des Trentino an Italien wieder dorthin zurück. Die andere Hälfte

wurde in Vorarlberg assimiliert, ja nahm zum Teil sogar deutsche Familiennamen an. Noch in den zwanziger Jahren holte die Textilindustrie Italiener als billige Arbeitskräfte ins Land. 1930 waren in Vorarlberg ungefähr 1.000 Arbeiter beschäftigt, die nicht österreichische Staatsbürger waren, vor allem "Reichsdeutsche" (5).

Doch auch die Zuwanderung aus anderen Bundesländern riß nicht ab, so wurden Eisenbahner weiterhin nach Vorarlberg versetzt, und es wanderten Arbeiter verschiedenster Profession zu. Die Gendarmerie-Expositur Wald am Arlberg berichtet etwa 1921 anlässlich eines Streiks der beim Bau des Spullersee-Kraftwerks beschäftigten 940 Arbeiter, es befänden sich darunter 200 "Nichtvorarlberger", die aber entweder bereits ihre Familien im Lande hatten oder zumindest schon mehrere Jahre bei "ihrer" Firma beschäftigt waren (6). Doch immer, wenn es darauf ankam, entschied die "Heimatzugehörigkeit" nach dem damals geltenden "Heimatrecht" über die Zukunft des Menschen. Ein in einer Vorarlberger Gemeinde nicht "heimatberechtigter" Bewohner konnte samt seiner Familie abgeschoben werden, sobald er oder seine Angehörigen keinen "unbescholtenen Lebenswandel" mehr führten. So wurde zum Beispiel 1925 ein 62 Jahre alter Mann, der schon viele Jahre in Bregenz gewohnt und gearbeitet hatte, in seine Heimatgemeinde Reutte/Tirol abgeschoben, weil er sich eines geringfügigen Delikts schuldig gemacht hatte (7). Geriet ein in seiner "Wohngemeinde" nicht "Heimatberechtigter" in Not, und erstattete seine "Heimatgemeinde" die von seiner "Wohngemeinde" ausbezahlte Sozialhilfe nicht, so wurde er in seine "Heimatgemeinde" abgeschoben, die er vielleicht vor einem halben Leben verlassen und seither nie mehr gesehen hatte. Vor allem 1933, zur Zeit der großen Arbeitslosigkeit, wurden viele mittellose Arbeitslose per Schub "abgeschafft", allein aus dem Bezirk Bludenz 266 Erwachsene und deren Kinder (8).

Auch den sozialdemokratischen Landesparteiensekretär Anton Linder könnte der Gemeindevorsteher von Weiler als "volks- und landesfremdes Element" im Auge gehabt haben. Linder kam vor dem Ersten Weltkrieg aus Niederösterreich nach Vorarlberg, hier war er von 1918 bis 1934 Landtagsabgeordneter. Auch er mußte erfahren, daß in diesem Lande die Menschen gern in verschiedene "Güteklassen" eingeteilt wurden. Als Linder bei der Staatsregierung in Wien sich über die Vorarlberger Landesregierung beschwert hatte, weil diese bewaffnete "Volksmilizen" - die Vorgänger der Heimwehr - aufgestellt hatte, sagte ihm Landeshauptmann Ender, er sei kein "wahrer Vorarlberger", denn ein solcher hätte sich

nie nach Wien gegen die eigene Landesregierung gewandt: "Ein Vorarlberger, der in Vorarlberg geboren und ein wahrer Vorarlberger ist, hätte das gefühlt" (9).

Die vielen Menschen - der Polizeibericht spricht von bis zu 1.500 -, die in Bregenz demonstriert hatten, waren vorwiegend Arbeiter. Vorarlberg, hier besonders das Rheintal und der Walgau, zählten bereits seit dem frühen 19. Jahrhundert zu den höchstindustrialisierten Gebieten Österreichs. Nach Erhebungen aus den Jahren 1910, 1923 und 1934 bezogen jeweils 43, 47 beziehungsweise 39 Prozent der Vorarlberger ihren Lebensunterhalt aus Industrie und Gewerbe - mehr als in jedem anderen Bundesland einschließlich Wien. 1934 waren in Vorarlberg 35.182 (49,2%) der Berufstätigen Arbeiter, vor allem Textilarbeiterinnen und -arbeiter sowie Bauarbeiter. Nach der Betriebszählung vom Juni 1930 arbeiteten von 38.595 erfaßten Beschäftigten ungefähr 16.000 in der Textilverarbeitung und 3.700 im Baugewerbe, jedoch nur 1.100 in der Eisen- und Metallindustrie. Die Textilindustrie beschäftigte vor allem Hilfsarbeiter und in hohem Maße - zu über einem Drittel - Frauen (10).

DIE WIRTSCHAFTLICHE LAGE

Die "volks- und landfremden Elemente" wollten, so meinte der Vorsteher von Weiler, "unsere heutige wirtschaftliche Notlage" benutzen, "um die ordnungs- und freiheitsliebende Bevölkerung von Vorarlberg maß- und gewissenlos aufhetzen und verführen (zu) können" (11).

Das erste und ernsteste Problem nach dem Krieg war die Sicherstellung der Ernährung der Bevölkerung. Die Vorarlberger Ernten an Getreide (16.205 Zentner) und Kartoffeln (63.000 Zentner) reichten 1918 bei weitem nicht aus. Die Getreideversorgung war nur für 35 Tage sichergestellt, bei Kartoffeln bestand ein zusätzlicher Bedarf von 70.000 Zentnern (12). Fleisch gab es zum Beispiel im Bregenzer Stadtteil Vorkloster nur zwei- oder dreimal die Woche - 10 Dekagramm pro Kopf der Bevölkerung -, Fett und Butter nur in sehr geringen Mengen. Trotz der Bewirtschaftung der Lebensmittel funktionierte die Versorgung nicht zufriedenstellend. Die "Vorarlberger Wacht" klagte am 11. Oktober 1918 über "Habgier und Eigennutz der Agrarier einerseits und den Schleichhandels- und Wuchersport von hiesigen Beamten und Geschäfts-

leuten andererseits", die die Versorgung der Bevölkerung behinderten. Hunger war noch nie egalitär.

Da half es auch nicht viel, daß jeder Flecken Boden bewirtschaftet wurde. Allein die circa 1.000 Bregenzer Schrebergärtner bearbeiteten 3.600 Ar (13). Hilfe konnte nur von außen kommen. Vorarlberger Landtagsabgeordnete hatten im Oktober und November 1918 mit der Schweizer Regierung wegen Lebensmittellieferungen verhandelt. Am 9. November konnte der sozialdemokratische Landesrat Fritz Preiß von erfolgreich abgeschlossenen Verhandlungen berichten. Vorarlberg erhielt Mehl, Reis, Fett und Frischobst entsprechend der schweizerischen Lebensmittelration für 140.000 Menschen. Voraussetzung für die Lieferung war, daß im Lande Ruhe herrschte. Die Schweiz leistete die dringend benötigte Hilfe nicht uneigennützig; Zum einen waren die schweizerischen Stellen daran interessiert, eine Pufferzone zwischen sich und der im Umbruch befindlichen Welt zu schaffen, zum anderen bezahlte das Land Vorarlberg die Lebensmittel mit Holz und Heu (14).

Die Schweizer Mittelration betrug 180 Gramm Mehl und 25 Gramm Reis täglich sowie 220 bis 320 Gramm Fett monatlich pro Kopf. Als am 14. April 1919 die regulären Lieferungen eingestellt wurden, erreichte die Landesregierung noch eine zusätzliche Lieferung von 150 bis 200 Waggon Kartoffeln, die mit monatlich 50 Waggon Brennholz zu bezahlen waren. Für die zweite Hälfte des Monats April 1919 wurden noch 38 bis 40 Waggon Getreide zugesagt.

Auch von der "roten Republik" Bayern, wo selbst Knappheit herrschte, wurden Lebensmittel geliefert: November 1918 trafen täglich Waggons mit Rüben zu Speise- und Futterzwecken ein (15). Die Ernährungslage war so triste, daß Teile der Bevölkerung zur Selbsthilfe griffen: Vertrauensmänner der Bludener Eisenbahner beschlossen im März 1919, keine Lebensmittel- und Viehtransporte mehr aus Vorarlberg hinauszulassen, solange die Versorgung des Landes nicht gesichert sei (16). Im gleichen Monat kam es in Dornbirn zur Besetzung des Bahnhofes und zur Abkoppelung von Viehwaggons, die nicht aus dem Land gelassen werden sollten. Vieh mußte aber aus Vorarlberg verkauft und ausgeführt werden, da großer Heu- und Futtermangel herrschte. Mit der Dornbirner Aktion waren Demonstrationsversammlungen verbunden, die zeigten, daß der Hunger die Menschen militant machte (17). Auch die beiden Demonstrationen in Bregenz im Juni 1920 waren durch die Ernährungslage bedingt, wurde doch gegen eine Erhöhung der Milchpreise demonstriert. Neben diesen großen Ereignissen kam es zu einer Reihe von kleineren Vorfällen, von denen hier zwei als Beispiel angeführt seien: Im November 1918 drangen junge Männer

in die Grenzschutzkaserne Höchst ein und entwendeten dort Lebensmittel. Das "Volksblatt" vermerkt dazu, sie seien von "fanatischen Männern" aufgehetzt worden (18).

Den Menschen fehlten nicht nur Grundnahrungsmittel, sondern auch Genußmittel, vor allem Tabak. Rauchwaren waren in der Schweiz - im Gegensatz zu Österreich - billig und reichlich erhältlich. Da eine legale Einfuhr weder möglich noch finanziell interessant war, wurden sie, wie viele andere Dinge, geschmuggelt. Der Schmuggel wurde zu einem großen Problem, nachdem er während des Krieges von den Behörden toleriert, wenn nicht sogar gefördert worden war, da so Güter ins Land kamen, die sonst unerreichbar gewesen wären. 1919 wurden zur Unterbindung des Schmuggels 300 ehemalige Offiziere im Grenzdienst eingesetzt, die aber wegen großer Schwierigkeiten mit der Bevölkerung bald wieder abberufen werden mußten. Zollwachorgane und Schmuggler lieferten einander öfters Feuergefechte, bei denen etliche Menschen getötet wurden. So knapp nach dem Krieg scheint ein Menschenleben wenig wert gewesen zu sein (19). Im April 1919 kam es zu einer sonderbaren Demonstration in Mäder: Ungefähr 50 Menschen zogen zum Zollamt und verlangten die Freigabe beschlagnahmter Tabakwaren. Das wurde ihnen von vier Soldaten der Volkswehr und vier Finanzwachorganen verweigert, worauf sie friedlich wieder kehrtmachten (20).

Die Versorgung der Bevölkerung hing vor allem bei Milchprodukten von den Vorarlberger Bauern ab. Die Bauern waren bereits in den letzten Jahren des Krieges durch Zwangsablieferungen in ihrer Substanz getroffen worden und vertraten deshalb ihre Interessen vehement. Die Landesregierung appellierte einerseits an deren Pflichtbewußtsein und Solidarität, angesichts der Unterernährung von Arbeiter- und Beamtenkindern ihre Produkte dem Verbrauch zuzuführen. Andererseits wurde den Bauern durch die Milchpreiserhöhungen ein materieller Anreiz geschaffen, wogegen sich jedoch die Arbeiter in Demonstrationen wehrten (21).

Die Bauern wandten sich gegen alle Zwangsmaßnahmen. Sie wollten, daß die Viehverkehrsordnung aufgehoben werde, die von der Landesregierung nach den Dornbirner Protesten gegen die Vieh- ausfuhr vom März 1919 erlassen worden war. Sie lehnten die Abgaberegulung für Milch und Butter ab und stellten die Ablieferungen im Sommer 1920 für einige Zeit gänzlich ein. Der Landesregierung gelang es, diesen Widerstand zu brechen, indem sie die Anführer verhaften ließ und die Haft auch gegen massiven Druck der Bauern durchsetzte. Die abzuliefernden Mengen wurden nach Verhandlungen mit den Bauern allerdings reduziert (22).

Im Herbst 1919 versuchte die Landesregierung, den Konsum durch Verordnung zu regeln:

"Verordnung der Vorarlberger Landesregierung vom 10. September 1919 betreffend die Regelung des Fleischbezuges. ...

1. Der Verbrauch von Fleisch aller Art ist nur an drei Tagen in der Woche und zwar am Sonntag, Dienstag und Donnerstag gestattet. An den anderen Tagen ist sowohl die Zubereitung von Fleischspeisen als auch deren Genuß verboten" (23).

1919 war die Ernährungslage insbesondere der Arbeiter noch so schlecht, daß Landesrat Preiß der Landesversammlung von Arbeiterfamilien des Bregenzer Stadtteils Vorkloster berichtete, die an drei Tagen der Woche nur von Rüben als Magenfüllern lebten. Um die Kartoffelversorgung sicherzustellen, wurde vom 5. bis 16. November 1919 und vom 19. bis 25. Jänner 1920 der gesamte Personenzugsverkehr in Österreich eingestellt, da die Kohlevorräte nur für Güterzüge ausreichten. Erst 1921 besserte sich die Situation. Die Bewirtschaftung der Lebensmittel wurde nach und nach aufgegeben; am 1. Juli 1921 fiel die Rationierung von Milch- und Milchprodukten (24). Ab Dezember 1921 wurde auch die staatliche Lebensmittelsubventionierung abgebaut, die die Grundnahrungsmittel für die schlechtverdienenden Arbeiter einigermaßen erschwinglich gemacht und den Bauern entsprechende Preise ermöglicht hatte (25).

Auf Anregung des Christlichen Arbeitersekretariats hatte die Landesregierung und das Landeskomitee für soziale Fürsorge ab 1919 eine großangelegte "Lebensmittelverbilligungsaktion für Minderbemittelte" organisiert. Sie wurde nötig, da Lebensmittel aus der Schweiz infolge der ständigen Abwertung der Krone nahezu unerschwinglich geworden waren. Die Landesregierung ließ über die Gemeinden einen Aufruf anschlagen, in dem sie diejenigen Vorarlberger, "die noch imstande sind, etwas für Arme zu tun", ersuchte, "der Stimme ihres bekannt mildtätigen Herzens folgend" Geld zur Verfügung zu stellen. Die Gemeinden wurden zu einer Haussammlung bei "noch als bemittelt bekannten" Personen verpflichtet, die Spenderlisten gemeindeweise veröffentlicht. Insgesamt wurden dabei fast 580.000 Kronen aufgebracht. Den Vorarlberger Unternehmern war die Mildtätigkeit 350.000 Kronen wert. Die ganze Aktion machte mehr den Eindruck einer "freiwilligen" Sondersteuer als einer Haussammlung. Die Industrie leistete lieber "freiwillig" einen Beitrag, als es auf eine Auseinandersetzung mit der hungernden Bevölkerung ankommen zu lassen. Der Landeshauptmann sprach das in einem Schreiben an die Vorarlberger Banken selbst an: "Ich muß daher die Erwartungen, die ich an

die Opferfreudigkeit der bemittelten Kreise hege, sehr hoch spannen und glaube mich darum auch speziell an die Bankinstitute Vorarlbergs, welche besonders großes Interesse daran haben müssen, daß die hinreichende Ernährung der Bevölkerung und damit Ruhe und Ordnung gewährleistet werden, mit der Bitte wenden zu müssen, sich an dieser Sammlung möglichst mit hohen Spenden zu beteiligen und, falls bereits Spenden gegeben worden sein sollten, diese noch in möglichster Weise zu erhöhen" (26).

Einen besonderen Beitrag zur Versorgung der Vorarlberger Kinder leistete das "Amerikanische Kinderhilfswerk", dem auch Untersuchungen zur Ernährungssituation der Kinder zu verdanken sind. Von 1919 bis Oktober 1922 hieß die Aktion "Amerikanische Kinderausspeisung", von Oktober 1922 bis zur Einstellung 1924 "Amerikanisch-Österreichisches Kinderhilfswerk". Das Geld dafür wurde durch Sammlungen aufgebracht. So überwies der White Cross Fishing Club New York 9.000.-- Kronen - das Geld wurde durch einen ausgewanderten Vorarlberger übermittelt: durch Otto Boesch von der Stickereifirma J. Boesch & Sons in Westchester, N.Y. Ab 1922 beteiligte sich das Land Vorarlberg mit 25 Prozent an den Kosten. In den großen Städten und größeren Industriegemeinden des Landes wurden durch das Kinderhilfswerk 1919 täglich 4.700 Essensportionen ausgegeben. Diese Menge stieg bis Juni 1921 auf 7.500 Portionen täglich. Ab 1922 wurde die Ausgabe auf 1.000 Portionen reduziert. Das Kinderhilfswerk hatte 1919 bis 1924 mit insgesamt 4.670.000 Tagesportionen wirkungsvoll Hunger bekämpft (27).

Neben dem Amerikanischen Kinderhilfswerk gab es noch zahlreiche andere Hilfsaktionen, so die "St. Galler Hilfsaktion für die Österreichische Jugend", die Vorarlberger Kindern Kostplätze in Schweizer Familien vermittelte. Diese Aktion war bereits während des Krieges angelaufen. Sie hatte zum Beispiel 1917 540 Kinder vermittelt, im März 1919 waren es 146, im Dezember 1919 60 und im März 1920 313.

Vorarlberg bekam auch Hilfgelder übermittelt, die an den Bundespräsidenten geschickt wurden, so 1922 insgesamt 230.000 Kronen von einer japanischen Spende, die auf die Erziehungsanstalt Jagdberg und das Marienheim Bludenz aufgeteilt wurden. 1922, in der Zeit der großen Inflation, wurden von der Zeitung "New York Herald" über den Bundespräsidenten sechs Millionen Kronen übermittelt, die an Erziehungsanstalten, Waisenhäuser, Kindergärten und die Tagesheimstätte Bregenz aufgeteilt wurden; 1923 entfielen auf Vorarlberg nochmals fünf Millionen Kronen einer Spende des "New York Herald". Die amerikanischen Spender wiesen

meist darauf hin, daß die Gelder für "Mittelstandsaktionen" zu verwenden seien. Es gab so eine spezielle Aktion für "notleidende Angehörige geistiger Berufe" und für Kleinrentner, die Lebensmittelpakete erhielten. 1923 wurden dann 340 Dollar an Staatsappensionisten-Vereine in Tirol und Vorarlberg aufgeteilt (28). Diese Hilfsmaßnahmen und die wirtschaftliche Konsolidierung Österreichs führten bis 1924 zu einer deutlichen Verbesserung des Ernährungszustandes der Vorarlberger Kinder, wie Untersuchungen des Kinderhilfswerkes ergaben: 1920 wurden 11.088 der 27.000 Vorarlberger Schulkinder untersucht. Davon waren nach den damals angelegten Kriterien 64,6 Prozent (7.166) unterernährt. Die Kinder in ländlichen Gemeinden waren gewöhnlich besser ernährt als Stadtkinder. Feldkirch hatte den höchsten Prozentsatz unterernährter Kinder, Schruns den niedrigsten. 1921 waren von 10.719 untersuchten Kindern 23,9 Prozent (2.557) sehr schlecht, 55,3 Prozent (5.945) schlecht und 20,8 Prozent (2.217) gut ernährt. 1924 waren nur noch 0,6 Prozent der untersuchten Kinder sehr schlecht, aber immer noch 40,1 Prozent schlecht ernährt. Erstmals galt mehr als die Hälfte der Kinder, nämlich 59,3 Prozent, als gut ernährt (29).

ZUSAMMENBRUCH - UMBRUCH - AUFBRÜCHE: DER SCHWIERIGE WEG IN DIE REPUBLIK

1918 bis 1920 häuften sich Demonstrationen von Arbeitern, die eine Verbesserung ihrer Lebensbedingungen, vor allem eine ausreichende Versorgung mit billigen Nahrungsmitteln, erkämpfen wollten (30). Warum glaubten damals so viele Menschen, ihre berechtigten Ziele auf der Straße erkämpfen zu müssen? Standen keine etablierten Institutionen zur gewaltfreien Konfliktlösung zur Verfügung? Demokratische Institutionen waren damals offenbar nicht in der Lage, diese schweren Konflikte aufzufangen.

Erst im Jahre 1906 war das allgemeine Wahlrecht für Männer von den Sozialdemokraten erkämpft worden - ein Fortschritt, der nur wenige Jahre zum Tragen kam, da mit dem Kriegsausbruch 1914 jedweder Ausbau demokratischer Institutionen unmöglich wurde. Vor 1906 war die politische Macht unangefochten bei den wirtschaftlich Mächtigen gelegen, und die Zeit ab 1906 reichte nicht zur Bildung und Festigung demokratischer Traditionen aus (31). Den wirtschaftlich Schwachen fehlte das Vertrauen in den Landtag

oder in die Gemeindevertretungen. Es bleibt außerdem sehr zweifelhaft, ob die christlichsoziale Mehrheit im Lande die Interessen der politischen Minderheit und der sozial Schwachen auch ohne deren lautstarke Proteste auf der Straße respektiert hätte.

Es war ganz klar, daß durch den Zusammenbruch der Monarchie ein allgemeines Legitimationsdefizit im gesellschafts- und staatspolitischen Bereich entstanden war. Welchen Institutionen, Instanzen und Verfahrensregeln sollte man sich anvertrauen in der Erwartung, daß durch sie Gesetzmäßigkeit und Gerechtigkeit hergestellt würden? In dieses Legitimitätsdefizit hinein, das sich stellenweise zu einem Legitimitätsvakuum verdünnt hatte, mußten neue Formen legitimer Herrschaft erprobt und aufgebaut werden. Die bewegte Arbeiterschaft tat dies - da sie in den herkömmlichen Institutionen kaum repräsentiert war - durch den Versuch, parallele und durchaus konkurrierende Institutionen zu bilden und diesen allgemeine öffentliche Anerkennung zu verschaffen. Ergebnisse und Erbschaften solcher Bemühungen gibt es heute noch in Form der Betriebsräte und der Arbeitsämter. Daß die Mittel zur Etablierung solcher neuen Institutionen recht spektakulär waren - nämlich die des Auflaufs, der Straßendemonstrationen, des Streiks -, hat sie in den Geruch der Unzulässigkeit gebracht - und das auch deshalb, weil diese Versuche überwiegend gescheitert sind.

Das Legitimitätsvakuum bestand freilich genauso auf der Ebene staatlicher Herrschaft. Es wurde dort nur weniger sichtbar. Ebenso wenig wie große Teile der Arbeiterschaft bereit waren, die Kompetenzen der konservativen Landesregierung zu respektieren und dieser Legitimität zuzuerkennen, wollte der christlichsoziale Landeshauptmann Dr. Ender Kompetenzen der übergeordneten Bundesregierung anerkennen. Soweit ihm dies politisch vertretbar und notwendig erschien, hat er sich Anweisungen der Bundesregierung auf Gebieten eindeutig gesamtstaatlicher Belange entzogen. So weigerte er sich im Mai 1919, der vom Staatsamt für Heerwesen in Wien befohlenen Auflösung der Vorarlberger Volksmilizen - einer mit Erlaß der Landesregierung neben Heer und Gendarmerie ins Leben gerufenen bewaffneten Sonderformation - Folge zu leisten (32).

Mit dem Zusammenbruch Österreich-Ungarns nach dem Ersten Weltkrieg begann in der kleinen Republik Österreich auch für Vorarlberg eine neue Phase seiner Geschichte. Doch gab es hier - wie im übrigen Österreich - keine Revolution im Sinne einer

grundlegenden Umwälzung gesellschaftlicher Verhältnisse oder eines Austausches der bestimmenden Eliten (33).

Die Vorarlberger Sozialdemokratie hatte zwar während des Weltkrieges nie in die allgemeine Kriegshetze eingestimmt und ihr Organ, die "Vorarlberger Wacht", war trotz der scharfen Pressezensur immer ein unbequemes und kritisches Blatt geblieben – dank Hermann Leibfried, dem knapp vor Kriegsende verstorbenen Gründer und Redakteur der Zeitung. Doch arbeitete die Vorarlberger sozialdemokratische Bewegung während des Krieges auch nicht auf eine Revolution hin; vielmehr hatte man, da die Männer eingezogen wurden, größte Probleme, die Organisation überhaupt am Leben zu halten (34). Behördenvertreter berichteten auch nicht von staatsfeindlichen Umtrieben, sondern von Sozialdemokraten, die bei aller Kritik an den Regierenden den Bestand der Monarchie nie prinzipiell in Frage stellten.

So beschloß der spätere Landesrat Franz Rauscher eine Versammlung in Feldkirch-Altenstadt am 1. Mai 1917 mit "der Aufforderung, ruhig wieder an die Arbeit zu gehen und die gegenwärtigen Leiden standhaft und geduldig zu ertragen. Es wird noch einmal die Zeit kommen, wo die Arbeiter die Früchte ihrer Standhaftigkeit und ihres geduldigen Ausharrens genießen werden". In Dornbirn hatte am selben 1. Mai Fritz Preiß vor 350 Menschen gesprochen. Dem Regierungskommissär Haussmann war Preiß noch unbekannt, er verschrieb seinen Namen im Bericht über diese Versammlung zu Fritz "Breuss", Lokomotivführer aus Bregenz. Preiß sprach über den k.u.k. Staat: "Solange es um die Integrität und Existenz des Staates geht, werden wir alles tun, um einig und stark den Staat in seinem Verteidigungskrieg zu unterstützen". Auch Hermann Leibfried, der Redakteur der "Vorarlberger Wacht", wirkte beruhigend auf die Versammelten ein, wozu allerdings nach Haussmann "kaum ein Anlaß vorlag, da die Stimmung der Versammlung eher die einer harmlosen und geselligen Zusammenkunft, als die einer demonstrativen Kundgebung war. Zu einem wie immer gearteten Einschreiten hatte ich keinen Anlaß" (35).

Die Vorarlberger Sozialdemokratie vollzog mit geringen Verzögerungen lediglich die Entwicklung nach, die in Wien zur Republik führte. Noch am 11. Oktober 1918 bekannte sich die "Vorarlberger Wacht" zu einem auf dem Selbstbestimmungsrecht der Völker gegründeten Österreich-Ungarn. Am 18. Oktober begrüßte sie das Völkermanifest Kaiser Karls und befürchtete, es könnte dafür möglicherweise bereits zu spät sein. Der sozialdemokratische Parteitag in Wien vom 31. Oktober 1918 beschloß eine Resolution,

in der das Selbstbestimmungsrecht der anderen Nationen anerkannt und dasselbe Recht auch für das deutsche Volk verlangt wurde. Die Hauptforderung dieser Resolution war, daß Deutsch-Österreich eine demokratische Republik werde, die als selbständiger Bundesstaat dem Deutschen Reich beitreten solle, wenn sich die anderen Nationen von ihr trennen oder sie beherrschen wollten. Am 11. November wurde das Gesetz über die Regierungsform vom Staatsrat und am 12. November von der provisorischen Nationalversammlung beschlossen, und Deutsch-Österreich damit zur demokratischen Republik (36).

Die "Vorarlberger Wacht" hatte sich kurz zuvor, am 8. November, erstmals für die Republik ausgesprochen, für die sie ab diesem Tage vehement eintrat. In der Ausgabe vom 1. Dezember findet sich auf Seite 1 bereits ein Angriff auf Leute, die sich das republikanische Mäntelchen nur umgehängt hätten:

"Jene Leute, die für Wien und den Kaiser am meisten schwärmten, die die Person des Kaisers als etwas Heiliges dem Volke darstellten, erklären uns heute, die Vorarlberger waren immer größtenteils Republikaner. Gewiß hat ein großer Teil des Volkes republikanisch gedacht und gefühlt, zumindest die Sozialisten haben aus ihren Herzen nie eine Mördergrube gemacht und sich selbst zu jener Zeit, als die geheiligte Person des Kaisers von einem ganzen Schutzwall von Gesetzen, von einem ungeheuren Sicherheitsapparat umgeben war, offen und ehrlich als Republikaner bekannt. Jene Herren aber, die sich den Anschein geben, für eine eigene Bauernrepublik zu schwärmen, das waren und sind Monarchisten."

Die Bauernrepublik war eine historische Fiktion, die - von gewissen Formen bäuerlicher Selbstverwaltung im Bregenzerwald und im Montafon ausgehend (37) - immer wieder zur Begründung der Besonderheit Vorarlbergs herangezogen wurde und auch 1918/19 auftauchte.

Es war nicht klar, wie es mit Vorarlberg weitergehen sollte: Anschluß an Deutschland mit ganz Deutsch-Österreich, Anschluß an die Schweiz, selbständiges Vorarlberg? Diese Fragen müssen vor dem Hintergrund der großen Unsicherheit gesehen werden, die wegen der Zukunft des Staates Deutsch-Österreich herrschte. Es wußte auch niemand, was mit Tirol passieren würde. Denn auch dort wurden einige Varianten diskutiert, eine davon war die einer selbständigen Alpenrepublik (38).

Der Kampf um die demokratische Republik wurde zu einem Hauptinhalt sozialdemokratischer Politik. Die Demokratie mußte zuerst gegen mögliche monarchistische Restauration und kommunistische

Umsturzversuche und später gegen die zunehmende Demokratiefeindlichkeit aller anderen Parteien verteidigt werden. Gegen Monarchisten und Kommunisten gelang das relativ mühelos, 1933 und 1934 jedoch leistete die österreichische Sozialdemokratie keinen ihrer nominellen Stärke entsprechenden Widerstand mehr, wengleich die Februarkämpfe neben dem Krieg in Spanien die einzige bewaffnete Gegenwehr gegen den Faschismus in Europa waren (39).

Die Vorarlberger Christlichsozialen taten sich mit der Republik viel schwerer als die Sozialdemokraten, wenn der Vorarlberger Christlichsoziale Jodok Fink auch in der Nationalversammlung in Wien maßgeblich an ihrer Errichtung beteiligt gewesen war. Es war auch Jodok Fink, der die Einberufung der provisorischen Landesversammlung und die Wahl einer provisorischen Landesregierung mit Otto Ender als Landespräsident beziehungsweise Landeshauptmann in die Wege leitete (40).

Das "Vorarlberger Volksblatt", die Zeitung der Christlichsozialen, wollte noch am 10. November 1918 nach englischem Vorbild Demokratie mit Monarchie verbinden, da der "Socialismus-asiaticus" mit Umsturz nach Bolschewiki-Art drohe. In derselben Ausgabe finden sich Mahnworte des für Vorarlberg zuständigen Weihbischofs Dr. Sigismund Waitz, des ehemaligen habsburgischen Prinzenenerziehers - er war 1913 bis 1918 Generalvikar in Feldkirch, von 1918 bis 1921 Apostolischer Delegat für Nordtirol, Osttirol und Vorarlberg, von 1921 bis 1934 Apostolischer Administrator für Nordtirol und Vorarlberg und ab 1934 Fürsterzbischof von Salzburg. Sigismund Waitz und der Wiener Kardinal-Fürsterzbischof Dr. Piffl wandten sich an die katholischen Vorarlberger, um sie in ihrer Treue zur Monarchie zu bestärken (41).

Die Vorarlberger Christlichsozialen akzeptierten später dann notgedrungen die bereits gefallene Entscheidung und stellten sich am 13. November "auf den Boden der Republik", wengleich sie sich durch diese Entwicklung überrollt fühlten. Auch Sigismund Waitz konnte das Geschehene nicht rückgängig machen, aber er blieb seiner Gesinnung treu. In der Sylvesterpredigt 1923 feierte er Ex-Kaiser Karl als Märtyrer, der sich für sein Volk geopfert habe und auf Madeira verleumdet gestorben sei, als katholischer Herrscher der Verfolgung ausgesetzt (42).

Vermutlich waren viele Vorarlberger mit ihrem Oberhirten einer Meinung. Nur wurde diese Meinung nicht in aktive Politik umgesetzt, möglicherweise, weil sie zuwenig Öffentlichkeit fand. Im christlichsozialen "Volksblatt" findet sich nach den November-

tagen 1918 keine monarchistische Propaganda mehr, wenn man von gelegentlichen Stellungnahmen von Bischof Waitz absieht.

Nach den schrecklichen Kriegsjahren - 5.000 Vorarlberger waren gefallen - gab es das Österreich der Habsburger nicht mehr, mit dem man sich über das Herrscherhaus identifizieren hätte können. Es gab für die Vorarlberger keine monarchistische Alternative. In den ersten Monaten sah ein Großteil der Bevölkerung nur zwei Möglichkeiten: Anschluß an Deutschland oder Anschluß an die neutrale Schweiz. Die Deutschnationalen organisierten sich im sogenannten "Schwabenkapitel" und betrieben den Anschluß an Deutschland, die Mehrheit zog allerdings die Schweiz vor. Als die Landesregierung in einer Volksabstimmung am 11. Mai 1919 wissen wollte, ob sie mit der Schweiz über den Anschluß Vorarlbergs verhandeln solle, stimmten 80 Prozent dafür. Obwohl es einen großen Teil der sozialdemokratischen Sympathisanten auch zur Schweiz zog - anders ist das Ergebnis der Volksabstimmung nicht zu erklären -, gab die Parteiführung dem deutschen Sozialismus vor dem schweizerischen Wohlstand den Vorzug. "Der Anschluß an Deutschland ist jetzt der Anschluß an den Sozialismus", hieß es schon am 16. November 1918 in der "Vorarlberger Wacht" (43). Nach der Unterzeichnung des Vertrages von St. Germain vom 10. September 1919, der die Selbständigkeit Österreichs in genau bestimmten Grenzen festschrieb, erblickte ein Teil der Sozialdemokraten nur im Anschluß an Deutschland eine Möglichkeit zur Sicherung der Existenz: "Deutschösterreich kann also selbständig nicht bestehen, und da muß sich das deutschösterreichische Volk denn doch die entscheidende Frage vorlegen, ob es langsam verhungern oder durch das entschiedene Verlangen nach Aufhebung des Anschlußverbotes sein Schicksal selbst in die Hand nehmen soll", hieß es in der "Wacht" (44).

Andererseits entwickelten die Sozialdemokraten ab der Mitte des Jahres 1919 als erste ein neues Österreich-Bewußtsein. Das mag mit der massiven Propaganda der Christlichsozialen gegen das "rote Wien" zusammenhängen, die diese zur Konsolidierung ihrer Macht einsetzten (45). Am 18. Juli 1919 findet sich in der "Vorarlberger Wacht" auf Seite 1 folgender Satz: "Was uns Sozialdemokraten anlangt, ist die Mehrheit für die deutschösterreichische Republik." In der Ausgabe vom 26. November 1919, wieder auf der ersten Seite, steht: "Wir wollen unserer Republik die Treue halten. Wir zweifeln nicht, daß trotz aller wirtschaftlichen Schwierigkeiten, unter welchen unsere Republik leidet, Deutschösterreich sich erholen, kräftigen und bestehen wird." Als dann am 5. Dezember 1919 der Landtag mit den christlich-

sozialen Stimmen beschloß, die Landesregierung zu ermächtigen, das Vorarlberger Selbstbestimmungsrecht nicht nur bei der österreichischen Staatsregierung, sondern auch nötigenfalls beim Obersten Rat in Paris und beim Völkerbund in Genf einzufordern, hatten die fünf sozialdemokratischen Abgeordneten demonstrativ den Saal verlassen. Am Abend des nächsten Tages streikten die Vorarlberger Eisenbahner zwei Stunden, um ihre Treue zur Republik Deutsch-Österreich zu demonstrieren. Die Eisenbahner-Gewerkschaft hatte bereits im Dezember 1918 jede separatistische Bestrebung in Vorarlberg abgelehnt (46). Die Vorarlberger Sozialdemokraten waren in der Konfrontation mit einer anfangs republikfeindlichen und später gegen das sozialdemokratische Wien agitierenden Christlichsozialen Volkspartei zu Österreichern geworden. Nach der Machtergreifung Hitlers 1933 wurde dann auch der Anschlußparagraph aus dem Parteiprogramm der SDAP gestrichen (47).

Aber auch die christlichsozialen Realpolitiker erkannten schließlich, daß Vorarlberg nur im Rahmen der Republik Österreich eine erträgliche Zukunft offenstand. Einer der ersten war Jodok Fink, der dann auch in den Kabinetten Renner II und Renner III 1919/20 als Vizekanzler eine hohe bundesstaatliche Funktion innehatte (48).

Auch Landeshauptmann Otto Ender scheint die Hindernisse, die einer Abtrennung von Österreich entgegenstanden, klar gesehen zu haben. In einem Schreiben an die deutsch-österreichische Staatsregierung schildert er den großen Druck, den die Bevölkerung im Lande auf die Politiker ausgeübt hatte, damit diese für den Anschluß aktiv wurden:

"Von einem großen Teile des Volkes waren den Landesabgeordneten schwere Vorwürfe gemacht worden, wenn man die Sache noch weiter hinausgezögert hätte, bis in Paris die Würfel über Deutschösterreich gefallen sind. Wir glauben, daß die eingeschlagene Taktik die beste ist, weil sich das Volk dabei beruhigt. Bis zur endgültigen Abstimmung wäre ja noch ein weiter Weg. Die Bevölkerung stoßt erst auf die ersten Hindernisse, wenn das Verhandeln mit der Schweiz beginnt."

Ender scheint nicht an den Anschluß an die Schweiz geglaubt zu haben. Doch er wollte die Anschlußbewegung zur Stärkung der Selbständigkeit des Landes – und damit auch des Einflusses der Christlichsozialen – benutzen:

"Was Deutschösterreich angeht, so halte ich dafür, es wäre nicht klug, absolut Widerstand zu leisten, sei es direkt oder durch indirekte Maßregeln. Das gäbe eine böse Stimmung,

Das Beste wäre, wenn Deutschösterreich bald zu einer Verfassung käme, die der Länderautonomie weitest entgegenkommt. Dann würde die Freude Vorarlbergs an Deutschösterreich zunehmen. Zentralistische Bestrebungen verschnupfen bei uns sehr ... Mein Bestreben ist es, ohne Gewalttätigkeit das Volk möglichst bald zu klarer Einsicht seiner Lage und der seinen Wünschen entgegenstehenden Schwierigkeiten zu führen" (49).

Ender versuchte, die Bevölkerung vorsichtig auf die realpolitischen Verhältnisse einzustimmen. In seiner Rede vor der Landesversammlung von 15. Mai 1919, die als Broschüre im Frühjahr 1919 im Land verbreitet wurde, verwies er auf das Gute, das Österreich-Ungarn für Vorarlberg getan habe, und auf die mannigfaltigen Schwierigkeiten, die einer Abtrennung von Deutschösterreich im Wege stünden (50).

Die Vorarlberger Christlichsozialen bekannten sich also mit der Zeit zum Staatsverband Österreich - nicht aber gleichermaßen zur Staatsform, der demokratischen Republik.

Als am 12. November 1928 die Republik Österreich ihren zehnten Geburtstag feierte, waren zwar auf Anordnung des christlichsozialen Bundeskanzlers Prälat Ignaz Seipel alle Bundesgebäude beflaggt, und die Landesregierung veranstaltete am Kornmarktplatz in Bregenz eine Gedenkfeier mit Musik und Bundesheerbeteiligung. Doch das war eine Ausnahme. Denn üblicherweise überließen die Christlichsozialen den Staatsfeiertag der Ersten Republik, den 12. November, den Sozialdemokraten. Sie hatten ihn nie so recht akzeptiert, während die Sozialdemokraten ihn neben dem 1. Mai zu einem prominenten Festtag gemacht hatten. Das ist wohl ein Grund, warum in der Zweiten Republik nicht mehr an diesem 12. November gefeiert wird.

Die Sozialdemokraten begingen den 12. November immer feierlich, 1932 zum Beispiel organisierten sie in Bludenz, Feldkirch, Rankweil, Dornbirn, Bregenz und Hard Feiern, an denen Arbeiterjugend, Arbeiterturner, Arbeitersänger, in Bregenz auch Arbeiter-Radfahrer und das Arbeiter-Streichorchester mitwirkten. 1933 verboten dann die Christlichsozialen bereits alle Feiern zum 12. November. Die Regierung Dollfuß hatte das Parlament ausgeschaltet, und damit die demokratische Republik (51).

DEMONSTRATIONEN - POLITIK AUF DER STRASSE

Bevor wir zwei wesentliche Formen außerparlamentarischer Politik - Rätebewegung und Demonstrationen - näher betrachten, muß noch die eingangs formulierte Frage beantwortet werden, warum zwischen Herbst 1918 und Sommer 1920 so viele Menschen auf die Straße gingen. Die Unsicherheit über die staatliche Zukunft Österreichs sowie die Schwierigkeiten der Anpassung an die demokratische Republik, die vor allem die Christlichsozialen hatten, sind bereits angeführt. Ebenso wurde bereits erwähnt, daß es keine stabile demokratische Tradition gab, die politisches Handeln hätte ordnen können. In den ersten Monaten nach dem Zusammenbruch der Monarchie sah es so aus, als wäre auch die staatliche und wirtschaftliche Ordnung ins Wanken geraten, als wären lang bekannte Autoritäten plötzlich angreifbar geworden. Die sozialdemokratische Arbeiterschaft, die schon lange um gleichberechtigte Beteiligung am wirtschaftlichen und politischen Leben gekämpft hatte, betrachtete die neue demokratische Republik als ihre Errungenschaft und war voller Selbstvertrauen. Die Sozialdemokratische Partei wußte jedoch nicht, wie sie in der für sie neuen Situation die tiefgehende Bewegung der Arbeiterschaft in Politik umsetzen sollte. In den politischen Institutionen, im Landtag, in Gemeinderäten usw. dominierten Christlichsoziale und Deutschnationale. Sie machten nicht den Anschein, der sozialen Dynamik der Arbeiterschaft, dem Aufstiegs- und Partizipationswillen in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht entsprechen zu wollen. Auch herrschte in der Verwaltung noch die Tradition der Monarchie vor. Aus dieser Ausgangslage entwickelte sich Stück für Stück eine sozialdemokratische Politik, die aus Aktionen auf der Straße die Legitimität für politisches Handeln in den Gremien bezog, wobei der schiere Hunger am besten mobilisierte.

Die sozialdemokratischen Politiker wußten jedoch auch stets, daß sie niemals ganz und gar auf die Straße setzen konnten, also niemals riskieren durften, die herkömmlichen demokratischen Institutionen auszuscheiden. Wie wir noch sehen werden, zog spätestens der Aufbau der bewaffneten Volksmilizen der sozialdemokratischen Politik klare Grenzen.

Unruhe im Haus und vor der Tür die Revolution: Die Rätebewegung

Zwei Andeutungen im Brief des Gemeindevorstehers von Weiler aus dem Jahr 1920 bedürfen noch der Klärung. Was meinte Michael Hensler mit "jene(n) Zustände(n),... die ganze Staaten und Reiche in unsagbares Unheil gestürzt haben. So z.B. Rußland, Ungarn und danach Bayern"? Und an welche Mittel dachte er, die der Landesregierung zur Verfügung stünden, um "ihre und die Autorität ihrer untergebenen Behörden aufrecht zu erhalten"?

Hensler dachte da an die Oktoberrevolution in Rußland, an die kurze Rätediktatur Bela Kuns in Ungarn im Frühjahr 1919 und an die im Jänner beziehungsweise Mai 1919 blutig niedergeschlagenen Versuche, in Berlin und München Räterepubliken zu stabilisieren. Auch in der deutschen Nachbarschaft, in Lindau, aber ebenso in kleineren Gemeinden wie Weiler und Lindenberg, hatten im November 1918 Arbeiter- und Soldatenräte maßgeblichen Einfluß erlangt. Anfang April wurden dort sogar Räterepubliken ausgerufen, in deren Gremien jedoch das Bürgertum immer gut vertreten war. Wenige Wochen später gab es sie bereits nicht mehr. So wurde die Räterepublik Lindau nach einer allgemeinen Abstimmung am 19. April 1919 offiziell für beendet erklärt; das nach Lindau marschierte Freikorps, unter dem Befehl des damaligen Hauptmanns Erwin Rommel, konnte unverrichteter Dinge wieder abziehen. Bis Juni 1919 war die Macht der Arbeiter- und Soldatenräte zerschlagen. Vor allem waren die vor dem Herbst 1918 Mächtigen wieder politisch aktiv geworden, nachdem sie sich wegen des verlorenen Krieges kurzfristig zurückgezogen hatten (52).

Auch in Vorarlberg konnte man im Herbst 1918 und im Winter 1919 den Eindruck haben, mit dem Zusammenbruch des alten Staates seien auch die behördliche Autorität und die gesellschaftlichen Machtverhältnisse angeschlagen. Vom Zusammenbruch besonders betroffen war die Armee. So ging auch die größte Dynamik anfangs von den Soldaten aus, die in der neu gebildeten Volkswehr nicht nur ihre Offiziere selbst wählen wollten, sondern auch gleichen Sold für alle forderten. Sie bildeten mit ihren Soldatenräten die ersten Räteorganisationen im Land. Diese wurden jedoch mit zunehmender Konsolidierung der Befehlsstruktur im neuen Heer - der Volkswehr - immer bedeutungsloser und mußten sich im März schließlich sogar - wie die "Vorarlberger Wacht" meldete, aufgrund einer Dienstanweisung - von den sich bildenden allgemeinen Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräten distanzieren.

Die Vorarlberger Räte waren keineswegs "ausgeliehene russische

Einrichtungen", wie die Christlichsozialen vermuteten. Sie hatten mit den russischen Sowjets (=Räten) nichts außer dem Namen gemein. Vielmehr waren sie eine von der Sozialdemokratie geschaffene Organisation, die dazu da war, den Kontakt mit der Arbeiterschaft, die 1918/19 eine gewisse Eigendynamik entwickelt hatte, zu sichern und deren politische Entwicklung im Griff zu behalten (53).

Der linke Flügel der österreichischen Sozialdemokratie räumte den Räten - zumindest in der Theorie - verhältnismäßig viel Platz ein. Nach Max Adler, einem der Vordenker der "Linken", sollten die Räte als Vertretung der Arbeiterschaft in der Verfassung gleichberechtigt neben die Organe der bürgerlichen Republik, die Parlamente, gestellt, ja sogar mit einem Vetorecht gegenüber Beschlüssen der Nationalversammlung ausgestattet werden (54).

Die "Vorarlberger Wacht" berichtete am 9. November 1919 vom Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie und zitierte dabei aus einer Rede Max Adlers: "Die Institution der Arbeiterräte ist ein Produkt der Revolution und seine Tätigkeit ist fortlaufende Revolution. Unter dieser ist nicht zu verstehen der blutige Streit, der durch die Gassen tobt, sondern darunter ist zu verstehen, daß das politische und wirtschaftliche Leben auf ganz neue Grundlagen gestellt wird."

Der in der SDAP bestimmende gemäßigte Flügel hatte jedoch erkannt, daß die Widerstände gegen eine grundlegende Umgestaltung vor allem der wirtschaftlichen Verhältnisse zu groß waren. Die österreichische Sozialdemokratie hatte - im Gegensatz zur deutschen - über ein umfassendes Sozialisierungskonzept verfügt, nach geringen Anfangserfolgen jedoch bald zur Kenntnis nehmen müssen, daß die Schlüsselindustrien - vor allem die Schwerindustrie - und die Banken nicht vergesellschaftet, also nicht privatem Einfluß entzogen werden konnten.

Der Rätegedanke war in den ersten Monaten nach dem Zusammenbruch der Monarchie nicht ausschließlich von den Sozialdemokraten politisch besetzt. In Vorarlberg beteiligten sich Christlichsoziale an der Gründung von "Angestellten-, Bürger- und Bauernräten", auch einen "Staatsangestelltenrat" gab es hier. Solche Räte, etwa bei der Post, hatten die Aufgabe der späteren Betriebsräte, oder sie waren auf ganz bestimmte sozialpolitische Anliegen orientiert, wie etwa der Heimkehrerrat (55).

Bis sich die Sozialdemokraten wirklich an den Aufbau einer Räteorganisation machten, gingen einige Monate ins Land. Erst Ende Februar und Anfang März 1919 finden wir in der "Vorarlberger

Wacht" Aufrufe zur Gründung und zur Wahl von Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräten.

Zunächst zum Aufbau der Räte: Es wurden Orts-, Bezirks- und Landesräte organisiert, die wiederum in der Reichsvertretung der Arbeiterräte in Wien vertreten waren. Bezirksräte gab es in Bezaun, Bregenz, Dornbirn, Feldkirch und Bludenz, der Landesarbeiterrat hatte seinen Sitz in Dornbirn.

Die Räte waren Teil der SDAP, wie die Landeskonferenz am 25. März 1919 in Dornbirn auch noch beschloß. Mitglied konnte nur werden, wer seiner "Berufsorganisation oder politischen Organisation angehört und in der Beseitigung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse das Ziel und im Klassenkampf das Mittel der Emanzipation des arbeitenden Volkes" erkannte. Im provisorischen Statut der Arbeiterräte Österreichs vom 1. März 1919 war die Aufgabe der Räte deutlich moderater formuliert: "Zweck und Aufgabe der Arbeiterräte ist, den Willen des gesamten werktätigen Volkes aller Betriebe und Berufe sowohl in politischer als auch in wirtschaftlicher Hinsicht zum Ausdruck zu bringen und ihm so eine direkte Anteilnahme an der Politik zu ermöglichen, die v.a. das Ziel haben muß, die Erfolge der Revolution zu festigen und auszubauen."

Ein besonderes Anliegen war es auch, Arbeiter und Soldaten einander näherzubringen. Das gelang in Vorarlberg nur in Ansätzen, da sich der Zentralsoldatenrat Vorarlbergs schon am 12. März 1919 von den in Bildung begriffenen Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräten distanzierte. Auch mit den Bauern konnte keine parteiübergreifende Verbindung geschaffen werden, da die Räte zu deutlich Vorfeldorganisationen der Sozialdemokratie waren. Sie waren schon an den Mitgliedern des von der Landeskonferenz gewählten Vollzugausschusses als SDAP-Organisation zu erkennen: Es handelte sich da um so prominente Sozialdemokraten wie Anton Linder, Josef Peter und Samuel Spindler (56).

Die Räte engagierten sich hauptsächlich in der Lebensmittelkontrolle, wo sie gegen Schwarzhandel und Hortung vorgehen wollten. Dabei wurde auf Legalität großen Wert gelegt: Es gab Vereinbarungen mit den Bezirkshauptmannschaften, nach denen Vertrauenspersonen der Arbeiterräte mit einer Legitimation versehen wurden und gemeinsam mit Vertretern der Behörden Kontrollen vornehmen durften (57).

Der da und dort bemerkbare Verbalradikalismus paßte zur Strategie der SDAP, die starke Worte erlaubte, solange die Taten den demokratischen Spielregeln entsprachen. Auf der außerordentlichen Landeskonferenz der Arbeiterräte vom 7. April 1919 in Dornbirn

wurde festgestellt, die Räte würden jene Machtbefugnisse für sich in Anspruch nehmen, "die ihnen ihr eigenes Verantwortlichkeitsgefühl zubilligt". Die notwendigen Maßnahmen würden zwar im Einvernehmen mit der Landesregierung und den Behörden getroffen, sollten diese Stellen jedoch Widerstand leisten, so behielten sich die Räte vollkommene Entscheidungsfreiheit vor und seien bereit, die notwendigen Maßnahmen im Interesse der arbeitenden Bevölkerung dem Volke gegenüber selbst zu verantworten (58). Das war ein deutlicher Anspruch auf die Bildung von Institutionen, die eine Gegenmacht zu dem von den Konservativen beherrschten Staatsapparat bilden sollten.

Die Vorarlberger Räte waren erstmals im Zusammenhang mit der sogenannten "Viehbeschlagnahme" von Dornbirn öffentlich in Erscheinung getreten. Am Sonntag, dem 9. März 1919, war von einer großen Menschenmenge - der Dornbirner Bahnamts-Vorstand schrieb von "mehreren hundert verhetzten und aufgeregten Menschen" - ein Eisenbahnzug aufgehalten und vom Bahnamts-Vorstand das Abkoppeln von zwölf mit Vieh beladenen Waggons erzwungen worden (59). Das Zuchtvieh sollte nach Oberösterreich geliefert werden und Vorarlberg dafür Futtermittel erhalten, die im Lande knapp waren.

Viele aber vermuteten Schlachtvieh in den Waggons und reagierten angesichts der Nahrungsmittelknappheit aufgebracht. Da der Bahnamts-Vorstand "der notwendigen Machtmittel entbehrte", nahm er mit Landeshauptmann Ender Kontakt auf und erhielt von ihm die Weisung, das Vieh wenn möglich der Gemeinde Dornbirn in Verwahrung zu geben. Die 73 Kühe wurden dann auch in Dornbirn eingestellt. Über die Urheber dieser Aktion wußte der Bahnamts-Vorstand nichts genaues: "Der Vorfall scheint durch die sozialdemokratische Partei, die die Aufstellung von Soldaten-, Arbeiter- und Bauernräten veranlasst hat, planmäßig vorbereitet worden zu sein". Auch das "Volksblatt" machte am 12. März den Arbeiterrat verantwortlich.

Der Arbeiterrat Dornbirn war auch wirklich involviert gewesen. Es ist jedoch nicht klar, ob er auf spontane Unruhe reagierte und sich in eine bereits laufende Aktion einschaltete oder ob er sie initiierte. Am Montag, dem Tag nach der "Abkoppelung", rief der Dornbirner Arbeiterrat dann zu einer Volksversammlung auf, die so gut besucht war, daß sie aus der Mohrenhalle auf den Marktplatz verlegt werden mußte. Die "Wacht" vom 11. März berichtet gar von 4.000 Teilnehmern. In den dort gehaltenen Ansprachen zeigten sich deutlich unterschiedliche Ansichten der sozialdemokratischen Funktionäre. Während sich Fritz Preiß für die

Freigabe des Viehs einsetzte, da in Vorarlberg zu wenig Futter vorhanden sei, waren die Dornbirner Arbeiterräte Wehinger und Franz Josef Riedmann, letzterer wie Preiß Landtagsabgeordneter, dagegen und verlangten den Metzger für die Tiere. Nachdem sich auch Landesrat Franz Rauscher aus Feldkirch-Levis für die Ausfuhr eingesetzt hatte, gelang es Anton Linder, von der Menge die Zustimmung für Verhandlungen des Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrates Dornbirn mit der Vorarlberger Landesregierung zu erlangen. Dazu hatte Linder "schärfere Töne" anschlagen müssen, wie das "Volksblatt" am 12. März vermerkte. Es war den sozialdemokratischen Funktionären trotz unterschiedlicher Standpunkte gelungen, die Menge unter Kontrolle zu halten. Die nächste Versammlung in Bregenz am 11. März verlief ruhiger, da hier auch die Redner abgestimmter auftraten. Linder und Wehinger verteidigten da die Viehzurückhaltung; Preiß forderte Ruhe im Lande, um die Lebensmittelverhandlungen mit der Schweiz nicht zu stören, und überhaupt: Die beste Waffe der Sozialdemokratie sei der Stimmzettel.

Die ganze Angelegenheit endete vollkommen undramatisch. Die Landesregierung schuf eine Viehverkehrs-Landeskommission, der auch Preiß angehörte und die beschloß, ab Herbst 1919 die Vieh- ausfuhr zu unterbinden. Ein Tierarzt untersuchte die 73 Kühe und schied sie in Nutz- und Schlachtvieh. Acht Stück Schlachtvieh wurden dem Konsum zugeführt und die 65 Stück Nutzvieh nach Oberösterreich gebracht. Diese Vorgangsweise wurde von einer Versammlung in Dornbirn genehmigt, die von der Sozialdemokratie einberufen worden war (60).

Fritz Preiß hatte gewußt, warum er in Bregenz auf die Gefährdung der Schweizer Lebensmittellieferungen hinwies. Denn schon am 14. März schaltete sich mit Major Stingelin der Kommissär des eidgenössischen Ernährungsamtes mit einem Aufruf "An die Bevölkerung Vorarlbergs" in die öffentliche Diskussion ein und drohte mit der Einstellung der Lebensmittellieferungen. Die Schweiz war vor allem an der Ruhe im Lande und an ihren Grenzen interessiert. Major Stingelin ging jedoch mit seiner Drohung zu weit. Nach massiven Protesten der außerordentlichen Landeskonferenz der Arbeiterräte vom 25. März 1919, die auch dem Schweizer Bundesrat zur Kenntnis gebracht worden waren, wurde Stingelin Anfang April aus Vorarlberg abberufen (61).

Die Vorarlberger Behörden sowie Teile der Bevölkerung scheinen sich durch die wenige Tage dauernden grenznahen bayerischen Räterepubliken, vor allem jene in Lindau, weitaus mehr bedroht gefühlt zu haben als durch die heimische Ausprägung des Rätege-

dankens. Am 14. April 1919 sandte das Staatsamt für Äußeres folgendes Telegramm an die österreichisch-ungarische (!) Gesandtschaft in München (62):

"Aus Lindau sind am 10. April 1919 spartakistische Führer ohne Einreisebewilligung in Bregenz eingetroffen, um eine sozialdemokratische Versammlung zu stören. Daraufhin verbreitete sich das unwahre Gerücht, daß einer der Spartakisten, Ingenieur Oskar Groll, in Bregenz verhaftet worden sei. Die Mitglieder der Räteregierung Lindau sind dann gleichfalls ohne Einreisebewilligung mit Automobilen zur Landesregierung Bregenz gefahren und haben erklärt, die Lindauer Garnison samt Artillerie in Bregenz einrücken zu lassen, falls Groll nicht befreit werde. Gegen derartige grundlose Bedrohungen und terroristisches Vorgehen, sowie gegen rechtswidriges Eindringen von Parteiagitatoren ohne Einreisebewilligung in d.ö. Gebiet, gegen Störungen und Beeinflussung der freien Betätigung von Ueberzeugungen in Deutschösterreich ist bei den gegenwärtigen Machthabern der bayerischen Regierung entschieden Verwahrung einzulegen. In der nächsten Woche finden in Bregenz weitere sozialdemokratische Versammlungen statt, gegen deren Störung mit aller Entschiedenheit eingeschritten werden müßte. Es ist Erklärung bayerischer Regierung zu erwirken, daß gegen derartige Uebergriffe von der Regierung selbst eingeschritten, Abhilfe geschaffen und Genugtuung gewährt werde."

Dieses Telegramm enthält einige Unrichtigkeiten. Die "Spartakisten" Dipl.Ing. Oskar Groll und Pfarrer Johann Georg Müller wollten nicht nach Bregenz, um hier sozialdemokratische Veranstaltungen zu stören, sondern sie waren als Redner zu einer sozialdemokratischen Versammlung in Bregenz geladen. Die Landesregierung verweigerte den beiden die Einreise genehmigung, wies die Grenzstellen jedoch an, einer möglichen Gewaltandrohung nachzugeben. Groll war am Vormittag des 10. April mit einem Motorboot von Lindau nach Bregenz und von dort nach kurzem Aufenthalt weiter in die Schweiz gefahren, da man ihn nicht an Land ließ. Am Nachmittag des 10. April erzwangen Mitglieder der Lindauer Räteregierung - die Groll verhaftet glaubten - unter Androhung des Einmarsches der Lindauer Garnison - die im Telegramm erwähnte Artillerie wurde dazuerfunden - die Einreise nach Österreich. Sie fuhren mit einem Auto zur Landesregierung, verlangten vom Landeshauptmann die sofortige Entlassung Grolls und drohten nochmals mit dem Einmarsch der Lindauer Garnison. Der Landeshauptmann wußte selbstverständlich von keiner Verhaftung und stellte ihnen frei, in Bregenz nach Groll zu suchen,

worauf sie wieder gingen. Am Abend des 10. April gelang es Groll und Müller dann doch, unbeanstandet nach Bregenz einzureisen und zu den Sozialdemokraten zu sprechen, da die Zöllner sie in falscher Auslegung der Weisung des Landeshauptmannes passieren ließen. Als Müller am 11. April vormittags nochmals ohne Bewilligung in Bregenz erschien, um in einer weiteren Versammlung zu sprechen, wurde er an die Grenze gestellt und abgeschoben.

Am 12. April suchte das Dornbirner Sekretariat der SDAP bei der Landesregierung offiziell um Einreiseerlaubnis für Groll und Müller zu zahlreichen Vorträgen im Lande an. Die Vorträge von Groll und Müller vom 10. April hätten doch gezeigt, daß weder die SDAP noch die Redner beabsichtigten, die Ruhe im Lande zu stören. Die Landesregierung verweigerte den beiden erneut die Einreise und wies die Bezirkshauptmannschaften an, Groll und Müller nach Möglichkeit an der Grenze zurückzuweisen. Sollte es ihnen dennoch gelingen, ins Land zu kommen, dann seien sie an die Grenze zu bringen, allerdings unauffällig. Ein Einschreiten während einer Versammlung sei zu vermeiden (63).

Die Christlichsozialen fühlten sich durch die politisch bewegte Arbeiterschaft so in ihren Besitzständen bedroht, daß sie nun selbst - ganz im Gegensatz zu ihrer vorgeblich strengen Auffassung von Legitimität - die Straße zum Ort politischer Auseinandersetzung machten. Für den auf den 13. April fallenden Palmsonntag des Jahres 1919 rief das "Volksblatt" zu antibolschewistischen Massenkundgebungen im ganzen Land auf:

"Eine Gruppe von Sozialdemokraten, vielfach Landesfremde planen einen Anschlag auf die Freiheit und auf die Verfassung des Landes. Ihr Ideal ist die Räterepublik, die Gewaltherrschaft des Proletariats. ... Die Fremden wollen herrschen; dem bodenständigen Vorarlberger, verwachsen mit der heimatlichen Scholle, droht das Gewaltjoch russischer Herkunft und halb-asiatischer Art."

In 16 Orten des Landes versammelten sich an diesem Sonntag die Christlichsozialen zu gewaltigen Kundgebungen, den größten im Vorarlberg der Ersten Republik (64). Damit gaben sie den Sozialdemokraten deutlich zu verstehen, daß sie nicht bereit waren, diesen die Straße zu überlassen. Offenbar wollte auch die Mehrheitsfraktion in den politischen Institutionen zusätzliche Legitimität für ihre Politik aus außerparlamentarischen Aktionen beziehen.

Als 14 Tage später, am 27. April 1919, die Sozialdemokratische Arbeiterpartei in den Landtagswahlen nur knapp 19 Prozent der

Stimmen erreichte - ein Rückgang um 2,8 Prozentpunkte gegenüber den zehn Wochen vorher stattgefundenen Nationalratswahlen -, konnten die Christlichsozialen das durchaus als Erfolg ihres kompromißlosen Auftretens werten.

Die massive Demonstration christlichsozialen Herrschaftswillens und die Niederlage der Rätebewegung im benachbarten Deutschland veranlaßten die Sozialdemokraten des Landes, sich immer deutlicher vom Rätegedanken zu distanzieren. Während für die Vorarlberger Konservativen die "spartakistische Gefahr" des Frühjahrs 1919 noch viele Jahre ein Lieblingsthema in der öffentlichen Auseinandersetzung mit dem sozialdemokratischen Gegner bleiben sollte, waren die Sozialdemokraten gezwungen, sich in immer neuen Wendungen von Inhalten und Organisationsformen der Rätebewegung loszusagen. Der schnelle Weg zum Sozialismus galt bald als Holzweg des Radikalismus. So erklärte der sozialdemokratische Parteisekretär, Landtagsabgeordnete und Arbeiterrat Anton Linder in der 6. Sitzung des Vorarlberger Landtags am 8. Juli 1919, die Arbeiterräte seien nur geschaffen worden, um "dem elementaren Ausbruch des Volkswillens" vorzubeugen und so "größeres Unheil und vielleicht Blutvergießen" zu verhindern. Und als 1922 Arbeiter in Bludenz nochmals Räte wählten, blockte die Sozialdemokratische Partei derart massiv, daß die Sache sofort wieder einschief. Zwei Jahre später wurden die gesamtösterreichischen Arbeiterräte, einst geplant als Nebenparlament, auf dem Salzburger Parteitag der SDAP vom 1. und 2. November 1924 sang- und klanglos aufgelöst (65).

Die Behörden nahmen die Gefahr eines Einmarsches bewaffneter Spartakisten aus Lindau auch nach dem Ende der Räterepublik so ernst, daß die Volkswehr zum Beispiel am 1. Mai 1919 Bereitschaft hatte und die Grenzsperrung gegenüber Bayern immer streng gehandhabt wurde.

Um den 1. Mai 1919, den sowohl Lindauer als auch Bregenzer Sozialdemokraten feierten, entstanden - obwohl es die Lindauer Räterepublik seit Mitte April faktisch nicht mehr gab - wilde Gerüchte. Die Bezirkshauptmannschaft Bregenz informierte am 26. April 1919 die Landesregierung, die Bregenzer sozialdemokratische Arbeiterschaft werde am 1. Mai nach Lindau marschieren und von dort nach der Maifeier bewaffnet zurückkehren. Den Gerüchten wurde soweit geglaubt, daß die Landesregierung vom sozialdemokratischen Staatskanzler Dr. Renner die Aufrechterhaltung der Grenzsperrung erreichte, obwohl die Vorarlberger Sozialdemokraten für den 1. Mai freien Grenzübertritt gefordert hatten. Renner telegraphierte am 28. April:

"Staatsregierung kann von Grenzsperrre nicht Umgang nehmen. Alle Parteien sind eingeladen, an ihrer Aufrechterhaltung mitzuwirken und Massenübertritt abzuhalten, Weg der Vereinbarung ist Gewaltanwendung vorzuziehen."

Der 1. Mai 1919 verlief dann aber ohne größere Zwischenfälle. Nur am Grenzübergang Unterhochsteg kam es zu einer kritischen Situation, als sich auf der deutschen Seite 100 bis 130 Lindauer Sozialisten und auf der österreichischen Seite 30 bis 40 Sozialisten aus Bregenz versammelten, die von 30 Mann Gendarmerie am Grenzübertritt gehindert wurden. Die Österreicher entboten den Lindauern Grüße und bedauerten, nicht zu einem Verbrüderungsfest nach Lindau kommen zu können. Sie baten die Lindauer, sich mit einem Besuch in Bregenz zu gedulden, bis die Grenzsperrre aufgehoben sei, da die Volkswehr auf der Straße nach Bregenz Maschinengewehre in Stellung gebracht habe. Darauf mußten sie sich von den Lindauern "Feiglinge" schimpfen lassen. Die Lindauer hielten dann noch großspurig Reden, und auch die Österreicher richteten Ansprachen an ihre deutschen Genossen, bevor man sich mit einem beiderseitigen "Hoch auf die internationale Revolution" verabschiedete (66).

Die Landesregierung reagierte auf die wirkliche oder vermeintliche Gefährdung der gesellschaftlichen Ordnung von außen mit absoluter Grenzsperrre: Die Revolution sollte draußen vor der Tür bleiben. Dabei wurde nicht nur der Reiseverkehr mit der Schweiz und mit Deutschland bewilligungspflichtig gemacht, sondern auch die Einreise aus den anderen österreichischen Bundesländern: Am Arlberg wurde eine Grenzkontrolle eingerichtet – die Einreise war an eine Genehmigung der Landesregierung gebunden, die selbst zur Durchreise nur dann erteilt wurde, wenn der Antragsteller ein Visum für Deutschland oder die Schweiz vorweisen konnte. Diese Beschränkungen waren von Herbst 1918 bis Sommer 1921 in Kraft. Neben einer Abschottung gegen politische Strömungen wurde durch Verhinderung von Zuwanderung auch eine soziale Abschottung betrieben, die vor allem mit der Nahrungsmittelknappheit begründet wurde. Die Behörden verhinderten sogar Familienzusammenführungen, wenn zum Beispiel nicht gewährleistet war, daß der in Bregenz wohnende Mann seine in Südtirol wohnende Freundin und ihr gemeinsames Kind ernähren konnte, da er nur Tagelöhner war. Die Einreise der Frau wurde nicht genehmigt, obwohl Anfragen in Südtirol ergeben hatten, daß sie politisch zuverlässig war (67). Die Furcht vor dem Bolschewismus veranlaßte die Landesregierung auch, an grenzüberschreitender Kommunisten-Überwachung mitzuarbeiten. Württemberg, Bayern, Oberösterreich, Salzburg, Tirol,

die Tschechoslowakei sowie Vorarlberg kamen bald nach dem Ende der bayerischen Räterepubliken überein, Reisen von Kommunisten gegenseitig anzuzeigen. Dabei wurden Decknamen, Geheimschriften, Doppelkouverts und dergleichen verwendet. Der Deckname für Vorarlberg war "Hans". Die beteiligten Länder hatten sich auch verpflichtet, Listen von Kommunisten auszutauschen. Zu diesem Zwecke wies die Landesregierung die Bezirkshauptmannschaften an, Verdächtige zu überwachen, Zählblätter anzulegen und dabei nach Möglichkeit sowohl Fingerabdrücke als auch Fotos zu erfassen. Bei Ortsveränderungen der Überwachten sollte das Zählblatt der neuen Überwachungsstelle zugeleitet werden. Auch hier wurden höchste Geheimhaltung und Verschlüsselung aller Mitteilungen geboten. Trotzdem bekam Anton Linder schon wenige Monate nach dieser Anweisung eine Abschrift zugespielt, die er in einer Sitzung des Reichsarbeiterrats Anfang Juni 1920 zur Sprache brachte. Im Landtag hatte er schon am 8. Mai 1920 die Landesregierung mit dem Vorwurf konfrontiert, er habe Kenntnis, daß sein Name und jener des Landtagsabgeordneten Rauscher auf einer Überwachungsliste in Feldkirch stünden. Die Landesregierung leitete darauf sofort eine Untersuchung ein, um die undichte Stelle zu entdecken. Es stellte sich heraus, daß Linders Name tatsächlich auf einer in Feldkirch von Polizeirat Haussmann angefertigten streng geheimen Liste stand. Es war aber nicht zu ermitteln, wer Linder diese Unterlagen zugespielt hatte (68).

Hier zeigte sich deutlich, daß die Behörden die Sozialdemokraten wie im 19. Jahrhundert als potentielle Staatsfeinde betrachteten. Die Überwachung galt aber vornehmlich möglichen Kommunisten, wobei besonders Heimkehrer aus der russischen Kriegsgefangenschaft verdächtigt wurden. Zahlreiche Denunziationen führten zu Untersuchungen. Dabei genügte bereits der Besitz kommunistischer Zeitungen als Beweis und führte bei Menschen ohne Heimatrecht im Lande zur "Abschaffung" aus Vorarlberg (69).

Weniger die Revolution vor der Tür als vielmehr die Unruhe im Haus führte zur Aufstellung von bewaffneten Selbstschutzverbänden, den sogenannten "Vorarlberger Volksmilizen". Sowohl aus der Begründung, die der Gemeindevorsteher von Altenstadt für die im Lande wohl erste Forderung nach einer bewaffneten Bürgerwehr angab, als auch aus der dann erfolgten selektiven Bewaffnung der Bürger ist klar zu ersehen, gegen wen sich die "Volksmilizen" richteten.

Josef Rheinberger, der Gemeindevorsteher von Altenstadt, hatte am 10. März 1919 beim Landesrat in Bregenz um "Bewilligung zur Aufstellung einer Bürgerwehr" angesucht, da auf einer sozialdemo-



Geschichte besteht aus Einzelschicksalen: Maria Dalmalin und ihr Kind. Sie durften nicht von Bozen nach Bregenz zu Mann und Vater, weil der nur Tagelöhner war.

kratischen Versammlung von Plünderungen bei Bauern gesprochen worden sei, falls nicht mehr Mehl und Brot geliefert werde. Als die Landesregierung dann durch einen Erlaß vom 30. April 1919 die Aufstellung der "Volksmilizen" genehmigte, ja sogar betrieb, wurde bald deutlich, wer gegen wen bewaffnet wurde. In Frastanz zum Beispiel bekamen nur Bürger mit Grundbesitz ein Gewehr zugewiesen, worauf die sozialdemokratischen Gemeindevertreter ihr Amt zurücklegten. Die Volksmilizen wurden mit Hilfe der rechtsgerichteten bayerischen Einwohnerwehr "Organisation Kanzler" mit Gewehren und Maschinengewehren ausgestattet und erreichten im Sommer 1920 bereits einen Stand von über 3.000 Wehrmännern - das österreichische Heer, die Volkswehr, war in Vorarlberg nur 800 Mann stark! Dabei hatte das Staatsamt für Heerwesen bereits im Mai 1919 jede Ausgabe von Waffen untersagt, worüber sich die Landesregierung aber leicht hinwegsetzen konnte. Die Vorarlberger Christlichsozialen begründeten die Aufstellung einer derartig starken bewaffneten Macht - unter dem Oberbefehl des Landeshauptmanns - mit der sowohl aus dem Ausland als auch von der Sozialdemokratie drohenden "bolschewistischen Gefahr". Die Aktualität sozialistischer Bedrohung sei durch den "Gewaltakt von Dornbirn" - die Viehabkoppelung - bewiesen, meinte Landeshauptmann Otto Ender, und die "Volksmilizen" würden erst aufgelöst, wenn nicht mehr "Rätekonferenzen von der historischen Stunde reden".

Doch auch als die bayerischen Räterepubliken schon lange niedergekämpft waren und Anton Linder sich namens seiner Partei auch offiziell von der Rätebewegung distanziert hatte - er sagte am 8. Juli 1919 im Landtag, die Vorarlberger Arbeiterbewegung habe sich in Versammlungen und durch Vorträge mit der Rätebewegung auseinandergesetzt und dabei erkannt, daß es sich nicht lohnte, diese "Dummheit von Bayern" mitzumachen -, auch da wurden die "Volksmilizen" nicht aufgelöst. Sie entwickelten sich vielmehr zum bewaffneten Arm der in Vorarlberg regierenden Christlichsozialen und auch der Deutschnationalen. Sie waren hauptsächlich durch die Industrie finanziert, aus ihnen gingen dann die Vorarlberger Heimwehren hervor (70).

Für Landeshauptmann Ender war die Bedrohung durch Räte aus dem In- und Ausland nicht nur Anlaß zur Schaffung der bewaffneten Volksmilizen, sondern noch in späteren Jahren für Angriffe auf die Sozialdemokratie (71). Der Vorfall mit den Lindauern, die ihre beiden abgängigen Vertreter Groll und Müller in Bregenz verhaftet glaubten, hatte Ender 1919 nicht aus der Ruhe gebracht, und auch der christlichsozialen Presse war er damals

fürs erste keinen Kommentar wert gewesen. Die Furcht vor der Revolution hielt sich aber in vielen Vorarlberger Köpfen während der ganzen Ersten Republik, wie folgendes Beispiel aus dem Jahre 1931 belegt: Zwei Burschen hielten mit gestohlenen Gewehren bei Sibratsgfall im Bregenzerwald einen Zöllner an und erklärten ihm, in Deutschland sei Revolution und sie seien die Vorhut einer 200 Mann starken Revolutionstruppe. Der Zöllner glaubte das sofort, rannte in Panik weg und schlug Alarm (72).

"Kindische Bübereien" und ernste Kundgebungen

In der Ersten Republik wurde aus unterschiedlichsten Anlässen und mit unterschiedlichster Zielrichtung demonstriert, es gab ernste und würdige Aufmärsche, deren Pathos auch die Adressaten verstanden, sowie spontane Aktionen, von den Behörden als "kindische Bübereien" bezeichnet.

Demonstrationen mit allgemein politischer Absicht waren die sozialdemokratischen "Protestversammlungen gegen den Gewaltfrieden" in Bregenz, Dornbirn, Feldkirch und Bludenz am 21. Juli 1919, die Demonstration gegen eine mögliche Wiedererrichtung der Monarchie vom 13. August 1919, wo auf Aufforderung des in Wien tagenden Zentralsoldatenrates Gendarmen, Eisenbahner und Postangestellte zur Landesregierung zogen, oder die große "Republikanische Kundgebung" der Vorarlberger Sozialdemokratie vom 29. September 1929 in Dornbirn.

Neben den bereits bekannten Demonstrationen zur Verbesserung der Lebensmittelversorgung gab es noch weitere mit sozialem Hintergrund. Dabei ist vor allem an Demonstrationen zu denken, die Lohnforderungen unterstützen sollten, wie an die beiden großen Textilarbeiterdemonstrationen in Dornbirn am 23. und 26. August 1922 oder an die Bauarbeiterdemonstration 1927. Dazu gehören aber auch die beiden bedeutenden Demonstrationen vom 22. Juni 1926 in Bregenz und Bludenz gegen eine Verschlechterung der Bedingungen der Arbeitslosenversicherung und für die Einführung einer Pensionsversicherung für Arbeiter. Ebenso sind die Arbeitslosendemonstrationen des Jahres 1933 hier anzuführen (73).

Politik auf der Straße: Hier gab es auch in Vorarlberg institutionalisierte, das heißt kontrollierte und von der Partei organisierte Formen und nicht-institutionalisierte, anarchische. Die Übergänge zwischen diesen beiden Formen waren fließend. Es gab von der Sozialdemokratie organisierte Demonstrationen und Kundgebungen, die der Kontrolle der Partei entglitten, und es gab anfangs eher

anarchische Manifestationen, die von sozialdemokratischen Funktionären in geordnete Bahnen gelenkt wurden. Es war ein frei flottierendes, zum Teil gewalttätiges Potential an Bewegung, dessen Bändigung sich die sozialdemokratische Führung vom Bürgertum durch vermehrte Mitsprache in staatlichen Institutionen honorieren lassen wollte. Die politische Kunst dabei war wohl, diese Bewegung auf der Straße weder bis zur Bewegungslosigkeit zu disziplinieren noch sie bis zur Unkontrollierbarkeit zu forcieren. Zwei Beispiele sollen verdeutlichen, wie sich diese hohe Kunst der Gratwanderung zu bewähren hatte.

Am 21. Juli 1919 organisierten die Sozialdemokraten eine "Protestversammlung gegen den Gewaltfrieden", also gegen die Bedingungen des Friedensvertrages von Versailles und die des geplanten von St. Germain. Nach der Kundgebung auf dem Bregenzer Kornmarktplatz zogen die 500 bis 600 Teilnehmer durch die Innenstadt zum Bahnhof. Während des Zuges durch die Wohn- und Geschäftsviertel des Bregenzer Bürgertums erprobten Demonstranten die Macht der Straße, indem sie die Schließung einiger Betriebe erzwangen. Vor der Druckerei Teutsch in der Kaiserstraße, die das "Vorarlberger Volksblatt", das Parteiorgan der Christlich-sozialen, herstellte, schrien die Demonstranten: "Ihr schwarze Lumpen, ihr schwarze Hunde, sperrt euer Geschäft zu oder wir machen es euch münchenerisch." Der Bericht der Bezirkshauptmannschaft erklärt in Klammer: "schlagen alles ein"; der Ausdruck "münchenerisch" bezieht sich auf die Räterepublik München, die im Mai 1919 von rechten bayerischen Freikorps niedergekämpft worden war. Einige Demonstranten drangen darauf in den Betrieb ein; es waren - nach den Angaben des Firmeninhabers - lauter junge Männer. Zehn von ihnen wurden von der Gendarmerie ausgeforscht, sieben waren Eisenbahner - "Türsteher, Weichensteller, Wechselputzer, Wagenputzer", ein Oberbaumeister -, zwei waren sonstige Arbeiter, einer war Schuhmacher (74).

Der Feldkircher Staatsanwalt Stefanelli beschlagnahmte die Sonntagsausgabe der "Vorarlberger Wacht" vom 5. Jänner 1919, weil sie einen Spottartikel enthielt, der die Form des katholischen Glaubensbekenntnisses hatte. Feldkircher Sozialdemokraten empfanden das als eine Verletzung der Pressefreiheit und reagierten sofort. Laut "Volksblatt" zogen 100, laut "Vorarlberger Wacht" 600 Demonstranten unter der Führung von Landesrat Franz Rauscher zur Wohnung des Staatsanwalts und "verhafteten" ihn. Doch damit war die Volksjustiz auch schon beendet, denn Stefanelli wurde beim Oberstaatsanwalt abgeliefert. Man mißtraute der staatlichen Rechtsordnung nicht völlig, doch glaubte man offen-

bar, man müsse der Gerechtigkeit ein wenig auf die Sprünge helfen. In der "Vorarlberger Wacht" vom 8. Jänner 1919 war dazu zu lesen:

"Versuchen die Machthaber, uns diese Freiheit zu rauben, will man unsere Presse unterdrücken, das alte System wiedereinführen, dann bedeutet dies Kampf. Wir warnen, wir lehnen jede Verantwortung ab. Wollen sie aber den Kampf, nun, wir sind gerüstet! Nieder mit der Reaktion! Nieder mit dem alten System ist unser Schlachtruf!"

Die Aktion war insofern erfolgreich, als sie zur Aufhebung der Beschlagnahme führte. Denn bei einer nochmaligen Prüfung trat zutage, daß der beanstandete Artikel in zwei weiteren österreichischen Zeitungen ohne Schwierigkeiten hätte erscheinen können. Dasselbe Ergebnis hätte vermutlich auch eine Berufung im normalen gerichtlichen Instanzenzug gezeitigt, aber es war den Demonstranten ja nicht nur um die Aufhebung der Beschlagnahme, sondern darüber hinaus um eine prinzipielle Demonstration gegangen. Sie wollten zeigen, daß die Christlichsozialen in der Republik nicht ebenso beliebig mit ihnen umspringen konnten wie zur Zeit der Monarchie. Im Landtag stellte sich sogar der immer sehr gemäßigt auftretende Fritz Preiß hinter die Demonstranten, da, wie er sagte, die Presse eines der wichtigsten Güter sei, über das die Arbeiterschaft eifersüchtig wache. Landeshauptmann Ender nannte das Vorgehen der Demonstranten undemokratisch, ungesetzlich, ja sogar terroristisch, erklärte später aber ausdrücklich, deshalb habe er Preiß und Rauscher noch nie als Bolschewisten bezeichnet.

Franz Rauscher pflegte im Landtag aber auch anders zu sprechen als auf der Straße. Während er im Landtag sagte, dem Volk könne nur dadurch geholfen werden, "daß es sich geistig emporryngt" (75), wettete er im April 1919 in der Dornbirner Marktgasse wieder gegen den alten Geist in den Behörden, der ausgetrieben werden müsse: "Wer sich in die neue Zeit nicht hineinfinden könne, müsse eben verschwinden, stehe er, wo immer er wolle" (Bericht der BH Feldkirch). Vor derselben Versammlung, die laut Polizeibericht von 600 Menschen besucht war, formulierte Anton Linder die Bedeutung außerparlamentarischer Aktionen: "Wenn auch er (Linder) und seine Partei nicht Anhänger des Bolschewismus und Kommunismus seien, so müsse er doch sagen, daß sich diese Bewegung auch hier nicht mehr länger werde aufhalten lassen, wenn im bisherigen System fortgefahren werde. Er warne vor allem die Landesregierung, das Proletariat zum äußersten zu treiben" (76).

Mit solchen Äußerungen erhofften die führenden sozialdemokratischen Funktionäre eine Stärkung ihrer Position in Landtag und Gemeindevertretungen. Außerparlamentarische Bewegung, gar die Drohung mit Volksaufstand und Bolschewismus, sollte Spielräume für sozialdemokratische Politik schaffen, die allein aus den Mandatszahlen nicht ableitbar waren. Im Selbstverständnis der Sozialisten war das kein undemokratisches Ansinnen, da sie davon ausgehen konnten, daß die bürgerliche Seite durch ihre wirtschaftliche und militärische Macht ein politisches Gewicht gewonnen hatte, das ebenfalls in keinem Verhältnis zur Zahl der Wählerstimmen stand.

Am 2. Februar 1920 führte Franz Rauscher 80 Heimkehrer aus Rankweil, Zwischenwasser, Sulz, Röthis und Klaus an, die in geschlossenem Zuge zum Landesgericht in Feldkirch marschierten und dort die Freilassung zweier wegen Wilddiebstahls in Untersuchungshaft befindlicher Heimkehrer aus Muntlix und Röthis erzwingen wollten. Da die Behörden von der Aktion bereits wußten, hatten sie Gendarmerie und Finanzwache im Landesgericht Stellung beziehen lassen. Nur eine Abordnung von vier Mann wurde durchgelassen und von Staatsanwalt Stefanelli empfangen, bei dem sie - natürlich - nichts erreichte. Die ganze Sache verlief in größter Ordnung und ohne Zwischenfälle (77). Wilddiebstahl ist eine althergebrachte bäuerliche Form der ungesetzlichen Selbsthilfe in Hungerszeiten; die Demonstranten forderten die behördliche Respektierung dieser Selbsthilfe.

Am 6. April 1921 war es wieder Rauscher, der in Feldkirch die Verabschiedung von Kaiser Karl aus Österreich organisierte. Karl wurde nach dem gescheiterten Versuch der Machtergreifung in Ungarn mit einem Sonderzug unter bewaffneter Begleitung durch Österreich in die Schweiz gebracht. In Feldkirch empfing ihn eine mannsgroße Puppe in altösterreichischer Militäruniform, die an einem drei Meter hohen Galgen hing. Dazu spielte die Eisenbahnermusik von einem Hügel oberhalb des Bahnhofs "Muß i denn, muß i denn zum Städtele hinaus" und "O du lieber Augustin, alles ist hin". Die Gendarmerie wollte eingreifen, wurde jedoch von Eisenbahnern daran gehindert. Wie sofort eingeleitete Erhebungen ergaben, war Franz Rauscher der Urheber "dieser kindischen Büberei" (Bericht BH Feldkirch). Er hatte die Puppe mit zwei weiteren Eisenbahnern hergestellt (78).

Gegen andere "kindische Bübereien" wurden in der Folge sehr rasch die staatlichen Ordnungskräfte eingesetzt. Als 1922 Eisenbahner und Postler streikten, säuberte am Abend des 26. Juni, um halb zehn Uhr, eine 25 Mann starke Gendarmerietruppe mit



"...alles ist hin": Ex-Kaiser Karl wird in Feldkirch mit einer am Galgen hängenden Puppe in altösterreichischer Militäruniform verabschiedet.

gefälltem Bajonett den Platz vor dem Bregenzer Postamt. Dort hatten sich vorwiegend jugendliche Demonstranten versammelt, die Streikbrecher an der Arbeit hindern wollten. Der Einsatz von bewaffneten Ordnungskräften war natürlich selbst eine Demonstration - und das nicht nur in diesem einen Fall (79).

Als im November 1924 Josef Riedl, ein 24jähriger Bauarbeiter aus Oberösterreich, im Montafon für beachtliche Aufregung sorgte, konnte er das auch nicht allein tun, sondern aufgrund einer besonderen Stimmung unter den mit Flußregulierungsarbeiten beschäftigten 500 Arbeitern. Riedl, nach Einschätzung der Behörden ein Kommunist, organisierte Versammlungen und eine Protestdemonstration, wobei aus dem vorhandenen Aktenbestand nie so ganz klar wird, worum es eigentlich ging. Am 12. November 1924 etwa, dem Staatsfeiertag, demonstrierten 80 junge Arbeiter dagegen, daß im Zementwerk Lorüns gearbeitet wurde, obwohl die Arbeiten dort offenbar auf freiwilliger Basis erfolgten und der Betriebsrat damit einverstanden war. Nachdem sie beim Zementwerk nichts erreicht hatten, zogen die Demonstranten nach Bludenz zum Riedmillerplatz, wo Riedl eine Ansprache hielt.

Daß es Riedl gelang, kurzfristig - aber spektakulär - jüngere, wohl meist zugewanderte Bauarbeiter zu mobilisieren, ist typisch für die besondere Situation von Arbeitern auf Großbaustellen in ländlicher Umgebung. Sie bildeten eine sehr selbstbewußte Gemeinschaft, die allein auf Grund ihrer Größe Anspruch auf Respektierung durch die Einheimischen erheben konnte. Im Gegensatz zu einem einzelnen Zuwanderer, der unter einem starken sozialen und kulturellen Anpassungsdruck stand, schufen sich diese Arbeiter einen eigenen Platz in der Öffentlichkeit - der 12. November war dazu ein geeigneter politischer Anlaß. Auf sämtlichen Kraftwerks-Großbaustellen im Vorarlberg der Ersten Republik haben sich eine solche politische Mentalität und die Bereitschaft zu ihrer öffentlichen Demonstration herausgebildet. Neben Eisenbahnern waren Arbeiter dieser Großbaustellen ein ganz wesentliches Potential zur Rekrutierung von Funktionären der Vorarlberger Sozialdemokratie und ihrer Gewerkschaften (80).

Die von der Sozialdemokratischen Partei organisierten Aufmärsche hatten zwar stets ein "rationales" politisches Anliegen, doch mit diesem verbanden sich weitere Motive der Teilnehmer: eine Kompensation der aktuellen Machtlosigkeit durch körperliche Präsenz auf den Stätten bürgerlicher Öffentlichkeit; bei diesem Anlaß konnten die Teilnehmer die Stärke und Mobilisierungsfähigkeit der eigenen Gruppe sinnlich erfahren; das war auch eine Möglichkeit, sich des Funktionierens einer großen Solidaritätsgemeinschaft zu

versichern. Dies war umso wichtiger, als die Arbeiter nicht davon ausgehen konnten, daß ihre Interessen in den staatlichen Institutionen respektiert würden,

In Bregenz und in Bludenz fanden am 22. Juni 1926 zwei Demonstrationen gegen eine von der Regierung geplante Verschlechterung der Bedingungen der Arbeitslosenversicherung und gegen die Verschleppung der Einführung der Altersversicherung statt, zu denen in ganz Österreich die Sozialdemokratie und die sozialdemokratischen Freien Gewerkschaften aufgerufen hatten. In Bregenz sprach Anton Linder zu ungefähr 300 Demonstranten, die trotz Regens um halb acht Uhr abends vom Bahnhofplatz durch die wichtigsten Straßen der Innenstadt auf Umwegen zum Kornmarktplatz gezogen waren. Die Demonstranten wurden von 50 Mitgliedern des sozialdemokratischen Ordnerdienstes, des Republikanischen Schutzbundes, begleitet, die einheitlich graugrün uniformiert waren (81).

Noch deutlicher wird der Aspekt der Demonstration von wuchtiger öffentlicher Präsenz, wenn man den Bericht der "Vorarlberger Wacht" vom 26. Juni 1926 über die Kundgebung in Bludenz liest. Dort hatte der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Wilhelm Sieß zu ungefähr 500 Menschen gesprochen:

"Nach den Ausführungen des Abgeordneten Sieß ... folgte ein Beifallssturm, wie ihn dieser Platz noch nicht erlebt hatte. Nun sollte die Versammlung beendet werden, doch was war das, plötzlich leuchten rote Fahnen und wuchtiger Marschtritt klingt die Straße heraus. Es sind die Spullerseearbeiter, die die Arbeit frühzeitig beendet haben, vom Berg herunter ins Tal stiegen und mit einem Sonderzug unerwartet nach Bludenz kamen. Alle sind sie gekommen, nur sechs Mann, die im Interesse des Betriebes zurückbleiben mußten, fehlten. Welche Opferwilligkeit, welche Kampfesbereitschaft spricht doch aus solcher Tat!"

Die "Republikanische Kundgebung" vom Sonntag, dem 29. September 1929, in Dornbirn war eine der größten und würdigsten Demonstrationen, die in der Ersten Republik von der Vorarlberger Sozialdemokratie organisiert wurden. An diesem Sonntag führte die Sozialdemokratie sich selbst, das heißt den Mitgliedern, und dem politischen Gegner ihre Macht vor Augen. Das brachte die Marschordnung ganz deutlich zum Ausdruck. Zuerst kamen die Arbeiter-Radfahrervereine, dann das Trommler- und Pfeiferkorps, es folgten der Wehrzug der Turner, der Republikanische Schutzbund, die Eisenbahnermusik Bregenz, die Eisenbahn- und Telegraphenordner, dann kam nochmals eine Abteilung Schutzbund:

somit alles Männer mit paramilitärischem Anspruch, der - wie wir sehen werden - keineswegs militärischer Macht entsprach, waren doch alle Organisationen praktisch unbewaffnet. Es folgten die Stadtmusik Dornbirn, Sänger und Sängerinnen, Jugendliche, die "Bezirksgruppe des Organisationsbezirkes Bregenz", der Harmonie-Musikverein "Sonnenberg" aus Nüziders und die drei Bezirksgruppen aus Bludenz, Feldkirch und Dornbirn.

Besonderer Wert wurde auf das Vorzeigen der Fahnen gelegt und auf die militärische Exaktheit in jeder Bewegung: "Beim Einmarsch auf den Rathausplatz nehmen alle Fahnenträger links und rechts vom Rednerpult Aufstellung. Während des Spieles der Bundeshymne, der Internationale und des Liedes der Arbeit senken sich die Fahnen in einem Winkel von 80 Grad" - so die "Vorarlberger Wacht" am 26. September 1929 zur Organisation. Nach dem Demonstrationszug durch die Dornbirner Innenstadt gab es auf dem Marktplatz eine große Kundgebung mit folgendem Programm:

1. Bundeshymne. Stadtmusik Dornbirn
2. Begrüßungsansprache. Bundesrat Gen. Linder
3. 'Lord Foleson', Männerchor, Gau der Arbeitergesangsvereine Vorarlbergs
4. Gegen den Bürgerkrieg, für die Demokratie. Ansprache des Nationalrates Gen. Abram.
5. Die Internationale. Stadtmusik Dornbirn
6. Schlußansprache. LAbg. Gen. Bertsch
7. Lied der Arbeit. Massenchor und Harmonie-Musikverein Sonnenberg, Nüziders.

Der Vorarlberger Sozialdemokratie, die damals gerade 3.158 Mitglieder hatte, war mit dieser Kundgebung eine gewaltige Mobilisierungsleistung gelungen. Nach den Aufzeichnungen der beobachtenden Sicherheitsbehörde nahmen über 3.000 Personen teil, darunter vier Musikkapellen zu je 25 Mann, 16 Trommler, 276 Radfahrer, 256 Uniformierte, davon je die Hälfte Eisenbahnerwehr und Schutzbund, 172 Turner und 2.240 nicht gesondert gekennzeichnete Demonstranten, davon ein Drittel Frauen (82).

Doch auch die Christlichsozialen scheuten nicht davor zurück, den Gegnern potentielle physische Gewalt vorzuführen. Denken wir nur an die Kundgebung gegen die Rätebewegung am Palmsonntag 1919 oder an die Heimwehraufmärsche, etwa an die Wimpelweihe des Vorarlberger Heimatdienstes - wie die Vorarlberger Heimwehren offiziell hießen - vom 8. September 1929 in Dornbirn (83). Da nahm Landeshauptmann Ender eine Parade von mehreren hundert uniformierten Heimwehrmännern ab. Die Heimwehrlere trugen zwar keine Waffen, aber jeder wußte, daß ihnen genügend Gewehre und



Demonstrationszug zur Republikanischen Kundgebung am 29. September 1929 in Dornbirn. Mehr als 3.000 Demonstranten zeigten, daß sie die Straßen nicht völlig der Heimwehr überlassen wollten. Auf dem Transparent steht: "Höhere Löhne statt Bürgerkriegsrüstungen".



So marschierte die Heimwehr häufig in Vorarlberger Städten. Die Männer waren unbewaffnet, doch jedermann wußte von den großen Waffenlagern. Das Bild aus dem Jahre 1935 zeigt einen Aufmarsch in Feldkirch.

Maschinengewehre zur Verfügung standen. Die "Vorarlberger Wacht" vom 7. September 1929 hatte daher auch den Sozialdemokraten geraten, sich nicht provozieren zu lassen und die Heimwehr nicht zu stören. Am 10. September rief die "Wacht" dann zur Republikanischen Kundgebung vom 29. September nach Dornbirn auf - zur Demonstration der eigenen Stärke.

Sehr wahrscheinlich haben derartige Demonstrationen dazu beigetragen, aktuelle physische Gewalt, also blutige Auseinandersetzungen, zu vermeiden. Jeder der Kontrahenten wußte über die Stärke des anderen Bescheid. Da mußten die Sozialdemokraten erkennen, daß sie einer eventuellen bewaffneten Auseinandersetzung nicht gewachsen waren. Außerdem boten Demonstranten und Kundgebungen eine probate Möglichkeit, vorhandene soziale Spannungen in relativ harmlose Aktionen umzusetzen (84).

1933, als mit der Weltwirtschaftskrise in Vorarlberg Massenarbeitslosigkeit und Massenelend weite Teile der Arbeiterschaft wieder unruhig werden ließen, verbreitete nicht einmal mehr das christlichsoziale "Volksblatt" Angst vor Demonstranten, obwohl im Jänner 1933 ungefähr 17.000 Vorarlberger arbeitslos waren. Die beiden von Kommunisten organisierten Arbeitslosendemonstrationen vom 2. und 14. Jänner 1933 konnten mühelos von mit Bajonetten bewaffneter Gendarmerie kontrolliert werden (85). Im "Volksblatt" vom 3. Jänner hieß es, die Demonstrationen von 1918/19 seien viel gefährlicher gewesen. Das wohl auch deshalb, weil sich die Sozialdemokratie von den Arbeitslosendemonstrationen ausdrücklich distanzierte und die Kommunisten nicht annähernd denselben Rückhalt in der Vorarlberger Arbeiterschaft hatten. In der "Vorarlberger Wacht" vom 5. Jänner 1933 liest man dazu:

"Wenn auch diesmal die Taktik der Kommunisten, hungrige und erbitterte Menschen vor die Bajonette zu hetzen, glücklich vorbeigegangen ist, so muß man doch die Arbeitslosen sehr warnen, sich zu solchen Aktionen mißbrauchen zu lassen."

Und am 21. Jänner schrieb die "Wacht":

"Noch kann das Bürgertum das Feuer, das man anzuzünden versucht, löschen, es versäume die Zeit nicht, wir helfen gerne mit, wenn man unser berechtigtes und begründetes Verlangen für die Arbeitslosen und alle, die in Not stehen, berücksichtigt."

Die Sozialdemokratie konnte dann auch wirklich die größten Härten bei den angekündigten Sparmaßnahmen abwehren.

Doch immer häufiger untersagte die Vorarlberger Landesregierung Demonstrationen. Während am 7. August 1932 noch 600 Kommunisten aus Deutschland und Vorarlberg gemeinsam durch Bregenz

marschieren und in den Seeanlagen eine Kundgebung abhalten konnten, wurden weitere öffentliche Versammlungen und Demonstrationen der Kommunisten verboten (86). Auch die Sozialdemokratie bekam es immer häufiger mit behördlichen Untersagungen zu tun: Der für den 30. April 1932 geplante Fackelzug der Sozialistischen Arbeiterjugend wurde verboten; am 13. August hingegen konnte ein anderer Fackelzug beim Arbeiter-Turnfest in Feldkirch unbehindert durchgeführt werden.

Während die Behörden in den dreißiger Jahren kaum Schwierigkeiten hatten, die Arbeiterschaft unter Kontrolle zu halten, gingen Anhänger einer Partei auf die Straße, deren Absichten den Zielen der Arbeiterbewegung diametral entgegengesetzt waren: die Nationalsozialisten. Sie marschierten in Vorarlbergs Straßen bis zum Verbot der NSDAP am 19. Juni 1933, und sie verübten Sprengstoffattentate und organisierten Propagandaaktionen nach dem Verbot. Mit ihnen taten sich die Behörden viel schwerer. Denn die Anhänger der NSDAP waren nicht nur Angehörige sozialer Unterschichten, nicht fast nur Hilfsarbeiter wie die Kommunisten oder Arbeiter wie die Sozialdemokraten. In der NSDAP waren auch die wirtschaftlich Mächtigen organisiert, doch davon später, wenn davon die Rede sein wird, wie in Vorarlberg die Nationalsozialisten an die Macht kamen (87).

Eine eigene Rolle spielten die Aufmärsche der Sozialdemokraten zum 1. Mai und die Fronleichnamsprozessionen der Christlichsozialen. Sie waren ritualisierte und institutionalisierte Formen zur Herstellung politischer Öffentlichkeit und zielten nicht auf die Durchsetzung einzelner politischer Anliegen ab.

Der 1. Mai und die Viererreihen an Fronleichnam

Seit dem Jahre 1890, als auch in Vorarlberg der Aufruf des Pariser Sozialistenkongresses vom Juli 1889 Resonanz fand, wurde der 1. Mai besonders von Handwerksgesellen und später auch Fabrikarbeitern gefeiert. Der Pariser Sozialistenkongreß hatte auf eine Bewegung in den USA reagiert, wo 1886 am 1. Mai eine Massendemonstration für die Einführung des Achtstundentages stattgefunden hatte, die zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Arbeiterbewegung und Regierung führte. Ein Arbeiterkongreß rief 1888 zu Massendemonstrationen am 1. Mai 1890 auf. Der Pariser Sozialistenkongreß übernahm diesen Aufruf und gab ihn an die europäischen Arbeiterbewegungen weiter (88).

Der 1. Mai hatte jedoch bereits früher in vielen Regionen beson-

dere Bedeutung gehabt. Am 1. Mai wechselte mancherorts das Gesinde die Arbeitsstätte. Häufig war er auch der Tag des Wohnungswechsels, an dem also umgezogen wurde. Darüber hinaus hatte der 1. Mai für die vorindustrielle Volkskultur einen recht hohen Stellenwert; verschiedene Elemente regionaler Maibräuche fanden dann auch Eingang in die Arbeiterkultur, denken wir nur an den "Umzug" oder an den abendlichen Tanz (89).

Ab dem 1. Mai 1890, als in den Vorarlberger Städten erstmals Handwerksgesellen nicht arbeiteten, sondern feierten, entwickelte sich eine eigene Festkultur. Der 1. Mai wurde zum Arbeiterfeiertag, den Arbeiter und Gesellen nicht nur selbst gestalteten, sondern oft auch gegen massive Repressionen, zum Beispiel Entlassungen, erkämpften. Am 1. Mai hielt die Sozialdemokratie aber auch "Heerschau": Jeder konnte sehen, wieviele Menschen sich unter der roten Fahne sammelten. Diese doppelte Bedeutung kennzeichnete die Feiern am 1. Mai: Einmal war er Festtag der Arbeiter, ein Tag, an dem alle Formen der Arbeiterkultur präsentiert wurden, zum anderen war es ein Tag der "Heerschau", ein Tag der Bilanz, an dem die Stärke der sozialistischen Arbeiterbewegung augenfällig wurde.

In der Ersten Republik war der 1. Mai erstmals offizieller Feiertag, an dem die Arbeiterschaft relativ unbehindert feiern konnte. 1925 allerdings untersagten die Behörden Kindern die Teilnahme an den Maiaufmärschen. Das bedeutete, daß die "Kinderfreunde" nicht mehr mitmarschieren durften und die Sozialdemokratie während des Aufmarsches eigene Kinderfeiern, in Bregenz zum Beispiel in den Seeanlagen, organisierte (90). Und 1933, als in Österreich Dollfuß mit dem Ausbau der Notverordnungsdictatur begann, durfte am 1. Mai nicht mehr gefeiert werden - ein Verbot, das die Sozialdemokraten aber noch einmal und, wie wir sehen werden, recht erfolgreich unterliefen.

In den Jahren 1919 bis 1932 gab es am 1. Mai jeweils in Bregenz, Dornbirn, Feldkirch und Bludenz Aufmärsche. In anderen Gemeinden, so in Hard, Lustenau, Höchst, Rankweil, Nüziders und Altach/Mäder, fanden am Vorabend eigene Feiern statt; am 1. Mai selbst zogen die Sozialdemokraten in die nächste Stadt und nahmen dort am Aufmarsch teil.

Die Bregenzer feierten traditionell mit den Lindauern. Nur während des 1. Weltkrieges waren Maifeiern nicht möglich gewesen; 1919 hatten die Behörden die Grenze gesperrt - man fürchtete den Lindauer Spartakismus (91)!

Am 1. Mai 1920 jedoch trafen mit dem Schiff um 7.45 Uhr morgens wieder Lindauer in Bregenz ein: 56 Genossen, die von etwa

gleichviel Bregenzer Sozialdemokraten mit Musik und Fahne am Hafen abgeholt wurden. Man marschierte darauf ins Bregenzer Arbeiterviertel Vorkloster, wo um 9 Uhr im Hotel Neustadt die Festversammlung begann. 1920 hielt Ferdinand Nansen die Festrede, derselbe Nansen, der dann einen Monat später bei den Milch-Demonstrationen den Behörden unangenehm auffiel. An jenem 1. Mai sprach er über die Revolution, die nicht stattgefunden habe, weil man den richtigen Zeitpunkt verpaßt habe, das Proletariat zu wenig aufgeklärt sei und die Bauern vernachlässigt worden wären. Die Rede war eingebettet in Liedvorträge des Bregenzer und Lindauer Arbeiterchores, Militärmusik oder Eisenbahnermusik spielten und Gedichte wurden vorgetragen. Um 11.45 Uhr fuhren die Lindauer mit dem Schiff wieder nach Hause, und die Bregenzer formierten sich um 13.30 Uhr zum Festzug. Folgende Ordnung war festgelegt: Radfahrer mit geschmückten Rädern - Kinder des Vereins Kinderfreunde mit der Standarte "Wir sind jung und das ist schön" - Verein jugendlicher Arbeiter mit Fahne und Standarten - Arbeiterturner mit Standarte - Musik und Bezirksfahne - Gemeinderatsfraktion - Frauenorganisation - Masse der Genossen aus Bregenz und Umgebung. Der Zug bewegte sich aus dem Vorkloster in die Innenstadt, durch die Viertel der Bürger - stolz führte man eigene Stärke vor -, und danach marschierten noch ungefähr 500 Personen nach Lindau-Reutin. Dort feierte man im Gasthof Steig gemeinsam mit den Lindauern, abermals wurden Reden gehalten, Lieder und Gedichte vorgetragen. Um 20 Uhr war man dann nach neuerlichem Fußmarsch wieder im Hotel Neustadt im Vorkloster angelangt. Da stand nochmals Kultur auf dem Programm: Die Laienspielgruppe der Sozialdemokratischen Arbeiterjugend gab den Dreiakter "Völkerfeiertag" zum besten. Als dann das Arbeiter-Streichorchester ein nicht näher bekanntes Stück spielte, war das einigen Arbeitern doch zuviel der Kultur. Die "Vorarlberger Wacht" stellte am 5. Mai indigniert fest, es "herrschte nicht solche Ruhe und Aufmerksamkeit, welche solche Kunststücke verdienen. Der Sinn für die Tonmusik muß bei vielen Arbeitern erst geweckt werden." Schließlich aber wurde einer alten Tradition Folge geleistet, es war Frühling, und die Lebensfreude der Menschen forderte ihr Recht: Man tanzte bis tief in die Nacht (92).

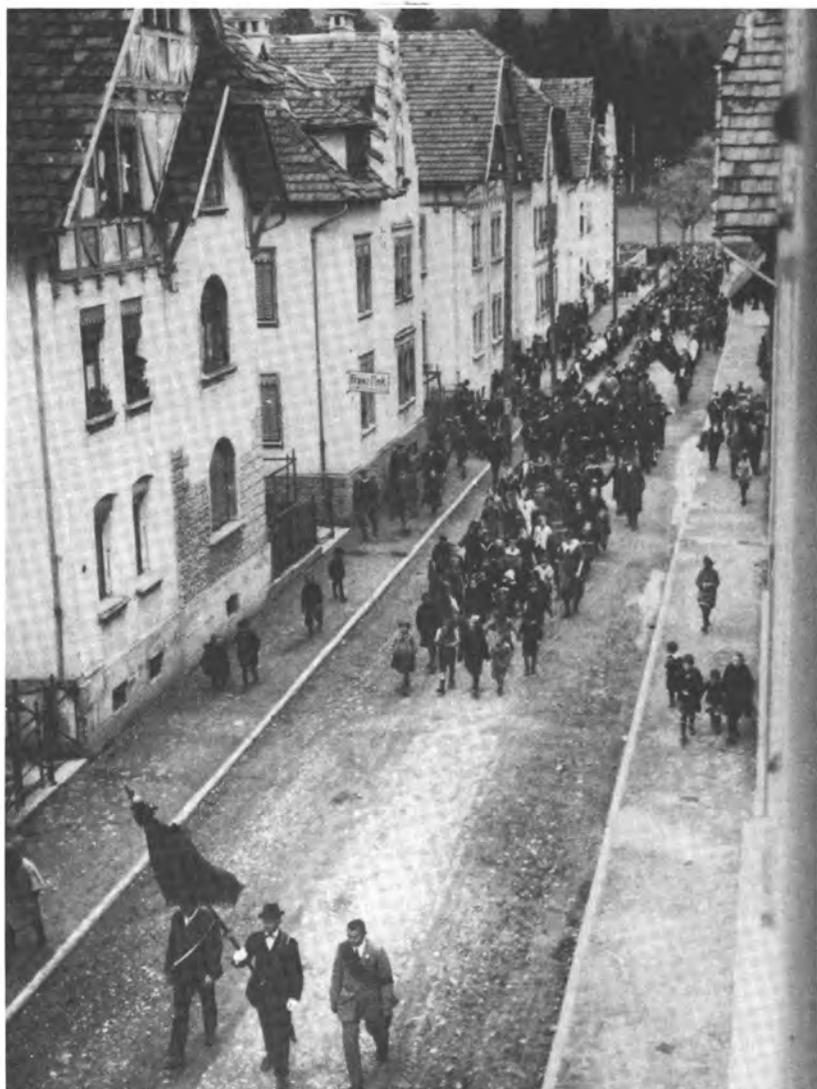
Dennoch war die kulturelle Dimension wichtig. Mit der Aneignung von bürgerlicher Kultur und in der Schöpfung eigener Formen kulturellen Ausdrucks stieg auch das Selbstbewußtsein; man gehörte einer Organisation an, derer man sich nicht zu schämen brauchte. Die große Bedeutung der Symbolik wird im Bericht eines

Gendarmeriebeamten deutlich, der am 1. Mai 1925 die Überreichung einer Fahne an die Organisation der Bauarbeiter beobachtete: "Der Sekretär der Bauarbeiterorganisation Österreichs schildert hierauf die Entwicklung der Bauarbeiter vom 'Baraber' zum vollwertigen Mitglied der sozialen Organisationen. Er sprach über das Symbol, die Fahne, die das Zusammengehörigkeitsgefühl dokumentieren sollte und forderte die Bauarbeiter auf, ihrem Banner stets treue Gefolgschaft zu leisten. Hierauf erfolgte unter dem Absingen der 'Internationale' die Enthüllung der Fahne" (93).

Der unbekannte Bauarbeitersekretär dürfte gesagt haben, was alle fühlten. Vom "Baraber" zum "vollwertigen Mitglied der Organisation" - das war wichtig. Sie wollten alle vollwertige Menschen sein, auf die kein anderer herabzublicken brauchte, die sich ihrer Art und ihres Berufs nicht schämen, nicht "fremde Bettler" oder "Fabrikler" sein wollten, sondern als Arbeiter akzeptierte Mitglieder der Gesellschaft. Allein die Tatsache, daß kein Vorarlberger Dialekt das Wort "Arbeiter" kennt, ja daß man es im Dialekt nicht einmal adäquat aussprechen kann, mag die großen Schwierigkeiten andeuten, die diesem Wunsch entgegenstanden.

Für die andere Dimension der Feiern am 1. Mai, nämlich für das Demonstrieren von intakter Organisation und Stärke der Arbeiterbewegung, war vor allem die Beteiligung wichtig. In den ersten Jahren der Republik fanden machtvolle Aufmärsche statt. 1920 waren in Feldkirch ungefähr 1.000 Menschen beim Zug dabei, 1923 in Bregenz mehr als 1.600, 1921 sollen es in Bregenz gar noch mehr gewesen sein. Doch schon 1923 konnte sich die Alpenjägermusik nicht mehr offiziell beteiligen, weil die Behörden diese Form der politischen Betätigung von Soldaten zu verhindern suchten. Während 1923 die Soldaten noch in Zivilkleidern als Gewerkschaftsmusik dabei waren, wurde ihnen auch das im nächsten Jahr verunmöglicht, indem die Offiziere einfach die Instrumente einsperrten. Ab 1925 war dann auch Kindern - wie schon erwähnt - die Beteiligung an den Aufmärschen verboten, die aber damals bereits keine machtvollen Demonstrationen mehr waren, sondern eher Bekenntnismärsche. In den Städten waren dann noch höchstens 500 Menschen am 1. Mai auf der Straße, da konnte sich keiner verstecken (94).

Am 1. Mai 1932 gab es einige Neuerungen, so ein Fußballturnier in Bregenz und ein Radrennen in Dornbirn. Am Vorabend zog die Sozialistische Arbeiterjugend Bregenz mit Fackeln durch die Stadt, am 1. Mai selbst hielt mit Friedrich Adler ein prominenter Sozialdemokrat die Festrede. Der Aufmarsch begann 1932 um 13 Uhr, dabei zeigte sich Seltsames. Zuerst marschierten ungefähr



"Heraus zum 1. Mai!" Aufmarsch der Bregenzer Sozialdemokraten in der Radbahngasse im Bregenzer Arbeiterviertel Vorkloster, zweite Hälfte der zwanziger Jahre.

430 Sozialdemokraten - hier ist wohl dem beobachtenden Gendarmereinspektor mehr zu glauben als den Zeitungen, die aus durchaus unterschiedlichen Motiven höhere Zahlenangaben -, den Sozialdemokraten aber folgten mit einem Abstand von mehreren hundert Metern 170 Kommunisten. Die Sozialdemokraten hielten am Kornmarktplatz ihre Kundgebung ab, die Kommunisten beim nahegelegenen Magazin der Bundesbahnen. Bei den Sozialdemokraten sprach Fritz Adler, und bei den Kommunisten Ferdinand Nansen, der nach 1920 nicht nur die Partei gewechselt hatte, sondern zwischenzeitlich auch nach Südamerika ausgewandert und zurückgekehrt war, sowie der Friedrichshafner Kommunist Franz Josef Bertel (95).

Die Kommunisten waren, als sie in den ersten Jahren der Republik auftraten, mit den Sozialdemokraten mitmarschiert. 1923 etwa hatten sie vormittags eine eigene Versammlung im Gasthof Sternen in Bregenz-Vorkloster organisiert, an der etwa 200 Personen teilgenommen hatten. Beim nachmittäglichen Aufmarsch waren sie im Zug mitgegangen, allerdings einem großen roten Sowjetsterne folgend und mit eigenen Spruchtafeln. "Hoch die Weltrevolution" konnte man dort lesen, während die Sozialdemokraten gemäßigt schrieben "Wir fordern: Die freie Schule" und "Befreiung des Proletariats von den Steuern". 1923 scherten die Kommunisten erst in der Rathausstraße aus dem gemeinsamen Zug aus, 1932 beteiligten sie sich gleich gar nicht (96).

1933 dann - Dollfuß hatte im März das Parlament ausgeschaltet - verboten die Bezirkshauptmannschaften alle Feiern, die "rein demonstrativen Charakter" hatten. Die Aufmärsche waren verboten, Sport- und Kulturveranstaltungen durften stattfinden. Die Sozialdemokraten aber widersetzten sich: Vom Feldkircher Stadtschrofen "grüßte" am 1. Mai eine rote Fahne, in Bludenz "flatterte eine andere am 40 Meter hohen Kamin der Bundesbahnen, in Bregenz und Bludenz konnte man sich abends an Höhenfeuern erfreuen, die in Form von drei Pfeilen, dem Zeichen der Sozialdemokratie, brannten. Wenn ab 5.30 Uhr in der Früh wie üblich die Vorklöstner Musik durch die Straßen der Stadt zog, war das Teil des - erlaubten - kulturellen Programms, daß aber Kommunisten Flugzettel streuten und so die Gendarmerie ab 6 Uhr mit Aufklauen beschäftigten, war wieder illegal. Mit den Flugzetteln wurde gegen das Verbot der Mai-Aufmärsche, das verhängte Streikverbot sowie allgemein gegen die Notverordnungs-Diktatur in Österreich protestiert. In anderen forderten die Kommunisten die Sozialdemokraten zur Einheitsfront gegen Hitler auf - eine etwas späte Einsicht, wenn man bedenkt, daß noch 1932 eine realistischere

Politik vor allem der deutschen Kommunisten Hitlers Machtergreifung be- oder sogar verhindern hätte können.

Am 1. Mai 1933 jedenfalls sammelten sich gegen Mittag zahlreiche Sozialdemokraten beim Gasthaus Stern im Vorkloster, von wo sie in Fünfer-Gruppen von der Gendarmerie Richtung Innenstadt abgelassen wurden. Die Gruppen spazierten zuerst zum Arbeiterheim im Gasthof Münchnerhof, wo auch Nationalrat Hermann Hermann aus Hard, Bundesrat Anton Linder aus Dornbirn sowie der Bregener Landesrat Fritz Preiß sich aufhielten. In der Stadt entwickelte sich dann am Nachmittag - wie auch in den anderen Städten - ein Massenspaziergang. Die Sozialdemokraten durften nicht auf der Straße marschieren, aber niemand konnte ihnen verbieten, auf den Gehsteigen zu spazieren. Gegen halb drei Uhr kehrte dann auch eine große Gruppe Radfahrer aus Dornbirn nach Bregenz zurück. Im Vorkloster hielt sie die Gendarmerie auf und ordnete an, sie müßten ihre rote Fahne zusammenrollen und dürften nur in kleinen Gruppen in die Stadt fahren. Neben diesen Protestaktionen fanden an diesem 1. Mai in vielen Orten die kulturellen Feiern als geschlossene Veranstaltungen, als sogenannte "Paragraph 2 Versammlungen", statt - die letzten Maifeiern bis 1946! (97)

Den Christlichsozialen und der katholischen Kirche kam das Ende dieser sozialdemokratischen Feiern sicher gelegen, hatten sie doch schon lange versucht, ihnen das Wasser abzugraben. Dazu schöpften sie nicht nur via Landesregierung und Bezirkshauptmannschaften alle gesetzlichen Möglichkeiten aus. Sie stellten Ende der zwanziger Jahre den "heidnischen" Feiern ein eigenes katholisches Fest entgegen, damit katholische Arbeiter nicht abseits stehen mußten, wenn Sozialdemokraten feierten.

Was lag da näher, als den ersten Tag des Marienmonats Mai mit einer Marienwallfahrt zur Rankweiler Liebfrauenkirche zu beginnen. Die erste "Landeswallfahrt" fand 1929 statt. Der Rankweiler Pfarrer hatte dazu extra das Kapellenweihfest vom 25. März auf den 1. Mai verlegen müssen. Der Aufbau des Festes glich dem sozialdemokratischen 1. Mai, die Prozession entsprach dem Aufmarsch, beidemale mit Fahnen und Musikkapellen, der Gottesdienst dem kulturellen Teil und die Predigt der Festansprache. Und auch nach der Wallfahrt wurde in Gasthäusern gefeiert. Doch eines unterschied die Wallfahrt vom Aufmarsch: die Beteiligung, vor allem der Frauen. Während die Zahlen bei den Sozialdemokraten immer bescheidener geworden waren und Frauen sich kaum mitzugehen trautes, war das bei der "Landeswallfahrt" anders: Dort exponierte man sich nicht, dort wußte man sich sowohl im

Einklang mit der langen katholischen Tradition als auch mit den politisch Mächtigen (98).

Eine ganz besondere Machtdemonstration von katholischer Kirche und Christlichsozialer Partei waren die Fronleichnamsprozessionen, und hier vor allem die Bregenzer. Alljährlich wurde da im Frühsommer die Stärke der katholischen Kirche und ihrer Organisationen gezeigt, und alljährlich bekannten sich hier die Spitzen der Behörden und in ihrem Gefolge auch die übrigen Beamten zum Katholizismus. Wie eng Politik und Kirche verbunden waren, zeigt die Organisationspraxis. Das Dekanats- und Stadtpfarramt Bregenz schrieb die Landesregierung an und lud zur Beteiligung an der Prozession ein. Meist schrieb darauf der Landeshauptmann persönlich an die Landes- und Bundesbehörden in Bregenz und erhob mittels umlaufender Eintragungsliste, welche leitenden Beamten mitzugehen beabsichtigten, damit noch eine interne Rangordnung festgelegt werden konnte. Von zehn Abteilungsvorständen im Amt der Landesregierung nahmen 1922 nur drei nicht teil; einer der drei entschuldigte sich mit folgendem Brief beim Landeshauptmann für sein Fernbleiben (99):

"Euer Hochwohlgeboren,

hochverehrtester Herr Landeshauptmann!

Soeben hat mich die Nachricht von dem Ableben meines Vaters ereilt. Da ich nun nach Wien verreisen muss, so bitte ich, mein Fernbleiben von der diesjährigen Fronleichnamsprozession gütigst entschuldigen zu wollen.

In steter Verehrung und Ergebenheit

zeichne ich

EUER HOCHWOHLGEBOREN

Unterschrift"

Aus diesem Brief wird ein Klima spürbar, das eine Teilnahme an der Prozession zumindest als ratsam erscheinen ließ. Es macht eine Meldung der "Vorarlberger Wacht" vom 8. August 1923 glaubhaft, wo man liest, daß Bundesbedienstete zur Teilnahme verpflichtet worden seien. Auch ist eine Meldung der "Wacht" vom 17. Juni 1925 durchaus ernst zu nehmen, die Ehrenkompanie des Bundesheeres habe nicht aus Freiwilligen des Alpenjägerbataillons 4 gebildet werden können, und erst unter Androhung von Repressalien sei es gelungen, 64 "Freiwillige" zu rekrutieren. Daß die Musikkapelle des Bataillons bei den Fronleichnamsprozessionen dabei war, während am 1. Mai die Instrumente weggeschlossen wurden, muß eigentlich nicht besonders betont werden, genauso wenig, daß selbstverständlich Schulklassen geschlossen teilnahmen.

Für die Sozialdemokraten war es völlig klar, daß an Fronleichnam nicht nur gläubige Menschen ihre religiöse Pflicht erfüllten, sondern daß es bei den Prozessionen um die Demonstration der kirchlichen Macht ging. Als Fritz Preiß am 1. Mai 1925 im Bregenzer Forstersaal vom Verbot der Beteiligung von Kindern an den Maiaufmärschen sprach, kam er auch auf die Fronleichnamsprozessionen zu sprechen. Der beobachtende Gendarmeriebeamte hat Preiß' Rede mitgeschrieben:

"Die beste Erwiderung auf dieses Dekret sei die, daß die Arbeiter ihre Kinder bei der Fronleichnamsprozession auch nicht mitgehen lassen sollen, denn auch diese Prozession sei keine religiöse, sondern eine rein parteipolitische Zeremonie. Es sei Pflicht, die Kinder schon jetzt in diesem Sinne aufzuklären, denn wer die Kinder habe, habe die Zukunft!" (100).

Aus der Prozessionsordnung des Jahres 1920 kann man die Macht der katholischen Bewegung ersehen, die da in Viererreihen durch Bregenz zog und betete (siehe Abbildung auf der folgenden Seite).

VON AUFLÄUFEN UND TUMULTEN

Dieser erste Abschnitt handelte vom "bewegten Anfang", von "Aufläufen und Tumulten", also von Demonstrationen und Kundgebungen; von solchen, die mit großem Ernst organisiert und durchgeführt wurden, aber auch von spontanen, unberechenbaren. Besonders in den ersten Jahren der Republik war die Bewegung auf der Straße stark, denken wir hier nur an die Räte, aber auch in den letzten Jahren, als, bedingt durch die hohe Arbeitslosigkeit und die ungenügende Berücksichtigung der legitimen Interessen der unter der Wirtschaftskrise leidenden Menschen, die Unruhe wieder größer wurde. Doch selbst in den zwanziger Jahren, als der Behördenapparat gefestigt war, verzichteten weder Sozialdemokraten noch Christlichsoziale auf die Demonstration ihrer Macht auf der Straße, um so ihr politisches Handeln zu legitimieren. Die Deutschnationalen exponierten sich auf der Straße damals noch nicht. Erst in den dreißiger Jahren bekam dieses Lager durch die Nationalsozialisten jene Dynamik, die dann die Ordnung des Austrofaschismus so stark strapazieren sollte. Am Beginn dieses Kapitels steht der Brief von Michael Hensler, dem Gemeindevorsteher von Weiler, in dem er die Landesregierung

Kirchliche Anzeig.

Fronleichnamsfest in Bregenz.

Am Donnerstag, 3. Juni 1920, gilt folgende Kirchenordnung:

Am 6 und $\frac{1}{2}$ 7 Uhr früh hl. Messen in der Stadtpfarrkirche.

Um 8 Uhr in der Stadtpfarrkirche Hochamt mit darauffolgender Prozession in folgender

Ordnung:

1. Volks- und Bürgerschule.
2. Staatsgymnasium.
3. Marianische Jungfrauenkongregation.
4. Christlicher Arbeiterinnenverein.
5. Christlicher Mütterverein.
6. Jugendbund „Austria“ und Jünglingskongregation.
7. Katholischer Gesellenverein.
8. Christlicher Arbeiterverein und Männerkongregation.
9. Katholischer kaufmännischer Verein „Brigantia“.
10. Städtische Bürgermusik.
11. Stadtvertretung.
12. Kirchendjor.
13. Welt- und Ordensklerus.
14. Sanctissimum.
15. Landeshauptmann, Landeshauptmannstellvertreter, Landesräte.
16. Beamte der Landesregierung u. des Landesrates.
17. Landesbefehlshaber und Offiziere.
18. Beamte der Gendarmerie.
19. Beamte der Staatsämter u. Staatsanstalten.
20. Jünglinge und Männer.
21. Jungfrauen und Frauen.

Die Teilnehmer aller Gruppen werden erjudt, in Viererreihen zu gehen und den Weisungen der Ordner zu entsprechen.

Nach der Prozession ist in der Pfarrkirche und in der Herz Jesu-Kirche eine hl. Messe.

Fronleichnam, Prozessionsordnung Bregenz.

auffordert, die überkommene und bewährte Ordnung mit allen Mitteln aufrechtzuerhalten und – wo nötig – wiederherzustellen. Wir wissen jetzt, daß dieser Brief vor allem gegen Sozialdemokraten gerichtet war und daß er auf die Rätebewegung Bezug nahm. Auch wissen wir, daß Hensler durchaus auch an gewaltsame Lösungen denken mochte, wenn man berücksichtigt, daß bereits im ganzen Land die schwerbewaffneten "Freiwilligen Volksmilizen" bestanden. Doch konnte bislang die Frage, warum Hensler diesen Brief an die Landesregierung schrieb, nicht beantwortet werden. Wie wir sahen, bedeutete der Rätegedanke 1920 schon lange keine Gefahr mehr, waren doch die Rätebewegungen im Frühjahr 1919 bereits zerschlagen worden und hatte sich die Vorarlberger Sozialdemokratie hier doch immer sehr zurückgehalten. Auch bei den Milchdemonstrationen hatten Sozialdemokraten dafür gesorgt, daß die aufgebrachten Menschen nicht der Exekutive ins Gehege gerieten, daß also alles geordnet ablief. Ein ganz anders gelagerter Befund kann uns jedoch bei der Beantwortung der offenen Frage weiterhelfen. In den Akten des Präsidiums der Vorarlberger Landesregierung finden sich außer dem Brief aus Weiler noch sehr viele Briefe von Vorstehern Vorarlberger Gemeinden, die alle innerhalb weniger Tage um die Mitte des Juni 1920 geschrieben wurden und sämtlich ähnlichen Inhalts sind:

"Nicht nur die Gemeinde-Vertreter, sondern die ganze Einwohnerschaft hat volles Vertrauen zu den von ihr gewählten Regierungsvertretern, verurteilen aber aufs tiefste alle rechts- und ordnungswidrigen Eingriffe in die Regierungsgeschäfte, wir geben auch zugleich die Versicherung ab, im Falle der Notwendigkeit die Landesregierung mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu unterstützen."

So beendete Peter Längle, Gemeindevorsteher von Koblach, seinen Brief vom 12. Juni 1920. Ganz ähnlich klingen die Briefe der Vorsteher oder Bürgermeister von Mäder, Fraxern, Götzis, Viktorsberg, Klaus, Sulz, Altach und Lech (101).

Es drängt sich die Frage auf, ob nicht etwa die Landesregierung hier nachgeholfen, von den Gemeindevertretungen diese Briefe erbeten hat. Eine solche Vorgangsweise hätte keineswegs der inneren Logik entbehrt, denn die Landesregierung mobilisierte so die "schweigende Mehrheit" und verschaffte sich durchaus gewichtige zusätzliche Legitimität für ein hartes Durchgreifen. Auf die kleinen Gemeinden war Verlaß: Das war schon am Palmsonntag 1919 deutlich geworden, als die Christlichsozialen gegen Räte und Sozialdemokraten mobilisiert hatten. Michael Hensler dürfte also

vor allem deshalb zur Feder gegriffen haben, weil ihn sein Landeshauptmann und seine Partei gerufen hatten, aber auch, weil er mit Landeshauptmann und Partei durchaus der Meinung war, mit den Unruhestiftern gehöre aufgeräumt.

Politik und Revolte: Die Bauern

"Erkenntnis der Disziplinaroberkommission beim Bundesministerium für Inneres und Unterricht in der Disziplinarsache gegen den Landesregierungsrat der Vorarlberger Landesregierung Dr. Hermann Peter. ...

Landesregierungsrat Dr. Hermann Peter ist schuldig, als aus Anlaß der Einlieferung von drei wegen Uebertretung der Butterlieferungsvorschriften durch die politische Behörde rechtskräftig mit Freiheitsstrafen belegten Bauern an das Bezirksgericht Bludenz eine Bewegung des unabhängigen Bauernbundes einzusetzte, Versuchen, eine Strafunterbrechung durchzusetzen, von allem Anfange an nicht mit der gebotenen Energie entgegengetreten zu sein und wiewohl ihm eine genügende Anzahl von Gendarmen zur Wahrung der Staatsautorität zur Verfügung stand, die Arrestanten gegen Kautionsstellung frei gelassen zu haben, obschon er wissen mußte, daß dies mit den Absichten der Oberbehörden im Widerspruch stehe, und so die Behörden und die Gendarmerie bloßgestellt zu haben. Landesregierungsrat Dr. Peter hat dadurch die ihm als Beamten nach § 21, 22 und 24 der D.P. obliegenden Pflichten in einem schwerwiegenden Falle unter ernstlicher Schädigung und Gefährdung staatlicher Interessen, sohin durch ein Dienstvergehen im Sinne des § 87 D.P. verletzt und wird über ihn gemäß § 93 a D.P. die Disziplinarstrafe des Verweises verhängt. ...

Als mildernd mußte erachtet werden, daß Landesregierungsrat Dr. Peter, ein wiederholt ausgezeichnete Beamter, bisher straflos war, daß er unter dem Drucke der Erinnerung an den gewaltsamen Tod amtlicher Funktionäre im Montafoner Bauernaufstand vor langen Jahren stand, ferner daß er sich durch die ihm hinterbrachten Aeußerungen aus den Kreisen der aufgeregten Bauern persönlich im Leben bedroht fühlte und auch für das Leben des Bezirkshauptmannes Franz Terlago zu fürchten Anlaß zu haben glaubte, schließlich daß er unter dem Eindrucke der vom Bürgermeister geäußerten Befürchtungen, es könnte zu Plünderungen kommen, und im Gedanken an die blutigen Folgen eines Waffengebrauches in menschlich begreiflicher Aufregung gestanden haben dürfte.

Wien, am 10. März 1921" (1)

Dieses Kapitel beginnt wieder mit den Folgen eines Auflaufs. Diesmal revoltierten die Bauern. Und die Geschichte dieser Bauernrevolte ist ein Anlaß, die Geschichte der Vorarlberger Bauern in der Ersten Republik näher zu betrachten.

Wir erfahren, daß ein hoher Beamter mit einer Disziplinarstrafe belegt wurde, weil er arretierte Bauern freigelassen hatte, obwohl sich die Oberbehörde - die Landesregierung - dagegen ausgesprochen hatte. Er tat das angesichts einer Bauernrevolte, bei der er um sein Leben fürchtete. Landesregierungsrat Dr. Hermann Peter war bis zu dieser Bauernrevolte im November 1920 Bezirkshauptmann von Bludenz; er wurde vom Dienst suspendiert. Sein Nachfolger wurde Franz Terlago, vorher als Landesregierungskommissär politischer Beamter an der Bezirkshauptmannschaft Bludenz.

DIE LAGE DER BAUERN IN VORARLBERG

1910 bezogen 43 Prozent der Vorarlberger Bevölkerung ihren Lebensunterhalt aus Industrie und Gewerbe, 1923 waren es 47 und 1934 39 Prozent. Die entsprechenden Zahlen für Österreich lauten für die Jahre 1910, 1923 und 1934: 32, 34 und 31 Prozent. Entsprechend gering ist die Agrarquote, also jener Anteil der Bevölkerung, der seinen Lebensunterhalt aus der Landwirtschaft bezieht. Die Agrarquote lag 1880 noch bei 55 Prozent, fiel dann bis 1934 auf 26 Prozent und lag 1981 zwischen 4 und 5 Prozent (2). Die letzten hundert Jahre brachten also die nahezu vollständige "Entbäuerlichung" Vorarlbergs mit sich. Einer der Gründe dafür dürfte in der Betriebsstruktur, ein anderer in den topographischen Verhältnissen zu suchen sein. Aber auch das starke Bevölkerungswachstum von 107.000 im Jahre 1880 auf 155.000 im Jahre 1934 und 305.000 im Jahre 1981 senkte die Agrarquote. Bedingt durch die freie Erbteilung, die von keiner starken Grundherrschaft verhindert wurde, gab es in Vorarlberg eine große Zahl sehr kleiner Landwirtschaftsbetriebe. Nach einer Erhebung aus dem Jahre 1939 waren von 13.975 erfaßten Betrieben 57 Prozent kleiner als 5 Hektar (3). Die vielen Klein- und Kleinstbauern konnten sich allein aus der Landwirtschaft nicht selbst erhalten: Saisonale Auswanderung, Heimarbeit, diverse Gelegenheitsarbeiten besonders im Bau- und Transportsektor sowie regelmäßige oder unregelmäßige Fabriksarbeit von Familienangehörigen verschafften

ein Zubrot, ja wurden oft zum Hauptverdienst (4). Aus Bauern wurden vielfach "Fabrikler" - doch keine Proletarier im klassischen Sinn, die über nichts verfügten als über ihre Arbeitskraft, sondern Produzenten in einem Mischmilieu, das durch die Kombination von landwirtschaftlicher, gewerblicher und industrieller Arbeit innerhalb ein und desselben Familienverbandes gekennzeichnet war. Für das Bewußtsein dieser Menschen blieben aber meist die traditionellen dörflichen Verhältnisse bestimmend. In besonders enger Beziehung zur Landwirtschaft stand die Stickerie. Nach einer Erhebung aus dem Jahre 1938 betrieben 89 Prozent der erfaßten Sticker noch eine kleine Landwirtschaft, durchschnittlich bearbeiteten sie weniger als einen Hektar. Aber immerhin waren 66 Prozent der Sticker Selbstversorger bei Kartoffeln und Gemüse (5).

Die Inhaber von landwirtschaftlichen Zwergbetrieben waren in der Ersten Republik bereits hauptsächlich auf industrielle oder gewerbliche Zusatzarbeit angewiesen. Bei den übrigen Bauernfamilien arbeiteten meist etliche Angehörige in Fabriken.

Als 1932 im Zuge einer Neufestlegung der Arbeitslosenunterstützung Vorarlberg in hochindustrialisierte, industrialisierte und nicht-industrialisierte Gebiete eingeteilt wurde, zählte man lediglich den Bregenzerwald, den Großteil des Montafons und einige Seitentäler zum nichtindustrialisierten Raum. Randgemeinden des Rheintals und Walgaus, etwa Alberschwende, Bildstein, Bartholomäberg und Bürserberg, wie auch die kleinen Gemeinden der beiden Haupttäler wurden als industrialisiert eingestuft, wohl deshalb, weil viele Dorfbewohner in Fabriken arbeiteten (6).

Die Bauern in Berglagen waren meist arm. Lediglich wo durch Vereinödung, das heißt durch Zusammenlegung von Streubesitz zu neuen, nicht mehr frei teilbaren Betrieben, rationelle Betriebsgrößen entstanden waren, gab es eine Schicht von wohlhabenden Bauern. Vereinödungen fanden vor allem im Vorderen Bregenzerwald und im Laiblachtal im ausgehenden 18. Jahrhundert statt und waren von Süddeutschland angeregt worden. Solche Höfe bilden noch heute die Grundlage der Bregenzerwälder Landwirtschaft (7).

Während so ein kleiner Teil der bäuerlichen Betriebe gut existieren konnte, waren die überwiegend bergbäuerlichen Kleinbetriebe aus dem 19. Jahrhundert heraus hoch verschuldet. Die Bauern litten während des Ersten Weltkriegs unter den harten Abgabeverpflichtungen, aber auch während der Nahrungsmittelknappheit in den ersten drei Jahren nach dem Krieg wurden Lebensmittel noch zwangsbewirtschaftet. Den Bauern wurden durch

staatliche Stützungsbeiträge - trotz amtlicher Preisregelung - jedoch anständige Preise für ihre Produkte bezahlt. Auch auf dem Schwarzmarkt ließ sich damals - trotz scharfer Kontrollen - noch ein gutes Stück Geld verdienen. So klagten "sieben Unabhängige" im "Bauern-Blatt", vom 13. Februar 1920, der "Wochenschrift des Unabhängigen Bauernbundes des Vorarlberger Oberlandes": "Ein ganzes Heer Gendarmen und Finanzleute schickt man uns Bauern auf den Hals, und wenn unsereiner in die Stadt muß, kann es ihm passieren, daß 3-4 mal der Rucksack kontrolliert wird. Und wehe, wenn ein Stückchen Käs oder Butter gefunden wird" (8). Neben der Nahrungsmittelknappheit wirkte sich vor allem die horrende Inflation der Jahre 1919 bis 1924 für die Bauern positiv aus, wurde doch durch die Inflation Vermögen umverteilt: Es verloren die Inhaber von Geldvermögen oder Geldeinkünften, und es gewannen Leute mit Sachwerten und Geldschulden. In den "Untersuchungen über die Rentabilität von Vorarlberger Landwirtschaftsbetrieben" vom Jahre 1925/26, die von der Vorarlberger Bauernkammer herausgegeben wurden, heißt es über Betriebe, die nicht investierten und ihre Produktion nicht rationalisierten: "Sie treiben langsam aber sicher dem alten Zustande entgegen, aus dem sie aber vielleicht keine Inflation mehr retten kann." Im "Katholischen Volkskalender" des Jahres 1928 liest man ganz ähnlich: "Doch das Schlimmste vom Schlimmen wird die kommende Verschuldung sein. Gegenwärtig ist durch die Geldentwertung eine allgemeine Befreiung des Bauern von seinen Schulden eingetreten, wie sie kein Mensch vorausgeahnt hatte. Aber mit dem Eintreten neuer Schulden, die bei jeder Erbteilung und sonst kommen müssen, werden bei dem heutigen Kapitalismus die letzten Dinge ärger als die früheren" (9).

DIE BAUERNREVOLTE

Die Bauern spürten schon bald nach dem Krieg, daß ihnen eine einmalige Chance zur wirtschaftlichen Sanierung geboten war: wenn es ihnen nur gelänge, sich aus den Fesseln der Zwangsbe-
wirtschaftung soweit zu befreien, daß sie der hungernden städtischen Bevölkerung auf dem "freien" Markt Lebensmittel verkaufen konnten. Die Oberländer Bauern organisierten sich, aus einer laizistischen Tradition heraus, nicht als katholischer Bauernbund, sondern im zur christlichsozialen Landesregierung in

Opposition stehenden und zur Politik der katholischen Kirche durchaus auf Distanz befindlichen "Unabhängigen Bauernbund". Die "Unabhängigen" betrieben über ihr "Bauern-Blatt" Interessenpolitik mit klaren Worten. Als von der Delegiertenversammlung der "Unabhängigen" am 18. Jänner 1920 beschlossen wurde, sowohl Einkommensteuer- als auch Vermögensabgabebzahlungen zu boykottieren, wurde das im "Bauern-Blatt" vom 23. Jänner so begründet:

"... wir kommen in Österreich zu keiner Verwaltungs- und zu keiner Verfassungsreform, so lange wir so dumm sind, und den alten Verwaltungs- und Verfassungsapparat bezahlen und unterhalten. ... Unser ganzer Verwaltungsapparat, auf den die Vereinigten Staaten Nordamerikas stolz sein könnten, steht dem bettelarmen, ausgehungerten Stäätchen Österreich so wohl an wie eine große Fettsennerei der Wüste Sahara. Jeder unproduktiv Arbeitende, jeder unnütze Mitesser in unserem Staate ist ein Nagel zum Sarge. Und vor lauter solcher Nägel sieht unser Sarg schon völlig aus wie ein Stachelschwein. Wir sehen, daß wir auf dieser Welt vollständig zu Tode verwaltet und regiert wurden, und wollen nun mit dem Rest unserer irdischen Hülle, mit der körperlichen Arbeitskraft nicht nur auch noch Vorschuß zahlen zum Weiterbetrieb der Krebs- und Blutegelezucht im besseren Jenseits."

Das ist bester bäuerlicher Radikalismus, wie auch die folgende Passage aus dem "Bauern-Blatt" vom 30. Jänner 1920: "Bauern, da gibts nur ein Mittel! Erstens nichts mehr liefern, bis alle Strafen für Höchstpreiseüberschreitungen, mangelhafte Ablieferung und Schwarzschlachtungen annulliert sind" (10).

Die Vorarlberger Landesregierung nahm diese Aussagen durchaus ernst: Zum einen leitete sie Ermittlungen gegen den Redakteur des "Bauern-Blattes" Jakob Moosbrugger ein, den Sohn von Kaspar Moosbrugger, der ein Schwager Franz Michael Felders und Mitbegründer der "Partei der Gleichberechtigung" im Jahre 1866 gewesen war. Zum anderen verhandelte sie mit den Bauern; im Juli 1920 sagte der Landeshauptmann in einer Bauernversammlung in Schruns beispielsweise die Verringerung der abzuliefernden Mengen zu (11).

Doch es gelang der Landesregierung nicht, die "Unabhängigen Bauern" zufriedenzustellen. Als dann im Sommer 1920 die "Unabhängigen" einige Tage lang die Butterablieferung gänzlich einstellten, griff die Landesregierung hart durch. Sie ließ durch die Bezirkshauptmannschaft Strafverfahren gegen drei Bauern einleiten. Gemeindevorsteher Christian Stoß aus Nenzing und die Schrunser Gemeindevorteher Josef Mathies und Alwin Juen, alle

drei prominente Mitglieder des "Unabhängigen Bauernbundes", wurden wegen "unrechtmäßigen Butterbezuges und Anstiftung zur Uebertretung der Butterlieferungsvorschriften" zu kurzen Haftstrafen verurteilt. Die beiden Montafoner traten am 17. November im Bezirksgericht Schruns ihre Strafe an, Stoß im Bezirksgericht Bludenz.

In Bauernversammlungen wurde daraufhin die Befreiung der Inhaftierten gefordert. Am Donnerstag, dem 18. November 1920, sammelten sich bereits 200 Bauern vor dem Bezirksgericht Schruns, die lautstark die Freilassung von Mathies und Juen verlangten (12). Die beiden wurden sodann ins Bezirksgericht Bludenz verlegt, und in Schruns rückte eine Gendarmerieeinheit aus Bregenz an: Oberinspektor Hugo Effenberger war mit 34 Gendarmen zur Verhinderung von Unruhen abkommandiert worden. In Bludenz selbst befanden sich 18 Gendarmen zur Sicherung des Gerichtsgebäudes.

Als Effenberger in Schruns erfuhr, daß die Bauern für Samstag, den 20. November, zu einer Versammlung nach Bludenz aufgerufen hatten, fuhr er schnell in die Stadt. Dort aber untersagte Landesgerichtsrat Dr. Wieser den Gendarmen, sich im Gerichtsgebäude aufzuhalten, da er die Verantwortung für eine etwaige Beschädigung des Gebäudes nicht auf sich nehmen könnte. Die Gendarmen, die mit Karabiner, Bajonett und 70 Patronen pro Mann ausgestattet waren, sperrten die Straßen um das Gericht ab.

Am Nachmittag des Samstag drängten sich immer mehr Bauern in der Bludenzner Innenstadt: Beobachter schätzten 2.000 Personen - Bauern und Neugierige, die teilweise betrunken waren. Die im Bludenzner Rathaus versammelten Behördenvertreter - Gerichtsvorsteher Wieser, Bezirkshauptmann Peter, Oberinspektor Effenberger, BH-Beamter Franz Terlago sowie der Bludenzner großdeutsche Bürgermeister Bertel - hielten mit der in Bregenz tagenden Landesregierung telefonischen Kontakt. Wieser wollte die Eingesperrten nicht im Bezirksgericht behalten, da es sich um "politische Häftlinge" handle, und Bezirkshauptmann Peter war überhaupt der Ansicht, das Verfahren gegen die drei sei nicht ordnungsgemäß durchgeführt worden; beide hielten es für vernünftiger, die drei Bauern gegen eine Kautionsfreizulassen, als Blutvergießen zu riskieren. Um fünf Uhr wurde die Situation kritisch - Oberinspektor Effenberger war sich sicher, daß es zum Waffengebrauch kommen werde. Obwohl die Landesregierung von der Zuspitzung der Lage informiert war, erklärte Landesstatthalter Dr. Redler, die Regierung könne "auf keinen Fall von ihrem Standpunkte abweichen."

In Bludenz waren inzwischen einige Bauern ins Rathaus eingedrungen und forderten Bezirkshauptmann Dr. Peter auf, die Gefangenen freizulassen, sonst hole man sie sich mit Gewalt. Landesgerichtsrat Dr. Wieser weigerte sich, sie weiter in seinem Gefängnis zu behalten. Da sich auch der Bludener Bürgermeister für eine Freilassung gegen Kaution aussprach und die Bauernvertreter sich bereit erklärten, 50.000 Kronen zu hinterlegen, ordnete Dr. Peter die Entlassung an. Die Menge verlief sich ohne weitere Zwischenfälle.

Einen Teil der weiteren Geschichte kennen wir: Dr. Peter wurde als Bezirkshauptmann von der Landesregierung abberufen, obwohl sich die Bludener Stadtvertretung einmütig für ihn einsetzte und ihm demonstrativ ihren Dank für sein umsichtiges Verhalten aussprach. Die Landesregierung aber suchte die Konfrontation.

Der andere Teil der Geschichte aber wurde noch nicht erwähnt: Die Christlichsozialen in der Landesregierung wollten diesen Prestigeverlust nicht hinnehmen und ordneten die neuerliche Inhaftierung der drei Bauern für den 9. Dezember an. Da mit neuerlichen Bauernprotesten gerechnet wurde, bereiteten sich die Behörden vor. Zusätzlich zu den über 50 bereits in Bludenz konzentrierten Gendarmen wurden 40 weitere aus Tirol sowie 70 Finanz- und Zollwachbeamte abkommandiert. Alle Geschäfte und Gasthäuser in Bludenz wurden angewiesen, am 9. Dezember geschlossen zu halten.

Als dann zwischen 9 und 10 Uhr ungefähr 150 Bauern aus dem Montafon und aus Nenzing in Bludenz eintrafen, fanden sie die Innenstadt leer und von Gendarmen abgeriegelt vor. Da die Bauern nicht sofort auseinandergingen, sondern sich vielmehr mit den Inhaftierten solidarisch erklärten und auch in Haft genommen werden wollten, gingen die Gendarmen mit gefällttem Bajonett zum Angriff über. Der provisorische Bezirkshauptmann Dr. Lantschner schrieb: "... säuberte die Gendarmerie mit gefällttem Bajonett die Straße und trieb die ganze Menge auf der Reichsstraße gegen die Föhrenburger Brauerei und darüber hinaus." Laufend neu eintreffende Bauern sahen, daß an diesem Tag nichts auszurichten war, und kehrten bereits am Bahnhof oder am Stadtrand wieder um. Noch einmal Dr. Lantschner: "Schließlich bemerkte ich, daß an diesem Ausgange das vom ersten Stocke des Gerichtsgebäudes drohend herabblickende Maschinengewehr einen großen Anteil hatte, daher gebeten wird, beim Landesgendarmerie-Kommando erwirken zu wollen, daß es bis nach Verbüßung der fraglichen Arreststrafen hier belassen wird."

VON DEN "UNABHÄNGIGEN" ZUM BAUERNBUND

Der "Unabhängige Bauernbund" betrieb in den ersten Jahren der Republik konsequente bäuerliche Interessenvertretung und war durchaus bereit, mit der christlichsozialen Landesregierung Konflikte auszutragen. Mit dem christlichsozialen Bauernbund konnten sich die "Unabhängigen" nicht einigen. Im "Bauern-Blatt" vom 23. Jänner 1920 wird von einer Versammlung berichtet, in der ein Zusammenschluß beider Organisationen diskutiert wurde:

"Zwei kleine Häklein in einem Satz waren das Trennende der beiden. ... Das Wörtchen 'christlich', welches uns ein anwesender Jurist, unter kräftiger Beihilfe eines in früheren Jahren gewesenen und gestolperten Kapuziners aus dem Montafon kunstgerecht aufdrängen wollten, uns aber nicht recht zum folgenden Satz passend einleuchtete. Dieser folgende Satz enthielt die Bestimmung: 'Gegen die Sozialdemokratie kämpfen'. Also christlich sein und kämpfen finden wir mit der wahren Lehre Christi nicht recht vereinbar. Diese christliche Kämpferei soll nur der alte Landesel mit seinen neuen Ohrwasteln allein machen. Wir bleiben der Neutralität treu und werden nach wie vor bei unserer reinbäuerlichen Interessenvertretung bleiben."

Die Oberländer Bauern ließen sich von den Christlichsozialen nicht einfach für deren Kampf gegen die Sozialdemokratie einspannen. Im "Bauern-Blatt" vom 13. Februar 1920 antworteten "sieben Unabhängige" auf einen Artikel im "Volksblatt":

"... von jedem rechtlich Denkenden muß die Art verurteilt werden ..., mit welcher heute der Bolschewismus bekämpft wird. Solange nur Gewalt gegen Gewalt gesetzt wird, kann die Menschheit nicht froh werden, und das Uebel kann nicht beseitigt werden. Diese Sprache gefällt uns Bauern besser als das letztjährige (Wahlmanöver) Waffenverteilung, zur Bekämpfung der Bolschewiki. Damals wurden wir in den Bergen und Tälern bewaffnet und heute steht eine bewaffnete Macht wieder gegen uns" (13).

Gegen die Bauern konnten die "Volksmilizen" nicht eingesetzt werden. Vielmehr mußten die Behörden befürchten, die ausgegebenen Waffen könnten sich gegen die Initiatoren der Bewaffnung wenden (14).

Aber auch die Sozialdemokratie wandte sich nicht offen gegen die "Unabhängigen". Am 20. November, dem Tag der Bauernbefreiung, fand in Bludenz eine Kundgebung in der "Fohrenburg" statt, bei der der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Wilhelm Sieß -

ein Eisenbahner aus Bludenz - sagte, es bleibe ein "Schandfleck für den Bezirk, daß wir nicht einmal für unsere Greise und kranken Leute genügend Milch haben". Und daran seien - bei allem Verständnis für die Schwierigkeiten der Bergbauern - die Bauern schuld. Am selben Tag gab es auch in Feldkirch eine sozialdemokratische Protestkundgebung wegen der schlechten Lebensmittelversorgung. Zusätzlich streikten vom 18. bis zum 21. November die Eisenbahner und verhinderten damit die Beteiligung von bayerischen Selbstschutzverbänden am großen Innsbrucker Heimwehr-Schießen (15). Durch diese sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Aktivitäten wurden jedoch mehr die Landesbehörden unter Druck gesetzt als die Bauern. Von den Behörden und politischen Institutionen wurde der Ausgleich grundverschiedener Interessen erwartet, nicht von der Konfrontation mit den Bauern.

In Vorarlberg gab es also zwei "Bauernbünde", den eher liberalen "Unabhängigen" und den christlichsozialen "Vorarlberger Bauernbund". Der "Vorarlberger Bauernbund" war am 10. Dezember 1919 aus mehreren regionalen katholischen Bauernbünden als Vorfeldorganisation der Christlichsozialen Volkspartei gegründet worden. 1922 gehörten ihm ungefähr 6.000 Mitglieder an. 1927 wurde der 22jährige Ulrich Ilg Obmann. Unter Ilg standen die Bauern treu zu ihrem christlichen "Führer" Dollfuß; sie waren auch in Vorarlberg eine der Stützen des Austrofaschismus (16).

Der "Unabhängige Bauernbund" kandidierte bei den ersten Landtagswahlen 1919 und erreichte 2.166 Stimmen oder 3,5 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen. Da er ausschließlich im Bezirk Bludenz antrat, sind die regionalen Ergebnisse aussagekräftiger. Im Gemeindebezirk Bludenz erreichte er 11,2 Prozent, und zwar nur in den Dörfern. In der Stadt selbst, wo mit Großdeutschen und Sozialdemokraten zwei andere laizistische Parteien relativ stark waren - 20 beziehungsweise 35 Prozent -, erzielten die "Unabhängigen" nur 3 Prozent der Stimmen. Zum Vergleich Bürs: 14 Prozent für die "Unabhängigen" und nur 3 Prozent für die Großdeutschen. Im Montafon vereinigten die "Unabhängigen" die Stimmen fast aller jener Wähler auf sich, die nicht zum politischen Katholizismus tendierten: nämlich 35 Prozent, bei jeweils 5 Prozent für Sozialdemokraten und Großdeutsche. 1922 schloß sich der "Unabhängige Bauernbund" dem vor allem nicht-katholischen, sonst deutschnationalen und etwas liberalen "Landbund" an. Der Landbund hielt die Stimmenanteile der "Unabhängigen" im Oberland bis zur Landtagswahl 1932, als erstmals die Nationalsozialisten kandidierten. 1932 wanderten im Montafon ungefähr

9 Prozent der Wähler vom Landbund zu den Nationalsozialisten ab; auch in Bürs gingen 8 Prozent zu den Nationalsozialisten über (17).

Im März 1927 vereinigten sich die beiden großen Bauernorganisationen - die großdeutsche und die christlichsoziale - dann gar zu einer einheitlichen bäuerlichen Interessenvertretung im "Vorarlberger Bauernbund", wobei der "Landbund" jedoch als politische Organisation weiter bestand (18).

Der "Landbund", der ab 1932 die Regierung Dollfuß mitrug, bis 1934 aber von der NSDAP absorbiert wurde (19), entsprach dann kaum mehr dem "Unabhängigen Bauernbund" der Jahre 1919/1920. Jakob Moosbrugger und einige wenige seiner Anhänger hatten die "Unabhängigen" schon 1922 verlassen, als die sich dem "Landbund" angeschlossen und sich damit auf die Seite der Bürger gegen die Sozialdemokratie gestellt hatten. Jakob Moosbrugger und seine Familie - vor allem sei hier sein Sohn Pius erwähnt, der nach dem Zweiten Weltkrieg sozialistischer Landtagsabgeordneter wurde - traten zur Sozialdemokratie über. Dort versuchte Jakob Moosbrugger wenig erfolgreich, mit der "Kleinbauernvereinigung" eine eigene bäuerliche Interessenvertretung zu organisieren (20). 1925 wurde als Vertretung des Bauern-"Standes" die Vorarlberger Bauernkammer gegründet. Der nachmalige Landeshauptmann Vorarlbergs im Ständestaat, Ernst Winsauer, war im Präsidium. Die Bauernkammer organisierte "Buch- und Betriebsberatungsstellen", die die Modernisierung der Vorarlberger Landwirtschaft vorantreiben sollten. Regelmäßige "Berichte über die Untersuchung der Rentabilität von Vorarlberger Landwirtschaftsbetrieben" geben einen Einblick in die wirtschaftliche Entwicklung.

Nach einer Phase relativer Prosperität zur Zeit der Inflation, die zur Entschuldung der Bauern führte, traf die vor allem auf Währungsstabilität ausgerichtete Wirtschaftspolitik der Christlichsozialen die Bauern in den folgenden Jahren hart. Die Zinsen betrugten bis zu 20 Prozent, da das Geld knapp gehalten wurde. Es wurden so nicht nur industrielle, sondern auch dringend notwendige landwirtschaftliche Investitionen fast unmöglich gemacht. Da die Einkommen aus der Landwirtschaft kaum die Lebenshaltungskosten der bäuerlichen Familien in den Berggebieten deckten, stieg die Verschuldung wieder beängstigend an. Als Ursache der sich immer mehr verschlechternden Lage der Bauern wurde jedoch nicht die Wirtschaftspolitik der Regierung oder des internationalen Finanzkapitals angeführt, das nach der "Genfer Sanierung" über einen Völkerbundkommissär in Österreich das Sagen hatte, sondern vielmehr die neue Lebensform der indu-

striellen Gesellschaft (21). Im "Volkskalender" aus dem Jahre 1928 werden "die größten Fehler beim Menschen selbst" gesehen, denn "wenn er sich erkennt und bessert, bessert sich seine Lage. Mit Hetzen, Revolutionieren, Zusammenschlagen und Auswandern ist nichts getan. Oder wenn man dem nachläuft, was in unserer Zeit krankhaft ist, und dessen ist doch viel, der Genußsucht, dem Wohlleben, dem Schuldenmachen, der Geldverschwendung, dem Stadtleben, der Großstadt, dem Amerikanismus in Kino, Sport und Reisen, dann schlägt sich der Mensch eben selbst und weiß nicht wie."

Damit wird etwas formuliert, was spätestens seit der Mitte des 19. Jahrhunderts zur festen Ausstattung katholisch-konservativer Kritik an der Industriegesellschaft gehörte. Es war die Utopie des "besseren Mittelalters" - des katholischen Ständestaats. Alles Elend würde überwunden - so glaubten viele Menschen -, wenn erst die Klassengegensätze überwunden und die ständische Gesellschaft wieder hergestellt sei. Dann werde jeder Berufsgruppe, jedem Menschen das zukommen, was ihm zustehe, dann werde keine soziale Unruhe herrschen, keine Angst vor sozialem Abstieg, weil die Abschottung der Stände jede gesellschaftliche Mobilität, also auch sozialen Aufstieg, verhindern wird (22).

Der "Ständestaat" der Jahre 1934 bis 1938 erfüllte die Erwartungen der Bauern nicht; die von der Bundesregierung 1934 initiierte "Schuldenerleichterungsaktion" für Bergbauern war viel zu gering bemessen. Die Entschuldungsaktion, die die Nationalsozialisten im Mai 1938 begannen, griff wesentlich besser (23).

Soziale Lage und soziale Macht

Dieses Kapitel befaßt sich mit den Lebensverhältnissen der großen Mehrheit der Vorarlberger Bevölkerung - der unselbständig Beschäftigten. Diese Lebensverhältnisse - Wohnbedingungen, Gesundheit und Ernährung, Ausbildung und Bildung - sind nicht vorwiegend in der Natur des Landes begründet, sondern vor allem in der Verteilung gesellschaftlicher Macht. Um diese Verteilung wurde denn auch immer wieder gerungen: Zumal in Arbeitskämpfen ging es um ein höheres Maß an Verteilungsgerechtigkeit. In der Zwischenkriegszeit wurden diese Auseinandersetzungen im wesentlichen über Institutionen ausgetragen - auf seiten der Arbeiterschaft waren es Gewerkschaften, Betriebsräte und die Arbeiterkammer.

Den Abschluß des Kapitels bildet eine kurze Streikgeschichte, die zeigt, wie Vorarlberger Arbeiterinnen und Arbeiter um mehr soziale Gerechtigkeit kämpften und wie sie bekämpft wurden.

LÖHNE UND LEBENSHALTUNGSKOSTEN

1928 führte die Vorarlberger Arbeiterkammer in Feldkirch eine Feststellung der Löhne der Vorarlberger Arbeiterschaft durch, die sie im Wirtschaftsbericht 2/1928 publizierte (1).

26 Betriebe mit zusammen 4.077 Arbeitern konnten erfaßt werden, darunter ein Großbetrieb mit 1.865 Arbeitern. Die Betriebsräte aller Vorarlberger Firmen hatten von der Arbeiterkammer Fragebögen erhalten, mit denen der Bruttoverdienst jener Woche erhoben werden sollte, in die der 19. November 1928 fiel. Für das Baugewerbe wurde eine Woche im September erhoben, da Ende November auf vielen Baustellen witterungsbedingt nicht mehr gearbeitet wurde. Die Betriebsräte benötigten zur Beantwortung der Fragen die Lohnlisten der Firmen:

"In einzelnen Betrieben, darunter auch einige Großbetriebe, haben die Betriebsräte nun das Verlangen nach Ausfolgung einer Lohnliste gleich gestellt, haben diese seitens der Unternehmung auch erhalten und konnten der Kammer deshalb

einwandfreie Lohnangaben machen. Sobald jedoch der Vorarlberger Industriellenverband von der Lohnerhebung der Kammer erfahren hat, hat er seinen Mitgliedsfirmen verboten, den Betriebsräten die Listen auszufolgen, um damit zu verhindern, daß diese der Kammer die gewünschten Lohnangaben machen können. Daß das Verbot gegen das Betriebsrätegesetz ist, schert den Industriellenverband wenig, daß er damit die Arbeit der Kammer wohl ... hemmen, aber nicht verhindern kann, ist sicher. An der Arbeiterschaft wird es liegen, durch starke Organisation Abhilfe zu schaffen. Eigentümlich ist es aber auch, dass in anderen Bundesländern, speziell in dem großen Wiener und Steiermärkischen Industriegebiet die Unternehmen und auch deren Verbände gegen die Ausfolgung der Lohnlisten an die Betriebsräte keine Einwendungen erheben. Es könnte, hier und da nicht zu unrecht, die Vermutung Platz greifen, daß die Vorarlberger Unternehmen an der Verheimlichung der von ihnen bezahlten Löhne ein besonderes Interesse haben, weil sie gegenüber den anderen Bundesländern zurück sind und die Unternehmerschaft diese Kenntnis der Arbeiterschaft und der Allgemeinheit verheimlichen will"

- so die Arbeiterkammer in ihrem Bericht.

Hatten die Vorarlberger Industriellen mehr zu verheimlichen als die Unternehmer in anderen Bundesländern, oder behinderten sie nur konsequenter die Arbeiterkammer? Was verdienten Vorarlberger Arbeiter in der Ersten Republik?

Von den 4.077 erfaßten Arbeiterinnen und Arbeitern bekamen 2.415 ihren Lohn nach jeweils einer Arbeitswoche ausbezahlt und 1.662 nach jeweils zwei Wochen. Die längere Lohnperiode war eine Kapitalbeschaffungsmaßnahme der Firmen: Ihnen standen dadurch beträchtliche Summen zinsfrei zur Verfügung. Die Textilfirma F. M. Hämmerle stellte beispielsweise 1931 die Lohnauszahlung auf einen 14tägigen Zyklus um und behielt noch zusätzlich einen Wochenlohn als sogenannte "Stehwoche" zurück. Bei 1.600 Arbeitern dürfte F. M. Hämmerle auf diese Weise ungefähr 120.000 Schilling an zinsfreiem Kapital auf Kosten der Arbeiter gewonnen haben (2).

1928 verdienten Arbeiterinnen und Arbeiter mit wöchentlicher Lohnauszahlung im Durchschnitt 53,88 Schilling und solche mit zweiwöchentlicher Lohnauszahlung durchschnittlich 38,83 Schilling pro Woche brutto (3). Durchschnittswerte besagen jedoch wenig. Eine andere Zusammenstellung gibt hier weiteren Aufschluß (4).

Von 27.846 Arbeitern, die zum 31. Dezember 1928 in den Kranken-

kassen versichert waren, hatten ein tägliches Einkommen von mehr als 6 Schillingen im Bezirk:

Bregenz	71,9 %	der Männer,	36,7 %	der Frauen
Dornbirn	64,3 %		29,0 %	
Feldkirch	68,0 %		13,9 %	
Bludenz	87,5 %		23,1 %	

Es verdienten in Vorarlberg:

bis 3 Schilling täglich	7,7 %	der Männer,	23,8 %	der Frauen
bis 6 Schilling täglich	19,7 %		48,8 %	
über 6 Schilling	72,6 %		27,4 %	

Bezirk Dornbirn:

bis 3 Schilling täglich	7,7 %	21,6 %
bis 6 Schilling täglich	28,0 %	49,4 %
über 6 Schilling	64,3 %	29,0 %

Aus den Aufstellungen läßt sich ersehen, daß die Hälfte der Vorarlberger Arbeiter unter 6 Schilling täglich und daß nahezu ein Drittel der Vorarlberger Frauen unter 3 Schilling täglich verdiente. Weiters zeigen sich deutlich lokale, strukturbedingte Unterschiede. Die Textilindustrie verursachte besonders bei den Männern des Bezirkes Dornbirn ein niedriges Lohnniveau; die Bauindustrie sorgte infolge der Kraftwerksbauten für hohe Männerereinkommen im Bezirk Bludenz.

Ein qualifizierter Textilarbeiter verdiente pro Woche durchschnittlich 50 Schilling, ein Hilfsarbeiter 38 und eine Hilfsarbeiterin gar nur 35. Ein Vorarbeiter auf dem Bau kam auf 80 Schilling, ein Zimmermann auf 67 und ein durchschnittlicher Hilfsarbeiter auf 41. Diese Löhne sind allerdings nur schwer vergleichbar, da das Einkommen eines Bauarbeiters im Gegensatz zum regelmäßigen Lohn eines Textilarbeiters saison- und witterungsabhängig war. Beim Bau der Kraftwerksanlage "Vermunt" der Vorarlberger Illwerke waren 1928 1.865 Arbeiter beschäftigt. Davon waren 649 qualifizierte Arbeiter und 1.216 Hilfsarbeiter. Die gelernten Arbeiter verdienten in der Woche durchschnittlich 72 Schilling, die Hilfsarbeiter 41. Auf den Hochgebirgsbaustellen konnte allerdings nur im Sommerhalbjahr gearbeitet werden, im Winterhalbjahr waren die Bauarbeiter auf schlechter bezahlte Arbeiten oder auf die Arbeitslosenunterstützung angewiesen (5).

Besonders schlecht bezahlt waren jugendliche Arbeiterinnen in



Kraftfahrzeuge und Chauffeurs der Firma F.M. Hämmerle, ca. 1928/29.

Spinnereien. Eine sechzehnjährige Zettlerin etwa verdiente in der Wolledeckenfabrik Sannwald in Hörbranz 21 Schilling in einer 48 lange Stunden dauernden Arbeitswoche. Schiffflüßler in der Stickerei waren noch schlechter bezahlt, sie bekamen in Götziß und Hohenems gerade 18 Schilling für 60 Arbeitsstunden ausbezahlt - so lange wurde in der Stickerei durchschnittlich gearbeitet. In Rankweil waren es 18,60 Schilling, in Dornbirn 27 und in Lustenau 30. Schiffflüßler war die schlechtest bezahlte Arbeit in der Stickerei; der relativ hochqualifizierte Puncher bekam immerhin 84 Schilling für 60 Stunden.

Die Löhne differierten auch regional, wiewohl so gravierende Unterschiede wie bei den Schiffflüßlern herausragen. Wenn man die Hochgebirgsbaustellen ausklammert, dann wurden im Bezirk Bregenz allgemein die höchsten Löhne bezahlt, im Bezirk Bludenz die niedersten. Lokale Abstufungen waren in vielen Kollektivverträgen vorgesehen. So gab es etwa bei den Buchbinder- und Buchdruckereiarbeitern zwei Kategorien: In Lustenau, Dornbirn, Feldkirch und Bludenz waren die Wochenlöhne bis zu 9 Schilling niedriger als in Bregenz (6).

Die Vorarlberger Arbeiterkammer erhob im Jahre 1927 auch die Einkommen der Angestellten. Detaillierte Angaben gibt es nur für Monatseinkommen zwischen 80 und 400 Schilling, da die Erhebung auf den Daten der Angestelltenversicherungskassa beruhte (7).

Das Durchschnittseinkommen der in Vorarlberg angestellten Frauen und Männer betrug 306,75 Schilling. Das der Männer belief sich auf 342,63; Frauen verdienten fast die Hälfte weniger, nämlich durchschnittlich 188,48 Schilling.

Über ein Drittel aller Männer arbeitete in der Textilindustrie, die ihre Angestellten besonders gut bezahlte, denn 71 Prozent von ihnen verdienten mit über 300 Schilling im Monat deutlich mehr als in anderen Branchen. Fast die Hälfte aller Frauen arbeitete im Handelsgewerbe, und dort waren die Löhne besonders niedrig: Während in der Textilindustrie immerhin 18 Prozent der angestellten Frauen über 300 Schilling verdienten, waren es im Handelsgewerbe nur 4 Prozent der Frauen - und auch nur 37 Prozent der Männer.

Weitere Zahlen als Beleg für die Diskriminierung der Frauen: Unter 200 Schilling verdienten 10 Prozent der angestellten Männer, aber 43 Prozent der Frauen; über 400 Schilling verdienten 34 Prozent der Männer, aber nur 2 Prozent der Frauen. Die niedrigen Löhne der Frauen waren nicht nur durch kürzere Berufstätigkeit etc. bedingt, sondern die Diskriminierung war schon in den Min-

destgehaltern festgeschrieben: Die Ansätze für Frauen waren um ein Drittel niedriger als jene für Männer (8).

Während die Zahl der Arbeiterinnen und Arbeiter in Vorarlberg zwischen 1910 und 1934 stagnierte, die Zahl der Industrie- und Gewerbearbeiter sogar leicht zurückging - Rationalisierungsmaßnahmen der Industrie wirkten sich aus -, stieg die Zahl der Angestellten beträchtlich; 1910 waren es 3.790, und davon nur 820 in Industrie und Gewerbe; 1934 gab es bereits 8.952 Angestellte, davon 2.559 in Industrie und Gewerbe. Sowohl 1910 als auch 1934 waren die meisten Angestellten im tertiären Sektor, also in Handel, Verkehr, öffentlichem Dienst und anderen Dienstleistungen, beschäftigt.

Bedauerlicherweise sind keine Angaben über die Entwicklung der Arbeiterlöhne erschlossen. Einzig die Berichte des Gewerbeinspektors, in denen sich immer wieder Bemerkungen zur Lohnsituation finden, sind zur Zeit als Quelle greifbar. Aus diesen Bemerkungen wird deutlich, daß das Lohnniveau in Vorarlberg während der Ersten Republik höchstens in den Jahren 1927 bis 1929 den Stand der Vorkriegszeit erreichte. Im Bericht über das Jahr 1925 heißt es etwa, daß "besonders die Einkommen der Familienerhalter meist unter dem Vorkriegskaufwerte" lägen. Für das Berichtsjahr 1927 meldet der Gewerbeinspektor:

"Von einer wesentlichen Besserung der Lebensführung kann nicht gesprochen werden, weil mit der Steigerung der Löhne gleichzeitig auch die Lebenshaltungskosten stiegen. Die Tatsache, daß nach normalen Entbindungen die Arbeit häufig vorzeitig aufgenommen wird, ist ein beredtes Zeugnis für die gedrückte Lebenshaltung der Arbeiterschaft."

Aus dem Berichtsjahr 1929 werden dann schon Lohnsenkungen gemeldet, und 1930 setzte die Wirtschaftskrise voll ein. Der Gewerbeinspektor berichtete:

"Alle diese Umstände hatten einen wesentlichen Ausfall an Arbeitsgelegenheit, Entlassung von Angestellten und Arbeitern, Kurzarbeit, vorübergehende und dauernde Stilllegung von Betrieben und Betriebsabteilungen zur Folge, da und dort auch Abbröckelungen der Gehälter und Löhne" (9).

Noch ist die Frage unbeantwortet, ob in Vorarlberg besonders niedrige Löhne bezahlt wurden und ob die Unternehmer guten Grund hatten, die Erhebung der Arbeiterkammer zu behindern. Im Wiener Industriegebiet beispielsweise dürften allgemein deutlich höhere Löhne bezahlt worden sein, sowohl 1928 als auch im Austrofaschismus 1935 (10). Untersuchungen, die die verschiedenen Niveaus der Löhne und Lebenshaltungskosten in den einzelnen

Bundesländern berücksichtigen und vergleichen, fehlen jedoch. Grundsätzlich besagen ja Angaben über die bloße Höhe der Löhne gar nichts, wenn sie nicht auf die Lebenshaltungskosten bezogen werden.

Eine frühe Erhebung der Lebenshaltungskosten stellt die im Einvernehmen mit Industrie und Arbeiterschaft vom Vorarlberger Landesamt für Statistik am 1. Februar 1920 erstellte Wochenbedarfsstatistik dar.

Folgende Produkte wurden für eine Person miteinbezogen: 1,5 Wecken Brot, 250 g Mehl, 300 g Fleisch, 185 g Zucker, 1,4 l Milch, 125 g Käse, 500 g Maisgries, 100 g Marmelade, 125 g Kriegskaffee, 125 g Fett, 1 kg Kartoffeln, 60 g Salz, 60 g Zwiebel, 500 g Kraut, 125 g Ersatzmehle, 1 kg Obst, Seife, 3 Schachteln Zündhölzer, Kohle, Wohnungsmieteanteil, 1 Paar Schuhe pro Jahr, 1 Hemd pro Jahr, 1 Anzug pro Jahr.

Insgesamt kosteten diese Produkte in der Woche 91,10 Kronen pro Person. Die aufgelisteten Lebensmittel bildeten dann auch den Warenkorb zur Erhebung des Vorarlberger Preissteigerungsindex. Da keine Löhne zum 1. Februar 1920 bekannt sind und die Inflationsrate damals so hoch war, daß nur Löhne zum gleichen Stichtag mit den Lebenshaltungskosten in Beziehung gesetzt werden können, ermöglichen diese Angaben keine Vergleiche (11).

Aus dem Jahre 1929 stammt eine Berechnung, mit der Reallohnbestimmungen möglich sind. Im "Vorarlberger Volksblatt" vom 15. Februar 1929 wurden die Lebenshaltungskosten einer fünfköpfigen Familie pro Monat mit 500 Schilling ausgewiesen: Wohnung (80), Licht, Wasser (10), Brennmaterial (20), Kinder (60), Lebensmittel (150), Kleider, Schuhe (50), Verschiedenes (30), Vergnügungen, Taschengeld (30), Versicherungen (70). Laut "Volksblatt" hätte einer fünfköpfigen Familie ein Jahreseinkommen von 6.000 Schilling, das heißt 1.200 Schilling pro Kopf, zur Verfügung stehen müssen. Barnabas Fink, Pfarrer, christlichsozialer Landespolitiker und Sozialforscher, errechnete in seinem Beitrag zur Vorarlberger Heimatkunde 1931 deutlich niedrigere Kosten pro Kopf und Jahr, nämlich 949 Schilling: 525 für Nahrungsmittel, 210 für Kleidung und Wäsche, 214 für Wohnung, Heizung und Beleuchtung (12).

Der österreichische Bund der Industrieangestellten ließ 1927 das monatliche Existenzminimum eines männlichen, ledigen, volljährigen Angestellten errechnen, der sich mit seinem Einkommen selbst erhalten muß, und kam dabei auf 260 Schilling, also 3.120 Schilling im Jahr.

Vorarlberger Angestellte, Männer und Frauen, kamen auf ein durchschnittliches Jahreseinkommen von 3.600 Schilling, damit auf nur wenig mehr als das österreichweite Existenzminimum. Damit konnte aber immerhin nach den Berechnungen des "Volksblatts" eine dreiköpfige und nach Barnabas Fink sogar eine vierköpfige Familie erhalten werden.

Während der durchschnittliche Vorarlberger Angestellte mit seinem Einkommen noch eine Kleinfamilie erhalten konnte, waren die Lebensverhältnisse von Arbeitern bedeutend drückender. Wie erwähnt, lag der Durchschnittslohn von Arbeiterinnen und Arbeitern mit wöchentlicher Lohnauszahlung bei knapp 54 Schilling, bei zweiwöchentlicher Lohnauszahlung bei knapp 39 Schilling. Damit konnte, wenn alles gut ging und das ganze Jahr gearbeitet wurde, ein Jahreseinkommen zwischen 1.900 und 2.700 Schilling erzielt werden - gerade ausreichend für zwei bis drei Personen, kaum jedoch für eine ganze Familie. Die Frauen waren daher schon allein zur Sicherung der Existenz der Familie gezwungen, Geld zu verdienen. Eine durchschnittliche Textilarbeiterfamilie konnte, wenn Mann und Frau ganzjährig arbeiteten, auf ein Jahreseinkommen von ungefähr 3.700 Schilling kommen. Das war etwa gleich viel, wie ein durchschnittlicher Angestellter verdiente, und wurde für eine Arbeiterfamilie wohl als ausreichend empfunden.

Eine Arbeiterfamilie benötigte also normalerweise dringend den Verdienst von Mann und Frau. Es muß aber bedacht werden, daß diese Familie lediglich einen statistischen Durchschnittswert repräsentiert. Die Wirklichkeit war für eine Hälfte der Vorarlberger Arbeiterfamilien, nämlich für die mit niedrigeren als den durchschnittlichen Einkommen, um vieles trister. Die Hälfte der Vorarlberger Arbeiter verdiente weniger als 6 Schilling pro Tag und damit weniger als 1.800 Schilling im Jahr, mehr als ein Drittel der Frauen sogar weniger als 3 Schilling, also weniger als 900 im Jahr. Ein sehr großer Teil der Arbeiterfamilien, wohl über ein Drittel, verdiente - wenn Mann und Frau das ganze Jahr Arbeit hatten - weniger als 2.700 Schilling im Jahr. Wenn man bedenkt, daß Barnabas Fink den jährlichen Nahrungsmittelaufwand pro Kopf mit 525 Schilling angab, dann steht fest, daß fünfköpfige Arbeiterfamilien mit 2.700 Schilling im Jahr angesichts der Ausgaben für Wohnung und Kleidung gerade nicht hungerten. Solche Familien konnten sich nur noch bei den Nahrungsmitteln einschränken, als im Zuge der Wirtschaftskrise die Unternehmen massenhaft Arbeiter auf die Straße setzten und zudem die Löhne kürzten. Während die Ausgaben für Lebensmittel pro Konsum-

vereinsmitglied und Jahr von 720,31 Schilling 1927 auf 833,19 Schilling bis 1929 gestiegen waren, brachte die Krise einen massiven Kaufkraft einbruch: 1933 lag der Wert gerade noch bei 607 Schilling (13). Das bedeutete, auf die Familie umgelegt, qualitative Unterernährung, oft auch Hunger.

Damit bestand für viele eine Situation, wie sie bereits nach dem Zusammenbruch der Monarchie infolge von Lebensmittelknappheit und Inflation geherrscht hatte. Damals waren von der Inflation Lohn- und Gehaltsempfänger sowie Inhaber von Sparguthaben und Wertpapieren betroffen. Der verlorene Krieg mußte bezahlt werden, 1913 waren in den Vorarlberger Banken pro Kopf der Bevölkerung 272 Goldkronen als Sparguthaben angelegt, 1920 nur noch sieben (14).

Die Indexentwicklung bei Löhnen und Gehältern zeigt, daß jene besonders verloren, die vorher verhältnismäßig wohlbestallt gewesen waren, während traditionell Schlechtbezahlte - zum Beispiel Textilarbeiter - nicht noch weiter gedrückt werden konnten.

Zwischen 1914 und August 1922 stiegen die Lebenshaltungskosten um das 7.173fache, während die Löhne nur um das 4.206fache angehoben wurden. Doch das sind nur Durchschnitte. Ein niedriger Beamter verdiente im Dezember 1920 das 6.150fache von 1914, ein höherer Beamter nur das 2.460fache, ein Textilarbeiter das 8.870fache, ein Schneidergehilfe das 11.600fache. Butter und Käse kosteten dann allerdings das 20.000fache und Milch das 16.670fache, ein Hemd gar das 28.000fache.

Angesichts der katastrophalen Entwicklung der ökonomischen Situation der öffentlich Bediensteten in den ersten Jahren der demokratischen Republik ist es nicht verwunderlich, daß der neue Staat von seinen Dienern nicht geliebt wurde. Auch ihr Verhältnis zur Arbeiterschaft wurde nicht gelöst, wenn Arbeiter zumindest kurzfristig mehr verdienten als schlecht bezahlte Beamte. Wenn man Fritz Preiß glauben darf, der darüber 1920 im Landtag sprach, verdiente damals ein Volksschullehrer mit acht Dienstjahren weniger als "der schlechtest bezahlte städtische Arbeiter" (15).

Als dann die Inflation im Herbst 1922 eingebremst war und die Stabilisierung mit der Einführung der Schillingwährung zum 20. Dezember 1924 vollendet wurde - 10.000 Kronen waren 1 Schilling -, hatten nicht nur die kleinen Leute mit ihrem Ersparnis den Krieg bezahlt. Auch zum Teil jahrhundertalte Stiftungen und Stipendienfonds, die maßgeblich zur öffentlichen Wohlfahrt beigetragen hatten, waren verloren, von der Inflation ver-

nichtet. Profitiert hatten die großen Schuldner, vor allem der Staat, der keine Kriegsanleihe zurückzahlen brauchte, und viele kleine Schuldner, darunter die Bauern (16).

ZUR SOZIALEN SITUATION: GESUNDHEIT, ERNÄHRUNG, WOHNVERHÄLTNISSE UND BILDUNGSMÖGLICHKEITEN

Die Gesundheit des Menschen – definiert als Freisein von Krankheit und seelisch-körperliches Wohlbefinden – hängt eng mit den äußeren Bedingungen seiner Existenz zusammen. Bei der Tuberkulose zum Beispiel sind Mangel- und Fehlernährung, Wohnungs- und Arbeitsplatzsituation wichtige Faktoren. Wenn auch die Tuberkulosesterblichkeit während der Ersten Republik in Vorarlberg eher rückläufig war, so hatte das Land im Vergleich zu den anderen Bundesländern 1923 mit 16,6 Prozent TBC-Todesfällen die höchste Tuberkulose-Sterblichkeit nach Wien (17). Die Kindersterblichkeitsrate hingegen lag in Vorarlberg mit 9,8 Prozent 1923 und 6,2 Prozent 1931 deutlich unter dem österreichischen Durchschnitt (18). Die Lebenserwartung der Vorarlberger erhöhte sich zwischen 1912 und 1931 wesentlich: 1931 wurden etwas mehr als 37 Prozent der Vorarlberger über 70 Jahre alt, 1912 waren es weniger als 24 Prozent gewesen (19).

Zentren der medizinischen Versorgung waren nach dem Österreichischen Amtskalender von 1930 fünf allgemeine Krankenhäuser – in den vier Städten und in Hohenems – sowie die Tuberkulosenheilstätte Gaisbühel, die Landesirrenanstalt Valduna und das Sanatorium Mehrerau in Bregenz. 106 Ärzte praktizierten in 35 Orten; einige davon waren allerdings nur an Krankenhäusern tätig oder als Spezialisten nicht allgemein zugänglich. Durchschnittlich dürfte ein praktischer Arzt weit über 2.000 Menschen zu betreuen gehabt haben (20).

Auf die Schwierigkeiten bei der Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln in der unmittelbaren Nachkriegszeit wurde bereits verwiesen. An dieser Stelle muß nochmals betont werden, daß Arbeitslosigkeit oder Krankheit auch nur eines Elternteiles bei den geringen Löhnen zwangsläufig zu gravierenden Einschränkungen der Ernährung führen mußte.

Ein ganz besonderes Problem war der schwere Wohnraummangel. Berichte in den Tageszeitungen zeichnen das Bild einer für ärmere

Bevölkerungsschichten drückenden Situation. 1929 etwa waren in Bregenz 239 Wohnungssuchende gemeldet; 68 Familien stand nur jeweils eine Einzimmerwohnung zur Verfügung; 31 Familien mit mehr als vier Familienmitgliedern waren gezwungen, in einer Zweizimmerwohnung zu leben (21).

Vorarlberg war damals, stärker noch als heute, das Land des Einfamilienhauses: 60 Prozent der Vorarlberger lebten 1923 im eigenen Heim (22). Das bedeutete eine soziale Scheidung in vorwiegend "eingessene" Eigenheimbesitzer und zugewanderte Mieter. Der öffentliche Wohnbau lag im argen. Die bürgerlichen Parteien taten nichts für den sozialen Wohnbau, hätten doch davon hauptsächlich Parteigänger der Sozialdemokraten profitiert. Die Sozialdemokratie engagierte sich in der Wohnbaufrage stark, konnte aber fast nichts erreichen, da die Bürgerlichen jede Initiative abblockten. Die sozialdemokratische Fraktion im Bregenzer Rathaus etwa forderte Anfang 1925 den Bau von 100 Wohnungen durch die Stadt. Die bürgerliche Mehrheit beschloß, 20 Wohnungen zu bauen, die dann nicht errichtet wurden, da sich der Verein der Hausbesitzer dagegen zur Wehr setzte. 1927 errichtete die Stadt Bregenz sechs provisorische Wohnungen in Baracken. Wieder wurde von den Sozialdemokraten ein ordentlicher Wohnbau gefordert. 1927 wurden durch die Stadt erstmals für 300.000 Schilling Kleinwohnungen gebaut. Zwei Jahre später erstellte man gegen den Widerstand der Sozialdemokraten nochmals zehn Barackenwohnungen. Im selben Jahr wurde ein großes Wohnbauprogramm beschlossen, das durch die Bundeswohnbauförderung unterstützt wurde. Die Arbeiten im Wert von 866.000 Schillingen wurden im Juli 1930 vergeben. Ab 1931 hatte die Stadt kein Geld mehr: Der städtische Wohnungsbau, soeben erst bemerkbar geworden, erstarb wieder. Die Wirtschaftskrise hemmte aber auch den privaten Wohnbau und führte 1933 zu einem Tiefstand der Beschäftigung im Baugewerbe. Erst 1934 ergriff die Stadt Bregenz wieder Wohnbauinitiativen (23).

Die Situation der vielen unter den schlimmen Wohnungsverhältnissen leidenden Vorarlberger hätte nur durch großzügigen sozialen Wohnbau verbessert werden können. Doch die von Bund und Land betriebene restriktive Budgetpolitik sah für öffentlichen Wohnbau fast keine Mittel vor - auch die vorhandenen geringen Beträge wurden in Vorarlberg nicht ausgenützt. Der 1928 vom Land geschaffene Wohnbaufonds war mit bescheidenen 300.000 Schilling ausgestattet. Er konnte günstige Kredite gewähren, die allerdings hauptsächlich für den Bau von Ein- und Zweifamilienhäusern benutzt wurden. Die 300.000 Schilling waren äußerst we-

nig, wenn man bedenkt, daß eine Vierzimmerwohnung 1928 fast 20.000 Schilling kostete (24)!

Aber auch Bundesmittel wurden nicht ausgeschöpft. Vorarlberg mit 2,1 Prozent der österreichischen Bevölkerung beanspruchte nur 1,5 Prozent der Bundeswohnbauauförderung. Bis Ende 1930 war aus Vorarlberg nur um 7,3 Millionen Schilling zur Förderung von 305 Wohnungen angesucht worden – das war mit Abstand der geringste Betrag für die wenigsten Wohnungen. Aus Tirol wurde im gleichen Zeitraum um 50,2 Millionen für 2.128 Wohnungen angesucht. Insgesamt wurden von den 7,3 beantragten Millionen nur 2,4 bewilligt – 100 Wohnungen wurden so gefördert, in Tirol waren es immerhin 530.

Obwohl viele Firmen Betriebswohnungen zur Verfügung stellten – 1923 waren es laut Gewerbeinspektorat 94 Firmen – reichte das keineswegs aus (25). Betriebswohnungen sind wie auch Kredite, die das Unternehmen den Arbeitern gewährt, einerseits Hilfe und andererseits Belastung: Hilfe, weil sie meist zu relativ günstigen Bedingungen gewährt werden; Belastung, weil sie eine Bindung an das Unternehmen bedeuten, die die Position des Arbeiters bei innerbetrieblichen Konflikten stark beeinträchtigt. Denn bei einer eventuellen Kündigung des Arbeitsverhältnisses muß meist die Wohnung sofort verlassen und der Kredit zurückbezahlt werden.

Die Wohnungsnot wurde während der ganzen Ersten Republik nicht behoben. Am 14. Jänner 1928 faßte die "Vorarlberger Wacht" zusammen:

"Bald erwiesen sich die Armenhäuser der Industriegemeinden als zu klein, um die Wohnungslosen aufzunehmen. Dornbirn und Lustenau schritten zu Erstellung von Wohnbaracken für die Obdachlosen, und die Landeshauptstadt selbst ist auf dem Wege, ebenfalls eine solche Wohnbaracke für die Ärmsten der Armen, für jene, denen es an einem Obdach fehlt, zu erstellen. Darüber hinaus ist im Lande wenig geschehen: wohl haben Dornbirn, Bludenz und Feldkirch einige Wohnbauten erstellt, aber die Form, in der dies geschah, hatte keine Verringerung der Wohnungsnot zur Folge. ... Die Wohnungsnot wurde größer und größer, sie ist heute längst keine Angelegenheit mehr der Städte und großen Industriegemeinden, sondern längst eine Angelegenheit des ganzen Landes geworden. Das vollkommene Versagen der Gemeinden und des Landes auf dem Gebiete der Wohnbauaufsorge hat naturgemäß zu einem schrecklichen Zustand auf dem Wohnungsmarkt geführt, zu einem Zustand, daß manche Hausbesitzer vermeinen, sich alles gegen die Mieter erlauben zu können."

Die starke - marktbedingte - Position der Vermieter belegt ein Mietvertrag aus dem Jahre 1920, über den die "Vorarlberger Wacht" am 15. Mai unter dem Titel "Lochau (Ein kurioser Mietvertrag)" berichtete. Die Mietpartei mußte demnach sich verpflichten, "die Wohnung, Treppe, Lichter, Fenster und Gänge stets rein zu halten und abzustauben und die übrigen Besuche und Klatschereien im Hause strengstens zu unterlassen. Auch dürfen keine Hunde gehalten werden. ... Die Gänge sind jeden Tag zu kehren, nach Bedarf, Vermieter hat jederzeit das Recht, die Wohnung zu betreten." Ein Vertrag dieser Art war sicher nicht die Regel, wie die Veröffentlichung in der "Wacht" beweisen mag, aber er zeigt, was sich Vermieter leisten konnten.

Die Höhe des Mietzinses war grundsätzlich davon abhängig, ob er durch den Markt oder durch Mieterschutzbestimmungen geregelt wurde. 1931 standen jene Wohnungen unter Mieterschutz, die am 31. Juli 1925 vermietet waren und deren Baubewilligung vor dem 27. Jänner 1917 erteilt worden war. Für eine unter Mieterschutz stehende Vierzimmerwohnung wurden 1929 250 Schilling pro Jahr bezahlt. Das entsprach ungefähr dem Monatslohn eines Arbeiters. Der Mietzins in alten Häusern, die nicht unter Mieterschutz standen, betrug durchschnittlich 1.250 Schilling pro Jahr für eine Vierzimmerwohnung, in einem Neubau kostete dieselbe Wohnung 1.725 Schilling (26).

Der Mieterschutz und die dadurch gewährleisteten geringen Mietzinse ermöglichten erst die niederen Löhne, die allgemein bezahlt wurden. Durch den Mieterschutz aber gab es zwei Klassen von Wohnungsmietern: Da die Zuweisung einer billigen Mieterschutzwohnung nicht an soziale Indikatoren wie das Familieneinkommen gebunden war und Mieterschutzwohnungen nicht in beliebiger Zahl zur Verfügung standen, zahlten Familien bei demselben Einkommen drei- bis viermal mehr als andere. Der Christlichsoziale Barnabas Fink schrieb dazu:

"Viele Besitzer von Mietshäusern erleiden infolge der gewalt-samen Niederhaltung der Mietzinse einen empfindlichen Ausfall ihrer Einnahmen. Noch größere Ungleichheiten und Unbilligkeiten werden aber für die Mieter geschaffen, und zwar dadurch, daß von den Angestellten und Arbeitenden der eine sehr wenig für die Wohnung zahlen muß und der andere sehr viel. Das Bedenklichste dabei ist, daß solche Fälle am häufigsten bei jenen vorkommen, die das kleinste Einkommen haben, da diese gewöhnlich häufiger umziehen müssen und am Wohnort nur selten eine unter Mieterschutz stehende Wohnung finden."

Wenn Fink auch beizupflichten ist, daß der Mieterschutz Probleme schaffte, muß doch darauf verwiesen werden, daß von bürgerlicher Seite zu jener Zeit massiv um die Abschaffung des Mieterschutzes gerungen wurde (27).

Die Mietzinsbindung durch den Mieterschutz diente schon 1922 Landeshauptmann Ender und den bürgerlichen Parteien als Vorwand für die Weigerung, durch sozialen Wohnbau die Wohnungsnot zu lindern (28). Dabei hätte gerade der nicht profitorientierte öffentliche Wohnbau Abhilfe schaffen können. Mieterschutzwohnungen waren für Privatanleger nicht rentabel: Eine 4-Zimmer-Wohnung amortisierte sich bei Baukosten von 19.000 Schilling (29) und einer Jahresmiete von 1.250 Schilling in rund 16 Jahren, bei einer Miete von 1.725 Schilling in etwa 12 Jahren. Eine Mieterschutzwohnung hingegen hätte sich erst in 76 Jahren rentiert, was aber nichts zu sagen hat, da Neubauten vom Mieterschutz ausgenommen waren. Für Neubau-Mietwohnungen gab es einen Markt, der eindeutig von den Anbietern beherrscht wurde und wo die Preise so hoch waren, daß sie zwischen sieben und neun Prozent Rendite gewährleisteten. Trotzdem - oder deshalb - schuf der Markt nicht die Wohnungen, die zur Befriedigung der Bedürfnisse vonnöten waren.

Der Wohnbau wurde als dringliches Problem zum Politikum. Der Sozialdemokrat Anton Linder forderte Anfang 1922 einen Beitrag des Landes zur Behebung der Wohnungsnot in der Höhe von drei Prozent des gesamten vorgesehenen Ausgaberahmens des Landesvoranschlages (30). Landeshauptmann Ender antwortete liberal-marktwirtschaftlich: Das geltende Mietrecht sei mit seinen Mieterschutzbestimmungen für die Wohnungsnot verantwortlich; wären der Wohnungsmarkt und damit die Höhe der Mieten dem freien Spiel von Angebot und Nachfrage unterworfen, dann gäbe es genügend Wohnungen. Als Linder genossenschaftlichen Wohnbau und die Möglichkeit der Errichtung gemeindeeigener Wohnungen nach Wiener Vorbild erwähnte, sahen die Christlichsozialen das Gespenst des Bolschewismus nahen (31).

Die Auseinandersetzungen um das Mietrecht führten stellvertretend der Verband der Hausbesitzer und die Mieterschutzorganisationen. Sie wurden hauptsächlich im "Vorarlberger Volksblatt" und besonders heftig im Juli 1921 ausgetragen. Es beschwerten sich im Juli 1921 die Hausbesitzer über die geringen Mieten auf der ersten Seite; auf der nächsten Seite wurde die Partei der Mieter ergriffen, die neu entstandenen Mieterschutzvereine wurden mit der miserablen materiellen Situation der Arbeiter begründet und

verteidigt. Wenige Tage später, am 15. Juli, brachte das "Volksblatt" wieder auf der ersten Seite einen zweiseitigen Artikel, der sich für kräftige Mietererhöhungen einsetzte: "Wohin führt das, wenn eine wohlbezahlte Gruppe eines Volkes (die Mieter!; Anm. d. Verf.) eine mit der Existenz schwer kämpfende Klasse (die Hausbesitzer!; Anm. d. Verf.) mit Gewalt enteignet und ihre Existenz mit Absicht (?) unmöglich gemacht wird. Zu russischen Zuständen, das verhüte Gott." Das Fragezeichen setzte wohl der verantwortliche Redakteur des "Volksblattes". Als die Hausbesitzer die Diskussion weiterhin derart radikal führten, distanzierte sich das "Volksblatt" deutlich; Die Radikalität der Hausbesitzer komme dem politischen Selbstmord des Bürgertums gleich und treibe die Wähler der Sozialdemokratie in die Arme (32).

Wenn auch von den miserabel verdienenden Arbeitern keine höheren Mieten abzupressen waren, hatten die Hausbesitzer doch objektiv Grund zur Klage. Die Wohnungsmieten waren – verglichen mit der Zeit vor dem Weltkrieg – sehr niedrig, 1924 etwa betrugten sie gerade 7 Prozent des Wertes von 1914 und 1930 25 Prozent (33). Die gesamtwirtschaftliche Lage während der Ersten Republik und besonders die sehr niederen Löhne der Arbeiter wirkten sich in relativ niederen Mieten aus; die wiederum machten das hausbesitzende Bürgertum unzufrieden.

Ungefähr 60 Prozent der Vorarlberger dürften in der Auseinandersetzung um den öffentlichen Wohnbau und die Höhe der Mieten doch eher auf der Seite der Hausbesitzer gestanden sein – nämlich diejenigen, die im eigenen Haus wohnten. Vorarlberg war, abgesehen vom Burgenland, das Bundesland mit den meisten Einfamilienhäusern (34). Das Einfamilienhaus war – und ist – nicht nur Wohnform, sondern Teil des Weltbildes, Ideologie. In der Ersten Republik trat zwar kurzfristig der sozialreformerische Flügel der Sozialdemokratie mit der "Gartenstadtidee" für Einfamilienhäuser mit Garten ein, um den Arbeitern eine sinnvolle Nutzung der durch die Einführung des Achtstundentages vermehrten Freizeit zu ermöglichen. Vor allem die Wiener Sozialdemokraten mußten jedoch bald erkennen, daß durch den Bau von Gartensiedlungen unter den gegebenen geschichtlichen Bedingungen der Wohnungsbedarf nicht gedeckt werden konnte. Sie engagierten sich in der Folge für große Gemeindebauten (35).

Die Konservativen erkannten klar, daß Besitz zur Entproletarisierung von Arbeitern führen kann, und förderten folgerichtig den Bau von Einfamilienhäusern in zwei großangelegten bundesweiten Aktionen zwischen 1932 und 1936 mit über 25 Millionen Schilling. Wenn auch diese Aktionen die Wohnungsnot nicht beseitigten,

verdanken wir ihnen doch einige bemerkenswerte Stadtrandsiedlungen - zum Beispiel in Bregenz Kassian-Haid-Gasse, Kehlerstraße und Prälatendamm. Die Häuser kosteten im Grundausbau 6.000 Schilling. Davon waren 4.500 Schilling begünstigtes Bundesdarlehen, 500 Schilling mußte der Siedler bar bezahlen und für 1.000 Schilling Arbeit beim Hausbau leisten. Die Häuser wurden erst nach der Fertigstellung zugelost, sodaß keiner während des Baus wußte, welches das seine würde. Die über 1.000 qm großen Parzellen ließen großzügigen Gartenbau zu, auch die an die Häuser angebauten kleinen Wirtschaftsgebäude verweisen darauf, daß man in Vorarlberg nur anständig leben konnte, wenn man einen Teil der Nahrungsmittel selbst produzierte (36). Sigismund Waitz, während der Ersten Republik Bischof von Innsbruck-Feldkirch und ab 1935 Fürsterzbischof von Salzburg, formulierte treffend, warum die Konservativen den Eigenheimbau begünstigten: "Eine seßhafte Bevölkerung ist eine rührige Bevölkerung; diese will keinen Umsturz, weil sie dabei nur verlieren kann" (37).

Die soziale Lage der Familien war hauptsächlich determiniert durch das Familieneinkommen. Die soziale Lage wiederum bestimmte Bildung und Ausbildung der Kinder. Bildung und Ausbildung wiederum bestimmten den sozialen Status der Kinder. Von Chancengleichheit konnte in der Ersten Republik in Vorarlberg keine Rede sein. Das bekamen schon die Kinder zu spüren. Das Volksschulwesen war miserabel entwickelt. In Vorarlberg gab es mit über 50 Prozent einklassigen Volksschulen - hier wurden alle acht Jahrgänge in einem Raum unterrichtet - weit mehr Schulen dieses Typs als im österreichischen Durchschnitt. Im Schuljahr 1925/26 wurden 3.500 von 15.000 Kindern einklassig unterrichtet. Sogar das christlichsoziale "Volksblatt" rügte am 4. Juni 1926, es gäbe in den meisten Schulen wenig und schlechte Lehrmittel, keine Turnsäle oder Spielplätze.

Während das öffentliche Schulwesen vernachlässigt wurde, gediehen Privatschulen. So gab es 1935 um zwei Prozent weniger Pflichtschullehrer an öffentlichen Schulen als 1924, obwohl die Zahl der Schulpflichtigen um 6.000 gestiegen war; an den privaten Volks- und Hauptschulen - vor allem kirchlichen - hingegen nahm die Zahl der Lehrer im gleichen Zeitraum um 31 Prozent zu. Nur sehr wenige Kinder besuchten eine andere Schule als die Volksschule. 1924 gingen 6 Prozent der Pflichtschüler in die Hauptschule, 1935 10 Prozent; es waren vorwiegend Mädchen, wohl kleinbürgerlicher oder bürgerlicher Herkunft. Der Anteil der Gymnasiasten lag dauernd unter 5 Prozent. Die Gymnasien dienten

vor allem der Bildung der Kinder der Gebildeten und der Wohlhabenden. Zwei international renommierte Ordensgymnasien in Feldkirch und Bregenz besorgten die Erziehung einer katholischen Elite. Während an den Bundesgymnasien auf 21 Schüler ein Lehrer kam, stand in den Ordensgymnasien je 7 Schülern ein Lehrer zur Verfügung. Im berufsbildenden Schulwesen manifestierte sich die Vorarlberger Wirtschaftsstruktur. Die Vorarlberger Industrie benötigte relativ wenig Techniker und produzierte hauptsächlich mit Hilfsarbeitern und Büroangestellten. Die benötigten Büroangestellten wurden in fünf Handelsschulen ausgebildet, die Techniker an der Bregenzer "Bundeslehranstalt für das Baufach und für Elektrotechnik", an der auch Maschinenbau unterrichtet wurde. Eine Handelsakademie konnte sich nicht halten. Dafür gab es in Dornbirn eine Fachschule zur Ausbildung von Textilfachkräften. In der außerschulischen Bildungsarbeit engagierten sich vor allem Arbeiterkammer und Gewerbeförderungsinstitut. Am Gewerbeförderungsinstitut wurden Meisterprüfungen abgehalten - Lehrlinge durften nur von Meistern ausgebildet werden -, und die Arbeiterkammer führte Kurse mit dem Ziel der "Hebung des allgemeinen Bildungsniveaus" durch. Anfänglich wurden dort vor allem elementare Kenntnisse vermittelt: Rechnen, Rechtschreiben, Lesen, Stenographie, Heimat- und Österreichkunde. Bald wurden aber auch Kurse über die österreichische Verfassung, über Arbeits- und Sozialrecht und die Stellung der Betriebsräte ins Programm aufgenommen. Vorarlberger Arbeiter mußten wohl auch deshalb als Erwachsene noch Lesen und Schreiben lernen, weil sie während ihrer Schulzeit länger zu arbeiten hatten als sie lernen durften: 14 Prozent der Vorarlberger Schüler wurde 1932 von der Behörde eine sogenannte "Schulbesucherleichterung" zugestanden, das heißt, sie waren zeitweise vom Unterricht befreit. Auf die Kinderarbeit werden wir an anderer Stelle zurückkommen (38).

ARBEITSRECHT UND UNTERNEHMERMACHT

Mit der Gründung der Ersten Republik waren für kurze Zeit die Sozialdemokraten in der österreichischen Politik bestimmend geworden. Bis zu ihrem Ausscheiden aus der Staatsregierung im Oktober 1920 wurde ein beispielhaftes Arbeits- und Sozialrechtswerk geschaffen (39).

Am 19. Dezember 1918 wurden die Gesetze über den Achtstundentag, über die Mindestlohnkommissionen für die Heimarbeit und über den Kinderschutz verabschiedet und in Kraft gesetzt. Im Jahre 1919 folgten am 25. Jänner das Gesetz betreffend die Aufhebung der Arbeitsbücher, am 3. April das Gesetz zur Regelung der Arbeit in den Bäckereibetrieben, am 14. Mai das Verbot der Nacharbeit für Frauen und Jugendliche, Ebenfalls am 14. Mai 1919 wurde das Gesetz betreffend die Einrichtung von Betriebsräten verabschiedet. Vom 15. Mai datieren die Gesetze über Mindestruhe und Ladenschluß. Das Bergarbeitergesetz und das Arbeiterurlaubsgesetz, das einen nach der Dauer der Betriebszugehörigkeit gestaffelten Urlaub von ein bis zwei Wochen vorsah, wurden am 30. Juli verabschiedet. Jugendliche unter 16 Jahren zum Beispiel hatten nun nach einjähriger Betriebszugehörigkeit Anspruch auf zwei Wochen Urlaub im Jahr. Arbeitern wurden eine Woche Urlaub nach einem Jahr und zwei Wochen nach fünf Jahren zugestanden. Für Angestellte, die zum Teil bereits nach dem Gesetz vom 16. Jänner 1910 Urlaub hatten, wurden die Bestimmungen durch das Angestelltengesetz vom 11. Mai 1921 neu geregelt. Es gewährte, nach Dienstjahren gestaffelt, zwei bis fünf Wochen Urlaub. Am 17. Dezember 1919 wurde das Erneuerungsgesetz über den achtstündigen Arbeitstag beschlossen, das weitreichende Ausnahmegenehmigungen vorsah, den Geltungsbereich insgesamt aber erweiterte.

Das Gesetz vom 18. Dezember 1919 über die Errichtung von Einigungsämtern und über die kollektiven Arbeitsverträge beseitigte einen rechtlichen Mangel. Die übliche Praxis des Abschlusses von Kollektivverträgen zwischen Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen, die dann Bestandteil der Einzeldienstverträge wurden, war gesetzlich nicht geregelt gewesen. Am 26. Februar 1920 folgte das Gesetz über die Errichtung von Kammern für Arbeiter und Angestellte. Am selben Tag wurde auch das Hausgehilfengesetz verabschiedet.

Das Gesetz vom 1. Oktober 1920 regelte die Einstellung und Beschäftigung von Kriegsbeschädigten und das Gesetz vom 11. Mai 1921 den Dienstvertrag der Privatangestellten. Das Gesetz vom 14. Juli 1921 über Gewerbeinspektoren schloß ein Kapitel der Rechtsetzung ab, das für Österreich einen großen Schritt zur Verbesserung der rechtlichen Situation der Arbeitnehmer bedeutete. Um langwierige und kostspielige Prozesse in arbeitsrechtlichen Streitfällen zu vermeiden, waren 1869 bis 1896 Gewerbegerichte geschaffen worden. Nach der Neuregelung der Gewerbegerichtsgesetzgebung 1922 wurde gegen den Widerstand der Handelskammer von

den Arbeitnehmervertretern - insbesondere der Arbeiterkammer - erreicht, daß die Zuständigkeit des 1923 in Dornbirn errichteten Gerichts auf die Gerichtsbezirke Feldkirch und Bregenz ausgeweitet wurde. In den anderen Bezirken, vor allem in Bludenz, waren weiterhin die Bezirksgerichte zuständig. Dadurch wurde es Arbeitnehmern erschwert, zu ihrem Recht zu kommen, da sie nicht über den notwendigen finanziellen Rückhalt verfügten, den langwierige Rechtsstreitigkeiten erforderten (40).

Der Sozialversicherung kommt für die Existenzsicherung der Arbeiter größte Bedeutung zu. Ende des 19. Jahrhunderts waren die Gesetze über die Kranken- und Unfallversicherung der Arbeiter beschlossen worden, die ärztliche Hilfe und Krankenhauspflege sowie Krankengeld für längstens 20 Wochen vorsahen. Bis 1926 würden die bestehenden Gesetze oftmals novelliert und den veränderten Verhältnissen - vor allem der Inflation - angepaßt. 1920 wurde die Krankenversicherung für Bundesangestellte neu eingeführt, die zwar kein Krankengeld, aber verbesserte Krankenpflege und freie Arztwahl vorsah. Am 29. Dezember 1926 kam das neue Angestelltenversicherungsgesetz zustande, das eine besondere Kranken-, und Unfall-, Invaliden-, Alters- und Hinterbliebenenversicherung schuf und so die Privatangestellten den öffentlich Angestellten rechtlich gleichstellte. Der Mangel eines ähnlichen Gesetzeswerkes für Arbeiter wurde als besonders hart empfunden. Es bildete eine der Hauptforderungen der sozialdemokratischen Opposition (41).

Das Arbeiterversicherungsgesetz verabschiedete das Parlament am 1. April 1927, es sollte aber erst in Kraft treten, wenn die Arbeitslosenzahl in Österreich unter 100.000 gesunken und die landwirtschaftliche Erzeugung und der Export gestiegen wären. Das Gesetz blieb in der Ersten Republik Papier, obwohl das 1930 von der Sozialdemokratie durchgeführte Volksbegehren zur Inkraftsetzung der Alters- und Invalidenversicherung großen Erfolg hatte. In Vorarlberg allein wurden 19.785 Unterschriften geleistet, trotz heftiger Gegenagitation des Heimatdienstes und der Christlichsozialen Partei. Der 3. Arbeiter- und Angestelltentag der Christlichen Gewerkschaften forderte 1928 die Inkraftsetzung der Arbeiteraltersversicherung spätestens bis 1929: Er schloß sich damit den Bedürfnissen der Arbeiterschaft und nicht den Wünschen der Parteileitung an (42). Die Forderung blieb jedoch unerfüllt. Die Rechtswirklichkeit sah anders aus als die Gesetzeslage. Die Arbeitgeber waren, wie in einer Informationsschrift der Vorarlberger Arbeiterkammer aus dem Jahre 1931 festgestellt wird, mit allen Mitteln bestrebt, sich den gesetzlichen Verpflichtungen zu

entziehen. So ließen sie sich von den Arbeitnehmern schriftlich bestätigen, daß einschlägige Gesetze in ihrem Betrieb keine Gültigkeit besäßen. Überstunden wurden auf diese Weise nicht bezahlt, das Arbeitszeitgesetz wurde umgangen, die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall eine Woche ausgesetzt, die Kündigungsfrist nicht eingehalten und dergleichen mehr. Anhand einiger wichtiger Bereiche wird im Folgenden die vor allem durch die reale Macht der Unternehmer bestimmte Rechtswirklichkeit geschildert (43).

Kinder- und Jugendschutz

Die Kinderarbeit wurde durch das Gesetz vom 19. Dezember 1918 (StGBI. Nr. 141) geregelt (44), das für jede entgeltliche Verwendung von Kindern - das heißt Personen vor dem vollendeten 14. Lebensjahr - zu Arbeiten jeder Art, also auch für schwere Haushaltsarbeiten und landwirtschaftliche Arbeiten, galt. Das Gesetz setzte die nächtliche Ruhezeit für Kinder mit 11 Stunden fest, in Landwirtschaft und Haushalt 9 Stunden im Sommer, 10 im Winter. Die Arbeitszeit der 12 bis 14 Jahre alten Kinder durfte nicht länger als 3 Stunden, an schulfreien Tagen nicht länger als 4 Stunden betragen. In Landwirtschaft und Haushalt waren 6 Stunden gestattet, nach dem Schulbesuch war eine Stunde freizugeben. In fabrikmäßigen Betrieben sollten Kinder vor dem vollendeten 14. Lebensjahr nicht regelmäßig arbeiten. 12 bis 14 Jahre alte Hilfsarbeiter konnten nur unter folgenden Bedingungen eingestellt werden: 1. die Arbeit durfte der Gesundheit nicht schaden, 2. die körperliche Entwicklung nicht behindern, 3. der Erfüllung der gesetzlichen Schulpflicht nicht im Wege stehen, 4. ihre Dauer durfte 8 Stunden täglich nicht überschreiten und 5. nicht in die Nacht - 8 Uhr abends bis 5 Uhr morgens - fallen. Das Verbot der Nachtarbeit galt auch für Jugendliche bis zum 16. Lebensjahr. Das Gesetz vom 14. Mai 1919 verbot die Nachtarbeit von Jugendlichen bis zum 18. Lebensjahr, ließ allerdings begründete Ausnahmen für maximal 24 Tage im Kalenderjahr zu. Diese Bestimmungen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen wurden dann nicht nur in Gewerbe und Industrie gebrochen, sondern auch in der Landwirtschaft. Gisela Thurnher, Assistentin der Gewerbe-Inspektion Bregenz, verfaßte für den Bericht der Gewerbeinspektoren 1923 einen Sonderbericht über "Die Heim- und Kinderarbeit in Vorarlberg". Sie schrieb:

"Die Durchführung des Kinderarbeitsgesetzes stößt in Vorarlberg immer noch auf Schwierigkeiten. Wie schon in früheren

Berichten erwähnt wurde, zeigen sich die Schulen dem Kinderarbeitsgesetze gegenüber vielfach teilnahmslos, fassen ihre durch das Gesetz vorgeschriebene Mitwirkung an der Durchführung desselben als unangenehmen Spitzeldienst auf, oder haben von der Kinderarbeit, beziehungsweise der Anzeigepflicht derselben ganz falsche Ansichten. Dasselbe gilt teilweise auch von den Aufsichtsstellen und Gemeinden. Eine Gemeinde stellte Kinderarbeitskarten für verbotene Beschäftigungen (Schiffflüßlen in der Stickerei; Anm. d. Verf.) aus...

Trotz Betreibung wurden nur von 27 Schulen Verzeichnisse der zu industrieller und in der Heimarbeit verwendeten Kinder, von allen übrigen nur Fehlanzeigen vorgelegt. Besondere Anzeigen über gesetzeswidrige Kinderarbeit wurden überhaupt nicht erstattet. In den Verzeichnissen waren 126 Kinder ausgewiesen, die mit industrieller Arbeit oder im Haushalt beschäftigt wurden. Die meisten industriell beschäftigten Kinder entfallen auf die Stickereiindustrie. ... Die Übernehmer der Heimarbeit sind in den meisten Fällen nicht die Kinder, sondern deren Angehörige. Leider werden die Kinder zur Heimarbeit oft vor dem vollendeten 12. Lebensjahre herangezogen und manchmal bis in die späten Abendstunden beschäftigt, so daß sich nach Angabe der Klassenlehrer großes Schlafbedürfnis bemerkbar macht. ... Die vorzeitige Anstellung von Kindern erfolgte meist aus Mitleid mit der Not ihrer Familie, in einigen Fällen auch mangels Erwachsener. Die Entlohnung der Kinder in Betrieben und in der Heimarbeit war mit wenigen Ausnahmen dieselbe wie für Jugendliche mit gleichartiger Arbeit.

Das Grundübel für die verbotswidrige Kinderarbeit ist die Sommer- und in noch größerem Maße die Winterschulbefreiung. Das Gewerbe-Inspektorat hat schon des öfteren beim Landesschulrat Vorstellungen erhoben, damit die Schulbefreiung eingestellt werde. Trotzdem der Landesschulrat die Zusicherung gab, dahin zu wirken, daß in Hinkunft nur mehr solche Kinder schulbefreit werden dürfen, bei denen die Gewißheit besteht, daß sie nicht in gewerblichen Betrieben, beziehungsweise zu verbotenen Arbeiten verwendet werden, wurden sowohl in kleingewerblichen, wie in fabrikmäßigen Schifflistickereien immer wieder schulbefreite Kinder vorgefunden, die als Schiffflüßler Verwendung fanden. Dem Gewerbe-Inspektorate in Bregenz wurden 24 Fälle von Bestrafungen wegen Übertretung des Kinderarbeitsgesetzes bekannt, und zwar wurden 18 Arbeitgeber mit insgesamt 845.000 K und 5 Väter von gesetzeswidrig verwendeten Kindern mit insgesamt 34.000 K bestraft."



Arbeiterkinder, aufgenommen bei einem Ausflug nach Amerlügen bei Frastanz, 1922.

Aus den Jahresberichten des Gewerbeinspektorats 1930, 1931 und 1933 geht klar hervor, daß es den Behörden nicht gelang, die Kinderarbeit zu unterbinden (45). Das Gewerbeinspektorat kam gegen Gewerbe und Industrie sowie deren politische Schirmherren nicht an. Für die Landwirtschaft war es sowieso nicht zuständig.

Die "Schwabenkinder"

Wenn von Kinderarbeit die Rede ist, dann müssen auch jene Kinder erwähnt werden, die Jahr für Jahr jeden Sommer zur landwirtschaftlichen Arbeit ins Schwabenland gebracht wurden. Nahm Otto Uhlig in seinem Buch "Die Schwabenkinder aus Tirol und Vorarlberg" noch an, die Vermarktung Vorarlberger Kinder im süddeutschen Raum habe 1914 ihr Ende gefunden, so korrigierte er sich selbst in einem 1980 erschienenen Aufsatz (46). Der Zug der Kinder nach Schwaben kann nämlich mindestens bis 1926 weiterverfolgt werden. Die Kinder – meist aus dem Bregenzerwald, ländlichen Gebieten des Rheintals, dem Montafon und dem

Klostertal - führen, begleitet von einem Priester, mit der Bahn über Lindau nach Friedrichshafen, ab 1920 nach Hergatz, wo sie auf dem Kindermarkt "verkauft" wurden und zu "ihrem" Bauern kamen. Von Ende April bis Ende Oktober arbeiteten sie vorwiegend als Hütekinder. Sie mußten aber auch andere Arbeiten verrichten, wie Melken, Ausmisten und dergleichen. Der Arbeitstag dauerte meist von fünf bis einundzwanzig Uhr. Den Lohn - es wird von 25 Mark berichtet - kassierte der Vater, die Kinder wurden zusätzlich mit Hose, Jacke, Schuhen neu eingekleidet.

Die Schwabekinderwanderung hätte eigentlich spätestens ab 1918 nicht mehr stattfinden dürfen, da die Kinder ja schulpflichtig waren. Der Vorarlberger Landesschulrat gestattete jedoch Kindern ab dem 6. Schuljahr in der sogenannten "Sommerschulbefreiung", der Schule von Ende April bis Ende Oktober oder Anfang November fernzubleiben. Der Landesschulrat handelte - wie Uhlig zutreffend feststellt - "im vollen Bewußtsein der Illegalität". 1922 wandte sich der Landesschulrat sogar an das Bundesministerium in Wien und forderte die Anpassung der gesetzlichen Bestimmungen an die "hier herrschenden wirtschaftlichen Verhältnisse" (47). Das "Volksblatt" machte am 3. März 1922 klar, was die konservativen Kreise von Kinderarbeit dachten. Es schrieb, durch die Schwabekinderwanderung werde zwar der Schulbesuch eingeschränkt, "aber ist das Gewöhnen an angestrenzte Arbeit und das Erlernen landwirtschaftlicher Arbeiten nicht auch wenigstens ein teilweiser Ersatz, der für das Leben mancher Kinder wertvoller ist, als der Schulunterricht?"

Obwohl die österreichische Bundesregierung die Sonderschulbefreiung nicht genehmigte, gingen die offiziellen Schwabekinderzüge bis 1926 weiter - von der Vorarlberger Landesregierung und dem Landesschulrat gedeckt. Am offiziellen, von "Schwabekinderwäter" Kurat Walch geleiteten Zug nahmen 1918 500 Kinder teil, 1921 noch 250. Dazu kamen recht viele Kinder, die - übrigens auch noch nach 1926 - "wild" verdungen wurden (48).

Nicht selten wurden Kinder schlecht behandelt oder betrogen. So berichtete das "Volksblatt" am 4. November 1922, die Kinder hätten größtenteils das zugesagte Entgelt nicht erhalten beziehungsweise nur 300 bis 3.000 Mark für den ganzen Sommer bekommen. Die einfache Fahrt Bregenz - Bezau kostete damals aber schon 600 Mark und Bregenz - Bludenz 830 Mark. Viele Kinder verdienten während eines langen, arbeitsreichen Sommers nicht einmal die Bahnfahrt. Einziger Lohn blieb die neue Kleidung. Das "Volksblatt" versuchte die Eltern zu trösten, die 12 bis 15 Jahre alten Kinder seien doch artiger und geordneter zurückgekommen,

als sie weggegangen seien. Die harte Arbeit und die regelmäßigen Gottesdienste hätten Besseres bewirkt als die langen Ferien.

Sonderschutz für Arbeiterinnen

Für Frauen galten besondere Schutzbestimmungen. So durften sie nicht nachts arbeiten – außer an 24 Tagen pro Jahr in besonders begründeten Fällen, was die Kontrolle nicht gerade erleichterte. Die Mutterschutzbestimmungen sahen eine sechswöchige Schutzfrist vor, auch war sichtbar Schwangeren jede Nachtarbeit verboten – die Regelarbeitszeit im Schichtbetrieb durfte allerdings bis 10 Uhr abends dauern (49). Doch nicht einmal diese Schutzbestimmungen wurden eingehalten. Die Krankenkassenstatistik zeigt deutlich, daß die Frauen die ihnen zustehenden Karenztage nicht in Anspruch nahmen beziehungsweise nehmen konnten. Schon 1927, also zu einer Zeit relativ guter Konjunktur und niederer Arbeitslosigkeit, mußten "die Wöchnerinnen vor Ablauf der im Gesetz vorgesehenen Schonfrist wieder zur Arbeit zurückkehren", wie die Arbeiterkammer zusammenfaßte. Wie groß war der Druck auf die Frauen dann erst zu Zeiten extrem hoher Arbeitslosigkeit (50)?

Besonders schlecht gestellt waren die heimarbeitenden Stickerinnen, deren Zahl die "Vorarlberger Wacht" vom 15. Juni 1929 auf 2.000 allein im Montafon und im Großen Walsertal schätzte. Diese Frauen mußten nicht nur von ihrem kargen Einkommen von 1,4 bis 1,8 Schilling im Tag auch noch ihre Maschine abbezahlen, die ungefähr 600 Schilling kostete, sondern sie waren praktisch schutzlos der Willkür der Fergger – der Mittelsmänner zwischen Auftraggeber und Heimgewerbetreibenden – ausgeliefert. Das Gesetz vom 19. Dezember 1918, das die Arbeits- und Lohnverhältnisse der Heimarbeiter zu regeln versuchte, war in der Stickereiheimarbeit Vorarlbergs "so gut wie unbekannt geblieben", wie im Handwörterbuch der Staatswissenschaften aus dem Jahre 1923 nachzulesen ist. Im Bregenzerwald konnte auch keine Stickerin für den Posten der Obfrau der Kettenstichstickerinnen-Organisation gefunden werden, weil eine Heimarbeiterin von den Ferggern keine Arbeit bekam, wenn sie sich hier engagierte (51).

Gesetz über den achtstündigen Arbeitstag - Wunschvorstellung Achtstundentag

Am 17. Dezember 1919 wurde die zweite Fassung des Gesetzes über den achtstündigen Arbeitstag (StGBI. Nr. 581) vom Parlament beschlossen (52). Die erste, weit strengere Fassung kann unberücksichtigt bleiben, da es Industrie und Gewerbe erfolgreich gelungen war, sie zu hintertreiben. Die windelweiche Haltung der Christlichsozialen wird schon in der ersten Stellungnahme im "Vorarlberger Volksblatt" vom 25. Dezember 1918 deutlich. Dort erklärte man sich zwar grundsätzlich für den Achtstundentag, lehnte aber den geplanten Einführungszeitpunkt der 48-Stundenwoche ab und wollte auch das Kleingewerbe davon ausgenommen sehen. 1923 sprach sich dann der Vorarlberger Landesgewerbebetag gegen die "schematische Ausdehnung des Achtstundentages auf Fabriken und Kleingewerbe" aus (53).

Aber im Gesetz des Jahres 1919 waren an sich schon sehr großzügig Ausnahmen festgelegt. Zwölf Stunden am Tag hatten zu arbeiten: Torhüter, Beschäftigte in der Papier-, Zellulose-, Pappen- und Holzstoffindustrie, der Ziegel- und Keramikindustrie und in Brennereien. Im Baugewerbe konnte durch Kollektivvertrag in der Bausaison eine Arbeitszeit von 58 Stunden wöchentlich vereinbart werden. In den Metzgereien wurde 60 Stunden, im Gastgewerbe 60 Stunden und 10 verpflichtende Überstunden, im Kleinhandel 54 Stunden und 6 Überstunden gearbeitet. Im Handelsgewerbe konnte die für Frauen geltende 44-Stundenwoche durch Kollektivvertrag auf 48 Stunden erhöht werden. Allgemein wurde bestimmt: "1. die Arbeitszeit wird verlängert (bloße Anmeldung bei der politischen Behörde 1. Instanz), wenn eine nicht vorherzusehende Betriebsunterbrechung dies zur Behebung der Betriebsstörung erheischt (§ 3); 2. zur Befriedigung eines erhöhten Arbeitsbedürfnisses bis zu höchstens 10 Stunden täglich, jedoch höchstens an 30 Tagen innerhalb eines Kalenderjahres; 3. bei den dem Einflusse der Jahreszeiten unterworfenen Saisonindustrien bis 60 Tage im Kalenderjahr (§ 4)."

Von den Vorschriften über die Arbeitszeit waren auch Tätigkeiten zur Vorbereitung des eigentlichen Arbeitsprozesses ausgenommen, sofern diese Arbeiten nicht von Jugendlichen bis zum 16. Lebensjahr verrichtet wurden. Die Vorbereitungen waren jedoch als Überstunden zu entlohnen. Für Überstunden wurde ein Zuschlag von 50 Prozent vereinbart; 1934 wurde er durch eine Notverordnung der Regierung Dollfuß auf 25 Prozent herabgesetzt (54).

Während die Christlichsoziale Volkspartei hier, wie auch sonst im Zweifelsfalle immer, die Interessen von Industrie, Gewerbe und Landwirtschaft vertrat, regte sich in der christlichen Arbeiterbewegung Widerstand gegen den arbeiterfeindlichen Kurs. Im Juni 1922 meinte der christlichsoziale Landesrat Kennerknecht, er befürworte die Abschaffung des Achtstundentages, wenn das "zur Rettung Österreichs wesentlich beitragen würde"; da er das aber nicht glaube, sei er dagegen.

Er und der christliche Gewerkschaftssekretär Troidl gehörten zu den vehementen Befürwortern des Arbeitszeitgesetzes. Sie scheuten auch den offenen Konflikt mit den Unternehmern und der dominierenden unternehmerfreundlichen Fraktion ihrer Partei nicht. So wies Troidl den Unternehmern nach, daß die Belastung durch die Soziallasten nur 5,5 bis 6 Prozent des Lohnes betrug – und das sei im Verhältnis zu den UnternehmergeWINnen doch wohl wenig –, als die Unternehmer Soziallasten von 9 bis 19 Prozent errechneten und mit dem Hinweis auf die verschlechterte Wettbewerbslage für längere Arbeitszeiten eintraten (55). Der christlichsoziale Gewerkschaftssekretär und Arbeiterkammerfunktionär Troidl und der sozialdemokratische Arbeiterkammerpräsident Wilhelm Sieß vertraten dieselben Anliegen.

Troidl wandte sich in der 12. Vollversammlung der Arbeiterkammer 1924 gegen Übertretungen des Arbeitszeitgesetzes, die durch die Behörden nicht verfolgt wurden. Sieß griff in seiner Eröffnungsrede zum VIII. österreichischen Kammertag am 12. Oktober 1928 in Feldkirch das Gewerbeinspektorat direkt an und betonte die Notwendigkeit gewerkschaftlichen Einschreitens. Besonders in der Stickereiindustrie und im Kleingewerbe lasse die Einhaltung der Sozialgesetze, vor allem des Gesetzes über den Achtstundentag, sehr zu wünschen übrig:

"... dabei (müssen) wir leider die Wahrnehmung machen, daß unser Gewerbeinspektorat mit mangelnder Tatkraft den bestehenden Gesetzen, soweit sie in seinen Wirkungsbereich fallen, Geltung verschafft. Unsere Gewerkschaften bemühen sich mit kräftiger Unterstützung der Arbeiterkammer, die Dinge zum Besseren zu gestalten, und finden dabei nicht immer die notwendige verständige Unterstützung seitens der Behörden. Leider gibt es in unserem Lande noch einen großen Teil von Arbeitnehmern, die glauben, es genüge, wenn man den Kammerbeitrag zahle, sie übersehen ganz, daß die Kammern mehr dazu berufen sind, die Gewerkschaften und ihre Tätigkeit zu unterstützen, und daß es die moralische Pflicht eines jeden

Angestellten und Arbeiters ist, einer Gewerkschaft zuzugehören" (56).

Die Übertretungen des Arbeitszeitgesetzes waren wirklich kraß: "Um eine bessere Beschäftigung in der Stickerei herbeizuführen und die schmutzige Konkurrenz der einzelnen Stickmaschinenbesitzer durch überlange Arbeitszeit einzuschränken, hat die Stickerreigenossenschaft den Beschluß gefaßt, daß die Arbeitszeit nurmehr von 7 Uhr früh bis 7 Uhr abends festgesetzt werden darf", meldete die Arbeiterkammer 1928. Der Beschluß schränkte die bestehende Arbeitszeit auf 11 Stunden täglich ein - mit einer Stunde Mittagspause; die Arbeiterkammer forderte "als bestes Mittel zur Eindämmung des unlauteren Wettbewerbs durch lange Arbeitszeit die genaue Einhaltung des auch für die Stickerei geltenden Achtstundentagesgesetzes" (57).

1925 wurde der Gewerbebehörde und dem Gewerbeinspektorat von der Arbeiterkammer Lob gezollt: Die Arbeitszeit betrage zwar immer noch in vielen Fällen 55 bis 70 Stunden pro Woche, die Anzeigen der Arbeiterkammer brächten keinen großen Erfolg, doch arbeite die Gewerbebehörde immerhin schon schneller und der Gewerbeinspektor unterstütze die Anträge der Arbeiterkammer (58).

Am 9. März 1927 erschien in der Wiener sozialdemokratischen Zeitung "Der Abend" ein Leitartikel, der sich unter der Überschrift "Achtzehnstundentag im 20. Jahrhundert!" mit dem Elend der Vorarlberger Stickereiarbeiter beschäftigte. Diese stünden bis zu 18 Stunden täglich an der Maschine, ohne daß zumindest Überstundenzuschläge ausbezahlt würden. Die Vorarlberger Landesregierung leitete auf diesen Artikel hin eine Erhebung ein, die ergab, daß 1926 allein im Gebiet der Bezirkshauptmannschaft Feldkirch 28 Stickereibetriebe wegen Arbeitszeitüberschreitung bestraft worden waren. Die höchsten Strafen betragen hier 30 Schilling - eine lächerlich niedrige Summe, die zur Abschreckung vollkommen ungeeignet war. Vom 1. Jänner bis zum 26. März 1927 wurden von der BH Feldkirch sieben Fälle abgestraft, davon immerhin einer mit 200 Schilling. Im Bereich der BH Bludenz hingegen war im Erhebungszeitraum keine einzige Anzeige wegen Überschreitung der Arbeitszeit eingegangen (59).

In den Berichten des Gewerbeinspektorats für Vorarlberg ist immer wieder von größten Verletzungen des Arbeitszeitgesetzes vor allem in der Stickerei zu lesen. Aber auch in der Textilindustrie führten vermehrte Auftragseingänge zu Überstundenleistungen, die nicht selten einen zwölfstündigen Arbeitstag ergaben (60).

Am 17. Dezember 1928 berichtete die "Vorarlberger Wacht" aus der Konservenfabrik Hagen in Lustenau von der Beschäftigung 12 bis

13 Jahre alter Mädchen. Während der Zeit der Erbsenkonservierung wurde in der Fabrik von 2 Uhr früh bis 10 Uhr abends gearbeitet; zur Fischkonservierung wurden die Frauen und Mädchen gezwungen, von 7 Uhr früh 22 Stunden bis 5 Uhr früh des nächsten Tages durchzuarbeiten, dann konnten sie im Betrieb 2 Stunden schlafen, um 7 Uhr wurde wieder mit der Arbeit begonnen, meist bis zum Abend, denn Fische und Erbsen durften nicht verderben...

Es wurde nicht nur der Achtstundentag ignoriert. Auch an kirchlich nicht gebotenen Feiertagen wurde in Vorarlberg gearbeitet: Für den 1. Mai 1926 zum Beispiel hatte die Landesregierung zahlreichen Firmen Ausnahmegenehmigungen erteilt und damit vielen Arbeitern die Teilnahme an den Maifeiern unmöglich gemacht (61). Als die Arbeitslosenzahlen anfangs der dreißiger Jahre bedrückend in die Höhe schossen, begriff die Sozialdemokratie die Regelung der Arbeitszeit zunehmend als Instrument zur Schaffung von Arbeitsplätzen. Sie propagierte die 40-Stundenwoche, doch wohl ohne selbst an die baldige Einführung zu glauben.

MUSKELSCHWUND IM STARKEN ARM: GEWERKSCHAFTEN UND ARBEITSKÄMPFE

Angesichts der sozialen Lage im Vorarlberg der Ersten Republik wäre der starke Arm der Gewerkschaften gefragt gewesen - der Arm, der alle Räder still stehen lassen kann, um berechnete Anliegen der Arbeiterschaft auch gegen die wirtschaftliche Macht der Unternehmer durchzusetzen. Einen ersten Anhaltspunkt für des Bizeps Stärke bietet die Streikstatistik. Aus ihr läßt sich sowohl die Zahl der Streiks pro Jahr als auch die Zahl der erfaßten Betriebe und der Streikenden ersehen, außerdem noch, ob der jeweilige Streik "vollständig" oder "unvollständig" durchgeführt wurde, das heißt, ob Streikbrecher erfolgreich waren oder nicht. Die im Anhang dieses Buches beigegebene Aufstellung zeigt deutlich, daß sowohl nach der Anzahl der Streiks als auch nach der Zahl der Streikenden die ersten Jahre der Republik die bewegtesten waren (62).

1921 - für 1920 war keine Angabe greifbar - wurden 79 Betriebe bestreikt; insgesamt waren 6.613 Arbeiter im Laufe dieses Jahres einmal im Ausstand. Auch 1922 und 1923 kämpften noch relativ viele Arbeiter um Verbesserungen. Die folgenden Jahre bis 1926

waren ruhig. 1927 war mit 1.679 Streikenden und 39 bestreikten Betrieben wieder ziemlich bewegt. Doch es war nur der große Bauarbeiterstreik dieses Jahres, der diesen Eindruck ergibt. Auch die 1.266 Streikenden des Jahres 1929 waren fast ausschließlich Bauarbeiter, die auf den Großbaustellen der Vorarlberger Illwerke in den Ausstand getreten waren. Werden diese beiden Streiks der Jahre 1927 und 1929 als Ausnahmeerscheinungen betrachtet, dann gelangt man zur Erkenntnis, daß der starke Arm der Vorarlberger Arbeiterbewegung ab 1921 zunehmend schwächer wurde. Litt die Arbeiterbewegung unter fortschreitendem Muskelschwund?

Eine andere Diagnose stützt diesen ersten Befund. Betrachtet man nämlich die Stärke der gesamten Gewerkschaftsbewegung, dann kommt man zum gleichen Schluß (Zusammenstellung im Anhang) (63). Nimmt man nur den Mitgliederstand der sozialdemokratischen Freien und der Christlichen Gewerkschaften - unter Vernachlässigung der 1.000 bis 1.200 im Deutschen Gewerkschaftsbund organisierten Angestellten -, dann waren 1922 - dem ersten erfaßten Jahr - über 16.000 Arbeitnehmer gewerkschaftlich organisiert. 1924 waren es dann 10.830, 1927 9.479, 1930 8.140 und 1932 gar nur noch 5.292. Damit war 1932 nur jeder siebte Vorarlberger Arbeiter gewerkschaftlich organisiert. Der starke Arm, schon zu Beginn der Republik nicht furchterregend muskulös, war gegen Ende zu einem recht schwächtigen Ärmchen verkümmert.

Die Richtungsgewerkschaften

Daß in der Zweiten Republik der Österreichische Gewerkschaftsbund als Dachverband über den Einzelgewerkschaften und den politischen Fraktionen geschaffen wurde, ist auch die Konsequenz der während der Ersten Republik gemachten Erfahrungen. Denn obwohl aus der gesamtösterreichischen Perspektive die sozialdemokratische Richtungsgewerkschaft eindeutig dominierte - 1921 83,9 Prozent; 1926 78,8 Prozent - (64), gab es doch konkurrierende gewerkschaftliche Organisationen und damit starke Reibungsverluste. Besonders stark waren diese Reibungsverluste in Bundesländern mit relativ starken Christlichen Gewerkschaften, vor allem in Vorarlberg.

Die Christlichen Gewerkschaften

Die Christlichen Gewerkschaften Vorarlbergs wuchsen aus den Katholischen Arbeitervereinen heraus, deren erster in Dornbirn 1893 gegründet worden war. 1908 bestanden in Vorarlberg zwölf Katholische Arbeitervereine mit über 1.000 Mitgliedern. Die bedeutendsten waren Dornbirn, Rieden-Vorkloster und Hohenems. Motor der katholischen Arbeiterbewegung war der Priester Dr. Karl Drexel, der in der Ersten Republik noch bedeutende politische Aufgaben wahrnehmen sollte. Ab der Jahrhundertwende kamen selbständige christliche Gewerkschaftsorganisationen auf, so besonders die Textilarbeitergewerkschaft, die 1910 mit 600 Mitgliedern ihren Höchststand erreichte (65).

Die Katholischen Arbeitervereine waren bald nur noch Kulturorganisationen, die Arbeitern eine politische und weltanschauliche Heimat im Rahmen der katholischen Kirche und der Christlichsozialen Volkspartei boten. 1923 gab es 13 solcher Arbeitervereine mit 705 Mitgliedern und sechs Arbeiterinnenvereine mit 844 Mitgliedern, die zusammen sechs Bibliotheken unterhielten. Der Zweck dieser Arbeitervereine war, wie es in den Satzungen des Feldkircher Vereins aus dem Jahre 1924 hieß, "die Stärkung und Betätigung der christlichen Welt- und Lebensanschauung, sowie die Verteidigung derselben gegen ihre Gegner und die Förderung der Religiosität und Sittlichkeit seiner Mitglieder; (die) Förderung der allgemeinen geistigen und fachlichen Bildung; die Erreichung sozialer Reformen ... ; (die) Gewährung von Rechtsschutz..." Als Mittel zur Erreichung des Vereinszwecks waren vor allem religiöse Übungen, Vorträge, Kurse und Versammlungen vorgesehen.

1925 wurde die katholische Arbeiterbewegung neu organisiert; Führungsgremium war nun die Bundesleitung des Vorarlberger Arbeiterbundes, eine Dachorganisation über dem Landesverband der Katholischen Arbeitervereine und dem Landeskartell - der Landeszentralkommission - der christlichen Gewerkschaftsgruppen. Auf lokaler Ebene war die katholische Arbeiterbewegung in Gebietskartellen organisiert, von denen Bregenz, Dornbirn, Feldkirch, Bludenz und Hohenems bedeutend waren. Das Gebietskartell Hohenems zum Beispiel setzte sich aus den christlichen Gewerkschaftsgruppen der Textilarbeiter, Stickereiarbeiter, Bauarbeiter, Eisenbahner und Angestellten sowie aus dem Katholischen Arbeiterverein und dem Katholischen Arbeiterinnenverein zusammen.

Albert Welte aus Frastanz war von 1920 bis 1935 Vorsitzender des Landesverbandes der Katholischen Arbeitervereine, Alois Rohner

aus Dornbirn von 1919 bis 1927 Obmann des Vorarlberger Arbeiterbundes. Sekretär des Arbeiterbundes war von 1913 bis zu seinem Tod 1936 der Priester Lorenz Dür aus Hard. Landessekretär der Christlichen Gewerkschaften waren von 1919 bis 1924 Otto Troidl und von 1925 bis 1938 Christian Eyring. Nur die Gewerkschaft der Textilarbeiter hielt sich einen eigenen Sekretär: 1922 bis 1924 Alois Schartner, 1924 bis 1938 Josef Kraft. Die christliche Arbeiterbewegung war der Christlichsozialen Volkspartei drei Landtagsmandate und einen Landesregierungssitz wert, den Josef Kennerknecht, der Obmann des Katholischen Arbeitervereins Rieden-Vorkloster (Bregenz), innehatte (66). Laut "Volksblatt" vom 10. Jänner 1923 gab es in Vorarlberg 75 Ortsgruppen der Christlichen Gewerkschaften. Sie hatten 1922 6.174 Mitglieder, 1932 aber nur noch 2.988, sie verloren somit in zehn Jahren mehr als die Hälfte, allerdings weniger als die Freien Gewerkschaften, die von 10.158 im Jahr 1922 auf 2.304 im Jahr 1932 abgesunken waren. Die Christlichen Gewerkschaften waren - die Aufstellung im Anhang zeigt das deutlich - erstmals 1926 und endgültig ab 1928 mitgliederstärker als die sozialdemokratischen Freien Gewerkschaften (67). Den Christlichen Gewerkschaften war es in Vorarlberg auch gelungen, in der Industriearbeiterschaft Fuß zu fassen, wie die Ergebnisse der Arbeiterkammerwahlen deutlich zeigen. Die Freien Gewerkschaften hielten zwar 1921 die absolute Mehrheit und 1926 immer noch die relative Mehrheit, die Christlichen hatten jedoch bei den Arbeitern 1921 mit 2.693 und 1926 gar mit 4.551 Stimmen fast soviel erzielt wie die Freien (1921: 3.553, 1926: 4.600 (68)).

Die Kammerwahlergebnisse sind übrigens ein weit besserer Indikator für den Einfluß von Sozialdemokraten beziehungsweise Christlichsozialen in der Arbeiterschaft als die von den Richtungsge- werkschaften gemeldeten und nicht nachprüf- baren Mitgliederzahlen.

Die katholische Kirche hatte die christliche Arbeiterbewegung geschaffen, um die Arbeiter nicht zu verlieren. Sie formulierte die gesellschaftspolitischen Ziele, besonders in den päpstlichen Enzykliken "Rerum novarum" (1891) und "Quadragesimo anno" vierzig Jahre später (1931). Beide Enzykliken begreifen die soziale Frage, den Gegensatz von Kapital und Arbeit, Ausbeutung und Armut, als zentrale Probleme des Industriezeitalters und formulieren dazu katholische Positionen. Statt eines politischen Systems, das eine offene Austragung der Interessen- und Klassenkonflikte zuläßt, strebte die katholische Kirche eine harmonische, hierarchisch gegliederte Gesellschaft mit klar definierten Schutz- und Gefolgs-

schaftsverpflichtungen an, in der allerdings der Staat eine besondere Bedeutung erhält. Der Staat wird als autonome Größe über der vom Klassenantagonismus gekennzeichneten Gesellschaft gesehen. Die Überwindung der alten Ordnung soll laut "Quadragesimo anno" durch einen Ständestaat erfolgen, in dem berufsständische, aus Vertretern der Arbeiterschaft und der Unternehmer gebildete Körperschaften den Interessensausgleich herstellen und die harmonische, konfliktfreie Ordnung schaffen.

Ein solches Konzept sieht - außerhalb der vorgegebenen Stände - keine Artikulation politischer Interessen vor. Parteien als weltanschauliche Zusammenschlüsse oder Gewerkschaften als Organisationen von Klasseninteressen sind untersagt. Damit sind Institutionen ausgeschaltet, die in demokratischen Gesellschaften an der Konkurrenz um und an der Kontrolle von Macht wesentlich beteiligt sind. Die Konsequenz ist eine autoritäre Ordnung, in der zentrale Bestandteile der bürgerlichen Demokratie eliminiert sind. In Österreich trat zu diesem staats- und gesellschaftspolitischen Konzept noch der Ausschließlichkeitsanspruch des politischen Katholizismus. Das verstärkte die autoritäre Komponente im Hinblick auf die Freiheit von Presse und Kultur.

Die christliche Arbeiterbewegung war zwar nach Klassengesichtspunkten organisiert, gleichzeitig aber Teil der Christlichsozialen Volkspartei und damit des katholisch-konservativen Lagers. Beide begriffen sich selbst als über den Klassen stehend, in ihrer Politik wurden sie aber von den Interessen der ökonomisch Selbständigen stärker bestimmt als von jenen der Arbeiterschaft. Für die meisten christlichen Arbeiter war wohl das Bekenntnis zum Katholizismus und zum Antimarxismus weit wesentlicher als der Antikapitalismus (69).

Die Mitgliedschaft von Arbeiterinnen und Arbeitern in christlichen Gewerkschaften und katholischen Vereinen und die Wahlscheidung für die CVP wurden in Vorarlberg von einem besonderen sozio-ökonomischen Milieu gefördert. Es hatten sich weder industrielle noch städtische Ballungszentren entwickelt, und in den Dörfern hatte sich die traditionelle bäuerlich-gewerbliche Mischökonomie lediglich um eine Komponente, nämlich die der Industriearbeit, erweitert. Innerhalb eines Familienverbandes konnten diese drei Produktionsformen - Landwirtschaft, Gewerbe, Industriearbeit - nebeneinander existieren und Familienmitglieder von einem Bereich in den andern wechseln. Auch wenn die Industriearbeit schon längst zur wichtigsten Einkommensquelle geworden war, blieb sie mit geringem Sozialprestige behaftet. Solche Industriearbeiter - vielfach Frauen, die besonders die

Hoffnung auf eine Rückkehr zu Heim und Herd haben mochten - behielten die kulturellen und wirtschaftlichen Bindungen zum Familienverband und zum Dorf, und natürlich zu der alles prägenden katholischen Tradition.

Aus diesem Milieu wuchs die christliche Arbeiterbewegung. Sozialistisches Gedankengut war keine attraktive Alternative. Denn dessen Grundlage war der Glaube an industriellen Fortschritt und gesellschaftlichen Umbruch, somit genau an jene Dynamik, der sich die dörfliche Tradition zu verschließen versuchte. Auf dem Dorf oder in der Kleinstadt war die Entscheidung für die Sozialdemokratie deshalb oft das Signal eines Bruchs mit herkömmlichen Familien- und Sozialbindungen. Es ist nicht überraschend, daß vor allem Zuwanderer - aber auch einheimische Männer - diesen Bruch leichter vollzogen als etwa die ökonomisch und sozial stärker ans herkömmliche Milieu gebundenen Frauen. Insofern ist es nicht überraschend, daß laut "Volksblatt" vom 11. November 1923 844 Arbeiterinnen in katholischen Arbeitervereinen organisiert waren und nur 705 Männer (70).

Die konkrete Politik der Christlichen Gewerkschaften war geprägt von ihrer widersprüchlichen Situation: Einerseits wollten sie eine Verbesserung der sozialen Situation der Arbeiter, andererseits sahen ihre Mitglieder ihre Lebensperspektive meist nicht in der Industriearbeit. Einerseits mußte jede Verbesserung gegen die Unternehmer erkämpft werden, andererseits war das Ziel ein Zustand gesellschaftlicher Harmonie. Und drittens vertraten die Sozialdemokraten die konkreten materiellen Interessen der Arbeiter effizienter, während die Christlichen Gewerkschaften die Politik der Christlichsozialen Volkspartei aushalten mußten, die die Interessen der ökonomisch Selbständigen immer wieder gegen die Arbeiterschaft durchzusetzen bereit war.

Die Christlichen Gewerkschaften lehnten folgerichtig den Streik als Mittel zur Austragung von Arbeitskämpfen nicht prinzipiell ab, betrachteten ihn aber als Maßnahme, die nur in Ausnahmefällen angewendet werden dürfe, und schon gar nicht für "politische" Zwecke, denn dann hätten sie sich ja gegen die in Land und Bund herrschenden Christlichsozialen gerichtet (71). In den bewegten ersten Jahren der Republik beteiligten sich die Christlichen Gewerkschaften allerdings an vielen Streiks und gerieten dabei in so manchen Konflikt, auch mit Unternehmern ihrer eigenen Partei (72).

Die Freien Gewerkschaften

Bis 1918 waren in Vorarlberg die meisten sozialdemokratischen Einzelgewerkschaften dem Landesverband Tirol angeschlossen gewesen. Erst als Vorarlberg im November 1918 ein eigenes Land wurde, setzte eine langsame Lösung vom Tiroler Landesverband ein. Einzig die Textilarbeiter hatten schon vor dem Ersten Weltkrieg eine eigene Landesorganisation gehabt. 1924 waren zum Beispiel noch die Buchdrucker, Land- und Metallarbeiter sowie die Sozialversicherungsangestellten von Tirol und Vorarlberg gemeinsam organisiert; 1931 waren es noch die Buchdrucker und Buchbinder, die Hotelangestellten und die in der technischen Union organisierten Arbeiter.

1920 wurde das sozialdemokratische Parteisekretariat und das Sekretariat der Freien Gewerkschaften getrennt, da nach den Textilarbeitern auch die Bauarbeiter ein eigenes Sekretariat in Vorarlberg aufbauten. Parteisekretär blieb Anton Linder, Gewerkschaftssekretär wurde Anton Schlüter. 1921 scheint mit dem Bregenzer Samuel Spindler ein eigener Sekretär der Textilarbeitergewerkschaft auf; 1927 wurde Anton Pichler als Gewerkschaftssekretär der Bauarbeiter aktenkundig.

Die Organisation der Freien Gewerkschaften wurde in der Ersten Republik noch in anderer Hinsicht verändert. Ursprünglich waren der Österreichischen Gewerkschaftskommission zahlreiche Zentral- und Lokalvereine angeschlossen gewesen. Das hatte historische Gründe, war aber organisatorisch ineffizient. Während der ganzen Ersten Republik war nun ein Umbau nach dem Industriegruppenprinzip im Gange, das sich jedoch nur sehr langsam gegen den Widerstand der vielen Kleingewerkschaften durchsetzen ließ. Die unterste Organisationseinheit war der Betrieb, wo Vertrauensleute beziehungsweise Betriebsräte die Basisarbeit leisteten; das oberste Gremium war bis 1928 die Zentralkommission der Freien Gewerkschaften Österreichs, ab 1928 der Bund der Freien Gewerkschaften Österreichs. Höchstes Gremium auf Landesebene war die Landeskonferenz, die meistens jährlich einmal zusammentrat und die dreizehnköpfige Landesgewerkschaftskommission wählte, der die eigentlichen Leitungsaufgaben oblagen (73).

Die Freien Gewerkschaften waren untrennbar mit der Sozialdemokratischen Partei verbunden. 1922 zählten die Freien Gewerkschaften angeblich 10.158 Mitglieder, die SDAP zählte 3.025; 1925 waren es 6.225 Freigewerkschafter und 2.842 SDAP-Mitglieder, 1930 3.787 gegen 2.758; 1932 dann waren die Zahlen beinahe gleich: 2.304 Freigewerkschafter und 2.216 SDAP-Mitglieder. Damit war

wieder die Übereinstimmung von Partei- und Gewerkschaftsmitgliedschaft erreicht, wie sie vor dem Ersten Weltkrieg üblich gewesen war (74). Ohne daß jetzt auf Ursachen eingegangen wird, ist festzuhalten: Der SDAP gelang es nicht, die große Zahl der Arbeiter an sich zu binden, die in den ersten Jahren der Republik den Freien Gewerkschaften beigetreten waren. Die Vorarlberger Gewerkschaftsorganisation blieb die weitaus schwächste aller Bundesländer. Das Burgenland etwa hatte viermal mehr Mitglieder aufzuweisen als Vorarlberg (75).

Die enge Verbindung von Partei und Gewerkschaft zeigt sich bei den Funktionären besonders deutlich. Samuel Spindler war sozialdemokratischer Stadtvertreter in Bregenz und Sekretär der Textilarbeitergewerkschaft. Wilhelm Sieß war führender Eisenbahner-Gewerkschafter und als solcher Präsident der Vorarlberger Arbeiterkammer, aber auch sozialdemokratischer Landtagsabgeordneter. Anton Linder war sowohl Obmann der Landesgewerkschaftskommission als auch sozialdemokratischer Parteisekretär und Landtagsabgeordneter und hatte daneben noch etliche andere Funktionen inne.

Diese Ämterhäufungen in wenigen Händen dürften nicht dem besonderen Ehrgeiz der einzelnen Männer zuzuschreiben sein, sondern aus der materiellen Situation der aus der Arbeiterklasse stammenden Politiker resultieren. Denn in der Ersten Republik waren nur sehr wenige politische Positionen ausreichend dotiert. Ein Landtagsabgeordneter etwa erhielt nur für Landtagssitzungen ein Taggeld von 8 Schilling 1924 beziehungsweise 10 Schilling 1930 und jeweils 4 Schilling Nächtigungsgebühr. Bis auf die angestellten Sekretäre wurden weder Partei- noch Gewerkschaftsfunktionäre bezahlt. Wenn man bedenkt, welch großen Zeitaufwand Partei- und Gewerkschaftsarbeit angesichts der miserablen Verkehrsverhältnisse mit sich brachte, dann wird klar, warum an qualifizierten Funktionären kein Überschuß bestand. Die wenigen Männer, die eine bezahlte politische Position innehatten - wie Sieß als Arbeiterkammerpräsident, Spindler als Textilarbeiter-Sekretär, Linder als Parteisekretär oder Fritz Preiß als Geschäftsführer der Industriellen Bezirkskommission, aus der dann das Landesarbeitsamt entstand -, mußten daher möglichst viel Partei- und Gewerkschaftsarbeit machen. Aber weder Partei noch Gewerkschaft hätten ohne die vielen Funktionäre bestehen können, die die ganze Freizeit ihrem politischen Anliegen opferten. Daß dabei sozialer Ehrgeiz - der Wunsch nach gesellschaftlicher Anerkennung - eine wichtige Rolle spielte, darf nicht verwundern. Hoffnungen auf beruflichen Aufstieg konnten

sich damit zwanglos verbinden. Denn wie hätten sie ohne sozialen Ehrgeiz die Kraft aufbringen sollen, neben ihrer Arbeit sich noch fortzubilden, unzählige Veranstaltungen zu organisieren und Referate zu halten? Ein Beispiel für einen solchen Funktionär war der Bregenzer Johann Mayer, besser bekannt als "Vater" Mayer, ein Eisenbahner aus dem Salzburgischen. Mayer war ein unermüdlicher Funktionär der Kinderfreunde, als Kommunalpolitiker Bregenzer Stadtrat und als Gewerkschaftsfunktionär Obmann der Verkehrsarbeitersektion der Arbeiterkammer; er wurde für keine seiner Funktionen entlohnt (76).

Die nationalen Gewerkschaften

Die "Deutschen Gewerkvereine", nach dem Nationalökonom Dr. Max Hirsch und dem Verleger der "Berliner Volkszeitung" Franz Duncker auch "Hirsch-Dunckersche Gewerkvereine" genannt, wurden 1868 als älteste auf zentraler Grundlage aufgebaute Arbeiterorganisation gebildet. In der österreichisch-ungarischen Monarchie bestand ein "Verband deutscher Gehilfen- und Arbeitervereinigungen in Österreich" schon seit 1888. Bereits damals wurden "gewöhnliche" Fabrikarbeiter nicht als wirkliche Mitglieder aufgenommen, da ihre Zahl in kurzer Zeit die der Gehilfen überstiegen hätte.

In der Ersten Republik entstand dann die "Deutsche Arbeitergewerkschaft", die sich 1925 mit den anderen nationalen Gewerkschaften zum "Deutschen Gewerkschaftsbund für Österreich" zusammenschloß. Die "Völkischen Gewerkschaften", wie sie auch genannt wurden, blieben vorwiegend Angestelltengewerkschaften. Bei den Vorarlberger Arbeiterkammerwahlen 1921 und 1926 erreichten sie 1.170 beziehungsweise 1.406 Stimmen, von denen 499 beziehungsweise 704 bei den Angestellten und 385 beziehungsweise 365 bei den Verkehrsangestellten abgegeben wurden. Werden die Mitgliederzahlen (vgl. die Aufstellung im Anhang) mit den Wahlergebnissen verglichen, dann zeigt sich, daß die Zahl der Wähler nur geringfügig höher lag als die Zahl der Mitglieder, 1926 zum Beispiel um 180.

Die nationalen Gewerkschaften waren in Vorarlberg vor allem durch den "Deutschen Handels- und Industrieangestelltenverband" (DHV) und die "Deutsche Verkehrsgewerkschaft" präsent. Ihr Programm war deutsch-national, das heißt, auf den Anschluß an Deutschland und gegen jede Beschäftigung von nicht-deutschen Arbeitskräften ausgerichtet; es war aber auch prinzipiell eigen-

tumsfreundlich. Ihre Argumentation zum Schutze des Privatkapitals brachte ihnen von sozialdemokratischer Seite den Vorwurf ein, "gelbe" Gewerkschaften zu sein. Die Bezeichnung "gelbe" Gewerkschaften wurde für unternehmerfreundliche, ja von Unternehmern ins Leben gerufene und durch finanzielle Hilfe am Leben erhaltene Gewerkschaften verwendet. Sie stammt aus Frankreich, wo bei einem Streik der Bergarbeiter in Monteceau les Mines die Streikenden den im Rathauscafé versammelten Arbeitswilligen die Fenster einwarfen. Die Streikbrecher verklebten die Fenster, um die Kälte abzuhalten, mit gelbem Papier, was ihnen den Spottnamen "Les Jaunes" eintrug (77).

Kurzer Aufschwung, lange Krise

Wer sich mit der Gewerkschaftsbewegung der Ersten Republik in Vorarlberg beschäftigt, muß den starken Mitgliederschwund vor allem der Freien Gewerkschaften, aber auch der Christlichen Gewerkschaften erklären.

Zuerst noch ein Rückgriff auf die Zahlen im Anhang. Es sind dort bei den Freien Gewerkschaften Bauarbeiter, Eisenbahner und Textilarbeiter gesondert ausgewiesen. Während 1923 bis 1929 ein großer Teil der Eisenbahner - fast immer über 1.700 - freigewerkschaftlich organisiert war, zeigen die Mitgliederzahlen der Textilarbeitergewerkschaft ein ganz anderes Bild. Von über 9.000 Textilarbeitern und 3.000 Arbeitern der Bekleidungsindustrie waren 1930 nur 426 auch Mitglieder der Textilarbeitergewerkschaft, 1932 gar nur mehr 281. 1923 aber waren von rund 10.000 Textilarbeitern und einer nicht näher bekannten Zahl von Arbeitern der Bekleidungsindustrie auch nur vielleicht ein Fünftel, nämlich 2.214, freigewerkschaftlich organisiert gewesen.

Diese ebenfalls miserablen Werte der Jahre 1923 bis 1925 mögen "Schicksal" sein, und auch "Erbkrankheit". Schicksal, weil hier Faktoren zum Tragen kamen, die durch die Freigewerkschafter nicht direkt beeinflußt werden konnten, und Erbkrankheit, weil es nur eine schwache Arbeiterbewegungstradition im Lande gab. Ein wichtiger Faktor war die Zusammensetzung der Textilarbeiterschaft, denn die Textilindustrie beschäftigte vor allem Hilfsarbeiter und Frauen. Das heißt, die dort beschäftigten Arbeiter hatten zu einem großen Teil keine spezielle Qualifikation, aus der sie ein Selbstverständnis als Arbeiter beziehen hätten können, sondern sie waren "Fabrikler", also Leute, die einfach durch die äußeren Umstände gezwungen waren, in der Textilindu-

strie ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Hier waren viele Frauen beschäftigt, die entweder arbeiten mußten, um den Lebensunterhalt ihrer Familie zu sichern, weil die im Lande bezahlten Löhne für eine Familie mit Alleinverdiener nicht ausreichten; oder es waren Frauen, die in der Übergangsphase zwischen Schulpflicht und Heirat arbeiteten. Jedenfalls sahen beide ihre Perspektive nicht in der Fabriksarbeit. Das war ein notwendiges Übel, keinesfalls aber etwas, woraus sie Selbstbewußtsein oder gar Klassenbewußtsein hätten beziehen können.

Trotzdem gab es 1923 bis 1925 über 2.000 freigewerkschaftlich organisierte Textilarbeiterinnen und sicher noch mehr Mitglieder der Christlichen Textilarbeitergewerkschaft. Die Christliche Textilarbeitergewerkschaft konnte auf eine bereits vorhandene Tradition aus der Zeit vor dem Weltkrieg verweisen - sie war im Lande eingeführt (78).

Die plötzlichen katastrophalen Mitgliederverluste der Freien Textilarbeitergewerkschaft von 1925 auf 1926 - von 2.159 auf 772 - können so allerdings nicht erklärt werden. Sie stehen mit einem singulären Ereignis im Zusammenhang, nämlich mit einer Streikniederlage 1925.

Die Christliche und die Freie Textilarbeitergewerkschaft hatten gemeinsam Lohnforderungen angemeldet, die vom Industriellenverband sofort abgewiesen wurden. Der Industriellenverband lehnte die Bezirkshauptmannschaft Feldkirch als Vermittler ab und drohte, die Textilindustrie werde sofort alle Arbeiter in sämtlichen Betrieben aussperren, wenn auch nur in einem gestreikt werde. Auf diese Erklärung hin versammelten sich am 31. Juli 1925 im sozialdemokratischen Arbeiterheim in Dornbirn Gewerkschaftsvertreter beider weltanschaulichen Richtungen aus allen Betrieben. Sie beschlossen eine Urabstimmung, um den Kampfeswillen in den Betrieben zu erfahren. Am nächsten Tag, einem Samstag, wurde abgestimmt: Die streikwilligen, vor allem jüngeren Arbeiter unterlagen (79). Die Textilarbeiter hatten durchaus Erfahrungen in Arbeitskämpfen - im Mai 1922 streikten 506 Arbeiter der Firma Getzner, Mutter & Cie., im Juni 1923 die Arbeiter der Kammgarnspinnerei Hard, vom 24. Mai bis 6. Juni 1923 alle Arbeiter sämtlicher Dornbirner Bleichereien solange, bis diese Firmen aus Mangel an gefärbtem Garn auch die Webereien schließen mußten (80), keiner der Streiks mußte abgebrochen werden, sondern es wurden im Gegenteil durchaus beachtliche Lohnerhöhungen erkämpft. Nun aber nahmen die Textilarbeiter den von den Industriellen provozierten Kampf nicht auf, sondern beugten sich deren Diktat. Das Lohnangebot der Industrie lag

zwar "nur" zwei Prozent unter den Forderungen, aber es ging in diesem Sommer um mehr, nämlich um die prinzipielle Streikbereitschaft der Textilarbeiterschaft.

Die Industriellen begriffen, welchen Erfolg sie erzielt hatten. Der Einfluß der Gewerkschaften war gebrochen, auch wenn sich der Mitgliederstand der Freien Textilarbeitergewerkschaft noch 1927 und 1928 kurzfristig auf ungefähr 1.200 erhöhte, bevor sie endgültig bedeutungslos wurde. 300 Arbeiterinnen der Textilwerke Ganahl in Feldkirch erfuhren im Februar 1926, wie stark die Position der Industrie nun in Arbeitskämpfen war. Als sie die Zustimmung zu einer zwölfprozentigen Kürzung der Akkordlöhne verweigerten, wurden sie einfach entlassen. Die Gewerkschaften riefen keinen Generalstreik aus, auch keinen Textilarbeiterstreik, sondern sie setzten sich mit den Industriellen an einen Tisch und verhandelten (81).

Die Gewerkschaften fanden in der Textilindustrie keine dauerhafte Basis. Damit wurde ein großer Teil der Vorarlberger Arbeiterschaft aus dem Kampf um mehr Verteilungsgerechtigkeit und sozialen Aufstieg ausgeschaltet. Das wog umso schwerer, als in dieser Branche die einzigen Großbetriebe bestanden - vor allem F.M. Hämmerle in Dornbirn mit ungefähr 1.700 Beschäftigten im Jahre 1930. Und die Massierung von Arbeitern in Großbetrieben sowie damit verbundene soziale Erfahrungen bildeten allgemein günstige Voraussetzungen für die Ausbildung starker Arbeiterorganisationen, während die weite Verbreitung von Klein- und Kleinstbetrieben, wie sie für Vorarlberg kennzeichnend war, sich eher erschwerend auswirkte (82).

Bei der Bauarbeitergewerkschaft läßt sich ein Teil der Verluste recht einfach erklären. Der Mitgliederstand sank von 874 im Jahre 1929 auf 106 drei Jahre später. Wie noch gezeigt werden wird, waren die auf den Großbaustellen der Vorarlberger Illwerke beschäftigten Arbeiter in einem hohen Grade freigewerkschaftlich organisiert und führten zahlreiche Arbeitskämpfe mit Erfolg. 1931 allerdings wurde der Ausbau der Wasserkraft vorläufig abgeschlossen - und erst nach dem "Anschluß" wieder aufgenommen. Waren im Sommer 1928 auf den Großbaustellen noch 1.700 Arbeiter beschäftigt, so waren es im Sommer 1930 nur noch 1.000 und 1931 gar nurmehr 170 (83) - entsprechend schrumpften die Mitgliederzahlen der Bauarbeitergewerkschaft.

Relativ am stabilsten blieb die Eisenbahnergewerkschaft: In den Jahren 1923 bis 1929 hatte sie meist etwas über 1.700 Mitglieder, dann allerdings bröckelte auch hier der Mitgliederstand ab, 1932 waren es nur noch 1.142. Diese Verluste dürften vor allem mit der

Politik der in Bund und Land regierenden Christlichsozialen zusammenhängen, die – wie noch klar ersichtlich werden wird – immer stärkeren Druck auf gewerkschaftlich engagierte Eisenbahner ausübten. Die immer offenere Aufrüstung der Konservativen, der immer heftigere Einsatz von Gendarmerie und Heimwehr schwächte die Arbeiterbewegung.

In den letzten Jahren vor dem Ende der Republik, also etwa ab 1929, hat sich sicher auch die bedrohlich steigende Arbeitslosigkeit ausgewirkt und einige davor abgeschreckt, sich zu exponieren. Jedoch ist sowohl mit dieser allgemeinen Bemerkung als auch mit den bisherigen Analysen die Schwäche der Vorarlberger Arbeiterbewegung am Ende der Ersten Republik nicht geklärt. Denn die Mitgliederzahlen schrumpften nicht nur gegen Ende, sondern besonders stark auch während der ersten Jahre der Republik. Wenn man aber bedenkt, daß die Gewerkschaftsbewegung in Vorarlberg vor dem Ersten Weltkrieg extrem schwach entwickelt war – 1910 überschritt die Christliche Textilarbeitergewerkschaft mit 622 Mitgliedern ihren Höhepunkt, und 1908 hatten die Freien Gewerkschaften mit insgesamt 1.602 Mitgliedern ihr bestes Jahr (84) –, dann stellt sich die Frage anders. Es ist dann weniger verwunderlich, daß am Ende der Republik so wenige Arbeiter organisiert waren, sondern vielmehr, daß am Anfang die Gewerkschaftsbewegung derartig stark wurde.

Nach dem Ende des Krieges und dem Zusammenbruch der Monarchie war offenbar ein Hoffungsstrom auf die Sozialdemokratie zugekommen. Das war nicht ein Ergebnis grundlegender sozialer Veränderungen, sondern der politischen Atmosphäre. Da waren kaum einlösbare Erwartungen auf eine menschenwürdige Zukunft, auf Selbstbestimmung und direkte politische Teilhabe.

Die daraus entstehenden Probleme wurden von der Gewerkschaftsspitze zum Teil erkannt. So führte ein Redner vor dem 2. österreichischen Gewerkschaftskongreß in Wien 1923 aus:

"Die Massen sind mit großen Illusionen zu uns gekommen und beginnen nun, wenigstens an den Randgebieten, das Vertrauen in die eigene Kraft wieder zu verlieren. ... Daraus entsteht für die Gewerkschaften die pädagogische Aufgabe, dieses Vertrauen wieder zu festigen. Das ist vor allem eine Aufgabe des Bildungswesens" (85).

Aus dieser Konstellation entwickelte sich die widersprüchliche Politik des Austromarxismus. Die Bildungspolitik und die Kulturorganisationen sollten die Hoffnungen wachhalten und das Vertrauen in die Sozialdemokratie festigen; andererseits waren infolge der realen innen- und außenpolitischen Situation wenn

überhaupt nur kleine - reformistische - Schritte möglich (86). Dadurch wurden viele enttäuscht, sie fühlten sich um ihre Hoffnungen betrogen. Die Arbeiterorganisationen wurden schwächer, die reaktionären Kräfte stärker. Mangelnde Aktions- und Durchsetzungsfähigkeit führte zur Abkehr von immer mehr Arbeitern von den Gewerkschaften. Die schwindenden Mitgliederzahlen wiederum schwächten die Aktions- und Durchsetzungsfähigkeit. Noch einmal griff eine große Welle kollektiven Hoffens auf Vorarlberg über, die allerdings nicht vorwiegend Arbeiter erfaßte: der Nationalsozialismus mit seiner Ideologie einer "völkischen Revolution".

Arbeiterkammer und Betriebsräte

Die Arbeiterkammer

Die Geschichte der Vorarlberger Kammer für Arbeiter und Angestellte wurde von Gerhard Wanner bereits beschrieben, deshalb reicht hier eine knappe Darstellung aus. Ende Februar 1920 wurde vom österreichischen Nationalrat das Gesetz über die Errichtung von Kammern für Arbeiter- und Angestellte beschlossen, die dann 1921 rechtlich mit den seit 1850 bestehenden Handelskammern gleichgestellt wurden (87).

Die Arbeiterkammern sollten die wirtschaftlichen Interessen der in Gewerbe, Industrie, Handel, Verkehr und Bergbau tätigen Arbeiter und Angestellten vertreten und zur Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Arbeitnehmer beitragen. In ihrer konkreten Arbeit ergänzten die Arbeiterkammern die Tätigkeit der Gewerkschaften.

Sie betrieben vor allem durch die Kammer-Bibliotheken Bildungspolitik. So entstanden in Vorarlberg Büchereien in Bludenz, Feldkirch, Dornbirn und Bregenz sowie zahlreiche Wanderbüchereien zum Beispiel in Partenen, Nenzing, Frastanz, Hohenems, Thüringen und Wald am Arlberg. Die Christlichen Gewerkschaften, die sich zuerst gegen die Bibliotheken verwehrt hatten, da sie in ihnen "marxistische Brutstätten" vermuteten, änderten in der Folge ihre Meinung und stellten sich hinter diese Einrichtungen. Das könnte damit zusammenhängen, daß gesellschaftstheoretische Bücher kaum vorhanden und auch nicht sehr gefragt waren; die Leser bevorzugten Unterhaltung (88).

Wichtig waren die "Wirtschaftsberichte der Kammer für Arbeiter und Angestellte in Feldkirch" (89). Den Organisationen der

Arbeiterschaft wurde so die Möglichkeit geboten, ihre Arbeit zu überprüfen, Fort- und Rückschritte zu kontrollieren.

Aus der ersten Vorarlberger Arbeiterkammerwahl vom 23. und 24. April 1921 gingen die Freien Gewerkschaften in der Arbeitersektion mit 3.535 von 6.484 abgegebenen Stimmen (54,5 %) und 13 von 24 Sitzen als deutliche Sieger hervor. In der Angestelltensektion erreichten sie 427 von 1.392 Stimmen (30,7 %) und 2 von 7 Sitzen. In der Verkehrssektion, wo sie gegen eine christlich-deutschnationale Gemeinschaftsliste antraten, erreichten die Freien Gewerkschaften 386 von 504 Stimmen (76,6 %) und beide Mandate bei den Arbeitern sowie 1.667 von 2.437 Stimmen (68,4 %) und 5 von 7 Mandaten bei den Angestellten. Die Wahlen brachten den Freien Gewerkschaften mit 55,6 % der 10.818 abgegebenen gültigen Stimmen die absolute Mehrheit. Der Bludenzener Eisenbahner Wilhelm Sieß wurde zum ersten Kammerpräsidenten gewählt (90).

Der Wahlkampf für die folgenden – und in der Ersten Republik letzten – Arbeiterkammerwahlen vom 23. und 24. Oktober 1926 wurde zum Kulturkampf, in dem sich die Kirche mit aller Macht engagierte. Die Christlichen Gewerkschaften bekannten sich natürlich offen zum Bündnis mit dem Klerus, der mit Predigten und Rundschreiben in den Wahlkampf eingriff. Die Freien Gewerkschaften konnten angesichts dieser Mobilisierung des bürgerlich-konservativen Lagers ihre Positionen nicht mehr halten. Bei den Arbeitern erreichten sie nur 4.600 von 9.451 (48,7 %) und damit 12 von 25 Mandaten, bei den Angestellten 433 von 1.904 (22,8 %) Stimmen und 1 von 7 Mandaten. In der Sektion Verkehr, wo die Christlichen und die Deutsch-Nationalen Gewerkschaften nicht mehr gemeinsam kandidierten, erreichten die Freien Gewerkschaften bei den Arbeitern 243 von 381 Stimmen (63,8 %) und beide Mandate, bei den Verkehrsangestellten 1.385 von 2.253 (61,5 %) Stimmen und 5 von 7 Mandaten. Von den 13.979 abgegebenen gültigen Stimmen erhielten die Freien Gewerkschaften insgesamt 6.651 (47,6 %), die Christlichen Gewerkschaften 5.922 (42,4 %) und die Deutsch-Nationalen Gewerkschaften 1.406 (10 %). Die Freien Gewerkschaften verloren gegenüber 1921 2 Mandate und hielten nun 20, die Christlichen Gewerkschaften verbesserten sich um 2 Mandate auf 16, die Deutschen Gewerkschaften hielten mit 4 ihren Stand von 1921.

Die Konstituierung der Kammer bereitete bei dem gegebenen Gleichstand von bürgerlichen und sozialistischen Mandaten Schwierigkeiten. Erst am 19. Jänner 1927 wurde der bisherige Kammerpräsident Wilhelm Sieß, dessen Arbeit allgemein anerkannt wurde, wiedergewählt (91). Die Wahl im Jahre 1926 war die letzte in der

Ersten Republik, denn die Funktionsperiode wurde mit Rücksicht auf die Massenarbeitslosigkeit und aus Sparsamkeitsgründen bis 1933 verlängert.

Wilhelm Sieß mußte im Jänner 1934 seine Funktion zurücklegen. Denn zwischen Dezember 1933 und April 1934 wurden die Arbeiterkammern umgebaut, das heißt, in das "neue Österreich" des Austrofaschismus eingepaßt. Die Freien Gewerkschaften wurden nach den Februarkämpfen 1934 aufgelöst. Der neu entstandene Gewerkschaftsbund, als dessen Geschäftsstelle die Arbeiterkammer diente, war ein Teil des Systems und keine unabhängige Vertretung von Arbeiterinteressen (92).

Die Betriebsräte

Das am 14. Mai 1919 vom Nationalrat verabschiedete Gesetz über die Errichtung von Betriebsräten sah für Betriebe mit mehr als 20 Dienstnehmern die Wahl eines Betriebsrates vor, der in Personalangelegenheiten und verschiedenen sonstigen Fragen Mitspracherecht hatte. Die unkontrollierte Entscheidungsfreiheit des Unternehmers wurde zumindest auf dem Papier angetastet, den Arbeitnehmern wurde ein Ansatzpunkt für die Mitsprache im Betrieb geschaffen (93).

Die Freien Gewerkschaften definierten die Aufgaben der Betriebsräte durchaus innerhalb des kapitalistischen Systems. Der Betriebsrat sollte nicht nur der legitimierte gewerkschaftliche Vertrauensmann von früher sein, sondern überdies auf die Produktion und den Produktionsgang bestimmenden Einfluß nehmen, allerdings ohne hier anordnend einzugreifen. Dazu sollten regelmäßig Beratungen gemeinsam mit der Betriebsleitung stattfinden. Am Ersten Deutschösterreichischen Gewerkschaftskongreß vom November 1919 wurde bereits festgestellt, daß die Betriebsräte auch auf die Produktivität der Firmen Bedacht nehmen müssen, damit sie auf dem Weltmarkt bestehen können (94).

Die Industrie nützte diese Möglichkeit einer Kooperation mit der Belegschaft nicht. Der Gewerbeinspektor für Vorarlberg schrieb 1930 in seinem Bericht:

"Die Schwierigkeiten, für das undankbare Amt eines Betriebsrates geeignete Persönlichkeiten zu gewinnen, der häufige Personalwechsel und der Umstand, daß manche Arbeitgeber in den Mitgliedern des Betriebsrates mehr oder weniger nur Vertreter der Arbeiterorganisationen sehen und es ablehnen, mit diesen anderes als Wünsche und Beschwerden der Arbeiter zu

besprechen, verhinderten bisher die Entwicklung dieser Einrichtung" (95).

Vom 24. Juli bis 13. August 1919 fanden in Vorarlberg die ersten Betriebsratswahlen statt. In Betrieben mit 5 bis 20 Beschäftigten wurden ein bis zwei Vertrauensmänner und in Betrieben mit 20 bis 50 Beschäftigten drei Betriebsräte gewählt. Für je 100 weitere Beschäftigte war ein zusätzlicher Betriebsrat zu wählen (96). Ergebnisse dieser Wahlen konnten kaum eruiert werden.

Eine Ausnahme bilden zwei Wahlergebnisse der Vorarlberger Gendarmerie. 1925 stimmten 130 von 154 Gendarmen für die Freien Gewerkschaften, die damit alle 7 Mandate besetzten. Die Wahlen des Jahres 1927 standen dann im Zeichen massiver bürgerlicher Agitation: Es dürfe nicht einmal der Anschein bestehen, "daß der Mann, der durch seine Uniform die Staatsautorität verkörpert, der roten Partei angehört" - so das "Volksblatt" vom 5. November 1927. Die Freien Gewerkschaften erreichten aber immer noch 4 Mandate, die Christlichen Gewerkschaften 3 (97).

Beim österreichischen Bundesheer, einem Berufsheer, gewann 1923 der freigewerkschaftliche Militärverband in Vorarlberg mit 208 von 278 gültigen Stimmen alle 4 Mandate; ab 1926 aber gelang es ihm nicht mehr, auch nur ein einziges Mandat zu besetzen. Die anhaltenden Repressionen und die Umpolitisierung, die unter dem Vorwand der Entpolitisierung im Heer stattfand, wirkten sich aus (98).

Die Wahlbeteiligung an den Betriebsratswahlen war in Vorarlberg sehr gering. 1925 zum Beispiel wurde in kaum 30 Prozent der berechtigten Betriebe gewählt. In den Stickereien gab es überhaupt keine Betriebsräte oder Vertrauensmänner. Bei den Betriebsratswahlen 1926/27 erreichten dann die Christlichen Gewerkschaften in vielen Betrieben die Mehrheit. Die "Vorarlberger Wacht" führte das auf mangelndes Klassenbewußtsein der Vorarlberger Arbeiter zurück, bei denen der "Besitzinstinkt" über den "Klasseninstinkt" siegte (99).

Aber auch massive Repressionen durch die Unternehmer spielten eine Rolle. Der Betriebsratswahl 1932 in der Firma Ganahl in Feldkirch zum Beispiel ging die Entlassung von 120 Arbeitern voraus, die zum Großteil freigewerkschaftlich ausgerichtet waren. Der freigewerkschaftlichen Union der Textilarbeiter war jede Werbung im Betrieb bei Androhung der Entlassung verboten - die dem Heimatschutz nahestehenden und aus Industriekreisen finanzierte "Unabhängige Gewerkschaft" konnte ungestört im Betrieb agitieren. Das Wahlergebnis fiel entsprechend aus: Die "Unabhängige

Gewerkschaft" erhielt 65 Stimmen, die Union der Textilarbeiter 38 (100).

Streiks in Vorarlberg

Staatliche Institutionen, vor allem Behörden und Exekutive, engagierten sich in Arbeitskämpfen vor allem auf der Seite der wirtschaftlichen Macht. Wenn Ingenieur Douglas, der Leiter des Kohlenbergwerks Wirtatobel bei Bregenz, im September 1918 eine Militärpatrouille "requirierte" - so der Bericht des Gendarmeriepostens Langen vom 10. September 1918 (101) -, um auf diese Weise einen Streik der Bergarbeiter niederzuschlagen, dann war das keineswegs eine letzte Zuckung der Militärmonarchie. Douglas war nur der Anfang einer langen Reihe von Unternehmern und Unternehmensvertretern, die sich im Ernstfall auf den staatlichen Gewaltapparat verlassen konnten. Die Militärpatrouille mußte damals übrigens nicht einschreiten, da inzwischen wieder gearbeitet wurde; man hatte den Arbeitern versprochen, die Meherversorgung zu verbessern.

Der Schreiner und Möbelhändler Albert Niederer aus Dornbirn griff am 21. Dezember 1919 zum Telephon und rief bei der Vorarlberger Landesregierung an, man möge Vorkehrungen treffen, "daß eine Abwanderung dieser für die eigene Industrie unbedingt notwendigen Arbeitskräfte in das Ausland verhindert werde". Seine Arbeiter streikten nämlich um höhere Löhne und drohten noch dazu, nach Deutschland und vor allem in die Schweiz abzuwandern, weil dort viel mehr bezahlt werde (102). Niederer, der 1933 als Präsident des Handels- und Gewerbebundes und als zumindest verbal-radikaler Nationalsozialist wieder aktenkundig wurde (103), beschwerte sich 1919 besonders, daß seine Arbeiter streikten, obwohl er sie gebeten hatte, "nur solange nicht in Ausstand zu treten, bis die Arbeitgeber sich mit den Kunden beraten hätten, aber dieses Begehren wurde glatt abgeschlagen". Als die Christlichen Gewerkschaften mit dem Stickereiarbeiterstreik vom 22. März bis zum 4. April 1922 ihren bedeutendsten allein organisierten Arbeitskampf austrugen, wurde Gendarmerie eingesetzt. Die Gendarmen sollten die Auslieferung von Lagerbeständen ermöglichen, doch setzten sich die 450 Streikenden durch - vor allem, weil die Unternehmer Sympathiestreiks fürchteten. Die Christlichen Gewerkschaften gaben sich mit Lohnerhöhungen zufrieden und verzichteten auf die Einlösung der ursprünglichen Hauptforderung - den Abschluß eines Kollektivvertrages (104).

Der Besitzer der Bregenzer Uhrenfabrik Iselin & Cie. mit Namen Iselin holte die Gendarmerie, als 1920 streikende Arbeiter um seinen Betrieb standen, denn er fühlte sich bedroht. Iselin passierte nichts, und es ist anzunehmen, daß ihm auch ohne die zehn Gendarmen nichts passiert wäre, denn für Ruhe und Ordnung sorgten schon die Gewerkschaftsfunktionäre (105).

Im "Volksblatt" vom 1. Oktober 1922 findet sich die Mitteilung: "Wer Arbeit sucht, soll sich sofort in Bludenz am Bauplatze melden und sich von den roten Streikposten durch nichts von der Arbeitsaufnahme abhalten lassen." Die Streikbrecher wurden von einer Gendarmerieeinheit geschützt, die erst abzog, als der Streik offiziell abgebrochen und die Arbeit wieder aufgenommen wurde.

Trotz dieser Eingriffe bewahrten vor allem die jungen Arbeiter einen bemerkenswerten Willen zu Auseinandersetzungen. Es waren 88 Burschen und 13 Mädchen, die 1923 dem Direktor Stüssi von der Kammgarnspinnerei Offermann in Hard eine Lohnforderung von zehn Prozent überreichten, ohne zuvor die Gewerkschaft konsultiert zu haben. Als Stüssi deswegen die Forderung ablehnte, traten die Jugendlichen in den Streik. Die gesamte Belegschaft schloß sich an. Der Ausstand wurde auch nicht abgebrochen, als der sozialdemokratische Nationalrat Hermann Hermann und der Sekretär der Textilarbeitergewerkschaft Samuel Spindler den Abbruch herbeiführen wollten. Die Arbeit wurde erst nach einer zehnprozentigen Lohnerhöhung wieder aufgenommen. Bei diesem Streik intervenierten die zur Stelle geeilten Vertreter der Behörde, nämlich der Herr Bezirkshauptmann und ein Hofrat der Bezirkshauptmannschaft, für die Arbeiter. Sie befürchteten nämlich Unruhen, da sich Direktor Stüssi weigerte, in "seiner" Betriebsküche für die streikenden Arbeiter kochen zu lassen und 60 Arbeiter ohne Kost gewesen wären (106).

Das war nicht der erste wilde Streik in Vorarlberg. Schon im Mai 1921 hatten Arbeiter der Vorarlberger Kraftwerke ohne Zustimmung der Gewerkschaft den Strom abgeschaltet und höhere Löhne verlangt. Ihre Forderungen wurden fast augenblicklich erfüllt, aus "Liebe zum Volk und Sorge um Aufrechterhaltung der Ordnung", wie das "Volksblatt" am 11. und 12. Mai vermeldete.

Diese Streiks waren "wild", weil sie nicht dem gewerkschaftlichen Streikreglement entsprachen. Denn die Gewerkschaftsbewegung hatte gelernt, daß nicht nur spontane Kampfbereitschaft, sondern vor allem eine auf den "vier Eckpfeilern der Gewerkschaftsbewegung" - Überzeugungstreue, Opfermut, Solidarität, Disziplin - aufbauende Organisation Erfolge zuläßt (107). Trotz der relativ hohen Gewerkschaftsbeiträge - die Bauarbeiter etwa hoben

in der Woche einen Stundenlohn ein - war es den einzelnen Ortsorganisationen nicht möglich, längere Streiks allein zu finanzieren (108). Das Streikgeld mußte von übergeordneten Organisationen aufgebracht werden, und die verlangten eine gewisse Mitsprache.

Ein in der Ersten Republik oft angewandtes gewerkschaftliches Kampfmittel war die "Betriebssperre". Dabei wurde versucht, das Unternehmen vom Arbeitsmarkt zu isolieren, um die Verhandlungsposition der Arbeiterschaft zu stärken. Der Firmenleitung wurde die Möglichkeit genommen, unbequeme Arbeiter gegen willfähige auszuwechseln. Der "Zuzug" von Arbeitskräften sollte unterbunden werden. In einer Broschüre aus dem Jahre 1925 heißt es über die Betriebssperre, sie folge "manchmal erfolglosen Streiks ..., (werde) aber auch sonst verhängt ..., namentlich dort, wo der Gegner zu stark ist, als daß es ratsam wäre, mit einem Streik gegen ihn vorzugehen. Die Betriebssperre wurde in der Zeit vor dem Kriege häufiger angewendet als jetzt, besonders gegen Unternehmen, die jede freie Regung ihrer Arbeiter unterdrücken wollten" (109).

Die Sperre wurde in Vorarlberg häufig verhängt, war doch die Arbeiterbewegung hier besonders schwach und die Unternehmer-schaft recht militant. Deshalb konnte man in der "Vorarlberger Wacht" oft Aufrufe wie den folgenden vom 17. März 1919 lesen:

"Achtung, Arbeitslose! Die Arbeiter des Bergwerks Wirtatobel bei Bregenz befinden sich in einer Lohnbewegung. Zuzug ist daher fernzuhalten. Parteiblätter werden um Nachdruck dieser Notiz ersucht. Die Gewerkschaftskommission."

Ein weiteres Kampfmittel war die teilweise Arbeitsverweigerung - "go slow", "Dienst nach Vorschrift", "passive Resistenz". Die Arbeiter blieben dabei im Betrieb, sie arbeiteten auch, aber übertrieben genau, umständlich und langsam. Im Mai 1925 reagierten 160 Arbeiter der bei Bregenz gelegenen Schuhfabrik Krafft mit "go slow" auf die einseitige Kündigung des Kollektivvertrages durch die Firma, auf Akkordlohnkürzung, Einführung von sechs zuschlagfreien Überstunden und allgemeine Reduzierung des - gesetzlichen! - Überstundenzuschlages auf 25 Prozent. Im Gegenzug verlangten die Arbeiter eine Lohnerhöhung von 20 Prozent. Die Firmenleitung antwortete mit der schärfsten ihr zur Verfügung stehenden Maßnahme: der Aussperrung. Die Arbeiter durften nicht mehr arbeiten, bekamen auch nichts mehr bezahlt. Die Aussperrung dauerte vom 18. bis zum 29. Mai. Das genaue Ergebnis der abschließenden Verhandlungen ist nicht bekannt; jedenfalls war

es kein Sieg der Arbeiterschaft, denn die "Wacht" berichtete am 3. Juni nur von einem erträglichen Kompromiß (110).

In der Textilindustrie und den wenigen übrigen Industriebetrieben wurde ab 1925 nicht mehr gestreikt, nur mehr Bauarbeiter und Eisenbahner ließen sich noch einige Jahre auf Arbeitskämpfe ein. Der wohl letzte und zugleich der längste Streik in einem Industriebetrieb wurde im Sommer und Herbst 1924 in den Dornbirner Rüscherwerken von Metallarbeitern ausgetragen. Bei Rüscher wurden Maschinen gebaut. Im Sommer 1924 löste die Firmenleitung einseitig den Kollektivvertrag, gerade als der Betrieb mit dem Bau der Turbinen für das neue Wasserkraftwerk Gampadels einen vom Land Vorarlberg vergebenen Großauftrag in Arbeit hatte. Die 89 Arbeiter der Firma traten geschlossen in den Streik. In diesem Betrieb waren bereits während des Weltkrieges Arbeitskämpfe durchgestanden worden, als noch Rüstungsgüter produziert wurden und die Militärverwaltung über weit effektivere Druckmittel verfügte als die Firmenleitung 1924.

Die Arbeiter lebten vom geringen Streikgeld, doch sie erfuhren auch aktive Solidarität. Dornbirner organisierten am 14. Oktober eine große Kundgebung im Mohrensaal, und landesweit wurde zur Unterstützung der Streikenden gesammelt. Anfang Oktober, nach mehr als zwei Monaten Arbeitskampf, spitzte sich die Lage zu, als die Firmenleitung die Absicht kundtat, das Unternehmen zu liquidieren, wenn nicht in kurzer Frist die Arbeit zu ihren Bedingungen wieder aufgenommen werde. Das hätte vor allem die Entlassung jener zwölf Arbeiter bedeutet, die die Firmenleitung als Streikführer ausgemacht hatte. Die Belegschaft lehnte das Ultimatum ab und prompt wurden alle Arbeiter entlassen. Die meldeten sich darauf arbeitslos und suchten um Arbeitslosenunterstützung an. Ein angerufenes Schiedsgericht erklärte jedoch die Entlassungen für ungültig und befand, die Arbeiter befänden sich im Streik. Jetzt schaltete sich überraschend die Vorarlberger Landesregierung ein, und zwar zugunsten der Arbeiter. Denn sie befürchtete Verzögerungen beim Kraftwerksbau und setzte der Firmenleitung eine Frist, innerhalb derer der Arbeitskonflikt beigelegt und die Produktion wieder aufgenommen werden müsse, ansonsten werde den Rüscherwerken der Auftrag entzogen. Gegen Ende Oktober hatten die Arbeiter nach fast dreimonatigem Streik gesiegt: Ihr Grundlohn wurde erhöht, die Urlaubsansprüche blieben aufrecht, und keiner wurde entlassen (111).

Bauarbeiterstreiks

Die großen Baustellen zur Errichtung des Spullerseewerks der Bundesbahnen und der Kraftwerksanlage Vermunt der Vorarlberger Illwerke samt der damit verbundenen Illregulierung waren eigene abgelegene Welten im Gebirge. Zwischen 1920 und 1930 arbeiteten dort zwischen Frühling und Herbst meist weit über 1.000 Männer unter äußerst harten Bedingungen. Viele von ihnen waren Zuwanderer aus anderen Bundesländern, doch kamen zum Beispiel beim Bau des Spullerseewerks 1921 nach einer Schätzung des Gendarmeriepostens Wald/Dalaas immerhin über 700 der 940 Arbeiter direkt aus Vorarlberg (112).

Ob Zuwanderer oder Einheimische: Es waren junge Männer, die durch ihre Lebenssituation in den Bauarbeiterlagern aus ihren traditionellen Sozialbeziehungen gründlich herausgelöst waren. Sie wohnten dicht auf dicht in Baracken, aßen gemeinsam und verbrachten die Freizeit zusammen. Das und die gemeinsame Erfahrung von Schwerarbeit stifteten ein naturwüchsiges Gefühl von Zusammengehörigkeit, aus welchem sich leicht so etwas wie Klassenbewußtsein entwickelte, das in Arbeitskämpfen aktualisiert werden konnte.

An diesen besonderen Bedingungen wurde eine ganze Generation engagierter Arbeiterbetriebsräte geschult, von denen viele später wichtige Funktionen im sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsapparat einnahmen. So waren 1924/25 beim Bau des Spullerseewerks Betriebsräte: Anton Pichler, ab 1927 Sekretär der Bauarbeitergewerkschaft; Karl Würbel aus Schruns, später auch Betriebsrat beim Illwerke-Bau und nach dem Zweiten Weltkrieg sozialistischer Landtagsabgeordneter; Josef Schoder aus Feldkirch, nach dem Krieg Landtagsabgeordneter und Landesrat (113).

Die Bauarbeiter dieser Großbaustellen traten bis zuletzt, das heißt bis zur Beendigung der Arbeiten im Jahre 1930, in Arbeitskämpfe ein.

Beim Spullerseewerksbau im Klostertal wurde 1920, 1921, 1922 gestreikt; 1923 streikten nur die Metallarbeiter, 1926 wurden die Bauarbeiten abgeschlossen. Die Arbeiter bei den Kraftwerksbauten der Illwerke im Montafon streikten 1927 und 1929 (114). Die Gründe waren - mit Ausnahme von 1920 - Lohnforderungen und konkrete Probleme am Arbeitsplatz. 1920 ging es darum, einen Maurer von der Baustelle loszuwerden, der sich in einem Artikel über das Verhalten der sozialdemokratischen Bauarbeiter im christlichen "Vorarlberger Arbeiterblatt" abfällig geäußert hatte.

Der Artikelschreiber verabschiedete sich nach eintägigem Streik der 800 Arbeiter selbst von der Baustelle (115).

1921 erstreikten die 940 Arbeiter eine Lohnerhöhung und eine vierwöchige Kündigungsfrist, 1922 eine weitere Lohnerhöhung. Die Metallarbeiter erzwangen 1923 in einem Streik eine Lohnerhöhung, die den Bauarbeitern nach Verhandlungen bereits zugestanden worden war (116).

Auch 1927 und 1929 wurde hauptsächlich um höhere Löhne gestreikt. Der Streik des Jahres 1927 begann damit, daß sich am 24. Juni 381 der 398 direkt beim Kraftwerksbau beschäftigten Arbeiter in einer Urabstimmung für die Arbeitsniederlegung aussprachen. Kurze Zeit später schlossen sich ihnen die 600 Arbeiter an, die eine Transportbahn nach Partenen bauten. Nach mehr als einem Monat hatten sich die geschlossen auftretenden Arbeiter durchgesetzt, und ein neuer Kollektivvertrag wurde unterzeichnet (117).

Die Bauarbeiter bei diesen Großprojekten waren fast geschlossen und einheitlich in der Freien Bauarbeitergewerkschaft organisiert. Der Bezirkshauptmann von Bludenz äußerte sich 1925 lobend über die gute Organisation der Spullerseearbeiter: Sabotageakte seien dort nicht zu befürchten, weil "nach meinen beim Spullerseewerk gemachten Erfahrungen die Arbeiter dort selbst sehr gut organisiert, aber auch sehr gut geführt sind" (118).

Doch mußte diese einheitliche Organisation beständig neu erkämpft werden, gegen die Trägheit unpolitischer Arbeiter, aber auch gegen die rivalisierenden Christlichen Gewerkschaften. Um diese gewerkschaftliche Einigkeit zu erhalten, versuchten die Freigewerkschaftler, jeden Einfluß der Christlichen Gewerkschaften zu unterbinden. Dazu konnte man am 2. Juli 1927 in der "Vorarlberger Wacht" lesen:

"Beim Bau des Spullerseewerkes gab es von Anfang an nur eine einheitliche Organisation, die Baugewerkschaft, und alle Versuche der 'Christlichen', dort auch so etwas wie Gewerkschaft spielen zu können, scheiterten an der Einigkeit der Arbeiter. Die geschlossene Einigkeit bewirkte, daß die Lohn- und Arbeitsbedingungen für die dort beschäftigten Arbeiter stets annehmbare waren."

Im Juni 1927 beispielsweise demonstrierten Bauarbeiter beim Vermuntwerk gegen die Teilnahme von Christgewerkschaftern bei Lohnverhandlungen, da diese bei den Betriebsratswahlen kein Mandat erzielt und so auch keinen Verhandlungsauftrag hätten. Freigewerkschaftlich organisierte Bauarbeiter scheuten sich auch nicht, im Montafon gegen einen Sekretär der Christlichen

Bauarbeitergewerkschaft, "einen Reichsdeutschen namens Jobst" - so die "Wacht" vom 2. Juli 1927 -, handgreiflich zu werden, so daß Augustin Jobst unter Gendarmerieschutz das Montafon verlassen mußte. Der Landessekretär der Christlichen Gewerkschaften, Christian Eyring, räumte allerdings ein, Jobst möge an diesem Konflikt nicht ganz unschuldig gewesen sein. Jobst war schon im März desselben Jahres von Arbeitern aus einer Kantine in St. Gallenkirch im Montafon geworfen und dabei aufs Auge gehaut worden, weil er eine von Arbeitersekretär Anton Pichler aus Dornbirn und Betriebsrat Karl Würbel aus Schruns abgehaltene sozialdemokratische Wählerversammlung gestört hatte (119).

In diesem Zusammenhang wurde von der Landesregierung untersucht, ob die Behörden gegen sozialdemokratische Rechtsbrecher auch streng genug vorgingen und christlichsoziale Arbeiter beschützten. Der zuständige Richter wurde gebeten, "mit Verhaftungsaufträgen an die Gendarmerie nicht zurückzuhalten, damit die ständigen Konflikte innerhalb der Arbeiterschaft endlich ihr Ende finden" (120).

Der hohe Organisationsgrad der Freien Bauarbeitergewerkschaft war keineswegs selbstverständlich. Zum einen bemühten sich die Christlichen Gewerkschaften, Fuß zu fassen - sie errichteten in Partenen ein eigenes Arbeiterheim. Zum anderen war die Fluktuation sehr hoch, da im Winter die Arbeiten eingestellt waren; jedes Frühjahr mußten die Arbeiter neu organisiert werden.

1928 etwa war bei den Illwerken nur ein Drittel der insgesamt circa 1.200 Arbeiter gewerkschaftlich organisiert. Als im Juli die alljährlichen Lohnverhandlungen anstanden, wurde beschlossen, weitere Verhandlungen erst zu führen, wenn "eine durchgreifende Organisierung" stattgefunden habe. Erst dann werde die sozialdemokratische Baugewerkschaft wieder einen Vertreter nach Partenen entsenden. Die Unternehmer reagierten sofort auf die Schwäche der Gewerkschaft und drohten, alle in den Streik tretenden Arbeiter zu entlassen. Da mit einer großen Anzahl Arbeitswilliger zu rechnen war, stellte der Bezirkshauptmann von Bludenz auch Gendarmerieschutz für Streikbrecher in Aussicht. 1928 wurde jedenfalls nicht gestreikt, erst 1929 wieder, als die Gewerkschaft neu erstarkt war (121).

Mit dem Streikbeschluß vom 2. Juli 1929 reagierten die Arbeiter auf die von der Bauleitung bei den Lohnverhandlungen angewandte Verzögerungstaktik. Seit dem 15. März wurde bereits verhandelt, und es sah aus, als ob die Bausaison schneller zu Ende ginge als die Lohnverhandlungen. Die Arbeitgeber legten am Tage des Streikbeschlusses noch rasch ein neues Angebot vor, das eine



Die beim Bau des Vermuntwerks beschäftigten Arbeiter streikten vom 2. bis zum 24. Juli 1929; die Gewerkschaften organisierten die Verpflegung. Auf dem Plakat heißt es: "Wer kann uns aushungern?"



Baustelle im Hochgebirge: Errichtung der Staumauer Vermunt in der Silvretta, ca. 1928.

Erhöhung der Hilfsarbeiterstundenlöhne von 1,-- Schilling auf 1,10 Schilling vorsah. Auf den trotzdem gefaßten Streikbeschluß reagierten sie, indem alle Arbeiter ausbezahlt wurden; die Stehwoche - der als Kautions für Barackenbenützung und dergleichen einbehaltene Wochenlohn - wurde beim Gemeindeamt Gschurn hinterlegt, wo ihn die Arbeiter gegen Vorlage der Arbeitspapiere bekommen könnten. Das wäre allerdings einer Kündigung gleichgekommen, daher ging fast niemand darauf ein. Die Firmen sperrten auch die Kantine, wiesen den Arbeitern jedoch eine Baracke zu, wo sie selbst kochen konnten. Weiter kündigten sie die Wohnbaracken und drohten mit der Delogierung. Die Freien Gewerkschaften unterstützten ihre Mitglieder mit 1,03 Schilling und einer warmen Mahlzeit pro Tag. War bei Streikbeginn nur die Hälfte aller Arbeiter organisiert, so gelang es unter dem Druck des Streiks mühelos, alle zu erfassen.

Der Streik wurde am 24. Juli mit dem Abschluß eines Kollektivvertrages beendet, der in Einigungsverhandlungen unter dem Vorsitz von Landeshauptmann Dr. Otto Ender ausgehandelt worden war. Obwohl Ender eigentlich Eigentümervertreter war - das Land Vorarlberg hielt damals fünf Prozent der Illwerkeaktien, den überwiegenden Teil besaßen deutsche Kraftwerksgesellschaften -, vertrat er doch nicht engstirnig die Interessen der Baufirmen (122). Der Vorarlberger Landtag hatte sich schon im Frühjahr durch einen Beschluß auf die Seite der Bauarbeiter gestellt. Dort war festgehalten worden, daß die bezahlten Löhne nicht mit den Lebenshaltungskosten übereinstimmten. Dr. Ender in der Einigungsverhandlung:

"Der Landtag hatte die bestimmte Erwartung, daß man im Laufe des Frühjahres die Lohnverhandlungen ernstlich pflegen und durch einen Vertrag zum Abschlusse hätte bringen können. Die Bauunternehmungen wären hiebei bedeutend billiger weggekommen. ... Der Arbeiterschaft war nach Streikausbruch nicht ganz wohl und sie bat den Bundesrat Linder um meine Intervention. Linder wollte den Streik beenden helfen. ... Die Arbeiterschaft war bereit. Die Arbeitgeber dagegen hielten den Zeitpunkt für noch nicht gekommen. Diese Stellungnahme hielt ich für verfehlt" (123).

Ganz klares Streikziel war die Erhöhung der Stundenlöhne - und dieses Ziel wurde verteidigt. Die im Kollektivvertrag vom 24. Juli festgelegten Stundenlöhne entsprachen weitgehend dem von den Baufirmen bei Streikbeginn unterbreiteten Vorschlag. In den Einigungsverhandlungen wurde kaum mehr über Stundenlöhne diskutiert, jedoch um Nebenleistungen. Die von Anton Linder ge-

führte Gewerkschaftsdelegation erreichte schließlich, daß der von den Arbeitern für die Unterkunft pro Tag zu bezahlende Betrag von 20 auf 5 Groschen reduziert wurde, dafür verzichtete man auf eine Höhenzulage. Den Arbeitern wurde eine eigene Küche zugestanden, die dem Betriebsrat unterstehen sollte und für deren Errichtung die Baufirmen 1.500 Schilling zusagten, nachdem ihnen der Landeshauptmann versprochen hatte, sie würden diese Summe von den Vorarlberger Illwerken refundiert bekommen. Auch der Bezug und die Höhe des von den Baufirmen zu bezahlenden Krankengeldes wurde neu geregelt. Ein verunfallter oder erkrankter Arbeiter bekam – sofern er den Unfall nicht vorsätzlich oder durch grobe Fahrlässigkeit herbeigeführt hatte und seine Krankheit nicht die Folge von Trunkenheit oder einer Schlägerei war – die erste Woche zunächst gar nichts bezahlt, dann nur für die zweite und dritte Krankenhauswoche die Hälfte seines Normalverdienstes, innerhalb von vier Monaten jedoch höchstens einen Wochenlohn.

Etwas anders entwickelten sich die Dinge in den Hauptsiedlungsgebieten. Auch dort waren die Bauarbeitergewerkschaften aktiv, und auch dort konnten bis 1927 manche Arbeitskämpfe erfolgreich ausgetragen werden. 1927 dann scheiterten die Bauarbeiter des Bezirkes Bregenz in einem großen Arbeitskampf. Damit war die Streiktätigkeit der Bauarbeiter im Lande beendet. Nur die Illwerke-Arbeiter streikten – wie erwähnt – noch 1929; doch schon 1931 waren die Arbeiten an den Illwerken beendet, und ab diesem Jahre gab es in Vorarlberg praktisch keine freigewerkschaftlich organisierten Bauarbeiter mehr (124).

Die Bauarbeiter des Bezirkes Bregenz waren am 23. Juni 1927 in den Streik getreten, um dieselben Löhne zu erkämpfen, die die Dornbirner Bauarbeiter bereits im April in einem Streik durchgesetzt hatten. Am 21. Juni hatte im Gasthof Stern in Bregenz-Vorkloster am Vormittag eine Bauarbeiter-Versammlung stattgefunden. Im Anschluß daran waren 300 Arbeiter ins Stadtzentrum marschiert und hatten am Kornmarktplatz eine Kundgebung abgehalten (125). Als sie am Nachmittag wieder arbeiten wollten, untersagten ihnen die Baumeister das Betreten der Baustellen. Am 22. Juni wurde dann wieder gearbeitet. Am Abend jedoch beschlossen die Bauarbeiter im Gasthof Stern, am nächsten Tag zu streiken. Der Streikaufruf wurde am 23. jedoch nur mangelhaft befolgt. Mitten am Vormittag, um halb zehn Uhr, demonstrierte ein kleines Häuflein Bauarbeiter – 60 oder weniger – in der Innenstadt mit roten Fahnen und von Ordnern mit roten Armbinden begleitet. Am nächsten Tag allerdings arbeitete niemand mehr, außer treu

ergebenen Polieren, verängstigten Lehrlingen und einigen Streikbrechern. Dazu die "Vorarlberger Wacht" am 9. Juli: "Wohl haben sich dort einige Streikbrecher gefunden, die unter Gendarmerie- und Polizeischutz arbeiten und mittels Personenauto der Unternehmer zur Arbeit gebracht werden; diese werden jedoch an dem Ausgang des Streikes nichts ändern und für ihr Verhalten die verdiente Verachtung finden." Den ungefähr 350 streikenden Bauarbeitern schlossen sich noch 60 Maler und eine unbestimmte Zahl Holzarbeiter an.

Und doch mußte der Streik am 20. Juli nach fast einem Monat abgebrochen werden. Denn die Christlichen Gewerkschaften traten in separate Verhandlungen mit den Baufirmen ein, nachdem die Streikenden am 9. Juli in schriftlicher Abstimmung einen Kompromißvorschlag abgelehnt hatten, der von der Landesgewerkschaftskommission der Freien Gewerkschaften - Vorsitzender: Anton Linder - ausgehandelt worden war. Die Separatverhandlungen wurden mit einem Kollektivvertrag abgeschlossen, und die Christlichen Gewerkschafter beendeten den Streik. Darauf blieb den Freigewerkschaftern nichts anderes übrig, als dem Kollektivvertrag beizutreten.

Das Ergebnis des Streiks war ein Kompromiß in der Lohnfrage und ebenso in der Frage der wöchentlichen Arbeitszeit. Während für die beim Bau der Kraftwerke beschäftigten Arbeiter prinzipiell die 48-Stunden-Woche galt und nur witterungsbedingter Arbeitsausfall durch eine zweistündige Verlängerung der täglichen Arbeitszeit eingearbeitet werden mußte, Überstunden jedoch unverzüglich mit 50 beziehungsweise 100 Prozent Zuschlag ausbezahlt wurden, hatten jetzt die Arbeiter des Bezirks Bregenz in der Woche 52,5 Stunden zu arbeiten, und erst am Ende der Bausaison wurden die Mehrleistungen gegen die wegen schlechter Witterung entfallenen Stunden aufgerechnet und eventuelle Überstunden ausbezahlt (126).

Am längsten und nachhaltigsten streikten in Vorarlberg die Eisenbahner. Doch bei ihnen ging es nicht so sehr um Lohnerhöhungen und soziale Rechte. Ihre Kämpfe waren ein Teil des großen Ringens zwischen dem sozialistischen und dem christlich-konservativen beziehungsweise deutschnationalen Lager. Daher werden die Eisenbahnerstreiks auch erst zusammen mit dieser großen Auseinandersetzung behandelt.

Wirtschaftskrise, Beschäftigungskrise und Krise der Wirtschaftspolitik: Die große Arbeitslosigkeit am Ende der Republik

Wie tief politische Auseinandersetzungen auf das alltägliche Leben der Bevölkerung eingewirkt haben, läßt sich nur schwer ermessen und nur in Ausnahmesituationen – zum Beispiel an den heftigen Kundgebungen gegen die Rätebewegung im Frühjahr 1919 – aufzeigen. Fest steht aber, daß sich die große Krise am Beginn der dreißiger Jahre tief ins Bewußtsein der Vorarlberger eingepreßt hat – egal, durch welche Weltanschauung die Erfahrung dieser Krise interpretiert wurde. Keine der vorherrschenden Ideologien ist dabei unbeschädigt davongekommen: Von der Sozialdemokratie wandten sich viele ab, weil die Utopie einer klassenlosen Gesellschaft keine ausreichende Antwort auf die drängenden Probleme zu geben schien. Die katholisch-konservative Ideologie einer Rückkehr zum einfachen Leben der vorindustriellen Welt machte angesichts von Massenarbeitslosigkeit und Not niemandes Magen satt. Die Ernte fuhren die Nationalsozialisten ein, die mit einem aggressiven Programm und klar formulierten Feindbildern die Lösung der Krise versprachen.

WIRTSCHAFTSKRISE

Die in den ausgehenden zwanziger Jahren einsetzende weltweite Rezession traf Österreich besonders schwer, da ihre Auswirkungen hier durch gravierende Strukturschwächen sowie durch eine besonders hohe Außenhandelsabhängigkeit verstärkt wurden. Die österreichische Industrie war beispielsweise technisch auf einem weitaus niedrigeren Stand als die Industrie des Deutschen Reiches; nur in der Textilindustrie lag der Anteil der Löhne und Gehälter an den Gesteungskosten mit 21 Prozent auf dem deutschen Niveau, sonst – bei weit niedrigeren Löhnen – immer darüber (1).

Vorarlberg war eines der Zentren der österreichischen Textilindustrie. 1923 wurden insgesamt 292 Textilbetriebe mit 11.223 Beschäftigten gezählt, davon 133 Betriebe und 5.768 Beschäftigte

im Gerichtsbezirk Dornbirn, 127 Betriebe mit 1.784 Beschäftigten im Gerichtsbezirk Feldkirch, 22 Betriebe mit 2.453 Beschäftigten im Gerichtsbezirk Bregenz und 10 Betriebe mit 1.218 Beschäftigten im Gerichtsbezirk Bludenz.

Werden die Zahlen der Webstühle der Vorarlberger Mitglieder des Vereins der Baumwollspinner und -weber aus den Jahren 1922, 1929 und 1936 verglichen, so zeigt sich eine stetige Aufwärtsentwicklung, die auch durch die Krise 1930 bis 1934 nicht unterbrochen wurde. 1922 standen bei den neun Firmen 3.516 Webstühle, 1936 5.515, das bedeutet eine Zunahme von 64 Prozent.

Die größte Firma war F. M. Hämmerle in Dornbirn, die fast ein Drittel der Webstühle besaß. F. M. Hämmerle und die zweitgrößte Firma, Getzner, Mutter & Cie., betrieben mehr als die Hälfte aller Vorarlberger Webstühle. Alle Firmen, mit Ausnahme von David Fußenegger in Dornbirn, expandierten zwischen 1922 und 1936. Einigen gelangen besonders bemerkenswerte Kapazitätsausweitungen: F. M. Hämmerle mit 53 %, Getzner, Mutter & Cie. mit 96 %, Carl Ganahl & Co mit 76 %, Franz M. Rhomberg mit 78 % und der Hohenemser Weberei und Druckerei mit 230 %. Das ist wohl das Erstaunliche: Fast alle Firmen expandierten auch zwischen 1929 und 1936 - also in den Jahren der Krise (2).

Webstühle bei Vorarlberger Mitgliedern des Vereins der Baumwollspinner und -weber

<u>Firma</u>	<u>1922</u>	<u>1929</u>	<u>1936</u>
F.M. Hämmerle	1260	1837	1937
Getzner, Mutter & Cie.	556	520	1088
Textilwerke Schindler	460	410	532
Carl Ganahl & Co.	306	450	540
Ing. R. Kastner	300	305	375
Franz M. Rhomberg	176	341	313
Herrburger & Rhomberg	268	290	284
Hohenemser Weberei u. Druckerei	90	279	297
<u>David Fußenegger</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>99</u>
Summe	3516	4532	5515

Die Anzahl der Baumwollspindeln in Vorarlberger Spinnereien wuchs 1921 bis 1934 von 208.912 auf 230.990. Dabei fällt auf, daß diese Zunahme gerade im Krisenjahr 1931 stattfand, zu einer Zeit, als sich die Zahl der Spindeln österreichweit stark verringerte. Der Anteil Vorarlbergs an der österreichischen Baumwollgarnproduktion stieg von durchschnittlich 20 % in den Jahren

1921 bis 1927 auf 27,9 % 1934. Die Jahre der größten Zunahme waren 1929/30 mit 4,3 und 1930-32 mit 1,9 Prozentpunkten.

Da die Zahl der Spindeln sich von 1932 bis 1936 nicht mehr erhöhte, die Garnerzeugung in Vorarlberger Baumwollspinnereien jedoch von 5.311 Tonnen 1930 um 94 Prozent auf 10.302 Tonnen 1936 stieg, muß angenommen werden, daß die Vorarlberger Textilindustrie in der Krise große Modernisierungs- und Rationalisierungsinvestitionen tätigte - es war die Zeit der beginnenden Automatisierung (3). Es ist festzuhalten, daß zwischen 1929 und 1936 eine relativ hohe Arbeitslosigkeit (vgl. die Aufstellung im Anhang) - bis zu 3.300 arbeitslose Textilarbeiter! - mit großen Rationalisierungsinvestitionen parallel lief (4).

Während der kurzfristige Zusammenbruch des Welthandels keineswegs zu einem Zusammenbruch der Textilindustrie führte, steckte die Stickerei während der ganzen Ersten Republik in einer schweren Krise. Die Vorarlberger Stickereibetriebe waren größtenteils sehr kleine Familienbetriebe mit oftmals nur einer Stickmaschine; 1927 gab es nur 28 Betriebe, die mehr als 20 Arbeiter beschäftigten, und 1934 gar nur mehr fünf (5).

Die genaue Zahl der Sticker und Stickarbeiter kann kaum festgestellt werden, denn in den Familienbetrieben wurden je nach Auftragslage mehr oder weniger Familienmitglieder oder Verwandte in den Produktionsprozeß eingebunden. Es gibt daher - auf der Grundlage des Maschinenparks - nur Schätzungen der Maximalzahl der Beschäftigten bei Vollbeschäftigung.

Danach wären 1910 in der Kettenstichstickerei 3.300, in der Handmaschinenstickerei 5.000, in der Schiffchenstickerei 3.500, also insgesamt 11.800 Menschen beschäftigt gewesen; 1920 nur noch insgesamt 6.700. Der Beschäftigungseinbruch war vor allem in der Handmaschinenstickerei erfolgt, wo nur noch 1.500 Beschäftigte geschätzt wurden. Bis 1930 reduzierte sich die Zahl der Arbeitsplätze für Handmaschinensticker noch einmal auf ein Drittel: Nur noch 500 wurden bei Vollbeschäftigung geschätzt. 1930 hätten bei Vollbeschäftigung noch 1.000 Kettenstichsticker und 2.800 Schiffchensticker Arbeit gefunden.

Eine andere Angabe bezieht sich auf die tatsächlich beschäftigten Sticker, und hier zeigt sich die katastrophale Auswirkung der Absatzkrise am deutlichsten: 1934 arbeiteten 853 Sticker - 1900 waren es noch über 12.000 gewesen. Auch im besten Nachkriegsjahr, 1928, hatte nur ein Drittel der vor dem Krieg arbeitenden Sticker Beschäftigung gefunden. Das hing neben der Absatzkrise mit der Automatisierung der Stickerei zusammen. 1929 wurde mit 846 Automaten der Höchststand erreicht. Viele Sticker wandten sich

in diesen Jahren einem anderen Produktionszweig zu, der Strickerei und Wirkerei. Die dazu notwendigen Strick- und Wirkstühle ließen sich in den Sticklokalen aufstellen, und so konnte die alte, von Familienbetrieben dominierte Produktionsstruktur aufrechterhalten werden (6).

Die Vorarlberger Stickerei war zu einem großen Teil Lohnstickerei für Schweizer Unternehmen. Stickböden wurden zur Veredelung nach Vorarlberg gebracht und nach dem Besticken wieder in die Schweiz ausgeführt. Die Sticker wurden nach Stichen bezahlt. Die Überkapazitäten führten zu einem Preisverfall, mit niedrigen Preisen wurde um Aufträge gekämpft: 1927 zahlten die Auftraggeber für 100 Stiche 31 bis 32 Schweizer Rappen, 1929 noch 26 bis 29, 1932 aber nur noch 13 bis 14 (7).

Schweizer Sticker fürchteten die Konkurrenz des Billiglohlandes Vorarlberg. Sie griffen zur Selbsthilfe und unterbanden 1932 durch eine Grenzblockade gewaltsam den Veredelungsverkehr mit Vorarlberg. Von Jänner bis Ende Oktober 1932 erhielten die Vorarlberger Sticker im Monatsdurchschnitt 4.340 kg Ware zur Veredelung, vom 1. bis 20. November nur noch insgesamt 84,6 kg. Den Rückgang der Ausfuhr von Baumwollstickerei sowohl nach Menge als auch nach Wert belegen folgende Zahlen: 1928 wurden 26.692 Meterzentner im Wert von 78 Millionen Schweizerfranken ausgeführt, 1931 nur noch 14.157 Meterzentner im Wert von 36 Millionen Franken, vom 1. Jänner bis zum 1. Oktober 1932 gar nur noch 8.683 Meterzentner im Wert von 19 Millionen Franken (8).

Die Stickereikrise war nicht ausschließlich durch die Weltwirtschaftskrise bedingt, wenn auch durch diese die Ausfuhr von Stickereien sehr erschwert war.

Die Bauwirtschaft wurde jedoch von der Wirtschaftskrise voll getroffen. Es wurden kaum mehr Häuser gebaut. Da auch die öffentliche Hand nicht genügend Aufträge erteilte, ja sogar noch der Ausbau der Wasserkraft nach Vollendung des Vermuntprojekts 1931 eingestellt wurde, machten arbeitslose Bauarbeiter in den Wintern ab 1930 das größte Arbeitslosen-Kontingent aus. Doch auch im Sommer - und das ist deutliches Zeichen für einen Konjunktur-Einbruch - waren 1932 und 1933 über 2.000 Bauarbeiter arbeitslos (9).

Davon waren auch die Zulieferindustrien betroffen. So mußte das Zementwerk Lorüns 1931 für einige Zeit den Betrieb einstellen, ungefähr 100 Arbeiter wurden entlassen. Die Herstellung von Mauerziegeln ging um 75 Prozent zurück. Einzig Röhren für Trockenlegungsarbeiten wurden vermehrt produziert, da Drainagen

typische Notstandsarbeiten waren wie auch Wildwasserverbauung und Straßenbauten (10).

Im Handel bewirkte die Wirtschaftskrise eine Umstrukturierung. Vor allem Kleinbetriebe mußten zusperren. Zwischen 1910 und 1934 war die Zahl der Handelsbetriebe von 1.200 auf 2.517 angewachsen. Bis 1934 mußten über 600 Betriebe zusperren; die Zahl der im Handel unselbständig Beschäftigten sank jedoch nur um 272 auf 2.032 (11).

Der Fremdenverkehr war der weitaus dynamischste Wirtschaftszweig, allerdings auch ein sehr empfindlicher, da er von der Entwicklung der wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen im Ausland, vor allem im Deutschen Reich, abhängig war. Die Grenzen waren in den ersten Nachkriegsjahren mehr oder weniger hermetisch geschlossen gewesen, teils wegen der im Lande herrschenden Nahrungsmittelknappheit, teils aus Angst vor Unruhestiftern aus dem linken Lager. 1918 und 1919 wurde auch der Arlberg zum Grenzpaß; dort durfte nur einreisen, wer entweder ein gültiges Visum für die Schweiz besaß und Vorarlberg sofort wieder verließ oder wer über eine Einreisegenehmigung der Landesregierung verfügte (12). Doch ab 1922, als sich der Grenzverkehr langsam wieder normalisierte, explodierten die Nächtigungszahlen: 1922 noch unter 100.000, 1924 fast 400.000, 1928 ungefähr 800.000.

Zwischen 1928 und 1936 folgte eine unruhige Phase; die Nächtigungszahlen schwankten zwischen 700.000 und gut 500.000 pro Jahr. Dafür waren sowohl wirtschaftliche Rahmenbedingungen verantwortlich - die sogenannte Weltwirtschaftskrise -, als auch politische - nach der Machtübernahme der NSDAP 1933 übte Deutschland immer stärkeren wirtschaftlichen Druck auf Österreich aus. Die "Tausendmarksperr" - deutsche Bürger mußten bei der Ausreise nach Österreich eine Abgabe von 1.000 Reichsmark leisten - war mindestens im selben Maße wirtschaftlich bedingt - das Deutsche Reich suchte den Devisenabfluß zu mindern - wie politisch - die Machtübernahme der NSDAP in Österreich sollte vorbereitet werden. Die "Tausendmarksperr" hatte jedenfalls große Bedeutung für die politische Entwicklung in Vorarlberg: Die meisten Handels- und Gewerbetreibenden erwarteten sich nichts mehr vom selbständigen - austrofaschistischen - Österreich, sondern alles vom dynamischen nationalsozialistischen Deutschland.

Wirtschaftlich hatte die Sperre für Vorarlberg keine katastrophalen Auswirkungen, da der moderne Trend zum Winterurlaub gerade in diesen Jahren zum Aufbau einer zweiten Saison führte - es beginnt die große Zeit des Arlbergs, vor allem aber des

Kleinwalsertals, das als Zollausschlußgebiet begünstigt war. Es gelang auch, durch großangelegte Werbekampagnen Gäste aus anderen Teilen Europas ins Land zu bringen. 1936 konnte nach dem Ende der "Tausendmarksperrre" - andere Restriktionen von deutscher Seite erschwerten weiterhin die Devisenausfuhr - mit ungefähr 850.000 Nächtigungen ein neuer Rekord registriert werden. Nach dem "Anschluß" strömten 1938 urlaubs- und nahrungsmittelhungrige Deutsche in Massen ins Land - 1,2 Millionen Jahres-Nächtigungen wurden gezählt.

Besonders die Jahre zwischen 1930 und 1935 brachten für die auf mittelständische deutsche Sommergäste ausgerichteten Regionen - Montafon, Brandnertal, aber auch Bregenz - einen empfindlichen Rückschlag, sodaß man durchaus von krisenhaften Erscheinungen in der Fremdenverkehrswirtschaft sprechen kann. Diese Krise war zwar auch strukturell bedingt, da sich die hauptsächlich betroffenen Gebiete nicht rasch genug auf den aufkommenden Wintertourismus eingestellt hatten, größtenteils aber durch die veränderten wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen in den Herkunftsländern (13).

Für den Wandel von Wirtschaft und Gesellschaft im Vorarlberg der Ersten Republik war neben anderen Faktoren der Ausbau der Wasserkraft von maßgebender Bedeutung. Er veränderte die Landschaft nicht nur topographisch, sondern auch politisch und sozial - ähnlich wie es die großen Verkehrsbauten im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts getan hatten.

1920 hatten die Vorarlberger Kraftwerke 12.317 Abnehmer, 1934 bereits 33.049. Damit begann die Technisierung der Haushalte: 1930 waren die ersten 50 Elektroherde installiert, 1935 bereits 841. Nun konnte aber auch der Einstieg ins "Kommunikationszeitalter" beginnen: Die ersten Radiogeräte wurden aufgestellt und 1934 begann der Landessender mit der Ausstrahlung eines Rundfunkprogramms (14).

Während der Gasverbrauch in Vorarlberg mit 1,4 bis 1,5 Millionen Kubikmeter in den Jahren 1930 bis 1938 ziemlich konstant blieb und sich auch gegenüber den Jahren 1915/19 - also den Kriegsjahren - nur um 64 Prozent erhöhte, verdreifachte sich der Stromverbrauch von 26 Millionen Kilowattstunden im Jahresdurchschnitt 1919 bis 1921 auf 82 Millionen Kilowattstunden 1935. 39 der 82 Millionen wurden 1935 von großen Firmen mit eigener Stromerzeugung - wie den Textilwerken Getzner, Mutter & Cie., Carl Ganahl & Co., Franz M. Rhomberg, F. M. Hämmerle, Schindler und den Vorarlberger Zementwerken - selbst erzeugt und ver-

braucht, 43 Millionen Kilowattstunden wurden von Elektrizitätsversorgungsunternehmen an Verbraucher abgegeben (15).

Im Wirtatobel bei Bregenz gibt es geringe Braunkohlevorkommen, auf die in Notzeiten immer wieder zurückgegriffen wurde - so in den ersten beiden Jahren nach dem Ersten Weltkrieg, als die Kohle so knapp war, daß nur noch Züge mit lebenswichtigen Gütern verkehrten und auch die Stromerzeugung in kalorischen Kraftwerken drastisch eingeschränkt werden mußte. Das Dampfkraftwerk Rieden/Bregenz zum Beispiel mußte seinen Betrieb zeitweilig einstellen; an drei Wochentagen erfolgten tagsüber gänzliche Stromabschaltungen in den Haushalten, Lichstrom wurde an den restlichen Wochentagen nur von 5.30 Uhr früh bis 22 Uhr abends geliefert. 1921 war die Versorgung mit hochwertiger und billiger Kohle bereits wieder so gut, daß das Bergwerk, das von 1917 bis Mai 1921 24.657 Tonnen minderwertige Braunkohle gefördert hatte, seinen Betrieb wieder einstellen konnte. 1932 wurde es dann wieder in Betrieb genommen und förderte geringe Mengen (16).

Die Vorarlberger Kraftwerke AG

1922 wurde die Elektrizitätsversorgung Vorarlbergs durch rund 20 Werke sichergestellt, die sich bis auf drei in Privatbesitz befanden. 1929 kaufte das Land Vorarlberg gemeinsam mit den 21 von den VKW versorgten Gemeinden den Schweizer Anteilseignern - hier vor allem der Watt AG, hinter der die Elektrobank Zürich stand -, das damals größte für die öffentliche Stromversorgung tätige Unternehmen, die Vorarlberger Kraftwerke AG, um über sieben Millionen Schweizerfranken ab. Der Betrag wurde durch eine von der Schweizer Kreditanstalt plazierte Obligationsanleihe aufgebracht. Das Land übernahm 53 Prozent der Aktien, die 21 interessierten Gemeinden übernahmen 33 Prozent und Private 14 Prozent.

Die Vorarlberger Kraftwerke AG waren 1928 gegründet und mit der Vorarlberger Kraftwerke GmbH fusioniert worden, um den Verkauf zu erleichtern. Das Land hatte bereits seit etwa 1925 eine starke Stellung in der Vorarlberger Elektrizitätswirtschaft inne, da es zu 51 Prozent an der Vorarlberger Landes-Elektrizitäts-Aktiengesellschaft (Voleag) beteiligt war, die 1925 die Landessammelschiene und das Gampadelswerk in Betrieb nehmen konnte. 1938 wurde die Voleag von den VKW übernommen. Die Mittel zur Beteiligung an

der Voleag wurden durch eine Energieabgabe aufgebracht, die 1923 bis 1926 eingehoben wurde.

Die Bedeutung der VKW für die Stromversorgung des Landes bestand nicht nur im Verteilernetz und der Landessammelschiene, sondern auch in der Stromerzeugung. Von den 42 Millionen Kilowattstunden, die 1930 von Energieversorgungsunternehmen abgegeben wurden, erzeugten die VKW 28 Millionen.

Die Vorarlberger Illwerke

Die Vorarlberger Illwerke wurden als Ges.m.b.H. 1924 auf Grund eines 1922 abgeschlossenen Landesvertrages gegründet. Dieser Vertrag mit den Oberschwäbischen Elektrizitätswerken und der Bündner Kraftwerke AG war das Ergebnis langjähriger Verhandlungen und Überlegungen, wie das Wasserkraftpotential Vorarlbergs so erschlossen werden könne, daß dem Lande selbst Vorteile erwachsen. Besondere Verdienste um die Erschließung der Wasserkräfte und die Gründung der VIW erwarb sich der Priester, Volkswirtschaftler und Landtagsabgeordnete Barnabas Fink. Der Landesvertrag bezog sich hauptsächlich auf zwei Gesellschaften, einmal auf die "kleine Gesellschaft", die ausschließlich auf das Land Vorarlberg ausgerichtet war (Voleag, später VKW), und auf die "große Gesellschaft" (VIW), die Spitzenstrom produzieren und exportieren sollte. Die Vorteile für das Land waren verschiedener Natur: Einmal wurde durch diesen Vertrag die Stromversorgung gesichert, da die ausländischen Vertragspartner verpflichtet wurden, der kleinen Gesellschaft ein beträchtliches Darlehen zum Ausbau des Stromnetzes und des Gampadelswerkes zu gewähren. Dann war das Land auch an den VIW beteiligt, da es die Vorarbeiten an der oberen Ill und am Lünensee zum Selbstkostenpreis einbrachte. Das Land erhielt weiters von den ausländischen Partnern für die jeweiligen Konzessionserteilungen einen Betrag von zwei Franken pro geplanter Brutto-PS sowie einen jährlichen Wasserzins von ebenfalls zwei Franken pro Brutto-PS. Von großer Bedeutung war auch, daß Vorarlberg ein Drittel des erzeugten Stromes selbst beziehen konnte und davon nur die Hälfte zum Gesellschaftspreis zu bezahlen hatte, während für die andere Hälfte die Gesteungskosten berechnet wurden. Die Konzessionsdauer beträgt 80 Jahre, nach deren Ablauf die Anlagen dem Land Vorarlberg zufallen werden.

1927 wurde die Ges.m.b.H. in eine AG umgewandelt, deren Stammkapital 20 Millionen Schilling betrug. Das Land Vorarlberg

hielt 5 Prozent der Aktien, das Land Württemberg 15 Prozent, die Oberschwäbischen Elektrizitätswerke 27,5 Prozent, die Württembergische Sammelschiene AG 5 Prozent und die Großkraftwerke Württemberg AG Ludwigsburg 47,5 Prozent. Deutsche Elektrizitätswerke errichteten so vorwiegend mit fremdem Kapital - 1929 wurde zum Beispiel eine Anleihe in der Höhe von zwei Millionen Pfund in England aufgenommen - in Vorarlberg Kraftwerke. Von den 1930/31 erzeugten 103 Millionen Kilowattstunden wurden folgerichtig 99,95 Prozent exportiert.

Die Illwerke waren darüber hinaus mit den großen Staumauer- und Kraftwerksbauten - Vermuntwerk, Lünensee - ein bedeutender Arbeitgeber. Hier muß auch auf die Österreichischen Bundesbahnen verwiesen werden, die zur Elektrifizierung der Arlbergbahn in den zwanziger Jahren den Spullersee stauten und die dazugehörigen Kraftwerksanlagen im Klostertal bauten. Diese Großbaustellen belebten Vorarlberger Talschaften - Montafon, Klostertal, Brandnertal - und hinterließen infrastrukturelle Einrichtungen wie die Montafonerbahn. Sie trugen mit dem Fremdenverkehr dazu bei, die Armut im Montafon zu mindern, die sehr lange Zeit die Talschaft zum Abwanderungsgebiet gemacht hatte. Zeitliche Arbeitsauswanderung hatte jene Familien erhalten, denen die Landwirtschaft wegen der begrenzten kultivierbaren Flächen kein Auskommen bot. Teilweise waren Familien auch ganz ausgewandert (17). Mit dem Erreichen der ersten Ausbaustufe der Illwerke wurden die Arbeiten 1930/31 eingestellt, nach dem "Anschluß" jedoch sofort wieder aufgenommen. Ganz offensichtlich wollten ab 1933/34 die deutschen Firmen keine weiteren Projekte in Österreich durchführen, um den sich dem großen Deutschen Reich entziehenden Kleinstaat wirtschaftlich nicht zu entlasten. Jedoch wurde weiter geplant, und gleich nachdem Österreich ins Reich "heimgeholt" worden war, begannen die Illwerke mit dem Bau von Rodund I, Latschau, Obervermunt und dem Speicher Silvretta. Während Angehörige der "Herrenrasse" planten und beaufsichtigten, schufteten auf den Baustellen Tausende Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter - teilweise unter kaum vorstellbaren Bedingungen und oft mit dem Einsatz ihres Lebens. Doch davon ist in den Hochglanzbroschüren des seit dem Zweiten Weltkrieg der Republik Österreich und dem Land Vorarlberg gehörenden Unternehmen nichts zu finden, so penibel sie auch sonst die Entwicklung dokumentieren. Es macht den Anschein, als hätten die demokratischen Institutionen der Republik Österreich mit den deutschen Aktien nach dem Krieg auch die Verpflichtung der Verdrängung übernommen (18).

Dieser knappe Überblick über die Wirtschaftsentwicklung in der Ersten Republik zeigt wohl Symptome einer großen Krise ab 1930, ohne daß dafür jedoch eine einheitliche Ursache deutlich geworden wäre. Die Textilindustrie investierte und entließ gleichzeitig Arbeitskräfte, Die Bauwirtschaft lag darnieder, weil einerseits die öffentliche Hand keine regulären Aufträge mehr vergab - allerdings sehr wohl Notstandsarbeiten, die wegen praktisch entfallender Lohnkosten sehr viel billiger kamen -, andererseits weil der Ausbau der Wasserkraft von den deutschen Eigentümern aus politischen Gründen gestoppt wurde. Die Expansion der Fremdenverkehrsindustrie wurde gehemmt, weil wirtschaftliche und politische Verhältnisse die Deutschen an der Ausreise nach Österreich behinderten. Das und noch viele weitere Einzelfaktoren sowie unterschiedliche Rückkoppelungseffekte - zum Beispiel Kaufkraftminderung durch Arbeitslosigkeit - machten die Wirtschaftskrise aus.

BESCHÄFTIGUNGSKRISE

Am 16. Jänner 1932 tippte ein Beamter des Gendarmeriepostens Vorkloster/Bregenz folgenden Bericht in seine Schreibmaschine (19):

"Am 15. 1. 1932 um ca. 16.30 Uhr entstand in der Fabrik Elektra in Rieden zwischen dem Betriebsleiter Rudolf Frühstück und dem Schlosser Franz Sotrovic infolge Kündigung des Arbeitsverhältnisses eine kurze Auseinandersetzung, in dessen Verlauf Sotrovic einen Revolver zog und auf ganz kurze Distanz auf den Frühstück 3 oder 4 Schüsse in die Brust abgab. Frühstück vermochte noch einige Schritte zu flüchten. Sotrovic gab sich dann ebenfalls selbst einen Schuß, worauf die Pistole nicht mehr funktioniert haben dürfte, weshalb er an der elektrischen Hochspannung Selbstmord begehen wollte, der ebenfalls nicht gelang, weil die Mitarbeiter seine Absicht wahrnehmen konnten und den Strom ausschalteten. Auf dieshin lief Sotrovic in den 1. Stock und sprang vom Fenster auf die Straße, bzw. Fabriksweg, wo er in schwer verletztem Zustande liegenblieb. Frühstück wurde mittels eines Privatautos in das Stadtspital Bregenz überführt und ist während des Transportes seinen Verletzungen erlegen.

Sotrovic wurde mittels Rettungsauto in das Stadtsptial gebracht und ist dort um 18.30 Uhr gestorben.

Die Ursache war folgende: Am 15. 1. 1932 nachm. wurde in der Fabrik Elektra wegen Arbeitsmangel 3 Arbeitern gekündigt, wobei auf die Jüngsten und Ledigen gegriffen wurde, worunter es auch Sotrovic traf, was ihm vom Werkmeister Alois Sporeni mitgeteilt wurde, weshalb Sotrovic in maßlose Erregung geriet."

Rudolf Frühstück war erst seit kurzem in Bregenz; er hatte den Auftrag, den Betrieb zu reorganisieren und Rationalisierungsmaßnahmen durchzuführen - wohl nicht zur Freude der Arbeiter. Wenige Tage nach dem schrecklichen Ereignis wurde ein Arbeiter der Firma Elektra angezeigt, weil er über den Hauptaktionär Dr. Schindler und den technischen Leiter Dr. Skutta gesagt hatte: "Es hätte halt sollen ein 2ter Sotrovic hier sein, der den Revolver gezogen und die zwei niedergeknallt hätte" (20).

In diesen Jahren entdeckten Sozialwissenschaftler und Politiker, daß Arbeitslosigkeit nicht nur ein vermindertes Familieneinkommen bedeutete, sondern Auswirkungen auf das gesamte Lebensgefühl der Betroffenen hatte. Die Industrielle Bezirkskommission Bregenz und deren Leiter, der sozialdemokratische Landesrat Fritz Preiß, listen im Vorspann zu einem Antrag auf Schaffung von Arbeitsplätzen in einem Großprojekt zur Trockenlegung des niedrigen Rheintales zuerst die Kosten auf, die der Volkswirtschaft durch die Arbeitslosigkeit und die Versorgung der Arbeitslosen entstünden. Dann gehen sie auf die psychologischen Gesichtspunkte ein (21):

"Gibt die finanzielle Entwicklung der Arbeitslosenfürsorge schon ein erschütterndes Bild der schweren Wirtschaftskrise, und ihrer Folgeerscheinungen, so sind doch noch viel ernster zu beurteilen, die moralischen Wirkungen dieser Massenarbeitslosigkeit. Hunderte und Tausende von jungen Leuten zwischen dem 16. und 25. Jahre und darüber hinaus stehen, gleich viel ob mit oder ohne Unterstützung, seit Jahren ohne Arbeit. Es gibt gegenwärtig schon sehr viele junge Menschen, in den zwanziger Jahren, die überhaupt noch nicht gearbeitet haben. Jahr für Jahr werden aus den Schulen junge Leute entlassen, die Arbeit suchen, die meisten vergeblich. Die meisten dieser Arbeitslosen leben kümmerlich, aber sie leben ohne Arbeitsleistung, werden körperlich und geistig der Arbeit entwöhnt, jeder geordneten Tätigkeit entfremdet. Sie müssen und werden, wenn nicht bald für ausgiebige Arbeitsgelegenheit gesorgt wird, dem Laster verfallen. Für die verantwortlichen Männer des öffentlichen Lebens, der Politik und der Wirtschaft ergibt sich

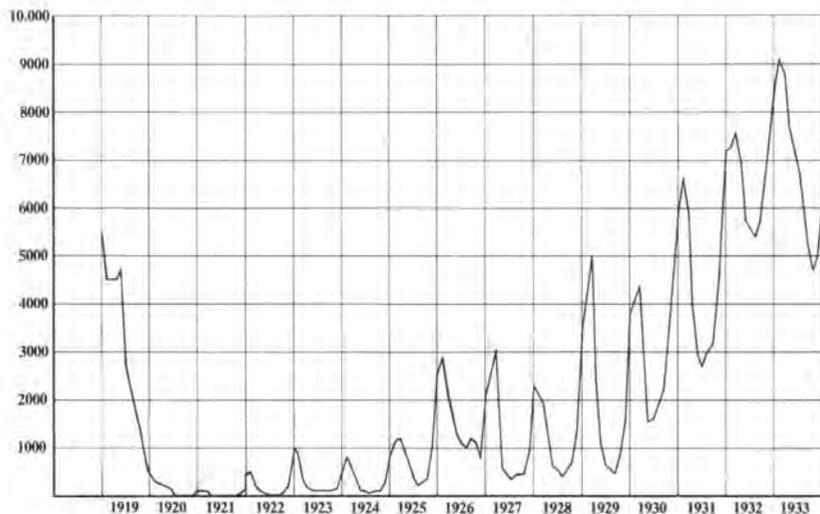
hieraus die ernste Aufgabe, diese junge Generation vor dem Hinabgleiten in das Verbrechertum zu bewahren. Das ist nur möglich, wenn man diese Menschen, die ausgeschlossen sind aus dem Wirtschaftsprozess und damit eigentlich aus der menschlichen Gesellschaft, wieder zur Arbeit zurückführt."

Der Arbeiter empfand sich als Teil der Arbeitsgesellschaft, die Sozialdemokratie verstand sich als die Partei der Arbeitsgesellschaft. Für den Arbeiter war keine Lebensform akzeptabel, die sich außerhalb dieser Arbeitsgesellschaft ansiedelte; außerhalb standen die Schmarotzer und die Verbrecher. Ein Arbeitsloser befand sich außerhalb der menschlichen Gesellschaft, weil er sich außerhalb des Wirtschaftsprozesses befand, schrieb Fritz Preiß. Zu dieser Zeit war die Anpassung an die Erfordernisse der Industrieproduktion bereits so weit verinnerlicht, daß der Arbeiter den Ausschluß aus dem Wirtschaftsprozess als Ausschluß aus der menschlichen Gesellschaft empfinden konnte (22).

Die Sozialwissenschaftler Marie Jahoda, Paul Lazarsfeld und Hans Zeisel lieferten mit ihrer 1933 erschienenen Studie "Die Arbeitslosen von Marienthal" einen überaus wichtigen Beitrag zum Verständnis des vielschichtigen Problems der Arbeitslosigkeit. Allerdings analysierten sie eine Ausnahmesituation, da in Marienthal praktisch die ganze Bevölkerung arbeitslos war und damit ein wesentlicher Bestandteil der Gefühlslage von Arbeitslosen ein wenig zu kurz kam, nämlich das Gefühl des Ausgeschlossenenseins aus der Arbeitsgesellschaft (23).

In der Ersten Republik setzte in Vorarlberg die Arbeitslosigkeit in den Wintern 1925/26 und 1926/27 ein. Diese Winterspitzen - die Graphik macht das augenfällig - ändern sich ab da nicht mehr wesentlich, wohl aber die Sommerarbeitslosigkeit. Während die Winterspitzen vor allem durch arbeitslose Bauarbeiter verursacht waren, wurde die Sockelarbeitslosigkeit durch den Konjunktur-einbruch und die Umstrukturierung der Wirtschaft bewirkt und betraf Arbeitende unterschiedlichen Qualifikationsniveaus und verschiedener Branchen.

Die Beschäftigungskrise erreichte in Vorarlberg im Winter 1932/33 ihren Höhepunkt, als 17.000 Menschen von ihr betroffen waren: 10.500 waren als Arbeitssuchende vorgemerkt, 8.500 von ihnen bezogen Arbeitslosengeld. Kein Arbeitslosengeld bezogen diejenigen, die noch keine oder zuwenig Arbeitslosenversicherung einbezahlt hatten, also Jugendliche, die noch nie gearbeitet hatten, oder Selbständige, die in der Krise ihre Firma zusperren mußten. Dazu sind noch jene zu zählen, die sich nicht mehr beim Arbeitsamt meldeten und daher in keiner Statistik auftauchen -



Zahl der unterstützten Arbeitslosen in Vorarlberg 1919-1933

zum Beispiel Frauen, die sich in den Haushalt zurückgezogen, oder Menschen, die jede Hoffnung auf geregelte Arbeit aufgegeben hatten und sich irgendwie durchschlugen, durch Gelegenheitsarbeiten, aber auch Bettelei.

Wird die Zahl derer, die in keiner Statistik auftauchen, mit nur 500 angenommen und werden auch die 1.300 älteren Arbeitslosen dazugezählt, die zu Altersfürsorgereigentern gemacht worden waren, sowie die 5.000 Arbeiter, die allein in der Textilindustrie auf Kurzarbeit gesetzt wurden, so kommt man schon auf mehr als 17.000 Arbeiter, die direkt von der Krise betroffen waren. Im Jahre 1933 war somit jeder dritte Vorarlberger Arbeiter ohne Arbeit oder zumindest ohne ausreichendes Arbeitseinkommen.

Zieht man die Zahl der im Jahresdurchschnitt vorgemerkten Arbeitslosen zum Vergleich heran, dann wird deutlich, daß von 1930 bis zum "Anschluß" 1938 die Arbeitslosigkeit sehr hoch blieb. 1930 waren durchschnittlich 3.390 Arbeitslose gemeldet; 1933 wurde mit 7.090 der Höchststand erreicht, doch sank diese Zahl bis März 1938 nicht mehr wesentlich unter 5.000. Die anhaltend hohen Arbeitslosenzahlen verstärkten nicht gerade den Widerstand der Bevölkerung gegen den Nationalsozialismus, besonders da im

Deutschen Reich die Erfolge der Nationalsozialisten im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit offensichtlich waren.

Eine Analyse der Zusammensetzung der Tausenden Arbeitslosen zeigt, daß vor allem junge Männer mit der Dauer der Krise durchschnittlich immer länger arbeitslos waren.

Zum 28. Februar 1932 waren beispielsweise 6.330 Männer und nur 1.248 Frauen arbeitslos gemeldet. Das kann damit erklärt werden, daß die meisten Frauen in der Textilindustrie beschäftigt waren, die die Umstrukturierung relativ gut bewerkstelligte und nur kurzfristig 1932/33 von der Absatzkrise erfaßt war. Auch wurden Frauen für dieselbe Arbeit schlechter bezahlt, daher erst nach den Männern freigesetzt; zusätzlich zogen sich viele Frauen in die Familie zurück und meldeten sich nicht arbeitslos (24).

Zum selben Stichtag wurde auch die Altersgliederung erhoben. Danach waren über 60 Prozent der Arbeitslosen zwischen 21 und 40 Jahre alt, nur 26 Prozent der Männer waren älter als 40 Jahre. Dabei muß berücksichtigt werden, daß sehr viele Jugendliche nicht erfaßt wurden, da sie noch nie einer geregelten Arbeit nachgegangen waren, keine Unterstützung bezogen und daher in dieser Statistik nicht aufscheinen.

Ebenso ist die Dauer der Arbeitslosigkeit bekannt: Etwas weniger als 40 Prozent waren bis 12 Wochen, 40 Prozent bis 30 Wochen und mehr als 20 Prozent länger als 30 Wochen ohne Arbeit (25).

Die Angestellten hatten ihren Arbeitsplatz sicherer als die Arbeiter: 1931 waren 16,2 Prozent aller Arbeiter ohne Arbeit, jedoch nur 2,8 Prozent aller Angestellten (26).

KRISE DER WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIK

Man kann die Arbeitslosigkeit in Österreich nicht losgelöst von der Wirtschaftspolitik der Österreichischen Bundesregierungen ab 1920, vor allem der Kabinette des katholischen Priesters Ignaz Seipel, sehen. Ihre gesellschaftspolitisch konservative und auf Währungsstabilität ausgerichtete Wirtschaftspolitik behinderte eine rechtzeitige Modernisierung und Umstrukturierung der Wirtschaft (27).

An dieser Stelle beschäftigen wir uns nur mit einigen Aspekten, die unmittelbare Bedeutung für die Arbeitslosen hatten, also vor allem mit der finanziellen Absicherung der Arbeitslosen und mit den Arbeitsbeschaffungsprogrammen.

Schon wenige Monate nach dem Ende des Krieges war eines der drückendsten sozialen Probleme von der Koalitionsregierung unter dem sozialdemokratischen Staatskanzler Karl Renner gelöst worden: die materielle Absicherung der Arbeitslosen durch die staatliche Arbeitslosenfürsorge. Mit der organisatorischen Abwicklung wurden die Industriellen Bezirkskommissionen betraut, denen auch die Arbeitsvermittlung oblag. Diese Kommissionen waren paritätisch mit Vertretern von Arbeitgebern und Arbeitnehmern besetzt, geschäftsführender Leiter für Vorarlberg war der Bregenzer Sozialdemokrat Fritz Preiß.

Es zeigte sich bald, daß der Staat nicht in der Lage war, die Arbeitslosenunterstützung auf Dauer zu finanzieren. Deshalb wurde im März 1920 das Gesetz über die Arbeitslosenversicherung beschlossen, demzufolge der Finanzbedarf zu je einem Drittel von der Republik Österreich sowie durch Versicherungsbeiträge von Arbeitgebern und Arbeitnehmern aufgebracht werden sollte. Nach der großen wirtschafts- und sozialpolitischen Wende, die Ignaz Seipel Österreich verordnet hatte und im Zuge derer er zwar Budget und Währung sanierte, Wirtschaft und soziales Netz jedoch eher ruinierte, wurden die Beiträge der Republik Österreich immer mehr abgebaut.

Anspruch auf Arbeitslosengeld hatte nur, wer während des vorangegangenen Jahres mindestens 20 Wochen in einem beitragspflichtigen Arbeitsverhältnis gestanden war. Die Bezugsdauer war anfänglich mit 12 Wochen begrenzt, später wurde sie auf 20, dann sogar auf 30 Wochen ausgedehnt. Nach diesen 30 Wochen würde Arbeitslosen die sogenannte Notstandsunterstützung ausbezahlt, die zur Hälfte von Arbeitnehmern und Arbeitgebern, zur anderen Hälfte von Gemeinden, Land und Bund finanziert wurde. Arbeitslose, die älter als 60 Jahre waren, wurden in die Altersfürsorge überführt (28).

Die Höhe der Unterstützung war nach regionalen Kriterien gestaffelt, wobei man davon ausging, daß ein Arbeitsloser in einem agrarisch strukturierten Gebiet mehr Möglichkeiten zur Selbstversorgung und Zugang zu billigeren Lebensmitteln hat als in einem industriellen Zentrum. Die höchsten Sätze wurden in Orten der Kategorie A - hochindustrialisiert - bezahlt: Bludenz, Bürs, Thüringen, Bregenz, Hard, Kennelbach, der gesamte Gerichtsbezirk Dornbirn, Feldkirch, Frastanz, Götzis, Rankweil. Zum Gebiet B - industrialisiert - wurden gerechnet: Bludesch, Bürserberg, Bartholomäberg, Lorüns, Ludesch, Nenzing, Nüziders, Schruns, Hörbranz, Lauterach, Fußach, Gaißau, Lochau, Schwarzach, Bildstein, Wolfurt, Alberschwende, Altach, Röthis und Sulz. Das Ge-

biet C - nichtindustrialisiert - umfaßte vor allem Seitentäler und den Bregenzerwald. Diese Einteilung war Ergebnis langwieriger Verhandlungen. Die sozialdemokratischen Vorarlberger Verhandlungsführer erreichten dabei von der Bundesregierung, daß auch Orte, die dem ersten Augenschein nach landwirtschaftlich dominiert zu sein scheinen - wie Alberschwende, Bürserberg, Bartholomäberg, Bildstein -, der Kategorie B - industrialisiert - zugewiesen wurden, da aus diesen über den Haupttälern gelegenen Gemeinden viele Arbeiter auspendelten.

Die Notstands-aushilfe wurde mit der Dauer des Bezuges immer mehr gekürzt, im Gebiet C zum Beispiel nach 90 Wochen auf 60 Prozent des Anfangssatzes. Bei diesen Kürzungen wurde nicht nur der Wohnort, sondern auch das Alter und der Familienstand des Beziehers berücksichtigt. Keine Notstands-aushilfe erhielten Arbeitslose, deren im gemeinsamen Haushalt lebende Angehörige über ein Einkommen verfügten, das bei zwei Personen im Gebiet A 140 Schilling im Monat und im Gebiet C 108 Schilling im Monat überschritt (29).

Die ordentliche Arbeitslosenunterstützung betrug im Februar 1932 2,90 Schilling für einen alleinstehenden Arbeitslosen pro Tag; für eine Familie mit zwei Kindern wurden 3,30, für eine Familie mit drei oder mehr Kindern 3,50 Schilling ausbezahlt.

Eine fünfköpfige Familie mußte demnach mit 105 Schilling über den Monat kommen; aufs Jahr umgelegt ergab das 1.260 Schilling. Damit konnten nicht einmal ausreichend Lebensmittel gekauft werden: Barnabas Fink hatte die Aufwendungen für Lebensmittel mit 500 Schilling pro Kopf und Jahr veranschlagt (30).

Dabei erhielten nicht einmal alle Arbeitslosen so viel. Einmal wurden die Zahlungen mit der Dauer der Arbeitslosigkeit immer niedriger - bis auf 60 Prozent wurde gekürzt! -, dann galten diese Sätze nur für Arbeiter, die vorher mindestens 6 Schilling pro Tag verdient hatten - und das waren bei weitem nicht alle. Auch wurden verschiedentlich zur Entlastung der Arbeitslosenversicherung und damit des Budgets Bezugskürzungen durchgeführt. Je nach Berechnungsart schwanken die Angaben über die durchschnittliche Höhe des monatlichen Arbeitslosengeldes zwischen 85 und 59 Schilling.

Damit der Kaufwert deutlich wird und das Elend der Arbeitslosen ersichtlich, seien einige Einzelhandelspreise pro Kilo angeführt: Schwarzbrot 70 Groschen; Butter 4,80 - 5,60 Schilling; Zucker 1,50; Schweinefleisch 4; ein Paar Schuhe kostete 25, ein Herrenanzug etwa 125 Schilling (31).

Nicht viel besser ging es Kurzarbeitern und Kranken. Im Dezember 1932 wurden allein in 28 Textilbetrieben 5.082 Kurzarbeiter gezählt, 1933 standen 80 Prozent der insgesamt noch 6.320 Textilarbeiter in Kurzarbeit. Nur in sechs der 28 größten Vorarlberger Textilbetriebe wurde mit Stichtag 31. Dezember 1932 48 Stunden in der Woche gearbeitet. Drei Betriebe hatten zusperrten müssen, die anderen hatten Kurzarbeit eingeführt. Man arbeitete zwischen 24 und 40 Wochenstunden; dieses Beschäftigungsmaß wurde das ganze Jahr 1933 beibehalten. Die Löhne wurden entsprechend gekürzt. Als Ausgleich wurde eine Kurzarbeiterunterstützung ausbezahlt, die verhinderte, daß die Löhne unter das Niveau der Arbeitslosenunterstützung sanken. Von Ende März 1932 bis Anfang 1933 wurde die Kurzarbeiterunterstützung gänzlich eingestellt, nachdem sie schon ab 30. Juni 1931 nur noch bei mehr als acht Stunden Arbeitsentfall pro Woche bezahlt worden war. Es war kein Geld mehr dafür vorhanden (32). Doch diese geringfügige Unterstützung war für die Menschen damals nichts Ungewohntes - das Arbeitslosengeld lag ungefähr auf der Höhe des Krankengeldes oder der Altersfürsorgerente (33). Diese Beträge waren zum Leben zu wenig und zum Sterben zu viel.

Die Wirtschaftspolitik der Vorarlberger Landesregierung - Finanzreferent war Johann Josef Mittelberger - war auf strikte Sparsamkeit ausgerichtet. Obwohl alle Landeshaushalte zwischen 1925 und 1933 mit Überschüssen abschlossen - 1930 und 1931 sogar mit über einer Million Schilling -, intervenierte das Land Vorarlberg praktisch nicht. Nach oftmaligen Vorstößen der Sozialdemokraten wurden aus dem Landesbudget schließlich Mittel zur Unterstützung besonders bedürftiger Arbeitsloser ausgeschüttet - allerdings beschämend niedrige: 1929 8.122 Schilling; 1930 10.000; 1931 20.000; 1932 30.000 (34).

Die Unterstützung von Notleidenden war traditionell Sache der Heimatgemeinde, die oft nicht mit der Wohngemeinde deckungsgleich war. In der Heimatgemeinde hatte man das "Heimatrecht". Auch wenn man schon lange irgendwo anders wohnte, mußte im Prinzip die Heimatgemeinde der Wohngemeinde alle Auslagen der Sozialfürsorge rückerstatten. Die Vorarlberger Gemeinden waren jedoch hoch verschuldet. Während die Landesfinanzen gesund waren, mußten die Gemeinden bei stark rückläufigen Einnahmen immer mehr für das Armen- und Fürsorgewesen ausgeben - Bregenz 1932 etwa 13 Prozent der Gesamtausgaben von 1,65 Millionen Schilling (35).

Da viele Arbeitslose nicht einmal über genügend Geld für Lebensmittel verfügten, wurden ab 1927 in zahlreichen Naturalverpfle-

stationen Lebensmittel und Essen ausgegeben – im Winter 1931/32 in Bregenz etwa 24.000 Portionen. Als die Vorarlberger Gemeinden glaubten, sich die Nahrungsmittelausgabe nicht mehr leisten zu können, wurden mittellose Arbeitslose aus anderen Bundesländern auf Weisung der Landesregierung "aufgegriffen" und per Schub "abgeschafft". Allein aus dem Bezirk Bludenz wurden so Anfang 1933 266 Erwachsene und eine unbekannte Zahl von Kindern ausgewiesen. Landeshauptmann Ender begründete die Aktion mit der Weigerung der innerösterreichischen Heimatgemeinden, Aus-hilfen, die von Vorarlberger Wohngemeinden gewährt wurden, rückzuerstatten. Die Vorarlberger Gemeinden könnten sich die Unterstützung dieser Menschen nicht mehr leisten, meinte der Landeshauptmann. Recht hatte er – die Gemeinden konnten die Aufgaben nicht mehr bewältigen. Aber das Land hätte die Arbeitslosen unterstützen können; nur: die maßgeblichen christlichsozialen Herren wollten nicht (36).

Otto Ender hatte schon 1922 dem Sozialdemokraten Anton Linder, als dieser mehr Geld für soziale Zwecke forderte, gesagt, man dürfe "das Volk nicht der Selbsthilfe entwöhnen" (37). Dieser Äußerung entsprach die Sozialpolitik des Landes Vorarlberg durchaus. Während Winterhilfsaktionen für Arbeitslose – also die Ausgabe von Lebensmitteln, Kleidern, Heizmaterial, die Organisation von Wärmestuben und Ausspeisungen – durch Sammlungen finanziert werden mußten (38), wurde das Land Vorarlberg auf einem anderen Gebiet durchaus tätig: Es förderte die Produktive Arbeitslosenfürsorge und vor allem den Freiwilligen Arbeitsdienst. Das Prinzip der Produktiven Arbeitslosenfürsorge (Paf); Wenn eine öffentliche Körperschaft volkswirtschaftlich nützliche Arbeiten in Auftrag gab, bei der von Arbeitsämtern zugewiesene Arbeitslose beschäftigt wurden, bekam sie für diese die Arbeitslosenunterstützung ausbezahlt. Solche Arbeiten führten Vorarlberger Gemeinden, aber auch das Land Vorarlberg selbst durch. Vor allem wurden mit Hilfe der Paf Straßen gebaut und Flüsse reguliert. Das Land Vorarlberg unterstützte die Gemeinden hierbei durch unverzinsten Darlehen oder durch Zuschüsse pro beschäftigtem Arbeitslosen. 1922 bis 1928 waren durchschnittlich 420 Arbeitslose beschäftigt. Insgesamt wurden fast 250.000 Arbeitstage geleistet, wofür 423.000 Schilling Beihilfen bezahlt wurden. Die Bemühungen, mittels der Paf die Arbeitslosigkeit zu mildern, wurden beim Einsetzen der Krise intensiviert. Allein 1933 wurden 44 Arbeiten mit 170.199 Tagschichten durchgeführt (39). Die Produktive Arbeitslosenfürsorge war jedoch nicht in der Lage, die Arbeitslosigkeit maßgeblich zu beeinflussen. Nur einige hundert

Arbeitslose fanden Beschäftigung, einige tausend blieben auf der Straße.

Ein ganz anderes Instrument war der Freiwillige Arbeitsdienst, der im August 1932 von der Bundesregierung geschaffen wurde. In Vorarlberg erlangte er ab Herbst 1933 größere Bedeutung: Im Mai 1933 waren erst 141 Arbeiter über diese Organisation beschäftigt, im Oktober 1933 waren es 1.178, im April 1934 1.419. Der Monatsdurchschnitt Mai 1933 bis April 1934 betrug 789 beschäftigte Arbeiter. Der FAD war weniger ein Instrument zur Arbeitsbeschaffung als vielmehr zur Erziehung und politischen Neutralisierung vor allem jugendlicher Arbeitsloser. Es waren alle Arbeitswilligen unter 18 Jahren zugelassen, die weder Besitz noch Einkommen hatten. Über 18 Jahre alte mußten innerhalb der letzten drei Jahre mindestens 10 Wochen in einem gewerblichen Betrieb gearbeitet haben, über 25 Jahre alte wurden nur aufgenommen, wenn sie Unterstützung bezogen oder länger als ein Jahr ausgesteuert waren. In Vorarlberg gab es zur Unterbringung der Freiwilligen zwei Lager in Lochau und Warth; der größte Teil dürfte jedoch weiterhin privat gewohnt haben (40).

Der FAD hatte nicht nur Arbeitsprogramme, sondern auch Beschäftigung in der Freizeit zu bieten. Nach den "Richtlinien für die Nutzung der arbeitsfreien Zeit" sollte die geistige Mitarbeit der Freiwilligen gefördert werden durch Vorträge und gegenseitige Aussprachen. Dazu sollten Lehrer, Seelsorger, Gewerbeinspektoren, Volksbildungsreferenten eingeladen werden; der Lagerführer sollte als "Kamerad unter Kameraden" die Bildung der Gemeinschaft fördern, die ihren Ausdruck in Singen, Erzählen, Spielen und Feiern findet. Es sollte Charakter- und Willensbildung betrieben, es sollten die staatsbürgerliche und Gemeinschaftserziehung, die allgemeine und berufliche Bildung, die körperliche und gesundheitliche Ertüchtigung wie auch die Gemütsbildung gefördert werden (41).

Eine finanzielle Besserstellung brachte der Freiwillige Arbeitsdienst nur Arbeitslosen ohne Unterstützungsbezug. Sie erhielten Kleidung und Nahrung, in den Lagern auch Unterkunft und dazu ein Taschengeld. Ungefähr 80 Prozent der Freiwilligen waren vorher ohne Unterstützung gewesen; sie bekamen 1933 bei siebenstündiger Arbeitszeit täglich im Durchschnitt 3,50 bis 4 Schilling, wenn sie nicht in Lagern mit freier Unterkunft und Verpflegung untergebracht waren.

Der FAD wurde zu gleichen Teilen von Bund, Land und Gemeinde finanziert, die jeweils einen Schilling für jene Mitglieder des FAD zu leisten hatten, die ohne Unterstützung waren. In Vorarlberg

übernahm das Land auch den Beitrag der Gemeinden. Es stellte zum Beispiel für diesen Zweck mit Beschluß vom 14. Dezember 1932 300.000 Schilling zur Verfügung (42).

Die sozialdemokratische Arbeiterschaft stand dem FAD skeptisch gegenüber. Die "Vorarlberger Wacht" hatte am 7. Jänner 1933 noch befürchtet, es werde Zwang ausgeübt, um Freiwillige zu bekommen; das erwies sich aber nicht als stichhaltig. Die Arbeiterschaft, aber auch das Baugewerbe hatte noch andere Bedenken. Die bereits "gleichgeschaltete", also von den Machhabern im Ständestaat kontrollierte "Vorarlberger Wacht" berichtete am 21. Juli 1934, daß die Vorarlberger Arbeiterschaft dem FAD zurückhaltend gegenüberstehe: Sie sehe in ihm "meistens nur ein Mittel zum Lohndruck und beachtet nicht auch dessen erzieherische Wirkung, speziell für die jungen Arbeitslosen. Auch das Baugewerbe hat die Auffassung, daß durch den FAD seine normale Verdienstmöglichkeit eingeschränkt wird, da die meisten durch den FAD geförderten Arbeiten ohne Beiziehung eines gewerblichen Unternehmers durchgeführt werden." Der FAD produzierte also auch Arbeitslose, indem er den Bauunternehmern Aufträge wegnahm. Die arbeitslosen Bauarbeiter konnten dann über den FAD zum Nutzen der öffentlichen Hand billigst eingesetzt werden. Den Vorteil hatten nur die Auftraggeber, vor allem die Gemeinden. Es war der kostengünstigste Weg, mit Arbeitslosen zu bauen, die froh waren, Essen und Unterkunft zu bekommen.

Ein weiterer Grund für das Mißtrauen, das die Arbeiterschaft dem FAD entgegenbrachte, war der Einfluß der Heimwehren. Der FAD nämlich ging direkt auf eine Forderung der Heimwehren zurück, die in deren Wirtschaftsprogramm aus dem Jahre 1932 enthalten war (43). Aus diesem Mißtrauen der Arbeiterschaft folgte wohl auch die geringe Attraktivität des FAD. Im "Volksblatt" vom 10. März 1934 jedenfalls wurde für ihn geworben, weil noch Plätze frei waren.

Die in Bund und Land regierenden Christlichsozialen begriffen nicht, daß der Krise gegengesteuert werden mußte. Sie taten nicht nur nichts zur Schaffung von Nachfrage, sondern kürzten die Gehälter im Öffentlichen Dienst sowie die diversen Unterstützungszahlungen und dünnten damit die Kaufkraft noch mehr aus. Sie gingen auch auf sozialdemokratische Vorschläge zur Arbeitszeitverkürzung nicht ein, sondern ließen sogar Überstunden zu. Das bürgerliche Österreichische Institut für Konjunkturforschung stellte 1933 fest, "daß die Produktion rascher steigt, als die Zahl der Arbeitslosen abnimmt", weil "die Mehrproduktion zum Teil durch eine Verlängerung der Arbeitszeit bestritten

wird" (44). Ein seltenes Beispiel für einen gelungenen Eingriff der Wirtschaftspolitik war das Stickereikrisenfondsgesetz, das 1933 zusammen mit einem Mindeststichpreisabkommen in Kraft trat. Mit den Mitteln des Fonds wurden - und werden heute noch - Sticker unterstützt, die ihre Maschinen bei Auftragsmangel plombieren ließen. Damit sollten ein ruinöser Kampf um Aufträge und das Sinken der Stichpreise unter den mit der Schweiz ausgehandelten Satz verhindert werden. Bereits 1931/32 wurde nach Schweizer Vorbild eine große Stickmaschinenabbruchaktion zur Verringerung der Überkapazitäten durchgeführt. Mit 200.000 Schilling Bundes-subvention und 60.000 Schilling aus dem Valutaabgabefonds des Landes - hier hatten seit 1919 die Sticker aus ihren Fremdwährungseinkünften einbezahlt, und ursprünglich waren damit Lebensmittel aus der Schweiz gekauft worden - wurden 200 Automat- und Pantographstickmaschinen abgelöst und verschrottet (45).

Parteien — Weltanschauungen — Kulturkampf

Parteien, Weltanschauungen, Kulturkampf: Das sind die Leitbegriffe, die Orientierung bieten sollen im einigermaßen komplizierten Gestrüpp der politischen Entwicklung in der Zwischenkriegszeit. Die beiden Begriffe Weltanschauungen und Kulturkampf weisen auf eine in der Ersten Republik bestimmende Dimension des politischen Lebens hin, für die die Bezeichnung "eschatologisch" angebracht scheint. Diese eschatologische Seite der Politik ist gekennzeichnet vom Ringen um letzte und endgültige Dinge, von Heilserwartung, Seelenheil, von absolutem Glück und tiefster Verdammnis in dieser Welt oder auch in der anderen, ewigen. Die politische Auseinandersetzung in der Ersten Republik war vor allem durch solche weltanschaulichen Auseinandersetzungen, durch Kulturkampf bestimmt. Da die Auseinandersetzungen um Heil oder Verdammnis selbstverständlich keine Kompromisse zuließen, war der Weg zu absoluten Lösungen vorgezeichnet, aber nicht vorbestimmt.

Der weltanschauliche Konflikt wurde um den bestimmenden Einfluß der katholischen Kirche ausgetragen; die Gegner waren der politische Katholizismus und säkularistisch-laizistische Gruppen, die in der Tradition der Aufklärung standen. Die zweite Bruchlinie, die die Verhältnisse in der Zwischenkriegszeit mindestens ebenso bestimmte, verlief zwischen den beiden Polen von Kapital und Arbeit. In diesem zweiten Konfliktbereich standen materielle Interessen im Vordergrund, vor allem die Verteilung des Erwirtschafteten auf Arbeiter und Kapitaleigner. Da diese Verteilung auch durch politische Institutionen geregelt wurde, die etwa - um ein ganz einfaches Beispiel zu verwenden - darüber befanden, auf welcher Seite die Gendarmerie in einen Arbeitskampf eingriff, war der Streit um die Besetzung politischer Positionen sehr eng mit dem Verteilungskampf verbunden.

DER POLITISCHE KATHOLIZISMUS – DIE CVP

Die Christlichsoziale Volkspartei (CVP) war während der Ersten Republik unangefochten die bestimmende politische Kraft in Vorarlberg (1). Bei Landtagswahlen erzielte sie zwischen 64 Prozent (1919) und 57 Prozent (1933) der abgegebenen Stimmen. Sie stellte in der Landesregierung die wichtigsten Referenten, aber auch bedeutende Bundespolitiker: Otto Ender, Landeshauptmann 1918 bis 1934, Bundeskanzler 1930 bis 1931, Verfassungsminister 1933 bis 1934; Jodok Fink, Vizekanzler 1919 bis 1920, Nationalratsabgeordneter 1918 bis 1929; Emil Schneider, Unterrichtsminister 1922 bis 1926; Johann Josef Mittelberger, Landesrat 1923 bis 1934, Finanzminister 1929; Ferdinand Redler, Landeshauptmannstellvertreter 1918 bis 1934, Landeshauptmann 1930 bis 1931; Ulrich Ilg, Landesrat 1934, Staatssekretär 1934 (2).

Die CVP war die Partei der katholischen Kirche, aber sie war nicht die Partei einer Klasse. Ausgehend von einer Analyse der für die Gemeinderatswahlen 1924 von der CVP aufgestellten Kandidaten stellte das christlichsoziale "Volksblatt" am 5. Februar 1924 fest, die Liste der CVP "ist die einer Volkspartei, die alle Stände gebührend berücksichtigt". Von 48 Kandidaten bei den Landtagswahlen 1923 waren 40 Prozent selbständig, davon 25 Prozent Bauern, 19 Prozent öffentlich Bedienstete, vor allem Lehrer, 8 Prozent Angestellte, 10 Prozent Arbeiter. Nur zwei Kandidaten, Otto Ender und Ferdinand Redler, waren Freiberufler, nämlich Rechtsanwälte. Bestimmendes Element innerhalb der Elite der CVP waren wohl die Honoratioren: aus der Gruppe der Bauern, Gewerbetreibenden und Lehrer (3).

Während die Arbeiterschaft in der Elite der Partei eher spärlich vertreten war – bedeutendster Arbeitervertreter war Josef Kennerknecht, 1918 bis 1934 Landesrat –, stellte sie einen beträchtlichen Teil der Mitglieder und Wähler.

Die in der CVP bestimmenden Eliten und auch der aus dem bäuerlich-gewerblichen Milieu stammende Teil der Anhängerschaft lehnten den Begriff Klassenkampf vermutlich ab als etwas Fremdes, von außen in geordnete Verhältnisse Hineingetragenes, dort die hergebrachte Ordnung Störendes. Die christlichsozialen Politiker empfanden sich als über den Klassen stehend. In ihrer Praxis überwogen jedoch die Interessen der Selbständigen aus Industrie, Gewerbe und Landwirtschaft. Die Arbeiter innerhalb der CVP trugen eine Politik mit, die sich vehement gegen die in der Sozialdemokratie organisierte Mehrheit der österreichischen Arbei-

terschaft wandte, und sie mußten ihre Interessen innerhalb der Partei gegen die dominierenden Vertreter der anderen Klassen formulieren, ohne darüber offene Konflikte riskieren zu können (4). Karl Drexel, Priester und seit der Jahrhundertwende Motor der Vorarlberger christlichen Arbeiterbewegung, Reichsrats-, Nationalrats- und Bundesrats- sowie Landtagsabgeordneter, mußte erfahren, wie die Partei auf klar formulierte, demokratische und nicht ausschließlich antimarxistische Standpunkte reagierte: Er wurde 1931 aus der Politik abberufen und zum Leiter des Statistischen Zentralamts in Wien befördert (5).

Am 12. Oktober 1934 wurde durch den Obmann Josef Marte – den Nachfolger des langjährigen Obmanns Johann Josef Mittelberger – der Christliche Volksverein als die organisatorische Hülle der CVP im Lande aufgelöst; der politische Katholizismus formierte sich neu in der Vaterländischen Front (6).

Der Übergang zum austrofaschistischen "Ständestaat" war durch die überwiegende Mehrheit der christlichsozialen Elite im Lande mitgetragen, wenngleich sich gerade 1934 ein teilweiser Eliten-austausch vollzog. Langjährige Führungspersönlichkeiten wie Otto Ender, Ferdinand Redler, Johann Josef Mittelberger, traten ins zweite Glied zurück, und neue Männer wie Ulrich Ilg, Adolf Vögel oder auch Ernst Winsauer wurden bestimmend, zum Teil bis weit in die Zweite Republik hinein: Ilg als Landeshauptmann, Vögel als Finanzreferent (7).

Die Ideologie, also die Art der Interpretation der Vorarlberger Wirklichkeit durch die CVP, wird noch an anderen Stellen untersucht werden. Hier seien nur zwei Zitate aus Ulrich Ilgs Lebenserinnerungen angeführt, die die Beständigkeit des politischen Katholizismus bis mindestens in die sechziger Jahre zeigen: †

"Am meisten innere Genugtuung und Freude habe ich darüber empfunden, wenn es möglich war, von Landesseite religiöse und kirchliche Belange zu schützen und zu fördern."

An anderer Stelle erzählt Ilg, Bundeskanzler Julius Raab habe ihm gegenüber die Bemerkung gemacht, Vorarlberg sei "überhaupt keine Demokratie, sondern eine Demokatur". Dazu Ilg:

"Die Bemerkung hat mich mehr gefreut als gekränkt. Ich habe darin eine Bestätigung gesehen, daß man sich bei seinen Entscheidungen zuerst von seinem Gewissen leiten lassen muß und erst in zweiter Linie sich fragt, was wird das Volk dazu sagen. Diese Auffassung von Demokratie, daß man zuerst dem Herrgott gegenüber verantwortlich ist und das tun muß, was man für das allgemeine Wohl als das Beste und Gerechteste erkennt, ohne Rücksicht darauf, ob man dafür von den Wählern

mehr gelobt oder getadelt wird, habe ich als wichtigen Grundsatz immer gepredigt" (8).

Dieses Selbstzeugnis Ulrich Ilgs ist in mehrerer Hinsicht aufschlußreich. Erstens beschreibt es das Selbstverständnis wohl der meisten christlichsozialen Politiker der Zwischenkriegszeit. Zweitens wird über die subjektive Komponente christlicher Gewissensverantwortung hinaus die zentrale Frage der politischen Legitimation angesprochen: Wer ist der Souverän, das Volk oder Gott? An dieser Gabelung entscheidet sich eine ganze Reihe weiterer Fragen: Bürgerliche Demokratie mit den Werten von Pluralismus und Meinungskonkurrenz oder eine tendenziell autoritäre gottesstaatliche Ordnung? Die Rolle der Kirche im Staat? Die Rechtfertigung staatlichen Handelns gegenüber der Öffentlichkeit? In ihrer Organisation zeigte die Christlichsoziale Volkspartei ein bemerkenswert unklares Profil. Weder verfügte sie über einen ausgebauten Apparat, noch hatte sie klar abgegrenzte organisatorische Strukturen. In ihrer politischen Arbeit konnten die Christlichsozialen statt dessen auf ein weit ausgefächertes Netz von Vereinen und Genossenschaften zurückgreifen, die in den Vorarlberger Orten maßgebende wirtschaftliche und kulturelle Funktionen erfüllten. Sie bildeten das Gerüst der traditionellen, katholischen Vorarlberger Gesellschaft. Dazu gehörten nicht nur Kirchenchor und Musikverein, sondern vor allem die zahllosen Produktions- und Verteilungsgenossenschaften - Sennereien, Raiffeisenkassen, Konsumvereine. 1921 gab es 21 Konsumvereine mit 15.000 Mitgliedern, 1931 16 Vereine mit genau 8.436 Mitgliedern. Fast alle dieser Konsumvereine waren "schwarz". Der Bludenzer etwa hieß "bürgerlicher Konsumverein Bludenz, reg. Gen.m.b.H." Der 1877 gegründete Lustenauer Konsumverein, der 1932 1.284 Mitglieder hatte, wurde von bürgerlich-bäuerlichen Honoratioren kontrolliert (9). Die Katholische Jugend war lange Zeit vor allem religiöser Verein, erst in den letzten Jahren der Republik und im Austrofaschismus wurde daraus eine Kampforganisation zur Verteidigung des Katholizismus, "Jungfront" und "Jung-Österreich" beziehungsweise "Österreichisches Jungvolk". Den Turnsport dominierten deutsch-nationale Vereine, wohl verständlich aus der deutsch-nationalen Tradition des Turnsportes. Der "Vorarlberger Turngau" war dabei dem laizistischen Deutschnationalismus zuzurechnen, während der "Vorarlberger Rheingau" ebenfalls für Deutschnationalismus einstand, zusätzlich sich aber noch mit dem Wörtchen "christlich" kennzeichnete (10).

Zu dieser Vernetzung von unten konnte sich die CVP - gleichsam von oben - des Behördenapparates bedienen. Die CVP war also

keine Parteimaschine, sondern lediglich eine Ausprägung des katholisch-konservativen Lagers auf der politisch-parlamentarischen Ebene. Deshalb war es auch nach 1934 so leicht möglich, die CVP aufzulösen und sie in der Vaterländischen Front aufgehen zu lassen, ohne daß die konservative Elite personell wesentlich verändert worden wäre.

Den kleineren Flügel des politischen Katholizismus bildeten die im "Reichsbund der Österreicher" organisierten Monarchisten. Ihr Ziel war die Restauration der Habsburgerherrschaft. Wenn auch die katholische Kirche und besonders der für Vorarlberg zuständige Bischof Sigismund Waitz als ehemaliger Prinzenenerzieher der Habsburger dem "Reichsbund" durchaus wohlwollend gegenüberstanden, hatte sich die Kirchengspitze doch mit der Republik Österreich grundsätzlich arrangiert (11). Das hinderte aber Waitz nicht daran, noch 1923 den Ex-Kaiser Karl als Märtyrer zu feiern, genausowenig wie es das "Fürstbischöfliche Stadtpfarr- und Decanatamt Bregenz" - so der Kopf des Einladungsschreibens - daran hinderte, am 10. April 1922 ein feierliches Requiem für Karl zu halten. Als am 2. April 1929 der "Reichsbund" im Bregenzer Hotel Krone eine Gedenkfeier für Karl abhielt, waren dort sowohl das Heer mit den Generälen Eischer und Burger als auch die CVP mit Landesrat Kennerknecht prominent vertreten. Wer seine Adresse hinterließ, bekam ein Bild des "zukünftigen Kaisers" Otto samt dessen Autogramm zugeschiedt (12).

In den Jahren der großen Krise wurden die Aktivitäten des Reichsbundes, der etwa 1933 2.000 Mitglieder zählte, verstärkt. Die Krise sollte zur Restaurierung der Habsburgerherrschaft benutzt werden. 1932 kamen vor allem Frauen in Sulzberg und Langen/Bregenzerwald zu Vorträgen über die Familie Karl und Zita Habsburg; der Langener Pfarrer Sinz schlug damals vor, Karl zum Ehrenbürger des Ortes zu machen. Obwohl hinter ihm die 98 Mitglieder starke Ortsgruppe des "Reichsbundes" stand, setzte er sich nicht durch (13).

Dieser Vorgang ist typisch für die Bedeutung des "Reichsbundes": Er war präsent, aber keine bestimmende Größe.

DIE LAIZISTISCHEN PARTEIEN

Gegen den politischen Katholizismus stand eine Gruppe von Parteien, insgesamt Abkömmlinge der Aufklärung, deren kleinster ge-



Dr. Sigismund Waitz, 1913 bis 1918 Generalvikar in Feldkirch, 1918 bis 1921 Apostolischer Delegat für Nordtirol, Osttirol und Vorarlberg, 1921 bis 1934 Apostolischer Administrator für Nordtirol und Vorarlberg, ab 1934 Fürsterzbischof von Salzburg.

meinsamer Nenner die Forderung nach radikaler Trennung von Kirche und Staat war: Auf der rechten Seite des Spektrums die Großdeutschen, der Landbund, die Vereinigung der Hausbesitzer und später die Nationalsozialisten; auf der linken Seite die Sozialdemokraten und die Kommunisten. Über den anderen großen Konflikt, der mit Berechtigung Klassenkampf genannt werden kann, schieden sich freilich die Geister im laizistischen Lager. Als die linken Parteien, hier vor allem die Sozialdemokraten, nach 1918 Anspruch auf größere Teilhabe an politischer und wirtschaftlicher Macht erhoben, trat bei den rechten die antiklerikale Tradition zugunsten einer antisozialistischen Koalition mit den Christlichsozialen sehr rasch in den Hintergrund. Als ab 1930 die Sozialdemokratie in Vorarlberg jedoch offensichtlich keine Herausforderung mehr darstellte, zerbrach die Zweckkoalition von bürgerlichen Laizisten und bürgerlichen Christen. Der bürgerliche Laizismus fand sich – unter Aufgabe jeglichen liberalen Erbes – in der NSDAP wieder, der politische Katholizismus formierte sich neu in der Vaterländischen Front.

Freilich gab es auch während der Jahre des Kampfes gegen die Sozialdemokratie örtliche Koalitionen der linken und rechten Laizisten gegen die Christlichsozialen. Diese besaßen zwar in fast allen Orten die Mehrheit, doch waren wichtige Ausnahmen die großen Gemeinden Hard, Lustenau und Bregenz. Während in Hard die Sozialdemokratie die stärkste Fraktion stellte, hatten in Lustenau und Bregenz die Großdeutschen ihre Bastionen.

In Bregenz hatten bereits 1908 die Sozialdemokraten Bürgermeister Ferdinand Kinz den Sessel gerettet; 1924 hatte sich die SDAP bei der Bürgermeisterwahl der Stimme enthalten; und erst 1929 fiel "die letzte Bastion des Freisinns": Die Christlichsozialen unter Matthias Wachter errangen die relative Mehrheit (14).

Bei den auf die Wahl folgenden Verhandlungen wurden die kommunalpolitischen Vorstellungen der Sozialdemokratie deutlich. Die Großdeutschen hatten nämlich Gespräche mit der SDAP aufgenommen. Die SDAP verhandelte damals aber nicht nur mit den Großdeutschen, sondern indirekt auch mit den Nationalsozialisten, hatte doch der rechte Laizismus – Großdeutsche, Landbund, NSDAP – gemeinsam kandidiert. Die "Vorarlberger Wacht" berichtete am 26. Februar 1929:

"Eines Tages erschienen zwei Vertreter der Großdeutschen Partei bei unserem Obmann der Lokalorganisation im sozialdemokratischen Bezirkssekretariat. Sie wiesen darauf hin, daß die große Mehrheit der Bevölkerung antiklerikal gewählt habe, infolgedessen wäre es auch richtig, wenn ein freisinniger Mann

als Bürgermeister gewählt würde. Sie fragten dabei an, ob und unter welchen Bedingungen die Sozialdemokraten gewillt wären, für den großdeutschen Bürgermeister zu stimmen, die Wahlgemeinschaft wäre in diesem Falle zu weitgehenden Zugeständnissen bereit."

Die Sozialdemokraten lehnten es nicht von vornherein als Zumutung ab, mit diesen durch und durch nationalen, aggressiv antisemitischen, antimarxistischen und wirtschaftsliberalen Parteien, die als kleinsten gemeinsamen Nenner den Laizismus beschworen, in Verhandlungen zu treten, sondern sie schnürten ein Bündel an kommunalpolitischen Forderungen. Der SDAP als der stärksten Partei der Koalition sollte der Bürgermeister zustehen, sie reklamierete auch das Wohnungs- und das Armenreferat für sich. Den Großdeutschen wollte sie das Finanz- und das Schulreferat zugestehen. Das weitere Forderungsprogramm sah vor: 228 Volkswohnungen zu zwei, drei und vier Zimmern, ein Familienstrandbad, eine neue Mädchenschule, öffentliche Bedürfnisanstalten und neue Straßen; in den Schulen unentgeltliche Lernmittel, unentgeltliche Zahnpflege und Badegelegenheit auch für Mädchen; Überlassen der städtischen Turnhalle auch an Arbeitersportvereine; Errichtung eines Urnenhaines. Darüber hinaus sollten die Koalitionspartner sich für die Dauer der Koalition öffentlicher gegenseitiger Kritik enthalten. Mit diesen Forderungen war die SDAP den Großdeutschen zu weit gegangen. Sie nahmen ihr Koalitionsangebot zurück; Ferdinand Kinz verlor den Bürgermeistersessel an den Christlich-sozialen Matthias Wachter (15).

Dennoch: Für die Christlichsozialen war immer klar, daß Großdeutsche und Sozialdemokraten irgendwie zusammengehörten: Für sie war die Sozialdemokratie - nicht zu Unrecht - der "rote Sohn des Liberalismus" (16).

Der rechte Laizismus

Die Liberalen hatten nur neun Jahre - 1861 bis 1870 - den von ihnen erkämpften Vorarlberger Landtag dominiert. Schon 1870 hatten dort die Konservativen die Vormacht übernommen; 1890 wurde dann der Liberale Graf Karl von Belrupt-Tissac als Landeshauptmann durch den konservativen Fabrikanten Adolf Rhomberg abgelöst.

In den Städten Dornbirn, Feldkirch und Bludenz verloren sie 1909 - 1911 ihre dominierende Position, in Bregenz 1929 (17). Aus der Liberalen Partei war immer mehr eine deutschnationale

geworden. In der Ersten Republik kandidierte diese Gruppierung unter wechselnden Namen: Deutsche Volkspartei, Deutsche Fortschrittspartei, vor allem aber Großdeutsche Volkspartei. Bei den Landtagswahlen erzielte sie zwischen 11 Prozent 1919 und 6,8 Prozent 1932 (18).

Die ehemals Liberalen blieben von großer Bedeutung, zählte sich doch besonders die Bildungselite und auch mit der überwiegenden Mehrzahl der Industriellen die Wirtschaftselite zu ihnen. Die Funktionäre dieser Partei waren – wie man aus den Kandidatenlisten ersehen kann – vor allem Selbständige aus Industrie, Handel und Gewerbe, Freiberufler, öffentlich Bedienstete und Angestellte (19). Das "Volksblatt" vom 5. Februar 1924 kommentierte die für die Gemeinderatswahlen erstellte Kandidatenliste so: "Die Liste der Deutschen Volkspartei bevorzugt Handel und Gewerbe und vernachlässigt die Arbeiterschaft und den Bauernstand."

Zum deutschnational-kapitalistischen Flügel des Laizismus gehörten auch der aus dem Unabhängigen Bauernbund hervorgegangene Landbund und die Demokratische Wirtschaftspartei, die aus der Vereinigung der Hausbesitzer entstanden war; letztere trat in den Städten, vor allem in Bregenz, bei Wahlen an.

1919 hatten Demokratische Wirtschaftspartei/Hausbesitzer 3 Prozent, die Deutsche Volkspartei 11, der kapitalistische Laizismus zusammen also 14 Prozent der Stimmen erreicht. 1932 war die NSDAP mit 10 Prozent die stärkste Partei dieses Lagers; der Landbund erzielte 7, die Großdeutschen 6,8. Insgesamt wählten 23,8 Prozent den rechten Laizismus (20).

Die Ideologie vor allem der Großdeutschen Volkspartei läßt sich mit fünf Begriffen bestimmen: deutschnational, antiklerikal, antimarxistisch, wirtschaftsliberal, antisemitisch. Die drei letzten Bezeichnungen treffen auch auf die Christlichsozialen zu, insofern war breite Übereinstimmung für den Kampf gegen die Sozialdemokratie gegeben; die ersten beiden Elemente schieden sie von den Christlichsozialen und führten neuerlich zum Konflikt zwischen politischem Katholizismus und deutschnationalem Laizismus, als dieser geschlossen in der NSDAP organisiert war. Sowohl Landbund als auch Großdeutsche wurden von der NSDAP absorbiert. 1933 ging das "Vorarlberger Tagblatt" von den Großdeutschen in die Verfügung der Nationalsozialisten über, im selben Jahr erklärte der Deutsche Volksverein für Vorarlberg als die juridische Hülle der Großdeutschen seinen Austritt aus der Großdeutschen Volkspartei für Österreich und empfahl den Eintritt seiner Mitglieder in die NSDAP-Hitlerbewegung, "da diese Bewegung die hauptsäch-

lichen Forderungen der Großdeutschen Volkspartei, besonders den Anschlußwillen und den Antisemitismus, gleichfalls vertritt" (21). Obwohl die Nationalsozialisten schon seit 1922 im Lande mit eigenen Ortsgruppen präsent waren und obwohl sie auch schon seit den Gemeinderatswahlen vom 10. Februar 1924 in der Bregenz- und Bludenz- Stadtvertretung jeweils einen Sitz innehatten, soll diese Partei hier nicht behandelt werden; sie wird den letzten Abschnitt dieses Buches bestimmen (22).

Der linke Laizismus: SDAP und KP

Der linke Laizismus war vor allem in der Sozialdemokratie organisiert; die Kommunisten erlangten nie größere Bedeutung. Die österreichische Sozialdemokratie entstand als Koalition von aufklärerischen Intellektuellen, die sich zu Sozialisten entwickelt hatten, und politisierten Handwerkern und Arbeitern. Aus dieser Koalition resultiert wohl jene Doppeldeutigkeit, welche die große österreichische sozialistische Bewegung kennzeichnete: Einerseits war ein kühnes intellektuelles Programm vorgegeben, dessen Verwirklichung zum Paradies auf Erden führen sollte; andererseits war angesichts der täglichen Mühen und frappanten sozialen Ungerechtigkeiten eine ganz pragmatische Politik gefordert. Diese pragmatische Politik fand ihren Ausdruck in den Freien Gewerkschaften, den Genossenschaften, aber auch in politischen Institutionen wie Arbeiterkammer und Landtag, wo in Verhandlungen sowohl um soziale Besserstellung als auch um vermehrte Beteiligung der Arbeiterschaft am gesellschaftlichen und politischen Leben gerungen wurde. Der österreichische Sozialismus war aber eben auch eine Weltanschauung, sogar eine Art von Ersatzreligion mit der Heilserwartung des Reichs der Freiheit, der klassenlosen Gesellschaft. Diese Dimension kam in der Kulturbewegung zum Ausdruck, wo die vielen Organisationen nicht nur eine erfüllte Freizeit zur Kompensation sinnentleerter Fabriksarbeit, sondern darüber hinaus schon ein Stück Gegenwart zur bürgerlichen Gesellschaft bieten sollten. Sie hatten den Anspruch vertreten; eine neue Zeit einzuleiten: Aus "der alten Welt der Unsolidarität und Unterdrückung" in die "neue Welt der Solidarität und Freiheit". Für Max Adler, den unabhängigen Philosophen und Vordenker der österreichischen Arbeiterbewegung, brauchte es für diesen Schritt einen "neuen Menschen". Voraussetzung für eine zukünftige gesellschaftliche Umgestaltung sei "eine schon heute nötige Umwälzung seiner eigenen Geistesart" (23). In den Vereinen

sollte "Erziehung zur Aktivität, Intellektualität, Solidarität und Klassenkampf" geleistet werden. Ziel war eine Gesellschaft, in der Solidarität vor persönlichem Nutzen steht und die von selbsttätigen Männern und Frauen, alten und jungen, gleichberechtigt gestaltet wird, indem alle über das größtmögliche empirische Wissen und das höchsterreichbare intellektuelle Niveau verfügen (24).

Die wichtigsten Vereine waren Turner, Radfahrer und Naturfreunde. Die "Vorarlberger Wacht" am 30. Juli 1932 anlässlich der vom 4. bis 6. August in Bregenz stattfindenden 12. Hauptversammlung des internationalen Touristenvereins Naturfreunde und dem 25-Jahr-Jubiläum der Bregenzer Naturfreunde:

"Der Arbeiter, der einst seine kärgliche Freizeit im rauchigen Gasthaus bei Alkohol und Kartenspiel verbrachte, ist ein anderer geworden. Die Naturfreunde haben ihn gelehrt, seine Freizeit anders und besser zu verwenden. ... Herausgerissen aus dem Alltagsleben, in froher Wanderung mit Gleichgesinnten, rastend und wandernd in stolzer Bergeinsamkeit, schöpft der Arbeiter heute neue Lebenskraft, neuen Willen und neue Kraft zur Führung seiner großen politischen und wirtschaftlichen Kämpfe."

Obwohl das Genossenschaftswesen in der Theorie große Bedeutung hatte, spielte es in der Praxis der Vorarlberger Sozialdemokraten nur eine untergeordnete Rolle. Unter den zahlreichen Konsumvereinen des Landes waren "rote" die Ausnahme - so etwa der Dornbirner, der 1922 2.200 Mitglieder hatte und wo bei der damaligen Generalversammlung mit dem sozialdemokratischen Landesparteiobmann Josef Cerkl und dem Parteisekretär Anton Linder prominente Redner auftraten. Auch der Konsumverein Bregenz-Vorkloster war "rot"; bei den Hausdurchsuchungen im Zusammenhang mit der Auflösung des Republikanischen Schutzbundes - der sozialdemokratischen Wehrorganisation - wurden am 15. und 16. März 1933 nicht nur die Arbeiterheime in Bregenz, Dornbirn, Feldkirch und Bludenz, sondern auch die Konsumvereine in Bregenz und Dornbirn von Gendarmerie und Militär durchsucht (25). Das Vorarlberger Genossenschaftswesen war keineswegs sozialdemokratisch ausgerichtet, es gab nur wenige "rote" Inseln.

Im Gegensatz dazu war das Vereinswesen voll entwickelt. In Bregenz waren 16 Vereine gemeldet, in Bludenz 14, Feldkirch 11, Dornbirn 8, Rankweil 5, Hohenems 6, Hard 5, Höchst 4, Götzis 3, Hörbranz, Nenzing, Thüringen je 2, in Gaißau, Lauterach, Kennelbach, Lochau, Koblach, Klaus, Altach, Mäder, Satteins,

Schlins, Sulz, Bludesch, Beschling, Bürs, Braz, Vandans, Dalaas jeweils einer.

Am weitesten verbreitet waren die Arbeiter-Radfahrvereine (Arbeiterradfahrerbund Österreichs, Arbö), Arbeiter-Turn- und Sportvereine (ATSV), der Touristenverein Naturfreunde und der Verein Freie Schule - Kinderfreunde, Auch der Arbeiter-Feuerbestattungsverein Flamme war mit mehreren Ortsvereinen vertreten, ebenso der Arbeiter-Radiobund Österreichs. Die Arbeiterheime in Bregenz (Münchnerhof), Bludenz (In der Mokry), Dornbirn (Vorarlberger Hof), Feldkirch, Hohenems und Hard waren ebenfalls von Vereinen getragen. In Bregenz war noch ein Fußballclub gemeldet, auch ein Musikverein Bundesbahn und Schifffahrt; Gesangsvereine gab es in Bregenz, Bludenz, Dornbirn, Hohenems (Nibelungenhort), aber auch kurzfristig in Dalaas. Dieser Dalaaser Verein hieß "Spullersee", und schon der Name weist darauf hin, daß dieser Verein nur bestand, solange in Dalaas Bauarbeiter des Staudamm-Projektes wohnten (26).

Die bloße Zahl der bei den Bezirkshauptmannschaften gemeldeten Vereine besagt relativ wenig. Auch Mitgliederzahlen - etwa daß die Arbeiterjugend 1927 214 und die Kinderfreunde 305 Mitglieder hatten oder daß 1928 7 Chöre mit 247 Mitgliedern bestanden (27) - geben keine Informationen über die tatsächlichen Vereinsaktivitäten und die Zahl der Beteiligten. Diese Vereine waren weniger wegen ihrer respektierenswerten Leistungen von Bedeutung, sondern als Alternative zur katholischen und bürgerlichen Welt.

Selbst für den Tod wurde vorgesorgt. Auch hier konnte man eigene, nicht-katholische Wege gehen, indem man dem Feuerbestattungsverein "Die Flamme" beitrug. Am 6. April 1932 wurde in Bregenz der erste Urnenhain des Landes seiner Bestimmung übergeben (28).

Die politische Arbeit leistete die Sozialdemokratische Arbeiterpartei. Die Zahl ihrer Lokalorganisationen schwankte zwischen 26 und 30. Damit war sie in fast jeder dritten Vorarlberger Gemeinde präsent - sicherlich in jeder größeren. In den Führungsgremien der Ortsparteien waren mit den Vertrauensleuten jene Männer - viel seltener Frauen - vertreten, die als Kassiere den Kontakt mit jedem einzelnen Mitglied hielten. Die Ortsparteien waren in vier Bezirksorganisationen zusammengefaßt und in den Bezirkskonferenzen vertreten. Auf Landesebene war neben der Landesparteivertretung noch die sozialdemokratische Fraktion des Landtags von Bedeutung.

Der Bezirk Bregenz war bis 1929 der mitgliederstärkste, dann war es der Bezirk Bludenz. Die Bezirke Dornbirn und Feldkirch waren

erstaunlich schwach, wenn man bedenkt, daß dort eigentlich die meisten Industriearbeiter wohnten. Allerdings - das sei vorangestellt - war die SDAP, in Entsprechung zu den Freien Gewerkschaften, nicht vorwiegend die Partei der Industriearbeiter - die ja mehrheitlich Textilarbeiter waren -, sondern vielmehr die Partei der Eisenbahner, Bauarbeiter oder auch von der Proletarisierung bedrohter oder proletarisierter Handwerker. Der SDAP gelang der Einbruch ins ländlich-gewerblich-industrielle Mischmilieu nicht. Sie war vor allem eine städtische Partei, während "auf dem Land" der Katholizismus seine dominierende Stellung nie abgab. So wohnten von den 922 Mitgliedern, die im Bezirk Bregenz 1927 eingetragen waren, 624 in der Stadt Bregenz (29).

Die führenden Funktionäre der Vorarlberger Sozialdemokratie sind durch zwei hervorstechende Tatsachen gekennzeichnet: Sehr viele waren Arbeitseinwanderer beziehungsweise stammten aus einer Zuwandererfamilie; vielen gelang ein, wenn auch meist bescheidener, sozialer Aufstieg. Solche Funktionäre waren etwa Wilhelm Sieß, Landtagsabgeordneter 1919 - 1934, Bludener Stadtrat, Arbeiterkammerpräsident - sein Vater kam aus Grins/Tirol; Franz Rauscher, Stadtvertreter in Feldkirch, Landtagsabgeordneter 1918 - 1932, geboren in Schladming; Fritz Preiß, Stadtvertreter in Bregenz, Landtagsabgeordneter 1918 - 1932, geboren in Hüttenberg/Kärnten; Anton Linder, Stadtvertreter in Dornbirn, Landtagsabgeordneter 1918 - 1934, geboren in Turn-Severin/Rumänien, aufgewachsen in Wien. Thomas Lorenz, Mitglied der provisorischen Landesversammlung 1918/19, geboren 1865 in Zborovic/Mähren, heiratete 1896 in Dornbirn Sophie Köb. Aber auch Parteifunktionäre wie Hans Draxler (Bregenz) oder Johann Mayer (Bregenz) waren nicht in Vorarlberg zur Welt gekommen.

In Vorarlberg geboren waren hingegen die Landtagsabgeordneten Josef Peter, Stadtrat in Bregenz, Landtagsabgeordneter 1921 bis 1924 und 1929 bis 1932 (Hohenems); Hermann Hermann, Nationalrat 1919 bis 1933, Landtagsabgeordneter 1919 bis 1923; 1928 bis 1932 (Hard); Jakob Bertsch, Stadtrat in Feldkirch, Landtagsabgeordneter 1923 bis 1934 (Frastanz); Josef Schoder wurde in Vandans geboren, Pius Moosbrugger in Nüziders. Die SDAP war keineswegs ausschließlich die Partei der Zuwanderer. Es ist aber kennzeichnend, daß gerade in ihr viele Zuwanderer eine politische Heimat fanden (30).

Die Funktionäre hatten folgende Berufe: Eisenbahner waren Sieß, Rauscher, Preiß, Draxler, Mayer, Moosbrugger. Linder war Tapezierer, Bertsch Postbeamter, Peter gelernter Elektriker, jedoch meist Berufssoldat, Lorenz war Schuster, Schoder Ofensetzer/Bau-



XIII. Vorarlberger Landtag 1928: 1. Reihe Mitte: Landeshauptmann Otto Ender, 4.v.r. Landesstatthalter Ferdinand Redler, 6.v.r. Landeshauptmannstellvertreter Fritz Preiß, 7.v.r. Landesrat für Finanzen Johann Josef Mittelberger, 2. Reihe 7.v.r. Anton Linder, 3. Reihe 6.v.r. Arbeiterkammerpräsident Wilhelm Sieß.

arbeiter, Hermann war selbständiger Sticker. Von 30 Kandidaten bei den Landtagswahlen 1923 waren 17 Prozent Bauern, 23 Prozent kleine Selbständige, 17 Prozent öffentlich Bedienstete, 3 Prozent Angestellte, 20 Prozent Arbeiter, 20 Prozent kandidierten nicht mit einer Berufs-, sondern mit einer Funktionärsbezeichnung (31). Im christlichsozialen "Volksblatt" vom 5. Februar 1924 heißt es über die sozialdemokratischen Kandidaten zum Gemeinderat: "... die sozialdemokratische Liste ist eine Arbeiter- und Beamtenliste mit starker Bevorzugung der 'besseren' Genossen."

Diese Tendenz zu den "besseren" Genossen hielt an. Das ist nicht verwunderlich, wenn man davon ausgeht, daß eines der wichtigsten Motive für das Engagement in der Sozialdemokratie wohl das Verlangen nach Statusanhebung war (und ist). Dieser soziale Aufstieg glückte einigen. Aus dem Lokomotivführer Fritz Preiß wurde der Geschäftsführer der Industriellen Bezirkskommission, der auf dem Funkenbühel in Bregenz ein recht ansehnliches

Haus bewohnte; Wilhelm Sieß war nicht mehr Schaffner, sondern Präsident der Arbeiterkammer; Anton Linder war Parteiangestellter; Josef Schoder Angestellter der Arbeiterkammer. Am Ende der Republik war eine neue Schicht von Politikern entstanden, die alle schon deutlich gehobeneren beruflichen Stellungen innehatten - die Statusanhebung war geglückt. Ein weiteres Beispiel ist Josef Mayer, der Sohn des Weichenstellers Johann Mayer. Josef Mayer verbrachte die Jahre des Zweiten Weltkriegs beim Landesarbeitsamt und wurde nach dem Krieg dessen Leiter.

1932 waren von den 26 Kandidaten der SDAP zu den Landtagswahlen 6 Arbeiter, 5 Rentner, je 4 Funktionäre, öffentlich Bedienstete und Angestellte (Privatbeamte), je einer war Landwirt, Hausfrau, Selbständiger.

Am Ende der Republik hatte sich eine eigene sozialdemokratische Fraktion der politischen Elite Vorarlbergs herausgebildet, die sich durch Status, ausgeübten Beruf und Lebensperspektive von der Masse der Parteimitglieder abhob. Diese Elitebildung wurde freilich durch das Verbot der Sozialdemokratie 1934 und die folgende politische Arbeit in der Illegalität unterbrochen. Während die Männer, die zum Teil schon seit 1918 an der Spitze gestanden waren, sich zurückzogen, trat eine neue Generation an, die aus der sozialistischen Arbeiterjugend kam, etwa Josef Greussing, Hans Wahsel, Alois Hammer, Franz Zoller (32).

Die Politik der Partei dürfte in Vorarlberg wohl vor allem durch die Landtagsfraktion bestimmt worden sein. Die Landesparteiobermänner Josef Cerkl aus Dornbirn und Wilhelm Sieß aus Bludenz traten in dieser Funktion kaum in Erscheinung. Herausragende Funktionen übten Wilhelm Sieß (Bludenz), Fritz Preiß (Bregenz) und Anton Linder (Dornbirn) aus. Alle drei hatten bezahlte politische Funktionen. Preiß war Geschäftsführer der Industriellen Bezirkskommission, dann Stadtvertreter, Landtagsabgeordneter, Landeshauptmannstellvertreter und Landesrat; Sieß war Präsident der Arbeiterkammer, dann Stadtrat, Landtagsabgeordneter, Landesparteiobermann; Linder war Landesparteisekretär, dann Obmann der Landesgewerkschaftskommission der Freien Gewerkschaften, Landtagsabgeordneter, Stadtvertreter, Bundesrat und nach dem Rücktritt von Preiß auch Sprecher der Landtagsfraktion.

Die Vorarlberger Landespartei war die schwächste Österreichs. Sie stellte nur zwischen 1,02 Prozent (1919) und 0,34 Prozent (1932) der Mitglieder der Gesamtpartei. Selbst in Tirol war ein höherer Prozentsatz der Bevölkerung in der SDAP organisiert (33). Ihre besten Wahlergebnisse erzielte sie bei den Nationalratswahlen 1919 mit 14.671 Stimmen (21,8 %) und bei den Landtagswahlen 1928

sowie den Nationalratswahlen 1930 mit 16.244 Stimmen (21,3 %) beziehungsweise 16.210 Stimmen (20,7 %). Bei den Landtagswahlen 1932 gab es einen katastrophalen Einbruch: Die SDAP erreichte nur noch 11.906 Stimmen (15,6 %). Die Mitgliederzahlen lagen 1919 und 1920 bei 3.417 beziehungsweise 3.423, gingen dann bis 1923 auf 2.629 zurück; 1929 waren es wieder 3.158. Bis 1932 verlor die Partei 942 Mitglieder und hatte nur noch 2.216 (34).

Nach der Ausschaltung des Parlaments durch Bundeskanzler Dollfuß im März 1933 war die SDAP dann mit einer Vielzahl von Verboten belegt. Im Februar 1934 wurde sie gänzlich verboten - kampflos, der blutige Februar fand in Vorarlberg nicht statt. Wenn man die Gründe für die Niederlage der Vorarlberger SDAP sucht, muß man stets vor Augen halten, daß sie einem übermächtigen Gegner erlegen war. Sie hatte in diesem Land keine Chance gegen das zu ihrer Niederwerfung angetretene Bündnis von politischem Katholizismus und rechtem Laizismus.

Einer stärkeren Verankerung der SDAP in der Vorarlberger Bevölkerung war freilich auch ihre politische Programmatik entgegengestanden. Mit der österreichischen Sozialdemokratie teilte die Vorarlberger die aus der marxistischen Tradition stammende Annahme, daß eine durchgängige Kapitalisierung der Wirtschaft sämtliche Lebensbereiche erfassen und den Großteil der Bevölkerung proletarisieren werde. Die Perspektive war der Sozialismus auf der Basis einer hochindustrialisierten Gesellschaft. Für die vielen im dörflich-industriellen Mischmilieu verankerten Vorarlbergerinnen und Vorarlberger waren das keine sympathischen Aussichten.

Die großen Linien der Politik der SDAP wurden in Wien gezeichnet und entsprachen nicht den Verhältnissen im vom politischen Katholizismus geprägten Vorarlberg. Am Landesparteitag vom 17. August 1919 war die Landtagsfraktion noch beauftragt worden, "in Hinkunft vor allen wichtigen Beschlüssen mit den erreichbaren Vertrauensmännern Besprechungen abzuhalten" (35). Doch die Entscheidungen fielen immer weniger an der Basis, gefragt waren "wohldurchdachte, planmäßige Leitung" sowie "strengste Pflichterfüllung aller Glieder" (36). Als 1926 mit Otto Bauer der führende Kopf der SDAP im Bregenzer Blumeneggsaal sprach, meldete sich bei Eröffnung der Diskussion nach der Rede Bauers Anton Linder zu Wort und sagte laut Bericht der BH Bregenz, "nach einer solchen herrlichen Rede, wie sie der Nationalrat Genosse Dr. Otto Bauer jetzt gehalten habe, erübrige sich jede Diskussion, und er forderte die anwesenden Genossen auf, sich zu erheben und zu geloben, die Sache der Sozialdemokratie hochzuhalten und für die

Arbeiterkammer nur für die sozialdemokratische Liste zu wählen. Hierauf wurde die Versammlung von Landesrat Preiß um 1/2 11 Uhr abends geschlossen. Nach Absingen des Arbeiterliedes entfernten sich die Versammlungsteilnehmer" (37).

Im Sommer 1927 wurden in Vorarlberg entscheidende Arbeitskämpfe ausgetragen. Die Bauarbeiter standen wochenlang im Streik; der bundesweite Eisenbahnerstreik im Juli war in Vorarlberg durch Heimwehr und Bundesheer gebrochen worden. Im August kam mit Fritz Adler jener Mann nach Bregenz, der am 21. Oktober 1916 den Ministerpräsidenten Graf Stürgkh erschossen hatte und seither als Held der Arbeiterschaft galt (38). Durften die schwer bedrängten Vorarlberger Sozialdemokraten nicht einige Worte der Aufmunterung, der Unterstützung, einige Bemerkungen zu ihrem Kampf erwarten? Doch der Genosse Akademiker bezog sich nicht auf ihren Kampf, gab ihnen keine Hilfe in ihrer schweren Lage, sondern sprach im hauptstädtischen Bewußtsein der Überlegenheit des Intellekts und bürgerlicher Bildung vom "neuen Menschen": Zuerst müsse die "Revolutionierung der Gehirne der arbeitenden Massen" und die Aufklärung kommen, bevor die Mehrheit und der Sozialismus zu erringen seien (39).

Je weniger der Sozialismus durch die aktuellen Entwicklungen erreichbar schien, desto mehr wurde er zum jenseitigen Erlösungsgut. Die "Vorarlberger Wacht" am 31. März 1932 auf der Titelseite:

"Genossen und Genossinnen! Geht zu allen, die da mühselig und beladen sind, verkündet ihnen die Botschaft vom zusammenbrechenden Kapitalismus, sagt ihnen, daß die neue sozialistische Gesellschaftsordnung unter furchtbaren Wehen, aber daß sie geboren wird."

Erst Anfang der dreißiger Jahre trat die Kommunistische Partei in Vorarlberg stärker in Erscheinung. Sie organisierte Arbeitslosendemonstrationen in Bregenz und Bludenz und erreichte - gleichsam aus dem Stand - bei den Landtagswahlen 1932 3,4 Prozent, vor allem auf Kosten der SDAP. Mit der Abreise Ferdinand Nansens - desselben Nansen, der 1920 bei den Milchdemonstrationen aufgetreten war - nach Brasilien verlor die KP ihren führenden Kopf und zerfiel wieder zusehends, sodaß die Landesregierung beim Verbot dieser Partei vom 26. Mai 1933 zusammenfassend feststellen konnte, "daß die kommunistische Partei im Lande in der letzten Zeit nicht hervorgetreten ist und ihre Werbetätigkeit nahezu ganz eingestellt hat" (40). Während des Austrofaschismus waren kommunistische Gruppen wie auch die aus vorwiegend jungen Sozialdemo-

kraten bestehenden Revolutionären Sozialisten im Kampf gegen die Diktatur engagiert (41).

Der KPÖ gehörten vorwiegend Hilfsarbeiter und sozial Deklassierte an, die den Sprung auf den Zug des sozialen Aufstiegs - in die SDAP - nicht tun wollten oder nicht geschafft hatten. Als in Lindau nach einer Versammlung ein Bregenzer Kommunist die Polizei provozierte und deshalb festgesetzt wurde, hielt der Polizeibericht auch die soziale Lage des Verhafteten fest: "Bei seiner Anhaltung hatte Resch einen Betrag von 20 g und einen Löffel bei sich. Auf die Frage, was er mit dem Löffel mache, gab er an, daß er in Bregenz immer im Kloster Suppe bekomme und deshalb den Löffel mit sich führe" (42).

WAHLKÄMPFE UND WAHLERGEBNISSE

In der Ersten Republik fanden in Vorarlberg insgesamt zwölf allgemeine Wahlen statt. Dreimal wurden die Gemeinderäte gewählt - 1919, 1924, 1929 -, viermal fanden Landtagswahlen statt - 1919, 1923, 1928, 1932 - und fünfmal Nationalratswahlen - 1919, 1920, 1923, 1927, 1930.

Die Christlichsozialen traten für die katholische Kirche und für das traditionelle Vorarlberg gegen die Veränderer an, hauptsächlich gegen die Sozialdemokraten, da diese nicht nur die geistige Vormacht des Katholizismus brechen wollten, sondern auch die wirtschaftlichen Besitzstände der herrschenden Eliten gefährdeten. Dazu verbreiteten die Christlichsozialen im Nationalratswahlkampf 1920 etwa folgenden Leitspruch:

"Für Heimat und Herd!

Für Glaube und Vätersitte!

Für Frauenwürde und Kinderglück!

Das walte Gott" (43)

Da bei den Wahlen vorgeblich "Heimat und Glaube" auf dem Spiel standen, konnten sich die offiziellen Vertreter des Glaubens auch in die Wahlkämpfe einschalten. 1923 wurde es den Vorarlbergern nicht nur von der Kanzel herab zur Gewissenspflicht gemacht, christlichsozial zu wählen, sondern der apostolische Administrator von Feldkirch, Sigismund Waitz, verordnete zusätzlich einen Gebetstag für den Wahlausgang (44). Waitz schaltete sich auch in den Nationalratswahlkampf 1927 mit einem Hirtenbrief ein, und die österreichischen Bischöfe mahnten vor den Nationalratswahlen 1930

die Gläubigen in einem Hirtenwort: "Keine Stimme einer unchristlichen, kirchenfeindlichen oder religiös-freiheitlichen Partei, sondern jede Stimme für die katholische, wahrhaft christliche und kirchentreue Partei" (45).

Die Sozialdemokratie wurde als nicht-vorarlbergisch, jüdisch, östlich, bolschewistisch gebrandmarkt, sie stehe für Sozialismus, Klassenkampf, Diktatur, Materialismus, während die Christlich-sozialen erklärten, für Christentum, Standesversöhnung, Demokratie und Idealismus einzutreten (46).

Auch die Sozialdemokratie trat jedesmal wieder ums Ganze und um die Erlösung ihrer Wählerschaft an:

"Der Sozialismus bedeutet viel. Die Menschheit soll endlich erlöst werden von der Sorge um das tägliche Brot. Der Geist der Menschen soll nicht erfüllt sein von der Furcht um die nackte Existenz. Das arbeitende Volk soll Herrin werden über die Produktionsmittel und Leiterin aller menschlichen Arbeit..."

"Frauen, höret und denket nach! Mutter, willst du deinen Sohn wieder in der Kaserne mißhandeln und beschimpfen lassen, dann wähle christlichsozial oder deutschnational. Gattin! Willst du deinen Mann und Vater deiner Kinder wieder von Minenwerfern, Maschinengewehren, Handgranaten zerfleischen lassen, dann wähle christlichsozial oder deutschnational..."

"Wer hofft auf eine Niederlage der Sozialdemokratie? Die Großbanken, alle Großkapitalisten, denn nur die Sozialdemokraten sind ihnen gefährlich! Die Fabrikanten, denn sie möchten die Arbeiterschutzgesetze wieder abschaffen. Die großen Hausbesitzer, denn sie wollen das Mieterschutzgesetz aufheben. Die Bischöfe und sonstige Finsterlinge, denn sie wollen die klerikalen Habsburger wieder einsetzen..." (47).

Mit den Jahren erwiesen sich die politischen Verhältnisse in Vorarlberg als relativ gefestigt. Es scheint sich die Erkenntnis durchgesetzt zu haben, daß es in den Wahlen nicht um viel mehr als um ein paar Prozentpunkte ging. Die SDAP hatte erkennen müssen, daß sie in Vorarlberg nicht die Mehrheit erringen konnte, denn dazu war der politische Katholizismus zu fest verankert, und auch die vorherrschende kleinindustriell-gewerbliche Wirtschaft im vorwiegend katholisch-bäuerlichen Milieu bot schlechte Voraussetzungen. Bei den Landtagswahlen 1932 trat die SDAP nicht mehr kämpferisch auf: Sie rief zur Verteidigung der sozialen Errungenschaften und zur Wiedereroberung der Republik, stellte im übrigen einen ganzen Katalog an Sachfragen in den Vordergrund: Ausbau der Wasserkräfte, Armut der Kleinrentner, Wohnungsnot, Unterdrückung der Frau (48).

Auch der Wahlkampf der CVP war 1932 betont ruhig, vor allem nicht besonders aggressiv gegen die Sozialdemokratie gerichtet. Denn die wußte man auf dem absteigenden Ast. Ein neuer Gegner war entstanden, mit dem man sich schwerer tat: die Nationalsozialisten (49).

Auch hochrangige Bundespolitiker bereisten das Land in Wahlkämpfen, etwa Dr. Karl Renner 1920, 1923 und 1928, Bundeskanzler Dr. Schober als Chef des aus Landbund und Großdeutscher Volkspartei gebildeten Schoberblocks 1930, Bundeskanzler Prälat Dr. Ignaz Seipel 1923 (50). Während hinter der CVP, vor allem aber hinter den Großdeutschen und später der NSDAP finanzkräftige Gewerbetreibende und Industrielle standen, die sich ihre politischen Absichten - etwa Blockierung des Arbeits- und Sozialrechts - schon etwas kosten ließen (51), war die SDAP auf Spenden der Mitglieder angewiesen. Oft wurde auch etwas nachgeholfen, so als der Betriebsrat den Spullerseearbeitern 1920 mitteilte, man habe beschlossen, daß alle Arbeiter der sozialdemokratischen Partei zwei Stundenlöhne spendierten, die der Einfachheit halber direkt vom Lohn abgezogen würden. Wer damit nicht einverstanden war, mußte sich melden, was 53 der 800 Arbeiter taten. Die übrigen spendierten mehr oder minder freiwillig (52).

Die SDAP tat sich auch außerhalb der Hauptsiedlungsgebiete besonders schwer. Im Montafon und im Bregenzerwald etwa konnte sie nur in wenigen Orten Versammlungen abhalten - in Lingenau, St. Anton oder Partenen. In Alberschwende wurden sozialdemokratische Redner 1919 mit Steinen beworfen. Wirte weigerten sich oft, ihre Gasthäuser für Versammlungen zur Verfügung zu stellen. 1929 griff die CVP über die Behörden in den Wahlkampf ein, der SDAP wurde verboten, ihren Wahlkampffilm zu zeigen. 1929 wurden für eine Kandidatur bei den Gemeinderatswahlen 50 Unterschriften vorgeschrieben, die beim Gemeindeamt vorzuweisen waren. Damals war es ein Risiko, sich als Sozialdemokrat zu deklarieren, denn der wurde mit dem leibhaftigen Antichrist gleichgestellt, und zu seiner Austreibung standen sowohl Pfarrer als auch Heimwehr und Arbeitgeber bereit. Die SDAP konnte so nur in 31 Gemeinden kandidieren, die Sozialdemokraten in den übrigen Gemeinden wurden aufgefordert, von ihrer Existenz mit leeren Stimmzetteln zu künden (53).

Der Presse kam in den Wahlkämpfen große Bedeutung zu. Die sozialdemokratische Zeitung, die "Vorarlberger Wacht", führte nur eine mediale Randexistenz: Ersterscheinung 5. Jänner 1910, werktäglich vom Dezember 1918 bis 30. September 1921, eingestellt von dort bis zum 18. April 1923, währenddessen betreute die "Tiroler

Volkszeitung" als "Volkszeitung. Sozialdemokratisches Tagblatt für Tirol und Vorarlberg" das Land mit, ab 1. August 1923 erschien sie Mittwoch und Samstag, ab 5. Juli 1927 Dienstag, Donnerstag, Samstag. Nach dem Verbot der SDAP erschien sie ab dem 20. Februar 1934 wieder täglich, allerdings nach den Wünschen der Machthaber gleichgeschaltet, bis zum 12. März 1938.

Die Redaktion war im Dornbirner Arbeiterheim beziehungsweise Parteisekretariat in der Viehmarktstraße. Verantwortliche Redakteure waren Josef Cerkl, Hugo Mayer, Karl Klos, Anton Linder (alle 1919), Ignaz Huberlich (1919-21), Anton Schlüter (1923-33), Josef Cerkl (bis Februar 1934). Die "Vorarlberger Wacht" hatte 1930 gerade eine Auflage von 1.800 Stück, das waren 13 Prozent der Gesamtauflage der Vorarlberger Tageszeitungen. Neben der "Wacht" wurde die Monatsschrift "Der Sozialdemokrat" in Vorarlberg vertrieben, die in Wien gemacht wurde und Aufsätze jenseits der Tagespolitik, Erzählungen, Lyrik und ähnliches bot. Selbstverständlich wurden auch Zeitschriften wie "Der Naturfreund" oder sozialdemokratische Frauenzeitschriften gelesen: 1930 zum Beispiel hatten 656 Frauen in 41 Orten "Die Frau" abonniert und 351 Frauen in neun Orten "Die Unzufriedene".

Die rechten Laizisten, das heißt bis 1933 die Großdeutschen, verfügten über das "Vorarlberger Tagblatt" mit einer täglichen Auflage von 4.000 (1930) und der Wochenbeilage "Feierabend". Ab 1933 war das "Tagblatt" nationalsozialistisch, im Austrofaschismus daher kräftig zensuriert, Chefredakteur war Dr. Hans Nägele.

Die Nationalsozialisten waren ab 1932 mit der in Innsbruck erscheinenden Zeitschrift "Der rote Adler" in Vorarlberg präsent.

Der Landbund verfügte von 1919 - 1923 über das "Bauernblatt", das 1924 - 1927 als "Vorarlberger Landbund" erschien.

Den Medienmarkt beherrschten eindeutig die Christlichsozialen mit ihrer Tageszeitung "Vorarlberger Volksblatt" - Auflage 1930: 6.000 bis 8.000 - und der Wochenbeilage "Holunder". Chefredakteur waren die Priester Wilhelm Fritz, Konrad Nußbaumer, 1934 - 1938 Georg Schelling. An christlichsozialen Wochenzeitungen gab es den "Landbote von Vorarlberg", der 1919 "Vorarlberger Bauernzeitung", ab 1921 "Der Vorarlberger" hieß. Im "Vorarlberger" ging auch das "Vorarlberger Arbeiterblatt" auf, das bis zu 2.500 Stück Auflage erreicht hatte; der "Vorarlberger" selbst kam auf 6.000 (1922) und 4.900 (1925). Ein besonders beliebtes christlichsoziales Organ war der "Vorarlberger Volkskalender", der 1923 eine Auflage von 6.000 Stück hatte.

Neben diesen Publikationen erschienen noch das offizielle Organ der Landesregierung, die "Vorarlberger Landeszeitung" (Auflage

1930: 1.800), der "Rheintaler Grenzfreund und Vorarlberger Grenzbote" sowie die "Vorarlberger Landesstimmen" und - nicht zu unterschätzen - die diversen Gemeindeblätter (54).

Während die ersten Radiogeräte in den letzten Jahren der Republik wohl vor allem auf deutsche Sender eingestellt waren und der deutsche Rundfunk auch später für die Nationalsozialisten ein wichtiges Medium war, nahm der politische Katholizismus die im Herbst 1934 eröffnete Sendeanlage in Vorarlberg fest in seine Hand. Für Ulrich Ilg bedeutete es nach dem Zweiten Weltkrieg einen großen Schlag, als die Rundfunk-Kompetenzen vom Land auf den Bund übergingen und der Rundfunk dadurch einem weiteren direkten Zugriff des politischen Katholizismus entzogen blieb (55). Die Wahlergebnisse sind im Anhang dokumentiert, hier sollen nur einige Trends zur Diskussion gestellt werden.

Aus den Wahlergebnissen ist einmal sehr klar ersichtlich, daß die Christlichsozialen die Mehrheit der Vorarlberger hinter sich hatten - 1919 ungefähr zu 65 Prozent, 1932 immer noch zu fast 57 Prozent. Das katholische Lager war so fest gefügt, daß auch in 13 Regierungsjahren nur wenige Prozent herausbrachen. Die SDAP erzielte bei den ersten Wahlen, zum Nationalrat im Februar 1919, mit 21,8 Prozent ihr bis 1927/28 bestes Ergebnis. Doch schon bei den Landtagswahlen vom April 1919 war sie auf 19 Prozent zurückgefallen. Um diese Marke pendelten ihre Ergebnisse auch bei den Nationalratswahlen vom Oktober 1920 sowie bei den Landtags- und Nationalratswahlen vom Oktober 1923. Bei den Nationalratswahlen im April 1927 - hier kandidierten Großdeutsche und Christlichsoziale sogar als gemeinsame Liste - erreichte die SDAP 22,3 Prozent und bei den Landtagswahlen im März 1928 immer noch 21,3 Prozent. Hier hatte möglicherweise der gerade in diesen Jahren besonders hart geführte Kampf von Christlichsozialen und Großdeutschen gegen die Sozialdemokraten deren Wählerpotential mobilisiert, ebenso wie es 1919 durch die Hoffnung auf den großen Umschwung mobilisiert worden war. Dieser Mobilisierungseffekt hielt noch bis zu den Nationalratswahlen im November 1930 an - die SDAP erzielte 21 Prozent. Doch bis zu den Landtagswahlen im November 1932 wandte sich ein guter Teil der nur locker mit der SDAP verbundenen Wähler wieder ab und wählte dann ungültig, kommunistisch oder nationalsozialistisch.

Das Ergebnis der Wahl 1932 reflektierte auch das Dilemma, in das die sozialdemokratische Parteiführung sich durch ihre Beteiligung in der Landesregierung immer wieder manövriert hatte: einerseits Regierungsverantwortung tragen, andererseits eine glaubwürdige

Opposition darstellen wollen. Schon in der "Vorarlberger Wacht" vom 19. Juni 1920 hatte der sozialdemokratische Landeshauptmannstellvertreter und Landesrat für Arbeitslosenfürsorge und -vermittlung Fritz Preiß anlässlich seines kurzfristigen Rückzugs aus der Regierung festgestellt, er habe in der Landesregierung immer parteipolitische Überlegungen zurückgestellt und Verantwortung getragen, "ohne Rücksicht, daß dadurch die ganze Popularität verloren gegangen ist". Bei wichtigen Entscheidungen, so der Schaffung der Heimwehren, habe man ihn übergangen, ihn jedoch immer eingesetzt, wenn es notwendig war, erregte Menschenmengen zu beruhigen.

"So könnte ich noch eine Reihe von Dingen anführen, die dar- tun, daß der sozialdemokratische Vertreter in der Landesregie- rung unbequem wurde, daß man ihm wohl Pflichten aufbürdet, aber Rechte immer mehr vorenthielt, mit einem Worte, einen bequemen Blitzableiter hatte."

Am 13. Oktober 1932, einen Monat vor der Landtagswahl, sagte Preiß in einer Rede schon ahnungsvoll:

"In Bregenz und Vorkloster und auch sonst überall sei eine ge- wisse Verzagttheit im Arbeitervolk zu bemerken, und oft könne man hören, es sei gleich, wen man wähle, es seien alle Lum- pen" (56).

Die Kommunisten erreichten 1932 3,4 Prozent - 1930 waren es nur 0,2 gewesen -, und die Nationalsozialisten legten gegenüber 1930 gewaltig zu. Bei den Landtagswahlen 1928 und den Nationalrats- wahlen 1930 waren sie mit 1 beziehungsweise 1,1 Prozent noch recht unbedeutend gewesen. Aus den Landtagswahlen 1932 aber gingen sie mit 10,5 Prozent als die drittstärkste Partei hervor. Die Großdeutschen bauten von Wahl zu Wahl ab. Bei den National- ratswahlen 1919 hatten sie noch 13,5 Prozent, bei den letzten Landtagswahlen 1932 nur noch 6,8. Der Landbund erzielte sein bestes Ergebnis bei den Landtagswahlen 1928 mit 9,6 Prozent und hielt 1932 noch 7.

Im großen war die politische Landschaft in Vorarlberg so aufge- teilt, daß die Christlichsozialen drei Fünftel für sich reklamieren konnten, die Sozialdemokratie eines und Großdeutsche und Land- bund zusammen ebenfalls eines. Erst die Nationalsozialisten brachten 1932 dieses Gefüge in Bewegung, doch mit ihrem Aufkommen werden wir uns in einem eigenen Abschnitt näher aus- einandersetzen.

In Mandaten fand das so seinen Niederschlag, daß die Christlich- sozialen immer drei Nationalräte stellten, die Sozialdemokraten

immer einen und die rechten Laizisten nur, wenn sich in der Wahlarithmetik einer ausging - 1920 ein Reststimmenmandat für die Großdeutschen -, oder wenn Großdeutsche und Landbund 1930 zusammengingen. Bis 1923 hielten die Christlichsozialen 22 Mandate im Landtag, bis 1932 dann 21. 1932 waren statt 30 dann nur noch 26 Mandate zu vergeben, davon besetzte die CVP 18. Die Sozialdemokraten waren bis 1928 mit fünf Mandataren im Landtag, 1928 bis 1932 gar mit sechs; im letzten Landtag stellten sie noch vier. Die Großdeutschen hatten bis 1928 zwei Mandate, dann noch eines; der Landbund bis 1932 ebenfalls zwei, dann eines. Die Nationalsozialisten zogen 1932 mit zwei Mandataren ins Vorarlberger Landesparlament. Die Kommunisten gingen 1932 mit 2.614 Stimmen leer aus, da das Vorarlberger Wahlrecht die großen Parteien - vor allem die CVP - begünstigte.

Die Christlichsozialen benötigten 2.408 Stimmen für jeweils ein Mandat, die Sozialdemokraten 2.976, die Nationalsozialisten 4.029, die Großdeutschen 5.161 und der Landbund gar 5.315 Stimmen. Wäre Vorarlberg nur ein Wahlkreis gewesen statt drei, dann hätte 1932 jede Partei 2.940 Stimmen für ein Mandat benötigt und die Christlichsozialen hätten nicht mit 57 Prozent der gültigen Stimmen 70 Prozent der Landtagssitze besetzt.

Betrachtet man die Wahlergebnisse in einzelnen Orten, so fällt auf, daß 1919 bei den Landtagswahlen die CVP nur in Bregenz, Hard und Bludenz unter 50 Prozent lag, 1928 in Dornbirn und Lustenau unter diese Marke rutschte, 1932 auch noch in Bürs. Es ist bemerkenswert, daß gerade in Orten mit relativ hohem nicht kirchlich gebundenem Wähleranteil die NSDAP dann 1932 die besten Ergebnisse erzielte. Ein Beispiel dafür ist Lustenau, wo die Großdeutschen 1928 vor allem auf Kosten der Christlichsozialen 32,2 Prozent erzielten - den höchsten Wert dieser Partei im Lande. Dort kam die NSDAP 1932 auf 14,8. In Hard wiederum waren die Sozialdemokraten bis 1932 die stärkste Partei, 1928 mit 48,7 Prozent gar knapp an der absoluten Mehrheit. In Hard blieben die Christlichsozialen mit etwa 36 Prozent während der gesamten Ersten Republik stabil. Dort holten sich die Nationalsozialisten 1932 - nach bereits beachtlichen 6,2 Prozent 1928 - ihr bestes Ergebnis mit 17,3 Prozent, vor allem auf Kosten der Sozialdemokraten. Und in Bürs brachen 1932 die Christlichsozialen um fast 7 Prozent ein, die Sozialdemokraten blieben stabil, die Nationalsozialisten jedoch gewannen 11 Prozent. Dieser Gewinn kam vor allem vom Landbund, der 1928 noch 10,6 Prozent gehalten

hatte und 1932 nur noch 2,5 erreichte. Die Christlichsozialen gaben in Büren vielleicht Wähler an die SDAP ab, die wiederum 5,3 Prozent vermutlich vor allem an die Kommunisten verlor und so stabil blieb. Die Kommunisten waren 1932 mit 7,8 Prozent in Bregenz besonders stark und holten ihre landesweit 3,4 Prozent auf Kosten der SDAP.

Während der rechte Laizismus - DVP und Landbund - direkt zu den Nationalsozialisten überging, waren massive Wechsel von der SDAP zur NSDAP - wie in Hard - eher die Ausnahme. Linke Laizisten wählten als Alternative zur SDAP in der Regel kommunistisch oder ungültig. Die Zahl der ungültigen Stimmen war mit 5.727 oder 7 Prozent bemerkenswert hoch. Insgesamt gewannen die Nationalsozialisten vor allem Wähler, die schon früher ihre Stimme einer laizistischen Partei gegeben hatten.

DER KULTURKAMPF

"Wogegen wir an dieser Stelle den allerentschiedensten Einspruch erheben, das ist, daß die Kirche und Kanzel zum Tummelplatz politischer Leidenschaft, zur Agitationsstätte für eine politische Partei mißbraucht wird, wie das in unserem Lande tatsächlich geschieht" (57).

Mit dieser ersten grundsätzlichen Stellungnahme der SDAP im Vorarlberger Landtag vom 3. November 1918 war ein Konfliktfeld von neuem markiert, das schon das ganze 19. Jahrhundert Schauplatz heftigster Auseinandersetzungen gewesen war. Es ging um den Katholizismus als politische Größe - um die Frage, wie weit die Kirche ins politische und gesellschaftliche Leben eingreifen dürfe und wie sehr dieses nach kirchlichen Vorstellungen geformt werden solle. Zwei Parteien standen sich da anfangs gegenüber: die christlich-konservative mit ihrer Betonung der Kirche als letztlich entscheidender Instanz; und die liberale, die das mündige, selbstverantwortliche, vernünftige Individuum zum Maßstab gesellschaftlicher Ordnung machte. Ab den siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts trat hierzu noch die Sozialdemokratie; sie übernahm liberale Vorstellungen von der natürlichen Mündigkeit des Individuums und verband sie mit dem Konzept der Befreiung der Arbeiterschaft als Klasse.

Während die Liberalen, die sich zu Großdeutschen und Deutsch-nationalen gewandelt hatten, nach dem Zusammenbruch der Monar-

chie auch in Vorarlberg mit den Christlichsozialen eine Zweckkoalition zur Abwehr der Sozialdemokratie eingingen und deshalb ihre antiklerikale Politik zurücktrat, bot die Sozialdemokratie den Christlichsozialen die denkbar größte Angriffsfläche: Sie war zugleich antikapitalistisch und antiklerikal.

In derselben Sitzung vom 3. November 1918 wurde folgender Antrag eingebracht, den die CVP durch Zuweisung an einen Unterausschuß vom Tisch brachte, gleichzeitig im "Volksblatt" aber zum Anlaß für heftige Angriffe auf die Sozialdemokratie nahm (58):

"1. Sämtliche Lehrpersonen haben im Unterricht jegliche parteipolitische Agitation strengstens zu vermeiden.

2. Die Kirchenbehörden sind zu ersuchen, in Predigten und in anderen kirchlichen Verrichtungen jegliche Agitation für eine bestehende Staatsform oder politische Partei zu unterlassen."

Auch in der programmatischen Erklärung zur "Stellung der Sozialdemokratie zu Religion und Kirche" in der "Wacht" vom 22. Mai 1926 hieß es, die Sozialdemokratie bekämpfe nicht die Religion, "aber sie kämpft dagegen, daß kirchliche und konfessionelle Herrschaftsorganisationen die religiösen Gefühle breiter Volksmassen dazu mißbrauchen, die Macht der herrschenden Klassen zu schützen."

Es ging auch hier nicht um die katholische Kirche, sondern um den politischen Katholizismus, der das Amt des Seelenhirten mit weltlicher Herrschaft verbinden wollte. Folgerichtig wurden gerade in Vorarlberg die Aktivitäten des "Bundes religiöser Sozialisten" von der SDAP besonders begrüßt, da man hoffte, Katholiken so einen Weg zur Sozialdemokratie zu öffnen.

In seiner Weihnachtsbetrachtung in der "Vorarlberger Wacht" vom 24. Dezember 1928 betonte Fritz Preiß den großen Freiraum, den die SDAP Katholiken biete, während Freidenker von der Kirche und den Christlichsozialen verfolgt würden:

"Es darf aber in unserer Partei nie dazu kommen, daß etwa Vergeltung geübt würde, indem man Gläubige verhöhnt oder verfolgt. Die Erstarkung der Bewegung der religiösen Sozialisten in Österreich, die wir alle nur begrüßen können, bietet auch praktisch Gewähr für eine gleiche Behandlung aller. Alle miteinander wollen wir kämpfen für die Erlösung des Menschengeschlechtes aus Not und Elend, aus Unterdrückung und Ausbeutung."

In der "Wacht" vom 30. August 1927 findet sich auf Seite eins folgende Schlagzeile: "Ein überzeugter Christ muß auch ein überzeugter Sozialdemokrat sein." Zu Ostern 1928, am 7. April, stammt der Leitartikel der "Wacht" aus der Feder von Pfarrer

Dr. Hans Hartmann; er schrieb unter anderem: "Wir können nicht mehr glauben, daß man die Seelen allein wandeln kann, ohne die Leiber, ohne das Materielle, ohne die Erde zu wandeln. Das aber ist der ursprüngliche Osterglaube."

Inwieweit diese Öffnung zum Christentum zu den Wahlerfolgen der SDAP in jenen Jahren beigetragen hat, kann hier nicht beurteilt werden. Es bleibt aber festzuhalten, daß das Experiment des "religiösen Sozialismus" mit der Enzyklika "Quadragesimo anno" Papst Pius' XI. 1931 scheiterte, da der Papst erneut den Sozialismus mit scharfen Worten verurteilte (59). Am 16. April 1932 beschäftigte sich die "Wacht" noch einmal mit den religiösen Sozialisten, indem eine Rede Otto Bauers, des Programmatickers der Partei, abgedruckt wurde. Bauer sagte vor der Bundeskonferenz der religiösen Sozialisten, angesichts der Enzyklika müsse jedwede Bemühung eingestellt werden, der katholischen Kirche "das historische Recht und die soziale Wahrheit des praktischen Sozialismus begreiflich zu machen. Kämpft nimmer um die kirchliche Anerkennung religiösen Wirkens. ... Die Kirche, die in Rom einen Mussolini mit den zeremoniösesten Ehren im Vatikan empfängt und in Österreich durch ihren politischen Exponenten Prälat Seipel den Heimwehfaschismus großgezüchtet hat und einen Christen wie Prof. Ude zum Schweigen brachte, stand immer auf der Seite des Stärkeren."

Im Kulturkampf der Ersten Republik ging es um die Erziehung der Kinder, um Schule und Freizeit; das Verhältnis zum eigenen Körper, um Sport und Feuerbestattung, um Empfängnisverhütung und Abtreibung; es wurde um die Zivilehe gerungen, aber auch um die Vermittlung weltlichen Bildungsgutes und weltlicher Kultur. Der Herrschaftsanspruch der katholischen Kirche war total. Sie wollte den Menschen in der Schule, in der Freizeit, im Bett unter Kontrolle haben; sie wollte die Zahl der Kinder bestimmen, indem sie Empfängnisverhütung ablehnte; selbst nach dem Ableben blieb ihr Anspruch kompromißlos - kein kirchliches Begräbnis bei Feuerbestattung.

Ein besonders wichtiger Ansatzpunkt zur Bewahrung der katholischen Vorherrschaft war die Kindererziehung. Als auf Initiative von Otto Glöckel, dem sozialdemokratischen Unterstaatssekretär für Erziehung und Unterricht, am 10. April 1919 die Verpflichtung der Lehrer zur Beaufsichtigung von Schülern bei religiösen Übungen aufgehoben wurde und zudem die Religionslehrer angewiesen wurden, die Beteiligung von Schülern an solchen Übungen nicht zum Bestandteil der Religionsnote zu machen, gefährdete das die traditionell enge Verbindung von Kirche und Schule. Der Erlaß

wurde von den Vorarlberger Behörden fast ein Jahr lang zurückgehalten. Er war auch anschließend unwirksam. Denn in Vorarlberg blieb die Pflichtschule fest in katholischer Hand, die Lehrer waren fast ausschließlich katholisch. Wie dieser Erlaß, der 1933 aufgehoben wurde, so blieb das sozialdemokratische Schulreformwerk in Vorarlberg ohne Bedeutung (60).

Parallel zum Aufkommen des sozialdemokratischen Vereins "Freie Schule - Kinderfreunde" - der schon ab den ersten Jahren der Republik elf Ortsgruppen in Bregenz, Hard, Altach, Dornbirn, Götzis, Rankweil, Bludenz, Höchst, Altstadt-Levis, Lustenau hatte - verstärkte die Kirche ihre außerschulischen Aktivitäten: 24 Ortsgruppen der katholischen Jugend waren aktiv. Für die "schulentwachsene Jugend" wurden zur "religiös-sittlichen Führung" Sonntagsschulen gegründet. Jeden Sonntagnachmittag wurden in 45 Pfarreien zwei Stunden lang Religionsunterricht und religiöse Übungen angeboten, die allerdings überwiegend von Mädchen besucht wurden (61).

Das "Volksblatt" startete breit angelegte Kampagnen gegen die Kinderfreunde, am 25. Mai 1921 konnte man etwa lesen: "Zum Schlusse ein kurzes Wort an die christlichen Eltern: könnt ihr die gottgegebenen, gottgeschenkten Kinder dem Moloch Sozialdemokratie überantworten? Sind euch euere Kinder noch lieb?" Die Kinderfreunde hielten die Kinder durch Wanderungen an Sonn- und Feiertagen vom Besuch des Nachmittagsgottesdienstes, ab, auch untergruben sie die Autorität und gefährdeten das Schamgefühl der Buben und Mädchen, da sie, wie ein "Freund von Kindern" im "Volksblatt" vom 1. August 1922 feststellte, "ohne Unterschied untereinander sein (sollen), beim Spiel, beim Turnen, beim Baden, ja selbst beim Sonnenbaden".

Dem politischen Katholizismus standen die Behörden zur Verfügung: 1925 wurde unter Berufung auf die Schul- und Unterrichtsordnung vom 29. September 1905 die Teilnahme von Kindern an den sozialdemokratischen Mai-Aufmärschen verboten (62).

Eine weitere Konfliktebene wurde schon angedeutet: Es ging um das Verhältnis zum eigenen Körper, um Körperlust oder Körperlast, im letzten wohl um Sexualität. Für die Sozialdemokratie hatten Körperlichkeit und Sexualität eine politische Dimension. Menschen ohne Körper- und Sexuallängste sind glücklicher, freier und politisch wacher - so wurde angenommen. Mit dieser Vorstellung von befreiter Körperlichkeit waren untrennbar verbunden Ideen von sozialer Verantwortung, Disziplin, Treue - das genaue Gegenteil jener Promiskuität, die das katholische Lager immer unterstellte. Die zweite Funktion der neuen Körperlichkeit war die

Stählung für den politischen Kampf: Wandernde und turnende Arbeiterinnen und Arbeiter würden für die politische Auseinandersetzung besser gerüstet sein als trinkende Gasthaussitzer.

Solche Überlegungen waren den Katholisch-Konservativen fremd. Im Gegenteil: Der Kirche war der Körper ein Sitz der Sünde und eine Last - besonders den weiblichen galt es sorgfältig zu verbergen.

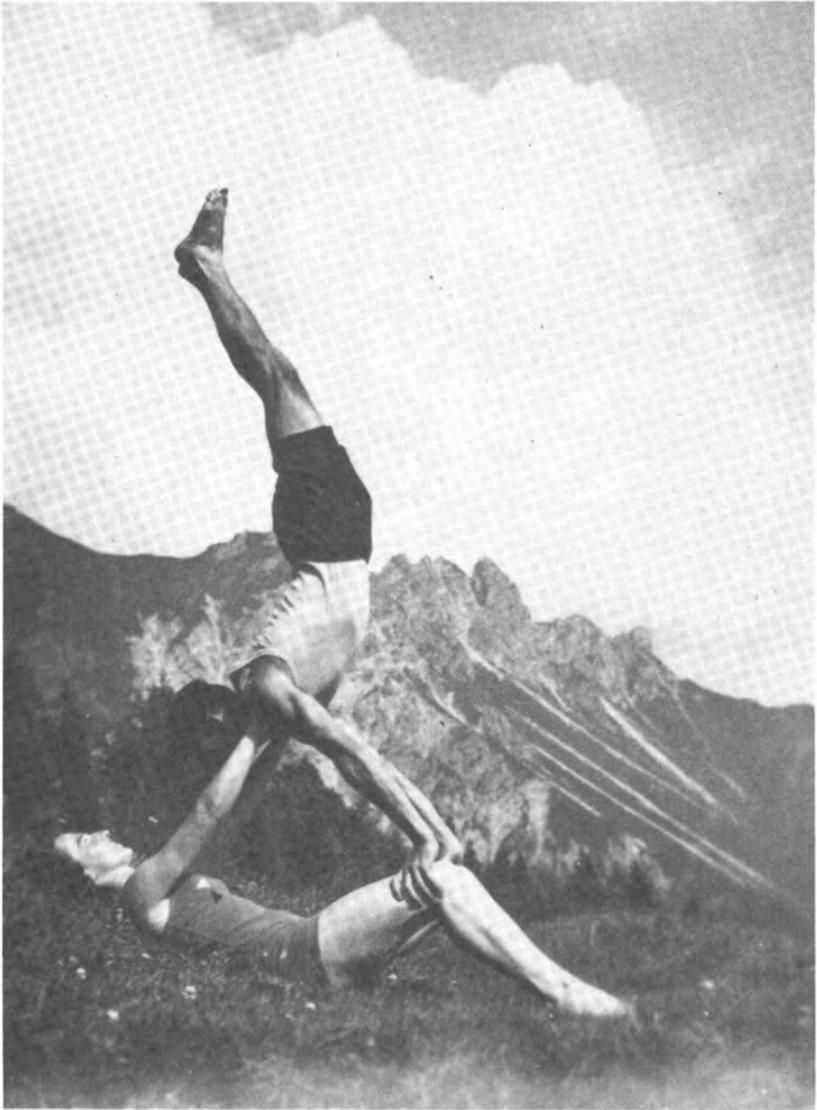
Im "Volksblatt" wurde gegen Frauen-Turnen und -Schwimmen geschrieben, zumindest strenge Geschlechtertrennung sowohl bei Erwachsenen als auch bei Kindern verlangt: Vater und Sohn mußten ins Männerbad, Mutter und Tochter ins Frauenbad. Auch am Bregenzer Bodenseeufer gab es anfangs ausschließlich nach Frauen und Männern getrennte Gebiete. Das "Volksblatt" am 22. August 1925:

"Welchen sichtbaren Grund hat das gemeinsame Schwimmen der beiden Geschlechter? Ist es ein sportliches Interesse? Wir können's nicht entdecken. Ist es ein ästhetischer Grund? Wir wagen es nicht zu behaupten. Ob nicht vielmehr bei vielen, die als Zuschauer oder als Teilnehmer dem Schwimmen des anderen Geschlechts beiwohnen, ein Stück mehr oder weniger bewußter Sinnlichkeit die treibende Kraft ist? ... Der weibliche Körper bedarf noch mehr als der männliche der schützenden Mauer des Schamgefühls. Es liegt dies in dem Beruf des Weibes zur Mutterschaft. Wenn ein Mädchen seinen Körper zur Schau trägt, gibt es ohne weiteres ein gutes Stück seiner edlen Weiblichkeit preis. ... Ihren glänzenden Triumph feiern diese Kinder einer neuen Sittlichkeit in dem Treiben der heutigen Strandbäder. Das Strandbild steht für viele jenseits von Gut und Böses. Der Massenauftrieb von Menschenleibern gewährt ein tierisches Bild und weckt tierische Instinkte. ... Der körperliche Gewinn steht in gar keinem Verhältnis zu dem sittlichen Verlust der Teilnehmer, zumal der Jugend."

Am 7. Oktober 1925 schlägt das "Volksblatt" nochmals in diese Kerbe:

"Wo christliche Sitte herrscht - nein, wo auch nur natürliche Schamhaftigkeit herrscht - gibt es gesetzliche Verbote gegen das unterschiedslose Baden beider Geschlechter. ... Zu einer Verirrung der jetzigen Zeit gehört auch das unterschiedslose Wandern von Burschen und Mädchen im Gebirge ohne eine Aufsicht und ohne alle Führung. ... Jugend verfällt allzuleicht den Gefahren der erwachsenden Leidenschaft."

Nicht nur auf Familien- und Badeleben bedachte Frauen und Männer lebten gefährlich, sondern auch Wanderer, denen zu heiß



Anfang der dreißiger Jahre: "Ohne eine Aufsicht und ohne alle Führung..."

wurde und die daher das eine oder andere Kleidungsstück ablegten. Sie mußten riskieren, von eifrigen Bergwächtern verprügelt zu werden - im "Volksblatt" vom 19. August 1921 wurden Bergwächter gelobt, die der "in allen Abstufungen auftretenden Nacktkultur" mit Brachialgewalt entgegentraten.

Der Kirche war die Kleidung der Frauen ein besonders Anliegen. Bischof Waitz regte im "Volksblatt" vom 6. Oktober 1925 an, "daß Frauen, welche nicht entsprechend der christlichen Zucht und Sitte gekleidet sind, zu kirchlichen Funktionen nicht zugelassen werden sollen, nicht zur heiligen Kommunion, nicht zur kirchlichen Trauung, nicht als Firmpatinnen."

Der zunehmende Fremdenverkehr änderte hier mit der Zeit einiges. Es war beispielsweise Sommergästen nicht zuzumuten, ihren Badeurlaub nach Geschlechtern getrennt zu verbringen; auch Hosen ließen sich bei bergsteigenden oder schifahrenden Frauen nicht ganz vermeiden. Im 1935 eröffneten Bregenzer Strandbad durften jedenfalls Frauen und Männer gemeinsam baden. Doch noch heute ist man hier etwas pröder als im übrigen Europa - man denke nur an die Auseinandersetzung um den Bikini und den Twist in den sechziger Jahren sowie um das noch gültige "Oben-mit"-Gebot für Frauen.

Besonders heftig reagierte der Katholizismus auf Ansätze zur Geburtenregelung. Als der "Bund gegen den Mutterschaftszwang" im August 1921 in Bregenz eine Vortrag ankündigen wollte, wurde der im Amtsblatt nicht verlautbart, denn für Bürgermeister Kinz - einem großdeutschen Nachfahren der Liberalen des 19. Jahrhunderts - handelte es sich um einen "jüdischen Anschlag auf das keimende Leben". Am Tag des Vortrags demonstrierten aufgebrachte Katholiken, und als auch noch eine Broschüre über Empfängnisverhütung verteilt wurde, war für das "Volksblatt" das Maß endgültig voll:

"Eines ist dabei gut: Daß diese Versammlung von der sozialdemokratischen Partei veranstaltet worden war. Der Vorsitzende der Versammlung, der bekannte 'Kinderfreund' Mayer, die größere Zahl der Zuhörer und der Redner, sie waren einander würdig. Die Versammlung enthüllte mit grauenhafter Deutlichkeit die letzten Ziele der verjudeten Sozialdemokratie. Kein anständiger Mensch wird in Hinkunft in der Sozialdemokratie mehr Platz haben. Kein Sozialdemokrat wird mehr von Sittlichkeit, Moral und Kultur reden können, wenn er diese Sache mitmacht" (63).

Doch nicht nur um Empfängnisverhütung, auch um Feuerbestattung und Zivilehen mußte gekämpft werden. Dem sozialdemokratischen

Verein "Die Flamme" gelang es erst nach langen Bemühungen, am 6. April 1932 in Bregenz den ersten Urnenhain des Landes einzuweihen (64). Für viele Sozialdemokraten bot der evangelische Pastor eine Alternative bei Taufe, Trauung und Grablegung. "Fremde" Einflüsse zu bekämpfen war auch die Aufgabe der Kinozensur – ein Theater oder ähnliches gab es nicht. In Vorarlberg wurde österreichweit am schärfsten vorgegangen. Verboten wurden Unterhaltungsfilme wie "Die Frau über Bord", weil Szenen auf dem Schiff und in Matrosenkneipen Trinkgelage und frivole Darstellungen enthielten, aber auch ein "Jagdfilm", weil dieser Szenen aus dem Liebesleben der Tiere enthielt. Verboten wurden ebenso künstlerisch wichtige Werke wie Sergej Eisensteins "Panzerkreuzer Potemkin" oder 1931 – österreichweit – die Verfilmung von Erich Maria Remarques "Im Westen nichts Neues". Die Sozialdemokraten organisierten zu diesem Film Fahrten über die Grenze nach St. Gallen, und so sahen ihn wenigstens 500 Vorarlberger. Aus der Verfilmung von Gerhard Hauptmanns "Die Weber"



"...in allen Abstufungen auftretende Nacktkultur": Bregenzer Naturfreunde auf Schitour; in den zwanziger Jahren.

wurden alle Stellen gestrichen, die gewalttätige Arbeiter zeigten - eine unglaubliche Zensurpraxis (65).

Noch unglaublicher aber ist es, daß nach dem Zweiten Weltkrieg zur Zeit der Landeshauptmannschaft von Ulrich Ilg weiterzensuriert wurde - 1946 etwa wurde in Götzis eine Aufführung von Schillers "Kabale und Liebe" verboten (66). Ilg zu dieser Praxis in seinen Lebenserinnerungen:

"Die Unterstützung kirchlicher Anliegen war jedoch nicht nur eine finanzielle Angelegenheit. Es gab ebenso Gelegenheit, mit Gesetzen und durch Verwaltungsakte für Ethik, Sitte und Moral einzutreten, so im Jugendschutzgesetz, beim Verbot von Filmen, bei der Regelung der Polizeistunden und dergleichen mehr. Hier konnte man fühlbar und augenscheinlich erleben, daß es nicht nur einen Herrgott, sondern auch einen Teufel gibt" (67).

Hefligst angefeindet wurden in der Ersten Republik die sozialdemokratischen "Freidenker", die es sich zur Aufgabe gemacht hatten, das Volk aufzuklären und den Geist wachzuhalten, wie es der Bundesobmann der Freidenker, Hofrat Dr. Karl Frantzl, am 14. Oktober 1927 vor 180 Zuhörern im Saalbau Feldkirch euphemistisch formulierte. Frantzls Vortrag hatte den Titel "Kultur und Sittenbilder der deutschen Vergangenheit" und handelte vor allem von der Kirche und ihren düsteren Aktivitäten wie den Hexenverbrennungen etc. Andere Vortragstitel waren "Liebe, Ehe und Religion" (Saalbau Feldkirch, 26. November 1926, von Anton Znayden, Wien), "Religion, Kirche und Staat" (Dornbirn und Feldkirch, 16. und 18. Februar 1927, von Ludwig Tösch aus Kapfenberg), "Die Erschaffung der Erde und das jüngste Gericht" (Dornbirn und Feldkirch vor insgesamt 750 Personen, 4. und 6. Mai 1927, von Prof. Th. Hartwig), "Die Bestie im Menschen - du sollst nicht töten" (Feldkirch, 400 Personen, 18. November 1927, von Anton Znayden, Wien).

Am 30. März 1928 sprach Prof. Th. Hartwig vor 200 Besuchern im Bregenzer Forstersaal über Kirche, Religion und Sozialismus. Er vermied in diesem Vortrag jeden Angriff auf den Glauben, kritisierte jedoch die katholische Kirche, weil sie sich vom christlichen Glauben entfernt habe und zu einem Machtinstrument geworden sei. Dem Redner standen Beispiele aus der Geschichte Europas ebenso zur Verfügung wie Verweise auf die aktuelle Situation in Nord- und Südamerika. Zum Schluß strich Hartwig - wie der fleißig mitschreibende Kommissar der Bezirkshauptmannschaft Bregenz festhielt - noch den Unterschied von Kirche und Freidenkern heraus: "Der Unterschied zwischen Religion und Freidenkertum bestehe darin, daß die Kirche meint, sie werde den Menschen

besser machen, dann seien die sozialen Probleme gelöst, die Sozialisten bzw. die Freidenker sagen, damit die Menschen besser werden können, müssen wir die sozialen Verhältnisse besser machen" (68).

Neben den zahlreichen Vorträgen kam den "Kulturfeiern" der Freidenker eine besondere Rolle zu. In diesen "Kulturfeiern" wurde die enge Verbindung von Kultur und Politik, von Pathos und rationaler Argumentation deutlich, die für die gesamte sozialdemokratische Bewegung kennzeichnend ist. Am 20. November 1927 trafen sich zu einer solchen Feier im Bregenzer Forstersaal etwa 230 Personen, unter ihnen wieder ein brav mitschreibender Kommissar der BH, dem wir einen Bericht verdanken (69).

Am Beginn standen Musikstücke, danach las Anton Znayden eine "höchstwahrscheinlich eigene Dichtung". Es folgten zwei weitere Musikstücke. Darauf hielt Znayden eine Gedenkrede für die Opfer des 15. Juli 1927 in Wien. Er sprach über die Schattendorfer Morde, den Prozeß mit den ungerechtfertigten Freisprüchen, den Zorn der Arbeiter, die Demonstration, den Brand des Justizpalastes und das Schießen der Polizei:

"Aber in der Republik des Bundeskanzlers Seipel habe man auf die Leute geschossen wie auf einer Hasenjagd. Frauen mit Kindern haben auf den Knien um Schonung gebeten. ... Der Unterschied zwischen Christentum und Sozialismus sei erst recht hervorgetreten beim Begräbnis dieser Opfer. Kein Auge sei trocken geblieben, wie die Kinder nach dem Vater riefen und alte weisshaarige Mütter um ihren Sohn weinten. Nur einem blieben die Augen trocken, das war der Bundeskanzler Seipel. (Rufe: 'Pfui, nieder mit ihm!)"

Nach der zwanzigminütigen Rede folgte ein besinnliches Musikstück und dann, als Höhepunkt der Feier, ein von Znayden arrangiertes "Lebendes Bild". Znayden sprach dazu, vermutlich in gebundener Rede, um die Feierlichkeit zu betonen. Der Kommissar beschreibt:

"Das Bild stellte eine schwarz ausgeschlagene Totenkammer dar, im Hintergrund war mit Kreide die Figur des Bundeskanzlers Seipel und oben mit grossen Buchstaben die Worte 'Keine Milde' gezeichnet. Im Vordergrund war ein Mensch aufgebahrt, daneben ein Schutzbündler als Wache. Zwischen der aufgebahrten Leiche und dem Hintergrund, wurden von mehreren Personen mit flehenden Gebärden die Hände emporgehoben, um darzustellen wie diese Menschen im Kerker schmachten und nach Freiheit verlangen. Hinter der Leiche waren auf je einer Seite eine Fackel angebracht. In dem von Znayden gesprochenen Prolog wurden die Worte 'Keine Milde' immer besonders hervorgehoben..

Weiters wurde immer der Refrain 'Unsterbliche Opfer, ihr sanket dahin, ewiges Leben ist euer Gewinn' wiederholt. Im Hintergrund waren auch noch Quadrate gezeichnet, was wahrscheinlich die Fenster von den Kerkerzellen veranschaulichen sollte." Der politische Katholizismus ging gegen die Freidenker sowohl durch behördliche Verbote als auch durchaus handgreiflich vor. 1924 verbot die Landesregierung Jugendlichen unter 17 Jahren den Besuch von Freidenker-Vorträgen, da sie "die Phantasie jugendlicher Personen in schädlicher Weise erregen könnten und auf deren sittliches Empfinden einen äußerst nachteiligen Einfluß ausüben könnten". Als 1925 etliche Vorträge verboten wurden - wie auch Vorträge der Adventisten -, verklagten die Freidenker die Landesregierung beim Verfassungsgerichtshof, der diese Verbote 1927 als verfassungswidrig bezeichnete (70). Die "Wacht" wertete das am 21. Mai 1927 als "wohlverdiente Ohrfeige für die Mehrheit der Landesregierung, vor allem für den Landeshauptmann, der da immer übermütiger und dreister selbst die primitivsten Rechte der Staatsbürger mißachtet".

Es gab allerdings noch andere Methoden: Im August 1926 kam es zu einer Schlägerei zwischen Saalordnern des Republikanischen Schutzbundes und militanten, jugendlichen Katholiken, die eine Freidenkerversammlung störten. Das Ergebnis waren mehrere Leichtverletzte und das Verbot weiterer öffentlicher Freidenkerversammlungen. Anton Linder meinte dazu in der "Wacht" vom 21. August 1926, "die Versammlungssprengung in der Mohrenhalle (konnte) nur den Zweck haben, den Gegner mundtot zu machen; die Sprengung wurde inszeniert, um der Behörde die Handhabe zu bieten, die weiteren Versammlungen zu verbieten". Landeshauptmann Ender stellte sich hinter die Störer (71):

"Wenn die Freidenker bei uns abgefallene Priester ins Land rufen und in schändlicher Weise die Rede und Versammlungsfreiheit mißbrauchen, um dem Volke das Höchste und Beste zu rauben, was es noch hat, nämlich den Glauben ..., so ist es auch das gute Recht des Volkes, dagegen mit allen naturrechtlich erlaubten Mitteln sich zu wehren. ... Was darum jüngst in Dornbirn vorging, war nichts anderes als der Ausbruch des gesunden Volksempfindens, weil wir in unserem Land Vorarlberg Gottlosigkeit auf offener Tribüne nicht dulden."

Für die Katholiken war die Welt streng zweigeteilt - in Katholisch und Heidnisch. So fanden im Bregenzer Marienheim nur alleinreisende katholische Mädchen Aufnahme, mit der Begründung: "Reinliche Scheidung ist durchaus notwendig, da die Sozialdemo-

kratie alles Katholische, alles, was einem christlichen Mädchen heilig ist, mit Haß und Wut begeistert und bekämpft" (72).

Das Feindbild wurde durch noch so primitive Zeitungsmeldungen verfestigt. So liest man etwa im "Volksblatt" vom 1. November 1921 zu Brandstiftungen in der Gegend von Bludenz:

"Früchte der materialistischen Weltanschauung. Kommunismus und Sozialismus feiern wüste Orgien - Volk wache auf und besinne dich auf deine Pflichten gegen Gott und deine Mitmenschen!"

Die Macht des politischen Katholizismus wurde wesentlich durch die Frauen stabilisiert. Bei den Nationalratswahlen 1920 wählten in neun der 13 Bregenzer Wahllokale 478 Männer und 340 Frauen sozialdemokratisch, 523 Männer und 999 Frauen christlichsozial, 565 Männer und 584 Frauen großdeutsch; in elf der zwölf Dornbirner Wahllokale wählten 1.009 Männer und 767 Frauen sozialdemokratisch, 1.228 Männer und 2.184 Frauen christlichsozial, 554 Männer und 584 Frauen großdeutsch (73). Die Frauen waren wohl enger an traditionelle Lebensformen gebunden und hatten weniger Möglichkeiten, neue soziale Erfahrungen zu machen, als die stärker außenorientierten Männer. Die Christlichsozialen beschworen folgerichtig immer wieder die heilige Verbindung von Frau - Familie - Kirche. Der Katholizismus wies, der gesellschaftlichen Entwicklung entsprechend, den Frauen auch eine aktive Rolle zu - nicht nur in der Verteidigung traditioneller Werthaltungen und Lebensformen, sondern auch im Kampf gegen Freidenker und Juden. So führte Bischof Waitz im Juni 1931 vor den in Bregenz versammelten Delegierten des Reichsverbandes der katholischen Mädchenvereine Österreichs aus:

"Die Mädchen sollen lernen, im Hause zu arbeiten und den Eltern zu helfen. Selbst nicht viel beanspruchen und anderen helfen bringt reichen Segen. Solche Mädchen sind der Sonnenstrahl der Familie."

Andererseits würdigte er auch die berufstätigen Frauen und betonte die Notwendigkeit katholischer Akademikerinnen, "weil sonst jüdische Ärztinnen und Polizeiassistentinnen sich eine Monopolstelle erwerben würden". Er überbrachte eine Grußbotschaft des Papstes, der die Frauen zum politischen Kampf aufrief:

"Dabei machte Seine Heiligkeit darauf aufmerksam, daß die weiblichen Organisationen, auch wenn sie nicht politischer Natur sind, trotzdem für eine gewisse staatsbürgerliche Erziehung sorgen müssen. Wenn es sich darum handelt, heilige Kulturgüter auf der politischen Arena zu verteidigen, wird die Frauenwelt vorangehen" (74).

Die konkrete Politik der Christlichsozialen war durchaus frauenfeindlich. Im "Volksblatt" vom 23. März 1924 etwa wurde eine Erklärung der Sozialdemokratie, in der das Recht der Frau auf einen Teil des Gehaltes des Mannes betont wurde, scharf zurückgewiesen und als "Besoldung der Ehefrau" und Bestrebung, "die Stellung der Frau noch seelenloser zu gestalten", charakterisiert. Im Lehrerdienstrecht vom 2. Dezember 1919, Paragraph 22, wurde – gegen heftige Proteste der Sozialdemokraten – festgelegt, daß die Verhehlchung einer Lehrerin als "freiwillige Dienstsagung" gewertet wird und zur fristlosen Auflösung des Dienstverhältnisses führt (75).

Trotzdem blieben die Frauen die treuesten Stammwähler der Christlichsozialen. Die Großdeutschen hatten zwar Frauen als Kandidaten aufgestellt, betrieben aber ebensowenig konsequent Politik für Frauen wie die Sozialdemokraten. Deren Programme gaben zwar hohe Ziele vor – Gleichberechtigung und freie Entfaltungsmöglichkeit wurden gefordert –, aber weder Partei noch Gewerkschaft bemühten sich ernsthaft um ihre Verwirklichung. In Vorarlberg ist kein Fall bekannt, wo auch nur um gleichen Lohn für gleiche Arbeit gekämpft wurde (76). Frauen waren in Gewerkschaften unterrepräsentiert, aber auch in der SDAP: Nur im Burgenland war der Anteil der Frauen unter den Parteimitgliedern mit 13 Prozent noch niedriger als in Vorarlberg, wo er 22 Prozent betrug (77).

Die wenigen Frauen, die sich in Vorarlberg in der sozialdemokratischen Partei öffentlich betätigten, waren besonders exponiert. Zu erwähnen ist hier vor allem Marie Leibfried, die 1903 als erste Vorarlbergerin an einem Maiaufmarsch teilgenommen hatte. Sie trug im Ersten Weltkrieg, als viele Männer eingezogen waren, durch ihre Organisationsarbeit unter Frauen wesentlich dazu bei, die SDAP am Leben zu erhalten. Nach dem Krieg war sie Vorsitzende der SDAP-Frauenorganisation. Sie starb 1930 (78).

"ÜBER DAS JUDENTUM FESTSTEHENDE WAHRHEITEN": ANTISEMITISMUS ALS POLITISCHES KALKÜL

"Anerkennen muß man, daß die in Vorarlberg ansässigen Juden, insbesondere die alteingelebten Hohenemser Juden, in einem friedlichen Verhältnis mit der anderen Bevölkerung leben. Es wäre sicher nicht wünschenswert, wenn dieses gute Einverneh-

men sich in gegenseitigen Haß verwandeln würde. ... Daß die Ostjuden eine Gefahr für unsere Kultusgemeinde sind, haben die Herren von der Abordnung ebenfalls anerkannt und sie wollen die Praktiken dieser Art in keiner Weise decken. ... Der Landeshauptmann"

Mit den "Herren von der Abordnung" war eine Abordnung der Israelitischen Kultusgemeinde Hohenems gemeint, die am 2. März 1925 beim Landeshauptmann vorgesprochen und gegen einen Vortrag protestiert hatte, den der Gewerbebund Götzis organisierte und der mit "Die zersetzende Macht des Judentums" betitelt war. Die Vorstehung der Kultusgemeinde sah in dem Vortrag eine "Aufreizung zum Rassenhaß und im Gefolge eine erhebliche Schädigung ihrer Lebensinteressen, deren Folgen gar nicht abzusehen sind", und bat daher die Landesregierung,

"sie möge die Abhaltung dieser Versammlung, bezw. den vorerwähnten Vortrag untersagen und gleichzeitig Vorsorge treffen, dass auch künftighin Versammlungen im Lande, welche die Verbreitung des Hasses gegen unsere Glaubensgenossen zum Zwecke haben und den konfessionellen Frieden gefährden, unterbleiben. Die Juden im Lande haben sich niemals als zersetzende, sondern immer als regierungstreue und staaterhaltende Elemente, - es sei hier nur das bekannte Werk von Dr. phil. A. Tänzer 'Die Juden von Tirol und Vorarlberg' in Erinnerung gebracht -, bewiesen. Wir glauben daher vollen Anspruch auf Schutz von Seite der hohen Landesregierung zu haben. Indem wir um geneigte Erfüllung unserer Bitte ersuchen, hochachtungsvollst für die israelitische Kultusgemeinde: Der Cultusvorsteher Siegfried Landauer"

Der Landeshauptmann verbot den Vortrag nicht, forderte aber den Vorarlberger Gewerbebund auf, dafür zu sorgen, "daß alles vermieden wird, was einer Taktlosigkeit gegen jenen Teil der einheimischen Judenschaft gleichkäme, der zu Beschwerden keinen Anlaß bietet" (79).

In dem zitierten Schreiben des Landeshauptmanns klingt eine Differenzierung durch. Es wurde geschieden in gute und böse Juden, in solche, die zu Beschwerden Anlaß bieten, und andere, in ansässige Juden und Ostjuden. Noch deutlicher wird das im Antwortschreiben des Vorarlberger Gewerbebundes an die Landesregierung vom 4. März 1925. Der Vortrag verfolge keineswegs das Ziel,

"irgendwie aufreizend zu wirken, oder das auch von uns anerkannte friedliche Verhältnis, das zwischen den Vorarlbergern und den hier ansässigen Juden besteht, irgendwie zu be-

einflussen. Der Vortrag, der bereits im vergangenen Jahre an drei Abenden in der Ortsgruppe Dornbirn gehalten wurde, bezweckt vielmehr, in streng sachlicher Weise Aufschluss über das Wesen des Judentums und den ungeheuren Einfluss, den dasselbe seit der Revolutionszeit auch auf Oesterreich und Deutschland genommen hat, zu geben. Wir geben der Vorarlberger Landesregierung die Versicherung, dass der Inhalt des Vortrages in keiner Weise den Vorarlberger Juden Anlass bieten wird, die über das Judentum feststehenden Wahrheiten als auf sich gemünzt zu betrachten. Der Präsident: Albert Niederer Der Sekretär: G. Tietzen"

G. Tietzen war der Vortragende.

Der hausgemachte Vorarlberger Antisemitismus war nicht nur rhetorisch: Am Sonntag, dem 12. August 1922, wurde in der Nacht der Gendarmerieposten des Ortes Weiler, einer in der Nähe von Feldkirch gelegenen Gemeinde, von zwei jungen Männern um Hilfe gebeten. Die beiden gehörten zu einer Gruppe von 55 Wiener Studenten, die im nahegelegenen Bad Röthis ihren Sommerurlaub verbrachten. Es waren größtenteils Juden. In dieser Sonntagnacht waren sie von einer hundert- bis hundertfünfzigköpfigen Menge zum sofortigen Verlassen des Landes Vorarlberg aufgefordert worden: "was ihnen (:den Hochschülern) aber infolge der vorgeschrittenen Nacht und weil einige darunter krank seien, nicht mehr möglich sei, sie daher um Schutz ihres Lebens und Eigentums ersuchen" - so der Gendarmeriebericht. Als zwei Gendarmen in Röthis eintrafen, hatte sich die Menge bereits in ein Gasthaus begeben, nachdem die Studenten mit den Hauptschreibern verhandelt hatten und ein "Übereinkommen dahin zustande kam, wonach sie /:die Kolonie:/ bis längstens Dienstag den 15. d.M. abends Röthis verlassen haben mußten. ... Sachbeschädigung oder sonstige Gefährdungen der persönlichen Sicherheit sind nicht vorgekommen und ist auch jedwedes Einschreiten der vorgenannten Patrouille unterblieben beziehungsweise nicht notwendig gewesen" (80).

Die Beamten sahen keinen Grund zum Einschreiten, die Menge konnte Juden des Landes verweisen... Das zeigt die Bereitschaft der Beamten, Juden zu schützen, und das zeigt, daß sich der hausgemachte Vorarlberger Antisemitismus nur in seinen letzten Konsequenzen von den Judenverfolgungen der Jahre 1938 bis 1945 abhob.

Der Antisemitismus der Christlichsozialen unterschied sich nicht vom Antisemitismus der Großdeutschen, wie er in deren "Vorarlberger Tagblatt" fast täglich zu finden war. Auch läßt sich der

"moderne" rassische Antisemitismus der Nationalsozialisten nicht so scharf vom christlichen Antisemitismus scheiden, wie es so mancher gerne hätte. Schon im Sommer 1924 - und nicht erst nach dem Einmarsch deutscher Truppen 1938 - tauchten im Montafon die ersten Schilder auf: "Juden in Schruns unerwünscht". Schon 1936 wurden bei allen Bregenzer Juden Haussuchungen durchgeführt, und keineswegs erst durch die Gestapo ab 1938 (81).

Dann aber setzte die Vernichtungsmaschinerie ein, oft mit Unterstützung der einheimischen Behörden. Von den 104 bei der Volkszählung vom 17. Mai 1939 in Vorarlberg registrierten Juden und "Mischlingen" überlebten nur die wenigsten; fast alle wurden deportiert und umgebracht. (82). Der nationalsozialistische Antisemitismus wurzelt durchaus im christlichen: 1919 etwa legte Leopold Kunschak dem christlichsozialen Abgeordnetenklub im Nationalrat ein Juden-Dissimilierungsgesetz vor; derselbe Kunschak verlangte 1920 als Parteiohmann der Christlichsozialen im Nationalrat die Internierung "der Juden" in "Konzentrationslagern" (83).

Der Antisemitismus war wesentlicher Bestandteil des christlichsozialen Programms. Der VII. Leitsatz der Vorarlberger CVP vom Dezember 1918 lautete:

"Sie bekämpft mit aller Entschiedenheit die Vorherrschaft des Judentums, sowie überhaupt den unheilvollen und verderblichen Einfluß des jüdischen Geistes auf allen kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Gebieten."

Ähnlich war der VIII. Punkt des Linzer Programms der CVP vom 29. November 1926 formuliert:

"Als national gesinnte Partei fordert die christlichsoziale Partei die Pflege deutscher Art und bekämpft die Übermacht des zersetzenden jüdischen Einflusses auf geistigem und wirtschaftlichem Gebiete" (84).

Und als die Parteiführung der Vorarlberger Großdeutschen den Mitgliedern den Übertritt in die NSDAP-Hitlerbewegung empfahl, wurde dies damit begründet, daß diese Bewegung "die hauptsächlichsten Forderungen der Großdeutschen Volkspartei, besonders den Anschlußwillen und den Antisemitismus, gleichfalls vertritt" (85). Der latent in breiten Bevölkerungskreisen vorhandene Antisemitismus floß ins politische Kalkül der Christlichsozialen und Großdeutschen ein. Der Antisemitismus wurde in Vorarlberg - einem Land mit sehr geringem jüdischen Bevölkerungsanteil - vor allem zu einem Kampfinstrument gegen die Sozialdemokratie. Das hatte in Vorarlberg Tradition, schrieb doch das "Volksblatt" schon im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts besonders vehement gegen jü-

dische Kapitalisten und meinte damit Liberale (86), Juden wurde der Zusammenbruch der Monarchie angelastet, der verlorene Krieg, sämtliche Mißstände im neuen Staat – waren doch die Staatsämter "verjudet", mit Sozialdemokraten wie Dr. Victor Adler oder Dr. Otto Bauer besetzt (87). Am 19. November 1918 hieß es im christlichsozialen "Volksblatt": "Wir haben nicht ein Deutsch-Österreich, sondern ein Juden-Österreich nach wie vor," Am 23. November konnte man im "Volksblatt" lesen, die Grundlagen des neuen Staates werden

"... in Wien vom rot-jüdischen Klüngel gemacht..., das sich auf seine Rote Garde und seine jüdischen Offiziere mit der Hinterlands-Courage stützt. ... Gegenüber dem Wiener Grundgesetz stellen wir ein anderes auf, kurz und klar und leicht verständlich: 'Vorarlberg den Vorarlbergern'. Und dem Wiener Diktat rufen wir entgegen: 'Hand weg von unserem schönen Land, verdammter Jud!'"

Und am 12. November 1919 publizierte das deutschnationale "Tagblatt" folgende Zeilen zum Staatsfeiertag:

Todesnachrichten

Hymne der Republik Österreich zum 12. November 1919

Gott erhalte, Gott beschütze

Unsere liebe Republik

Juda ist des Staates Stütze

Israel wird reich und dick,

Nichts versäumt zu uns'rem Wohle

Unser neuer Judenstaat,

Treulich sorgt für Brot und Kohle

Arbeits- und Soldatenrat.

Die Christlichsozialen und die Deutschnationalen schimpften oft auf die Juden und meinten die Sozialdemokraten. Im Dezember 1918 machte der damalige Obmann der Vorarlberger CVP, Dr. Schneider, auf einer Parteiversammlung die Richtung klar: "Im Kampfe gegen das kapitalistische Judentum treffen wir die Sozialdemokraten, sie sind von den Juden geschult, gedrillt und geführt und unterstützt" (88).

Es gibt auch eine Tradition des "linken" Antisemitismus. In Österreich ist hier der Name des führenden Sozialdemokraten Engelbert Pernerstorfer zu nennen, der einmal von einem akademischen und jüdischen "Klüngel" in der SDAP geschrieben hat (89). Aber auch in der "Vorarlberger Wacht" wurden manchmal antisemitische Töne laut und wurde an den Antisemitismus der Leser appelliert: "Großgrundbesitzer und Juden finanzieren die



Freitod statt KZ: Samuel Spindler, 1882-1942 (im Bild mit seinen Kindern).

christliche antimarxistische Einheitsfront" (5.3.1927), "Judengeld für die Christlichsozialen" (1.2.1919). Da viele führende Politiker der SDAP aus jüdischen Familien stammten, wurde hier fein säuberlich geschieden: "Der jüdische Sozialdemokrat steht ständig auf dem Kriegsfuße mit seinem Glaubensgenossen und bekämpft eben durch die Sozialdemokratie die Gesellschaftsordnung, die dem jüdischen Kapitalisten die ungerechten Gewinne bringt" (11.1.1919).

Allerdings sind diese antisemitischen Anklänge nicht zu vergleichen mit dem Judenhaß, der in "Volksblatt" und "Tagblatt" vor allem dann auszubrechen pflegte, wenn Wahlen anstanden. "Christlich und alemannisch" beziehungsweise "deutsch" wurde zur Abgrenzung gegen östlich, jüdisch, sozialdemokratisch und von Wien abhängig/Wien ähnlich.

Im "Volksblatt" vom 15. April 1933 denkt ein Kommentator über die Aufgaben des Dollfuß-Regimes nach und kommt dabei auf die Juden zu sprechen:

"Wenn irgend ein Ostjude dahergelaufen kommt, dann findet er natürlich bei seinem marxistischen Kollegen in Wien jederzeit offene Arme. Solche Ausländer haben sich in den letzten Jahren massenhaft in Wien niedergelassen, haben alle möglichen Geschäfte betrieben und durch oft sehr zweifelhafte Machinationen den heimischen bodenständigen Geschäftsleuten das Wasser abgegraben und ihre Existenz bedroht. Es wäre sicherlich gut, wenn auf irgend eine Weise diesem Zustand ein Ende bereitet werden könnte."

Dollfuß hat "diesen Zustand" nicht beseitigt; wenige Jahre später aber wurde 65.000 österreichischen Juden "ein Ende bereitet" (90). Wie sich der Antisemitismus im politischen Alltag auswirkte, zeigt das Schicksal Samuel Spindlers. Er wurde 1882 in Maïdan Sredni/Madworna in Galizien geboren und kam 1907 nach Bregenz, wo er als Schuhmacher arbeitete. Er engagierte sich in der Sozialdemokratie und wurde im Dezember 1918 in die Stadtvertretung entsandt. Am 31. Dezember jenes Jahres erhob sich im Bregenzer Stadtrat der christlichsoziale Kaufmann Albert Oelz, um zu erklären, Spindler sei als "galizianischer Jude" in diesem Gremium nicht tragbar. Spindler glaubte, sich dagegen in einem offenen Brief verteidigen zu müssen, denn er war evangelischer Christ. In der Ersten Republik wurde Samuel Spindler zu einem sozialdemokratischen Spitzenfunktionär: Stadtvertreter, Gewerkschaftssekretär der Textilarbeiter, Mitglied des Ausschusses der Vorarlberger Arbeiterkammer, Obmann des Bildungsausschusses der

SDAP. Im November 1942 tötete sich Samuel Spindler, um dem Tod im Konzentrationslager zu entgehen (91).

"... zum Ärger der gesitteten Welt": Zigeuner/Roma

Der radikale Antisemitismus – in Vorarlberg de facto ein "Antisemitismus ohne Juden"! – wurde zu einem Bestandteil der alltäglichen politischen Kultur gemacht. Das schuf die Geisteshaltung, die während des Nationalsozialismus die Vernichtungslager möglich machte. Nicht nur die Vernichtung der Juden wurde so vorbereitet, auch die der Zigeuner/Roma.

Im Dezember 1925 gab es offenbar eine Absprache mit etlichen Gemeinden, um ein hartes Durchgreifen der Landesregierung gegenüber Zigeunern zu legitimieren. In den Akten des Vorarlberger Landesarchivs finden sich zeitgleiche Briefe der Gemeindevorsteher von Hörbranz, Höchst, Sulz, Wolfurt, Dalaas, Rankweil, Fußach, Mäder, Bludenz, Hittisau, Egg, Lustenau und Koblach (92). Der Koblacher Gemeindevorsteher Längle beschreibt Zigeuner so:

"Dem Volk Geld herauspressen mit Mußig (Musik?), Kartenschlagen, Wahrsagen, Handel, Tausch, Bettel etz. und auf der anderen Seite mitlaufen lassen, was denselben paßt. Für geleistete Arbeit aber verlangen selbe enorm hohe Preise, ja direkt Wucherpreise. Diese Leute sind frech, gewalttätig und schamlos, so daß selbe vom Volke gefürchtet, alles erhalten um selbe nur wieder los zu haben, daher diese leichtes Spiel haben zu verlangen was sie nur wollen, somit eine unsägliche Last für das Volk sind und überhaupt eine Kulturschande für die heutige Zeit vorstellen. Diese Karrner- und Zigeunerwesen paßt schon deshalb nicht mehr in die heutige Zeit, wo man von Kultur im höheren Maße spricht, wo Fortschritt, Volksbildung, Volkserziehung etz. an erster Stelle stehen, während diese Leute zum Ärger der gesitteten Welt, teils in wilder Ehe, in der denkbar unsittlichsten Art in einem Karren wohnen und leben und zwar alles untereinander, jung und alt und beiderlei Geschlechtes, ... Weiters geben diese Karrners und Zigeuner unsern Kinder, besonders unserer Jugend ein entsetzliches Ärgernis und ist es höchste Zeit, daß dieses Wesen einmal aus der Welt geschafft wird."

Es war das erklärte Ziel der Behörden, Vorarlberg "zigeunerfrei" zu halten. Die dazu angewandten Methoden faßte der Bregenzer

Bezirkshauptmann Lardscheider am 28. Jänner 1926 in einem Bericht an die Landesregierung prägnant zusammen (93):

"Nur dann, wenn die Zigeuner merken, daß ihr Eindringen nach Vorarlberg bzw. der Aufenthalt daselbst schärfstens bekämpft wird und sie fortwährend kontrolliert und belästigt werden, wird es möglich sein, sie vom Lande Vorarlberg fernzuhalten."

Im "Richterlaß" der Vorarlberger Landesregierung zur "Bekämpfung des Zigeunerwesens" vom 26. Februar 1931 werden die Schikanen detailliert vorgeschrieben (94): genaue Personen- und Gepäcksdurchsuchung, Feststellung der Personalien, der beweglichen Habe einschließlich der Barmittel, eingehende und eindringliche Befragung möglichst vieler Mitglieder der Gesellschaft, Untersuchung durch den Amtsarzt, Aufnahme der Fingerabdrücke für die zentrale Zigeunerkartei, Fotos, andauernde Befragung und Überwachung während des Aufenthaltes, schließlich Schubbehandlung - über die deutsche Grenze oder nach Tirol.

1929 wurden allein durch die Bezirkshauptmannschaft Bregenz 34 Erwachsene und 13 Kinder abgeschoben, 1932 32 Erwachsene und 17 Kinder - meist nach längerer Schubhaft. Denn der Bezirkshauptmannschaft war klar:

"Besonders empfindlich ist der Zigeuner gegen eine Freiheitsbeschränkung, neben ständigen Beunruhigungen durch die Behörden und die Gendarmerie, so z.B. wenn sie durch mehrere Tage in Schubhaft genommen werden" (95).

Es war üblich, daß Zigeuner ihre Abschiebung selbst bezahlen mußten - und so ihren Wagen, Zugtiere und ihr ganzes Geld verloren. Der Musiker Rudolf Baumann und seine Frau Mathilde zum Beispiel wurden gemeinsam mit ihren Kindern Karl, drei Jahre alt, und Johann Josef, 10 Monate alt, am 6. April 1931 um 19.30 Uhr in Langenegg im Bregenzerwald von zwei Gendarmen "aufgegriffen". Zu diesem Zeitpunkt besaßen sie noch 60 Schilling und einen vierrädrigen Kinderwagen. Als sie nach der "Schubbehandlung" in Tirol den Zug wieder verließen, besaßen sie nur noch den Kinderwagen. Mit den 60 Schilling hatten sie bezahlt: 2 ganze Fahrkarten bis Innsbruck, 1/2 Fahrkarte Innsbruck-retour für den Eskortegendarmen, 1 Schnellzug-Zugschlagskarte Innsbruck-Feldkirch für den Eskortegendarmen, Porto für Reisegepäck, ihre eigene Verpflegung und 1 ganze und 1 halbe Tagesgebühr für einen Wachebeamten der 9. Dienstklasse samt 1 Nächtigungsgebühr. Die aufgelaufenen Kosten überstiegen den der Familie Baumann abgeknöpften Betrag um 9,90 Schilling. Die Differenz forderte der Gendarmerieposten Vorkloster/Bregenz von der Bregenzer Bezirkshauptmannschaft ein, die wieder wandte sich

in einem Schreiben deshalb an die Landesregierung. Aus Kapitel III, Post 4 des Landesvoranschlages 1931 wurden die 9,90 Schilling vergütet (96). Alemannischem Kulturempfinden nach der Art des Koblacher Gemeindevorstehers und bürokratischem Reglement war Genüge getan.

Nicht nur Zigeuner wurden verfolgt. 1923 verhinderten die Landesbehörden auch, daß 34 Marokkaner, die mit drei Wagen aus der Türkei kommend über Österreich, die Schweiz und Frankreich in ihre Heimat wollten, das Land durchquerten. Es seien "halbwilde Leute, durch die überflüssige Arbeit und Kosten erwachsen" (97).

Der Vorarlberger Weg in den Austrofaschismus

Die vorherrschende Vorarlberger Landesgeschichtsschreibung und die veröffentlichte Meinung haben bisher die Illusion genährt, die Konservativen des Landes hätten sich ab den dreißiger Jahren im wesentlichen als Demokraten bewährt. Die ständestaatliche Diktatur, wenn sie denn überhaupt als solche wahrgenommen wird, sei - wie so vieles andere Unliebsame - von außen, von Wien, gekommen. Ein eigenständiger Vorarlberger Beitrag zur Errichtung und zum Funktionieren des austrofaschistischen Systems wurde ignoriert. In der Tat aber gingen von führenden Vorarlberger Politikern wesentliche Impulse zur Errichtung des autoritären Staates und der Diktatur aus.

Untersucht man die Entwicklung der Vorarlberger Politik von der Demokratie zum Faschismus, und hierbei vor allem die hausgemachten Faktoren, dann legt eine Sichtung des Quellenmaterials eine Aufgliederung in drei Abschnitte nahe. Der erste Abschnitt erfaßt die Zeit von der Ausrufung der Republik 1918 bis zur Niederschlagung des Eisenbahnerstreiks im Juli 1927; der zweite reicht bis zum Ende der Kanzlerschaft Otto Enders im Juni 1931 und der dritte von dort bis zur Etablierung des austrofaschistischen Systems im Februar 1934.

VOM START IN DIE DEMOKRATISCHE REPUBLIK BIS ZUM JULI 1927: DIE ORDNUNG DER MACHT

Am 2. Dezember 1920 trafen im Sitzungssaal des Vorarlberger Landhauses mit Vertretern der Landesregierung zusammen: der Vorstand des Landesgendarmierkommandos, der Leiter der Heeresverwaltungsstelle, der Kommandant des Volkwehrebataillons, der Bregenzer Bezirkshauptmann, der Bregenzer Bürgermeister Ferdinand Kinz, der Bregenzer Stadtrat Stefan Kohler sowie der Generalstabshauptmann d. R. Moriz (von) Matt - die beiden Letztgenannten als Vertreter der Heimwehren - sowie die Bahnhofsvorstände und Heizhausleiter von Bregenz, Feldkirch und Bludenz. Grund dieses Zusammentreffens waren die freigewerkschaftlich or-

ganisierten Eisenbahner, die nach dem Krieg immer häufiger und immer offener aus politischen Gründen streikten. Am 6. Dezember 1919 etwa hatten Bregenzer Eisenbahner am Abend zwei Stunden den Bahnverkehr blockiert und so gegen die Anschlußbestrebungen an die Schweiz protestiert; vom 18. bis zum 21. November 1920 wurde gar drei Tage lang gestreikt und damit verhindert, daß bayerische Selbstschutzverbände am Landesschießen der Tiroler Heimwehren teilnahmen (1). Die Versammelten kamen zu folgendem Ergebnis:

"Ein Eisenbahnerstreik bringt nach der heutigen Sachlage einen Generalstreik mit sich. Dem wirksam entgegen zu treten ist heute noch nicht möglich. Ja es besteht sogar die Gefahr, dass ein Teil der Wehrmacht aktiv für die Streikenden eintreten würde. Das einzige Mittel ist der Selbstschutz der Bürgerschaft. Nur durch den Ausbau der Selbstschutzorganisationen kann unter den gegenwärtigen Verhältnissen eine Besserung erreicht werden" (2).

Mit den Selbstschutzorganisationen waren die "Vorarlberger Volksmilizen" beziehungsweise die verschiedenen "Ordnungsblöcke" gemeint, die schon 1919 gegründet worden waren und bereits 1920 ausreichend bewaffnet die Heimwehren bildeten (3). Der Ordnungsblock Bludenz hatte schon am 28. November 1920, kurz nach dem gegen die bürgerlich-bäuerlichen Milizverbände gerichteten Eisenbahnerstreik, eine Entschließung gefaßt und der Landesregierung übermittelt. Die wird aufgefordert, "derartigen Eingriffen in das gesamte Wirtschaftsleben des Volkes mit aller Kraft entgegenzutreten. Die Versammlung erklärt, daß alle ordnungsliebenden Einwohner von Bludenz und Umgebung die Landesregierung bei der Abwehr solcher Gewaltakte in Hinkunft tatkräftigst und mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln unterstützen werden". Weiters forderten sie die Bestrafung der für den Streik Verantwortlichen und warnten die sozialdemokratischen Eisenbahner, "daß die ordnungsliebende Bevölkerung nicht gewillt ist, nochmals solchen unsinnigen zweck- und erfolglosen Gewalttätigkeiten ruhig zuzusehen".

Die Vorarlberger Landesregierung ihrerseits wandte sich unter Berufung auf massive Bürgerproteste gegen Eisenbahnerstreiks an die Bundesregierung und forderte ein hartes Durchgreifen der Bundesbehörden. Der Bundesminister für Verkehrswesen sah sich jedoch in seinem Antwortschreiben vom 16. Februar 1921 außerstande, den Wünschen der Vorarlberger nachzukommen:

"Ich bitte versichert zu sein, dass auch ich diese Erscheinungen äusserst schmerzlich empfinde und gleich Ihnen es als eine

der Hauptaufgaben der staatlichen Verwaltung erachte, die Dienstwilligkeit des Personales mit allen Mitteln zu schützen und zu heben. Leider sind mir jedoch speziell hinsichtlich der Auswahl dieser Mittel sehr enge Grenzen gezogen."

Der Minister verweist im Folgenden darauf, daß in der ersten Zeit "nach dem Umsturze" die Streiks wirtschaftlichen Charakter hatten und so durch materielle Leistungen des Staates beigelegt werden konnten. In jüngster Zeit habe sich jedoch eine Änderung ergeben:

"Die auseinandergelassenen Ansichten unserer Parteien in der Nationalversammlung über den Weg, welcher zur Sanierung unserer wirtschaftlichen Notlage einzuschlagen ist, haben es naturgemäß bewirkt, dass die Streikbewegungen der jüngsten Zeit wiederholt ihres Charakters als reiner Lohnkämpfe entkleidet und auch zur Vertretung und Durchsetzung parteipolitischer Anschauungen und Wünsche verwendet wurden. In allen diesen Fällen scheidet aber das Palliativmittel der materiellen Zuwendung aus, ein Exekutivmittel zur Erzwingung des staatlichen Willens besitzen wir dermalen nicht, es erübrigt daher vorerst nur der Weg des Verhandeln. ... Insolange deshalb die Regierung einer verlässlichen Stütze ihrer staatlichen Autorität entbehrt, ist es auch unbedingt zu vermeiden, durch ein scharfes Auftreten in der einen oder anderen Richtung, das mangels einer solchen Stütze letzten Endes nur zu einer weiteren Offenbarung der Schwäche der Verwaltung führen dürfte, die Streiksituation zu verlängern oder eventuell sogar eine neuerliche Streikgefahr heraufzubeschwören."

An dieser Stelle schrieb der Landeshauptmann "und so?" an den Rand (4). Otto Ender und mit ihm die Landesregierung waren entschlossen, in Vorarlberg Ordnung zu machen. Sie schufen sich konsequent die "Exekutivmittel zur Erzwingung des staatlichen Willens", der in Vorarlberg mit dem Willen des politischen Katholizismus gleichgesetzt wurde: Der Ausbau der Heimwehren wurde gefördert, Bundesheer sowie Gendarmerie wurden "entpolitisiert", das heißt, dem politischen Katholizismus dienstbar gemacht.

Die als Entpolitisierung getarnte Umpolitisierung des Heeres

Gleich nach der Niederlage des alten Heeres wurde mit der Volkswehr eine bescheidene bewaffnete Truppe für die neue demokratische Republik geschaffen. Nach dem Wehrgesetz vom 6. Februar

1919 bestand allgemeine Wehrpflicht, allerdings wurden maximal 24.000 Mann eingezogen. Als Mittel zur Demokratisierung des Heeres wurden die Soldatenräte angesehen, die in Vorarlberg jedoch straff von oben kontrolliert und bis zu ihrer Auflösung 1923 von keinerlei Bedeutung waren. Die Soldaten hatten kurzfristig sogar das Recht gehabt, Offiziere und Unteroffiziere zu wählen, die dann allerdings von der Landesregierung bestätigt werden mußten (5).

Weder die Soldatenräte noch das Recht der Offizierswahl führten jedoch zu einem Austausch der Offiziere. Die militärische Elite blieb gleich wie alle anderen Eliten vom Wechsel der Staatsform unangefochten.

Der höchste Offizier in Vorarlberg im Kader der Tiroler Jäger 3 war 1919 Obstl. Heinrich Kurer Edler von Pertovec, sein Stellvertreter Obstl. Karl Freiherr von dem Busche-Ippenburg. Kommandant der 1. Infanterie Kompanie war Karl Kunze, dem wir als Kommandant der Heimwehr Bregenz später wieder begegnen werden und der dann 1933 zu den Nationalsozialisten überging. Die 2. Kompanie befehligte Obstl. Josef Burger, sein Kompanie-Offizier war Anton Ulmer, der spätere Landesführer der Vorarlberger Heimwehr. Kommandant der 3. Infanteriekompanie war Hauptmann Hans Seeling-Skrin, sein Kompanie-Offizier war mit August Graf Coreth-Starhemberg der Träger eines bedeutenden altösterreichischen Namens. Einige der Herren wurden bald pensioniert oder aus Vorarlberg abgezogen, andere, wie Busche, blieben bei den Vorarlberger Volkswehr-Truppen, die den neuen Namen Alpenjägerbataillon 4 bekamen. Den Oberbefehl dieses Bataillons übernahm mit Oberst Steuerer ein Mann, der stets gute Kontakte mit der Landesregierung pflegte und auch an der Schaffung der Heimwehren beteiligt war. Die Volkswehr war 1918/19 nur ungefähr 800 Mann stark - zu wenig für die Landesregierung, die mit dieser geringen Zahl die Existenz eigener Volksmilizen und des späteren Heimatdiensts - der Vorarlberger Heimwehren - begründete (6).

Sowohl die Landesleitung der Heimwehren als auch die Landesregierung fühlten sich in den ersten Jahren durch das Bundesheer mehr bedroht als beschützt: Die Soldaten waren nämlich überwiegend sozialdemokratisch gesinnt.

Durch den Friedensvertrag von St. Germain war Österreich ein Berufsheer von 30.000 Mann vorgeschrieben worden. Die Berufssoldaten waren dann gewerkschaftlich organisiert und wählten mit ihren Vertrauensmännern eine Art Betriebsrat. In den ersten Jahren der Republik dominierte der sozialdemokratische Militär-

verband ganz deutlich: die Militärmusik beteiligte sich an den Maiaufmärschen, und Soldaten nahmen an Parteiversammlungen und Kundgebungen der SDAP teil (7).

Trotzdem stand das Bundesheer schon damals durchaus für politische Einsätze der Landesregierung zur Verfügung: Während eines Bahn- und Poststreiks besetzte etwa am 26. Juni 1922 eine halbe Kompanie das Bregenzer Postamt, um Streikbrecher zu schützen. Die Vorarlberger Gendarmen wählten sogar noch bei den Betriebsratswahlen 1927 mehrheitlich Vertreter der Freien Gewerkschaften - dennoch war die Vorarlberger Gendarmerie jederzeit für Einsätze gegen Streikende oder Demonstranten zu verwenden. Am selben 26. Juni 1922 säuberten Gendarmen mit gefälltem Bajonett den Platz vor dem Postamt von etwa 1.000 Demonstranten (8).

Und doch wollten die Christlichsozialen mehr: "Wir stehen auf dem Standpunkt, daß die Gendarmerie unpolitisch sein muß. Unser Volk hat kein Verständnis für einen roten Gendarmen, es darf auch nicht einmal der Anschein bestehen, daß der Mann, der durch seine Uniform die Staatsautorität verkörpert, der roten Partei angehöre" - so das "Volksblatt" vom 5. November 1927.

Während die Gendarmerie stets klaglos funktionierte, kam es im Vorarlberger Alpenjägerbataillon 4 bei einem Sicherungseinsatz an der österreichisch-ungarischen Grenze im Oktober 1921 zu einzelnen Befehlsverweigerungen, die mit empfindlichen Strafen für zehn Soldaten geahndet wurden - die Betroffenen wurden allerdings schon im nächsten Jänner begnadigt, sodaß allein aus den ausgesprochenen Strafen die Schwere der Delikte nicht zu ersehen ist. Der Grenzsicherungseinsatz des Vorarlberger Bataillons hatte jedenfalls abgebrochen werden müssen. Der Vorfall bot der Landesregierung einen willkommenen Anlaß zu politischer Propaganda: Politische Verhetzung sei Schuld, eine "unpolitische" Wehrmacht vonnöten (9).

Schon bald nach dem Ende des christlichsozial-sozialdemokratischen Koalitionskabinetts Renner im Juni 1920 begann die "Entpolitisierung" des Heeres. Die Freiheiten der Soldaten wurden eingeschränkt: Verbot der Teilnahme an Umzügen in Uniform, Grußpflicht auch außer Dienst, Verbot öffentlicher parteipolitischer Agitation, Einschränkung der Rechte der Vertrauensmänner, gezielte Verbote der Verbreitung diverser Flugschriften usw. Daß alle diese Maßnahmen einer "Entpolitisierung" des Heeres zu einer den Christlichsozialen dienstbaren Truppe führten, die dann etwa im Juli 1927 und besonders im Februar 1934 gegen Arbeiter eingesetzt werden konnte, dafür sorgte unter dem langjährigen Heeresminister Carl Vaugin mit Sektionschef Rudolf Hecht derselbe

Mann, der später Dollfuß das verwaltungsrechtliche Instrumentarium zur schrittweisen Beseitigung der Demokratie bereitstellen sollte (10).

Für Vorarlberg bedeuteten diese Maßnahmen, daß Soldaten nicht mehr uniformiert an den Maiaufmärschen teilnehmen durften, also auch nicht als Militärmusik, daß die Soldatenräte abgeschafft wurden und daß vor allem der Landtagsabgeordnete, Soldatenrat und Vertrauensmann beim Alpenjägerbataillon 4 Josef Peter schikaniert wurde. Allein 1923 wurden vom militärischen Disziplinarsenat vier Auslieferungsbegehren an den Landtag gestellt, denen - man möchte sagen: natürlich - stattgegeben wurde. Ordentliche Gerichte sprachen Peter immer frei, der Disziplinarsenat verurteilte ihn meist. Ihm war unter anderem vorgeworfen worden, sich gegenüber einem Major eines respektwidrigen Tones bedient und den Oberst Freiherr von dem Busche-Ippenburg beschuldigt zu haben, Monarchisten und monarchistische Offiziere zu unterstützen (11).

Diese "Entpolitisierung" konnte nicht allein durch disziplinarischen Druck durchgesetzt werden. Man brauchte vielmehr andere Soldaten. Die Einführung parteipolitischer Einstellungskriterien wurde jedoch durch den Soldaten-Betriebsrat, die Vertrauensmänner, erschwert. Deshalb war es das vorrangige Bemühen der Bundesregierung, die Vertrauensmännergremien gefügig zu machen. 1921 tauchte in Vorarlberg erstmals der "Wehrbund" auf, eine Organisation, die mit Unterstützung sowohl des politischen Katholizismus als auch des rechten Laizismus geschaffen worden war und die somit auch das Vertrauen und die Unterstützung der Heimwehren besaß (12).

Bis zu den Vertrauensmännerwahlen 1923 hielt der sozialdemokratische Militärverband immer alle vier zu vergebenden Mandate. Schon 1924 besetzte aber der Wehrbund vier der damals fünf Mandate und hatte damit in Vorarlberg als dem ersten Bundesland einen Teil seiner Aufgabe erfüllt. Im nächsten Jahr gab es nochmals einen kleinen Rückschlag - der sozialdemokratische Militärverband kam wieder auf drei Mandate, doch ab 1926 war er gänzlich ausgeschaltet und der Wehrbund behauptete seine Vormacht. Auch im gesamten österreichischen Heer setzte sich diese rechte Organisation durch und hielt ab 1927 eine stets wachsende Mehrheit (13).

Auf diesen Erfolg hatte die Heeresleitung zweigleisig hingearbeitet. Das eine Gleis war eine gezielte Personalpolitik - abgebaut wurden Sozialdemokraten, unter anderen auch General Theodor Körner, eingestellt wurden nur noch "rechte" Leute. Um ja sicher

zu gehen, wurden in Vorarlberg die Pfarrämter angeschrieben und um Auskunft über Bewerber gebeten (14). Die neu aufgenommenen Soldaten wurden dann vom Wehrbund betreut, der dafür sorgte, daß sie ihrer "rechten" Gesinnung nicht verlustig gingen.

Damit diese Umpolitisierung effektiv betrieben werden konnte, mußten auch die Vertrauensmännergremien durch den Wehrbund kontrolliert werden – das war das zweite Gleis. Um die erforderlichen Mehrheiten zu bekommen, griff man zu einem simplen Trick: Jede Kompanie wählte unabhängig von ihrer Größe einen Vertrauensmann. Was lag da näher, als möglichst viele Mitglieder und Sympathisanten des Militärverbandes in einer großen Kompanie zusammenzufassen und die Wehrbund-Leute so aufzuteilen, daß sie in vielen kleinen Kompanien die Mehrheit stellten? Auf diese Art erzielte der Wehrbund 1924 mit 190 Stimmen vier Mandate und der Militärverband mit 166 Stimmen nur eines. Bis 1926 waren wieder einige Sozialdemokraten abgebaut, sodaß der Militärverband nur noch 117 Stimmen erhielt und kein Mandat. Der Wehrbund besetzte mit 256 Stimmen alle 5 Mandate (15).

Während Landeshauptmann Ender befriedigt konstatierte, "die Wehrmacht hat den Weg zum Volke wieder gefunden", fürchteten die Sozialdemokraten, daß auf diese Weise die Republik in Gefahr komme. Der sozialdemokratische Nationalrat Hermann Hermann äußerte sich hierzu am 1. Mai 1925 in Bregenz – und der beobachtende Kommissar notierte: "Nur durch den größten Terror der vorgesetzten Stellen sei es gelungen, daß in Vorarlberg bei den letzten Vertrauensmännerwahlen der Militärverband nur mehr ein Mandat habe erringen können. Es sei daher die erste Pflicht der Arbeiterschaft, die Wehrmacht in ihrem Kampfe zu unterstützen, auf daß nicht die Republik in Gefahr komme" (16).

Die in Vorarlberg – in Bregenz und Lauterach – stationierten Truppen waren immer auch als Instrument der innenpolitischen Auseinandersetzung gedacht. Es wurde versucht, Informationen über den Republikanischen Schutzbund und über eventuelle kommunistische oder nationalsozialistische Wehrorganisationen zu erfassen. Die Heeresleitung rechnete aber kaum mit einem Einsatz im Lande selbst, sondern plante die Verlegung nach Innerösterreich zur Bekämpfung der dort wesentlich stärkeren Arbeiterbewegung. Sollte die Arlbergstrecke unpassierbar sein – sei es aus Witterungsgründen, sei es durch streikende Eisenbahner oder durch sozialdemokratische Attentate –, dann war eine rasche Requirierung von Lastautos und die Fahrt über Bayern beabsichtigt. Von der bayerischen Staatsregierung waren für ein solches Vorhaben keinerlei Schwierigkeiten zu erwarten, da schon seit

1919 eine rege Zusammenarbeit zur "Abwehr des Bolschewismus" bestand. 1933 hätten 320 Mann in Marsch gesetzt werden können, bewaffnet mit Maschinengewehren und leichter Artillerie (17).

Der Vorarlberger Heimatdienst

Der Vorarlberger Heimatdienst wurde 1926 durch die Vereinigung der von der Landesregierung geförderten Streikbrecherorganisation "Notbann" und der ebenfalls von der Landesregierung geförderten Heimwehren gegründet. Die Heimwehren wiederum gehen auf das Jahr 1919 und die damals - gegen den Willen der Staatsregierung - auf Veranlassung der Landesregierung ins Leben gerufenen "Freiwilligen Vorarlberger Volksmilizen" und diverse sogenannte "Ordnungsblöcke" zurück.

1919 waren vor allem Bürger, aber teilweise auch Bauern gegen eine mögliche rote Revolution mit Waffen ausgerüstet worden, die überwiegend von bayerischen Selbstschutzverbänden geliefert worden waren. In den Führungsgremien waren zwar die Deutschnationalen stärker als die Christlichsozialen vertreten - auch die Mitglieder kamen anfangs zu einem guten Teil aus dem deutschnationalen Lager -, aber es bestanden nie Zweifel am Oberbefehl des Landeshauptmanns. Beim Gautag der Bregenzer Stadtwehr sprachen am 26. März 1923 im Bregenzer Forstersaal Landeshauptmann Ender, der Bregenzer Bürgermeister Kinz, der Bregenzer Heimwehrchef und Stadtrat Stefan Kohler, ein Oberstleutnant Hörl aus München sowie der Tiroler Heimwehrkommandant Richard Steidle. Ender zu den Aufgaben und zur Geschichte der Heimwehr:

"In demselben Saale waren wir beisammen, als man in Vorarlberg von außen herein die Rätediktatur einführen wollte, und setzten uns energisch zur Abwehr. Das moralische Zusammenstehen im ganzen Land genügte damals, die Gefahr abzuwenden. Das war noch nicht der eigentliche Anstoß zur Bildung der Heimatwehr. Dieser lag im Mißbrauch wirtschaftlicher Gewalt, besonders im Verkehrs- und Elektrizitätswesen. Der Allgemeinheit gehörige, für sie lebenswichtige Betriebe wurden von verhetzten Leuten für selbstsüchtige Klasseninteressen mißbraucht. Die Heimatwehr wahrt das Recht der Allgemeinheit gegen ungerechte Gewaltanwendung einer einzelnen Klasse, sie wird zur Notabwehr und darin hat sie ihre Existenzberechtigung als Schwesterorganisation des vom Landtag bewilligten 'Notbannes'. Der letztere ist ohne Heimatwehr ein verlassener Knabe, eine verlorene Idee" (18).

Der Landeshauptmann sagte es hier und an manch anderer Stelle ganz deutlich: Die Heimwehren standen vor allem gegen die Sozialdemokratie. Sie und auch der Notbann wurden einerseits von der Landesregierung unterstützt, andererseits von Industrie und Gewerbe. Beide konnten sich von der Niederwerfung der Sozialdemokratie und der Freien Gewerkschaften etwas erhoffen: die Landesregierung die vollkommene Kontrolle über die politische und gesellschaftliche Entwicklung, die Industrie die Rücknahme des störenden Sozialrechtswerkes und das Ende von Lohnstreitigkeiten. Die Vorarlberger Sozialdemokraten hatten gegen die Heimwehren in der Öffentlichkeit und in den demokratischen Institutionen protestiert. 1919 hatte Anton Linder von der Staatsregierung sogar einen Bescheid zur Auflösung der Volksmilizen erwirkt, um den sich aber weder Landesregierung noch Heimwehren kümmerten. Die Sozialdemokraten bauten zwar auch in Vorarlberg eine eigene Wehrorganisation - den Republikanischen Schutzbund - auf, verzichteten aber auf jede Konfrontation, denn sie wußten sich unterlegen. Sozialdemokraten wurden in ihrer eigenen Zeitung, der "Wacht", etwa am 30. Juli 1927 oder am 7. September 1929, aufgefordert, dem Heimatdienst und seinen Aktivitäten aus dem Wege zu gehen und sich nicht provozieren zu lassen.

Durch die enge Bindung an den Landeshauptmann und die dominierende Christlichsoziale Volkspartei war gewährleistet, daß der Heimatdienst in Vorarlberg im Gegensatz zu anderen Bundesländern nicht offen Politik machte und auch nie bei Wahlen kandidierte. Als der Landesführer der Vorarlberger Heimwehren, der Landesbeamte Dr. Wilhelm Mohr, am 18. Mai 1930 den sogenannten "Korneuburger Eid" gleich wie alle anderen österreichischen Heimwehrführer leistete, wurde er von Ender hart kritisiert.

Ender lehnte diesen Eid ab, weil darin ein eigener politischer Anspruch der Heimwehren auf die Umgestaltung des Staates formuliert wurde. Selbständige politische Ambitionen der Heimwehren aber lehnte Ender immer ab. Er wollte sich seinen politischen Handlungsspielraum nicht durch eine eigendynamische Wehrformation einengen lassen, die in Innerösterreich durchaus zum freilaufenden Putschismus neigte - wie sich im September 1931 beim sogenannten Pfrimer-Putsch zeigen sollte. Für Ender war die Heimwehr ein Werkzeug zur Absicherung politischen Einflusses. Seine Bemühungen um eine politische Kontrolle dieses bewaffneten Arms der Christlichsozialen nahmen eine Politik vorweg, die Schuschnigg erst im Jahre 1936 durchzusetzen vermochte, als er die zentrale Heimwehrführung ihres politischen Einflusses entkleidete.

Der freilaufende Putschismus von Wehrformationen galt Ender als faschistisch, zumal aus der Kenntnis der italienischen Situation der zwanziger Jahre. Wenn sich also Ender gegen den Faschismus aussprach, dann war das keine Kritik an einem Herrschaftskonzept, sondern bezog sich lediglich auf von staatlicher Macht unkontrollierte bewaffnete Bewegungen (19).

Als Anfang der dreißiger Jahre der rechte Laizismus immer stärker von der NSDAP erfaßt wurde, wirkte sich das unmittelbar im Vorarlberger Heimatdienst aus. Am 25. März 1933 dementierte die Landesleitung noch im "Tagblatt" die von innerösterreichischen Zeitungen verbreiteten Meldungen, es gebe Unstimmigkeiten innerhalb des Vorarlberger Heimatdienstes. Die Landesleitung dementierte gleichzeitig jedes "Abhängigkeitsverhältnis zum Bundesführer Starhemberg", dem Chef der österreichischen Heimwehren. Ein Aufruf von Landesführer Mohr im "Tagblatt" vom 7. April 1933, in dem er noch einmal die bisherige Übereinkunft von deutschnationalen und christlichsozialen rechten Kräften beschwor, hatte angesichts der Mobilisierung der österreichischen Nationalsozialisten nach Hitlers Machtergreifung in Deutschland keinen Erfolg mehr. Mohr:

"Der Heimatdienst ist eine vollkommen unabhängige, überparteiliche, militärische und technische Wehrorganisation, die den zerstörenden Austromarxismus bekämpft, für Ruhe und Ordnung zum Schutze der Arbeit und der lebenswichtigen Betriebe der Heimat eintritt. ... Wir bekennen uns zum deutschen Volke und zu unserem Staate Österreich. ... Außerhalb der Wehrorganisation hat jeder Kamerad vielerlei Gelegenheit, im Rahmen der rechtsstehenden Parteien und Organisationen seiner politischen Meinung Ausdruck zu verleihen."

Am folgenden Tag findet sich im "Tagblatt" die lapidare Antwort der Nationalsozialisten in Form eines Gedichts von Moritz Arndt: "Was ist des Deutschen Vaterland... das ganze Deutschland soll es sein."

Am 1. Mai 1933 ging Landeshauptmann Ender vor dem in Rankweil tagenden Parteitag der CVP in die Offensive: Der deutschnational-nationalsozialistische Flügel in den Heimwehren habe seinen Rücktritt als Führer des Heimatdienstes gefordert und verlangt, der Heimatdienst solle sich "voll und ganz in die nationale Front stellen und mit der NSDAP unter Wahrung seiner vollen Selbständigkeit Verhandlungen einleiten". Enders ablehnende Stellungnahme war klar: "Soll die Regierung stark sein, so muß der Heimatdienst zu ihren Diensten sein" (20).

Im Mai 1933 geht es dann Schlag auf Schlag. Am 6. Mai demen-

tierte die Landesleitung noch einmal Gerüchte vom Zerfall des Heimatdienstes, bestätigt aber bereits einzelne Austritte in Dornbirn. Am 11. Mai druckt das "Tagblatt" den Aufruf zum Austritt von Nationalsozialisten aus dem Heimatdienst ab, und am 29. Mai berichtet es von der "Krise im Vorarlberger Heimatdienst"; Die 3. Kompanie des Vorarlberger Heimatdienstes in Feldkirch löse sich auf, Oberst Kunze sei als Führer des Bezirks Bregenz und als Bregenzer Stadtführer zurückgetreten. Am 31. Mai dann verabschiedet sich im "Tagblatt" der Landeswehrführer Moriz von Matt wegen "Austrittsbewegung nationaler Kreise".

In der Folge wurde auch der Landesführer Dr. Wilhelm Mohr - als Anhänger Starhembergs - abgelöst, und beide Funktionen - Landesführer und Landeswehrführer - wurden dem Dornbirner Lehrer und ehemaligen Offizier Anton Ulmer übertragen, der den Neuaufbau in die Wege zu leiten hatte. Der Heimatdienst wurde nun auch stärker in der bäuerlichen Bevölkerung verankert, und nicht mehr so sehr im städtischen, zum Teil deutschnationalen, Bürgertum. So kam es, daß mit Ulrich Ilg 1934 ein Bauer als Vertreter des Heimatdienstes in die ständische Landesregierung entsandt wurde (21).

1928 hatte der Heimatdienst noch insgesamt 2.000 Mann aufbieten können, mit Gewehren und Maschinengewehren ausreichend bewaffnet, darunter sieben besonders gut ausgestattete mobile Kompanien mit insgesamt 600 Mann. Nach dem Auseinanderbrechen der Koalition von rechten Laizisten und Christlichsozialen fehlten dem Heimatdienst nicht nur Mannschaften - die ausgetretenen Nationalsozialisten hatten auch beträchtlich Waffen mitgenommen. Die Waffen wurden erst nach vielen Haussuchungen und nur zum Teil wiedergefunden - ein größerer Posten zum Beispiel in der Sommervilla des Dornbirner Fabrikanten Hubert Hämmerle in Dornbirn-Schwende (22).

Es gelang dem nun rein christlichsozialen Heimatdienst relativ rasch, vor allem bei Bauern und katholischen Jungarbeitern verstärkt Fuß zu fassen. So konnte die Landesleitung noch 1933 bei der Erstellung von Alarmplänen für den Fall eines Einmarsches der Österreichischen Legion - einer Vereinigung exilierter österreichischer Nationalsozialisten - eine Mannschaftsstärke von 1.500 Mann aufbieten (23).

Die Zusammenarbeit mit dem Heer war traditionell gut. Heimatdienst und Heer hatten schon im Oktober 1928 gemeinsam Sicherungsaufgaben versehen, als 120 Gendarmen aus Vorarlberg nach Wien abkommandiert wurden, um dort zwei Aufmärsche von Schutzbund und Heimwehren auseinanderzuhalten. Im Laufe des Jahres



MG-Zug der Heimwehr Dornbirn, 1933/34.

1933 wurden die Vorarlberger Heimwehren dann auch offiziell in die staatliche Exekutive als Assistenzkörper beim Bundesheer und als Hilfspolizeinheiten eingebaut (24).

Der Heimatdienst war nach der Niederwerfung der Sozialdemokratie – also, etwa ab Mitte 1933 – vor allem ein Polizeiinstrument gegen die illegalen Nationalsozialisten. In dieser Auseinandersetzung starben zwei Heimatdienstmänner – die einzigen Vorarlberger Opfer politischer Konflikte während der Ersten Republik. Alois Muxel wurde in Dornbirn das Opfer einer tragischen Verwechslung. Er tat am 28. Jänner 1934 bei einer Theateraufführung des Dornbirner katholischen Arbeitertheaters im Vereinshaus Dienst. Als von einem Nationalsozialisten eine Stinkbombe geworfen wurde, sprang Muxel durch ein Fenster auf das Dach eines benachbarten Schuppens. Ein anderer Heimwehrposten erschöß ihn in der

Meinung, er sei der Werfer der Stinkbombe. Edwin King aus Hörbranz wurde im Lochauer Hotel Bäumle am 11. November 1933 erschossen, als er auf der Suche nach den Urhebern eines nationalsozialistischen Sprengstoffattentats eine Gruppe Nationalsozialisten störte, die gerade einen aus der Österreichischen Legion zurückgekehrten Dornbirner wieder nach Deutschland entführen wollten. Wilhelm Klagian, der King begleitet hatte, kam mit leichten Schußverletzungen davon (25).

Im Juni 1934 wurde der Heimatdienst als "Wehrfront" in die Vaterländische Front eingebunden; er unterstand damit formell nicht mehr dem Landeshauptmann (26).

Der Republikanische Schutzbund

Ab Mitte der zwanziger Jahre standen dem politischen Katholizismus jene "Exekutivmittel zur Erzwingung des staatlichen Willens" in Vorarlberg zur Verfügung, die ihm in den ersten Jahren der Republik so schmerzlich abgegangen waren. Wenn man nur die frei für Einsätze verfügbaren Einheiten rechnet – also Mannschaften zur Kasernensicherung, für den Grenzdienst oder den Dienst in größeren Gendarmerieposten nicht berücksichtigt –, dann standen als "Exekutivmittel" bereit: 320 Berufssoldaten, Infanteriewaffen, Maschinengewehre, leichte Artillerie; 120 Gendarmen, Karabiner, Bajonett; 50 Mann Zollwache, Karabiner, Bajonett; mindestens 1.000 Mann Heimatdienst, unterschiedliche Bewaffnung, ausreichend Karabiner, sehr viele Maschinengewehre (27).

Die österreichische Sozialdemokratie war entschlossen, gegen die bewaffnete Rechte, gegen Gendarmerie und umpolitisiertes Bundesheer eine eigene Parteiarmee zum Schutz der sozialistischen Bewegung und der demokratischen Republik aufzustellen. Der Republikanische Schutzbund war armeemäßig strukturiert. Hierarchie und Disziplin sollten verhindern, daß die Armee der Partei aus dem Ruder lief und eigenständige Politik betrieb. Die alles entscheidenden Schlachten würden, so glaubten Schutzbund- und Parteileitung, in den Industriegebieten geschlagen werden; die Peripherie, etwa Vorarlberg, war von untergeordneter Bedeutung (28). Schon einen Monat nach der behördlichen Genehmigung des Wiener Schutzbundes fand am 20. März 1923 die Gründungsversammlung der Ortsgruppe Bregenz statt. Es referierte der ehemalige Staatssekretär für Heerwesen und Leiter des Republikanischen Schutzbundes, Julius Deutsch. Am 3. September desselben Jahres

wurde die Ortsgruppe Dornbirn gegründet, später kamen noch Ortsgruppen in Feldkirch, Bludenz und Lustenau dazu (29).

Im Herbst 1932 schätzte das Landesgendarmierkommando die Stärke des Vorarlberger Schutzbundes auf 330 bis 350 Mann - 60 in Bregenz, je 80 in Feldkirch und Dornbirn, 80 bis 100 in Bludenz, 30 in Lustenau. In einem Schreiben vom 14. September 1932 beschrieb die Landesregierung dem Bundeskanzleramt den Dornbirner Schutzbund - allerdings übertrieb sie, da die Stärke des Schutzbundes zum Vorwand für das Verbot einer nationalsozialistischen Kundgebung dienen sollte:

"Die sozialdemokratische Partei hat in Dornbirn eine vorzügliche Organisation und auch einen lebendigen Schutzbund. Der Republikanische Schutzbund in Dornbirn hat einen eigenen Übungsplatz, einen besonderen Übungsplatz für Pistolen; er verfügt über Gewehre und Steyrer Pistolen neuesten Modells. Er hat auch einen Radfahrerzug als Meldefahrer mit blauer Mütze und jeder Schutzbundmann am Überschwing einen Holzknüppel mit Riemen. Samstag und Sonntag ist Telefondienst und Radionachrichtendienst eingerichtet und sind 6 Radfahrer ständig im Dienst" (30).

Ganz besonders übertrieb die Landesregierung die Bewaffnung, standen doch dem gesamten Vorarlberger Schutzbund nicht mehr als 20 bis 30 Pistolen, einige Kleinkalibergewehre und sehr viele Gummi- und Holzknüppel zur Verfügung. Auch die vermutete Kurzwellensendeanlage, nach der von 1928 bis 1933 im Raume Bregenz gefahndet wurde, fand sich nicht, vermutlich, weil es sie nicht gab. Der Vorarlberger Schutzbund war weder personell noch waffentechnisch auf eine Konfrontation mit den "Exekutivmitteln zur Erzwingung des staatlichen Willens" eingerichtet. So verwundert es auch nicht, daß alle Waffensuchen im Jahre 1933 praktisch erfolglos blieben (31).

Wenn in Wien die Entscheidungsschlacht angesagt war, dann sollte der Vorarlberger Schutzbund durch Sabotageakte möglichst starke Exekutivkräfte im Lande binden und ihren Abmarsch in die Kampfgebiete verhindern. Die Strategie der Landesregierung wiederum sah vor, den Schutzbund durch den Heimatdienst niederzuhalten und so Militär und Gendarmerie für den Einsatz in Innerösterreich freizustellen (32).

Die Sozialdemokraten selbst zählten nicht nur die olivgrün uniformierten Schutzbündler zu ihren Parteitruppen, sondern auch die blauuniformierten Eisenbahn- und Telegraphenordner, die Wehrturmer und einen Teil der Radfahrer. Das heißt, daß im Zuge der allgemeinen Mobilisierung der Partei gegen die militante Rechte

auch Kulturorganisationen wie Turner und Radfahrer militarisiert wurden. Während die Behörden bei der großen "Republikanischen Kundgebung" in Dornbirn am 29. September 1929 256 Schutzbündler zählten, berichtete die "Wacht" am 19. Oktober 1929 von 912, die jedoch nur teilweise uniformiert gewesen seien; sie zählte eben auch Turner und Radfahrer mit (33).

Der Schutzbund wurde in Vorarlberg vor allem zu Ordnerdiensten herangezogen. Es kam dabei offenbar nur zu zwei bedeutenderen Auseinandersetzungen: 1926 mit Jugendlichen, die eine Freidenkerversammlung störten, und 1932 mit Nationalsozialisten (34). Von Zusammenstößen mit Heimatdienstleuten ist nichts bekannt.

Am Freitag, dem 5. August 1932, sprachen in der Dornbirner Mohrenhalle der sozialdemokratische deutsche Reichsratsabgeordnete Karl Schrek aus Bielefeld und Nationalrat Paul Richter aus Wien. Da die Sozialdemokraten nationalsozialistische Störmanöver befürchteten, hatten sie 80 bis 100 Mann Schutzbund aufgeboten. Auch die Behörden befürchteten Ausschreitungen und stationierten deshalb in einem Nebenzimmer 22 Gendarmen. Von den Vorfällen existieren im wesentlichen zwei Berichte, einer der "Vorarlberger Wacht" vom 9. August 1932, ein anderer vom Gendarmeriekommando Feldkirch (35).

Nach Schrek, der sich vor allem mit dem Nationalsozialismus auseinandersetzte, sprach Richter zur aktuellen innenpolitischen Situation und zu den Absichten der österreichischen Nationalsozialisten. Nach den beiden Hauptrednern durfte der eigens aus Innsbruck angereiste Nationalsozialist Franz Pisecky, der spätere Gaupresseamtsleiter für Tirol-Vorarlberg (36), für 15 Minuten das Wort ergreifen.

Als die Versammlung um 23 Uhr 15 von Anton Linder offiziell geschlossen wurde, spitzte sich die Situation zu. Die "Wacht" berichtete:

"Unzufrieden, daß sie die ordnungsmäßige Beendigung der Versammlung nicht verhindern konnten, sammelten sich die ärgsten Schreier nach Schluß der Versammlung in der Mitte des Saales, stimmten ein Hitlerlied an und brachen in provokatorische Rufe aus. Als einige Schutzbündler die Leute aufforderten, doch endlich den Saal zu verlassen, wurde ein Schutzbündler tödlich angegriffen. Das war das Signal für die anwesenden Nationalsozialisten, eine wüste Rauferei zu beginnen, bei der sie auch absichtlich Fenster einschlugen. Biergläser und Stühle flogen durch die Luft und mancher Nazimann erhielt von einem anderen Nazimann ein Bierglas an den Kopf geschleudert. Der Kampf währte nur kurze Zeit; als die Gen-

darmerie erschien, um mit aufgepflanztem Bajonett den Saal zu räumen, hatten die Schutzbündler die meisten Nazi bereits an die frische Luft befördert."

Anders liest sich der Bericht des Gendarmeriekommandos:

"Um ca. 23.15 wurde die Versammlung vom Vorsitzenden, Bundesrat Linder, geschlossen und die Zuhörer verliessen zum Teil ohne nennenswerte Erregung die Versammlungshalle. Ein größerer Knäuel von Versammlungsteilnehmern, durchgehend Nationalsozialisten, ballte sich im Saale zusammen und begann mit den Schutzbündlern Wortplänkeleien. Sie wurden vom Kommandanten der Bereitschaft, Bez. Insp. Fenkart aufgefordert, die Versammlungshalle sofort zu verlassen, welcher Aufforderung sie jedoch nicht Folge leisteten. Bez. Insp. Fenkart liess hierauf die Bereitschaft herbeirufen. Im gleichen Momente stimmten die Nationalsozialisten das Hitlerlied an, worauf die Schutzbündler mit verborgen mitgeführten Holzkeulen und Gummiknütteln auf die Nationalsozialisten einhieben, die ihrerseits mit Stühlen und Biergläsern etc. den Angriff abzuwehren suchten. Die inzwischen im Saale erschienene Gend.Bereitschaft räumte hierauf mit gefältem Bajonette denselben. Der ganze Vorgang spielte sich innerhalb weniger Minuten ab. Es würde sich zweifelsohne eine grosse Keilerei entwickelt haben, wenn die Gendarmerie nicht sogleich zum Eingreifen bereit gewesen wäre."

Die Gendarmerie trieb Nationalsozialisten und Sozialdemokraten auseinander. Der Dornbirner Heimatdienst hatte den ganzen Abend Bereitschaft gehalten, aber nicht eingegriffen. Es sieht ganz so aus, als hätten die Schutzbündler nur auf Provokationen der Nationalsozialisten gewartet, damit sie ihnen eine saftige Abreibung verpassen konnten. Die Rechnung dafür mußte aber die Partei bezahlen, denn die Schäden in der Mohrenhalle waren beträchtlich. Daher forderte der Parteivorstand am 11. August 1932 in der "Wacht" nicht nur zu verstärktem Beitritt in den Schutzbund auf, sondern bat die Genossen auch um finanzielle Unterstützung.

Die Geschichte des Vorarlberger Schutzbundes ist undramatisch, ebenso undramatisch wie sein Ende. Am 15. März 1933 fanden im ganzen Land Waffensuchen statt, praktisch ohne Erfolg; am 31. März wurde er aufgelöst, völlig widerstandslos (37).

Der Juli 1927

Nach den Eisenbahnerstreiks vom Dezember 1919 und November 1920 streikten Eisenbahner und teilweise auch Postbeamte am 25. und 26. Juni 1922 sowie vom 7. bis zum 13. November 1924, ohne daß die Behörden das verhindern konnten. Der "Notbann" organisierte zwar jeweils einen Omnibus-Ersatzverkehr, und Gendarmerie sowie Heer schützten Arbeitswillige, doch die Streiks konnten nicht gebrochen werden (38).

Im Oktober 1926 sandte dann das Bundeskanzleramt der Landesregierung eine große Zahl vervielfältigter Erlässe zu, in denen erläutert wurde, daß Beamte nicht streiken dürfen. Da es zu keinem Beamtenstreik kam, liegen diese Erlässe noch vollzählig bei den Akten (39). Die entscheidende Auseinandersetzung kam im Sommer des folgenden Jahres.

Am 14. Juli 1927 wurden um 10 Uhr abends von einem Wiener Geschworenengericht jene drei Heimwehrlaute freigesprochen, die am 30. Jänner desselben Jahres im burgenländischen Schattendorf bei einer sozialdemokratischen Demonstration zwei Teilnehmer – einen Kriegsverehrten und ein Kind – erschossen hatten. Dieser skandalöse Freispruch traf das Gerechtigkeitsempfinden der Arbeiterschaft; eine Justiz, die Klassenrecht sprach und nicht unabhängig jedem zu seinem Recht verhalf, trieb dieselben Menschen auf die Straße, die von der Republik vor allem Freiheit und Gerechtigkeit erwarteten. Der Justizpalast als Zentrum des Un-Rechts wurde angezündet, die Wiener Sicherheitswache schoß blind in die Menge. Das Ergebnis waren 89 Tote und eine nicht eruierbare Zahl von Verletzten – sowie ein nicht mehr gutzumachender Bruch zwischen Staat und Arbeiterschaft (40).

Die sozialdemokratische Parteiführung, der die empörten Massen entglitten waren, rief ihrerseits zu einem eintägigen Generalstreik und zu einem unbefristeten Verkehrsstreik auf. Während der Generalstreik in Vorarlberg nicht befolgt wurde, führte der Verkehrsstreik hierzulande zur entscheidenden Auseinandersetzung zwischen Sozialdemokratie einerseits und politischem Katholizismus sowie rechtem Laizismus andererseits.

Als der Verkehrsstreik am Samstag, dem 16. Juli 1927, frühmorgens ausbrach, war die Landesregierung samt den nachgeordneten Dienststellen gut vorbereitet. Ordnungskräfte standen ausreichend zur Verfügung. Speziell in Bregenz war bereits wegen des seit 23. Juni andauernden Bauarbeiterstreiks beträchtlich Gendarmerie konzentriert. Postamt und Schiffshafen wurden schon am Sonntag durch Gendarmereieinheiten von Streikenden geräumt. Die Streik-

leitung selbst wurde am Montagmittag aus dem Bregenzer Bahnhof vertrieben. Die Streikenden mußten ohnmächtig zusehen, wie eine beträchtliche Zahl Streikbrecher, vor allem christliche und nationale Eisenbahner und Notbannleute, aber auch etliche Mitglieder der Freien Gewerkschaften, einen Eisenbahnnotverkehr zu errichten versuchten, was allerdings mißlang - ein Omnibusverkehr wurde organisiert.

Die Bregenzer Bezirkshauptmannschaft beurteilte den Eisenbahnerstreik als weniger gefährlich als den gleichzeitig stattfindenden Bauarbeiterstreik. Am Montag, dem 18. Juli, ordnete sie die Kontrolle aller Bauplätze durch Bundesheerpatrouillen mit zugeteiltem Gendarm an, nachdem noch am Samstag Streikbrecher verjagt worden waren. Am Abend dieses 18. Juli zerstreute eine Gendarmerieabteilung eine Menschenansammlung, die bei einem Bahnübergang in der Nähe des Bahnhofs Streikbrecher einzuschüchtern versuchte. Die Bregenzer Heimwehr war - wie alle anderen Vorarlberger Heimwehreinheiten - zwar vom Landeshauptmann aufgerufen und auch vom Alpenjägerbataillon mit zusätzlicher Munition ausgestattet worden, sie mußte aber nicht eingesetzt werden (41).

In Feldkirch wurden 15 junge Heimwehrlere gerade erst gegründeten Feldkircher Einheit auf eigene Faust aktiv und besetzten das Postamt. Da nicht nur die Postbeamten gegen die unerfahrenen Waffenträger protestierten, sondern auch die Gendarmerie einen Unfall befürchtete, mußten die Heimwehrlere das Postamt wieder räumen und sich in ihren Bereitschaftsraum begeben. Der Streik brach in Feldkirch am Samstag um 8.13 Uhr aus. Sofort wurden 20 Gendarmen in der Stadt konzentriert, 60 Zollwachbeamte hielten Bereitschaft. Am Montag meldeten sich bereits wieder 60 Prozent der Bahnbediensteten zum Dienst, doch der Bahnverkehr konnte nicht aufgenommen werden, da ein Eisenbahner den Strom abschaltete und den Schlüssel für das Umspannwerk der Streikleitung übergab. Am Abend des Montag besetzten Bundesheereinheiten den Feldkircher Bahnhof, am nächsten Tag fuhren wieder die Züge.

Am Dienstag konnten sich die Bundesheereinheiten und Gendarmen wieder aus den besetzten Bahnhöfen in Bregenz und Feldkirch sowie aus den Postämtern in Dornbirn, Bregenz und Feldkirch zurückziehen. Auch die Heimwehreinheiten aus Rankweil und Götzis verließen die Bahnhöfe.

Die 595 Bludenzere Eisenbahner waren zu mehr als siebzig Prozent freigewerkschaftlich organisiert - trotzdem fuhren bereits am Montag wieder Züge. Der Bahnverkehr im Bereich Bludenz war vor

allem behindert worden, weil Arbeiter das Spullerseeewerk, das den Bahnstrom lieferte, abgeschaltet hatten. Als Elektriker im Schutz einer Gendarmerieeinheit das Kraftwerk wieder in Gang brachten, blieb plötzlich das Wasser aus: Arbeiter hatten den Schieber am Spullersee geschlossen. Darauf mußten aus Innsbruck zwei Ingenieure mit einer Motordraisine anreisen und zum Spullersee hinaufsteigen - das dauerte bis Dienstag in der Früh. Es stellte sich jedoch bereits am Montag heraus, daß der im Netz vorhandene Strom auch ohne Spullerseekraftwerk für einen Bahnnotverkehr ausreichte. Da sich auch ausreichend Streikbrecher fanden, fuhren im Bereich des Bahnhofs Bludenz die Züge bereits wieder am Nachmittag des Montag, einen halben Tag vor dem offiziellen Streikende.

Auch der Bludener Bahnhof war durch eine Bundesheereinheit besetzt worden: 25 Mann waren mit einem Lastauto aus Bregenz gekommen und hatten ein Maschinengewehr aufgebaut. Bei Streikende kam es in Bludenz noch zu einem Konflikt zwischen Streikleitung und Behörde, der deutlich zeigt, daß es den Behörden vor allem darum ging, den Sozialdemokraten zu zeigen, wer in diesem Land das Sagen hat. Der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete und Arbeiterkammerpräsident Wilhelm Sieß hatte in Bludenz als Streikleiter erklärt, die Eisenbahner würden erst das Bahnhofsgelände betreten und den Dienst wieder aufnehmen, wenn das Militär abgezogen sei. Die Bezirkshauptmannschaft Bludenz berief sich auf eine Anweisung der Landesregierung, in der es hieß, das Bundesheer sei abzuziehen, sobald der Streik beendet sei und die Eisenbahner den Dienst antreten, und bestand auf Dienstantritt vor Abzug der Soldaten. Nach mehrstündigen Verhandlungen wurde ein sieben Punkte umfassendes Übereinkommen geschlossen, ohne daß die Behörden von ihrem Standpunkt abgerückt wären - zuerst wurde der Dienst aufgenommen, dann das Militär abgezogen.

Man hatte Härte demonstriert; Landeshauptmann Ender hatte "die gesamte heimat-treue Bevölkerung" gegen die Sozialdemokraten aufgerufen, den Heimatdienst mobilisiert, Militär und Maschinengewehre auffahren lassen, als brenne der Justizpalast mitten in Vorarlberg. Ender wollte öffentlich demonstrieren, wie mächtig die Ordnungskräfte sind, und was für ein lächerliches Häuflein die Sozialdemokraten. Denen wurde nicht einmal gestattet, das Gesicht zu wahren.

Die Sozialdemokraten hatten verstanden. Die "Vorarlberger Wacht" berichtete erst am 28. Juli, und dann kleinlaut auf den Seiten vier und fünf. Besonders herausgestrichen wurde die Unverhält-

Kundmachung.

Nach den Bestimmungen des § 1 der Satzungen des Vereines „Borarlberger Heimdienst“ rufe ich den Borarlberger Heimdienst zur Dienstleistung auf und vertraue ihn mit der Unterstützung des Post-, Telegraphen- und Telephondienstes und mit ihrem Schutze.

Dem aufgebotenen Borarlberger Heimdienst stehen die gesetzlichen Rechte einer Zivilwache zu; er genießt den Schutz der im § 68 St.-G. genannten Personen.

Die Bevölkerung wird aufmerksam gemacht, daß den Weisungen der im Dienst stehenden Heimdienstmänner Folge zu leisten ist.

An die gesamte heimattraue Bevölkerung von Borarlberg ergeht die Aufforderung, sich dem Heimdienst zur Verfügung zu stellen und sich bei den betreffenden Ortsführern, mangels solcher bei dem Gemeindevorsteher zu melden.

Bregenz, am 17. Juli 1927.

Der Landeshauptmann:

Dr. Otto Ender.

nismäßigkeit der von der Landesregierung eingesetzten Mittel, man gab sich nicht mehr kämpferisch: "Aus der ganzen Sachlage ersieht man, wie unbegründet die herausfordernden Maßnahmen der Landesregierung in Bludenz waren. Der großen Selbstdisziplin der Streikenden und ihrer Besonnenheit verdanken wir den ruhigen geordneten Verlauf des Streiks."

**VOM JULI 1927 BIS ZUR KANZLERSCHAFT ENDERS 1931:
Das Vorarlberger Modell eines autoritären Staates
läßt sich in der Bundespolitik nicht verwirklichen**

Als Otto Ender im Juli 1933 zum Minister in der Regierung Dollfuß berufen und mit der Ausarbeitung der ständischen Verfassung beauftragt wurde, hat ihn ein Satz in der "Reichspost", dem Zentralorgan der Christlichsozialen, sicher besonders gefreut. Darin wird die bedeutendste Leistung seines Lebens gewürdigt:

"Dr. Ender hat kraft seiner Persönlichkeit im Lande Vorarlberg dem Gedanken einer autoritären Demokratie längst zum Durchbruch verholfen" (42).

Und doch wurde das zu einer Zeit geschrieben, als die Entwicklung bereits über das Vorarlberger Modell einer "autoritären Demokratie" hinweggeschritten war. In Österreich kündigte sich nach dem autoritären schon ein faschistisches Regime an.

Die Ereignisse des Juli 1927 waren für die Vorarlberger Christlichsozialen, mit Unterstützung der Großdeutschen, Anlaß, das Modell eines autoritären Staates zu entwickeln und es bundespolitisch zu forcieren. Sie hatten damit eine wichtige ideologische Vorreiterrolle für Entwicklungen, die erst viel später im Sinne ihrer Betreiber reifen sollten. Am 23. Juli 1927 schrieb Otto Ender namens der Landesregierung an das Bundeskanzleramt und schilderte, welche Erregung der Bahnstreik in der Vorarlberger Bevölkerung ausgelöst und welch positiven Eindruck die energischen Maßnahmen der Landesregierung hinterlassen hätten. Ganz anders und viel schlechter werde von der Bevölkerung aber das zögernde Vorgehen der Bundesstellen, und hier vor allem der Bundesbahndirektion und der Postdirektion, beurteilt. Dem Schreiben waren zwei Entschließungen beigelegt - eine des Landesbauernbundes und eine des Handels- und Gewerbebundes -, um die Meinung relevanter gesellschaftlicher Kräfte aufzuzeigen.

In beiden Entschließungen wird ein ganzer Katalog an Maßnahmen

verlangt, die samt und sonders auf die Abschaffung wichtiger demokratischer Freiheiten zielen. Aus einem handschriftlichen Brief des damaligen Obmanns des Landesbauernbundes und nachmaligen Landeshauptmanns Ulrich Ilg, der in den Akten aufliegt, geht ganz klar hervor, daß zumindest die Entschließung des Bauernbundes, sehr wahrscheinlich aber auch die des Gewerbebundes, vom Landeshauptmann angeregt und mit ihm abgesprochen war. Der Bauernbund verlangte Weitreichendes und Schwerwiegendes:

- Verbot von Demonstrationen, die geeignet sind, Ruhe und Ordnung zu stören;
- "sich widersetzende Demonstranten sind sofort zu verhaften und strengstens zu bestrafen";
- Versammlungsverbot;
- Einschränkung der Pressefreiheit;
- Untersagung von Streiks in "lebenswichtigen und öffentlichen Betrieben" (Bahn, Post usw.);
- Auflösung des Republikanischen Schutzbundes und "ähnlicher politisch orientierter Organisationen", die geeignet sind, "die Bevölkerung in Unruhe und Erregung zu versetzen";
- der Heimdienst hingegen als "unpolitische" Organisation sollte "auf gesetzliche Grundlage gestellt werden".

Offiziell forderte die Landesregierung selbst zwar nicht das Verbot des Republikanischen Schutzbundes und gleichzeitig die gesetzliche Bestätigung der Heimwehr, aber sonst waren die Forderungen weitreichend. So war die Rede von einem Verbot aller Streiks in "lebenswichtigen" Betrieben - hierbei dachte man sicher nicht nur an Krankenhäuser - und von der offiziellen Einrichtung einer technischen Nothilfe nach dem Vorbild des Vorarlberger Notbanns, um damit Streiks - aber selbstverständlich auch Naturkatastrophen - zu bekämpfen. Man forderte ebenso eine Pressegesetznovelle zur Einschränkung der Pressefreiheit, um die "Verhetzung des Volkes durch unverantwortliche Elemente einzudämmen". Natürlich wurde auch gefordert, die streikenden Eisenbahner und Postbediensteten vom Juli mögen abgestraft werden.

Die Vorarlberger Landesregierung verkannte nicht die Tatsache, "daß der Ausführung des einen oder anderen Programmpunktes derzeit große Schwierigkeiten entgegenstehen. Was aber dringend vorzukehren wäre, sind nach Anschauung der Landesregierung folgende Maßnahmen": unter anderem Einführung der Zeitungszensur, partielles Streikverbot, Disziplinarverfahren gegen Streikende, die

offizielle Einrichtung einer Nothilfe sowie die Einrichtung einer Schlichtungsstelle für Lohnstreitigkeiten (43).

Sofort nach dem Juli 1927 hatten die Behörden im Lande selbst die Zügel straffer angezogen. Für den 13. und 14. August 1927 war in Bregenz ein großes Treffen der Sozialistischen Bodenseeeinternationale - einer lockeren Vereinigung der sozialistischen Parteien der Bodenseeanrainerstaaten - geplant. Damit verbunden sollten ein Jugendtreffen sowie Besuche von Abordnungen des "Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold", des deutschen Gegenstücks des Republikanischen Schutzbundes, stattfinden. Schon am 10. Juli waren ungefähr 300 Reichsbannerleute aus Ulm, Ravensburg und Konstanz in Bregenz gewesen; von den Behörden waren sie angewiesen worden, den kürzesten Weg zwischen Schiffshafen und dem Blumeneggssaal in Vorkloster zu wählen - durch die Stadt zu marschieren war verboten (44). Doch im August wurden der Sozialdemokratie nicht Auflagen gemacht, sondern sämtliche Veranstaltungen rundweg verboten. Die Bodenseeeinternationale mußte nach dem schweizerischen Arbon ausweichen.

Das Verbot wurde auf Weisung der Landesregierung von der Bezirkshauptmannschaft Bregenz erlassen. Ein sofortiger Einspruch der Sozialdemokraten bei der Bundesregierung wurde auf schriftliches Ersuchen der Landesregierung zurückgewiesen. Formal begründete die Landesregierung ihr Vorgehen mit der Gefährdung der öffentlichen Sicherheit, da die Bevölkerung durch die Wiener Juli-Ereignisse aufgebracht sei und überdies der Heimatdienst, der Voralberger Handels- und Gewerbebund sowie der Landeshauptverband der Gewerbegegenseenschaften sich gegen die Veranstaltung ausgesprochen hätten (45).

Eine Geschichte aus dem Jahre 1931 zeigt deutlich, wie stark behördliche Pression und Selbstherrlichkeit das politische Leben - gerade auch in kleinen Gemeinden - bereits prägten. Am 18. November 1931 verteilten zwei Sozialdemokraten in den beiden Berggemeinden Bürserberg und Brand zwei Druckschriften. Die eine hieß "Abrechnung mit Rothschild und Starhemberg, Rede des Abgeordneten Danneberg", die andere "Der Weg zur Rettung der Bauern". Das wurde dem zuständigen Gendarmerieposten angezeigt, der sofort amtshandelte. Gendarmen suchten praktisch alle in Frage kommenden Häuser in beiden Gemeinden auf, beschlagnahmten die Flugschriften und verhörten zahlreiche Einwohner, bevor sie die beiden Verteiler zur Verhaftung ausschrieben. Die sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten protestierten in der nächsten Sitzung heftig und forderten die Untersuchung des Vorfalls. Kurze Zeit später präsentierte der Landeshauptmann



Dr. Otto Ender: Landeshauptmann, Bundeskanzler und Verfassungsminister.

einen nichtssagenden Untersuchungsbericht. Ender distanzierte sich nicht von den eifrigen Gendarmen, sondern meinte lediglich, es sei keinerlei Weisung in dieser Sache durch die Landesregierung erteilt worden und die "Aufnahme der beanstandeten Ausschreibung in das Fahndungsblatt mag ein Fehler gewesen sein. Der Landeshauptmann von Vorarlberg ist aber für den Text des Fahndungsblattes nicht verantwortlich. Es ist ihm auch die Gendarmerie disziplinar nicht unterstellt" (46).

Der politische Katholizismus hatte sich in Vorarlberg gegen den linken Laizismus durchgesetzt - die entscheidendere Auseinandersetzung mit den Nationalsozialisten stand ihm freilich noch bevor. An diesem vorläufigen Triumph hatte Dr. Otto Ender maßgeblichen Anteil. Sein Ziel war es gewesen, die in Wahlen begründete politische Macht so in gesellschaftliche Macht zu verlängern, daß nach Möglichkeit nichts in diesem Lande gegen seinen Willen und den Willen seiner Partei geschah. Im "Volksblatt" vom 23. Dezember 1925 analysierte Ender die gesellschaftliche und politische Situation in Österreich. Er war der Auffassung, die Verhältnisse glichen frappant der Situation in Italien vor der Machtergreifung Mussolinis und des Faschismus. Für Österreich sah er folgende Möglichkeiten: "Drei Ärzte kommen in Betracht: die rechtmäßige Gewalt, oder ein faschistischer Diktator oder eine Moskauer Schreckensherrschaft." Ender setzte auf die "rechtmäßige Gewalt" - in Form des autoritären Staates und der geschlossenen katholischen Gesellschaft. Der politische Katholizismus führte den Kulturkampf gegen Kinderfreunde oder Freidenker, gegen Arbeitersportler und Frauenemanzipation; die mit ihm verbündeten Unternehmerverbände bekämpften die Gewerkschaften, und beide zusammen den Sozialismus und die Sozialisten.

Anton Linder formulierte recht klarsichtig, als er am 6. Jänner 1926 in der "Wacht" zu den Feststellungen und Forderungen Enders schrieb:

"Es gibt auch in unserem Land Leute, die ... einerseits den Faschismus ablehnen, andererseits die Früchte desselben in einer Art und Weise loben, daß man der Ablehnung des Faschismus nur sehr bedingt Glauben schenken darf."

Und am 11. September 1926 konnte man in der "Wacht" lesen:

"Für eine solche Demokratie, wie sie Herr Dr. Ender predigt, danken wir, danken wir umso mehr, als man ja weiß, daß es sich ... nicht etwa um eine Entgleisung gehandelt hat, sondern daß es sich hiebei wirklich um jene Art der Demokratie handelt, wie sie im Lande auch praktisch geübt wird."

Aber in dieser ersten Phase bis etwa Mitte 1931 strebten die Vorarlberger Christlichsozialen keine faschistische Diktatur an. Weder das Verbot von Gewerkschaften noch die Ausschaltung politischer Parteien waren schon beabsichtigt. Im Gegenteil: Die Christlichsozialen wandten sich noch vehement gegen die radikalen politischen Ambitionen der österreichischen Heimwehren. Obwohl sie in vielen Fragen übereinstimmten, im Antimarxismus und im Antisemitismus, wollten die Vorarlberger Christlichsozialen doch noch nicht einem radikalen Umbau Österreichs in einen faschistischen Staat zustimmen. Als etwa der Tiroler Heimwehrführer Richard Steidle anlässlich der Wimpelweihe des Dornbirner Heimatdienstes am 8. September 1929 wieder einmal seine faschistischen Forderungen erhob (47), antworteten ihm die Christlichsozialen mit einem Leitartikel im "Volksblatt" am 13. September, der mit "Die alte Fahne hoch!" überschrieben war und in folgendem Satze gipfelte: "Wir stehen zur christlichen Partei, die sich auf den Boden der demokratischen Republik stellt."

Am 21. September 1929 findet sich im "Volksblatt" eine Entschliebung der Parteileitung der Vorarlberger Christlichsozialen, in der sie zur Heimwehr Stellung bezieht. Sie verurteilt vor allem deren radikale Forderungen. Sowohl "marxistische Diktatur" als auch "Rechtsdiktatur" werden abgelehnt, zugleich eine Aufwertung des Bundesrates und eine Stärkung der Rechte der Länder verlangt. Denn in Vorarlberg funktionierte ihr Regierungsmodell, es brauchte hierzulande keinen radikalen Umbau des Systems. Zu einer möglichen ständischen Vertretung meinte man:

"Daß neben dem Nationalrat eine Ständekammer errichtet werde, kann gut sein. Leider hat bis heute niemand ein Statut für eine solche Kammer vorgelegt. Es läßt sich aus diesem Grunde schwer sagen, daß die Idee schon zur Reife gediehen sei."

Wenngleich die Vorarlberger christlichsoziale Parteiführung die ideologische Vorgabe eines autoritären Staates für die Bundespolitik bereits 1927 festgeschrieben hatte, war ihr realpolitisch vorderhand an einer Stärkung der Länderkompetenzen gelegen. Die unsicheren Mehrheitsverhältnisse auf Bundesebene ließen die Verwirklichung des Vorarlberger Modells eines autoritären Staates vorerst zu ungewiß erscheinen (48).

**VOM RÜCKTRITT ENDERS IM JUNI 1931 ZUR ETABLIERUNG
DES AUSTROFASCHISTISCHEN SYSTEMS 1934:
AUTORITÄRER STAAT VERSUS AUSTROFASCHISMUS**

Ender blieb seinem Staatskonzept treu, als er am 4. Dezember 1930 Bundeskanzler wurde. Doch war seine Amtszeit mit genügend anderen Problemen ausgefüllt - etwa die gescheiterten Pläne einer deutsch-österreichischen Zollunion oder der Zusammenbruch der Creditanstalt. Als das Kabinett Ender am 16. Juni 1931 demissionierte und Ender neuerlich vom Bundespräsidenten mit der Regierungsbildung beauftragt wurde, stellte er jedoch Bedingungen. Er wollte wie der deutsche Kanzler Brüning durch ein Verfassungsgesetz besondere Vollmachten übertragen bekommen, die es ihm ermöglichen sollten, ohne Parlament im Verordnungswege die ihm notwendig scheinenden Maßnahmen zu treffen. Die Regierung Brüning war nun kaum mehr eine demokratische Regierung, sondern stand autoritär über den Parteien und dem Parlament (49). Ender bekam seine Vollmachten nicht, er scheiterte und zog daraus Konsequenzen. Die in Vorarlberg erfolgreich praktizierte autoritäre Politik ließ sich nicht auf die Bundespolitik übertragen. Dazu waren die gesellschaftlichen und politischen Machtverhältnisse zu verschieden von denen in Vorarlberg. Während der politische Katholizismus im Lande fest etabliert war, konnte Ender als Bundeskanzler nur einer Koalitionsregierung heterogener bürgerlicher Kräfte vorstehen. Diese Erfahrungen führten ihn zu einer endgültigen Absage an den Parlamentarismus:

"Man legt jeder Regierung im Parlament alle nur möglichen Prügel in den Weg. ... Ich hatte zu jener Zeit vom Parlament eine bessere Meinung als mein Kollege Winkler (Mitglied der Regierung Ender; Anm. d. Verf.); er hat aber recht bekommen" (50).

Aus der Sicht maßgeblicher Vorarlberger Christlichsozialer war die Umsetzung autoritärer Politik in den bestehenden Institutionen der bürgerlichen Demokratie gescheitert. Dieser Eindruck wurde verstärkt, als Hitler im Jänner 1933 zum deutschen Reichskanzler berufen wurde und Österreich nun von einem sich zunehmend faschisierenden Deutschland und den faschistischen Staaten Ungarn und Italien umgeben war (51). Als die Regierung Dollfuß am 4. März 1933 das Parlament ausschaltete, war das der Schritt vom Modell des autoritären Staates zu seiner Verwirklichung.

Im "Volksblatt" wurde das Vorgehen der Regierung Dollfuß schon am 11. März ausführlich gewürdigt:

"Die Regierung hat momentan gar kein Interesse daran, für die Wiederbelebung des Nationalrates etwas zu tun. ... Sie ist froh, daß sie nunmehr mit ihren Anordnungen und Vorschlägen nicht vor ein unsicheres, schwankendes Parlament treten muß, daß sie jetzt vielmehr die Möglichkeit hat, mit Hilfe des kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes, das zurecht besteht, ohne die Volksvertretung regieren zu können. ... Die Demokratie ist eine schöne Einrichtung, wenn ein Volk sie zu handhaben versteht. ... Demokratie kann aber auch in schändlicher Weise mißbraucht werden von einem Volke, das dazu nicht reif ist. ... Dann ist es notwendig, daß die vom Volke demokratisch gewählten Beauftragten besondere Vollmachten erhalten, um kürzere oder längere Zeit auf eigene Faust regieren und Ordnung machen zu können."

Ganz besonders begrüßt wurden zwei Verordnungen, die jene schon 1927 an die Bundesregierung herangetragenen Wünsche der Vorarlberger Christlichsozialen erfüllten: das Verbot von öffentlichen Kundgebungen sowie die Einführung der Pressezensur. Als dann zum 31. März 1933 der Republikanische Schutzbund aufgelöst wurde, war damit noch eine weitere wesentliche Forderung aus dem Jahre 1927 erfüllt (52).

Als sich am 1. Mai 1933 die Vorarlberger Christlichsozialen in Rankweil zu ihrem Parteitag trafen, nahm Ender das zum Anlaß, seine staatspolitischen Überlegungen programmatisch zu fassen. Seine Parteitagsrede ist ein Markstein der Vorarlberger Landes- und der österreichischen Innenpolitik. Es ist eine radikale Abrechnung mit der parlamentarischen Demokratie und ein ebenso radikaler Entwurf einer eigenen österreichischen Version des Faschismus.

"Mit der Sturmflagge voran!" - so überschrieb das "Volksblatt" vom 2. Mai 1933 seinen Bericht über diesen Parteitag. Der einleitende Absatz zeigt, wie stark die raschen politischen Umwälzungen empfunden wurden:

"Das Jahr 1933 hat uns vor ganz neue, unvorhergesehene Situationen gestellt. Draußen in Deutschland sehen wir seit Februar, wie eine sturmflutartige revolutionäre Umwälzung alles gleichzuschalten versucht - hier in Österreich erlebten wir die Selbstausschaltung des Parlamentes. Lange genug hatte die Demagogie einzelner Parteien die Volksvertretung zum Leerlauf gezwungen, zum Ärger aller vaterlandsliebenden Kreise. Aber dank einer gütigen Vorsehung wurden wir auf

einmal frei, die Regierung des christlichsozialen Bundeskanzlers Dr. Dollfuß hat offene Bahn erhalten und geht rücksichtslos ihren Weg."

Das Hauptreferat des Parteitags von Landeshauptmann Dr. Otto Ender ist vollständig abgedruckt. Auch Ender geht zuerst auf die Lage in Deutschland ein. Dort sei eine Revolution im Gange. Im Gegensatz zu den zahlreichen von einer schweren Psychose befallenen Leuten, die "den Tag gar nicht erwarten können, wo bei uns in gleichem Rausche alles auf den Kopf gestellt werden soll", ziehe er es vor, "zuerst die Entwicklung in Deutschland ein bißchen abzuwarten und statt in besoffenen lieber in nüchternen Tagen bei uns die Entscheidung zu treffen". Ender verurteilte den Nationalsozialismus nicht grundsätzlich, vielmehr meinte er im Zuge seiner Ausführungen:

"Was gesund ist am Hitlertum wollen wir aufgreifen und soweit auch verwirklichen, als es für unsere Vorarlberger und für unsere österreichischen Verhältnisse paßt."

Während Ender den Monarchisten und ihren Plänen zur Restaurierung des Hauses Habsburg eine deutliche Abfuhr erteilte, äußerte er sich zum deutschen Nationalsozialismus weniger klar:

"Ein großer Teil des Volkes, vor allem seiner jungen Generation, erblickt in einer nationalen Einigung in einem Großdeutschland sein Ideal. Mir ist das vollkommen verständlich. Warum soll gerade dem deutschen Volke es dauernd verwehrt sein, seine nationale Geschlossenheit zu finden? Nur müssen wir uns über eines klar sein: Auch das ist für heute und für eine nähere absehbare Zeit wohl praktisch nicht zu erreichen."

Für Ender lag die Selbständigkeit Österreichs darin begründet, daß eine Vereinigung mit Deutschland ohne einen neuerlichen Krieg nicht möglich wäre, und das wolle niemand: "Kein Deutscher, der unser Volk liebt; ich nehme sicher an: auch Adolf Hitler nicht. Was folgt daraus? Wer das deutsche Volk Österreichs liebt, muß seine Selbständigkeit wahren."

Dieses Österreich sei zwar ebenso lebensfähig wie die Schweiz, aber auf lange Sicht liege seine Zukunft doch bei Deutschland: "Einem solchen national geeinten, in der Einheit aber stammesmäßig gegliederten, also doch verwaltungstechnisch föderalistischen Deutschland würden sich auch die deutschen Stämme, die das heutige Österreich bewohnen, lieber eingliedern."

Und Ender ruft Österreichs Jugend mit Worten auf, in denen zumindest Mißverständnisse angelegt sind und die keinesfalls eine glaubwürdige Alternative zum nationalsozialistischen Anschlußwillen formulierten:

"Österreichs Jugend! erwache! Erfasse die reale Welt. Das Schicksal Österreichs ist dein Schicksal. Hier, in dieser deutschen Ostmark hast du heute deine nationale Aufgabe zu lösen, nur hier kannst du derzeit deinem Schicksal eine Wendung geben. Auch unsere Vorarlberger Heimat teilt heute das Schicksal der ganzen Ostmark. Unsere Heimat ist deutsches Land, wer kämpft für die österreichische Heimat, steht im nationalen Kampfe des deutschen Volkes. Marschiert in diesem Kampfe, trommelt in diesem Kampfe, singt die Lieder dieses Kampfes, treu und fest bis zum Siege."

In diesem dramatischen Aufruf offenbart sich das ganze Dilemma des aufkommenden Austrofaschismus; er vermochte nicht schlüssig zu benennen, warum Österreich nicht zur Ostmark des großdeutschen Reichs werden sollte.

Auch in der "Verfassungsfrage" und in seinen Stellungnahmen zur innenpolitischen Situation ist die Position Enders nicht widerspruchsfrei. Einerseits feiert er bereits den Untergang der Sozialdemokratie:

"Die Sozialdemokraten erwiesen sich als Meister im Mißbrauch der parlamentarischen Tribüne... Wer eine an sich herrliche, in wahren Sinne freiheitliche Einrichtung so mißbraucht, hat den Untergang verdient... Wenn wir im Vorarlberger Landtag bessere Verhältnisse hatten, so nicht deshalb, weil die Sozialdemokraten sich der Zurückhaltung beflissen und nicht zum Fenster hinaus redeten. Meist mußten zum gleichen Gegenstand 4 bis 6 Mann reden. Nein, wir danken das der Diszipliniertheit der christlichsozialen Partei..."

Andererseits ist er noch nicht sicher, ob das Parlament mit wesentlich eingeschränkten Kompetenzen weiterbestehen oder ob es bald schon durch eine Ständevertretung ersetzt werden wird. Jedenfalls ist die Regierung Dollfuß auf dem richtigen Weg, "sogar unser Hl. Vater hat in der Enzyklika Quadragesimo anno dieser Entwicklung das Wort geredet". Ender weiter:

"Wenn heute endlich die Zeit gekommen ist, wo das Volk verdorbenen Parlamentarismus und leere Strohdrescherei satt hat, dann ist eben der Tag, um unseren Parlamentarismus umzubauen. Nicht die Schreier haben recht, die das unwürdige Spiel im Bundesrat noch fortsetzen wollen, sondern Dollfuß hat recht, der das Parlament reformieren will. Alles ruft heute nach Autorität, nach Führung. Das ist gut so. Liberalismus und Marxismus haben uns Autoritätslosigkeit genug beschert. Jetzt kommt die katholische Auffassung wieder zur Geltung, der das Autoritätsprinzip wesenseigen ist."

Die erlassenen Notverordnungen begrüßt Ender, doch geht er als Kulturkämpfer noch weiter:

"Wir brauchen auch eine Notverordnung, die der Sauerei an den Kragen geht. Heute hat die Stunde geschlagen, wo der Kampf gegen Schmutz und Schund mit Aussicht auf Erfolg aufgenommen werden kann. Die parlamentslose Zeit ist dazu just die rechte."

Unter "Schmutz und Schund" fiel nach diesen Vorstellungen alles, was mit konservativ-kirchlichen Moralvorstellungen nicht übereinstimmte - da eröffnete sich ein weites Feld für Zensur, Vereinsverbote und Beschränkung individueller Freiheiten.

Ein knappes Jahr später, in dessen Verlauf sich das austrofaschistische System in Österreich immer deutlicher herausbildete (53), hatte sich auch Enders Position weiter verschärft. Beim Bauerntag am 8. Februar 1934 sprach er in Dornbirn vor 1.600 Bauern und konservativer Prominenz - unter anderen Bischof Waitz, dem späteren Landeshauptmann Winsauer, Vertretern von Heimatdienst und Vaterländischer Front und so weiter - über den neuen Staat, an dessen Grundlegung er als Verfassungsminister maßgeblichen Anteil hatte. Im "Volksblatt" vom 9. Februar 1934 sind wieder die wichtigsten Reden abgedruckt. Die zentrale Passage:

"Uns ist die schwere Aufgabe geworden, den schwierigen Umbildungsprozeß (vom Parteien- zum Ständestaat; Anm. d. Verf.) mittätig mitzumachen, mit allen Leiden mitzuerleben. Der Übergang zum Ständestaat wird autoritär, ja fast diktatorisch sein müssen. Diese Erkenntnis wird allgemein und die verantwortlichen Männer im Reich beseelt dieser Gedanke. Nun aber, meine lieben Bauern, ihr seid immer der vernünftigste, besonnenste, nüchternste, wenn auch der entschiedenste, energischste Teil des Volkes gewesen. Wenn wir nun durch eine Zeit des Überganges, durch eine Zeit stärkster Autorität, ja fast Diktatur gehen müssen, dann hat es noch nie eine Zeit gegeben, wo man so sehr dem Willen des Führers gehorchen muß. Dieser Führer ist Bundeskanzler Dr. Dollfuß. (Stürmische Heil- und Bravorufe) ... Dem obersten Führer überlassen wir es, Tempo, Maß und Zeitpunkt zu bestimmen. Wenn er spricht, wollen wir alle gehorchen. Wir wollen alle geloben, dem Führer zu folgen und nichts gegen ihn zu tun. Das gelobe auch ich hier in dieser feierlichen Stunde."

In der vom Bauerntag verabschiedeten Resolution wird im ersten Punkt gefordert:

"Staatsfeindliche, autoritätszersetzende und kirchenfeindliche Organisationen sollen im neuen Staate nicht mehr geduldet werden."

Schon wenige Tage später ging diese Forderung, nach der Niederschlagung des verzweifelten Aufstandes des Republikanischen Schutzbundes gegen den Austrofaschismus, in Erfüllung.

Nach der offiziellen Errichtung der Diktatur bekräftigte Ender am 5. März 1934 im Landtag nochmals seine Position:

"Es kann sein, daß wir durch ein Übergangsstadium gehen, das dem urgewachsenen Selbstverwaltungstrieb der Vorarlberger, der demokratischen Gesinnung des Vorarlberger Volkes nicht ganz angepaßt ist. Ich glaube aber, daß auch unser Volk versteht, daß der autoritäre Übergang sein muß und daß dies nur der Weg ist, auf dem wir zu dem gelangen können, was dem Vorarlberger Volkscharakter angepaßt ist, zum wahrhaft ständisch aufgebauten Staatsleben" (54).

Mit seinen in Vorarlberg seit Jahren geleisteten Vorarbeiten hatte sich Ender 1933 dem Regime als Verfassungsminister empfohlen. Bis zum 1. Mai 1934 war die Frucht seiner Bemühungen gereift: Die von ihm zu verantwortende neue österreichische Verfassung wurde in Kraft gesetzt, die von Kelsen nach dem Vorbild westlicher Demokratien gestaltete Verfassung von 1920 beseitigt. Ender beginnt seine Einleitung zur Verfassung:

"Österreich ist eine demokratische Republik. Ihr Recht geht vom Volke aus": so besagt Artikel 1 des Bundes-Verfassungsgesetzes vom 1. Oktober 1920... Man kann diesen Satz, daß das Recht vom Volke ausgehe, richtig und falsch verstehen."

Ender verstand ihn richtig und eliminierte ihn aus seiner Verfassung. Die beginnt mit:

"Im Namen Gottes, des Allmächtigen, von dem alles Recht ausgeht, erhält das österreichische Volk für seinen christlichen, deutschen Bundesstaat auf ständischer Grundlage diese Verfassung."

Der neue Staat hatte mit Demokratie, Republik und Volkssouveränität nichts mehr im Sinn (55).

Als Ender am 22. Juni 1934 aus Wien zurückkehrte, meinte er bei seiner Ankunft in Bregenz laut "Volksblatt" vom 23. Juni, "er halte sein Lebenswerk für vollbracht". Am 13. Juli wurde er Ehrenbürger von Bregenz; am 16. Juli berichtet das "Volksblatt" seinen Rücktritt als Landeshauptmann, als Präsident des Vorarlberger Landtages und als Abgeordneter. Ender ging nach Wien und wurde Präsident des Rechnungshofes.

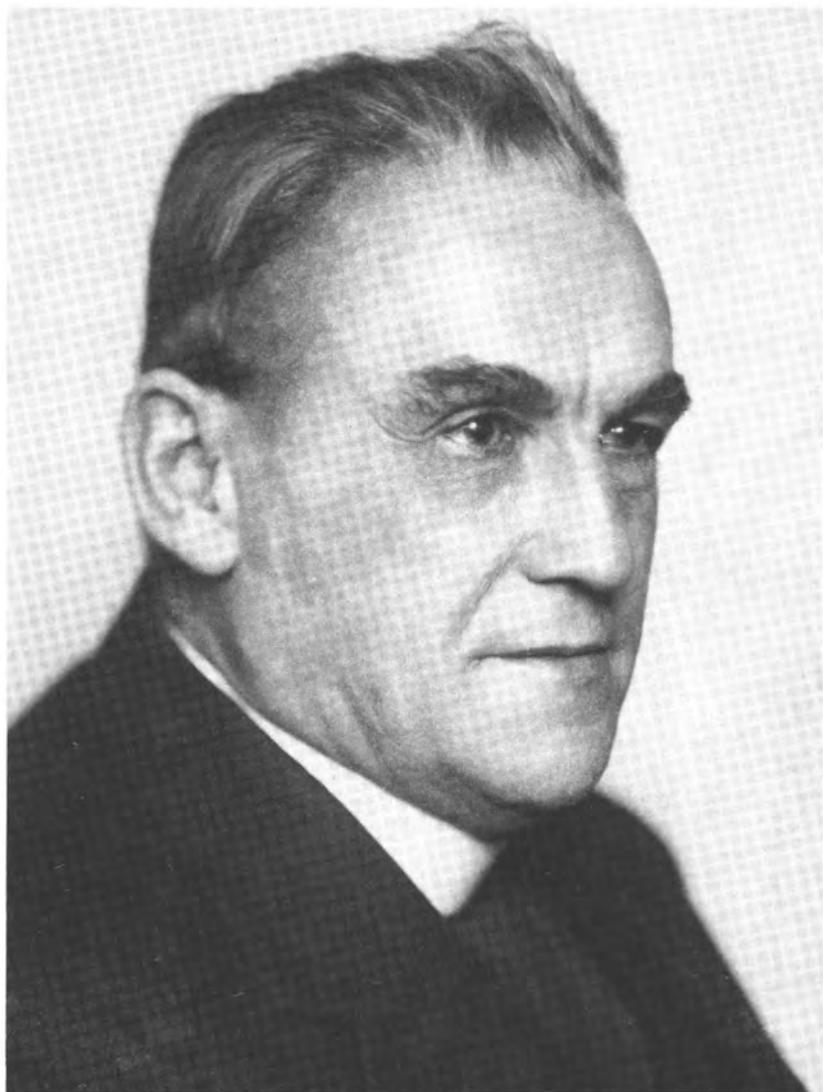
Für diese Entwicklung zum Austrofaschismus steht nicht nur der

Name Otto Ender. Die überwiegende Mehrheit der Vorarlberger Christlichsozialen hat sie mit- oder doch nachvollzogen. Besonders zu erwähnen sind allenfalls noch Johann Josef Mittelberger oder Ulrich Ilg, die beide zu den treibenden Kräften gehörten. Auf der anderen Seite gab es durchaus so etwas wie eine innerparteiliche Opposition gegen die zunehmend radikalen Absichten führender Politiker. Der wohl bedeutendste Vertreter dieser oppositionellen Richtung ist der Dornbirner Priester Dr. Karl Drexel.

Drexel hatte seine politische Heimat in der christlichen Arbeiterbewegung und stand in der Tradition des am 1. Juli 1929 verstorbenen Jodok Fink, des aus Andelsbuch stammenden Vizekanzlers der Regierung Renner 1919/20 und langjährigen Abgeordneten zum Nationalrat. Drexel war von 1907 bis 1911 Reichsratsabgeordneter, nach dem Weltkrieg zuerst Landtagsabgeordneter und Bundesrat, von 1923 bis 1931 Abgeordneter zum Nationalrat. Wie Jodok Fink trat Drexel stets für die Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten ein. In einem Aufsatz im "Katholischen Volkskalender" des Jahres 1931 würdigte Karl Drexel sein Vorbild Jodok Fink und schrieb ihm dabei Eigenschaften zu, die 1931 alles andere als populär und mit der von den Christlichsozialen eingeschlagenen Richtung vereinbar waren: Fink habe immer den Weg zum andern gefunden, auch wenn fast alle Brücken abgebrochen waren, er galt als "der beste parlamentarische Kulissenschieber und auch als der vertrauenswürdigste Unterhändler", er hatte "ausgesprochen diplomatisches Talent"; Fink sei "immer Demokrat gewesen", "ein Meister in der Politik".

"Von Fink lernte ich eine gute, brauchbare, für das deutsche Volk geeignete Form der Demokratie und wie er unentwegt daran festhielt, so hat er auch mich dazu in zahlreichen Gelegenheiten erzogen, z.B. in der Frage der Heimwehr stimmten wir vollständig überein und nach einer ausführlichen Stellungnahme meinerseits anlässlich einer Kriegerdenkmalfeier in Andelsbuch sagte er mir nachher, daß er mit jedem Worte einverstanden sei. Auch das habe ich beherzigt, was er mir öfter sagte und noch öfter in seinem Handeln praktisch zeigte: man soll die letzte Brücke nicht abbrechen, man soll eine Türe immer noch offen lassen" (56).

Fink war auch bei seinen politischen Gegnern angesehen. So druckte die "Wacht" am 6. Juli 1929 einen Nachruf der "Arbeiterzeitung", der den Titel trug: "Jodok Fink, der Mann mit den Schwielen an den Händen". Und am 4. Juli hatte man schon im Nachruf der "Wacht" lesen können: "Mit ihm ist ein Stück vom Besten der Christlichsozialen Partei dahingegangen."



Dr. Karl Drexel, Priester, Landtagsabgeordneter, Nationalratsabgeordneter, auch in den Augen des politischen Gegners ein "aufrechter Demokrat".

Karl Drexel war überzeugter – und vorausschauender – Demokrat. So warnte er etwa bereits am 11. Dezember 1929 mit klarem Blick für die kommenden Entwicklungen: "Wenn es ... den Heimatwehren gelänge, die Sozialdemokratie zu Boden zu werfen, so würde auch die christliche Arbeiterbewegung einen schweren Schlag erleiden." Auf dem Parteitag vom 2. Juni desselben Jahres in Feldkirch forderte Drexel von den Christlichsozialen, sie sollten von der Politik einer Konfrontation mit der Sozialdemokratie Abstand nehmen und sich zu einer Verständigung bereitfinden:

"Wir sollen nun in Österreich den Versuch machen, die Sozialdemokratie aus ihrem Radikalismus herauszubringen, indem wir uns in sozialen Fragen auf einen Standpunkt stellen."

Die Vorarlberger Sozialdemokraten waren damals schon recht skeptisch, ob sich der pragmatische und demokratische Kurs eines Dr. Drexel in seiner Partei durchsetzen ließe (57). Und sie behielten mit ihrer Skepsis recht. Schon bald war Drexel in der Christlichsozialen Partei nicht mehr erwünscht. Im September 1931 gab er – freiwillig? – seine politischen Funktionen ab und zog sich als Leiter des Bundesamtes für Statistik nach Wien zurück.

Die politische Arbeit Drexels, der einen neuen, sozialen Problemen aufgeschlossenen, weltoffenen Typ von Priester repräsentierte, hatte maßgeblich dazu beigetragen, daß ein beträchtlicher Teil der Arbeiterschaft im Industrieland Vorarlberg konservativ blieb. Für die Sozialdemokraten war er der ernsthafteste politische Konkurrent im Kampf um die Gunst der Arbeiterschaft – ein Konkurrent, dem sie aber den Respekt nicht versagten. Die "Vorarlberger Wacht" würdigte am 11. Februar 1932 diesen Mann, von dem es im Volksmund hieß, er sei wie ein Bauerngeselchtes – außen schwarz und innen rot:

"Der ehemalige christlichsoziale Abgeordnete und gegenwärtige Präsident des Bundesamtes für Statistik, Dr. Karl Drexel, gilt in der politischen Öffentlichkeit Österreichs allgemein als ein Mann, der als aufrichtiger Demokrat allen politischen Abenteuern abhold ist, wie sie von Seipel und seinen kleriko-faschistischen Trabanten zum Schaden der österreichischen Wirtschaft und Kreditwürdigkeit seit Jahren propagiert und in die Tat umzusetzen versucht werden. Nicht zuletzt wegen dieser seiner verständigen Haltung, die in dem öden Antimarxismus nicht das Salz politischer Weisheit erblickt, dürfte Herr Drexel seinerseits als aktiver christlichsozialer Politiker unter freundlicher Mitwirkung der Seipeloten auf den minder gefährlichen Posten eines Präsidenten des Bundesamtes für Statistik abgeschoben worden sein. Aber Herr Drexel scheint

aus dieser 'Strafversetzung' durchaus nicht die Konsequenzen gezogen zu haben..."

Die Worte, die Dr. Ferdinand Redler, langjähriger Landeshauptmannstellvertreter und zur Zeit von Enders Kanzlerschaft auch Landeshauptmann, im Landtag am 3. März 1934 sprach - es waren zugleich seine Abschiedsworte von der Politik -, lassen vermuten, daß auch Redler der innerparteilichen Opposition gegen die Politik der Christlichsozialen zuzurechnen ist:

"Demokratie und Parlamentarismus sind heute verpönte Begriffe. Ich bin aber nicht der Anschauung, daß unser demokratisch eingerichtetes Vorarlberger Landesparlament, der Landtag, das Schicksal verdient hat, in seiner heutigen Form in der Versenkung zu verschwinden. Die Vorwürfe, die man der Demokratie und dem Parlamentarismus da und dort macht, sind beim Vorarlberger Landtag bestimmt nicht begründet. Diese Vorwürfe sind vielleicht auch andererseits manchmal etwas übertrieben, beim Vorarlberger Landtag aber treffen sie bestimmt nicht zu. Der Vorarlberger Landtag war nie eine Schwatzbude, der Vorarlberger Landtag war nie ein Tummelplatz der Demagogie, im Vorarlberger Landtage hat man immer, vom ersten Tage der konstitutionellen Verfassung angefangen bis heute, streng sachlich gearbeitet. ... Wenn wir unserem Volke und unserem Lande für die Zukunft etwas Gutes am heutigen Tage wünschen wollen, dann ist der Wunsch der, daß die kommenden Landtage sich ebenso bewähren mögen, wie ihre demokratischen Vorgänger" (58).

Vom März 1933 zum Februar 1934

Im März 1933 sollten die Gehälter der Eisenbahner in drei Raten ausbezahlt werden, um die Staatskassa zu entlasten. Gegen diese Maßnahme, die ja nicht allein stand, sondern der bereits einige Einsparungen auf Kosten der Eisenbahner vorausgegangen waren, beschlossen alle drei Eisenbahnergewerkschaften - freie, christliche und nationale -, am 1. März 1933 von 9 bis 11 Uhr zu streiken. Der Streik war weniger ein respektheischender Protest als eine symbolische Handlung. Die kommunistische gewerkschaftliche Linksopposition formulierte das auf ihren in den Bahnhöfen angeschlagenen Plakaten treffend:

"Eisenbahner! Die Lage der Bundesbahner wird in jeder Art von Tag zu Tag kritischer. Die angedrohte Einstellung der Pensionsauszahlungen, die neuerliche Teilung des Hungergehal-

tes, der weitere Abbau von Personal zwingt die Gewerkschaftsbürokratie zur Stellungnahme. Um das Personal vom richtigen Kampfesweg abzuhalten, beschließen sie nun einen Proteststreik in der Zeit von 9 - 11 Uhr, in der Zeit des geringsten Verkehrs. Man sieht, daß dieser Protest-Streik nicht als ernste Kampfesmaßnahme zu betrachten ist, sondern nur wiederum als Mittel, um das revolutionär gestimmte Personal von dem richtigen Kampf gegen die neuen Verschlechterungen abzuhalten" (59).

Doch die Regierung Dollfuß ließ nicht einmal diese Alibihandlung zu. Sie tat 1933, was die Vorarlberger Christlichsozialen bereits 1927 gefordert hatten: Eine kaiserliche Verordnung aus dem Jahre 1914 wurde in Kraft gesetzt, nach der die Störung des öffentlichen Dienstes oder öffentlicher Betriebe bestraft werden konnte. Der Streikaufruf wurde in Vorarlberg weitestgehend befolgt. Gegen einige Eisenbahner wurden dann auch Verfahren eingeleitet: etwa gegen einen Fahrdienstleiter in Feldkirch, der einen Zug nicht weiterleitete, oder gegen einen Zugsführer der Bregenzeraldbahn, der seinen Zug von 9.12 bis 11 Uhr in Doren stehenlassen hatte, nachdem er sich von der Streikleitung in Bregenz telefonisch die Erlaubnis geholt hatte. In Bregenz wurden die drei Vertrauensmänner der drei Eisenbahngewerkschaften vorübergehend vom Dienste enthoben. Von Verurteilungen ist nichts bekannt, es ist anzunehmen, daß alle mit einer Verwarnung davorkamen (60). Wegen dieses Streikes kam es im Nationalrat am 4. März zu jener unklaren Abstimmung, die der Regierung Dollfuß die Möglichkeit bot, das Parlament auszuschalten (61). Dollfuß begann unverzüglich mit der Notverordnungsdictatur: Am 7. März wurde die Zensur eingeführt, am 13. März ein Verbot öffentlicher Versammlungen erlassen (62). Für den 15. März befürchteten die Christlichsozialen die offene Konfrontation mit den Sozialdemokraten, denn für diesen Tag hatten Sozialdemokraten und Großdeutsche die Einberufung des Nationalrates betrieben. Dollfuß war entschlossen, die Wiederaufnahme der am 4. März unterbrochenen Sitzung notfalls mit Waffengewalt zu verhindern, jedoch ließen sich die oppositionellen Abgeordneten vertreiben, ohne daß die Sozialdemokratie den Abwehrkampf eröffnete, der dort noch durchaus Erfolg hätte haben können. Doch das Signal zum Widerstand unterblieb. Die Regierung behielt das Gesetz des Handelns auf ihrer Seite - am Nachmittag jenes 15. März fanden in ganz Österreich großangelegte Waffensuchen beim Republikanischen Schutzbund statt (63).

In Bregenz durchsuchten 20 Gendarmen das Parteiheim "Münchnerhof" und den Neubau der Konsumgenossenschaft in der Rheinstraße nach Waffen. In Dornbirn wurden die Parteizentrale in der Viehmarktstraße, der Konsumverein und Privatwohnungen von zwei Kommunisten sowie die im Arbeiterheim gelegene Privatwohnung von Bundesrat Linder durchsucht. Da entdeckten die Durchsucher unter dem Sofa drei Kleinkalibergewehre, die sie gleich beschlagnahmten. Ein von der Landesregierung eingeschalteter Experte identifizierte sie jedoch als Zimmer-Scheibengewehre, die sich nach den gültigen Waffenvorschriften ganz legal im Besitz von Linder befunden hatten, sodaß sie ihm zurückgegeben werden mußten. Die Gendarmen durchsuchten auch den Schreibtisch Linders im Parteisekretariat und seine Privatwohnung und stellten ihn selbst für zwei Stunden unter "Schutzhaft", sodaß er weder telefonieren noch das Haus verlassen durfte. Linder war damals sowohl als Landtagsabgeordneter als auch als Bundesrat immun und beschwerte sich daher bei Landeshauptmann Ender wegen der frappanten Verletzung seiner Immunität. Die Antwort Enders vom 18. März ist kennzeichnend sowohl für die Person Enders als auch für seinen Respekt vor geltenden Rechtsvorschriften und anderen Personen:

"Es liegt nicht im Begriffe der Immunität, daß sie etwa dazu gegeben sein sollte, die Wirksamkeit einer Hausdurchsuchung auf telefonischem Wege oder durch Verlassen des Hauses unwirksam zu machen. Das ist nicht Inhalt und nicht Sinn der Immunität. ... Unrichtig ist die Bezeichnung 'Schutzhaft', deren sich der Beamte bedient zu haben scheint. Wir kennen keine Schutzhaft und das Verbot, durch eine bestimmte Zeit, nämlich während der Hausdurchsuchung, das Haus zu verlassen ist nicht die Verhängung einer Schutzhaft. Hier hat der Beamte richtig gehandelt, aber sich einer falschen Bezeichnung bedient" (64).

Aus Feldkirch liegt ein genauer Bericht vor. Da marschierten nicht nur 21 Gendarmen, sondern auch ein Zug Militär samt Maschinengewehr vor dem Parteiheim in Levis und dann vor dem Gasthaus "Sonne" in Altenstadt auf. Dort wurde zuerst das MG in Stellung gebracht und feuerbereit gemacht, was nach dem Bericht der Bezirkshauptmannschaft Feldkirch "eine nach Hunderten zählende Menschenmenge, besonders Frauen und Kinder, herangelockt, die ohne abfällige Bemerkungen meist mit heiterer Miene die ganze Aktion verfolgte. Auch die Bewohner der beiden durchsuchten Gebäude sowie der Schutzbundführer

Rauscher, der mangels eines Schlüssels einen zweiten Kasten im Parteiheim selbst aufbrach, verhielten sich vollständig ruhig." In Bludenz "eroberten" 18 Gendarmen und 30 Soldaten - ebenfalls mit MG - das Arbeiterheim in der Mokry und filzten es zwei Stunden lang. Gefunden wurden zwei sehr alte Gewehre, die zum Theaterspielen verwendet wurden, ein Stutzen, ein Werndlgewehr, ein Trommelrevolver, vier Bajonette und acht Gummiknüppel (65). Der Schutzbund wurde als Organisation am 31. März 1933 durch Verordnung der Bundesregierung aufgelöst, die Schutzbündler jedoch gab es auch weiterhin. Militärische Bedeutung hatten sie in Vorarlberg nie gehabt, mögen sie nun über insgesamt 25 Pistolen verfügt haben, über weniger oder ein paar mehr (66). Die Notverordnungsdictatur arbeitete weiter. Bis Dezember 1933 wurden allein 43 Notverordnungen erlassen, die den Abbau oder die Durchlöcherung der Sozialgesetzgebung betrafen. Unter anderem wurden das Streikrecht und die Koalitionsfreiheit stark beschnitten. Das rechtsstaatliche System wurde abgebaut, Berufungsmöglichkeiten wurden beschnitten und dem Polizei-beziehungsweise Verwaltungsapparat quasi-richterliche Kompetenzen eingeräumt. Zum 10. November 1933 wurde die Todesstrafe wieder eingeführt. Mitte Juni 1933 verloren die Landeshauptleute einen Teil ihrer Polizeihochheit, die an die der Regierung direkt unterstellten Sicherheitsdirektoren übertragen wurde (67). Viele dieser Maßnahmen richteten sich in erster Linie gegen die Nationalsozialisten, die sich mit ihrer Militanz als ungleich größere Herausforderung des Regimes erwiesen als die Sozialdemokraten.

Auch Kundgebungen zum 1. Mai waren verboten. Die Sozialdemokraten benutzten ihren Feiertag dennoch zur letzten bedeutenden Protestkundgebung. Sie marschierten nicht, sondern sie spazierten auf den Gehsteigen, etwa durch Bregenz - von Gendarmen begleitet.

Wie eng der Spielraum selbst für einen Landtagsabgeordneten war, erfuhr Wilhelm Sieß. Er hatte am 1. Mai im Anschluß an ein Konzert der städtischen Musikkapelle im Bludenzner Arbeiterheim einige Worte gesagt, die von der Landesregierung und der christlichsozialen Mehrheit im Landtag als politische Rede gewertet wurden. Und die war verboten. Sieß wurde daher vom Landtag an die Bezirkshauptmannschaft zur Abstrafung ausgeliefert (68). Versammlungen waren nur noch als sogenannte "Paragraph-2-Versammlungen" möglich. Das bedeutete, daß alle Teilnehmer namentlich geladen sein mußten und eine Teilnehmerliste aufzuliegen hatte. Am 3. April 1933 wurde zum Beispiel eine Feierstunde

sozialdemokratischer Frauen in Bregenz untersagt, weil keine Mitgliederliste auflag und es dem entsandten Kommissar nicht möglich war zu überprüfen, ob nur Mitglieder anwesend waren (69).

Trotz alledem schienen die führenden Vorarlberger Sozialdemokraten die volle Tragweite dieser Gegenrevolution gegen das Jahr 1918, dieser autoritären politischen Wende nicht begriffen zu haben (70).

Anton Linder offerierte im Landtag noch am 13. Dezember 1933 den Christlichsozialen ein Bündnis gegen die Nationalsozialisten:

"Ich habe die Meinung, es müßte eine Front geschaffen werden von allen jenen Menschen, die auf dem Boden der Demokratie stehen und von allen jenen Menschen, die für die Unabhängigkeit Österreichs eintreten."

Linder hätte sich seine rhetorischen Anstrengungen sparen können. Sicher kannte er das "Volksblatt" vom 29. April 1933, wo die Christlichsozialen gespottet hatten:

"Einst galt die österreichische Sozialdemokratie als das Musterbild aller Sozialdemokratien in Europa und heute haben die Austromarxisten Demut genug, fast jeden Tag den Christlichsozialen ein Bündnis anzubieten, um den gemeinsamen Feind, den Nationalsozialismus, zurückzudrängen."

Die führenden Vorarlberger Christlichsozialen hatten weder Interesse an einer antinazistischen Koalition mit den Sozialdemokraten noch an der Wiederherstellung der Demokratie. Da erinnern Linders Ausführungen im Landtag irgendwie an den ängstlichen Mann im Wald, der sich durch lautes Singen Mut machen möchte:

"Denn niemand möge so töricht sein zu glauben, daß man auch die österreichische Sozialdemokratie überwinden werde, wie es in Deutschland gegangen ist. Niemand möge so töricht sein zu glauben, daß es möglich sei, in Österreich einen Faschismus aufzurichten, dem Volke seine Grundrechte, ihm seine politischen Grundrechte zu nehmen. Niemand möge so töricht sein zu glauben, daß es in Österreich möglich sein könnte, die Gewerkschaften aufzulösen und ähnliche Dinge zu machen. Ich rede das Wort der Verständigung, weil ich wünsche und hoffe, daß alle, die guten Willens sind, mithelfen, damit wir aus der heutigen Situation herauskommen und damit wir die Gefahren, die uns drohen, die Gefahren, die in der nationalsozialistischen Bewegung liegen, damit wir diese Gefahren überwinden" (71).

Dramatisch wurde die Landtagssitzung, übrigens die letzte vor der Errichtung der faschistischen Diktatur, als Anton Linder von Vertretern der CVP die Wiederholung ihrer Erklärung vom 3. De-

zember 1918 forderte, in der sie sich uneingeschränkt "auf den Boden der demokratischen Republik" gestellt hatten. Da verweigerte mit Johann Josef Mittelberger eben jener Politiker, der die Erklärung 1918 abgegeben hatte, die Wiederholung. 1933 sagte er: "Ich habe heute zu einem gesagt: Sie müssen katholisch werden, es bleibt ihnen nichts anderes übrig." Mittelberger weiter:

"Ich habe mich damals mit aller Jugendbegeisterung auf den Boden der Demokratie gestellt und habe dort die Hoffnung daran geknüpft, daß jetzt hier Formen kommen, die unserem Volksleben gerecht werden und sie wissen auch, daß ich nie ein Hehl daraus gemacht habe, daß ich in den demokratischen Formen der Schweiz eine Art Ideal sah, dem nachzustreben mein Ziel war. Ich habe dann im Laufe der Jahre viel Wasser in den Wein schütten müssen. Ich glaube, ich war der erste, der in dem Landtage hier schon auf Auswüchse in der Demokratie aufmerksam gemacht hat. Ich müßte mich sehr täuschen, wenn ich nicht einmal einer Partei vorgeworfen habe, sie seien die Totengräber der Republik, wenn sie nicht endlich einmal von dem Wege abkomme und das Volk über die Partei stelle" (72).

Die einzigen, die noch auf eine Rückkehr zu den Spielregeln parlamentarischer Demokratie hofften, waren die Sozialdemokraten. Auch die bereits verhängten Parteienverbote - das der Kommunistischen Partei vom 26. Mai 1933 und das der Nationalsozialisten vom 19. Juni 1933 - raubten ihnen nicht ihren verzweifelten Optimismus. Als die beiden Landtagsmandate der NSDAP aberkannt wurden und Meinrad Hämmerle aus Dornbirn und Rudolf Gunz aus Hard aus dem Landtag ausschieden, meldeten die Sozialdemokraten zwar prinzipielle Bedenken an, akzeptierten diese Vorgangsweise jedoch als Akt der Notwehr (73).

Beim Verbot der Kommunistischen Partei hatten die Behörden in Vorarlberg bereits auf umfangreiche Vorarbeiten zurückgreifen können. Unter anderem existierte schon eine Liste politisch unzuverlässiger Personen. In Hausdurchsuchungen wurde ausschließlich Propagandamaterial beschlagnahmt; verhaftet wurde niemand (74).

Die Behörden hatten auch die Sozialdemokraten fest im Auge. Bereits im Oktober 1933 fanden bei zahlreichen Funktionären Hausdurchsuchungen statt. Prominentere Mitglieder und Funktionäre wurden auf Überwachungslisten gesetzt, allein bei der Bezirkshauptmannschaft Bregenz zum 6. Februar 1934 101 Personen! Im

Bezirk Bregenz wurde bei 26 Sozialdemokraten auch die Post überwacht (75).

Am 12. Februar wurde die sozialdemokratische Parteileitung vom Beginn des bewaffneten Widerstandes in Innerösterreich völlig überrascht. Erste Nachrichten trafen gegen Mittag im Parteisekretariat in Dornbirn ein. Darauf ersuchte Anton Linder sofort in einem durch Meldefahrer und per Post-Express verteilten Schreiben die Funktionäre, beruhigend auf die Mitglieder einzuwirken und Verbindung mit dem Sekretariat in Dornbirn aufzunehmen (76). Die Vorarlberger Sozialdemokraten verhielten sich dann auch ruhig, was durchaus ihren Möglichkeiten entsprach. Vorarlberg war das einzige Bundesland, in dem es den Behörden nicht notwendig erschien, das Standrecht auszurufen.

Die Behörden selbst waren umso aktiver. In sehr kurzer Zeit wurden 26 bis 28 führende Funktionäre aus dem ganzen Land verhaftet, davon allein 13 im Bezirk Bregenz. Sie wurden alle nach wenigen Tagen Haft am 17. Februar wieder freigelassen, ohne daß Verfahren eingeleitet worden wären. In zahlreichen Hausdurchsuchungen beschlagnahmte die Gendarmerie vor allem Flugschriften, Zeitungen usw. (77).

Die "Vorarlberger Wacht" erschien am 13. Februar 1934 zum letzten Mal in ihrer Geschichte als sozialdemokratisches Organ, wobei bezweifelt werden muß, ob diese Nummer noch ausgeliefert wurde. Die nächste, nun ständestaatlich gleichgeschaltete "Wacht" kam am 20. Februar heraus. Sie enthielt einen Aufruf Anton Linders, in dem er sich erneut für Ruhe und Ordnung einsetzte und den Nationalsozialismus als den Hauptfeind der Arbeiterschaft in den Vordergrund stellte. Die "Wacht" vom 24. Februar publizierte eine von Anton Linder und Wilhelm Sieß unterzeichnete "Loyalitätserklärung" gegenüber dem neuen System. Diese Erklärung war den beiden abgepreßt worden, indem man sie glauben ließ, sie könnten damit sowohl den Verhafteten helfen als auch das Fortbestehen einer unabhängigen sozialdemokratischen Presse sichern. Während Linder mit seiner Erklärung bei den Behörden nichts erreichte, belastete er sein Verhältnis zu jüngeren und aktiven oppositionellen Sozialdemokraten, den Revolutionären Sozialisten, schwer (78).

Ab dem 12. Februar 1934 war die Vorarlberger Sozialdemokratie in die Illegalität gezwungen. Die Landtags- und Gemeindevertretungsmandate verfielen, die Vereine wurden aufgelöst, ihr Vermögen - vor allem die Arbeiterheime - konfisziert, die Freien Gewerkschaften wurden untersagt. Die bereits gleichgeschaltete

Verlautbarung!

Die österreichische Bundesregierung hat folgende Verlautbarung erlassen:

Der Widerstand in Wien ist unter Einsetzung
stärkster staatl. Machtmittel allenthalben im Zu-
sammenbrechen; teilweise mußten Gemeindefhäuser
mit Gewalt genommen werden. Auf den von den
Auführern besetzten Gebäuden werden weiße
Fahnen gehißt.

Indem ich diese Verlautbarung der Bundesregierung zur Kenntnis bringe, fordere ich die Bevölkerung im Namen und Auftrage des Herrn Sicherheitsdirektors auf, Ruhe und Ordnung zu bewahren und den Anordnungen sämtlicher Sicherheitsorgane

unbedingt Folge zu leisten.

Gegen alle, die die Ruhe zu stören versuchen, wird mit den strengsten Mitteln vorgegangen werden.

Bezirkshauptmannschaft Bludenz
am 14. Februar 1934.

Verlag v. Dr. Schwann (Dr. J. J. Neumann, Neudamm)

Der Bezirkshauptmann: *Ferlagó.*

"Vorarlberger Wacht" konnte dazu noch am 20. Februar bemerkenswert offen feststellen:

"Man kann äußere Formen zerbrechen, man kann einen Namensruf untersagen, man kann Sekretariate schließen, man kann Vertrauensmänner verhaften - aber man kann nicht die Arbeiterschaft ausrotten und die Arbeiter auflösen. Man kann nicht eine Idee verbieten und man kann nicht eine Weltanschauung abschaffen."

Das war eine nur kurzfristig geduldete Außenseitermeinung. Die Grundstimmung repräsentierte eher der Bregenzer Bürgermeister Matthias Wachter, als er am 21. März in der Stadtvertretung die Ausschaltung der sozialdemokratischen Mandatare begründete:

"Diese Verordnung der Regierung ist eine selbstverständliche Folge des von den jüdischen Führern des Austromarxismus inszenierten blutigen Aufstandes gegen die Ordnungsgewalten im Staate. Die restlose Niederringung der blutigen Revolution wird von allen Vaterlandstreuen als befreiende, erlösende Tat empfunden und sollte überhaupt von allen Nicht-Marxisten als solche gewertet werden. Wenn auch der Marxismus und der Austromarxismus im besonderen restlos zu verurteilen und zu bekämpfen sind, muß doch objektiv zugegeben werden, daß die sozialdemokratischen Vertreter in unserer Stadtvertretung mit Ausnahme des kulturellen Gebietes in vielen Fragen dankenswerte Mitarbeit geleistet haben" (79).

„Jetzt haben wir's geschafft . . .“: Austrofaschismus und Nationalsozialismus

Die Christlichsozialen konnten ihres Sieges über den linken Laizismus nicht so recht froh werden, denn zur selben Zeit schon wurden ihre Besitzstände bedroht durch die Nationalsozialisten. Für den politischen Katholizismus war es ganz klar, aus welcher Richtung diese Bedrohung kam – von den Liberalen: "Die NSDAP ist eine Wiedergeburt der freisinnigen Partei." Sie sei von den Vorarlberger Fabrikanten getragen, die so "dem religiösen Freisinn wieder in den Sattel zu verhelfen" suchten (1).

Die katholische Elite fühlte sich, kaum hatte sie die Herausforderung von links besiegt, schon wieder vom Laizismus bedroht, diesmal von rechts. Nur stand hinter dieser neuen Bedrohung die wirtschaftliche Macht und die Dynamik der Unternehmer, die im großen nationalsozialistischen Deutschland vor allem die großen Absatzchancen erblickten (2).

Die innere Entwicklung Österreichs und Vorarlbergs ab 1933 war weniger vom gestalterischen Willen des politischen Katholizismus als durch die vom Nationalsozialismus aufgezwungenen Reaktionen bestimmt. Der österreichische "Konkurrenzfaschismus" bildete sich in einem politischen Kraftfeld aus, das von den beiden Polen Italien und Deutschland bestimmt war. So war Dollfuß besonders durch den Druck des faschistischen Italien in seinem Bestreben bestärkt worden, den Forderungen der Heimwehren nach Verbot und Unterdrückung der Sozialdemokratie nachzukommen (3). Damit hatte Dollfuß einen Weg eingeschlagen, der vom letzten kaiserlichen Finanzminister Alexander Spitzmüller so gewertet wurde: "Im übrigen habe ich das austrofaschistische System eher als einen Wegbereiter, denn als eine Schutzwehr gegen den Nationalsozialismus angesehen" (4).

Die Austrofaschisten waren ständig gezwungen, auf den Nationalsozialismus zu reagieren: Das Verbot der NSDAP im Juni 1933 und die massiven Repressionen gegen die Nationalsozialisten bis 1936 waren die Folge des nationalsozialistischen Terrors, der Bombenattentate, der Ermordung Dollfuß' im Juli 1934 und des vom Deutschen Reich mit der Tausendmarksperrre erklärten Wirtschaftskrieges. Mit dem Beginn der Annäherung Mussolinis an Hitler war der "italienische Weg" verschlossen, und der "deutsche Weg" mußte



Am 29. Juni 1933 besuchte Bundeskanzler Engelbert Dollfuß Vorarlberg. In Dornbirn gingen so viele Nationalsozialisten gegen ihn auf die Straße, daß die bewaffneten Ordnungskräfte sich nicht durchsetzen konnten.

eingeschlagen werden. Das Abkommen mit dem Deutschen Reich vom 11. Juli 1936 regelte dann nicht nur die Beziehung zwischen den beiden Staaten, sondern enthielt auch Geheimklauseln, die sich auf die österreichische Innenpolitik bezogen: Amnestie für österreichische Nationalsozialisten, Tolerierung ihrer Organisationen. Mindestens zwei Vertreter der "nationalen Opposition" – also Nationalsozialisten – mußten ins Kabinett aufgenommen werden. Es setzte die Politik der Befriedung ein, deren sichtbarer Ausdruck die Schaffung des "Volkspolitischen Referats" innerhalb der austrofaschistischen politischen Einheitsorganisation "Vaterländische Front" war. Dieses "Volkspolitische Referat" wurde zur organisatorischen Zentrale der offiziell immer noch illegalen Nationalsozialisten (5).

Am 11. März 1938, als Schuschnigg von Hitler zum Rücktritt gezwungen wurde, standen die Nationalsozialisten wohlgerüstet zur

Machtübernahme bereit; Am 12. März marschierten die deutschen Truppen in ein bereits nationalsozialistisches Österreich ein. Das austrofaschistische System brach wie ein Kartenhaus zusammen. Am 12. März wandte sich der Kreisleiter Ing. Karl Solhardt als neuer Bürgermeister von Bregenz an die triumphierenden Nationalsozialisten:

"Vor allem aber, deutsche Volksgenossen, vergessen Sie nicht das eine, wenn Sie erleichtert nach fünfjähriger Knechtung aufatmen und sich sagen 'jetzt haben wirs geschafft!': daß wir diese geschichtliche Stunde erleben durften, verdanken wir nur dem einen Manne, dem wir in tiefster Verehrung und heißester Liebe ergeben sind, unserem Führer Adolf Hitler. Daher bringen wir unserem Führer zum Schluß ein dreifaches Sieg Heil!" (6).

VORARLBERG IM AUSTROFASCHISMUS

Für den 18. Februar 1934, wenige Tage nach dem Verbot der Sozialdemokratie, rief die "Vaterländische Front" zur "Vaterländischen Massenkundgebung" nach Bludenz. Der Bludener Ortsführer dieser politischen Einheitsorganisation, Dr. Fritz Kohler, begrüßte 1.200 bis 1.300 "heimattreue Männer und Frauen" sowie als Hauptredner den Verfassungsminister und Landeshauptmann Dr. Otto Ender. Als erster sprach Eduard Ulmer, der Landesführer der Vaterländischen Front, ein Bruder des Heimwehrlführers Toni Ulmer.

Als zweiter sprach Otto Ender - hier einige Zitate: "Alle Schuld rächt sich auf Erden. Das ist ein altes Sprichwort. Das bewahrheitet sich am Schicksal der sozialdemokratischen Partei." Denn sie habe den "wesentlichen Grundsatz des Parlamentarismus verachtet...", daß die Minderheit sich unter die Mehrheit zu beugen hat." Die Schuld der Sozialdemokratie: Sie habe 1931 der Regierung - also ihm - nicht außerordentliche Vollmachten zugestanden, sie habe leichtfertig vom Streik Gebrauch gemacht, den Justizpalast angezündet und das Volk zum Aufruhr gerufen. Der Terror der Straße habe zu den Heimwehren geführt, denen aber habe die Sozialdemokratie wieder den Schutzbund entgegengestellt. Dann warb Ender um die Arbeiter:

"Wer sollte denn Sinn dafür haben, daß die Arbeiterschaft ihr Recht beanspruchen kann, daß sie als Mensch behandelt sein

will, daß der Arbeiter ein vollberechtigter Bürger ist wie jeder andere, wer sollte einen Sinn dafür haben, wenn nicht eine christliche Regierung, die auf dem Boden des christlichen Glaubens steht? Ich wüßte nicht, was dem entgegenstände, daß alle sich sammeln in dem einen: Österreich, Vaterländische Front, Heimat" (7).

Wie sah es nun aus mit den Institutionen, in denen die Arbeiter vertreten sein und ihre Rechte einfordern sollten?

Der Rumpflandtag – nur noch aus Vertretern der CVP bestehend – tagte das letzte Mal am 28. April 1934. Die erste Sitzung des XV. Vorarlberger Landtages, des ständischen, fand am 14. November 1934 statt. Am 1. Mai 1934 war die neue Bundesverfassung in Kraft gesetzt worden, mit der die Rechte der Länder drastisch beschnitten wurden. So wählte nicht mehr der Landtag den Landeshauptmann, sondern erstellte nur noch einen Dreier-Vorschlag, und der Bundespräsident ernannte dann den Landeshauptmann auf Vorschlag des Bundeskanzlers. Der überzeugte Föderalist Ender war als Verfassungsminister für diese Regelungen verantwortlich (8). Am 11. Oktober 1934 trat eine an die neue Bundesverfassung angepaßte Landesverfassung in Kraft.

Beide Verfassungen wurden jedoch nie für das politische Leben relevant, da vielmehr nach dem Verfassungsübergangsgesetz vom 19. Juni 1934 verfahren wurde. Nach diesem Übergangsgesetz wurde der neue ständische Landtag vom Landeshauptmann berufen, und zwar – wie er am Beginn der ersten Sitzung sagte – "nach Einholung von Vorschlägen durch die Katholische Volksgemeinschaft und die Vaterländische Front" (9).

Diese Übergangsbestimmungen sicherten der Regierung die absolute Herrschaft. Der Vorarlberger Landeshauptmann, es war noch Otto Ender, hatte sich am 5. März 1934 vom Rumpflandtag ein weitreichendes Ermächtigungsgesetz beschließen lassen: Er durfte nun sogar die Verfassung ändern, Notverordnungen erlassen usw. Dazu das "Volksblatt" vom 6. März 1934:

"Dann arbeitet sich's aber leichter mit dem kleinen Gremium einer Regierung als mit einem Landtag, am allerleichtesten jedoch mit dem Verfassungsminister selbst. ... Das Volk ist heute nicht mehr so darauf erpicht, daß die demokratischen Rechte keinen Abbruch leiden müssen. Das Volk will Brot und Ordnung. Wohl hält jedes Bundesland an seiner Eigenart fest und besteht auf einer gewissen Autonomie. Die Sorge um das Weiterbestehen dieses Rechtes ist jedoch überflüssig, nachdem Kanzler Dollfuß selbst sich als Garant eines gemäßigten Föderalismus bekannt hat."

Die beiden - bis heute - populären Bühnenstücke "Der Alemanne als geborener Demokrat" und "Der Vorarlberger als geborener Föderalist" waren damit vom Spielplan abgesetzt. Auf dem Programm stand jetzt - Länderautonomie hin, Vorarlberger Eigenart her - die Wirklichkeit des autoritären politischen Katholizismus. Bereits im März war die Landesregierung umgebildet worden: Nicht mehr dabei waren Dr. Ferdinand Redler und Josef Kennerknecht, der aus Bregenz-Vorkloster kommende Vertreter der christlichen Arbeiterschaft. Beide gehörten nicht zu den Vertretern einer harten, antidemokratischen Linie in der CVP. Neu in der Landesregierung war Ulrich Ilg als Vertreter des Heimatdienstes, bis er im Juli für kurze Zeit als Staatssekretär für Landwirtschaft nach Wien gerufen wurde. An seiner Stelle trat ab dann Toni Ulmer den Heimatdienst in der Landesregierung. Weitere neue Männer waren der ehemalige Nationalrat Johann Georg Böhler aus Feldkirch als Vertreter des Arbeiterstandes und der Richter Dr. Alfons Troll als Landesstatthalter. Es blieben noch bis zum Juli 1934 Dr. Johann Josef Mittelberger als Finanzreferent, Adolf Vögel als Vertreter des Bauernstandes und Josef Schmidt als Vertreter des Handels- und Gewerbestandes (10).

Als Ender im Juli 1934 seine Funktionen niederlegte, wurde die Landesregierung nochmals umgebildet. Mit 24. Juli 1934 wurde Dipl.-Ing. Ernst Winsauer aus Dornbirn neuer Landeshauptmann. Der gelernte Chemiker kam aus dem Bauernbund; seit 1918 war er Vizepräsident des Landeskulturrates und Mitglied der Leitung des Bauernbundes gewesen, später Vizepräsident der Bauernkammer, 1929 übernahm er nach Jodok Finks Tod dessen Nationalratsmandat. Die Regierung setzte sich nun zusammen aus dem Landesstatthalter Dr. Alfons Troll, dem Heimwehführer Toni Ulmer, dem Landtagspräsidenten Adolf Vögel für den Bauernstand, dem Handelskammerpräsidenten Franz Unterberger und dem Arbeitervertreter Georg Böhler - eine komplette ständische Landesregierung.

Die Christlichsoziale Partei als solche hatte in dem neuen System keine Aufgaben mehr zu erfüllen. Sie wurde am 12. Oktober 1934 aufgelöst, die Mitglieder wurden in die politische Einheitsorganisation der "Vaterländischen Front" überführt. Auch im Vorarlberger Preßverein, dem Herausgeber des "Volksblattes", vollzog sich ein Wechsel: Ernst Winsauer löste Johann Josef Mittelberger ab (11).

Zum 1. November 1934 ernannte Ernst Winsauer den neuen, wieder 26 Mitglieder starken Landtag. Ihm gehörten zwei Vertreter der katholischen Kirche an, vier Vertreter des Bildungswesens, sieben der Land- und Forstwirtschaft, fünf von Industrie und Bergbau,

vier des Gewerbes, zwei von Handel und Verkehr, je ein Vertreter des Geld- und Versicherungswesens, der freien Berufe und des öffentlichen Dienstes. Nach Berufen dominierten eindeutig die Bauern: sechs Bauern und ein Gärtner, fünf Lehrer, zwei Fabrikanten, zwei Angestellte, drei selbständige Handwerker, zwei Arbeiter, ein Kaufmann, ein Sparkassendirektor, ein Verwalter, ein Arzt und ein Richter (12).

Die Arbeiter waren in diesem Landtag wohl die am deutlichsten unterrepräsentierte Gruppe. Auch als in Dornbirn, dem Zentrum der Vorarlberger Textilindustrie, die Stadtvertretung ausgeschaltet wurde und Ludwig Rinderer als Regierungskommissar eingesetzt wurde, kamen bei der Bestellung der Beiräte nicht nur die nationalsozialistischen Industriellen, sondern auch die Arbeiter zu kurz (13). Der Ständestaat wurde von einer Elite getragen, die hauptsächlich aus Bauern, Gewerbetreibenden und Lehrern bestand. Das Bildungs- und das Industriebürgertum war größtenteils nationalsozialistisch, die Arbeiter waren praktisch ausgeschaltet. Zweimal wurden in Vorarlberg ständische Wahlen abgehalten: die "Bauernstandswahlen" vom April 1936 und die "Gemeindegewahlungen" im Mai 1936. Da mit den Bauern nur eine verschwindende Minderheit der Vorarlberger Bevölkerung wahlberechtigt war und dieser Teil noch dazu die "vaterlandstreueste", also dem Regime ergebenste Gruppe war, konnten diese Wahlen als "voller Erfolg" gefeiert werden (14).

Zu einer Farce gerieten die Gemeindegewahlungen: Nur in 86 der 98 Gemeinden wurde gewählt - vor allem die vier Städte und die große Marktgemeinde Lustenau blieben davon ausgeschlossen; wahlberechtigt waren nur Mitglieder der Vaterländischen Front über 24 Jahre - insgesamt 38.324 Personen. Bei den letzten Landtagswahlen 1932 waren es über 82.000 Vorarlberger gewesen (15)!

Lage der Arbeiterschaft

Im Landtag gingen die beiden Vertreter der christlichen Arbeiterschaft keineswegs immer mit allem konform. So kritisierte der Dornbirner Schlosser Josef Anton Fäßler öfters die Bevorzugung der Selbständigen und forderte vehement die Wahrnehmung der Interessen der Arbeiterschaft ein. 1937 etwa sagte er:

"Wenn die Herren vom Handel und Gewerbe glauben..., durch die Neuordnung im Staate die Freiheit der Meinungsäußerung der Arbeiterschaft nehmen zu können, dann muß ich Ihnen sa-

gen, dann werden Sie noch viele Jahrzehnte auf den berufsständischen Aufbau warten müssen... Wenn letzten Endes (was vielfach unter der Bevölkerung verbreitet ist) die Auflösung der früheren Parteien und Gewerkschaften, auch der sozialistischen Partei, nur den Zweck haben sollte, daß damit gleichzeitig mit der Neuordnung der Arbeiterschaft das Mitbestimmungsrecht genommen wird, dann würde der neue Staat und dessen Führer eine ungeheure Enttäuschung erleben. Sie können jede Arbeiterbewegung auflösen, das ist in Ihrer Macht gelegen, Sie können auch die Abgeordneten, die im Landtage sind, absetzen, aber es werden an ihrer Stelle immer wieder Arbeitervvertreter hier sitzen, und diese, die nach uns kommen, werden wie wir und wie die, die vor uns hier waren, sich die Freiheit der Meinungsäußerung nicht nehmen lassen..." (16).

Die beiden Arbeitervvertreter mögen sich zwar die Freiheit der Meinungsäußerung bewahrt haben, doch in der Politik bewirkten sie ebensowenig wie die, "die vor uns hier waren" – die Sozialdemokraten. Letztere hatten sich noch am 13. Dezember 1933, zwei Monate vor dem Verbot ihrer Partei, im Landtag gegen die Mißachtung der Interessen der Arbeiterschaft, vor allem gegen Lohnkürzungen zur Wehr gesetzt. Besonders heftig wurde von Jakob Bertsch kritisiert, daß mit Hilfe des Freiwilligen Arbeitsdienstes Lohndrückerei betrieben werde, denn öffentliche Bauten kamen auf diese Weise billiger. Johann Josef Mittelberger entgegnete für die Christlichsozialen:

"Man nennt das Lohndrückerei. Ja, schauen Sie, die Entwicklung geht ohnedies in dieser Tendenz: Lohnsenkung, Gehalts-senkung überhaupt."

Bertsch brachte die Politik der Herrschenden auf den Nenner:

"Ja, es gibt bestimmte Kategorien von Menschen, das sind nicht Arbeitslose von unten, sondern Arbeitslose von oben, von denen der Papst sogar in seiner Enzyklika Quadragesimo anno sagt, daß es eine satte Bourgeoisie sei, die in naiver Gleichgültigkeit das Recht für sich in Anspruch nehme, den ganzen Arbeitsertrag für sich zu beanspruchen. Haben Sie eine Maßnahme getroffen, oder Ihre Partei oder Ihre Regierung, daß man diese satten Menschen, diese Angefressenen, zu irgendeiner Mehrleistung herangezogen hat? Zeigen Sie eine solche Maßnahme, die dazu beigetragen hat, die Lasten der ungeheuren Not auf diese Schultern abzuwälzen. Alle Maßnahmen, die unter Ihrer sogenannten autoritären Regierung getroffen worden sind, sind dahin gegangen, daß man den Satten gegeben und den Armen genommen hat."

Gleich im März 1933 waren die Bedingungen, nach denen Arbeitslosenunterstützung ausbezahlt wurde, verschärft worden. Dadurch bekamen allein in Vorarlberg, wie Anton Linder in dieser Sitzung sagte, 2.000 Arbeitslose keine Unterstützung mehr (17). In Vorarlberg hatte die Arbeitslosigkeit im Winter 1932/33 mit rund 10.000 vorgemerkten Arbeitssuchenden den Höhepunkt erreicht. Selbst im Jahresdurchschnitt waren es 1933 immer noch rund 7.000. Durch einen leichten Konjunkturaufschwung 1934 verringerte sich diese Zahl auf rund 5.000 und blieb bis zum "Anschluß" konstant. Dem austrofaschistischen System gelang es weder auf Bundes- noch auf Landesebene, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen. Während die Textilindustrie relativ gut ausgelastet war, waren vor allem jene Berufe von der Krise stark betroffen, die mit der Bauwirtschaft in Verbindung standen. Die vor allem auf Währungsstabilität ausgerichtete, ja deflationäre Politik von Bundes- und Landesregierung hatte die öffentliche Nachfrage abgewürgt. Zusätzlich unterbrach die Tausendmarksperrre die Entwicklung der Fremdenverkehrswirtschaft, von der sonst durchaus Aufträge für die Bauwirtschaft zu erwarten gewesen wären (18).

Die in Vorarlberg betriebene konsequente deflationäre Politik ging hauptsächlich auf Kosten der Armen, da zu Lasten des Sozialbudgets. Die Budgetansätze für Notstandsaushilfen wurden ständig gekürzt: 1933 waren es 480.000 Schilling, 1936 noch 300.000. Öffentliche Aufträge wurden nicht mehr an private Bauunternehmer vergeben, sondern nahezu ausschließlich mit Hilfe des Freiwilligen Arbeitsdienstes ausgeführt, der ja den Arbeitern fast nichts bezahlte - das bedeutete eine Verringerung der privaten Nachfrage. 1934 waren in Vorarlberg fast 1.500 Arbeiter beim FAD (19).

Wenige Tage nach dem Verbot der Sozialdemokratie faßte die Präsidialkonferenz des Hauptverbandes der Industrie eine Entschlie-ßung, in der sie ihre Absichten deklarierte: "Für die Herstellung eines wahren Arbeitsfriedens zu wirken, erklärt die Industrie als ihre hohe Aufgabe. Nun ist Raum für segensreiche Arbeit am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wiederaufbau des Vaterlandes." Das "Volksblatt", das diese Entschlie-ßung am 23. Februar 1934 publizierte, setzte direkt daneben eine Spalte, die mit "Für unsere Arbeiter" überschrieben und wohl zu deren Be-ruhigung gedacht war. Der Katholizismus werde sie schützen, denn "die soziale Gerechtigkeit und christliche Nächstenliebe bilden das beste Bollwerk gegen den Klassenkampf".

Drei Institutionen sollten gegen den von den Industriellen ange-

strebten "wahren Arbeitsfrieden" die Interessen der Arbeiter sichern: der am 2. März 1934 als Einheitsgewerkschaft gegründete Gewerkschaftsbund, der es in Vorarlberg höchstens auf 6.000 Mitglieder brachte; die "gleichgeschaltete" Arbeiterkammer; und die Soziale Arbeitsgemeinschaft, die eine Teilorganisation der Vaterländischen Front war. Am ehesten wäre noch der Gewerkschaftsbund in der Lage gewesen, die Arbeiter zu vertreten, doch auch er war zu eng mit dem austrofaschistischen System verbunden. Der Lohnabbau ging weiter, wenn sich auch Belegschaften zur Wehr setzten: Am 14. und am 15. September 1936 streikten 37 Weber der Firma Kastner in Thüringen. Das blieb allerdings eine Ausnahme (20).

Die offiziellen Vertretungsorgane der Arbeiterschaft blieben während der ganzen austrofaschistischen Ära einflußlos. Am 17. September 1934 brachte das "Volksblatt" eine Stellungnahme des Gewerkschaftsbundes, in der es heißt:

"Auch bei uns im Lande gibt es noch Betriebe, in denen, es sei Gott geklagt, noch Stundenlöhne von 35 und 40 Groschen bezahlt werden können. Diese Arbeitgeber scheinen die Zeichen der Zeit noch immer nicht zu verstehen. Im Sozialen fallen die Entscheidungen!"

Und dort fielen sie auch: Das austrofaschistische System konnte die Unterstützung der Arbeiter nicht gewinnen, sofern das überhaupt jemals mehr als rhetorische Absicht gewesen sein sollte. Im "Vorarlberger Tagblatt" vom 10. Jänner 1938 zog die Gewerkschaft der Bauarbeiter eine ernüchternde Bilanz:

"Löhne, in hemmungsloser Konkurrenz gebildet und durch keinen Kollektivvertrag gesichert, Urlaub, Entgelt im Krankheitsfalle, Überstundenentlohnung und was dergleichen mehr in den Gesetzen festgelegt ist, bis auf wenige rühmliche Ausnahmen in Vergessenheit geraten: das waren die Verhältnisse, unter denen der Gewerkschaftsbund die gewerblichen Arbeiter im Lande angetroffen hat."

Es folgt eine Auflistung der gewerkschaftlichen Tätigkeit: In den ersten Jahren tat sich fast nichts, erst 1937 konnten wenigstens ein paar Kollektivverträge ausgehandelt werden. Ein mageres Ergebnis - so die Gewerkschaft: "Wenn das Jahr 1937 für einen Teil der gewerblichen Arbeiter bedeutende Vertragsabschlüsse gebracht hat, so bleibt, wenn man bedenkt, daß von 47 Zünften erst bei 6 Zünften Kollektivverträge bestehen, auf diesem Gebiete noch sehr viel zu tun übrig".

Die Vaterländische Front

Die politische Einheitsorganisation des faschistischen Österreich war die Vaterländische Front, im Mai 1933 als Sammelbecken der antiparlamentarischen und antinationalsozialistischen Kräfte gegründet. Sie war nach dem Vorbild der italienischen faschistischen Partei und der NSDAP aufgebaut - Führerkult, autoritäre Leitung, Kruckenkreuz statt Hakenkreuz, der Gruß "Frontheil" oder "Heil Schuschnigg" usw. Da sich der Austrofaschismus der Heimwehren wegen deren teilweise deutschnationaler Ausrichtung nur bedingt als Massenbewegung bedienen konnte, versuchte man die Vaterländische Front von oben als eine solche Massenbewegung einzuführen. Sie war "alleinige Trägerin politischer Willensbildung" (21).

In der Vaterländischen Front gingen im Laufe des Jahres 1934 etliche bereits bestehende Organisationen auf, sodaß sie in Vorarlberg zwischen Juni und September 1934 27.000 neue Mitglieder gewann. Die Parteimitglieder der Christlichsozialen Volkspartei waren übergetreten, alle Bauernbündler, der Vorarlberger Heimatdienst - er wurde zur Wehrfront -, aber auch katholische Jugendorganisationen. Aus der katholischen Jugend wurde die 6.000 Jugendliche umfassende Jungfront, und mit Billigung des Landesschulrates wurden alle schulpflichtigen Kinder vom - wie die Jungfront paramilitärisch aufgebauten - Österreichischen Jungvolk erfaßt, das ab 1936 Jung-Österreich hieß. Da die Vaterländische Front ihren Mitgliedern außerdem konkrete materielle Vorteile versprach - unter anderem einen sicheren Arbeitsplatz, was angesichts der vielen nationalsozialistischen Unternehmer ein recht schwieriges Unterfangen war - nimmt es nicht wunder, daß der Mitgliedstand bis 1. November 1935 auf 51.000 anwuchs (22). Die Vaterländische Front mobilisierte katholische Organisationen, wie die als "Katholische Volksgemeinschaft in Vorarlberg" gegründete "Katholische Aktion", und ländliche Traditionsverbände wie Krieger- und Trachtenvereine.

Die größte Kundgebung der Vaterländischen Front war die "Kanzlerkundgebung und Heimatwehraufmarsch in Feldkirch am 29. Juni 1934", an der neben der Heimwehr folgende Organisationen beteiligt waren: Jung-Österreich, Jung-Vaterland, Jungsturm, Reichsbund der Österreicher, Pfadfinder, Gesellen, Kriegskameraden, Turner, Turnerinnen, Mädchenverband, Eisenbahner, Postler, Trachtenverband, Musikkapellen, Schützen, Hörbranner Fronleichnamskompanie.

Besonders zahlreiche Kundgebungen fanden nach der Ermordung

von Engelbert Dollfuß im Juli 1934 sowie in den Monaten Februar, März, April desselben Jahres statt. Sie waren teilweise nach durchaus bekanntem Muster aufgebaut: Musikstücke, Rede, lebendes Bild, Lied (23).

Der große Festtag des neuen Österreich war, nach der Abschaffung des 12. November als Nationalfeiertag, der 1. Mai. Es war der Tag der Proklamation der neuen Verfassung, und zudem hatte man so einen alten "heidnischen" Feiertag nach gut katholischer Manier zu einem christlichen gemacht (24).

Landesleiter oder auch Landesführer der Vaterländischen Front war Eduard Ulmer, Landeswehrführer sein älterer Bruder Toni Ulmer und Landesgeschäftsführer Dr. Lorenz Konzett, später Dr. Erich Müller (25). Die Vaterländische Front hatte auch soziale und kulturelle Aufgaben wahrzunehmen: Das Kinderferienwerk etwa verschickte jedes Jahr viele Vorarlberger Kinder, unter anderem in als Heime benützte Gasthäuser nach Garsella, Damüls, Sibratsgfall, Langenegg und Riefensberg (26).

Der "deutsche Weg"

Mit dem deutsch-österreichischen Abkommen vom 11. Juli 1936 hatte Österreich - mangels einer realistischen Alternative der Austrofaschisten - den "deutschen Weg" eingeschlagen. Für diesen "deutschen Weg" steht der aus Bludenz stammende Dr. Guido Schmidt, Staatssekretär und Außenminister in der Regierung Schuschnigg (27).

Mit dem Juli-Abkommen setzte die Politik der nationalen Befriedung ein. Zu dieser "Befriedung nach rechts" wurden 1937 die "Volkspolitischen Referate" innerhalb der Vaterländischen Front geschaffen. Leiter des "Volkspolitischen Referats für Vorarlberg" wurde der Dornbirner Johann Martin Luger, dessen vorrangige Aufgabe es war, zwischen der Vaterländischen Front und der NSDAP zu vermitteln. Unter Luger wurde diese Einrichtung - wie im übrigen Österreich - zu einer Bastion der immer noch illegalen NSDAP, die so einen Zustand der Halblegalität erreichte (28).

Das wußten die verantwortlichen Funktionäre der Vaterländischen Front sehr wohl. So schrieb Erich Müller, der Landessekretär der Vaterländischen Front, am 31. Jänner 1938 im "Vorarlberger Tagblatt":

"In den Kreisen der V.F. darf bei Hinweis auf das volkspolitische Referat keine übertriebene Empfindlichkeit platzgreifen und müssen Befürchtungen von langsamer oder kalter Gleich-



Die Vaterländische Front versuchte alle Bevölkerungsgruppen zu erfassen – auch Kinder und Jugendliche. Oben die Jungfront Bregenz, unten Heimwehr-Einheiten, beide angetreten am Bregenzer Kornmarktplatz zur Begrüßung des Heimwehrführers Ernst Rüdiger Starhemberg im März 1936.



schaltung aufhören... Wenn daher bei Wahrung des Fronteinflusses in Sachen irgendeines völkischen Turnvereines, der Begnadigung einer abgestraften Person, der Erteilung eines Reisesichtvermerkes usw. irgendein politisches Schriftstück läuft, dann darf man in unseren Reihen nicht überempfindlich sein. Man soll auch nicht in übertriebene Besorgnis verfallen, wenn da und dort gelegentlich auch in unserem Lande eine ungesetzliche Sache auffliegt. Das ist nicht wesentlich und wirft eine Front nicht aus dem Sattel, die zwei Drittel der Wahlbevölkerung Vorarlbergs erfaßt hat, die in allen Gemeinden gut besuchte Versammlungen durchführt und am 29. Juni vergangenen Jahres in Dornbirn in einer Form und in einer Stimmung vor dem Frontführer und vor der Öffentlichkeit aufgetreten ist, die sich sehen lassen konnte."

Müller mag seine Worte geglaubt haben - objektiv hatten die Vaterländische Front und das austrofaschistische System 1938 kaum zwei Drittel der Bevölkerung hinter sich. Einerseits gab es die immer offener auftretenden Nationalsozialisten, andererseits eine beständig aktive Opposition von links; die Vorarlberger Revolutionären Sozialisten streuten immer wieder Flugzettel, verbreiteten Zeitungen und produzierten sogar mit "Der Kämpfer für Wahrheit und Recht" kurze Zeit eine eigene Zeitung. Während die Behörden gegen die Revolutionären Sozialisten keine Erfolge zu verzeichnen hatten, gelang es ihnen, 1934/35 kommunistische Gruppen in Bregenz, Dornbirn und Bludenz auszuheben und auch in den folgenden Jahren zahlreiche Kommunisten zu verhaften. Sie wurden mit Gefängnis von wenigen Tagen bis zu mehreren Monaten bestraft. Mit der Ausnahme einer Zusammenarbeit von Revolutionären Sozialisten und Kommunisten beim Schmuggel von Spanienfreiwilligen über die Schweizer Grenze kam es aber zu keinem Schulterchluß der linken Opposition. Sie konnte so niemals den Bestand des Regimes gefährden (29).

Aber die Sozialisten und Kommunisten - also in Vorarlberg ein großer und österreichweit der größte Teil der Arbeiterschaft - trugen das Regime nicht mit. In den letzten Tagen suchte die Regierung Schuschnigg noch halbherzig Kontakte mit der linken Opposition und handhabte den Unterdrückungsapparat liberaler - vor allem im Hinblick auf die von Schuschnigg für den 13. März 1938 angesetzte Volksabstimmung (30).

Aber auch sonst dürfte die Unterstützung geschrumpft sein. Viele christliche Arbeiter waren sicher enttäuscht wegen der unsozialen Politik ihrer Regierung; viele schauten nach Deutschland, wo die Arbeitslosigkeit besiegt schien und auch viele Vorarlberger Arbeit



Von der Illegalität zur Halblegalität: Nationalsozialisten treten ab 1937 trotz des offiziellen Verbots immer offener auf. Im Anschluß an den "Gauschiwettlauf" auf dem Bödele kommt es in Dornbirn am 6. März 1938 zur Demonstration nationalsozialistischer Gesinnung.

fanden. Industrie, Gewerbe, Handel und Gastronomie erwarteten sich nichts mehr von Österreich, alles jedoch von der deutschen Konjunktur. Auch im öffentlichen Dienst dürften die rigiden Sparmaßnahmen dem Regime keine Freunde geschaffen haben (31). Das austrofaschistische Regime hatte sich lange vor allem auf eine maßgebliche gesellschaftliche Kraft verlassen können: auf die katholische Kirche. Für Bischof Sigismund Waitz war der Landesbauerntag vom 8. Februar 1934, als die Bauern auf die kommende Diktatur eingeschworen wurden, "eine der wichtigsten Versammlungen, die seit 20 Jahren hier gehalten worden sind... ein Lichtpunkt in der heutigen Zeit und ein Hoffnungsstrahl" gewesen. Da war es nur konsequent, daß die österreichischen Bischöfe am 23. Februar 1934 in einer Erklärung das Ende der Demokratie als Ausschaltung von "Klassenhaß und Klassenkampf" und den ständischen Aufbau Österreichs forderten. Am 30. Mai 1934 beendete Waitz seine Ansprache beim Feldkircher Jugendtag mit:

"Heil katholische Jugend! Heil Vaterland Österreich! Heil der katholischen Regierung von Österreich" (32)!

Schuschnigg flüchtete unter dem Druck Hitlers Anfang März 1938 in die Volksabstimmung und gab die Parole aus: "Für ein freies und deutsches, unabhängiges und soziales, für ein christliches und einiges Österreich: Für Frieden und Arbeit und die Gleichberechtigung aller, die sich zu Volk und Vaterland bekennen." Weihbischof Franz Tschann, der Nachfolger von Waitz nach dessen Abgang auf den Salzburger Bischofsthron, rief zwar am 11. März 1938 im "Volksblatt" die Katholiken zur Volksabstimmung auf; die Kirche jedoch engagierte sich damals nicht annähernd mit derselben Vehemenz für das "christliche" Österreich, mit der sie 15 Jahre lang den "Bolschewismus" bekämpft hatte. Die Kirche unterstützte die Austrofaschisten zwar in ihrem Kampf gegen Sozialisten und Kommunisten, doch weit weniger gegen die Nationalsozialisten (33).

Wenige Tage nach dem "Anschluß", am 18. März 1938, traten Erzbischof Theodor Kardinal Innitzer, Fürsterzbischof Sigismund Waitz, Bischof Johannes Maria Gföllner, Fürstbischof Adam Hefter, Fürstbischof Ferdinand Pawlikowski und Bischof Michael Memelauer mit einer "feierlichen Erklärung" an die Öffentlichkeit, die mit der in den letzten Tagen vor dem Einmarsch geübten Zurückhaltung durchaus in Einklang steht. Im Vorwort heißt es:

"Nach eingehenden Beratungen haben wir Bischöfe von Österreich angesichts der großen geschichtlichen Stunde, die Österreichs Volk erlebt, und in dem Bewußtsein, daß in unseren Tagen die tausendjährige Sehnsucht unseres Volkes nach Einigung des großen Reiches der Deutschen ihre Erfüllung findet, uns entschlossen, nachfolgenden Aufruf an unsere Gläubigen zu richten..."

Dieser Aufruf lautete:

"Aus innerster Überzeugung und mit freiem Willen erklären wir unterzeichneten Bischöfe der österreichischen Kirchenprovinzen anläßlich der großen geschichtlichen Geschehnisse in Deutschösterreich: Wir erkennen freudig an, daß die nationalsozialistische Bewegung auf dem Gebiete des völkischen und wirtschaftlichen Aufbaues sowie der Sozialpolitik für das Deutsche Reich und Volk und namentlich für die ärmsten Schichten des Volkes Hervorragendes geleistet hat und leistet. Wir sind auch der Überzeugung, daß durch das Wirken der nationalsozialistischen Bewegung die Gefahr des alles zerstörenden gottlosen Bolschewismus abgewehrt wurde. Die Bischöfe begleiten dieses Wirken für die Zukunft mit ihren besten Segenswünschen und werden

auch die Gläubigen in diesem Sinne ermahnen. Am Tage der Volksabstimmung ist es für uns Bischöfe selbstverständliche Pflicht, uns als Deutsche zum Deutschen Reich zu bekennen und wir erwarten auch von allen gläubigen Christen, daß sie wissen, was sie ihrem Volke schuldig sind" (34).

Der Feldkircher Weihbischof Franz Tschann war diesem Aufruf nicht beigetreten, machte seinen Protest aber auch nicht öffentlich. Die Erklärung wurde am 3. April 1938 – eine Woche vor der Volksabstimmung – von den Kanzeln aller Vorarlberger Kirchen verlesen (35).

DER TRIUMPH DES NATIONALSOZIALISMUS

"... es war wahrhaftig der Aufbruch eines neuen Volkes, eines von innen her gewandelten Volkes, das durch die gewaltige Persönlichkeit und das unfaßliche große Schaffen eines einzigen Mannes, des Führers aller Deutschen, Adolf Hitler, und durch die gläubige, opferbereite Hingabe und zähe, unerschütterlich hartnäckige Ausdauer seiner Gefolgsleute hier im Lande sich von innen her gewandelt, verändert, im Tiefsten umgestaltet sieht, eines Volkes, das in gläubigem, zuversichtlichem Vertrauen, in unerhörter Disziplin nunmehr den Weg schreiten will und wird, den ihm der Führer und das Schicksal gewiesen: den Weg deutscher Eintracht und Größe."

Der Weg und der Wandel dieses Volkes, die da am 15. März 1938 im "Vorarlberger Tagblatt" besungen wurden, hatten in Vorarlberg mit der Gründung der Bregenzer Ortsgruppe der NSDAP im Jahre 1922 begonnen. 1923 verteilten Nationalsozialisten in der Bregenzer Kaserne ihr Kampfblatt "Der Nationalsozialist", und aus demselben Jahr werden antisemitische Wandschmierereien aus Rankweil berichtet, die auf Nationalsozialisten zurückzuführen waren. Am 24. Mai 1923 nahmen in Bregenz bereits 200 Personen an einer "Hakenkreuzversammlung" teil, von knüppelbewaffneten Saalordnern beschützt. Bei den Gemeindevertretungswahlen 1924 erreichte diese neue Partei gar 237 Stimmen und konnte einen Vertreter in die Bregenzer Stadtvertretung entsenden (36). Am 9. Juni 1923 wurde in Bludenz eine eigene Ortsgruppe gegründet, am 1. Februar 1924 in Dornbirn, irgendwann 1925 in Hohenems. 1933, acht Jahre später, gab es in Vorarlberg fast kein Dorf mehr ohne eigene Ortsgruppe (37).

Vorarlberg hatte bereits 1924 eine eigene Landesleitung der Nationalsozialisten. 1926 wurde auch eine eigene Wehrorganisation, der "Vaterländische Schutzbund", in der Bregenzer Kaserne fest-gestellt. Im selben Jahr wurden durch die Eingliederung der österreichischen Organisation als "Landesgruppe Österreich" in die deutsche "NSDAP-Hitlerbewegung" die Flügelkämpfe in Österreich beendet; nach anfänglichen Verzögerungen setzte eine Phase straffen Aufbaus ein (38).

Die ersten Reaktionen auf diese neue Partei waren verschieden. Während etwa die "Vorarlberger Wacht" am 2. Juni 1923 vor dem aggressiven Nationalsozialismus warnte, erblickte das "Volksblatt" vom 27. Mai 1923 keine Gefahr. Es fand die Ausführungen nationalsozialistischer Redner vor allem bezüglich des Antisemitismus sehr interessant, räumte der Bewegung als solcher aber keinerlei Chancen ein, jemals in Vorarlberg Fuß zu fassen. Doch neun Jahre später, 1932, saßen mit Meinrad Hämmerle aus Dornbirn und Rudolf Gunz aus Hard zwei Nationalsozialisten im Landtag. 8.058 Vorarlberger hatten der NSDAP das Vertrauen ausgesprochen, das waren 10,5 Prozent der Wähler, um 7.300 mehr als 1928.

Die weitaus meisten Stimmen erreichten die Nationalsozialisten mit 1.222 in Dornbirn, gefolgt von Bregenz mit 931, Feldkirch mit 686, Lustenau mit 650 und Bludenz mit 477. Während in absoluten Zahlen die bevölkerungsreichen Städte und die große Gemeinde Lustenau wenig überraschend an der Spitze liegen, ist bei der Prozentverteilung die Gemeinde Hittisau mit 23 Prozent NSDAP-Wähler an erster Stelle, gefolgt von Götzis mit 19, Hard und Au mit 17, Schoppernau mit 16, Lustenau mit 15, Tschagguns und Dornbirn mit je 14, Schruns, Rankweil, Bregenz mit 13 usw. Aber auch in Sulz oder in Bartholomäberg lag die NSDAP mit 10 Prozent noch im Landesdurchschnitt. Sehr viele ländliche, klar von den Christlichsozialen dominierte Gemeinden blieben jedoch stabil, sodaß die NSDAP insgesamt in den Gemeindebezirken Bregenzerwald, Feldkirch, Montafon und am deutlichsten mit 7,7 Prozent im Gemeindebezirk Bludenz unter dem Landesdurchschnitt blieb.

Die NSDAP holte sich ihre Wähler aus Randgruppen aller etablierten Parteien: in Hittisau etwa vor allem von Großdeutschen und Christlichsozialen, in Au vom Landbund und den Christlichsozialen, in Götzis vor allem von Großdeutschen, aber auch von Sozialdemokraten, Christlichsozialen und Landbund, in Hard fast ausschließlich von den Sozialdemokraten, die dort gegenüber 1928 18 Prozentpunkte verloren.

Interessant ist die Situation von Lustenau. Dort legte die NSDAP

gegenüber 1928 14 Prozentpunkte zu, die Christlichsozialen blieben mit 43,7 in etwa stabil, ebenso der Landbund mit 1,2. Die Großdeutschen verloren zwar gegenüber 1928 sieben Prozentpunkte, hielten aber immer noch bei 25. Am deutlichsten hatten die Sozialdemokraten verloren - sie rutschten von 23 auf 10,8 Prozent. Die Nationalsozialisten gewannen hier auf Kosten der Großdeutschen und der Sozialdemokraten, denen auch die Kommunisten 4,4 Prozentpunkte abnahmen. Nationalsozialisten und Großdeutsche kamen in Lustenau zusammen auf 40 Prozent!

In Dornbirn wanderten etwa 5 Prozent der Wähler von der Sozialdemokratie an die NSDAP ab, 3 von den Großdeutschen und je 2 von Christlichsozialen und Landbund. In Bürs wiederum verloren wohl die Christlichsozialen an die Sozialdemokraten, die ihrerseits wieder an die Kommunisten 5 Prozent abgaben und damit stabil blieben. Die Nationalsozialisten erzielten ihre 12 Prozent hier vor allem auf Kosten des Landbundes. Auf das ganze Land bezogen, holte sich die NSDAP ihren Zugewinn von 9 Prozentpunkten wohl folgendermaßen: je 2,5 von den Christlichsozialen und vom Landbund, 2 von der Großdeutschen Volkspartei und 2 von der SDAP, die aber mit über 3 Prozentpunkten noch mehr an die Kommunisten abgeben mußte (39).

Während die "Vorarlberger Wacht" in ihrem Wahlkommentar vom 8. November 1932 die sozialdemokratischen Verluste nicht näher analysierte und zum Abschneiden der NSDAP nur bemerkte, "der von vielen erwartete große Sieg der Nationalsozialisten ist also ausgeblieben", hieß es im "Volksblatt" vom 7. November 1932: "Die alte Form des Sozialismus zieht also nicht mehr. Die einen ziehen Moskau, die anderen Berlin vor." Das "Vorarlberger Tagblatt" konnte am 7. November den "Erfolg der nationalen Parteien" feiern:

"Es ist besonders erfreulich, festzustellen, daß die Nationalsozialisten hierzulande wirklich in bemerkenswertem Ausmaß die von ihnen besonders in Anspruch genommene Aufgabe erfüllt haben: marxistische Arbeiter für den nationalen Gedanken zu gewinnen. Rund fünfzehnhundert sozialdemokratische Stimmen müssen direkt oder auf Umwegen den Nationalsozialisten zugekommen sein."

Es war natürlich nicht so, wie es die Christlichsozialen und Großdeutschen gerne gehabt hätten: daß sich nämlich die Nationalsozialisten ihre Wähler nur von den Sozialdemokraten holten. Sie holten sich wohl 1.500 - aber die anderen 6.500 kamen von Landbund, Großdeutschen und Christlichsozialen. Es bröckelte an den Rändern aller Parteien.

Das nationale Lager war 1932 noch dreigeteilt: Freiberufler, Beamte und Selbständige in der Großdeutschen Volkspartei; Bauern im Landbund; hauptsächlich Angestellte, aber auch Arbeiter in der NSDAP.

Den spezifischen "Mix" bekam die NSDAP erst im Frühjahr des Jahres 1933, als es ihr gelang, die Parteien des rechten Laizismus zu absorbieren: Landbund und Großdeutsche wurden nationalsozialistisch. Die Großdeutschen verzichteten auf die Herausgeberschaft am "Vorarlberger Tagblatt" und stellten es den Nationalsozialisten zur Verfügung; sie empfahlen ihren Mitgliedern im "Tagblatt" vom 8. Mai 1933 den Eintritt in die NSDAP-Hitlerbewegung, "da diese Bewegung die hauptsächlichsten Forderungen der Großdeutschen Volkspartei, besonders den Anschlußwillen und den Antisemitismus, gleichfalls vertritt."

Das "Volksblatt" versuchte am 7. Februar 1934 eine Analyse der Mitglieder und Anhänger der NSDAP. Da sei einmal der "Freisinn", "besitzende NS", also Fabrikanten, Geschäftsleute und Freiberufler, durchaus "bürgerlich", aber nicht "klerikal". Dann gebe es auch Bauern, "da und dort Leute, die in Adolf Hitler und seiner Lehre die Rettung sehen. Vielleicht steckt schon von jeher in ihnen ein bißchen liberales Blut. Und nun kommen die großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten der heutigen Zeit." Die große Masse der Mitglieder und Sympathisanten seien Arbeitslose, die der deutschen Propaganda aufsitzen, die Kerntruppe aber bildeten junge Männer, "denen die rücksichtslose, draufgängerische Art der neuesten politischen Methoden innerlich zusagt".

Dieser Analyse des "Volksblatts" ist grundsätzlich zuzustimmen, Bauern und Arbeiter spielten sicher in der Bewegungsphase der NSDAP eine Rolle. Als die Partei ihre Macht etabliert hatte, wurden sie aber sehr rasch beiseitegeschoben. Bis zum Juni 1934 existierte so etwas wie ein "sozialistischer" Flügel der NSDAP, vor allem in der SA, der "Sturm-Abteilung". Sein Einfluß in der Gesamtpartei wurde durch den "Röhm-Putsch" im Juni jenes Jahres beseitigt. Es ist typisch, daß zum Beispiel in Bregenz SA-Männer auf die Ermordung Röhm's und führender SA-Leute durch die SS mit einem sehr scharf formulierten Flugblatt reagierten. Sie ziehen Adolf Hitler des Mordes und "die Herren Führer Hitler, Göring, Goebbels und andere" des Verrates (40).

Zwei soziale Gruppen waren - auch in Vorarlberg - innerhalb der NSDAP von besonderer Bedeutung: die Fabrikanten und die Angestellten. Beginnen wir bei letzteren.

Der Deutsche Handels- und Industrieangestelltenverband war die wichtigste Angestelltenorganisation in Vorarlberg. 1933 hielt sie



Der "Anschluß": Kundgebung und Parade deutscher Truppen in Dornbirn am 13. März 1938.

in allen Angestellten-Betriebsräten der Textilindustrie die Mehrheit, und schon bei den Arbeiterkammerwahlen des Jahres 1926 war fast ein Drittel der gültigen Angestelltenstimmen auf sie entfallen (41). Die Angestellten kamen damals neu auf. Sie waren eine soziale Schicht mit - in ihrer Zwischenstellung zwischen Eigentümer und Arbeiter - noch nicht fixierter gesellschaftlicher Position. 1910 waren in Vorarlberg erst 4,4 Prozent der Erwerbstätigen Angestellte, 1934 bereits 12,5 Prozent (42). Anton Plankensteiner etwa, der die Vorarlberger NSDAP als Bezirksverbandsleiter bis 1938 führte, hatte die Realschule in Dornbirn absolviert und war Bankbeamter in Dornbirn (43).

Große Teile von Industrie, Handel und Gewerbe standen hinter den Nationalsozialisten. Dornbirn hat den Namen "braunes Nest" vor allem deshalb bekommen, weil hier die mächtigen Fabrikanten saßen, die es zum Zentrum des Nationalsozialismus machten. Vor allem als nach Hitlers Machtergreifung die Rüstungskonjunktur in Deutschland anließ, während in Österreich die Wirtschaft stagnierte, da Österreich durch die nationalsozialistischen Boykottmaßnahmen vom Deutschen Reich abgekoppelt war, schauten Unternehmer mit durchaus handfestem Interesse über die Grenze. Zumal den großen Textilindustriellen Vorarlbergs kam in der illegalen Zeit der NSDAP, also nach dem 19. Juni 1933, wesentliches Gewicht zu. Sie finanzierten sämtliche Aktivitäten der Partei, Propagandaaktionen wie Bombenattentate, und bezahlten auch anfallende Strafen. Herausragende Bedeutung hatte die Firma F. M. Hämmerle; aber auch die Firmen F. M. Rhomberg, Herrburger und Rhomberg, alle aus Dornbirn, sowie Josef Hubers Erben aus Götzis oder Bengers Söhne aus Bregenz galten den Behörden als Unterstützer der Nationalsozialisten. Sie waren nicht nur als Finanziere wichtig, sondern benutzten auch ihre wirtschaftliche Macht als Arbeitgeber, um NS-Anhänger zu rekrutieren und Andersgesinnte unter Druck zu setzen (44).

Der rechte Laizismus war mit den Christlichsozialen lange einen gemeinsamen Weg im Kampf gegen die Sozialdemokraten gegangen. Doch nach Hitlers Machtergreifung im Deutschen Reich im Jänner 1933 und der Niederringung der Sozialdemokratie sahen die deutschnationalen Parteien wieder realistische Möglichkeiten, selbst Macht zu gewinnen. Sie gingen immer offener Konfrontationen mit den Christlichsozialen ein. Das "Vorarlberger Tagblatt" vom 11. März 1933 wertete dann auch die Ausschaltung des Parlamentes so:

"Denn dieser 'kalte Putsch' ist lediglich aus fahler Angst angesichts der Entwicklung im Reiche in Szene gesetzt worden und

soll die nationale Opposition mit Gewalt mundtot machen. Es ist zwar eine Dummheit - aber in der Angst um das Mandätlein verliert selbst der schlangenklugete christlichsoziale Politiker Verstand und Haltung."

Der entscheidende Bruch zwischen Deutschnationalen und Christlichsozialen folgte im Mai 1933: Der "Heimatsdienst", wo von Anfang an radikale Deutschnationale und spätere Nationalsozialisten stark vertreten waren, brach auseinander. Die Nationalsozialisten traten aus, unter anderen so prominente Männer wie der Landeswehrführer Moriz von Matt und der Bregenzer Stadtwehrführer Karl Kunze. Anton Plankensteiner selbst war bis November 1930 Kompanieführer der Dornbirner Heimwehr gewesen (45).

Direkte Verbindungen zum nationalsozialistischen Deutschland wurden geknüpft und verstärkt. Am 25. Mai 1933 etwa sprachen in Bregenz bei einer nationalsozialistischen "Schlageter-Gedenkfeier" nicht nur der für Vorarlberg zuständige evangelische Pfarrer Pommer und Ing. Karl Solhardt, sondern auch der Lindauer Bürgermeister Wagner (46). Albert Leo Schlageter hatte nach dem Ersten Weltkrieg an den meisten Bandenkriegen im Osten Deutschlands teilgenommen, er war im Mai 1923 wegen Sprengstoffanschlägen in dem von französischen Truppen besetzten Ruhrgebiet hingerichtet worden und galt als "Märtyrer der Bewegung" (47).

Die christlichsozialen Machthaber in Bund und Land begannen, mit administrativen und polizeilichen Maßnahmen gegen die breit angelegte politische Agitation der Nationalsozialisten vorzugehen. Für Aufmärsche wurde am 4. Mai 1933 ein Uniformverbot erlassen; das "Vorarlberger Tagblatt" wurde am 17. Mai 1933 beschlagnahmt und stand ab 30. Mai unter Vorzensur; Anfang Juni fanden bei prominenten Nationalsozialisten Hausdurchsuchungen statt. Als am 19. Juni in Krems Nationalsozialisten durch einen Handgranatenanschlag einen Menschen töteten und dreißig verletzten, nahm das die Regierung zum Anlaß, die NSDAP und ihre Nebenorganisationen zu verbieten (48).

Die Nationalsozialisten entfalteten daraufhin in Österreich eine massive illegale Propagandatätigkeit. Auf Berghängen brannten Hakenkreuzfeuer, auf Wände und Felswände wurden Hakenkreuze gemalt, Flugzettel wurden gestreut, "vaterländische" Veranstaltungen gestört, ein "Raucherstreik" wurde organisiert - der Tabaksteuer wegen -, aber auch auf der Straße blieben sie präsent. Am 29. Juni 1933, zehn Tage nach dem Verbot, kam Kanzler Dollfuß nach Vorarlberg. In Dornbirn empfingen ihn die Nationalsozialisten auf den Straßen mit "Heil-Hitler"-Rufen und dem "Horst-

Wessel-Lied" - kaum niedergehalten durch Gendarmerie und Bundesheer. Auch aus Besuchen von Minister Dr. Kurt Schuschnigg und Vizekanzler Emil Fey versuchten die Nationalsozialisten ihre Kundgebungen zu machen. Die Nationalsozialisten griffen zum Terror: Zwischen Oktober 1933 und Juli 1934 kam es in Vorarlberg zu einer Unzahl von Sprengstoffanschlägen auf öffentliche Einrichtungen wie Hochspannungsmasten, Ämter usw., aber auch auf Wohnungen und Büros politischer Gegner (49). Bombenwerfer und Sprengstoffschmuggler wurden teilweise bezahlt - die Drahtzieher blieben im Hintergrund (50).

Die Behörden setzten gegen diese Herausforderung Heimatdienstpatrouillen ein, schafften aus Innerösterreich zusätzliche Gendarmereieinheiten herbei, verhängten nächtliche Ausgehverbote und nahmen zahlreiche Verhaftungen vor (51). Erst nach dem Juli-Putsch der österreichischen Nationalsozialisten, bei dem Dollfuß ermordet wurde, griffen die Staatsorgane mit aller Härte durch. Auch in Vorarlberg zerschlugen die Behörden die nationalsozialistischen Organisationen durch zahlreiche Verhaftungen in kurzer Zeit (52).

Einige Worte zur Organisation der illegalen NSDAP, wie sie nach der Zerschlagung im Juli 1934 überraschend schnell wieder aufgebaut wurde: Vorarlberg war seit August 1933 ein eigener Gau gewesen; die Leitung hatte "Toni" Plankensteiner und während dessen Abwesenheit im Anhaltelager Wöllersdorf Ing. Theodor Rhomberg, später auch Dr. Fritz Schinle. Die Parteileitung saß im Dornbirner Hotel "Weißes Kreuz". Die einzelnen Ortsgruppen waren hierarchisch in Sprengeln, Zellen und Blocks organisiert. Bedeutende Nebenorganisationen waren die Sturm-Abteilung (SA), die Schutz-Staffel (SS), die Hitlerjugend (HJ) und das Nationalsozialistische Kraftfahrerkorps (NSKK) (53). Legale Bastionen der illegalen Partei bildeten vor allem der Alpenverein, dann der Verband Vorarlberger Schiläufer und die meisten Turnvereine. Im April 1933 waren im Zuge der ausbrechenden Konflikte zwischen Christlichsozialen und Deutschnationalen fünf christliche Turnvereine aus der "Deutschen Turnerschaft" ausgetreten, der sie bisher gemeinsam mit den deutschnationalen Turnvereinen angehört hatten (54).

Ab dem Juli-Abkommen 1936 und dem nun eingeschlagenen Weg der nationalen Befriedung erhielten die Nationalsozialisten deutlich mehr Möglichkeiten zur legalen und halblegalen Agitation - vor allem durch das Volkspolitische Referat innerhalb der Vaterländischen Front (55).

Als Kurt Schuschnigg am 11. März 1938 auf massiven Druck Hitlers



hin zurücktrat, ohne daß die von ihm für den 13. März angesetzte Volksbefragung durchgeführt werden konnte, übernahmen noch am selben Tag die Nationalsozialisten die Macht im Lande. Anton Plankensteiner bekam von Ernst Winsauer offiziell die Amtsgeschäfte als Landeshauptmann übertragen. Plankensteiner seinerseits ernannte Karl Solhardt zum Bürgermeister der Landeshauptstadt. SS und SA übernahmen die Ordnungsgewalt; die Vaterländische Front war ausgeschaltet, ohne irgendwo Widerstand geleistet zu haben (56). Im ganzen Land begannen schon am Abend dieses 11. März die Siegesfeiern der Nationalsozialisten; am nächsten Tag marschierten deutsche Truppen ein; am 14. März mußte das "Tagblatt" eine zusätzliche Nachmittagsausgabe herausbringen - "wegen des überwältigenden Stoffandranges, den die großen geschichtlichen Stunden der Gegenwart mit sich bringen". In diesen Märztagen feierte wohl ein Drittel der Vorarlberger den Sieg des Nationalsozialismus, Ein weiteres Drittel dürfte skeptisch gewesen sein, doch auch hoffnungsvoll wegen des endlich absehbaren Endes der wirtschaftlichen Misere, wegen der Aussicht auf Arbeit. Und schließlich war da noch ein Teil der Bevölkerung, der sich in großer Hoffnungslosigkeit, voller Angst oder in hilflosem Zorn zu Hause einschloß.

Am 17. Dezember 1937 noch hatte das "Tagblatt" eine Rede von Altlandeshauptmann Dr. Otto Ender abgedruckt, in der er sagte:

"Es seien da noch viele Grundsatzgesetze ... und Ausführungsgesetze notwendig. Auch die nicht leichte Wahlordnung ... sei noch zu schaffen... Im Jahre 1938 werde viel gewählt werden. Ob aber dieses Jahr alle notwendigen Wahlen umfassen werde, könne nur die Erfahrung lehren."

1938 wurde nur einmal gewählt - und da nicht geheim sowie unter massivem Druck. In dieser Wahl am 10. April stimmten 98 Prozent der Wahlberechtigten Vorarlberger der "Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich" zu und gleichzeitig "für die Liste unseres Führers Adolf Hitler" (57). Diese Abstimmung war natürlich reine Formsache - höchstens ein Unterwerfungsritual für die Gegner der Nationalsozialisten. Das Klima war durch Massenaufmärsche und demonstrativen Militarismus in den Vorarlberger Gemeinden und Städten systematisch vorbereitet worden. So berichtete das "Tagblatt" am 15. März 1938 über einen großen Aufmarsch in Dornbirn unmittelbar nach der Okkupation Österreichs:

"Endlos schien der Zug der Vorüberziehenden: SA und SS marschierte da in strammem, militärischem Schritte, Abteilungen der HJ kamen in ihrer ergreifend jugendlichen Begeisterung,

BDM-Mädel, die in Sprechchören 'Ein Volk, ein Reich, ein Führer' ihrem Glauben und Wollen, ihrer Freude und Dankbarkeit unermüdlich Ausdruck gaben, die Formationen der Partei aus den verschiedenen Orten und Gegenden des Landes, immer wieder wechselnd, unerschöpflich, wahrhaftig ein Volk, das zum Marsche in eine neue glückverheißende Zukunft aufbricht. Dann ertönten plötzlich die Härte und Energie militärischer Schritte: eine Abteilung deutschen Militärs, voran eine Regimentskapelle, kam angerückt, von unendlichen Begeisterungstürmen der Menge umtost. Hart und scharf knallten die Schritte des Parade-marsches auf die Pflasterung des Platzes, mit einem Schlage standen sie still und nahmen ihre Gewehre bei Fuß - diese strammen deutschen Jungen, die nunmehr auch unsere Soldaten geworden sind, deren Disziplin nunmehr auch die unsere werden wird, deren Tapferkeit und Heldenhaftigkeit wir im Weltkriege geteilt und so gezeigt haben, daß wir würdig sind, in ihr großes und mächtiges Reich aufgenommen zu werden."

Die Bilanz dieser "Wiedervereinigung":

- Rund 2.000 Vorarlbergerinnen und Vorarlberger wurden zwischen 1938 und 1945 wegen politischer Opposition und anderen Formen der Widersetzlichkeit ihrer Freiheit beraubt; allein vom Landgericht Feldkirch wurden 200 Personen wegen politischer Delikte verurteilt;
- mindestens 115 Vorarlberger wurden in ein Konzentrationslager eingewiesen, davon fanden dort sicher 36 den Tod, wahrscheinlich sogar 46;
- insgesamt wurden mindestens 80 Menschen hingerichtet, in Konzentrationslagern zu Tode gebracht, im Widerstand beziehungsweise auf der Flucht getötet oder entzogen sich der Verfolgung durch den Freitod;
- mehr als 300 Vorarlbergerinnen und Vorarlberger wurden Opfer des nationalsozialistischen "Euthanasie"-Programms;
- fast 8.000 Vorarlberger starben durch den Krieg (58).

WahlergebnisseNationalratswahlen

	CVP		SDAP		DVP		Demokratische Wirtschafts- partei		gültige Stimmen	% der Wähler
	St.	%	St.	%	St.	%	St.	%		
Bregenz	15660	65,9	4006	16,9	3257	14,1	750	3,2	23673	35
Feldkirch	17529	56,0	8410	26,9	4344	13,9	1011	3,2	31294	47
Bludenz	8529	69,2	2225	18,1	1471	11,9	69	0,6	12294	18
Vorarlberg	41718	62,0	14641	21,8	9072	13,5	1830	2,7	67261	100
Mandate	3		1							
Mandate Österreich	69		72		26 (dt. nationale Parteien)				3 (sonstige)	

17. 10. 1920

	CVP		SDAP		DVP		Unabhängiger Bauernbund		gültige Stimmen	% der Wähler
	St.	%	St.	%	St.	%	St.	%		
Bregenz	15059	69,3	3488	16,1	2753	12,7	429	2,0	21729	34
Feldkirch	16858	56,7	6239	21,0	4240	14,3	2400	8,1	29737	47
Bludenz	6255	51,5	1944	16,0	894	7,4	3044	25,1	12137	19
Vorarlberg	38172	60,0	11671	18,4	7887	12,4	5873	9,2	63603	100
Mandate	3		1							
Reststimmenmandate					1					
Mandate Österreich	85		69		28		1 (sonstige)			

Wahlergebnisse

Nationalratswahlen

21. 10. 1923

	CVP	%	SDAP	%	DVP	%	Landbund	%
Bregenz	17225	72,1	3502	14,7	1979	8,3	1103	4,6
Feldkirch	19426	60,1	6749	20,9	3419	10,6	2701	8,4
Bludenz	7983	60,5	2342	17,7	769	5,8	2094	15,9
Vorarlberg	44643	64,3	12593	18,1	6167	8,9	5898	8,5
Mandate	3							
Reststimmenmandate			1					
Mandate Österreich	82		68		15			

24. 4. 1927

	Einheitsliste DVP + CVP		SDAP	%	sonstige (Ude-Verband, völk. soz. Block)		Landbund	%	ungültige Stimmen
Bregenz	20019	78,5	4793	18,8	331	1,3	343	1,3	548 (0,2)
Feldkirch	24562	68,4	9013	25,1	617	1,7	1695	4,7	1465 (3,9)
Bludenz	9860	68,0	3139	21,7	117	0,8	1370	9,5	344 (2,3)
Vorarlberg	54441	71,8	16943	22,3	1065	1,4	3401	4,5	2357 (3,0)
Mandate	3		1						
Mandate Österreich	85		71			9,0			

9. 11. 1930

	CVP	%	SDAP	%	Schober- block DVP, LB	%	KP	%	NSDAP	%	ungültige Stimmen
Bregenz	17562	63,2	4685	16,9	5238	18,9	62	0,2	238	0,9	258 (0,9)
Feldkirch	18027	52,0	8031	23,0	7995	23,0	91	0,3	546	1,6	617 (1,7)
Bludenz	8219	55,6	3493	23,6	2991	20,2	5		79	0,5	55 (0,4)
Vorarlberg	43818	56,7	16210	21,7	16224	21,0	158	0,2	863	1,1	930 (1,1)
Mandate	2		1		1						
Reststimmenmandate	1										
Mandate Österreich	66		72		19				8 (Heimatblock)		

Landtagswahlen

	27. 4. 1919			21. 10. 1923			18. 3. 1928			6. 11. 1932		
	M	%	Stimmen	M	%	Stimmen	M	%	Stimmen	M	%	Stimmen
CVP	22	63,8	39476	21	63,7	43473	21	59,3	45332	18	56,7	43346
SDAP	5	18,8	11662	5	18,0	12284	6	21,3	16244	4	15,6	11906
DVP	2	10,7	6591	2	9,1	6223	1	8,8	6753	1	6,8	5161
Landbund				2	8,9	5898	2	9,6	7337	1	7,0	5315
Dem. WiP		3,2	1993									
Unabh. BB	1	3,5	2166									
NSDAP							1,0	763		2	10,5	8058
KP											3,4	2614
ungültig											(7,0)	5727
gesamt	30			30			30			26		

Siglen: M - Mandate, % - Prozent der gültigen Stimmen, Angaben in Klammern - ungültige Stimmen in Prozent der abgegebenen Stimmen, Dem. WiP - Demokratische Wirtschaftspartei, Unabh. BB - Unabhängiger Bauernbund, LB - Landbund.
Die ungültigen Stimmen der Wahlen vor 1932 können vernachlässigt werden.

Anmerkung: Nationalratswahlen: Vorarlbergische Statistik, 2. Heft (1924); Vorarlberger Wirtschafts- und Sozialstatistik, 1945, S. 45 ff. (tw. differierend); VV 18.2.1919, VW 18.2.1919, VT 18.2.1919, VLZ 18.2.1919, VV 25.4.1927, VW 30.4.1927, VV 10.11.1930, VW 11.11.1930; Mandate Österreich nach Weinzierl-Skalnik: Österreich 1918-1938, S. 1092 f.
Landtagswahlen: Vorarlbergische Statistik, 2. Heft (1924); Vorarlberger Wirtschafts- und Sozialstatistik, 1945, S. 45 ff.; VT 20.3.1928, VV 8.11.1932, VZ 7.11.1932, VW 8.11.1932. Die Ergebnisse der Wahl 1928 lassen sich auf Bezirksebene nur schwer mit denen der Wahl 1929 vergleichen, da die Gemeinden Fußach, Gaißau, Höchst aus dem Bezirk Dornbirn gelöst und dem Bezirk Bregenz zugeschlagen wurden.

Gewerkschaften – Mitglieder

	Freie Gew.	Christl. Gew.	Dt. Gew.- bund	gewerkschaftl. organisierte Arbeitnehmer	%Anteil der		
					CG	FG	DG
1922	10.158	6.174					
1923	6.817	5.789					
1924	6.027	4.803	?				
1925	6.225	5.045	1.261	12.531	40	50	10
1926	4.545	5.027	1.226	10.798	47	42	11
1927	4.860	4.619	1.208	10.687	43	45	11
1928	4.883	4.987	1.244	11.114	45	44	11
1929	4.459	5.126	1.067	10.652	48	42	10
1930	3.787	4.353	1.064	9.204	47	41	12
1931	2.839	3.665	1.081	7.585	48	37	14
1932	2.304	2.988	1.191	6.483	46	36	18

Anmerkung: Statistisches Handbuch für die Republik Österreich, N.F., Jg. 1924 - S. 105 f., 1925 - S. 129 f., 1926 - S. 126 f., 1927 - S. 148 f., 1928 - S. 154 f., 1929 - S. 157 f., 1930 - S. 160 f., 1931 - S. 162 f., 1932 - S. 169 f., 1933 - S. 172.

Mitgliedstand Freie Gewerkschaften – SDAP

	1922	1923	1924	1925	1926	1927	1928	1929	1930	1931	1932
Gewerk- schaft	10158	6817	6027	6225	4545	4860	4883	4459	3787	2839	2304
SDAP unterstützte	3025	2629	2820	2842	2702	2717	2976	3158	2758	2430	2216
Arbeitslose im Jahresdurch- schnitt	211	285	271	784	1431	1094	1168	1810	3100	4440	6530

Anmerkung: SDAP-Mitglieder: 1919 - 1926 nach Weidenholzer, Auf dem Weg zum "neuen Menschen", Diss.masch. Linz 1977, S. 487; Jahrbuch der österreichischen Arbeiterbewegung, 1927 - S. 55, 1928 - S. 61, 1929 - S. 85, 1930 - S. 119, 1931 - S. 92.

Mitgliedstand der Freien Gewerkschaften und der drei
bedeutendsten Einzelgewerkschaften

	Männer	Frauen	Mitglieder	Ortsgruppen	Bauarbeiter	Eisenbahner	Textilarbeiter
1922	8076	2082	10158	56			
1923	5418	1399	6817	43	1240	1761	2214
1924	4248	1799	6027	43	1377	1090	2147
1925	4617	1611	6225	46	1016	1647	2159
1926	4065	480	4545	49	902	1737	772
1927	4053	807	4860	52	753	1749	1237
1928	3986	897	4883		784	1742	1180
1929	3871	588	4459		874	1739	729
1930			3787		762	1549	426
1931			2839		208	1247	448
1932			2304		106	1142	281

Anmerkung: Statistisches Handbuch für die Republik Österreich, NF., Jg. 1924 - S. 105 f., 1925 - S. 129 f., 1926 - S. 126 f., 1927 - S. 148 f., 1928 - S. 154 f., 1929 - S. 157 f., 1930 - S. 160 f., 1931 - S. 162 f., 1932 - S. 169 f., 1933 - S. 172.

Streiks in Vorarlberg

Jahr	Zahl der Streiks	Zahl der Streikenden	erfaßte Betriebe	vollständig/unvollständig durchgeführt	
1919	3	108	6	3	
1921	16	6613	79	8	8
1922	11	3773	58	5	6
1923	6	1419	8	2	4
1924	10	862	11	3	7
1925	4	196	4	1	3
1926	1	112	1	1	
1927	6	1679	39	2	4
1928	1	40			1
1929	4	1266	5	2	2
1930	1	295			1
1931	-				
1932	-				
1933	4	133			4

Anmerkung: Statistisches Handbuch für die Republik Österreich, 1921 - S. 112, 1923 - S. 99, S. 101, 1924 - S. 103, 1925 - S. 127, 1926 - S. 124, 1927 - S. 146, 1928 - S. 152, 1929 - S. 155, 1930 - S. 158, 1931 - S. 160, 1932 - S. 167, 1933 - S. 170, 1935 - S. 186.

Arbeitslose in Vorarlberg

durchschnittlicher Stand pro Monat

Jahr	unterstützte Arbeitslose	vorgemerkte Arbeitslose	vorgemerkte weibl. Al.	Bezieher der Älterfür- sorgerente aus d. Stände der Arbeits- losen	Arbeits- lose ohne Unsterstützungs- bezug	Stand der unter- stützten Arbeitslosen Vorarlbergs (1923 = 100)	Bezieher der Notstands- aushilfe
1919	2800						
1920	100						
1921	33						
1922	211						
1923	285					100	
1924	271					95	
1925	784	1012			228	276	
1926	(1458) 1431	1788	314		357	502	172
1927	1094	1386 (1400)	166		292	384	118
1928	1168	1440 (1443)	282		272 (273)	410	51
1929	1810	2082	396	590	272	635	71
1930	3100	3390	700	857	290 (284)	1088	153
1931	4440	4776	996	1082	336 (335)	1741	1080
1932	6530	6970	1681	1225	440	2291	2319
1933	6640	7090	2039	(1424)	450	2330	?
1934	4620	4925	1238	?	305	1621	
1935	4470	4745	1219		275	1568	
1936	4695	5025	?		330	1647	
1937	4240	4928			688	1488	

Anmerkung: Statistiken zur Arbeitslosenversicherung, 1930, S. 8 ff., S. 47; 1931, S. 23, S. 27; 1932, S. 1.3 f.; 1935, S. 179; VWSSt, 2. Jg. 1946, S. 180 ff., S. 202, S. 175 ff., S. 18; Wirtschaftsberichte der Kammer für Arbeiter und Angestellte 1928 - 1932; VW 21.7.1934.

Jahr	Beschäftigte in 1000				Prozentsatz der Arbeitslosen	
	Max.	Min.	Arbeitslose Max.	Min.	Max.	Min.
1925	25,8	23,4	2471	215	8,7	0,9
1926	25,3	23,6	2921	802	10,3	3,2
1927	27,5	24,7	2991	335	9,7	1,3
1928	29,6	27,6	3366	406	10,2	1,5
1929	35,6	30,3	4988	449	12,3	1,5
1930	32,5	32,4	4378	1540	11,9	4,5
1931	31,8	29,8	6637	2668	17,3	8,2
1932	27,7	26,5	7578	5405	21,5	16,9
1933	27,2	24,9	9088	4757	25,0	16,1
1934	30,2	26,5	6045	3702	16,7	12,3

Anmerkung: VWSSt 2. Jg. 1946, S. 199. Die Zahl der Beschäftigten entspricht den Meldungen der Krankenkassen vom Ende jenes Monats, in welchem die Arbeitslosigkeit den höchsten bzw. tiefsten Stand erreichte. Vgl. Wirtschaftsberichte der Kammer für Arbeiter und Angestellte 1932, Tab. XIV, 1931, Tab. X (Differenzen bis zu max. 1000 Beschäftigte).

Stichtag	31.3. 1929 (2081 Männer, 380 Frauen)	28. 2. 1931 (5604 Männer, 1002 Frauen)	28. 2. 1931 (6330 Männer, 1248 Frauen)
Männer	43%	40%	37%
- 12 Wochen			
Frauen	55%	37%	43%
Männer	54%	48%	40%
- 30 Wochen			
Frauen	38%	43%	36%
Männer	3%	12%	23%
über 30 Wochen			
Frauen	7%	20%	21%

Anmerkung: Wirtschaftsbericht der Kammer für Arbeiter und Angestellte 1929/1, S.18; 1931, S. 44; 1932, S. 58 - in Klammern jeweils die absolute Zahl der unterstützten Arbeitslosen.

Unterstützte Arbeitslose

(ab 1930: vorgemerkte Arbeitslose)

Jahr	Baugewerbe	Textilindustrie
1925	248	103
1926	267	275
1927	264	100
1928	305	205
1929	1023	376
1930	1565	916
1931	2178	1188
1932	2640	2222
1933	2355	2487
1934	1851	1456

Anmerkung: VWSSt, 2. Jg. 1946, S. 186 ff.

Zur Vermittlung vorgemerkte Arbeitslose

Monat	Textilindustrie				Baugewerbe			
	1930	1931	1932	1933	1930	1931	1932	1933
1	405	1391	1744	3326	2671	3722	3534	3413
2	601	1333	1820	3242	2872	3770	3647	3180
3	441	1348	1737	3265	1660	3185	3222	2481
4	392	1102	1724	3111	864	1866	2275	2236
5	621	1002	1909	3038	782	1268	2061	2103
6	949	941	2016	2682	751	1113	2090	2177
7	1097	979	2243	2517	782	1053	2131	2201
8	1295	1106	2310	2287	861	1189	1928	2021
9	1300	1059	2448	1932	876	1342	2099	1882
10	1286	1139	2586	1535	1237	1590	2462	1808
11	1245	1234	2980	1456	2101	2241	2927	2000
12	1359	1617	3150	1447	3327	3797	3300	2757
	916	1188	2222	2487	1565	2178	2640	2355

Anmerkung: VWSSt, 2. Jg. 1946, S. 192.

Anmerkungen

Anmerkungen

zum Kapitel "Bewegter Anfang" (S. 11-66)

1. VLReg. Prs. 535/1920, Sammelakt "Milch-Demonstration in Bregenz Juni 1920"; vgl. im folgenden auch: VW 5.6.1920, 11.6.1920, 12.6.1920, 18.6.1920; VLSS 8. Sitzung vom 15.6.1920; VLReg. Prs. Protokolle der LReg.-Sitzung vom 8.6.1920 und 10.6.1920
2. VLSS 8. Sitzung vom 15.6.1920
3. VW 16.6.1920, 18.6.1920; vgl. Goldinger, Der geschichtliche Ablauf, S. 109; Kulemann, Austromarxismus, S. 248 f.
4. Vgl. allgemein Burmeister, Geschichte Vorarlbergs; Greussing, Grenzstationen; Wanner, Verfassung und Föderalismus; ders., Vorarlbergs Übergang von der Monarchie zur Republik; nähere Angaben zum Überblick sind in den folgenden Kapiteln enthalten.
5. Vgl. zu F. Preiß: Nachlaß F.K. Naumann, VLa Bregenz; zu Nansen: Dreier, Konjunktur der Hoffnung; vgl. Sutterlüty, Italiener in Vorarlberg; VLReg. Prs. 875/1930, 304/1924, 145/1923, 605/1923, VLReg. Prs. Ia 705/1939
6. VLReg. Prs. 566/1921
7. VLReg. Abt. II 404/1925
8. VLReg. Prs. 37/1929, 384/1934; vgl. Wanner, Kammer für Arbeiter und Angestellte, S. 70 f.; Frommelt, Vorarlberg 1933/34, S. 14; Walser, Die illegale NSDAP, S. 10 ff.
9. VLSS 6. Sitzung vom 6.7.1919, S. 41 ff.
10. Vgl. Dreier, Vorarlberger Arbeiterbewegung 1918-1934 (Diss.), S. 2 ff., 14 ff.
11. VLReg. Prs. 535/1920
12. VV 13.12.1918
13. Vgl. Bilgeri, Bregenz, S. 573
14. VLSS prov. Landesversammlung, 2. Sitzung vom 9.11.1918, S. 14 f.
15. VW 7.12.1919, 10.4.1919, 20.11.1918
16. VW 15.3.1919
17. VLReg. Prs. 119/1919; VW 11.3.1919, 12.3.1919, 13.3.1919, 21.3.1919; vgl. Greussing, Grenzstationen, S. 116 f.; Wanner, Vorarlbergs Übergang von der Monarchie zur Republik, S. 110 f.
18. VV 7.11.1918
19. VLReg. Prs. 401/1919, 588/1919, 802/1919
20. VLReg. Prs. 318/1919
21. VV 28.11.1918; vgl. VLSS prov. Landesversammlung, 2. Sitzung vom 9.11.1918, S. 14 ff.
22. VLReg. Prs. 251/1920, 638/1920, 547/1922; vgl. Kap. "Die Bauern"
23. VLReg. Prs., Protokolle über die Landesregierungsitzungen, Beilage zum Protokoll der Sitzung vom 10.9.1919
24. VW 7.3.1919, 5.11.1919, 20.1.1920, 14.6.1921

25. VV 14.12.1921, VV 15.5.1922
26. VLReg. Prs. 1919/1919
27. VLReg. Prs. 248/1921, 551/1921, VV 26.4.1922, 29.6.1924, 21.9.1919, 25.6.1921, 26.4.1922, 29.6.1924
28. VLReg. Prs. 420/1921, 304/1922, 100/1923, VV 30.11.1922
29. VV 27.7.1920, VV 29.6.1924, vgl. Wanner, Kammer für Arbeiter und Angestellte, S. 33
30. Vgl. voriges Kapitel
31. Vgl. Mittersteiner, Wachstum und Krise, bes. S. 87 ff.
32. Vgl. VLReg. Abt. II Landeshauptmann 1106/1923; vgl. Dreier, Gegen Sozialisten und Nazis, S. 51-53. Zu 1918/1919 vgl. Bilgeri, Geschichte Vorarlbergs, Bd. 4, S. 586; Grabherr, Vorarlberg vor 60 Jahren; Kolb, Die staatsrechtliche Bedeutung des Jahres 1918, S. 627, 631 f.; Pernthaler - Esterbauer, Die Entstehung des österreichischen Bundesstaates, S. 129; anderen und bedeutenderen Fragen gehen nach: Greussing, Grenzstationen - Umbruch und Diktatur; Wanner, Vorarlbergs Übergang von der Monarchie zur Republik; ders., Vorarlberg zwischen "Schweizer Hoffnung", Hungersnot und "Bolschewistenfurcht"
33. Vgl. Kulemann, Austromarxismus, S. 218 f.
34. Vgl. Mittersteiner, Wachstum und Krise, S. 93 ff.
35. Neck, Arbeiterschaft und Staat im Ersten Weltkrieg, n. 208, S. 304 f.: Sammelrelation der Statthaltereien für Tirol und Vorarlberg an das Ministerium des Inneren über die Maifeiern des Jahres 1917
36. Vgl. Brügel, Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie, Bd. 5, S. 363 f., 395; Goldinger, Der geschichtliche Ablauf der Ereignisse, S. 38 ff.
37. Vgl. Burmeister, Geschichte Vorarlbergs, S. 79, 132 f.
38. Vgl. Goldinger, Der geschichtliche Ablauf der Ereignisse, S. 65 ff.; zur Bauernrepublik: Ender operierte z.B. in einem Aufsatz aus dem Jahre 1946 mit diesem Begriff (Ender, Vorarlberg und Österreich). Zum Anschluß an die Schweiz vgl. Witzig, Die Vorarlberger Frage; vgl. auch Wanner, Vorarlberg, zwischen "Schweizer Hoffnung", Hungersnot und "Bolschewistenfurcht"
39. Vgl. Kulemann, Austromarxismus, S. 216 ff., 347 ff.; Hautmann - Kropf, Die österreichische Arbeiterbewegung, S. 136 ff., 162 ff.
40. Vgl. Vögel, Hundert Jahre Vorarlberger Landtag, S. 137; Bilgeri, Politische Geschichte Vorarlbergs, S. 48; Burmeister, Geschichte Vorarlbergs, S. 178; Wanner, Vorarlbergs Übergang von der Monarchie zur Republik, S. 104
41. Sigismund Waitz, geb. 29.5.1864, gest. 30.10.1941 in Salzburg, vgl. Oberkofler, Zur Geschichte der katholischen Soziallehre in Österreich, S. 100 ff.; Silberbauer, Österreichs Katholiken und die Arbeiterfrage, S. 210 ff.; vgl. Jablonka, Waitz, Bischof unter Kaiser und Hitler, bes. das Vorwort von L. Jedlicka; vgl. VV 14.11.1918; vgl. Wanner, Vorarlbergs Übergang von der Monarchie zur Republik, S. 105
42. VV 6.1.1923; Wanner, Vorarlbergs Übergang von der Monarchie zur Republik, S. 105
43. Vgl. Burmeister, Geschichte Vorarlbergs, S. 175, 180; Witzig, Die Vorarlberger Frage; Wanner, Vorarlberg, S. 1034; ders., Vorarlbergs Übergang von der Monarchie zur Republik, S. 105; Bilgeri, Bregenz, S. 560. Landeskongress der SDAP vom 19.3.1919; VV 22.3.1919, VV 29.5.1919; Wahlauf Ruf der SDAP vom 29.12.1918, zit. nach Stadler, Die Gründung der Republik,

- S. 81, ebenso VW 16.11.1918. Im April 1919 forderte der SDAP-Landtagsabgeordnete Franz Rauscher Verhandlungen der Landesregierung mit Deutschland: VLSS 16. Sitzung 1919, S. 14 ff. und VW 15.7.1919
44. VW 11.10.1919; zum Vertrag von St. Germain vgl. Fellner, Der Vertrag von St. Germain, vgl. auch Witzig, Die Vorarlberger Frage, S. 482, 489
45. VW 23.11.1918, 11.5.1919, VW 29.5.1919; vgl. Skalnik, Auf der Suche nach der Identität
46. VLSS 1. Sitzung vom 5.12.1919; VW 4.12.1918, 10.12.1919
47. Vgl. Skalnik, Auf der Suche nach der Identität, S. 16 f.
48. VW 21.12.1928, VV 17.11.1918; zu Fink vgl. Nachrufe in VW 4.u.6.7.1929, VV 16.7.1929
49. VLReg. Prs. 305/1919
50. "Wohin strebt Vorarlberg?", Bregenz (Teutsch) 1919, liegt bei VLReg. Prs. 305/1919
51. VLReg. Prs. 1071/1933, 918/1918, 1048/1933, VW 15.11.1932
52. Vgl. Schweizer, Die Revolutions- und Rätebewegung in Lindau
53. Vgl. v.a. Greussing, Grenzstationen - Umbruch und Diktatur, S. 112 ff.; vgl. auch Wanner, Vorarlberg zwischen "Schweizer Hoffnung" und Bolschewistenfurcht"; vgl. zu den Räten in Österreich: Reventlow, Zwischen Alliierten und Bolschewiken, Arbeiterräte in Österreich 1918-1923
54. Vgl. Kulemann, Austromarxismus, S. 250 ff.
55. VLReg. Prs. 54/1918, 142/1919, 170/1919; BH Feldkirch, Polizei 1919: Bericht vom 16.6.1919; VT 12.1.1919; vgl. Weissel, Die Ohnmacht des Sieges, S. 167 ff.; Staudinger, Christlichsoziale Partei, S. 257
56. VW 24.3.1919, "Der Betriebsrat", Beilage zu VW 28.9.1919, VW 16.3.1919, 24.3.1919, 28.3.1919, 29.3.1919
57. VW 28.3.1919, 16.4.1919, VLReg. Prs. Protokoll der LReg.-Sitzung vom 29.3.1919, VLSS 1919, 6. Sitzung vom 8.7.1919, S. 43
58. VW 16.4.1919
59. VLReg. Prs. 113/1919, VV 12.3.1919, 13.3.1919, 21.3.1919, VW 11.3.1919, 13.3.1919, 21.3.1919, vgl. Greussing, Grenzstationen, S. 116 f.
60. VV 13.3.1919, 12.3.1919, 11.3.1919, VW 11.3.1919, 17.3.1919, 21.3.1919
61. VLReg. Prs. 113/1919, VV 18.3.1919
62. VLReg. Prs. 234/1919, Sammelakt "Lindau, Drohung der bayerischen Räteregierung mit Einrücken der Garnison in Bregenz"; vgl. Wanner, Vorarlberg zwischen "Schweizer Hoffnung", Hungersnot und "Bolschewistenfurcht", der nur die Version des Telegramms kennt.
63. VLReg. Prs. 234/1919, vgl. auch VLReg. Prs. 1106/1923; Schreiben des SDAP-Sekretariats an VLReg. vom 12.4.1919 und Entwurf einer Antwort sowie eine Weisung an BHs in VLReg. Prs. 234/1919, ebenso Bericht der VLReg. vom 30.5.1919; vgl. auch Huebner, Ender, S. 36
64. Vgl. Greussing, Grenzstationen, S. 122; VV 13.4.1919, 15.4.1919
65. VLReg. Prs. 769/1922, VV 3.11.1924; vgl. Kulemann, Austromarxismus, S. 250 ff.
66. VLReg. Prs. 234/1919. Bereits am 15.3. hatten sich Vertreter des Lindauer und Bregenzer Soldatenrats zu einer Unterredung getroffen: BH Bregenz ABt. C 685/1919
67. VLReg. Prs. 34/1918, 87/1921, 301/1929, 224/1919
68. VLReg. Prs. 632/1922, Sammelakt Abwehr des Bolschewismus; VLSS 1919, 6. Sitzung vom 8.7.1919, S. 42; AZ 2.6.1920
69. VLReg. Prs. 632/1922, 302/1919, 236/1919, 226/1919, 287/1919, 244/1923

70. VLReg. Abt. II, Landeshauptmann 1106/1923, Sammelakt Volksmiliz, Bürgerwehr; BH Feldkirch, Polizei 1919; VLReg. an BHS zur Schaffung von Volksmilizen am 19.4.1919; VLSS 1919, 6. Sitzung vom 8.7.1919, S. 43; vgl. v.a. Greussing, Grenzstationen, Umbruch und Diktatur, S. 121 f.; Rape, Die VlbG, Heimwehr und die bayerische Rechte 1920-1923; Dreier, Gegen Sozialisten und Nazis
71. VV 30.10.1928, Ender vor dem VlbG, Heimatdienst; VV 29.12.1928; vgl. Greussing, Grenzstationen, S. 120 f.
72. VLReg. Prs. 568/1931
73. Quellen in der Reihenfolge der Erwähnung:
VLReg. Prs. 594/1919, VW 19.7.1919, 23.7.1919, 11.6.1919; VLReg. 648/1919; VW 26.9.1929, 30.9.1929, 3.10.1929, 8.10.1929, 29.10.1929, VV 1.10.1929 u.v.a.; VLReg. Prs. 533/1929; VLReg. Prs. 737/1922, 508/1927, 340/1927; VLReg. Prs. 421/1926, VW 26.6.1926; VLReg. Prs. 224/1933; VW 5.1.1933, VV 3.1.1933, VW 21.1.1933
74. VLReg. Prs. 594/1919, BH Bregenz Abt. C 1873/1919. Am selben Tag fanden auch in Dornbirn, Feldkirch und Bludenz Versammlungen statt, Teil eines internationalen Protestes: VW 19.7.1919, 23.7.1919. Bereits am 9.6. hatte eine Protestversammlung stattgefunden: VW 11.6.1919
75. zum Vorfall in Feldkirch und zur Landtagsdebatte: VW 8.1.1919, 9.1.1919, 10.1.1919, VV 9.1.1919, 29.1.1919, VLSS 1919, 7. Sitzung, S. 16 ff.
76. VLReg. Prs. 206/1919
77. VLReg. Prs. 205/1920
78. VLReg. Prs. 367/1921
79. VLReg. Prs. 180/1923
80. VLReg. Prs. 759/1924; zur Bedeutung der "Respektabilität" angesichts der täglichen Zumutungen beim langsamen sozialen Aufstieg vgl. Lüdke, Rekonstruktion von Alltagswirklichkeit; S. 340
81. VLReg. Prs. 421/1926
82. Vgl. VW 26.9.1929, 30.9.1929, 3.10.1929, 8.10.1929, 29.10.1929; VV 1.10.1929 u.v.a.; VLReg. Prs. 533/1929; zu den Mitgliederzahlen der SDAP vgl. weiter unten.
83. VLReg. Prs. 825/1929; zum Heimatdienst vgl. weiter unten.
84. Vgl. Botz, Gewalt in der Politik, S. 337; Passeron - Bourdieu, Grundlagen einer Theorie der symbolischen Gewalt
85. VLReg. Prs. 224/1933, VW 23.2.1933. Zur Demonstration vom 2.1.1933 vgl. VT 3.1.1933, auch am 21.3. demonstrierten Arbeitslose in Bludenz; Bericht Landesgend.Kdo. an BKA, Generaldirektion für öffentliche Sicherheit vom 2.3.1933, ÖVa 33/329, AVA 1919-1933
86. VLReg. Prs. 345/1932, 248/1933
87. Vgl. weiter unten
88. Vgl. Johler, Maifeiern, Manuskript o.J.; ders., Jeatzt würds heall, S. 225 ff.
89. Vgl. Korff, "Heraus zum i. Mai". Maibrauch zwischen Volkskultur, bürgerlicher Folklore und Arbeiterbewegung
90. Vgl. Johler, Jeatzt würds heall; VLReg. Prs. 286/1925, VW 2.5.1925; VLReg. Prs. 444/1933
91. Vgl. Johler, Jeatzt würds heall
92. VLReg. Prs. 441/1920
93. VLReg. Prs. 286/1925

94. VLReg. Prs. 441/1920, 440/1921, 393/1922, 305/1923, 286/1925, 376-8/1926, 444/1933
95. VLReg. Prs. 444/1933
96. VLReg. Prs. 305/1925, 444/1933
97. VLReg. Prs. 444/1933
98. Vgl. Jöhler, Jeatzt würds heall
99. VLReg. Prs. 454/1922, auch 455/1919, 307/1923
100. VLReg. Prs. 286/1925
101. VLReg. Prs. 535/1920

Anmerkungen

zum Kapitel "Politik und Revolte" (S. 67-77)

1. VLReg. Prs. 547/1922
2. Vgl. Elmenreich-Feurstein, Die Landwirtschaft Vorarlbergs, S. 408; Amt der Vorarlberger Landesregierung (Hg.): Grundlagen und Probleme der Raumplanung in Vorarlberg, S. 43; Ulmer, Volk und Wirtschaft, S. 170
3. Österreichische Statistik für Land- und Forstwirtschaft, zit. nach Schuler, Die wirtschaftliche Bedeutung der Vorarlberger Landwirtschaft, S. 15
4. Vgl. Staffler, Tirol und Vorarlberg, S. 144; Fitz, Die Frühindustrialisierung, S. 75 f. und 172 f.; Kuhn, Die Industrialisierung des Bodenseeraums, S. 171 f.
5. Vgl. Erhebung aus dem Jahr 1938 in Schuler, Die wirtschaftliche Bedeutung der Vorarlberger Landwirtschaft, S. 17
6. VV 3.12.1932, 4.2.1933, 10.1.1933; vgl. Wanner, Kammer für Arbeiter und Angestellte, S. 87 f.; Walsler, Die illegale NSDAP, S. 7
7. Vgl. Vorarlberg, Unser Land, S. 373 f.: Angaben zu einzelnen Orten
8. Zur Zwangsbewirtschaftung und Lebensmittelsubventionierung; VV 14.6.1921, 14.12.1921, 15.5.1922; vgl. Bauernblatt in VLReg. Prs. 251/1920
9. Bauernkammer für Vorarlberg, Untersuchungen über die Rentabilität von Vorarlberger Landwirtschaftsbetrieben, für 1925/26: Bregenz 1927, S. 61; Berchtold, Die Walsler einst und heute, S. 130
10. Bauernblatt in VLReg. Prs. 199/1920; vgl. zum bäuerlichen Radikalismus: Bewegung des "gemeinen Mannes" um 1706, Burmeister, Vorarlberg, S. 133 f.; Ermordung des Kreishauptmannes Ignaz Anton Indermauer in Bludenz 1796, vgl. Bilgeri, Vorarlberg Bd. IV, S. 184
11. Vgl. Methlagl, Franz Michael Felder und Kaspar Moosbrugger im Kampf der politischen Parteien Vorarlbergs 1864-1868; VLReg. Prs. 633/1920
12. dazu und zum Folgenden: VLReg. Prs. 547/1922, Sammelakt "Straßendemonstration in Bludenz. Suspendierung des Bezirkshauptmannes"
13. Bauern-Blatt in VLReg. Prs. 251/1920, 199/1920
14. Vgl. Dreier, Gegen Sozialisten und Nazis, S. 54; VLReg. Prs. 547/1922
15. VV 20.11.1920, 24.11.1920, 21.11.1920, 23.11.1920; VLReg. Prs. 47/1921; vgl. Rape: Die österreichische Heimwehr und die bayerische Rechte, S. 88 ff.; Oberkofler, Die Tiroler Arbeiterbewegung, S. 171, 183
16. Vgl. Schuler, Die wirtschaftliche Bedeutung der Vorarlberger Landwirtschaft, S. 154; vgl. weiter unten, "Vorarlberg im Austrofaschismus"
17. Vgl. Anhang: Wahlergebnisse

18. Vgl. Schuler, Die wirtschaftliche Bedeutung der Vorarlberger Landwirtschaft, S. 159; Wanner, Vorarlberger Zeitgeschichte, S. 39
19. Vgl. Wandruszka, Österreichs politische Struktur, S. 401 ff. Endgültig aufgelöst wurde der Landbund nach dem Juliputsch der Nationalsozialisten; VV 29.8.1934
20. Vgl. Johler, Jeatzt würds heall, S. 246; Schuler, Die wirtschaftliche Bedeutung der Vorarlberger Landwirtschaft, S. 154 ff.
21. Vgl. Kernbauer - Weber: Von der Inflation zur Depression, S. 9; vgl. v.a.: Bauernkammer für Vorarlberg (Hg.), 4. und 5. Bericht über die Rentabilität von Vorarlberger Landwirtschaftsbetrieben, Bregenz 1928, v.a. die Schlußworte
22. Berchtold, Die Walser einst und heute, S. 130; vgl. Hanisch, Der politische Katholizismus als ideologischer Träger des "Austrofascismus", S. 66 f.
23. Vgl. Schepke, Norbert: Die Hypothekenbank des Landes Vorarlberg, Innsbruck 1972 (= Beiträge zur alpenländischen Wirtschafts- und Sozialforschung Folge 140), S. 57f., 70f.

Anmerkungen

zum Kapitel "Soziale Lage und soziale Macht" (S. 78-132)

1. Vgl. auch zum Folgenden: Wirtschaftsbericht der Kammer für Arbeiter und Angestellte 1928/2 und 1929/1
2. Vgl. Anm. 1 und VW 7.3.1931, S. 5
3. Vgl. Anm. 1; Bruttoeinkommen werden wie Nettoeinkommen behandelt, die Lohnsteuer kann vernachlässigt werden, da sie z.B. für Jahreseinkommen von 1.401 bis 3.400 Schilling nur 1,1 Prozent betrug und auch für Einkommen bis 5.300 Schilling nur bei 2,2 Prozent lag. Auch der Höchstsatz war mit 11 Prozent für Einkommen über 24.000 Schilling sehr nieder; vgl. Fink, Die Wirtschaftsverhältnisse, S. 134 ff.
4. Vgl. Wirtschaftsbericht der Kammer für Arbeiter und Angestellte 1929/1, S. 20
5. Ebda. 1928/2, S. 64
6. Ebda. 1928/2, S. 72 ff., 1929/1, S. 34
7. Die Entlohnung der Vorarlberger Industrie- und Handelsangestellten am 30. Juni 1927, hg. von der Kammer für Arbeiter und Angestellte, Feldkirch o.J.
8. VV 31.1.1925
9. Bericht der Gewerbeinspektoren über ihre Amtstätigkeit im Jahre 1925, S. 127; 1927, S. 130; 1930, S. 127 f.
10. Wirtschaftsbericht der Kammer für Arbeiter und Angestellte 1928/2, S. 43; Statistisches Handbuch des Bundesstaates Österreich, N. F., 1937, S. 140
11. VLReg. Abt. II 10/1921
12. Fink, Die Wirtschaftsverhältnisse, S. 126
13. Die Arbeiterkammer erhob jährlich die Kaufkraft der Konsumvereinsmitglieder, 1931 etwa von 8.436 Mitgliedern in 16 Konsumvereinen; Wirtschaftsbericht der Kammer für Arbeiter und Angestellte 1931, S. 57 ff; 1932, S. 68; VW 23.7.1934

14. Schindler, Das Volksvermögen Vorarlbergs, S. 216 f.; vgl. zur Inflation insgesamt: Dreier, Diss., S. 89 ff.; Sparguthaben: VW 7.7.1923
15. Preis- und Lohnsteigerungen: VV 18.5.1922, 1.1.1923; zur Kaufkraft von Arbeitern und Beamten: VW 15.4.1920, 19.5.1920
16. Vgl. Kamitz, Die österreichische Geld- und Währungspolitik, S. 177. Allein in Bregenz wurden 41 Stiftungen und Stipendienfonds vernichtet: vgl. Bilgeri, Bregenz, S. 572; vgl. besonders: Kernbauer / Weber: Von der Inflation zur Depression, S. 10
17. Reallexikon der Medizin, München-Wien-Baltimore 1977, T 156 "Tuberkulose-Disposition"; VW 14.4.1928; VT 2.10.1929, VT 12.3.1932; vgl. Wanner, Die Kammer für Arbeiter und Angestellte, S. 26; ders., Vorarlberger Zeitgeschichte, S. 96 f.
18. VW 14.4.1928; VW 8.10.1929; VV 12.3.1932
19. VV 12.3.1932
20. Österreichischer Amts-Kalender für das Jahr 1930, 9. Jg., Wien 1930, S. 671 f.
21. VW 19.11.1929
22. Fink, Die Wirtschaftsverhältnisse, S. 57 f.
23. VW 5.12.1925, 18.12.1927, 18.5.1929; Bilgeri, Bregenz, S. 575 f.
24. Fink, Die Wirtschaftsverhältnisse, S. 128 f.; VW 2.2.1928
25. VV 24.12.1930, 24.7.1930; Bericht der Gewerbeinspektoren 1923, S. 154
26. Fink, Die Wirtschaftsverhältnisse, S. 128 ff.
27. Ebda. S. 131; vgl. Goldinger, Der geschichtliche Ablauf, S. 132 f.
28. VV 5.4.1922
29. Fink, Die Wirtschaftsverhältnisse, S. 128
30. VLSS, I. Beilage zur Tagung des 11. Landtages 1923
31. VV 5.4.1922
32. VV 5.7.1921, 10.7.1921, 15.7.1921, 11.8.1921, 27.8.1921, 29.3.1922
33. Statistisches Handbuch für den Bundesstaat Österreich, N.F. Wien 1937, S. 137; Fink, Die Wirtschaftsverhältnisse, S. 166
34. Ergebnisse der außerordentlichen Volkszählung vom 31.1.1920, hg. von der Statistischen Zentralkommission, Wien 1921; Fink, Die Wirtschaftsverhältnisse, S. 128 f.
35. Vgl. Hoffmann, Entproletarisierung durch Siedlung
36. VV 18.9.1934
37. Zit. nach Hoffmann, Entproletarisierung durch Siedlung, S. 733
38. Vgl. Dreier, Vorarlberger Arbeiterbewegung 1918-1934 (Diss.), S. 61 ff.
39. Vgl. Handwörterbuch der Staatswissenschaften, hg. v. L. Elster, A. Weber, F. Wieser, 1. Bd., Jena 1923 (4. Auflage), S. 508 f.; Hundert Jahre Handelskammer, S. 376 f.; Weber, Die sozialpolitische und sozialrechtliche Entwicklung in Österreich
40. Vgl. Wanner, Kammer für Arbeiter und Angestellte, S. 33
41. VW 5.3.1927, Leitartikel
42. VW 16.9.1930; Jahrbuch der österreichischen Arbeiterbewegung Jg. 1930, S. 105; VW 13.11.1928
43. Vgl. die folgenden Abschnitte sowie VLReg. Prs. 315/1931
44. Vgl. auch im Folgenden: Handwörterbuch der Staatswissenschaften (wie Anm. 39), S. 508 f.
45. Die Amtstätigkeit der Gewerbeinspektorate im Jahre 1923, S. 198 ff.; 1930, S. 125; 1931, S. 86; 1933, S. 92. VW 15.1.1920 beklagt die mangelnde Kontrolle durch das Gewerbeinspektorat.

46. Vgl. zu diesem Kapitel: Uhlig, Schwabekinder aus Tirol und Vorarlberg; ders., Späte Schwabekinder
47. Uhlig, Späte Schwabekinder, S. 31 f.; VV 11.2.1922
48. Uhlig, Späte Schwabekinder, S. 31 f.
49. Handwörterbuch der Staatswissenschaften (wie Anm. 41), S. 510
50. Wirtschaftsbericht der Kammer für Arbeiter und Angestellte 1928/I, Tab. 20 und S. 59 f.
51. Handwörterbuch der Staatswissenschaften (wie Anm. 39), S. 513; Heimar-
beit-Bericht in: Bericht der Gewerbeinspektoren 1923, S. 198 ff.
52. Hundert Jahre Handelskammer, S. 376 f.
53. VV 15.5.1923
54. Handwörterbuch der Staatswissenschaften (wie Anm. 39), S. 510 f.; VV
10.8.1920; vgl. Klenner, Die österreichischen Gewerkschaften, Bd. II,
S. 966
55. VV 20.6.1922, 18.2.1923, vgl. Wanner, Kammer für Arbeiter und Ange-
stellte, S. 27
56. VW 6.2.1924, 14.2.1925, 11.11.1925; Protokoll über den VIII. österrei-
chischen Arbeiter-Kammertag in Feldkirch, S. 2
57. Wirtschaftsbericht der Kammer für Arbeiter und Angestellte 1928, S. 52
58. Arbeiterkammervollversammlung vom 31.1.1925: VW 14.2.1925
59. VLReg. Prs. 440/1927
60. Bericht der Gewerbeinspektoren 1928, S. 155; 1924, S. 107
61. VW 12.5.1926
62. Vgl. Anhang; Angaben nach den Statistischen Handbüchern für die Repu-
blik Österreich, N. F., 1921 - S. 112, 1923 - S. 99, 1924 - S. 103, 1925 -
S. 127, 1926 - S. 124, 1927 - S. 146, 1928 - S. 152, 1929 - S. 155, 1930 -
S. 158, 1931 - S. 160, 1932 - S. 167, 1933 - S. 170, 1935 - S. 186. Die
Aufstellung berücksichtigt bundesweite Streiks, z.B. Eisenbahnerstreiks,
nicht; manchmal bestehen geringe Differenzen zu den jeweiligen Berichten
des Gewerbeinspektorats.
63. Vgl. Anhang; Angaben nach dem Statistischen Handbuch für die Republik
Österreich, N. F. 1924 - S. 105 f., 1925 - S. 129 f., 1926 - S. 126 f.,
1927 - S. 148 f., 1928 - S. 154 f., 1929 - S. 157 f., 1930 - S. 160 f.,
1931 - S. 162 f., 1932 - S. 169, 1933 - S. 172
64. Vgl. Kulemann, Austromarxismus, S. 295
65. Vgl. zur Situation vor dem Ersten Weltkrieg: Scheuch, Geschichte der
Arbeiterschaft Vorarlbergs bis 1918, S. 101; vgl. vor allem Mittersteiner,
Wachstum und Krise - Vorarlberger Arbeiterbewegung 1890-1918
66. Vgl. Amann, Werden und Wirken der christlichen Arbeiterbewegung; Dreier,
Konjunktur der Hoffnung, S. 169 f.
67. Vgl. Anm. 63
68. Zu den Verhältnissen in Österreich vgl. Klenner, Die österreichischen
Gewerkschaften, S. 1064 f. (Bd. 2);' zu den AK-Wahlen: Wanner, Kammer
für Arbeiter und Angestellte, S. 48
69. Vgl. Pelinka: Stand oder Klasse, S. 183-202, 251-260; Klenner, Die öster-
reichischen Gewerkschaften, S. 1019 ff. (Bd. 2); Kunschak, Österreich
1918-1934
70. Vgl. Pollak, Religiöse Sozialisation, politisches Handeln und Weltanschau-
ung, dargestellt am Leben des Anarchisten Carl Dopf, vor allem S. 132
71. Vgl. Klenner, Die österreichischen Gewerkschaften, S. 1043 (Bd.2)

72. Otto Troidl, Landessekretär zwischen 1919 und 1924, stand häufig mit den Unternehmern in Konflikt: VV 9.3.1922, 10.3.1922, 23.3.1922; vgl. Wanner, Kammer für Arbeiter und Angestellte, S. 25 ff. Troidl spielte aber auch bei einem Bauarbeiterstreik in Bludenz im selben Jahr eine recht unklare Rolle. Christliche Arbeiter waren vom VV zum Streikbruch aufgerufen worden; sie wurden von Gendarmen geschützt und der Streik mußte abgebrochen werden. VV 29.9.1922, 4.10.1922; VV 21.7.1923
73. Zur Geschichte vgl. vor allem Mittersteiner, Wachstum und Krise - Vorarlberger Arbeiterbewegung 1890-1918; Scheuch, Geschichte der Arbeiterschaft Vorarlbergs, S. 97; vgl. Statistisches Handbuch für die Republik Österreich, N. F. 1924 - S. 106, 1931 - S. 163; zu den Sekretären vgl. VV 3.7.1920, VV 11.5.1921, VLReg, Prs. 298/1927; zum organisatorischen Aufbau vgl. Klenner, Die österreichischen Gewerkschaften, S. 1811 ff. (Bd. 2), S. 520 f. (Bd. 1); VV 28.8.1926
74. Zu den Zahlen vgl. Anhang. Zur Zusammengehörigkeit von Partei und Gewerkschaft vgl. Klenner, Die österreichischen Gewerkschaften, S. 625 (Bd. 1), S. 713 (Bd. 1); vgl. auch Fehlinger, die österreichische Gewerkschaftsbewegung; Scheuch, Geschichte der Arbeiterschaft Vorarlbergs bis 1918, S. 107; VV 27.3.1920; Propaganda der SDAP
75. Vgl. Statistisches Handbuch für die Republik Österreich, N. F., 1927 - S. 148 f., 1928 - S. 154 f.; vgl. Klenner, Die österreichischen Gewerkschaften, S. 728 (Bd. 1)
76. Spindler: VV 1.1.1919, 11.5.1921
Sieß: vgl. Wanner, Kammer für Arbeiter und Angestellte, S. 111 f.
Linder: vgl. - wie auch zu den übrigen Funktionären - weiter unten Kap. "Parteien - Weltanschauungen - Kulturkampf"
Mayer: VV 20.2.1929, 22.1.1927, Lebenslauf: VV 12.10.1929
Politikergehälter: VRReg. Prs. 18/1939
77. Vgl. Klenner, Die österreichischen Gewerkschaften, S. 1074 ff. (Bd. 2); Pelinka, Stand oder Klasse, S. 31 f.; Wanner, Kammer für Arbeiter und Angestellte, S. 48; vgl. weiter unten: Betriebsratswahlen
78. Vgl. Mittersteiner, Wachstum und Krise - Vorarlberger Arbeiterbewegung 1890-1918
79. VLReg. Prs. 432/1925
80. VLReg. Prs. 401/1922, 361/1922, 339/1923
81. VV 24.2.1926, 3.3.1926, 10.3.1926
82. Wirtschaftsbericht der Kammer für Arbeiter und Angestellte 1932, Tab. XIII; vgl. Dreier, Konjunktur der Hoffnung, S. 166 f.
83. VLReg. Prs. 238/1931
84. Vgl. Mittersteiner, Wachstum und Krise, S. 110, S. 125
85. Vgl. Klenner, Die österreichischen Gewerkschaften, S. 625 (Bd. 1)
86. Vgl. Mommsen, Theorie und Praxis des österreichischen Ständestaates, vor allem S. 179
87. Wanner, Kammer für Arbeiter und Angestellte, S. 9 f., vgl. auch: Hundert Jahre Handelskammer, S. 377; Klenner, Die österreichischen Gewerkschaften, S. 741 (Bd. 1)
88. Bücher-Katalog der Kammerbibliothek in Bregenz, hg. von der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Vorarlberg, Dornbirn (1930); vgl. Wanner, Kammer für Arbeiter und Angestellte, S. 57 ff.; Kulemann, Austromarxismus, S. 24 ff.
89. Die Jahrgänge 1928-1932 liegen im VLA Bregenz

90. Wanner, Kammer für Arbeiter und Angestellte, S. 12 ff.
91. Ebda., S. 42 ff.
92. Ebda., S. 92 ff.
93. Zur Entstehung der Betriebsräte vgl. Weissel, Die Ohnmacht des Sieges, S. 268 f.; Filla, Zwischen Integration und Klassenkampf, S. 25-95; Pollak, Sozialismus in Österreich, S. 133; Hundert Jahre Handelskammer, S. 377
94. Vgl. Klenner, Die österreichischen Gewerkschaften, S. 491 f. (Bd. 1)
95. Berichte der Gewerbeinspektorate im Jahre 1930, S. 126
96. VW 16.7.1919
97. VW 13.12.1927. In Österreich hatten die Freien Gewerkschaften 80, die christlichen 54 und diverse Gruppen 4 Mandate erreicht.
98. VW 19.10.1923, 20.10.1926, 18.10.1927, 15.10.1928, 19.10.1929; vgl. Kap. "Der Vorarlberger Weg in den Austrofaschismus"; vgl. Klenner, Die österreichischen Gewerkschaften, S. 764 (Bd. 2)
99. Berichte der Gewerbeinspektorate im Jahre 1925, S. 126; VW 15.4.1927
100. VW 13.12.1932
101. BH-Bregenz 2362-1/1918, Bericht des Gend.Postens Langen vom 10.8.1918
102. VLReg. Prs. 1048/1919
103. Vorfällenheitsberichte 1933, VLReg. Prs. 202/1933; Tagung des Handels, Gewerbe und Industrie; vgl. Dreier, Doppelte Wahrheit
104. VLReg. Prs. 308/1922; vgl. zur Bedeutung dieses Streiks für die christlichen Gewerkschaften: Amann, Werden und Wirken der christlichen Arbeiterbewegung, S. 20 f.
105. VLReg. Prs. 1026/1920
106. VLReg. Prs. 553/1923
107. Zum Reglement: vgl. Fehlinger, Die österreichische Gewerkschaftsbewegung, S. 82 f. Die Gewerkschaft achtet auf Streikdisziplin und Disziplin bei Streiks: VW 22.1.1928, 23.1.1928; sie legt wilde Streiks bei: VLReg. Prs. 553/1923; zu den "Eckpfeilern" vgl. VW 15.11.1919, Beilage "Der Betriebsrat"
108. Zu den Mitgliedsbeiträgen vgl. Klenner, Die österreichischen Gewerkschaften, S. 729 (Bd. 1)
109. Fehlinger, Die österreichische Gewerkschaftsbewegung, S. 88 f.
110. Siehe auch VW 23.5.1925
111. VW 18.10.1924, 11.10.1924, 25.10.1924, VV 13.10.1924, 15.10.1924. Arbeitskonflikte in den Rüscherwerken während des Krieges: "Meldung des Militäránwaltes an das Mil.Kdo. in Innsbruck über passive Resistenz in der Rüstungsindustrie". In: Neck, Arbeiterschaft und Staat im Ersten Weltkrieg, n. 301, S. 111 ff.; ebenso "Note des Inspizierenden der militärischen Leiter der Betriebe an das M.d.I. über die Agitation des Metallarbeiterverbandes Tirol-Vorarlberg", ebda., n. 338, S. 174; vgl. Tiechl, Dornbirn im Ersten Weltkrieg, S. 43 (Streik Rüscherwerke Juni 1918)
112. VLReg. Prs. 566/1921; vgl. auch Wanner, Kammer für Arbeiter und Angestellte, S. 91
113. Vgl. Dreier, Konjunktur der Hoffnung, S. 183
114. VLReg. Prs. 640/1920, 566/1921, 617/1922, 405/1923, 498/1927, 722/1929
115. VLReg. Prs. 640/1920
116. VLReg. Prs. 566/1921, VV 15.6.1921, VV 17.6.1921, VLReg. Prs. 617/1922, 405/1923
117. VLReg. Prs. 498/1927
118. VLReg. Prs. 406/1925

119. VLReg. Prs. 498/1927, 298/1927
120. Ebda.
121. VLReg. Prs. 673/1928
122. Vgl. Ein Jahrhundert Strom, Beilage Vorarlberger Nachrichten vom 22.2.1983, S. 17 f.; Hundert Jahre Handelskammer, S. 261, S. 271
123. Ender in Besprechung mit Vertretern der Baufirmen am 23.7.1929; vgl. dazu und zum gesamten Streik VLReg. Prs. 722/1929
124. Vgl. Aufstellung im Anhang
125. Beim Streik in Dornbirn vom 20. bis 27.4.1927 hatten 140 Arbeiter der städtischen Wasserleitung und 60 Arbeiter vom Fabriksbau Sägen teilgenommen: VLReg. Prs. 340/1927; Streik Bregenz: VLReg. Prs. 508/1927, VW 30.6.1927, 12.7.1927
126. VLReg. Prs. 508/1927, Illwerke: VLReg. Prs. 722/1929

Anmerkungen zum Kapitel "Wirtschaftskrise..." (S. 133-153)

1. Vgl. z.B. Matthes, Das Ende der Ersten Republik, S. 12 f. und 17
2. Vgl. Hundert Jahre Handelskammer, S. 162
3. Ebda., S. 159
4. F. M. Hämmerle baute zwischen Jänner 1930 und Jänner 1931 fast 500 Arbeiter ab: VW 7.3.1931, S. 5
5. 1927 beschäftigten 521 Stickereibetriebe unfallversicherte Arbeiter, davon hatten 457 Betriebe 1 bis 5 Arbeiter, 36 Betriebe 6 bis 20 Arbeiter, 20 Betriebe 21 bis 50 Arbeiter und 8 Betriebe 51 bis 100 Arbeiter; vgl. VWSSt, 1. Jg. 1945, S. 144
6. Vgl. Hundert Jahre Handelskammer, S. 187 ff., 173 f.
7. Wirtschaftsbericht der Kammer für Arbeiter und Angestellte, 1932, S. 46
8. VV 10.10.1932; VW 15.12.1932; VV 5.1.1933
9. Vgl. dazu die Aufstellung im Anhang
10. Vgl. Hundert Jahre Handelskammer, S. 227; Wirtschaftsbericht der Kammer für Arbeiter und Angestellte, 1932, S. 48 f.; VW 1.5.1931
11. Hundert Jahre Handelskammer, S. 317
12. VLReg. Prs. 34/1918, 301/1919
13. Vgl. Dreier, Doppelte Wahrheit. Ein Beitrag zur Geschichte der Tausendmarksperrre
14. Vgl. Vorarlberger Kraftwerke, VKW 1901-1951, S. 65 ff.; Hundert Jahre Handelskammer, S. 261; Burmeister, Geschichte Vorarlbergs, S. 186
15. VV 31.5.1922, vgl. Hundert Jahre Handelskammer, S. 273 f.
16. VW 25.12.1920; VV 21.5.1921; Wirtschaftsbericht der Kammer für Arbeiter und Angestellte, 1932, S. 50
17. Vgl. Ein Jahrhundert Strom, Beilage zur VN, 22.2.1983; VV 31.5.1922; Vorarlberger Kraftwerke, VKW 1901-1951; Vorarlberger Illwerke, 50 Jahre Vorarlberger Illwerke 1924-1974, Bregenz o.J.; Hundert Jahre Handelskammer, S. 261 ff.
18. Brändle - Greussing, Fremdarbeiter und Kriegsgefangene. In: Malin-Gesellschaft (Hg.): Von Herren und Menschen, S. 161 ff.; Brändle - Egger, Roh-

- stoff Mensch: Fremdarbeiter und Kriegsgefangene in Vorarlberg, S. 299 ff.; Vorarlberger Illwerke, Das Unternehmen stellt sich vor
19. VLReg. Prs. 202/1932
 20. Ebda.
 21. VLReg. Prs. 37/1932
 22. Vgl. Vester, Die Entstehung des Proletariats als Lernprozeß, S. 81
 23. Jahoda - Lazarsfeld - Zeisel, Die Arbeitslosen von Marienthal
 24. Zahlen im Anhang; vgl. zur Erklärung VWSSt, 2. Jg. 1946, S. 206
 25. Wirtschaftsbericht der Kammer für Arbeiter und Angestellte, 1932, S. 60
 26. Statistiken zur Arbeitslosenversicherung, 1932, S. 19 und 21
 27. Vgl. Matthes, Das Ende der Ersten Republik, vor allem S. 153 ff.; vgl. die Rezension von Ulrich Kluge zu Dieter Stiefel: Arbeitslosigkeit, in Neue Politische Literatur 27 (1982), S. 522 f.
 28. Vgl. Weber, Die sozialpolitische und sozialrechtliche Entwicklung, S. 588 ff.; Denkschrift der industriellen Bezirkskommission Bregenz aus Anlaß des zehnjährigen Bestandes 1918-1928, Dornbirn 1928; Wanner, Kammer für Arbeiter und Angestellte, S. 28
 29. VW 3.12.1932, 4.2.1933, 10.1.1933; vgl. Wanner, Kammer für Arbeiter und Angestellte, S. 67 f.; Walsler, Die illegale NSDAP, S. 7 f.
 30. VV 12.3.1932; zu Fink vgl. Kap. "Löhne und Lebenshaltungskosten"
 31. Wirtschaftsbericht der Kammer für Arbeiter und Angestellte, 1931, S. 11 f.; 1932, S. 20; VW 21.7.1934; vgl. Walsler, Die illegale NSDAP, S. 8
 32. Wirtschaftsbericht der Kammer für Arbeiter und Angestellte, 1932, S. 43 f., Tab. XIII; VW 13.2.1932
 33. VW 29.5.1921, 17.1.1929, 9.1.1929
 34. Überschüsse des Landeshaushalts 1925-1931: VT 4.11.1932; 1932-1933: Bericht des Finanzausschusses über den Rechnungsabschluß des Landeshaushalts 1933: Beilage 14 zu VLSS XIV 1934, S. 115; vgl. VLReg. Prs. 724/1926; VW 12.12.1926; VLReg. Prs. 140/1929; VW 22.12.1926, VLReg. Prs. 108/1931, 62/1932
 35. Verschuldung: Pro-Kopf-Verschuldung von Ländern und Gemeinden: Vorarlberg an 4. Stelle, vor allem durch Schulden der Gemeinden bedingt: VW 8.8.1931; Sozialwesen allgemein: VLReg. Prs. 37/1929; Wirtschaftsbericht der Kammer für Arbeiter und Angestellte, 1932, S. 74 ff.; VW 23.4.1932, 3.12.1932
 36. VLReg. Prs. 384/1934; vgl. Frommelt, Vorarlberg 1933/34, S. 14; Walsler, Die illegale NSDAP, S. 10 ff.; NR Hermann brachte das im Parlament zur Sprache: VT 27.1.1933, S. 1
 37. VV 4.4.1922
 38. VW 29.12.1927, 25.12.1926, 26.1.1933; vgl. Wanner, Kammer für Arbeiter und Angestellte, S. 82
 39. VLReg. Prs. 108/1931; Denkschrift der industriellen Bezirkskommission Bregenz (vgl. Anm. 28), S. 55 ff.; VW 23.12.1926; vgl. Wanner, Kammer für Arbeiter und Angestellte, S. 28
 40. Statistisches Handbuch für den Bundesstaat Österreich N. F. 1935, S. 178; vgl. Wanner, Kammer für Arbeiter und Angestellte, S. 83 f.
 41. VLReg. Prs. 278/1934
 42. VW 7.1.1933, 2.7.1934; VLReg. Prs. 62/1932; vgl. Wanner, Kammer für Arbeiter und Angestellte, S. 83 f.
 43. Vgl. Klenner, Die österreichischen Gewerkschaften, S. 998 (Bd. 2)
 44. Zit. nach Matthes, Das Ende der ersten Republik, S. 32

45. Bereits 1928 war vom Landtag die Schaffung eines Krisenfonds beschlossen worden. VW 4.8.1928, 19.9.1932; VLReg Prs. 77/1932, 60/1930; Wirtschaftsbericht der Kammer für Arbeiter und Angestellte, 1932, S. 45

Anmerkungen

zum Kapitel "Parteien – Weltanschauungen – Kulturkampf" (S. 154–199)

1. Zur Geschichte des politischen Katholizismus vgl. Silberbauer, Österreichs Katholiken und die Arbeiterfrage; Burmeister, Geschichte Vorarlbergs, S. 143 f., 153 f.; vor allem Haffner, Die Kasiner; ders., Die Aufklärung und die Konservativen
2. Vgl. Burmeister, Geschichte Vorarlbergs, S. 183 f.; Weinzierl-Skalnik, Österreich 1918–1938, S. 1089 f.
3. Kandidaten nach: VV 20.9.1923; VW 22.9.1923; VT 19.10.1923
4. Vgl. Pelinka, Stand oder Klasse, vor allem S. 12 f., 32 f.
5. Würdigung Drexels in VW 11.2.1932
6. VV 28.9.1934; VV 13.10.1934
7. Vgl. Vögel, Hundert Jahre Vorarlberger Landtag, S. 169, 176
8. Ilg, Meine Lebenserinnerungen, S. 76, 87, 88; vgl. Haffner, Die Aufklärung und die Konservativen; Fritsch, Die Situation des professionellen Theaters der Nachkriegszeit in Vorarlberg
9. VV 13.12.1921; Wirtschaftsbericht der Kammer für Arbeiter und Angestellte, 1931, S. 57 ff.; Statuten des Bludener Vereins: VLa Bregenz, Kleine Schriften; Konsum-Verein Lustenau. Denkschrift zum 55-jährigen Bestehen. Werden, Wachsen, Wirken. Hg. v. Konsum-Verein Lustenau, Lustenau (1932) (=VLb)
10. Vgl. Wanner, Vorarlberger Zeitgeschichte, S. 59 ff.
11. Zu Waitz vgl. Jablonka, Bischof unter Kaiser und Hitler; Silberbauer, Österreichs Katholiken und die Arbeiterfrage; Oberkofler, Zur Geschichte der katholischen Soziallehre in Österreich
12. VV 6.1.1923; VLReg. Prs. 331/1922, 511/1929
13. VLReg. Prs. 26/1933; Stärke und Aktivitäten des Reichsbund: AVA, BKA-22/Vorarlberg, Karton 5.169 (1918–1933)
14. VT 18.5.1919; vgl. Bilgeri, Bregenz, S. 545; VW 13.2.1924; VV 4.2.1929
15. VW 26.2.1929
16. Vgl. Katholischer Volkskalender für das Jahr 1921, S. 7 f.; Wanner, Otto Ender, S. 161
17. Vgl. Burmeister, Geschichte Vorarlbergs, S. 167; Bilgeri, Geschichte Vorarlbergs, Bd. IV, S. 376 ff.; Haffner, Die Kasiner; ders., Die Aufklärung und die Konservativen
18. Vgl. Tabellen im Anhang
19. Vgl. z.B. VV 20.9.1923; VW 22.9.1923; VT 19.10.1923
20. Zu den Wahlergebnissen vgl. Tabellen im Anhang
21. Vgl. Walser, Die illegale NSDAP, S. 37 f.
22. Vgl. weiter unten; Vorarlbergische Statistik, S. 35 ff., 42; VV 12.2.1924; VW 13.2.1924; Bilgeri, Bregenz, S. 565
23. Vgl. Adler, Politische und Soziale Demokratie (1926), S. 158

24. Vgl. Weidenholzer, Auf dem Weg zum Neuen Menschen, vor allem S. 71 ff., 87 ff., 277 f.
25. VV 3.7.1922; VW 18.3.1933
26. Vgl. Vereinsregister im VLa; BH Bregenz C 888/1934; VLReg. Prs. 498/1934
27. Zahlen nach Jahrbuch der Österreichischen Arbeiterbewegung 1927, S. 248; 1929, S. 399
28. VW 9.4.1932
29. VW 11.2.1928; Jahrbuch der österreichischen Arbeiterbewegung 1927, S. 33; 1928, S. 61; 1929, S. 85; 1930, S. 119; 1931, S. 92; vgl. Dreier, Konjunktur der Hoffnung, S. 186
30. Vgl. vor allem Nachlaß F. K. Naumann im VLa. (Rauscher, Preiß, Sieß, Lorenz, Schoder, Moosbrugger); VN 12.11.1945 (Bertsch, Draxler); Nachruf Hermann VW 22.7.1933; Präsident Anton Linder 70 Jahre, hg. v. der Feldkircher Arbeiterkammer, o.J.; BH Bregenz C 280/1934; Sammelakt (Peter); VW 12.10.1929 (Mayer)
31. VV 20.9.1923, VW 22.9.1923, VT 19.10.1923: nicht die erlernten, sondern die auf den Kandidatenlisten angegebenen Berufe wurden erfaßt.
32. Vgl. Greussing, Grenzstationen - Umbruch und Diktatur, vor allem 131 f.; Kandidaten nach VW 11.10.1932
33. Jahrbuch der österreichischen Arbeiterbewegung, 1927, S. 25; Weidenholzer, Auf dem Weg zum "Neuen Menschen", Diss., S. 488
34. Mitgliederzahlen 1913, 1919, 1920-1926, 1932 nach Weidenholzer, Auf dem Weg zum "Neuen Menschen", Diss., S. 487; 1926-1931: Jahrbuch der österreichischen Arbeiterbewegung 1927, S. 55; 1928, S. 61; 1929, S. 85; 1930, S. 119; 1931, S. 92
Wahlergebnisse nach: Vorarlbergische Statistik, 2. Heft; VWSSt, 1. Jg. 1945, S. 45 ff.; VV 18.2.1919; VW 18.2.1919; VT 18.2.1919; VV 25.4.1927; VW 30.4.1927; VT 20.3.1928; VV 10.11.1930; VW 11.11.1930; VV 8.11.1932; VT 7.11.1932; VW 8.11.1932
35. VW 19.8.1919
36. Nach Robert Danneberg, vgl. Weidenholzer, Auf dem Weg zum "Neuen Menschen", S. 15 ff.; zur mangelnden innerparteilichen Demokratie vgl. Reitmann, Thesen zu einer Theorie der Bildung im Austrofaschismus, S. 31 ff; Kulemann, Austromarxismus, S. 312 f.
37. VLReg. Prs. 605/1926
38. Goldinger, Der geschichtliche Ablauf der Ereignisse, S. 22
39. VW 18.8.1927
40. VLReg. Prs. 248/1933; vgl. ausführlicher Dreier, Konjunktur der Hoffnung, S. 212 f., ders. Vorarlberger Arbeiterbewegung (Diss), S. 193 ff.
41. Vgl. Egger, Die KPÖ in Vorarlberg 1933-38
42. VLReg. Prs. 248/1933; vgl. Dreier, Vorarlberger Arbeiterbewegung (Diss.), S. 193 ff.
43. VV 17.10.1920
44. VV 19.10.1923, 20.10.1923, 17.10.1923; VV 13.2.1919
45. VW 20.4.1927; VV 25.10.1930
46. VV 16.10.1926, 12.8.1925, 6.10.1925, 19.8.1921, 7.8.1921, 20.7.1921; VW 9.4.1932, 29.10.1931, 3.5.1928
47. VW 14.10.1920, 16.10.1920
48. VW 1.9.1923, 12.5.1923
49. VV 4.11.1932; VW 11.10.1932, 22.10.1932, 5.11.1932; vgl. zur NSDAP weiter unten.

50. VW 17.10.1923, 18.10.1923, 11.9.1920, 14.9.1920, 15.9.1920, 16.9.1920, 17.9.1920, 18.9.1920, 16.2.1928, 18.2.1928; VT 8.11.1930, 23.10.1923; VV 19.10.1923
51. Mit der CVP waren neben Gewerbetreibenden auch einzelne Industrielle verbunden, so seit dem 19. Jahrhundert die Dornbirner Familie Rhomberg, vgl. Haffner, Die Kasiner; vgl. sonst Walser, Die illegale NSDAP, S. 53; ders., Die Hintermänner, Vorarlberger Industrielle und die NSDAP 1933-34
52. VW 8.8.1920, 15.10.1920, auch 12.5.1923
53. VW 24.1.1919, 21.5.1927, 30.4.1927, 26.1.1929
54. Vgl. vor allem Hämmerle: Die Tages- und Wochenzeitungen; zum Volkskalender: Wanner, Vorarlberg, S. 1025; Sozialdemokrat: VLReg. Prs. 256/1925, Bestände in VLb; diverse sozialdemokratische Zeitschriften: Jahrbuch der österreichischen Arbeiterbewegung 1931; zum VV: VV 22.9.1934
55. Vgl. Wanner, Vorarlberger Zeitgeschichte, S. 34 f.; Ilg, Meine Lebenserinnerungen, S. 78 f.
56. VLReg. Prs. 391/1932
57. VLSS 1918/19, 3. Sitzung prov. Landesversammlung vom 3.12.1918
58. VLSS 1918/19, 3. Sitzung prov. Landesversammlung vom 3.12.1918; VV 8.12.1918; vgl. auch Linzer Programm der SDAP vom November 1926 in: Berchtold, Österreichische Parteiprogramme, vor allem S. 258 f.
59. Vgl. Weinzierl, Kirche und Politik, S. 460 f.
60. Zum Glöckel-Erlaß vgl. Weinzierl, Kirche und Politik, S. 475; VLSS 1919, 6. Sitzung vom 8.7.1919, S. 44, 53; VW 11.5.1920; zur Bildungspolitik der SDAP vgl. Hinteregger, Bildungspolitische Tendenzen in Österreich; zur katholisch dominierten Schule vgl. VLSS 1921/22, 55. Beilage, 3. Tagung: Lehrendienstpragmatik, § 69, Abs. 2: Sofortige Entlassung von Lehrern bei grobem Mißbrauch des Züchtigungsrechtes und Verletzung der Religion und Sittlichkeit. In der 17. Sitzung des Landtags, VLSS 1921/22, vom 31.3. und 1.4.1922 stellte der christlichsoziale Abgeordnete Bechter klar, daß das nichts anderes bedeute, als daß nur katholische Lehrer in Vorarlberg unterrichten dürften (S. 34 ff.).
61. Vgl. Bindel, 75 Jahre Kinderfreunde; Gruppen in Vorarlberg nach Vereins-Register im VLa; katholische Jugend: VV 28.9.1921; Sonntagsschulen: VW 22.12.1923
62. VLReg. Prs. 286/1925; vgl. zur Polemik gegen Kinderfreunde Artikelserie im VV, Jänner 1923, Februar/März 1924
63. VV 20.7.1921, 7.8.1921, 23.3.1924
64. VW 9.4.1932; VV 18.12.1920; vgl. Weinzierl, Kirche und Politik, S. 479 ff.
65. VLReg. Prs. 127/1926; VW 29.1.1931, 3.5.1928
66. Vgl. Fritsch, Die Situation des professionellen Theaters der Nachkriegszeit in Vorarlberg; vgl. Haffner, Die Aufklärung und die Konservativen
67. Ilg, Meine Lebenserinnerungen, S. 88
68. VLReg. Prs. 534/1929, 668-8/1926
69. VLReg. Prs. 534/1929
70. VLReg. Prs. 345/1924; VLSS 1925, 13. Sitzung vom 21.12.1925, S. 19 ff.
71. VV 4.9.1926; vgl. VV 17.8.1926
72. VV 9.6.1921
73. VW 20.10.1920
74. VV 22.6.1931; vgl. VV 3.1.1919, 25.12.1918
75. VLSS 1919, 8. Sitzung vom 2.12.1919, S. 11 ff.; VLSS 1921/22, 55. Beilage und 17. Sitzung vom 31.3. und 1.4.1922, S. 31 f.; VW 5.4.1923

76. Vgl. Berchtold, Österreichische Parteiprogramme, S. 257; vgl. Weissel, Die Ohnmacht des Sieges, S. 320, 336 f.
77. Vgl. Nick-Pelinka, Bürgerkrieg - Sozialpartnerschaft, S. 91. Auch heute ist der Anteil der Frauen nicht wesentlich höher: 25,5 Prozent.
78. VW 3.6.1930, Nachruf auf Marie Leibfried (1869-1930), Frau des "Wacht"-Redakteurs Hermann Leibfried (1878-1918)
79. VLReg. Prs. 193/1925; vgl. zur Hetze gegen Ostjuden: VV 15.4.1933, "Am Webstuhl der Zeit"
80. VLReg. Prs. 702/1922
81. Karl Heinz Burmeister in einem Vortrag vor der Volkshochschule Bregenz am 9.4.1984
82. Egger, Rassistische Verfolgung - Juden und Zigeuner/Roma
83. Vgl. Staudinger, Christlichsoziale Partei, S. 266; vgl. zur Entstehung des Rassenantisemitismus: Greive, Geschichte des modernen Antisemitismus; vgl. auch Staudinger, Christlichsoziale Judenpolitik in der Gründungsphase der österreichischen Republik; Bunzl-Marin, Antisemitismus in Österreich
84. VV 12.12.1918, 9.10.1920; Berchtold, Österreichische Parteiprogramme, S. 376; VV 31.10.1930 (Wochenbeilage)
85. Vgl. Walser, Die illegale NSDAP, S. 37 f.
86. Vgl. Peter, Christlicher Antisemitismus, S. 45 f.
87. VV 15.11.1918, 19.11.1918; vgl. Wanner, Vorarlberg. Weitere Angriffe z.B.: VV 29.12.1918, 30.7.1920, 19.10.1923, 20.10.1923; VT 20.10.1923; vgl. Weissel, Die Ohnmacht des Sieges, S. 338 ff.
88. VV 28.12.1918; vgl. VLSS 1918/19, 3. Sitzung vom 3.12.1918, S. 23
89. Vgl. Kulemann, Austromarxismus, S. 133; Weissel, Die Ohnmacht des Sieges, S. 339
90. Siehe Anm. 82
91. VLReg. Prs. 198/1928; VV 1.1.1919, 11.5.1921; VW 6.2.1924; VLReg. Prs. 265/1933; Bilgert, Bregenz, S. 559; Interview mit Emilie Pruner (Bregenz), Sommer 1982; vgl. Egger wie Anm. 82
92. VLReg. Ib 821/1938
93. VLReg. Abt. VI 152/1941
94. VLReg. Abt. VI 152/1941
95. VLReg. Ib 821/1938; VLReg. Abt. VI 152/1941
96. VLReg. Ib 821/1938
97. VLReg. Prs. 578/1923; VW 10.2.1934

Anmerkungen

zum Kapitel "Der Vorarlberger Weg in den Austrofascismus" (S. 200-243)

1. VLReg. Prs. 985/1919, 47/1921; VW 21.11.1920, 23.11.1920; vgl. Rape, Die Vorarlberger Heimwehr und die Bayerische Rechte; Oberkofler, Die Tiroler Arbeiterbewegung, S. 171, 183
2. VLReg. Prs. 47/1921
3. Vgl. Rape, Die Vorarlberger Heimwehr und die Bayerische Rechte; Dreier, Gegen Sozialisten und Nazis
4. VLReg. Prs. 85/1921, 47/1921

5. Vgl. Broucek, Heerwesen; VV 6.11.1918, 16.3.1919, 12.4.1923; Wahl: VLSS prov. Landesversammlung 1918, 2. Sitzung, S. 6 f.
6. VLReg. Prs. 248/1919; vgl. Dreier, Gegen Sozialisten und Nazis
7. Berufsheer: vgl. Broucek, Heerwesen, S. 214; I. Mai: vgl. Johler, Jeatzt würds heall, S. 242; Rape, Die Vorarlberger Heimwehr und die Bayerische Rechte, S. 89; VLReg. Prs. 959/1920, 632/1922, 4/1924
8. VW 13.12.1927; VV 5.11.1927; vgl. oben Demonstrationen, Streiks
9. VV 19.10.1921, 21.10.1921, 23.11.1921, 26.1.1922
10. Vgl. Broucek, Heerwesen, S. 213 f.
11. VLSS 1921/22, 22. Sitzung vom 28.6.1922, S. 17; VV 15.7.1922, 15.12.1923, 9.1.1924; VLSS 1923, 10. Sitzung vom 27.3.1923, S. 66 f.
12. VV 23.6.1922; vgl. Rape, Die Vorarlberger Heimwehr, S. 90
13. VW 19.9.1923, 25.10.1924, 20.10.1926, 18.10.1927, 15.10.1928, 19.10.1929; AZ 16.10.1926
14. VV 13.12.1923; VW 24.11.1923, 9.1.1924; zu Körner vgl. Broucek, Heerwesen, S. 214; Körner in Bregenz vgl. Dreier, Vorarlberger Arbeiterbewegung 1918-1934 (Diss.), S. 423 f.
15. VW 25.10.1924, 20.10.1926; AZ 16.10.1926
16. VLReg. Prs. 286/1925
17. VLReg. Prs. 235/1932, 716/1933, 770/1933; vgl. zur Strategie der Sozialdemokraten, die darauf abzielte, Truppen in Vorarlberg zu binden: Greussing, Grenzstationen, S. 126 f.; "Abwehr des Bolschewismus": VLReg. Prs. 632/1922, 256/1919
18. VV 30.3.1923; vgl. auch im folgenden Rape, Die Vorarlberger Heimwehr; Dreier, Gegen Sozialisten und Nazis; Carsten, Faschismus in Österreich; Greussing, Grenzstationen
19. Vgl. Wanner, Otto Ender, S. 164; Huebmer, Otto Ender, S. 126; Dreier, Gegen Sozialisten und Nazis, S. 64
20. VV 2.5.1933
21. Vgl. Ilg, Meine Lebenserinnerungen, S. 19 f.
22. VLReg. Prs. 613/1933; vgl. Wanner, Vorarlberg, S. 1029
23. VLReg. Prs. 770/1933; zum neuen Heimatdienst-Potential auch Herbert Stohs (Dornbirn) in einem Interview vom 1.2.1984; vgl. Walser, Die illegale NSDAP, S. 95
24. VLReg. Prs. 865/1928; vgl. Staudinger, Christlichsoziale Partei, S. 270
25. VV 29.1.1934, 22.2.1934; vgl. Walser, Die illegale NSDAP, S. 92 f., 100 f.
26. VW 13.2.1934; VV 12.6.1934
27. VLReg. Prs. 716/1933, 389/1928, 770/1933; vgl. Dreier, Gegen Sozialisten und Nazis
28. Vgl. Duczynska, Der demokratische Bolschewik; Vleck, Der Republikanische Schutzbund in Österreich; Botz, Gewalt in der Politik, S. 315 f.; Kulemann, Austromarxismus, S. 371; Wandruszka, Österreichs politische Struktur, S. 464; Neck, Sozialdemokratie, S. 238; vgl. "Linzer Programm" in Berchtold, Österreichische Parteiprogramme
29. VW 28.7.1923, 10.9.1923; VLReg. Prs. 389/1933; vgl. Walser, Die illegale NSDAP, S. 24 f.; Greussing, Grenzstationen, S. 126 f., Wanner, Vorarlberg, S. 1030; Dreier, Gegen Sozialisten und Nazis, S. 59 f.
30. Brief 14.9.1932; VLReg. Prs. 320/1933; Bericht 7.10.1932: AVA BKA-22/Vorarlberg 1918-1933, Karton 5.169
31. Pistolen: "Bericht des Genossen Anton Linder" (DÖW ohne Nummer), vgl. Brändle-Egger-Pichler-Walser, Forschungsbericht, S. 47; vgl. Dreier, Gegen

- Sozialisten und Nazis, S. 59, 70, Anm. 43; Gefunden wurden: Gummiknüppel, drei oder vier alte Bajonette, drei Karabiner aus dem Jahre 1895 (Theaterrequisiten), ein Werndl-Gewehr, Kleinkalibergewehre: VLReg. Prs. 362/1933
32. Bericht Landesgendarmieriekommando an Bundeskanzleramt vom 31.8.1932, AVA BKA-22/Vorarlberg 1918-1933, Karton 5.169; vgl. auch Greussing, Grenzstationen, S. 126 f.
 33. VLReg. Prs. 533/1929
 34. VW 18.8.1926; Botz, Gewalt in der Politik, vor allem S. 333, vermerkt keinen Zusammenstoß.
 35. VLReg. Prs. 391/1932
 36. Vgl. Walser, Die illegale NSDAP, S. 32
 37. VLReg. Prs. 362/1933, 389/1933
 38. VLReg. Prs. 180/1923, 4/1924
 39. VLReg. Prs. 586-2/1926
 40. Vgl. Gedye, Die Bastionen fielen, S. 22 f.; Botz, Gewalt in der Politik, S. 141-160
 41. Zum Juli 1927 in Vorarlberg: VLReg. Prs. 562/1927; VW 28.7.1927
 42. Vgl. Wanner, Zeitgeschichte, S. 149
 43. VLReg. Prs. 562/1927
 44. VLReg. Prs. 536/1927; VW 14.7.1927
 45. VLReg. Prs. 210/1927; auch VLReg. Prs. 445/1927, 391/1932
 46. VLReg. Prs. 298/1932; VLSS 1931, Sitzung vom 3.12.1931, S. 154; VW 14.1.1932, 12.1.1932
 47. VV 9.9.1929, auch schon VV 19.11.1926
 48. Vgl. Carsten, Faschismus in Österreich, S. 160 ff.; vgl. Goldinger, Der geschichtliche Ablauf, S. 175 f.
 49. Vgl. Goldinger, Der geschichtliche Ablauf, S. 183; Tyrell, Das Scheitern der Weimarer Republik, S. 24
 50. Vgl. Wanner, Otto Ender, S. 172 f.; ders.: Vorarlberger Zeitgeschichte, S. 52 f.
 51. Vgl. vor allem Mommsen, Theorie und Praxis des österreichischen Ständestaats, S. 176, 179; vgl. zur Rolle der Katholischen Kirche: Weinzierl, Kirche und Politik, S. 457; Pelinka, Stand oder Klasse, S. 95 ff.; Weissel, Die Ohnmacht des Sieges, S. 347; Hanisch, Ernst; Der politische Katholizismus als ideologischer Träger des Austrofaschismus, S. 53 ff.
 52. VLReg. Prs. 389/1933; vgl. zu Tirol, wo der Schutzbund schon am 16. März aufgelöst wurde: Oberkofler, Tiroler Arbeiterbewegung, S. 215 ff.
 53. Vgl. vor allem Tólos, Emmerich: Das Herrschaftssystem 1934-1938: Erklärungen und begriffliche Bestimmungen. Ein Resumee. In: Tólos-Neugebauer, Austrofaschismus, S. 267 ff.
 54. VV 6.3.1934
 55. Ender, Otto: Die neue österreichische Verfassung. Wien-Leipzig 1934
 56. Aus: Katholischer Volkskalender, 37. Jg., Dornbirn 1931; politische Ämter nach Nachlaß F. K. Naumann, VLa; vgl. Deuring, Prälat Dr. Karl Drexel
 57. VW 14.12.1929; VV 4.6.1929; VW 8.6.1929
 58. VLSS, 1. Sitzung vom 3. März 1934
 59. VLReg. Prs. 336/1933
 60. Ebda.
 61. Vgl. Goldinger, Der geschichtliche Ablauf, S. 199
 62. Vgl. Holtmann, Zwischen Unterdrückung und Befriedung, S. 46 f.

63. Zu den Chancen von Widerstand vgl. Botz, Gewalt in der Politik, S. 211; zu den Waffensuchen in Tirol vgl. Oberkofler, Tiroler Arbeiterbewegung, S. 215 ff.; in Vorarlberg vgl. Dreier, Gegen Sozialisten und Nazis, S. 66
64. VLReg. Prs. 362/1933
65. VLReg. Prs. 362/1933; VW 18.3.1933
66. Vgl. Greussing, Grenzstationen, S. 126 f.; Brändle, Sozialdemokraten und revolutionäre Sozialisten, in Brändle-Egger-Pichler-Walser: Widerstand und Verfolgung (Forschungsbericht), S. 46 f.; Bericht des Genossen Anton Linder (DÖW ohne Nr.)
67. Vgl. Holtmann, Zwischen Unterdrückung und Befriedung, S. 46 f.; Sicherheitsdirektoren für Vorarlberg: Rudolf Rada (bis 10.1.34), Ludwig Becchinie (10.1.-14.6.34), Isidor Petrovic (ab 14.6.34); VV 10.1.1934, 15.6.1934
68. VLSS 1932-34, 7. Sitzung vom 10.8.1933, S. 230 ff.
69. VLReg. Prs. 443/1933, 265/1933
70. Vgl. zu den Begriffen: Mommsen, Theorie und Praxis des Ständestaats
71. VLSS 1932/33, 9. Sitzung vom 13.12.1933, S. 268 f.
72. VLSS 1933, 9. Sitzung vom 13.12.1933
73. BH Bregenz C-2736/1934; VLSS 1932-34, 6. Sitzung vom 2.8.1933, S. 182 ff.
74. VLReg. Prs. 248/1933; BH Bregenz C-2736/1934
75. BH Bregenz C-280/1934, C-907/1934
76. BH Bregenz C-280/1934; vgl. Greussing, Grenzstationen, S. 127 f.; Brändle, Sozialdemokraten und Revolutionäre Sozialisten; ders., Im Einklang, S. 143 f.
77. BH Bregenz C-280/1934; vgl. Greussing, Grenzstationen, S. 127 f.; Brändle, Sozialdemokraten und Revolutionäre Sozialisten, S. 34 f.
78. Vgl. Bericht des Genossen Anton Linder (DÖW ohne Nr.); vgl. Greussing wie Anm. 77, Brändle wie Anm. 77
79. Lt. Stadtvertretungs-Sitzungsprotokoll vom 21.3.1934, Sta. Bregenz; vgl. zur Konfiszierung des Vereinsvermögens AVA-BKA 1919-1934 (Vorarlberg)

Anmerkungen

zum Kapitel "... Austrofaschismus und Nationalsozialismus" (S. 244-269)

1. VV 2.5.1933, 5.7.1933; vgl. Walser, Die illegale NSDAP, S. 53
2. Vgl. Walser, Die Hintermänner
3. Zum Begriff "Austrofaschismus" vgl. Tálós, Das Herrschaftssystem 1934-38: Erklärungen und begriffliche Bestimmungen. Ein Resümee; Mommsen, Theorie und Praxis des Ständestaats 1934-38, S. 176, 179 f.; Schärf (Hg.): Briefwechsel Dollfuß-Mussolini
4. Zit. nach Tálós, Das Herrschaftssystem (wie Anm. 3), S. 270
5. Vgl. Goldinger, Der geschichtliche Ablauf der Ereignisse, S. 223 ff.; vgl. Tálós-Manoschek: Politische Struktur des Austrofaschismus
6. VT 13.3.1938; vgl. zum Anschluß: Walser, Die illegale NSDAP, S. 149 ff.; Schönherr, Vorarlberg 1938
7. VV 19.2.1934
8. Ender, Die neue österreichische Verfassung, S. 13 und 18 f.; VV 28.4.1934, 2.5.1935

9. VLSS 1934/35, 1. Sitzung vom 14.11.1934; vgl. Mommsen, Theorie und Praxis des österreichischen Ständestaates, S. 185
10. VLSS 1932-34, 2. Sitzung vom 5.3.1934, S. 12 f.; 4. Sitzung vom 17.7.1934, S. 22
11. VV 13.10.1934; zu LReg.: VV 8.3.1934, 7.3.1934, 6.3.1934, 31.10.1934; Preßverein: VV 25.5.1934
12. VLSS 1934/35, 1. Sitzung vom 14.11.1934; VV 31.10.1934
13. VV 1.3.1934
14. Vgl. Wanner, Zeitgeschichte, S. 47
15. Vgl. Egger, Integration und Widerstand, S. 260; Wanner, Zeitgeschichte, S. 135
16. Zit. nach Egger, Integration und Widerstand, S. 266
17. VLSS 1932/33, 9. Sitzung vom 13.12.1933, S. 265 ff.
18. Vgl. dazu im Anhang die Zahlen zur Arbeitslosigkeit; vgl. Matzl, Siegfried: Die Finanzdiktatur. Wirtschaftspolitik in Österreich 1933-1938; Egger, Integration und Widerstand, S. 263; Dreier, Doppelte Wahrheit
19. Vgl. Egger, Integration und Widerstand, S. 262, S. 265; Notstandsaulhilfe: VLSS 1934, 2. Beilage; VLSS 1936, 21. Beilage; VLSS 1937, 8. Beilage
20. Vgl. Egger, Integration und Widerstand, S. 267 f., 270; vgl. Wanner, Kammer für Arbeiter und Angestellte, S. 95 f.; vgl. zum Abbau von sozialen Rechten und von Löhnen: Tálos, Sozialpolitik im Austrofaschismus; Holtmann, Zwischen Unterdrückung und Befriedung, S. 48 ff.
21. VV 3.5.1934, 4.5.1934; vgl. Tálos-Manoschek, Politische Struktur des Austrofaschismus
22. VV 16.4.1934, 12.6.1934, 10.7.1934, 11.9.1934, 6.10.1934; vgl. Wanner, Zeitgeschichte, S. 53 ff.
23. VV 27.2.1934, 20.3.1934, 3.4.1934, 1.8.1934, 27.6.1934, 28.6.1934, 30.6.1934. Katholische Aktion: VV 9.6.1934
24. VV 28.4.1934, 2.5.1934
25. VV 24.7.1934; VN 26.4.1983, S. 11; vgl. Jahresbericht des Bundesgymnasiums Bregenz, 1966/67 (in VLb), S. 66-68
26. VV 6.9.1934
27. Vgl. Der Hochverratsprozeß gegen Dr. Guido Schmidt vor dem Wiener Volksgericht. Die gerichtlichen Protokolle mit den Zeugenaussagen, unveröffentlichten Dokumenten, sämtlichen Geheimbriefen und Geheimakten, Wien 1947; vgl. Wandruszka, Österreichs politische Struktur, S. 342
28. VV 31.1.1938, 19.2.1938; vgl. Walser, Die illegale NSDAP, S. 139 f.
29. Vgl. Egger, Integration und Widerstand, S. 269 ff.; ders., Die KPÖ in Vorarlberg 1933-1938; Brändle, Hermann: Sozialdemokraten und Revolutionäre Sozialisten 1933-1938
30. Vgl. Egger, Integration und Widerstand, S. 269 f.
31. Vgl. Dreier, Doppelte Wahrheit
32. VV 9.2.1934, 24.2.1934, 1.6.1934
33. Vgl. Wandruszka, Österreichs politische Struktur, S. 345; Text Volksbefragung: VV 11.3.1938
34. VT 28.3.1938
35. Vgl. Wanner, Kirche und Nationalsozialismus, S. 13 ff.
36. Vgl. Walser, Die illegale Tätigkeit der NSDAP, S. 29 ff.; VLSS, 10. Sitzung vom 27.3.1923, S. 66 f.; VW 5.5.1923, 2.6.1923; vgl. Bilgeri, Bregenz, S. 565

37. VW 16.6.1923; vgl. Vereins-Register, VLa; Walser, Die illegale NSDAP, S. 29 ff.
38. Vgl. Walser, Die illegale NSDAP, S. 29 ff.
39. VWSSt 1945, S. 45 ff; VT 20.3.1928, VV 8.11.1932, VT 7.11.1932, VW 8.11.1932; vgl. Wanner, Zeitgeschichte, S. 130 f.; Walser, Die illegale NSDAP, S. 32 f.
40. Vgl. Walser, Anspruch und Wirklichkeit: Der Nationalsozialismus und die Vorarlberger Arbeiterschaft, S. 309 f.
41. VT 11.4.1933; vgl. Wanner, Zeitgeschichte, S. 134
42. Vgl. Hundert Jahre Handelskammer, S. 120
43. Vgl. Walser, Die illegale NSDAP, S. 38
44. Vgl. Walser, Die illegale NSDAP, S. 53 ff.; ders., Die Hintermänner. Vorarlberger Industrielle und die NSDAP 1933-1934
45. VLReg. Prs. 312/1933; vgl. Walser, Die illegale NSDAP, S. 38
46. VT 24.5.1933, 26.5.1933
47. Vgl. Botz, Gewalt in der Politik, S. 115
48. VT 5.5.1933, 17.5.1933, 30.5.1933, 3.6.1933, 21.6.1933
49. Vgl. Walser, Die illegale NSDAP, S. 80 ff.
50. Ebda., S. 99 f.
51. Ebda., S. 99, 95, 102, 105, 122
52. Ebda., S. 129 f.
53. Ebda., S. 77 f., 60 f., 59, 136 f.
54. Vgl. ebda., S. 57, 109 f., 149; vgl. Wanner, Zeitgeschichte, S. 63 f.; VT 25.4.1933
55. Vgl. Walser, Die illegale NSDAP, S. 134 f.
56. Vgl. ebda., S. 148 ff.; Schönherr, Vorarlberg 1938, S. 41 ff.
57. Vgl. Schönherr, Vorarlberg 1938, S. 66 ff.
58. Pichler, Meinrad: Verfolgung und Widerstand: Eine Bilanz. Gefallenenzahlen nach Burmeister, Geschichte Vorarlbergs, S. 193

Literatur

- Abendroth, Wolfgang: Sozialgeschichte der europäischen Arbeiterbewegung, Frankfurt a.M. 1965
- Adler, Max: Politische oder soziale Demokratie (1926), Wien 1982
- Amann, Gebhard: Werden und Wirken der christlichen Arbeiterbewegung Vorarlbergs, o.O., o.J. (Typoskript)
- Amt der Vorarlberger Landesregierung (Hg.): Grundlagen und Probleme der Raumplanung in Vorarlberg, Bregenz 1983
- Astagher, Hubert: Die Lohnentwicklung in Österreich 1918-1938, Diplomarbeit Hochschule für Welthandel, Wien 1975
- Bauernkammer für Vorarlberg: Untersuchungen über die Rentabilität von Vorarlberger Landwirtschaftsbetrieben, Bregenz 1927 ff.
- Benedikt, Heinrich (Hg.): Geschichte der Republik Österreich (1954), München 1977
- Benjamin, Dora: Kinderaufzucht und Wohnverhältnisse bei Berliner Konfektions-Heimarbeiterinnen. In: Archiv für soziale Hygiene und Demographie, Organ der Arbeitsgemeinschaft sozialhygienischer Reichsfachverbände, NF I Bd. 1925/26, Berlin 1926, S. 302-371
- Berchtold, A.H.: Die Walser einst und heute. In: Katholischer Volkskalender, 34. Jg., 1928, S. 123-132
- Berchtold, Klaus: Österreichische Parteiprogramme 1868-1966, Wien 1967
- Berichte der Gewerbeinspektoren über ihre Amtstätigkeit im Jahre ... (1923-1936), Wien
- Bertsch, Christoph: Industriearchitektur und Denkmalschutz. In: Montfort 32, Heft 2, Dornbirn 1980, S. 127-132
- Bilgeri, Benedikt: Bregenz. Geschichte der Stadt, Wien-München 1980
- ders.: Geschichte Vorarlbergs, Bd. IV, Wien-Köln-Graz 1982
- ders.: Politische Geschichte Vorarlbergs. In: Vorarlberger Jungbürgerbuch, Bregenz 1971, S. 7-50
- Bindel, Jakob: 75 Jahre Kinderfreunde 1980-1983. Skizzen - Erinnerungen - Berichte - Ausblicke, Wien-München 1983
- Borkenau, Franz (Hg.): Karl Marx, Frankfurt a.M. 1956
- Botz, Gerhard: Gewalt in der Politik. Attentate, Zusammenstöße, Putschversuche, Unruhen in Österreich 1918-1938 (1976), München 1983 (erweiterte Auflage)

- ders.: Faschismus und Lohnabhängige in der Ersten Republik. In: Österreich in Geschichte und Literatur Nr. 21, Graz 1977, S. 102-128
- ders.: Die österreichischen NSDAP-Mitglieder. In: Mann, Reinhard (Hg.): Die Nationalsozialisten, Analysen faschistischer Bewegungen, Stuttgart 1980, S. 99-136
- ders.: Soziale "Basis" und Typologie der österreichischen Faschisten im innerösterreichischen und europäischen Vergleich. In: Jahrbuch für Zeitgeschichte 1980/81, Wien 1982, S. 15-56
- Brändle, Hermann: Im Einklang. Der Februar 1934 im Spiegel der Vorarlberger Presse. In: Pichler (Hg.), Nachträge, S. 156-190
- ders.: Sozialdemokraten und Revolutionäre Sozialisten 1933-1938. In: Malin-Gesellschaft (Hg.), Von Herren und Menschen, S. 29-43
- Brändle, Hermann / Egger, Gernot: Rohstoff Mensch: Fremdarbeiter und Kriegsgefangene in Vorarlberg; In: Greussing (Hg.), Im Prinzip: Hoffnung, S. 299-307
- Brändle, Hermann / Egger, Gernot / Pichler, Meinrad / Walser, Harald: Widerstand und Verfolgung in Vorarlberg 1934-1945 unter besonderer Berücksichtigung der Arbeiterschaft. Forschungsbericht im Auftrage des Bundesministeriums für Forschung und Wissenschaft, Typoskript, Bregenz 1983
- Brandt, Gisela / Kootz, Johanna / Steppke, Gisela: Zur Frauenfrage im Kapitalismus, Frankfurt a.M. 1973
- Broszat, Martin / Frei, Norbert (Hg.): Das Dritte Reich. Ursprünge, Ereignisse, Wirkungen, Freiburg-Würzburg 1983
- Broucek, Peter: Heerwesen. In: Weinzierl / Skalnik (Hg.), Österreich 1918-1938, S. 209-224
- Brügel, Ludwig: Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie, 5. Bd., Wien 1925
- Brüstle, Ferdinand: Die Entstehung und Entwicklung der Vorarlberger Stickerei, Dornbirn 1965
- Bundesamt für Statistik (Hg.): Statistisches Handbuch für die Republik Österreich, NF. 1920-1937, Wien
- Bundesministerium für soziale Verwaltung (Hg.): Statistiken zur Arbeitslosenversicherung, Wien 1930 ff.
- Bunzl, John / Marin, Bernd: Antisemitismus in Österreich. Sozialhistorische und soziologische Studien, Innsbruck 1983
- Burmeister, Karl Heinz: Geschichte Vorarlbergs. Ein Überblick, Wien 1980
- Carsten, Francis L.: Faschismus in Österreich. Von Schönerer zu Hitler, München 1978

- Czichon, Eberhard: Wer verhalf Hitler zur Macht? Zum Anteil der deutschen Industrie an der Zerstörung der Weimarer Republik, Köln 1967
- Danneberg, Robert: Die politischen Parteien in Deutschland. Die Wahlen im ersten Jahrzehnt der Republik, Wien 1927
- Deuring, Hermann: Prälat Dr. Karl Drexel, Dornbirn 1956
- Dreier, Werner: Gegen Sozialisten und Nazis, Der Vorarlberger Heimatdienst als Vertreter bürgerlich-konservativer Interessen. In: Pichler (Hg.), Nachträge, S. 51-73
- ders.: Vorarlberger Arbeiterbewegung 1918-1934. Ein Beitrag zur Geschichte der Ersten Republik in Vorarlberg, Diss., Innsbruck 1984
- ders.: Konjunktur der Hoffnung - Vorarlberger Arbeiterbewegung 1918-1934. In: Greussing (Hg.), Im Prinzip: Hoffnung, S. 158-224
- ders.: Doppelte Wahrheit. Ein Beitrag zur Geschichte der Tausendmarksperrre. In: Montfort 37, Heft 1, Dornbirn 1985, S. 63-71
- Duczynska, Ilona: Der demokratische Bolschewik. Zur Theorie und Praxis der Gewalt, München 1975
- Egger, Gernot: Vorarlberg und die Republik in Spanien 1936-1939. In: Pichler (Hg.), Nachträge, S. 156-190
- ders.: Integration und Widerstand. Vorarlberger Arbeiterbewegung im Austrofaschismus 1934-1938. In: Greussing (Hg.), Im Prinzip: Hoffnung, S. 259-280
- ders.: Die KPÖ in Vorarlberg 1933-1938. In: Malin-Gesellschaft (Hg.), Von Herren und Menschen, S. 44-68
- ders.: Rassistische Verfolgung - Juden und Zigeuner/Roma. In: ebda., S. 195-203
- Elmenreich, F. / Feurstein, G.: Die Landwirtschaft Vorarlbergs. In: Ilg, Karl (Hg.): Landes- und Volkskunde, Bd. 2, Innsbruck 1968, S. 345-410
- Ender, Otto: Die neue österreichische Verfassung. Eingeleitet und erläutert von Bundesminister Dr. O. Ender, Wien-Leipzig 1934
- ders.: Vorarlberg und Österreich. Ein Beitrag von Bundeskanzler a.D. Dr. Otto Ender anlässlich der 950-Jahrfeier Österreichs. In: Montfort 1, Heft 9/12, Dornbirn 1946, S. 201-205
- Engels, Friedrich: Die Lage der arbeitenden Klasse in England (1845). In: Marx, Karl / Engels, Friedrich: Werke (= MEW), Bd. 2, Berlin 1970
- Fehlinger, Hans: Die österreichische Gewerkschaftsbewegung, Wien 1925

- Fellner, Fritz: Der Vertrag von St. Germain. In: Weinzierl / Skalník: Österreich 1918-1938, S. 85-106
- Filla, Wilhelm: Zwischen Integration und Klassenkampf. Sozialgeschichte der betrieblichen Mitbestimmung in Österreich, Wien 1981
- Fink, Barnabas: Die Wirtschaftsverhältnisse in Vorarlberg. In: Heimatkunde von Vorarlberg, hg. vom Vorarlberger Landesmuseum, Heft 6: Wirtschaft und öffentliches Leben, Leipzig-Wien-Prag 1931
- Fitz, Arno Johannes: Die Frühindustrialisierung Vorarlbergs und ihre Auswirkungen auf die Familienstruktur, Diss., Wien 1981 (publ. Dornbirn 1985)
- Flanner, Karl: Wiener Neustadt im Ständestaat. Arbeiteropposition 1933-1938, Wien 1983
- Fritsch, Sybille: Die Situation des professionellen Theaters der Nachkriegszeit in Vorarlberg mit besonderer Berücksichtigung der Bregenzer Festspiele (1945-1947), Diss., Wien 1975
- Frommelt, Hubert: Vorarlberg 1933/34. Die Anfänge des neuen Systems Dollfuß-Schuschnigg, Hausarbeit Univ. Innsbruck, o.J.
- Gedye, G.E.R.: Die Bastionen fielen. Wie der Faschismus Wien und Prag überrannte, Wien o.J. (1947)
- Goldinger, Walter: Der geschichtliche Ablauf der Ereignisse in Österreich 1918-1945. In: Benedikt, Heinrich (Hg.): Geschichte der Republik Österreich (1954), München 1977, S. 15-288
- Grabherr, Elmar: Vorarlberg vor 60 Jahren. Zum 3. November 1918 und zu dessen staatsrechtlicher Bedeutung. In: Montfort 30, Heft 4, Dornbirn 1978, S. 223-226
- Greive, Hermann: Geschichte des modernen Antisemitismus, Darmstadt 1983
- Greussing, Kurt: Grenzstationen - Umbruch und Diktatur. Die Vorarlberger Sozialdemokratie 1918/19 und 1934-1938. In: Pichler (Hg.), Nachträge, S. 107-142
- ders.: Vorarlberger Sozialdemokratie in der Illegalität 1934-1938. In: Bewegung und Klasse. Studien zur österreichischen Arbeitergeschichte, hg. v. G. Botz, H. Hautmann, H. Konrad, J. Weidenholzer, Wien-München-Zürich 1978, S. 341-359
- ders. (Hg.): Im Prinzip: Hoffnung, Arbeiterbewegung in Vorarlberg 1870-1946, Bregenz 1984
- Haffner, Leo: Die Kasiner. Vorarlbergs Weg in den Konservatismus, Bregenz 1977
- ders.: Die Aufklärung und die Konservativen. Ein Beitrag zur Geschichte der katholisch-konservativen Partei in Vorarlberg. In: Pichler (Hg.), Nachträge, S. 10-31

- Haffner, Sebastian: Anmerkungen zu Hitler, München 1978
- Hämmerle, Elisabeth: Die Tages- und Wochenzeitungen Vorarlbergs in ihrer Entwicklung vom Ende der Monarchie bis 1967, Diss., Wien 1969
- Hammerle, Johannes: Christlichsoziale Opposition in Vorarlberg 1934-1938, Hausarbeit Univ. Innsbruck, 1981
- Hanisch, Ernst: Zur Freizeit der Arbeiter in der Habsburger Monarchie und in der ersten Republik: Dieter Langewiesche über das Bildungswesen der österreichischen Sozial-Demokratie. In: Zeitgeschichte 1980/8 (2), Salzburg-Wien 1980, S. 75-81
- ders.: Der politische Katholizismus als Träger des "Austrofaschismus". In: Tálos-Neugebauer, Austrofaschismus, S. 53-73
- Hanser, Wilfried: Die Steirer und Kärntner sowie Gastarbeiter in Vorarlberg nach 1945, Hausarbeit Univ. Innsbruck 1979/80
- Hautmann, Hans: Die verlorene Räterepublik. Am Beispiel der Kommunistischen Partei Deutschösterreichs, Wien 1971
- Hautmann, Hans / Kropf, Ludwig: Die österreichische Arbeiterbewegung vom Vormärz bis 1945. Sozialökonomische Ursprünge ihrer Ideologie und Politik, Wien 1974
- Hinteregger, Robert: Bildungspolitische Tendenzen in Österreich 1918-1934. In: G. Klingenstein, H. Lutz, G. Stourzh: Bildung, Politik und Gesellschaft. Studien zur Geschichte des europäischen Bildungswesens vom 16. bis zum 20. Jahrhundert, München 1978, S. 264-301
- Hobsbawm, Eric J.: Revolution und Revolte. Aufsätze zum Kommunismus, Anarchismus und Umsturz im 20. Jahrhundert, Frankfurt a.M. 1977
- Der Hochverratsprozeß gegen Dr. Guido Schmidt vor dem Wiener Volksgericht, Wien 1947
- Hoffmann, Robert: Entproletarisierung durch Siedlung. Die Siedlungsbewegung in Österreich 1918-1938, in: Bewegung und Klasse. Studien zur österreichischen Arbeitergeschichte. Hg. v. G. Botz, H. Hautmann, H. Konrad, J. Weidenholzer, Wien-München-Zürich 1978, S. 713-742
- Holtmann, Everhard: Zwischen Unterdrückung und Befriedung. Sozialistische Arbeiterbewegung und autoritäres Regime in Österreich 1933-1938, Wien 1978
- Huebner, Hans: Dr. Otto Ender, Dornbirn 1957
- Hundert Jahre Handelskammer und Gewerbliche Wirtschaft in Vorarlberg, Hg. v. d. Kammer der gewerblichen Wirtschaft für Vorarlberg, Feldkirch 1952
- Ilg, Ulrich: Die politische Wiedererstehung Vorarlbergs am Kriegsende 1945. In: Montfort 27, Heft 4, Dornbirn 1975, S. 457-470

- ders.: Meine Lebenserinnerungen, Dornbirn 1985
- Jablonka, Hans: Waitz, Bischof unter Kaiser und Hitler, Wien 1971
- Jagschitz, Gerhard: Der österreichische Ständestaat 1934-1938. In: Weinzierl / Skalnik (Hg.), Österreich 1918-1938, S. 497-515
- Jahoda, Marie / Lazarsfeld, Paul F. / Zeisel, Hans: Die Arbeitslosen von Marienthal (1933), Allensbach-Bonn 1960
- Jandraschitsch, Franz: Erinnerungen eines Arbeitsinspektors in Vorarlberg. In: Montfort 30, Heft 2, Dornbirn 1978, S. 119-128
- Johler, Reinhard: Maifeiern in Vorarlberg 1890-1933, Typoskript 1983
- ders.: "Jeetzt würeds heall, jeetzt würeds liacht". Sozialistische Maifeiern in Vorarlberg 1890-1933. In: Greussing (Hg.), Im Prinzip: Hoffnung, S. 225-258
- Kammer für Arbeiter und Angestellte (Hg.): Wirtschaftsberichte (1928-1932), Feldkirch 1928 ff.
- ders.: Die Entlohnung des Vorarlberger Industrie- und Handelsangestellten am 30. Juli 1927, Feldkirch o.J.
- Kamitz, Reinhard: Die österreichische Geld- und Währungspolitik 1848-1948. In: Mayer, Hans (Hg.): Hundert Jahre Österreichische Wirtschaftsentwicklung 1848-1948, Wien 1949, S. 127-222
- Kerekes, Lajos: Die wirtschaftliche und soziale Lage Österreichs nach dem Zerfall der Doppelmonarchie. In: Neck, Rudolf / Wandruszka, Adam (Hg.): Beiträge zur Zeitgeschichte. Festschrift Ludwig Jedlicka zum 60. Geburtstag. St. Pölten 1976, S. 81-94
- Kernbauer, Hans / Weber, Fritz: Von der Inflation zur Depression. Österreichs Wirtschaft 1918-1934. In: Talos-Neugebauer, Austrofaschismus, S. 1-30
- Klenner, Fritz: Die österreichischen Gewerkschaften, Wien 1952
- Klein-Bruckschwäger, Franz: Zum Begriff "Vorarlberger Demokratie". In: Montfort 27, Heft 4, Dornbirn 1975, S. 475-482
- Klusacek, Christine / Stimmer, Kurt (Hg.): Dokumentation zur Österreichischen Zeitgeschichte 1928-1938, Wien-München 1982
- Kolb, Ernst: Die staatsrechtliche Bedeutung des Jahres 1918 für das Land Vorarlberg. In: Montfort 20, Heft 4, Dornbirn 1968, S. 621-636
- Korff, Gottfried: "Heraus zum 1. Mai". Maibrauch zwischen Volkskultur, bürgerlicher Folklore und Arbeiterbewegung. In: Dülmen, Richard van / Schindler, Norbert: Volkskultur. Zur Wiederentdeckung des vergessenen Alltags (16.-20. Jhd.), Frankfurt a.M. 1984, S. 246-281
- Krammer, Reinhard: Arbeitersport in Österreich, Wien 1981

- Kuhn, Elmar L.: Industrialisierung am See. In: Schott, Dieter / Trapp, Werner: Seegründe. Beiträge zur Geschichte des Bodenseeraumes, Weingarten 1984, S. 167-209
- Kulemann, Bernd: Am Beispiel des Austromarxismus. Sozialdemokratische Arbeiterbewegung in Österreich von Hainfeld bis zur Dollfuß-Diktatur (1979), Hamburg 1982
- Kunschak, Leopold: Österreich 1918-1934, Wien 1934
- Land Vorarlberg, ein heimatkundliches Handbuch. Verfaßt von der Lehrer-Arbeitsgemeinschaft des Landesschulreferates, Bregenz 1969
- Langewiesche, Dieter: Zur Freizeit des Arbeiters - Bildungsbestrebungen und Freizeitgestaltung österreichischer Arbeiter im Kaiserreich und in der Ersten Republik, Stuttgart 1979
- Laqueur, Walter (Hg.): Fascism: A Reader's Guide. Analyses, Interpretations, Bibliography, Harmondsworth 1979
- Leser, Norbert: Zwischen Reformismus und Bolschewismus. Der Austromarxismus in Theorie und Praxis, Wien-Frankfurt-Zürich 1968
- Lüdke, Alf: Rekonstruktion von Alltagswirklichkeit - Entpolitisierung der Sozialgeschichte. In: Berdahl, Robert M. u.a.: Klassen und Kultur. Sozialanthropologische Perspektiven in der Geschichtsschreibung, Frankfurt 1982, S. 321-353
- Johann-August-Malin-Gesellschaft (Hg.): Von Herren und Menschen. Verfolgung und Widerstand in Vorarlberg 1933-1945, Bregenz 1985
- Marx, Karl / Engels, Friedrich: Werke, Berlin 1970 (Hg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED = MEW)
- Mattl, Siegfried: Die Finanzdiktatur. In: Talos-Neugebauer, Austrofascismus, S. 133-159
- Matthes, Reiner: Das Ende der ersten Republik. Studien zur Krise ihres politischen Systems, Berlin 1979
- Methlagl, Walter: Franz Michael Felder und Kaspar Moosbrugger im Kampf der politischen Parteien Vorarlbergs 1864-1968, Bregenz 1978
- Mittersteiner, Reinhard: Wachstum und Krise - Vorarlberger Arbeiterbewegung 1918-1934. In: Greussing (Hg.), Im Prinzip: Hoffnung, S. 73-132
- Mommsen, Hans: Theorie und Praxis des österreichischen Ständestaates 1934 bis 1938. In: Das geistige Leben Wiens in der Zwischenkriegszeit, Wien 1981, S. 174-192
- Nägele, Hans: Das Textilland Vorarlberg, Dornbirn 1949
- ders.: Ein Jahrhundert Carl Ganahl & Co, o.O., o.J. (Feldkirch-Innsbruck 1933?)

- Neck, Rudolf: Sozialdemokratie. In: Weinzierl / Skalnik: Österreich 1918-1938, S. 225-248
- ders.: Arbeiterschaft und Staat im Ersten Weltkrieg 1914-1918. A - Quellen, 1. Der Staat. 2. Vom Juni 1917 bis zum Ende der Donaumonarchie im November 1918, Wien 1968
- Oberkofler, Gerhard: Die Tiroler Arbeiterbewegung. Von den Anfängen bis zum 2. Weltkrieg, Wien 1979
- ders.: Zur Geschichte der katholischen Soziallehre in Österreich. In: Alpenregion in Österreich, Innsbruck 1976, S. 95-104
- Olechowski, Richard: Schulpolitik. In: Weinzierl / Skalnik: Österreich 1918-1938, S. 589-607
- Otruba, Gustav: Hitlers "Tausend-Mark-Sperre" und Österreichs Fremdenverkehr 1933. In: Neck, Rudolf / Wandruszka, Adam (Hg.): Beiträge zur Zeitgeschichte. Festschrift L. Jedlicka zum 60. Geburtstag, St. Pölten 1976, S. 113-162
- Passeron, Jean C. / Bourdieu, Pierre: Grundlagen einer Theorie der symbolischen Gewalt, Frankfurt a.M. 1973
- Pelinka, Anton: Stand oder Klasse? Die christliche Arbeiterbewegung Österreichs 1933-38, Wien-München-Zürich 1972
- Pernthaler, Peter / Esterbauer, Fried: Die Entstehung des österreichischen Bundesstaates als geschichtlicher Vorgang und staatsrechtliches Problem. In: Montfort 25, Heft 2/3, Dornbirn 1973, S. 128-156
- Peter, Norbert: Christlicher Antisemitismus am Beispiel der Hohenemser Judengemeinde. In: Pichler (Hg.), Nachträge, S. 32-50
- Pichler, Meinrad (Hg.): Nachträge zur neueren Vorarlberger Landesgeschichte, Bregenz 1982
- ders.: Verfolgung und Widerstand: Eine Bilanz. In: Malin-Gesellschaft (Hg.), Von Herren und Menschen, S. 258-261
- Pollak, Michael: Religiöse Sozialisation, politisches Handeln und Weltanschauung, dargestellt am Leben des Anarchisten Carl Dopf. In: Botz, Gerhard / Brandstetter, Gerfried / Pollak, Michael: Im Schatten der Arbeiterbewegung, Wien 1977, S. 119-168
- Pollak, Walter: Sozialismus in Österreich. Von der Donaumonarchie bis zur Ära Kreisky, Wien-Düsseldorf 1979
- Rape, Ludger: Die österreichischen Heimwehren und die bayerische Rechte 1920-1923, Wien 1977
- ders.: Die Vorarlberger Heimwehr und die bayerische Rechte. In: Pichler (Hg.), Nachträge, S. 74-95
- Reitmann, Eva: Thesen zu einer Theorie der Bildung im Austromarxismus. Wurzeln und Widersprüche. In: Reitmann, Eva u.a.

- (Hg.): Schul- und Bildungspolitik der österreichischen Sozialdemokratie in der Ersten Republik, Wien 1983, S. 11-74
- Reventlow, Rolf: Zwischen Alliierten und Bolschewiken. Arbeiterräte in Österreich 1918-1923, Wien-Frankfurt-Zürich 1969
- Schärf, Adolf (Hg.): Geheimer Briefwechsel Mussolini-Dollfuß, Wien 1949
- Scheuch, Manfred: Geschichte der Arbeiterschaft Vorarlbergs bis 1918, 2. Aufl., Feldkirch o.J. (1978)
- Schindler, Fritz: Das Volksvermögen Vorarlbergs, Ferrara 1923
- Schönherr, Margit: Vorarlberg 1938. Die Eingliederung Vorarlbergs in das Deutsche Reich 1938/39, Dornbirn 1981
- Schuler, Hans-Peter: Die wirtschaftspolitische Bedeutung der Vorarlberger Landwirtschaft in der Ersten Republik, Hausarbeit Univ. Innsbruck, 1981
- Schwarz, Artur: Heimatkunde von Vorarlberg, Bregenz 1949
- Schweizer, Karl: Lindau 1918/19. Die Revolutions- und Rätebewegung in Lindau/Bodensee von November 1918 bis Juni 1919, Lindau 1978
- Seibert, Franz: Die Konsumgenossenschaften in Österreich. Geschichte und Funktion, Wien 1978
- Silberbauer, Gerhard: Österreichs Katholiken und die Arbeiterfrage, Graz-Wien-Köln 1966
- Skalnik, Kurt: Auf der Suche nach der Identität. In: Weinzierl / Skalnik (Hg.), Österreich 1918-1938, S. 11-24
- Sozialdemokratische Arbeiterpartei Deutschösterreichs (Hg.): Jahrbuch der österreichischen Arbeiterbewegung (1927-1931), Wien
- Sozialismus und persönliche Lebensgestaltung. Texte aus der Zwischenkriegszeit, Wien 1981
- Speiser, J. / Hollinger, S.: Bildungschancen. In: Bodzenta, E. (Hg.): Die österreichische Gesellschaft, Entwicklung - Strukturen - Probleme, Wien-New York 1972
- Stadler, Karl R.: Die Gründung der Republik. In: Weinzierl / Skalnik (Hg.), Österreich 1918-1938, S. 55-84
- Staffler, Johann Jakob: Tirol und Vorarlberg, statistische und geschichtliche Bemerkungen, Innsbruck 1839-44
- Staudinger, Anton: Christlichsoziale Judenpolitik in der Gründungsphase der österreichischen Republik. In: Jahrbuch für Zeitgeschichte 1978, Wien 1979, S. 11-49
- ders.: Christlichsoziale Partei. In: Weinzierl / Skalnik (Hg.), Österreich 1918-1938, S. 249-276
- Steiner, Herbert: Die Kommunistische Partei Österreichs 1918-1933, Bibliographische Bemerkungen, Meisenheim am Glan 1968

- Strele, Kurt: Rechtsstaat und Demokratie im neuen Österreich. Eine staatsrechtliche Studie über Entwicklungsprinzipien der österreichischen Bundesverfassung, Innsbruck 1931
- Sutterlütti, Robert: Die italienische Arbeiterschaft in Vorarlberg in der Phase der zweiten Industrialisierung des Landes (1870-1918), Hausarbeit Univ. Innsbruck, 1981
- ders.: Italiener in Vorarlberg 1870-1914: Materielle Not und sozialer Widerstand. In: Greussing (Hg.), Im Prinzip: Hoffnung, S. 133-157
- Tálos, Emmerich / Neugebauer, Wolfgang (Hg.): "Austrofaschismus". Beiträge über Politik, Ökonomie und Kultur 1934-1938, Wien 1984
- Tálos, Emmerich: Sozialpolitik im Austrofaschismus. In: Tálos-Neugebauer, Austrofaschismus, S. 161-178
- ders.: Das Herrschaftssystem 1934-38: Erklärungen und begriffliche Bestimmungen. Ein Resumee. In: Tálos-Neugebauer, Austrofaschismus, S. 267-284
- Tálos, Emmerich / Manoschek, Walter: Politische Struktur des Austrofaschismus. In: Tálos-Neugebauer, Austrofaschismus, S. 75-119
- Tiechl, Fritz: Dornbirn im ersten Weltkrieg, Hausarbeit Univ. Innsbruck, o.J.
- Tyrell, Albrecht: Das Scheitern der Weimarer Republik und der Aufstieg der NSDAP. In: Broszat, Martin / Frei, Norbert (Hg.): Das Dritte Reich, Freiburg-Würzburg 1983, S. 18-27
- Uhlig, Otto: Schwabenkinder aus Tirol und Vorarlberg, Innsbruck 1978
- ders.: Späte Schwabenkinder. In: Montfort 32, Heft 1, Dornbirn 1980, S. 29-43
- Ulmer, Ferdinand: Volk und Wirtschaft. In: Schwarz, Artur (Hg.): Heimatkunde von Vorarlberg, Bregenz 1949, S. 145-180
- Vester, Michael: Die Entstehung des Proletariats als Lernprozeß. Zur Soziologie und Geschichte der Arbeiterbewegung, Frankfurt a.M. 1970
- Vlcek, Christine: Der Republikanische Schutzbund in Österreich. Geschichte, Aufbau und Organisation, Diss., Wien 1971
- Vögel, Franz: Hundert Jahre Vorarlberger Landtag 1861-1961. In: Landstände und Landtag in Vorarlberg, Bregenz 1961, S. 87-192
- Vorarlberger Wirtschafts- und Sozialstatistik, Hg. Landeswirtschaftsamt, Abteilung für Statistik, Bregenz 1945 ff.
- Vorarlbergische Statistik, 2. Heft, Hg. Statistisches Amt der Vorarlberger Landesregierung, Bregenz 1924

- Vorarlberger Illwerke: Das Unternehmen stellt sich vor, Bregenz o.J. (1985)
- Vorarlberger Illwerke (Hg.): 50 Jahre Vorarlberger Illwerke 1924-1974, Bregenz o.J. (1974)
- Vorarlberger Kraftwerke (Hg.) VKW 1901-1951, Bregenz 1951
- Vorarlberg - unser Land, Jungbürgerbuch. Hg. von der Vorarlberger Landesregierung, Bregenz 1978
- Walser, Harald: Die illegale NSDAP in Tirol und Vorarlberg 1933-1938, Wien 1983
- ders.: Die Hintermänner. Vorarlberger Industrielle und die NSDAP. In: Pichler (Hg.), Nachträge, S. 96-106
- ders.: Anspruch und Wirklichkeit: der Nationalsozialismus und die Vorarlberger Arbeiterschaft. In: Greussing (Hg.): Im Prinzip: Hoffnung, S. 308-340
- Wandruszka, Adam: Österreichs politische Struktur. In: Benedikt, Heinrich (Hg.): Geschichte der Republik Österreich (1954), München 1977, S. 289-486
- Wandruszka, Adam: Die Krise des Parlamentarismus 1897 und 1933. Gedanken zum Demokratieverständnis in Österreich. In: Wandruszka, A. / Neck R. (Hg.): Beiträge zur Zeitgeschichte. Festschrift Ludwig Jedlicka, St. Pölten 1976, S. 61-80
- Wanner, Gerhard: Kirche und Nationalsozialismus in Vorarlberg, Dornbirn 1972
- ders.: Die Kammer für Arbeiter und Angestellte für Vorarlberg. Ein Beitrag zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Feldkirch (1978)
- ders.: Vorarlbergs Übergang von der Monarchie zur Republik (1918-1919). Der Wunsch nach der "Demokratischen Monarchie". In: Montfort 32, Heft 2, Dornbirn 1980, S. 104-116
- ders.: Verfassung und Föderalismus in Vorarlberg zwischen 1918 und 1938. In: Innsbrucker Historische Studien, Bd. 5, Innsbruck 1982, S. 103-116
- ders.: Vorarlberg zwischen "Schweizer Hoffnung", Hungersnot und "Bolschewistenfurcht" (1918-19). In: Studien zur Zeitgeschichte der österreichischen Länder, Bd. 1, Demokratisierung und Verfassung in den Ländern 1918-1920, St. Pölten-Wien 1983, S. 91-117
- ders.: Otto Ender, 1875-1960. In: Weinzierl, Erika / Weissensteiner, Friedrich (Hg.): Die Österreichischen Bundeskanzler. Leben und Werk, Wien 1983, S. 159-172
- ders.: Vorarlberg. In: Weinzierl / Skálnik (Hg.), Österreich 1918-1938, S. 1011-1041

- ders.: Vorarlberger Zeitgeschichte. Erste Republik 1918-1938, Lochau 1984
- Weber, Hermann: Hauptfeind Sozialdemokratie - Strategie und Taktik der KPD 1929-1933, Düsseldorf 1982
- Weber, Max: Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der verstehenden Soziologie. 5. rev. Auflage, hg. v. Johannes Winckelmann, Tübingen 1976
- Weber, Wilhelm: Die sozialpolitische und sozialrechtliche Entwicklung in Österreich 1848-1948. In: Mayer, Hans (Hg.): Hundert Jahre Österreichische Wirtschaftsentwicklung, Wien 1949, S. 577-600
- Weidenholzer, Josef: Auf dem Weg zum "Neuen Menschen". Bildungs- und Kulturarbeit der österreichischen Sozialdemokratie in der Ersten Republik, Wien-München-Zürich 1981
- ders.: Bildungs- und Kulturarbeit der österreichischen Sozialdemokratie in der Ersten Republik, Diss., Linz 1977
- ders.: Marginalien zur außerschulischen Bildungsarbeit im Austromarxismus. In: Reitmann, Eva u.a. (Hg.): Schul- und Bildungspolitik der österreichischen Sozialdemokratie in der Ersten Republik, Wien 1983, S. 417-431
- Weinzierl, Erika / Skalnik, Kurt (Hg.): Österreich 1918-1938. Geschichte der Ersten Republik, Graz-Wien-Köln 1983
- Weinzierl, Erika: Kirche und Politik. In: Weinzierl / Skalnik (Hg.), Österreich 1918-1938, S. 437-496
- Weissel, Erwin: Die Ohnmacht des Sieges, Arbeiterschaft und Sozialismus nach dem Ersten Weltkrieg in Österreich, Wien 1976
- Welti, Ludwig: Landesgeschichte. In: Ilg, Karl (Hg.): Landes- und Volkskunde. Geschichte, Wirtschaft und Kunst Vorarlbergs, Innsbruck 1968, Bd. 2, S. 151-343
- Werner, Karl Heinz: Die österreichische Industrie- und Außenhandelspolitik 1848-1948. In: Mayer, Hans (Hg.): Hundert Jahre österreichische Wirtschaftsentwicklung 1848-1948, Wien 1949, S. 359-579
- Witzig, Daniel: Die Vorarlberger Frage. Die Vorarlberger Anschlußbewegung an die Schweiz, territorialer Verzicht und territoriale Ansprüche vor dem Hintergrund der Neugestaltung Europas 1918-1922, Basel-Stuttgart 1974
- Zang, Gert (Hg.): Provinzialisierung einer Region. Regionale Unterentwicklung und liberale Politik in der Stadt und im Kreis Konstanz im 19. Jahrhundert. Untersuchungen zur Entstehung der bürgerlichen Gesellschaft in der Provinz, Frankfurt a.M. 1978

Bildnachweis

- S. 43 Dokumentensammlung der Johann-August-Malin-Gesellschaft, Bregenz
- S. 49 Vorarlberger Landesarchiv, Bregenz
- S. 53 o. SPÖ Vorarlberg, Dornbirn
- S. 53 u. Harald Walser, Altach
- S. 59 Ludwig Pruner, Bregenz
- S. 64 Vorarlberger Volksblatt, 2.6.1920
- S. 81 Margit Krpata, Dornbirn
- S. 99 SPÖ Vorarlberg, Dornbirn
- S. 129 o. Verein für Geschichte der Arbeiterbewegung, Wien
- S. 129 u. Vorarlberger Illwerke, Bregenz
- S. 159 Österreichische Woche, Wien, 24.1.1935
- S. 167 Oswald Preiß, Bregenz
- S. 183 Ernst Pruner, Bregenz
- S. 185 Anton Mayrhauser, Bregenz
- S. 195 Ernst Pruner, Bregenz
- S. 211 Herbert Stohs, Dornbirn
- S. 219 Vorarlberger Landesarchiv, Bregenz
- S. 223 Bildarchiv der Österreichischen Nationalbibliothek, Wien
- S. 233 Bildarchiv der Österreichischen Nationalbibliothek, Wien
- S. 242 Vorarlberger Landesarchiv, Bregenz
- S. 245 Harald Walser, Altach
- S. 255 Nachlaß Anton Ulmer, Dornbirn
- S. 257 Harald Walser, Altach
- S. 263 Harald Walser, Altach
- S. 267 Dreihammer, Werkszeitung F.M. Hämmerle, Dornbirn, April 1940

Personen- und Firmenregister

- Abram Simon 52
Adler Friedrich 58, 60, 170
Adler Max 34, 163
Adler Victor 194
Arndt Moritz 209
- Bauer Otto 169, 180, 194
Baumann Johann Josef 198
Baumann Karl 198
Baumann Mathilde 198
Baumann Rudolf 198
Belrupt-Tissac Karl 161
Benger, Wilhelm Söhne 264
Bertel Franz Josef 60
Bertel, Bürgermeister 72
Bertsch Jakob 52, 166, 250
Boesch & Sons, J. 23
Boesch Otto 23
Böhler Georg 248
Brüning Heinrich 226
Burger Josef 158, 203
Busche Karl 203, 205
- Cerkl Josef 164, 168, 174
Coreth-Starhemberg August 203
- Dalmalin Maria 43
Danneberg Robert 222
Deutsch Julius 212
Dollfuß Engelbert 56, 60, 75,
76, 102, 169, 196, 205, 220,
226-230, 236, 244, 245, 247,
254, 265, 266
Douglas, Ingenieur 122
Draxler Hans 166
Drexel Karl 107, 156, 232-234
Duncker Franz 113
Dür Lorenz 108
- Effenberger Hugo 72
Eischer, General 158
Eisenstein Sergej 185
Ender Otto 12, 148f., 18, 22,
25, 28, 30, 36, 38f., 44, 47,
52, 62, 66, 71, 91, 130f.,
150, 155f., 167, 188, 191,
200, 202, 206-209, 217-220,
223f., 226-232, 235, 237,
246-248, 268
Elektra Bregenz 142, 143
Eyring Christian 108, 128
- Fäßler Anton 249
Felder Franz Michael 71
Fenkart, Inspektor 215
Fey Emil 266
Fink Barnabas 84f., 90, 91,
140, 148
Fink Jodok 28, 30, 155, 232,
248
Frantzl Karl 186
Fritz Wilhelm 174
Frühstück Rudolf 142f.
Fußenegger David 134
- Ganahl, Textilwerke 116, 121,
134, 138
Getzner, Mutter & Cie, 115,
134, 138
Gföllner Johannes Maria 258
Glöckel Otto 180
Goebbels Josef 262
Göring Hermann 262
Greussing Josef 168
Groll Oskar 38, 39, 44
Gunz Rudolf 240, 260

- Habsburg 29, 158, 228
Habsburg Karl 26, 28, 48, 49, 158
Habsburg Otto 158
Habsburg Zita 158
Hagen, Konservenfabrik 104
Hammer Alois 168
Hämmerle, F.M. 79, 81, 116, 134, 138, 264, 267
Hämmerle Hubert 210
Hämmerle Meinrad 240, 260
Hans, Deckname 42
Hartmann Hans 180
Hartwig Th. 186
Hauptmann Gerhard 185
Haussmann, Kommissar 26, 33, 42
Hecht Rudolf 204
Hefter Adam 258
Hensler Michael 11, 63, 65
Hermann Hermann 61, 123, 166f., 206
Herrburger & Rhomberg 134, 264
Hirsch Max 113
Hitler Adolf 30, 60f., 209, 226, 228, 244-246, 258f., 262, 264, 266, 268
Hohenemser Weberei und Druckerei 134
Hörl, Oberstleutnant 207
Huber, Josef Erben 264
Huberlich Ignaz 174
Ilg Ulrich 75, 155-157, 175, 186, 210, 221, 232, 248
Innitzer Theodor 258
Iselin & Cie. 123
Jahoda Marie 144
Jobst Augustin 128
Juen Alwin 71f.
Kammgarnspinnerei Hard 115, 123
Kastner, R. Ing. 134, 252
Kelsen Hans 231
Kennerknecht Josef 103, 108, 155, 158, 248
King Edwin 212
Kinz Ferdinand 160f., 184, 200, 207
Klagian Wilhelm 212
Klos Karl 174
Köb Sophie 166
Kohler Fritz 246
Kohler Stefan 200, 207
Konzett Lorenz 254
Körner Theodor 205
Krafft, Schuhfabrik 124
Kraft Josef 108
Kun Bela 33
Kunschak Leopold 193
Kunze Karl 203, 210, 265
Kurer Heinrich 203
Landauer Siegfried 191
Längle Peter 65, 197
Lantschner, Bezirkshauptmann 73
Lardscheider, Bezirkshauptmann 198
Lazarsfeld Paul 144
Leibfried Hermann 26
Leibfried Marie 190
Linder Anton 18, 35, 37, 40, 42, 44, 47, 51, 61, 91, 111f., 130, 132, 150, 164, 166, 167-169, 174, 188, 208, 214f., 224, 237, 239, 241, 251
Lorenz Thomas 166
Luger Johann Martin 254
Marte Josef 156
Mathies Josef 71f.

- Matt Moriz 200, 210, 265
 Mayer Hugo 174
 Mayer Johann 113, 166, 168, 184
 Mayer Josef 168
 Memelauer Michael 258
 Mittelberger Johann Josef 149, 155f., 167, 232, 240, 248, 250
 Mohr Wilhelm 208-210
 Moosbrugger Jakob 71, 76
 Moosbrugger Kaspar 71
 Moosbrugger Pius 76, 166
 Müller Erich 254, 256
 Müller Johann Georg 38f., 44
 Mussolini Benito 188, 224, 244
 Muxel Alois 211
- Nägele Hans 174
 Nansen Ferdinand 12-15, 17, 57, 60, 170
 Niederer Albert 122, 192
 Nußbaumer Konrad 174
- Ölz Albert 196
- Pawlikowski Ferdinand 258
 Pernerstorfer Engelbert 194
 Peter Hermann 67f., 72f.,
 Peter Josef 35, 166, 205
 Pichler Anton 111, 126, 128
 Piffel Gustav 28
 Pisecky Franz 214
 Plankensteiner Anton 264-266, 268
 Pommer, Pfarrer 265
 Preiß Fritz 12-14, 17, 20f., 26, 36f., 47, 61, 63, 86, 112, 143f., 147, 166, 167f., 170, 176, 179
- Raab Julius 156
- Rauscher Franz 14, 26, 37, 42, 46-48, 166, 238
 Redler Ferdinand 12, 72, 155f., 167, 235, 248
 Remarque Erich Maria 185
 Renner Karl 30, 40, 147, 173, 204, 232
 Resch, Kommunist 171
 Rheinberger Josef 42
 Rhomberg Adolf 161
 Rhomberg, F.M. 134, 138, 264
 Rhomberg Theodor 266
 Richter Paul 214
 Riedl Josef 50
 Riedmann Franz Josef 37
 Rinderer Ludwig 249
 Rohner Alois 107
 Rommel Erwin 33
 Rothschild, Bankhaus 222
 Rüscherke, Dornbirn 125
- Sannwald, Textilfabrik 82
 Schartner Alois 108
 Schelling Georg 174
 Schiller Friedrich 186
 Schindler, Dr. 143
 Schindler, Textilwerke 134, 138
 Schinle Fritz 266
 Schlageter Albert Leo 265
 Schlüter Anton 111, 174
 Schmidt Guido 254
 Schmidt Josef 248
 Schneider Emil 155, 194
 Schober Johann 173
 Schoder Josef 126, 166, 168
 Schrek Karl 214
 Schuschnigg Kurt 208, 245, 253f., 256, 258, 266
 Seeling-Skrin Hans 203
 Seipel Ignaz 31, 146f., 173, 180, 187, 234
 Sieß Wilhelm 51, 74, 103, 112 119f., 166-168, 218, 238, 241

Sinz, Pfarrer 158
Skutta, Dr. 143
Solhardt Karl 246, 265, 268
Sotrovic Franz 142, 143
Spindler Samuel 35, 111, 112,
123, 195-197
Spitzmüller Alexander 244
Sporeni Alois 143
Starhemberg Ernst Rüdiger
209f., 222, 255
Stefanelli, Staatsanwalt 46, 48
Steidle Richard 207, 225
Steurer, Oberst 203
Stingelin, Major 37
Stoß Christian 71f.
Stürgkh, Graf 170
Stüssi, Direktor 123

Tänzer Aron 191
Terlago Franz 67f., 72, 242
Teutsch, Druckerei 46
Thurnher Gisela 97
Tietzen G. 192
Tösch Ludwig 186
Troidl Otto 103, 108
Troll Alfons 248
Tschann Franz 258f.

Ude, Prof. 180
Uhlig Otto 99f.
Ulmer Anton 203, 210, 246,
248, 254
Ulmer Eduard 246, 254
Unterberger Franz 248

Vaugoin Carl 204
Vögel Adolf 156, 248
Vorarlberger Illwerke 80, 106,
116, 126, 128, 130f., 140f.
Vorarlberger Kraftwerke 138f.

Wachter Matthias 160f., 243
Wagner, Bürgermeister 265

Wahsel Hans 168
Waitz Sigismund 28f., 93,
158f., 171, 184, 189, 230,
257f.
Walch, Kurat 100
Wanner Gerhard 118
Wehinger, Arbeiterrat 37
Weissmann, Sozialdemokrat 12
Welte Albert 107
Wieser, Landesgerichtsrat 72f.
Winkler Franz 226
Winsauer Ernst 76, 156, 230,
248, 268
Wirtatobel, Kohlenbergwerk
122, 124, 139
Würbel Karl 126, 128

Zeisel Hans 144
Zementwerk Lorüns 136, 138
Znayden Anton 186f.
Zoller Franz 168

Ortsregister

- Alberschwende 69, 147f., 173
Altach 56, 65, 147, 164, 181
Altstadt 26, 42, 181, 237
Amerlügen 99
Andelsbuch 232
Arbon 222
Arlberg 41, 137, 206
Au 260
- Bartholomäberg 69, 147f., 260
Bayern 11, 16, 20, 33, 38,
40-42, 44, 201, 206f.
Berlin 33, 261
Beschling 165
Bezau 35, 100
Bildstein 69, 147f.
Bludenz 18, 20, 23, 31, 35,
40, 45, 50-52, 56, 60, 67f.,
72-75, 80, 82, 89, 96, 100,
104, 107, 118f., 123, 127f.,
134, 147, 150, 161-166, 170,
177, 181, 189, 197, 200f.,
213, 217-220, 238, 242, 246,
249, 256, 259f.
Bludesch 147, 165
Bozen 43
Brand 222
Brandnertal 138, 141
Braz 165
Bregenz 11-20, 23, 31, 35-46,
50-52, 54, 56-64, 72, 80, 82,
87-89, 93-100, 107, 112, 118,
122-124, 131f., 134, 138,
143, 147, 149f., 159-171,
176-178, 181-189, 193, 196-
207, 210, 212, 217-219, 222,
231, 236-243, 246, 249,
255f., 259f., 265, 268
Bregenzerwald 27, 69, 99, 101
148, 158, 173, 260
Burgenland 92, 112, 190
Bürs 75f., 147, 165, 177f.,
178, 261
Bürserberg 69, 147f., 222
- Dalaas 165, 197
Damüls 254
Deutschland 15, 17, 27, 29,
40f., 45, 54, 69, 122, 133,
137, 141, 146, 192, 209, 212,
226-228, 244f., 256-259,
264f., 268
Dornbirn 20f., 26, 31, 35-39,
44f., 47, 51-58, 61, 80, 82,
89, 93, 96, 107f., 115-118,
122, 128, 131, 134, 147, 161,
164-166, 174, 177, 181, 186-
189, 192, 210-217, 225,
230, 232, 237, 240f., 245,
248f., 255f., 259-268
Doren 236
- Egg 197
England 141
- Feldkirch 13, 17, 24, 28, 31,
35, 42, 45-49, 52-60, 75, 78,
80, 82, 89, 93f., 96, 103f.,
107, 115-118, 121, 126, 134,
147, 159, 161, 164-166, 171,
186, 192, 198, 200, 210,
213f., 217, 234-237, 248f.,
254, 257, 259f., 269
Frankreich 17, 199
Frastanz 44, 99, 107, 118,
147, 166

Fraxern 65
Friedrichshafen 60, 100
Fußbach 147, 197
Gaisbühel 87
Gaißau 147, 164
Gampadels 140
Garsella 254
Gaschurn 130
Genf 30
Götzis 65, 82, 147, 164, 181,
186, 191, 217, 260, 264
Grins 166
Hard 31, 56, 61, 108, 147,
160, 164-166, 177f., 181,
240, 260
Hittisau 197, 260
Hergatz 100
Höchst 21, 56, 164, 181, 197
Hohenems 82, 87, 107, 118,
164-166, 190f., 259
Hörbranz 82, 147, 164, 197,
212
Hüttenberg 17, 166
Innsbruck 75, 93, 198, 214,
218
Italien 16f., 224, 226, 244
Jagdberg 23
Kapfenberg 186
Kennelbach 147, 164
Klaus 48, 65, 164
Klostertal 100, 126, 141
Koblach 65, 164, 197, 199
Konstanz 222
Krems 265
Laiblachtal 69
Langen (Bregenzerwald) 122,
158
Langenegg 198, 254

Latschau 141
Lauterach 147, 164, 206
Lech 65
Levis 37, 237
Lindau 33, 37f., 40f., 44, 52,
56f., 100, 171, 265
Lindenberg 33
Lingenau 173
Linz 193
Lochau 90, 147, 151, 164, 212
Lorüns 50, 147
Ludesch 147
Lünersee 140f.
Lustenau 56, 82, 89, 104, 160,
177, 181, 197, 213, 249, 260,
261
Madeira 28
Mäder 21, 56, 65, 164, 197
Montafon 27, 50, 67, 69,
72-75, 99, 101, 126f., 138,
141, 173, 260
Montecceau les Mines 114
Moskau 224, 261
München 33, 38, 46, 207
Muntlix 48
Nenzing 71, 73, 118, 147, 164
New York 23
Niederösterreich 18
Nüziders 52, 56, 147
Oberösterreich 36f., 41, 50
Österreich 15, 19, 25, 27,
29-32, 38, 48, 51, 71, 95,
133, 137, 141, 146f., 192,
199, 227-229, 236, 244,
253f., 257f., 264f., 268
Paris 30, 55
Partenen 118, 127f., 173
Rankweil 31, 48, 56, 61, 82,

- 147, 164, 181, 197, 209, 217,
 227, 259, 260
 Ravensburg 222
 Reutin 57
 Reutte 18
 Rheintal 18, 69, 99, 143
 Rieden 107f., 139, 142
 Riefensberg 254
 Rom 180
 Röthis 48, 147, 192
 Rußland 11, 33
- Salzburg 28, 40, 41, 93, 113,
 159, 258
 Satteins 164
 Schattendorf 187, 216
 Schladming 166
 Schlins 165
 Schoppernau 260
 Schruns 24, 71f., 126, 128,
 147, 193, 260
 Schwaben 99
 Schwarzach 147
 Schweiz 15, 17, 20-22, 27,
 29f., 37, 41, 48, 122, 134,
 137, 139, 153, 199, 201, 228,
 240, 256
 Sibratsgfall 45, 254
 Spanien 28, 256
 Spullersee 126, 127, 141, 218
 St. Anton 173
 Steiermark 79
 St. Gallen 23, 185
 St. Gallenkirch 128
 St. Germain 29, 46, 203
 Südtirol 41
 Sulz 48, 65, 147, 165, 197, 260
 Sulzberg 158
- 111, 159, 168, 198, 201, 207,
 214, 225
 Trentino 17
 Türkei 199
 Tschagguns 260
 Tschechoslowakei 42
- Ulm 222
 Ungarn 11, 16, 33, 226
 Unterhochsteg 41
- Valduna 87
 Vandans 165
 Vereinigte Staaten von Amerika
 55, 71
 Vermunt 80, 126f., 129, 136,
 141
 Versailles 46
 Viktorsberg 65
 Vorkloster 19, 22, 57-61,
 107f., 131, 142, 164, 176,
 198, 222, 248
- Wald 18, 118, 126
 Walgau 18, 69
 Walsertal, Großes 101
 Walsertal, Kleines 138
 Warth 151
 Weiler 11, 14f., 17-19, 33, 65,
 192
 Weiler (Allgäu) 33
 Westchester (N.Y.) 23
 Wien 15, 17-19, 25-29, 35, 45
 67, 79, 91f., 100, 104, 117,
 166, 169, 186f., 192, 194,
 196, 200, 210, 212-216, 231,
 234, 248
 Wolfurt 147, 197
 Wöllersdorf 266
 Württemberg 41, 141
- Thüringen 118, 147, 164
 Thurn-Severin 166
 Tirol 24, 27f., 41, 73, 89,
- Zborovic 166
 Zwischenwasser 48

Weitere Titel der Reihe

Beiträge zu Geschichte und Gesellschaft Vorarlbergs

Band 1: Meinrad Pichler (Hrsg.)

Nachträge zur neueren Vorarlberger Landesgeschichte

Band 2: Dermutz/Klein/Nick/Pelinka

Anders als die Anderen? - Politisches System, Demokratie
und Massenmedien in Vorarlberg

Band 3: Markus Barnay

Pro Vorarlberg - Eine regionalistische Initiative

Band 4: Kurt Greussing (Hrsg.)

Im Prinzip: Hoffnung. Arbeiterbewegung in Vorarlberg
1870 - 1946

Band 5: J.-A.-Malin-Gesellschaft (Hrsg.)

Von Herren und Menschen. Verfolgung und Widerstand
in Vorarlberg 1933 - 1945

ZWISCHEN KAISER UND 'FÜHRER'

Waren die Errichtung des austrofaschistischen Staates 1934 und die Etablierung der nationalsozialistischen Diktatur 1938 Brüche in der Vorarlberger Geschichte, von außen Herangetragen, Aufgezwungenes? Oder kamen hier Entwicklungen zum Durchbruch, die im Lande nach dem Ersten Weltkrieg längerfristig schon angelegt waren? Das Buch behandelt die konfliktreiche Geschichte Vorarlbergs vom Anfang der Ersten Republik 1918 bis zum Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft 1938.



fink's verlag

ISBN 3-900438-18-8